

# Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben  
von der  
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien  
7

R. Oldenbourg Verlag München 1986

Arbeiter und Bürger im  
19. Jahrhundert  
Varianten ihres Verhältnisses  
im europäischen Vergleich

Herausgegeben von  
Jürgen Kocka  
unter Mitarbeit von  
Elisabeth Müller-Luckner

R. Oldenbourg Verlag München 1986

## Schriften des Historischen Kollegs

im Auftrag der  
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft  
herausgegeben von  
Horst Fuhrmann  
in Verbindung mit

Knut Borchardt, Lothar Gall, Alfred Herrhausen, Karl Leyser, Heinrich Lutz, Christian Meier,  
Horst Niemeyer, Arnulf Schlüter, Karl Stackmann und Rudolf Vierhaus

Geschäftsführung: Georg Kalmer

Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner

Organisationsausschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich Forschungsstipendien und alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“. Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Jürgen Kocka (Bielefeld) war – zusammen mit Professor Dr. Antoni Mączak (Warschau) und Professor Dr. Konrad Repgen (Bonn) – Stipendiat des Historischen Kollegs im vierten Kollegjahr (1983/84). Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Jürgen Kocka aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich“ vom 27. bis 30. Juni 1984 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

*CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek*

**Arbeiter und Bürger im 19. [neunzehnten] Jahrhundert:** Varianten ihres Verhältnisses im europ. Vergleich / hrsg. von Jürgen Kocka. Unter Mitarb. von Elisabeth Müller-Luckner. – München: Oldenbourg, 1986.

(Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien; 7)

ISBN 3-486-52871-8

NE: Historisches Kolleg (München): Schriften des Historischen Kollegs / Kolloquien; Kocka, Jürgen [Hrsg.]

© 1986 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlags.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München  
ISBN 3-486-52871-8

# Inhalt

Einleitung und Fragestellung	
<i>Jürgen Kocka</i> .....	IX
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer .....	XV
I. Klassenbildung und Klassenverhältnisse: Bürger und Arbeiter 1800–1914	
<i>Hans-Ulrich Wehler</i>	
Bürger, Arbeiter und das Problem der Klassenbildung 1800–1870. Deutschland im internationalen Vergleich .....	1
<i>Vernon L. Lidtke</i>	
Burgers, Workers and Problems of Class Relationships 1870 to 1914: Ger- many in Comparative Perspective .....	29
Kommentare:	
<i>Jürgen Kuczynski:</i>	
Differenzierung und Einheit der Klassen .....	47
<i>Thomas Nipperdey:</i>	
Aspekte der Verbürgerlichung .....	49
II. Bürger und Arbeiter: Kontakte in Bildung, Religion, Kultur	
<i>Rudolf Vierhaus</i>	
Bürgerliche Hegemonie oder proletarische Emanzipation: der Beitrag der Bildung .....	53
Kommentare:	
<i>Jiří Kořalka:</i>	
Arbeiteremanzipation und Bildung in einer aufsteigenden Nationalgesell- schaft: das Beispiel Böhmens .....	65
<i>Jacques Droz:</i>	
Contacts entre Bourgeoisie et Classes Populaires en Provence dans la Pre- mière Moitié du dix-neuvième Siècle .....	75
<i>Josef Mooser</i>	
Arbeiter, Bürger und Priester in den konfessionellen Arbeitervereinen im deutschen Kaiserreich, 1880–1914 .....	79

Kommentar:	
<i>Hugh McLeod:</i>	
Church and Class. Some International Comparisons .....	106
<i>Anna Żarnowska</i>	
Arbeiterkultur zwischen Volkskultur und Bürgertum? Das Beispiel Polen ..	113
Kommentare:	
<i>David Blackburn:</i>	
Religion, Kleinbürger, Maschine und Frauen .....	135
<i>György Ránki:</i>	
Zur Frage der Herausbildung des Bürgertums und der Arbeiterklasse in Ostmitteleuropa .....	140
III. Bürger und Arbeiter: Kontakte im beruflichen und privaten Alltag	
<i>Heinz Reif</i>	
Arbeiter und Unternehmer in Städten des westlichen Ruhrgebiets 1850–1930. Räumliche Aspekte einer Klassenbeziehung .....	151
Kommentar:	
<i>Pierre Ayçoberry:</i>	
Bürgerliche Einflüsse und Arbeiterkultur in Frankreich .....	182
<i>Patrick Fridenson</i>	
Die Arbeiterpolitik großer Unternehmen in Frankreich und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterschaft 1880–1914 .....	185
Kommentare:	
<i>Alf Lüdtke</i>	
Arbeiterpolitik versus Politik der Arbeiter. Zu Unternehmensstrategien und Arbeiterverhalten in deutschen Großbetrieben zwischen 1890 und 1914/20 .....	202
<i>Gerald D. Feldman:</i>	
Unternehmer und Arbeiter in der deutschen Großindustrie vor 1914 ....	213
IV. Bürger und Arbeiter: Kontakte und Konflikte in Öffentlichkeit, Politik und Recht	
<i>Heinz-Gerhard Haupt</i>	
Staatliche Bürokratie und Arbeiterbewegung: Zum Einfluß der Polizei auf die Konstituierung von Arbeiterbewegung und Arbeiterklasse in Deutsch- land und Frankreich zwischen 1848 und 1880 .....	219
Kommentar:	
<i>Klaus Tenfelde:</i>	
Polizei und Klassenverhältnisse. Deutsch-französische Unterschiede .....	255
<i>Jürgen Reulecke</i>	
Formen bürgerlich-sozialen Engagements in Deutschland und England im 19. Jahrhundert .....	261

*John Breuilly*

Civil Society and the Labour Movement, Class Relations and the Law. A Comparison between Germany and England .....	287
---	-----

## Kommentar:

*Gerhard A. Ritter:*

Probleme des deutsch-englischen Vergleichs .....	319
--	-----

*Jürgen Kocka*

Bürger und Arbeiter. Brennpunkte und Ergebnisse der Diskussion .....	325
Sachindex .....	340



## Einleitung und Fragestellung

Wenige Gebiete der neueren Sozialgeschichte können als so gut erforscht gelten wie die Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert. Zwar bestehen weiterhin große Lücken, sind ganze Arbeitergruppen geradezu unbekannt (die unstetige, keinem spezifischen Beruf oder Sektor fest zugeordnete Masse der ungelerten Arbeitsleute z. B.<sup>1</sup>) und andere schwer einzuordnen, so die Heimarbeiter im Verhältnis zur frühen Arbeiterbewegung<sup>2</sup>. Zwar zeichnen sich interessante Akzentverschiebungen bei der grundsätzlichen Interpretation der Arbeiterbewegung ab, vor allem was ihr Verhältnis zur vor-industriekapitalistischen Handwerkstradition betrifft<sup>3</sup> und demnächst sicher auch im Zusammenhang unseres sich wandelnden Bildes vom historischen Stellenwert des seit den 1870er Jahren aufsteigenden Sozialstaats<sup>4</sup>. Zwar wartet die Vielzahl der vorliegenden Spezialstudien noch

<sup>1</sup> Vgl. aber jetzt den Beitrag von *Michael Grüttner*, Arbeitswelt an der Wasserkante. Sozialgeschichte der Hamburger Hafendarbeiter 1886–1914 (Göttingen 1984).

<sup>2</sup> Als wichtigste empirische Arbeit zur Protoindustrialisierungsproblematik (allerdings ohne Bezug zur Arbeiterbewegung) vgl. jetzt *Josef Mooser*, Ländliche Klassengesellschaft 1770–1848. Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen (Göttingen 1984). Neue Anstöße vermittelte die Sektion „Protoindustrialisierung“ (geleitet von Wolfgang Mager) auf dem Berliner Historikertag Oktober 1984. Vgl. auch *Jürgen Kocka*, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875 (Berlin/Bonn 1983) 84–96.

<sup>3</sup> Vgl. grundsätzlich *Jürgen Kocka*, Craft traditions and the labour movement in 19th-century Germany, in: *Pat Thane* u. a. (Hrsg.), *The Power of the Past: Essays for Eric Hobsbawm* (Cambridge 1984) 95–117; *ders.*, Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, in: *HZ* (demn.); *ders.*, Einführung und Auswertung, in: *Ulrich Engelhardt* (Hrsg.), *Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert* (Stuttgart 1984) 461–468. Wichtige Dissertationen: *Rudolf Boch*, *Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870–1914* (Göttingen 1985); *Friedrich Lenger*, *Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816–1878* (Diss. Düsseldorf 1984).

<sup>4</sup> Dazu *Gerhard A. Ritter*, *Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich* (München 1983); *Florian Tennstedt*, *Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg* (Göttingen 1981); *Peter Flora*, *Solution or Source of Crises? The Welfare State in Historical Perspective*, in: *Wolfgang J. Mommsen* u. *Wolfgang Mock* (Hrsg.), *The Emergence of the Welfare State in Britain and Germany, 1850–1950* (London 1981) 343–394 (mit dem Kommentar von *Gaston V. Rimlinger*). Grundsätzlich: *Jürgen Habermas*, Die Neue Unübersichtlichkeit, in: *Merkur* 39 (1985) 1–14. – Die Grenzen dessen, was der Sozialstaat vermag, sind in den letzten Jahren verstärkt ins Bewusstsein getreten. Die vielfältigen, nicht nur finanziellen „Kosten“, die der fortgesetzte Ausbau der interventionsstaatlichen Kompetenzen und Apparaturen hat, sind deutlicher geworden. Dies kann auf die Dauer unser Bild von der reformerischen Leistung der Arbeiterbewegung, die direkt und in-

immer auf bündige Synthesen. Aber im ganzen ist der Fortschritt der Arbeiter- und Arbeiterbewegungs-Geschichtsschreibung in den letzten Jahrzehnten doch sehr beträchtlich gewesen, in der Bundesrepublik wie in der DDR<sup>5</sup>.

Im Vergleich dazu wurde die Geschichte des deutschen Bürgertums weniger gut erforscht. Zwar haben sich die Historiker durchaus um einzelne bürgerliche Gruppen und einzelne Aspekte des bürgerlichen Lebens gekümmert: um die Unternehmer z. B. oder um die Geschichte von Bildung und Ausbildung<sup>6</sup>. In letzter Zeit sind wichtige Studien über einzelne akademische Berufsgruppen vorgelegt worden, die Professionalisierungsgeschichte gewinnt an Interesse, und das Bildungsbürgertum ist insgesamt zum Gegenstand der Untersuchung gemacht worden<sup>7</sup>. Mit der Kontroverse um den

direkt zu den wichtigsten Motoren des sozialstaatlichen Ausbaus gehört hat, nicht unbeeinflusst lassen. Man wird allerdings zwischen historischen Phasen sehr genau unterscheiden: Was heute ein problematischer Bürokratisierungsschub sein mag, kann in früheren Situationen dringende Konsequenz liberaler, demokratischer und sozialer Grundprinzipien gewesen sein.

<sup>5</sup> Dieter Dowe, *Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sozialistischen und kommunistischen Bewegung von den Anfängen bis 1863* (Bonn 1981); Klaus Tenfelde u. Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863–1914* (Bonn 1981); Kurt Klotzbach, *Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914–1945* (Bonn, 3. Aufl., bearb. v. Volker Mettig, 1981). Einen guten Überblick über Arbeiten von DDR-Historikern: Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Die Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse von den dreißiger bis zu den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts* (Berlin 1981). Eine repräsentative Auswahl, gut eingeleitet und mit brauchbarem Literaturverzeichnis versehen: Dieter Langevesche u. Klaus Schönhoven (Hrsg.), *Arbeiter in Deutschland. Studien zur Lebensweise der Arbeiterschaft im Zeitalter der Industrialisierung* (Paderborn 1981). Vgl. auch die einschlägigen Abschnitte in den Literaturberichten, die 1960, 1970 und 1980 (jeweils über die vorausgehende Dekade) anlässlich der Internationalen Historikerkongresse als Sonderbände der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ unter dem Titel „Historische Forschung in der DDR“ erschienen sind.

<sup>6</sup> Vgl. Jürgen Kocka, *Unternehmer in der deutschen Industrialisierung* (Göttingen 1975); laufend die von Hans Pohl und Wilhelm Treue hrsg. *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte*; sehr interessant und in Rezensionen oft unterschätzt: Toni Pierenkemper, *Die westfälischen Schwerindustriellen 1852–1913* (Göttingen 1979). Neben den Berliner Unternehmern scheinen die westfälischen ohnehin besonders gut untersucht: Hansjoachim Henning, *Soziale Verflechtungen der Unternehmer in Westfalen 1860–1914*, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 23 (1978) 1–30; Jürgen Teuteberg, *Westfälische Textilunternehmer in der Industrialisierung* (Dortmund 1980). Vgl. auch Friedrich-Wilhelm Henning u. Klara van Eyll (Hrsg.), *Kölnler Unternehmer und die Frühindustrialisierung in Rheinland und Westfalen (1835–1871)*. Ausstellung des RWWA zu Köln (Köln 1984). – Hartmut Kaelble, *Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung* (Berlin 1972). – Vgl. zur Bildungsgeschichte u. a. Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *The Transformation of Higher Learning 1860–1930* (Stuttgart 1983); ders., *Students, Society, and Politics in Imperial Germany. The Rise of Academic Illiberalism* (Princeton 1982); Fritz K. Ringer, *Education and Society in Modern Europe* (Bloomington 1979); Dirk K. Müller, *Sozialstruktur und Schulsystem* (Göttingen 1979).

<sup>7</sup> Vgl. Fritz K. Ringer, *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933* (Stuttgart 1983); Rainer Bölling, *Sozialgeschichte der deutschen Lehrer* (Göttingen 1983); Claudia Huerkamp, *Vom gelehrten Stand zum professionellen Experten. Untersuchungen zur Sozialgeschichte der Ärzte in Preußen im 19. und frühen 20. Jahrhundert* (Diss. Bielefeld 1983) (erscheint Göttingen 1985). Zur Geschichte der Professionalisierung vgl. Ht. 3 von GG6 (1980). – Empirisch sehr reichhaltig zum Bildungsbürgertum: Hansjoachim Henning, *Das westdeutsche Bürgertum in der Epoche der Hochindustrialisierung 1860–1914. Soziales Verhalten und soziale*

sog. „deutschen Sonderweg“ sind das Bürgertum und darüber hinaus die Bürgerlichkeit der deutschen Gesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts erneut interessant geworden: Gab es denn wirklich ein „Defizit an Bürgerlichkeit“ in der deutschen Gesellschaft im Vergleich zu anderen europäischen Ländern (oder im Vergleich zu Westeuropa und Nordamerika)? War das deutsche Bürgertum des 19. Jahrhunderts im Vergleich zu den vorindustriellen Eliten und Institutionen (Adel, Bürokratie, Heer) wirklich so schwach entwickelt, schwächer als anderswo? Traten bürgerliche Prägungen von Kultur und Politik hinter feudal-ständischen und obrigkeitstaatlich-bürokratischen Traditionen bei uns wirklich weiter zurück als in Frankreich, England, USA – mit unglücklichen Langzeitfolgen für die Geschichte von Liberalität, Demokratie und Zivilität<sup>9</sup>? Diese für das geschichtliche Selbstverständnis der Deutschen nicht unwichtigen Fragen drängen zur international vergleichenden Untersuchung des Bürgertums und der Bürgerlichkeit im weitesten Sinn, und diese Forschungen kommen in Gang<sup>9</sup>. Doch bleibt auf diesem Gebiet noch sehr viel zu tun, klaffen in der Geschichte des Bürgertums mehr weiße Stellen als in der Geschichte von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung.

Vor allem ist festzustellen, daß die Arbeitergeschichte und die Geschichte des Bürgertums meist in voneinander getrennten Diskussionszusammenhängen und von ver-

Strukturen. Teil I: Das Bildungsbürgertum in den preußischen Westprovinzen (Wiesbaden 1972); zuletzt *Werner Conze u. Jürgen Kocka* (Hrsg.), *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert*. Teil I: Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen (Stuttgart 1985). – An einer umfassenden Sozialgeschichte des Beamtentums fehlt es noch, auch in der neuen von *Kurt G. A. Jeserich* u. a. hrsg. *Deutschen Verwaltungsgeschichte*, Bd. 2 (Stuttgart 1983). Vgl. aber zuletzt *Hansjoachim Henning*, *Die deutsche Beamtenschaft im 19. Jahrhundert. Zwischen Stand und Beruf* (Stuttgart 1984); noch immer *Otto Hinze*, *Der Beamtenstand* (1911), in: *ders.*, *Soziologie und Geschichte* (Göttingen <sup>2</sup>1964) 66–125; am ehesten *Hans Hattenbauer*, *Geschichte des Beamtentums* (Köln 1980) sowie Einzelstudien, z. B.: *Heinz Bühler*, *Das beamtete Bürgertum in Göppingen und sein soziales Verhalten 1815–1848* (Göppingen 1976); *Bernd Wunder*, *Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg 1780–1825* (München 1978); *Helga Berndt*, *Die höheren Beamten des Ministeriums für Handel und Gewerbe in Preußen 1871–1932*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1981/II) 105–200.

<sup>8</sup> Diese Debatte wurde wieder aufgerollt von *David Blackbourn* u. *Geoff Eley*, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848* (Berlin 1980) (1984 in ausgeweiteter englischer Fassung). Scharfe Repliken von *Hans-Ulrich Wehler* und *Heinrich-August Winkler*, in: *Merkur* (1981) 478–87, 758–60, 793–804 sowie von *Hans-Jürgen Puhle*, in: *Journal für Geschichte* (1981, Ht. 4) 44. – Eine mittlere Position mit Literaturbericht: *Jürgen Kocka*, *Der „deutsche Sonderweg“ in der Diskussion*, in: *German Studies Review* 5 (1982) 365–379. Sehr gut auch *Bernd Faulenbach*, *Deutscher Sonderweg. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, B33/81 (15.08.1981) 3–21. Kontroverse Beiträge in: *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?*, Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte (München 1982); zuletzt *Karl-Heinz Janßen*, *Deutschland – wohin?*, in: *Die Zeit*, Nr. 15 (5. Apr. 1985) 49–52.

<sup>9</sup> Unter dem Titel „Bürgertum, Bürgerlichkeit und bürgerliche Gesellschaft. Das 19. Jahrhundert im europäischen Vergleich“ wird 1986/87 im Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld eine interdisziplinär zusammengesetzte Forschungsgruppe Studien betreiben, die u. a. zu dieser Problematik Bezug haben. – Vgl. auch als Forschungsbericht mit weiteren Titeln: *Ute Frevert* u. *Jürgen Kocka*, *La Borghesia tedesca nel XIX secolo. Lo stato della ricerca*, in: *Quaderni storici* 56/XIX (August 1984) 549–572.

schiedenen Forschern bzw. Forschergruppen betrieben wurden. Wiederum gibt es gewichtige Ausnahmen: Sozialgeschichten einzelner Städte beziehen häufig Bürger und Arbeiter ein<sup>10</sup>. Manche branchenbezogene Arbeitergeschichte behandelt die Unternehmen und die Unternehmer mit<sup>11</sup>. Sozialgeschichtlich interessierte Studien zur Entwicklung einzelner Unternehmen haben Unternehmer, Angestellte und Arbeiter in ihrem gegenseitigen Verhältnis thematisiert<sup>12</sup>. Die neuerdings zunehmenden Untersuchungen zur bürgerlichen Sozialreform beschäftigen sich mit bestimmten Aspekten des Verhältnisses zwischen Bürgern und Arbeitern<sup>13</sup>. Natürlich ist in der Geschichte der Verbände und ihrer Politik wie in der Geschichte der Sozialpolitik das Verhältnis von Bürgertum und Arbeiterschaft oftmals zentral gewesen, wenn auch meist unter Betonung institutionen- und politikgeschichtlicher Dimensionen<sup>14</sup>. Die wenigen vorliegenden Studien zur historischen Klassenanalyse haben fast immer programmatisch und manchmal auch tatsächlich das Verhältnis von (entstehender) Arbeiterklasse und Bürgertum bzw. Bourgeoisie in den Mittelpunkt gestellt<sup>15</sup>. Eigentlich zwingt ja die Verwendung eines Klassenbegriffs zum Blick auf die jeweils anderen Klassen, denn nur im konfliktreichen Wechselverhältnis konstituieren sie sich. Trotzdem bleibt die sozialgeschichtliche Untersuchung des Verhältnisses von Bürgertum und Arbeiterschaft für das 19. Jahrhundert in Deutschland weitgehend ein Desiderat.

Das Ziel des am 28. und 29.06.1984 vom Historischen Kolleg in München veranstalteten Kolloquiums, dessen Referate, Kommentare und Ergebnisse im folgenden vorgelegt werden, war es, Arbeitergeschichte und Bürgertumsgeschichte zu verknüpfen und an ausgewählten Untersuchungsbeispielen zu prüfen, was das leisten kann.

<sup>10</sup> Ein frühes, einflussreiches Beispiel: *Wolfgang Köllmann*, Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert (Tübingen 1960); sehr gut auch unter diesem Gesichtspunkt: *Karl Ditt*, Industrialisierung, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Bielefeld 1850–1914 (Dortmund 1982).

<sup>11</sup> Vgl. z. B. *Klaus Tenfelde*, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert (Bonn 1977).

<sup>12</sup> Vgl. *Jürgen Kocka*, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung (Stuttgart 1969); *Rudolf Vetterli*, Industriearbeit, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation. Dargestellt am Beispiel der Georg Fischer AG (1890–1930) (Göttingen 1978).

<sup>13</sup> Vgl. *Ursula Ratz*, Sozialreform und Arbeiterschaft: Die „Gesellschaft für Soziale Reform“ und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges (Berlin 1980); *Jürgen Reulecke*, Sozialer Frieden durch soziale Reform. Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in der Frühindustrialisierung (Wuppertal 1983); *Rüdiger vom Bruch*, Bürgerliche Sozialreform und Gewerkschaften im späten deutschen Kaiserreich, in: *IWK* 14 (1979) 581–610; demn. vom selben Autor hrsg. ein Sammelband zur Geschichte der bürgerlichen Sozialreform.

<sup>14</sup> Vgl. z. B. *Dirk Stegmann*, Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910–1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 12 (1972) 351–432. Zur Geschichte der Sozialpolitik neben den in Anm. 4 genannten Titeln von Ritter und Tennstedt z. B. *Ludwig Preller*, Sozialpolitik in der Weimarer Republik (Düsseldorf 1978, erstmals 1949); zuletzt als knapper Überblick: *Volker Hentschel*, Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880–1980 (Frankfurt 1983).

<sup>15</sup> Vgl. z. B. *Jürgen Kocka*, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918 (Göttingen 1973; <sup>2</sup>1978; neue engl. Ausg. 1984); *Hartmut Zwahr*, Proletariat und Bourgeoisie in Deutschland. Studien zur Klassendialektik (Köln 1980).

Die Referenten und Diskutanten waren gebeten, zu *einer zentralen Fragestellung* zu sprechen: Wie wirkten Haltungen und Verhaltensweisen der Bürger (bzw. einzelner bürgerlicher Gruppen) auf die Lage, die Erfahrungen, die Aktionen und die Organisationen der Arbeiter ein? In welcher Weise und mit welchen Konsequenzen wirkten bürgerliche Einstellungen und Verhaltensweisen, Erwartungen und Zumutungen, Organisationen und Institutionen, bürgerliche Herrschaft, bürgerliche Kultur und – überhaupt – bürgerliche Gruppen auf die sich herausbildende Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts ein? Wie beeinflussten Bürgertum, Bürgerlichkeit, bürgerliche Macht die Tendenzen und Grenzen, die Art und die Ausprägung der proletarischen Klassenbildung, die Selbstidentifikation, den (überberuflichen, überkonfessionellen, übersektoralen) Zusammenhang, die Abgrenzung und ggf. die Ausgrenzung der sich herausbildenden Arbeiterklasse, ihrer Kultur und ihrer Institutionen?

Es sollte also um den *Kontakt*, die Kontaktstellen und die Kontaktwirkungen zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum gehen<sup>16</sup>. Dabei aber sollte die Frage des Einflusses des Bürgertums auf die Arbeiterschaft zentral sein, nicht aber die an sich ebenso sinnvolle Frage nach den umgekehrten Einflüssen, die von der Entwicklung der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung auf die bürgerlichen Gruppen, ihren Zusammenhalt, ihr Bewußtsein und ihre Verhaltensweisen ausgingen. Diese Eingrenzungsentscheidung hatte rein arbeitsökonomische Gründe.

Nicht zuletzt in der Hoffnung, durch klärende Beiträge zu der neu entfachten Kontroverse über den sog. „deutschen Sonderweg“ beizutragen, sollte das Kolloquium *komparativ* diskutieren. Deutsche Entwicklungen sollten mit englischen und französischen, aber auch mit osteuropäischen Entwicklungen verglichen werden, das letztere auch deshalb, um die traditionelle Einengung der Debatte über den „Sonderweg“ auf den Vergleich Deutschlands mit dem Westen zu überwinden. Das Interesse am deutschen Fall aber sollte zentral sein und die Diskussion vor allem seinem besseren Verständnis in vergleichender Perspektive dienen.

Eine vierfache begriffliche Verständigung wurde vorweg versucht. „*Arbeiter*“ – das sollte sich vor allem auf die gewerblich-industrielle Arbeiterschaft (einschließlich Handwerksgesellen, Heimarbeitern, Bergarbeitern und natürlich Industriearbeitern, Gelernten und Ungelernten, Männern und Frauen, in verschiedenen Branchen) beziehen. Der Begriff „*Klassenbildung*“ sollte einen in vielen Varianten und verschiedensten Formen beobachtbaren Prozeß bezeichnen, innerhalb dessen sich die verschiedensten Arbeiterkategorien (trotz vielfältiger, lebenswichtiger und bewußtseinsrelevanter Unterschiede) als abhängige, Lohn empfangende Arbeiter zu identifizieren und gegenüber anderen Sozialgruppen abzugrenzen tendieren, Gemeinsamkeiten ihrer Klassensituation objektiv und subjektiv verstärkte Bedeutung erhalten und ihre Lebensweise, ihr Bewußtsein, ihr Verhalten wie auch ihre Organisationen zunehmend prägen, während die Spannungen und Konflikte entlang der „Klassenlinie“ zunehmen. Wichtig sind in dieser Sichtweise also „die anderen“ (vor allem das Bürgertum), in bezug auf die und durch die beeinflusst sich so etwas wie proletarische Klassenbildung – immer

<sup>16</sup> Vgl. Jennie-Keith Ross, Social Borders: Definitions of Diversity, in: Current Anthropology 16 (1975) 53–72.

begrenzt, nie perfekt, auch revidierbar – abspielte<sup>17</sup>. Zum *Bürgertum* des 19. Jahrhunderts sollten einerseits Unternehmer, Kapitalbesitzer und Manager der verschiedensten Wirtschaftsbereiche (Wirtschaftsbürgertum, Bourgeoisie), andererseits das angestellte und freiberufliche, wohl auch das beamtete Bildungsbürgertum rechnen und am Rande überdies zum einen die kleinen Selbständigen (Handwerker, Händler, Gastwirte – „alter Mittelstand“) und zum anderen vielleicht auch in gewisser Hinsicht die mittleren und kleineren Beamten und Angestellten („neuer Mittelstand“). Was diesen verschiedenen bürgerlichen Gruppen gemeinsam gewesen sein mag, was sie zusammenhielt und definierte, entzog sich einer kurzen Umschreibung vorweg<sup>18</sup>. Der Zeitraum: das ganze 19. Jahrhundert (also bis 1914), und Rückblicke ins 18. sollten nicht verboten sein.

Es war von vornherein klar, daß dies umfangreiche Thema nicht flächendeckend behandelt werden konnte, sondern nur an ausgewählten Einzelaspekten – diese allerdings mit Bezug auf die Gesamtfragestellung. Nach zwei generellen Überblicksreferaten (Wehler, Lidtke) wurde die generelle Frage nach den bürgerlichen Einflüssen auf die Arbeiter in einer Reihe von ausgewählten Teilbereichen diskutiert: im städtischen Leben, in den Bereichen Bildung, Volkskultur und Kirche, in den großen Wirtschaftsunternehmen, mit Bezug auf die Rolle der Polizei, rechtlicher Institutionen und der bürgerlichen Sozialreform. Notwendigerweise konzentrierten sich die verschiedenen Referate nicht nur auf verschiedene Aspekte des Gesamtthemas, sondern auch auf jeweils verschiedene Teilgruppen des Bürgertums. Einige der Referate waren in sich vergleichend aufgebaut; i. d. R. aber sorgten die im folgenden ebenfalls abgedruckten vorbereiteten Kommentare für den internationalen Vergleich. Um diesen drehte sich auch die allgemeine Diskussion, die am Schluß dieses Bandes in einigen Hauptergebnissen zusammengefaßt wird.

Den Referenten und Kommentatoren, den Diskussionsleitern und Diskutanten danke ich für ihre Mühen und die Bereitschaft, sich auf einige meiner Fragestellungen einzulassen. Sämtlichen Teilnehmern danke ich für ihr Interesse, sie sind in der nachfolgenden Liste aufgeführt. Das Historische Kolleg, dessen Stipendiat ich 1983/84 war, machte auch dieses Kolloquium möglich – das neunte seiner Art. Die Bayerische Akademie der Wissenschaften stellte den Sitzungssaal zur Verfügung. Herr Martin Geyer und Herr Dirk Schumann notierten den Verlauf der Diskussion. Zum technisch-organisatorischen Gelingen des Kolloquiums haben auch Herr Georg Kalmer, Frau Elsa Lang und vor allem Frau Dr. Elisabeth Müller-Luckner beigetragen, diese als Mitherausgeberin auch entscheidend zur Redaktion und zur Veröffentlichung des vorliegenden Bandes. Für all dies möchte ich mich hiermit bedanken.

Bielefeld, Januar 1985

Jürgen Kocka

<sup>17</sup> Vgl. näher Kocka, Lohnarbeit (Anm. 2), 21–30; sowie den Beitrag von Vernon Lidtke in diesem Band.

<sup>18</sup> Vgl. als Versuche der Umschreibung Gerhard A. Ritter u. Jürgen Kocka (Hrsg.), Deutsche Sozialgeschichte 2: 1870–1914 (München 1974) 62 ff.; Ernst Fraenkel, Bürgertum, in: ders. u. Karl D. Bracher (Hrsg.), Staat und Politik (Frankfurt 1971) 65–72; Heinrich August Winkler, Bürgertum, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft 1 (1966) 934–953.

## Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

- Prof. Dr. Pierre Ayçoberry, Straßburg  
Dr. David Blackburn, London  
Prof. Dr. Knut Borchardt, München  
Dr. John Breuilly, Manchester  
Prof. Dr. Jacques Droz, Paris  
Prof. Dr. Gerald D. Feldman, Berkeley/USA  
Stefan Fisch, München  
Dr. Patrick Fridenson, Nanterre  
Martin Geyer, München  
Prof. Dr. Dieter Groh, Konstanz  
Prof. Dr. Jürgen Habermas, Starnberg  
Prof. Dr. Heinz-Gerhard Haupt, Bremen  
Georg Kalmer, München (Historisches Kolleg)  
Prof. Dr. Jürgen Kocka, Bielefeld (Stipendiat des Historischen Kollegs 1983/84)  
Dr. Jiří Kořalka, Prag  
Prof. Dr. Jürgen Kuczynski, Berlin/DDR  
Prof. Dr. Dieter Langewiesche, Hamburg  
Prof. Dr. Vernon Lidtke, Maryland/USA  
Dr. Alf Lüdtke, Göttingen  
Prof. Dr. Antoni Mączak, Warschau (Stipendiat des Historischen Kollegs 1983/84)  
Dr. Hugh McLeod, Birmingham  
Dr. Josef Mooser, Bielefeld  
Dr. Elisabeth Müller-Luckner, München (Historisches Kolleg)  
Prof. Dr. Thomas Nipperdey, München  
Prof. Dr. György Ránki, Budapest  
Priv. Doz. Dr. Heinz Reif, Essen  
Prof. Dr. Konrad Repgen, Bonn (Stipendiat des Historischen Kollegs 1983/84)  
Prof. Dr. Jürgen Reulecke, Bielefeld  
Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, München  
Prof. Dr. Hannu Soikkanen, Helsinki  
Dr. Heinz-Rudi Spiegel, Essen (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft)  
Dirk Schumann, Haar  
Priv. Doz. Dr. Klaus Tenfelde, München  
Prof. Dr. Rudolf Vierhaus, Göttingen  
Prof. Dr. Hans-Ulrich Wehler, Bielefeld  
Dr. Anna Zarnowska, Warschau  
Prof. Dr. Wolfgang Zorn, München



# I. Klassenbildung und Klassenverhältnisse: Bürger und Arbeiter 1800–1914

*Hans-Ulrich Wehler*

## Bürger, Arbeiter und das Problem der Klassenbildung 1800–1870. Deutschland im internationalen Vergleich

Der Anfang müsse „immer damit gemacht werden“, hat Hegel insistiert, zuerst einmal „Kenntnisse allgemeiner Grundsätze und Gesichtspunkte zu erwerben“<sup>1</sup>. Im Lichte dieses Appells wäre es eine naive Illusion oder ein folgenschwerer Irrtum zu glauben, man könne fest umrissene, allgemein akzeptierte Begriffe von „Bürger“, „Arbeiter“ und „Klasse“ bereits stillschweigend voraussetzen, ihre Gültigkeit für einen so langen Zeitraum wie den von 1800 bis 1870 unterstellen, ja überdies auch noch ihre Eignung für den internationalen Vergleich annehmen. Vielmehr wird eine differenzierte, aber für die Diskussion auch praktikable begrifflich-terminologische Absprache notwendig; ein der historischen Realität angemessenes Strukturierungsschema ist für die Argumentation erforderlich, und schließlich sollten die einzelnen Schritte der Gedankenführung ohne große Umstände erkennbar sein. Das alles dient dem Ziel, die Diskussionsfähigkeit der folgenden, z. T. pointierten Thesen zu erhöhen und die diskursive Auseinandersetzung mit ihnen zu erleichtern.

<sup>1</sup> *Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes* (Berlin 1970) 15. Im allgemeinen werden nur Zitate nachgewiesen. Auf ausführliche Belege habe ich verzichtet. Der Charakter einer thesenartig zugespitzten Diskussionsvorlage ist mit Absicht beibehalten worden. Öfters greife ich auf Überlegungen, Begriffe, empirische Angaben, Zahlenschätzungen usw. aus dem Manuskript eines „Grundrisses der deutschen Gesellschaftsgeschichte“ zurück, an dem ich zur Zeit arbeite. – Die Stoßrichtung der Argumentation ging dahin, zu Beginn der Tagung auf die Vielzahl der zu berücksichtigenden Probleme hinzuweisen, anstelle von plakativen Begriffen einige unumgängliche Differenzierungen vorzuschlagen und dennoch nicht einen allzu weiten Rahmen für die folgende Debatte abzustecken. – Da die Vorlage gegen Ende eines ungewöhnlich arbeitsreichen Semesters entstand, kommt der viel Zeit und Muße verlangende konsequente internationale Vergleich zu meinem eigenen Bedauern viel zu kurz.

## I

Zuerst muß der amorphe, inflationär aufgeblähte Begriff „des“ Bürgertums mit Hilfe von einigen – immer noch groben – Unterscheidungen präzisiert werden. Für unsere Zwecke sind mindestens vier idealtypisch zugespitzte Bürger-Begriffe auseinanderzuhalten, die den Blick für außerordentlich verschiedenartige, komplexe realhistorische Sachverhalte schärfen sollen. Erst nach der analytischen Trennung kann über die symbiotischen Beziehungen, über eine kühne Generalisierung wie „das Bürgertum“ oder „die Bürgerwelt“, über die Nützlichkeit eines evolutionstheoretischen Richtungskriteriums wie „bürgerliche Gesellschaft“ gesprochen werden.

1. Die älteste, seit dem 11. Jahrhundert auch im späteren deutschsprachigen Mitteleuropa entstehende bürgerliche Formation ist das Stadtbürgertum. Gemeint ist jene die Stadtgemeinde konstituierende, vielfältig privilegierte Minderheit von Vollbürgern, denen eine mehr oder minder große Mehrheit von städtischen Einwohnern, die vom Besitz der Bürgerrechte ausgeschlossen sind, ständig gegenübersteht. Die Stadtbürger bleiben über Jahrhunderte hinweg in prinzipiell scharf geschiedene ständische Verbände mit eigenem Gerichts-, Heirats-, Kleidungs-, Verhaltensrecht, mit politisch abgestuften Chancen und schroffem Prestigegefälle gegliedert. Unter einer gewöhnlich extrem schmalen Oberschicht von Patriziern bzw. Honoratioren (1–2 bis maximal 8% der Einwohner) steht der „alte Mittelstand“ der bessergestellten Handwerker, Kaufleute, Gastwirte u. a., der allenthalben gleitend in ein weit umfangreicheres Kleinbürgertum der kleinen Gewerbetreibenden, Einzelmeister u. a. übergeht (beide zusammen machen in der Regel 9–25% der Einwohner aus). Diese mittel- und kleinbürgerlichen Gemeindemitglieder bilden keine „Petite Bourgeoisie“, auch keine „Middle Class“, sondern sie verkörpern einen eigenständigen politisch-rechtlich und sozialmoralisch definierten Typus, dessen Eigenarten gerade beim Vergleich schärfer hervortreten als einige funktionale Gemeinsamkeiten etwa der Handwerker und Krämer vermuten lassen. Die unbestreitbare Mehrheit der Einwohner (65–90%) stellen überall die quasi rechtlosen Unterschichten. Grosso modo gilt, daß vom 17. bis ins 19. Jahrhundert die Zahl der Vollbürger zwischen 15 und 30% der Einwohner schwankt – ungeachtet der sonst gewaltigen Unterschiede zwischen ostdeutschen Land- und Mediatstädten einerseits, südwestdeutschen Reichs- und norddeutschen Hansestädten andererseits. In den Rheinbundstaaten und in Preußen stellen die Reformgesetze nach dem Einbruch der napoleonischen Revolution in Deutschland die Exklusivstellung der Vollbürger durch den staatsbürgerlichen Gleichheitsbegriff faktisch oder doch tendenziell in Frage. In den süddeutschen Mittelstaaten gelingt es den „Home Towns“ (M. Walker), insbesondere mit Hilfe des neudefinierten „Heimatrechts“, das wie ein feiner Filter gegen Unerwünschte eingesetzt wird, zahlreiche Privilegien zu verteidigen, bis spätestens durch die Reichsgesetzgebung die städtische Einwohnergemeinde eingeführt, damit die alte Vollbürgerminderheit gesprengt wird<sup>2</sup>. In Preußen wird 1842/43 auf dem Weg über

<sup>2</sup> Vgl. Mack Walker, *German Home Towns. Community, State, and General Estate 1648–1871* (Ithaca 1971).

das neue gesamtstaatliche Armenrecht die Einwohnergemeinde schon de facto eingeführt, aber erst im Norddeutschen Bund endgültig zur allgemeinen Stadtverfassung.

Gewiß sind die Städte über mehr oder minder lange Zeiträume hinweg Zentren sowohl eines dynamischen Handelskapitalismus als auch eines auf gleichmäßiges Auskommen („Nahrung“) für alle Zunftmitglieder bedachten Handwerks; manchen Honoratioren ist die Beteiligung an florierenden agrarkapitalistischen Landwirtschaftsbetrieben ebenfalls nicht fremd. Im 18. und frühen 19. Jahrhundert überwiegt jedoch generell – die Ausnahmen lassen sich daher relativ leicht benennen – eine traditionale Beharrungsmentalität, die dem neuen industriellen Produktionskapitalismus ablehnend, ja feindselig gegenübersteht. Es ist eine Legende, daß „der“ Stadtbürger schlechthin der Prototyp des wagemutigen, risikobereiten frühen Industrieunternehmers gewesen sei. Im Stadtbürgertum zählen ständische Tradition, Familienrang, vertraute Geschäftsform, schichtenspezifischer Aufwandkonsum, weit weniger Innovationsbereitschaft.

Numerisch stellt dieses stände-, dann staatsrechtlich ausgegrenzte Stadtbürgertum die große Mehrheit der deutschen „Bürger“ bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.

2. Das historisch spannendere Phänomen bildet der vor allem seit dem 18. Jahrhundert beschleunigte Aufstieg der neuen ‚außerständischen‘ Schichten der „Bürgerlichen“. Familienstatus und Herkunftsmilieu sind vergleichsweise unwichtig, ständerechtlich werden sie zum „Bürgerstand“ geschlagen, realiter sind sie aber z. B. vom städtischen Vollbürgertum durch scharf markierte Grenzen geschieden. Hier interessieren die beiden Hauptgruppen dieser „Bürgerlichen“: das Bildungsbürgertum und die Bourgeoisie als freie industriekapitalistische und verkehrswirtschaftliche Unternehmerschaft.

Den Kern des Bildungsbürgertums bildet die allmählich wachsende Zahl der akademisch geschulten Verwaltungsjuristen, Richter, Theologen, Professoren, Oberlehrer usw., insbesondere die „verstaatlichte Intelligenz“, die im Verlauf des neuzeitlichen, seit der „Fürstenrevolution“ im Reformationszeitalter beschleunigten Staatsbildungsprozesses an die Karrieren im öffentlichen Dienst gebunden wird – einschließlich der dem Flächenstaat oft als Vorbild dienenden Verwaltung der Stadtrepubliken! Überall werden im okzidentalen Modernisierungsprozeß spezifische Aufgaben von unterschiedlich ausgebildeten Funktionseliten mehr oder weniger gut gelöst. Das Bildungsbürgertum der deutschsprachigen, in erster Linie ganz unbestritten der protestantischen Staaten und Städte bildet jedoch m. E. eine einzigartige bürgerliche Formation als Ensemble von Funktionseliten, bleibt bis mindestens zum Ende des 19. Jahrhunderts die interessanteste, politisch – dank seiner Rolle in der Bürokratie – und soziokulturell – dank seines Rangs als normsetzende Elite – vermutlich auch die mächtigste.

Mit dem Siegeszug des bürokratisierten Anstaltsstaats expandiert die beamtete Intelligenz. Wesentlich für ihren Aufstieg ist die Durchsetzung des revolutionären Leistungsprinzips gegen die vererbten Geburtsvorrechte des Adels. ‚Leistung‘ wird sogleich an den formalisierten Nachweis bestimmter Ausbildungsgänge gebunden – Universitätsstudium, Referendars- und Assessorenexamen o. ä., schließlich an Gymnasium, Abitur, Promotion, Habilitation. Das Ausmaß der Selbstrekrutierung ist beste-

chend hoch. Dennoch bleibt das Bildungsbürgertum trotz aller „geistesaristokratischen“ Abschlußtendenzen auch und gerade im internationalen Vergleich sozial erstaunlich offen: 15 bis 20% des Nachwuchses gelingt über Gymnasium und Universität der Aufstieg aus Handwerker-, Kaufmanns-, Volksschullehrerfamilien (kurzum: meist aus dem Kleinbürgertum) zu einer Zeit, als in „Oxbridge“, an der Sorbonne und den Grands Écoles, am Harvard, Yale und Princeton College davon nicht entfernt die Rede sein kann. Die Heterogenität der Herkunft wird zum guten Teil durch die Homogenisierung während der Ausbildung überkommen. Ideen- und mentalitätsgeschichtlich ist der (auf die griechische, kaum auf die römische Kultur fixierte) Neuhumanismus, als solcher natürlich ein gemeineuropäisches Phänomen, von größter Bedeutung. Der neuhumanistisch aufgeladene Bildungs- und Leistungsbegriff wird sowohl zur Kampfideologie gegen aristokratische Privilegien (aufs Ganze gesehen außerordentlich erfolgreich) als auch zur Verteidigungsideologie gegenüber „Ungebildeten“ – sei's gegenüber ‚materialistischen‘ Neureichen oder gegenüber nachdrängenden bildungshungrigen Schichten. Auf diese Weise werden neue Exklusivrechte gewonnen und konsolidiert (z.B. im Beamtenrecht, klassisch: die Bayerische Dienstpragmatik), soziale Distanz nach oben reduziert, nach unten vergrößert. Die Homogenität wird durch Sonderrechte verstärkt (z.B. das eigene Gerichtsforum der preußischen „Eximierten“ bis 1848, Steuervergünstigung, Befreiung vom Militärdienst), durch die Karriere im Staatsdienst oder in der Stadtverwaltung mit ihrer Fusion von Privilegierung und Disziplinierung weiter befestigt.

Die freien akademischen Berufe für Bildungsbürger gewinnen, aufs Ganze gesehen, erst seit den 1830/40er Jahren an Bedeutung. Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Veterinäre, Architekten sind lange Zeit oft noch Beamte. In Süddeutschland wird die Zulassung zu den freien Berufen häufig restriktiv gehandhabt; wortwörtlich freier sind die Hansestädte; in Preußen können die Ärzte erst nach der Jahrhundertmitte zur freien „Profession“, die beamteten „Justizkommissare“ erst 1878 zu freien Anwälten werden. Industrie, Banken, Handel, Verkehrswesen nehmen seit den 1840er, breiter erst seit den 50er Jahren Akademiker in Leitungsfunktionen auf.

Die Spezifika des Bildungsbürgertums in der Stratifikationshierarchie werfen lebhaft umstrittene Probleme auf. Insbesondere das beamtete Bildungsbürgertum besitzt ein Janusgesicht. Teils ist es ein vom Staat neuständisch definierter Berufs- und Funktionsstand, sein Selbstverständnis ist weithin ständisch geprägt, man gehört zum „Beamtenstand“. Zugleich aber ist es auch – eine strittige Charakterisierung – „marktbedingte Klasse“, da von einem spezifischen Arbeitsmarkt, dessen Bedingungen von der Bürokratie selber mitdefiniert werden, der tendenzielle Monopsonist „öffentlicher Dienst“ in Staat und Stadt spezielle Qualifikationsbesitzer abrufen. Markt wird hier nicht im engen Sinn der neoklassischen Theorie verstanden, sondern (wie etwa bei Schumpeter oder Olson, Downs und anderen Vertretern der Neuen Politischen Ökonomie) als eine Arena, in der unter marktförmigen Bedingungen Marktmachtbesitzer aufeinandertreffen, ihre Nachfrageansprüche durchzusetzen und Leistungsqualifikationsträger zu gewinnen versuchen. Kontrovers ist auch, ob man bei Fremdalimentierung in Form von pensionsfähigem Gehalt aus öffentlichen Mitteln anstelle von marktförmiger, unternehmensbestimmter Eigenalimentierung mit starken Unsicher-

heitsfaktoren gut beraten ist, einen gleichwie weiten Markt-begriff zu verwenden. Die Vorzüge scheinen mir aber die Nachteile zu übertreffen. Daher gilt hier das Bildungsbürgertum auch als Verbindung marktbedingter Berufsklassen, die zu einer „sozialen Klasse“ zusammenwachsen können (zu Max Webers Begriffen unter III. mehr).

Zahlenmäßig handelt es sich überall um durchaus überschaubare elitäre Zirkel. In Preußen z. B. gibt es um 1800 rd. 1300 Beamte, bis zur Revolution von 1848 wird das Land von nicht mehr als 1650 Beamten verwaltet; hinzu kommt die Justizbürokratie, kommen rd. 1500 staatliche Anwälte, dazu einige hundert ‚freie‘ Ärzte, Architekten usw. Immer noch können sich die meisten von den Gymnasien, den Universitäten, den Ausbildungsjahren her kennen; in den süddeutschen Mittelstaaten ist in diesen Kreisen fast noch jeder jedem begegnet.

3. Aus der zweiten wichtigen Gruppe von „Bürgerlichen“ entsteht die Bourgeoisie. Als Bourgeoisie soll diejenige marktbedingte Besitzklasse der freien, keinem „Nahrungs“-Prinzip gehorchenden Unternehmer in der Industrie, im Bankwesen, im Eisenbahnbau verstanden werden, die in ihren Betrieben finanzielle Ressourcen, technologisch-maschinelle Ausrüstung und freie Lohnarbeit kombinieren, die strategische Entscheidungen über Investitionen, Produktionsspezialisierung, Markterkundung und -wahl, Risikokalkulation, Expansion usw. treffen. Sie leiten das Unternehmen nicht nur als ökonomische Einheit, sondern üben zugleich auch immer vielfältig variierende Herrschaftsrechte aus, das Unternehmen ist deshalb immer Produktions- und Herrschaftsverband zugleich.

Die Herkunft dieser Unternehmer ist durchaus heterogen. Empirische Untersuchungen für das 19. Jahrhundert zeigen von Anfang an ein Übergewicht der Selbstrekrutierung aus städtischen und ländlichen Unternehmerfamilien. Fast immer sind es jedoch nicht ‚gestandene‘ ältere Unternehmer, sondern ihre wagemutigen, innovationsfreundlicheren Söhne, die in das Industrie-, Banken-, Verkehrsgeschäft gehen. Auch dort zehren sie von ihren Sozialisationserfahrungen, ihren Kenntnissen, dem „sozialen Kapital“ der Familie, dem Verwandten- und Bekanntenkreis mit seinem Netzwerk an Beziehungen und Informationen, dem Zusammenhang der durch viele Heiraten verbundenen Unternehmerdynastien. An zweiter Stelle folgen Handwerker-Unternehmer, die eine unzüftige Mechanische Werkstatt oder einen ehemaligen Zunftbetrieb zur Fabrik ausbauen, aber auch zahlreiche „Selfmade Men“ der unterschiedlichsten Herkunft: Söhne von Pastoren, Beamten, Offizieren, Lehrern, kleinen Gewerbetreibenden – typisch ist etwa die neureiche Kölner Großbourgeoisie der Hansemann, Langen, Mevissen, Camphausen u. a. Aufstieg aus den Arbeiterschichten ist so gut wie ausgeschlossen, wie bisher alle Mobilitätsstudien zeigen: So offen ist wiederum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die entstehende Industrie- und Verkehrswirtschaft keineswegs, auch in der Folgezeit nur in Sonderfällen.

Die Bourgeoisie wird von ihren sozioökonomischen und herrschaftlichen Funktionen, von ihrer „Marktmacht“ her primär definiert; aber auch rechtlich wird ihr bis 1848 vielfach eine Sonderstellung, wenn auch durchweg unterhalb des Bildungsbürgertums, eingeräumt. Allgemein gilt im 19. Jahrhundert: „Bildung geht vor Besitz“. Normatives Vorbild wird frühzeitig die adlige Gutsherrschaft mit ihrem paternalistischen Regiment, die Militärkaserne mit ihrer straffen Organisation. Oft ähneln sich

Unternehmer und Gutsbesitzer im Hinblick auf lange Ortsansässigkeit, zugeschriebenes Prestige, Immobilität der Produktionsfaktoren, Führungsstil im Betrieb. Nach 1850 wird großer Landbesitz immer häufiger begehrtes Statussymbol erfolgreicher Unternehmer.

Numerisch handelt es sich bei der deutschen Bourgeoisie bis 1848 um eine sehr geringe Zahl. Vermutlich hat Fritz Redlich mit seiner Schätzung recht, daß im Grunde nur ein paar hundert Familien die Anfänge der industriellen Epoche bestimmt haben. Untereinander sind sie durch zahlreiche Ehen zum Zweck der Ressourcenakkumulation und -stabilisierung, der Risikominderung, der Steigerung der „Familienehre“ verbunden. Vor allem zählt, solange die Institutionen der modernen Markt- und Verkehrswirtschaft nicht voll ausdifferenziert sind, Familienkapital ebensoviel wie der Vertrauensvorschuß unter Verwandten, die über weite Entfernungen hinweg die Geschäftsverbindungen zuverlässig aufrechterhalten.

Innerhalb der deutschen Bourgeoisie spielen religiöse und ethnische Minderheiten eine auffallende Rolle: das kleine Kartell der eng versippten jüdischen Familien, die Mennoniten am Niederrhein, die Berliner und siegelländer Calvinisten, die Hugenotten – auf Eigenleistung eingestellte und von ihr ganz abhängige Außenseitergruppen.

Eine raschere Expansion kündigt sich in den 40er Jahren an, setzt sich dann seit den 50er Jahren mit rapidem Tempo durch. Auf dem Höhepunkt des „Gründerbooms“ um 1870 ist die in die Breite wachsende Bourgeoisie mit dem Zustand, der eine Generationsspanne früher bestand, kaum mehr zu vergleichen.

Innerhalb dieser drei klar unterscheidbaren bürgerlichen Formationen ist die gebotene Binnendifferenzierung unschwer möglich. Beim Stadtbürgertum ist sie angedeutet worden. Vergleichbare Einkommens-, Prestige-, Machtgefälle gibt es zwischen hoher Ministerialbürokratie und kleinen Landrichtern, Superintendenten und Ortsgeistlichen, berühmten Professoren und Gymnasiallehrern; oder aber: zwischen Großunternehmern der Eisen- und Stahlindustrie, Eisenbahnmagnaten, mittelständischen Betriebsbesitzern. Das sog. Kleinbürgertum kann sich aus stadtbürgerlichen Kleinbürgern, später auch aus bescheiden lebenden Einwohnern der Stadtgemeinde neuen Typs, aber auch aus Subalternbeamten, kapitalistischen Gewerbetreibenden in ihrer Anfangsphase u. a. rekrutieren. Zahlreiche sichtbare und unsichtbare Scheidemauern trennen nicht nur Stadt- und Bildungsbürgertum von der Bourgeoisie, sondern durchziehen wiederum diese Schichten und Klassen.

4. Sozusagen quer zu den historisch oder funktional definierten Bürgern liegt der Begriff des „Staatsbürgers“, der seit dem frühen 19. Jahrhundert den „Staats-Untertanen“ ablöst. Auf eine Gesellschaft prinzipiell gleichgestellter Staatsbürger läuft – beschleunigt durch die Amerikanische und die Französische Revolution, die an Aufklärung und smithianischem Liberalismus orientierte Reformära – der innere Staatsbildungsprozeß zu. Als Steuerzahler, als Rekrut, auch als Schüler soll der Untertan von der Zentralgewalt möglichst direkt erreichbar sein. Die Herrschaftsbefugnisse der intermediären Gewalten der Gutsritter und Stadtmagistrate sollen durchbrochen, möglichst aufgelöst werden. Die „Staatsdiener“ sind meist die ersten Staatsbürger, danach Minderheiten wie die Juden, über die man leichter von oben her verfügen kann, dann werden es Schritt für Schritt die städtischen und ländlichen Staatseinwohner. Den

führenden Reformern, Männern wie Montgelas, Hardenberg, Reitzenstein und ihren Mitarbeitern, schwebt als Fernziel eine Staatsbürgergesellschaft gleichberechtigter, wirtschaftlich ungehindert konkurrierender Individuen vor, die aus den alten Untertanenverbänden der Grundherrschaften und Städte herausgelöst worden sind. Dieser politische Homogenisierungsprozeß zu einer einheitlichen Staatsbürgerschaft dauert jedoch bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhunderts an.

„Bürger“ kann daher lange Zeit auch die Rechtsfigur des Staatsbürgers meinen. Für viele ist gerade dieser Bürgerstatus erstrebenswert, im strengen Sinn modern. Bei der Durchsetzung von Staatsbürgerrechten kann man von T. H. Marshalls Schema, das die gesetzliche Verbriefung und tatsächliche Realisierung von rechtlichen, politischen und sozialen Gleichheitsrechten unterscheidet, ausgehen<sup>3</sup>. Während Marshalls Raster im Hinblick auf Großbritannien eine chronologische Sequenz wiederzugeben beansprucht, muß man in den deutschen Staaten von einer langjährigen Überlappung des Kampfs um rechtliche und politische Staatsbürgergleichheit, dazu unübersehbar seit 1848, erst recht seit den 1860er Jahren auch um soziale Gleichheitsrechte ausgehen. Diese Überschneidung dreier Konfliktfelder hat die deutsche Innenpolitik und Sozialgeschichte besonders schwierig und kompliziert gemacht.

Nach dieser dezidierten analytischen Unterscheidung von Stadt-, Bildungs-, neuem Wirtschafts- und Staatsbürgertum, die nicht nur gegen das Schillern des „Bürger“-Begriffs gerichtet ist, sondern auf z. T. fundamentale realhistorische Verschiedenartigkeiten der Soziogenese, der Funktion, der politischen Position, des Werte- und Normensystems usw. hinweist, müssen die zahlreichen symbiotischen Beziehungen betont werden; danach ist die Frage angebracht, ob man ihretwegen nicht doch von einer „bürgerlichen Gesellschaft“ sprechen kann.

Auf der Heterogenität bürgerlicher Formationen zu insistieren, darf natürlich nicht dazu führen, sich gegenüber den zahlreichen Gemeinsamkeiten und Querverbindungen blind zu stellen. Immer wieder findet man Stadtbürgersöhne, die zur verstaatlichten Intelligenz stoßen oder als Syndici, Magistratsbeamte, Stadttjuristen administrative Funktionen in den Stadtrepubliken wahrnehmen. Überhaupt darf neben der relativ gut bekannten Staatsverwaltung das – numerisch ziemlich große – Bildungsbürgertum in der Stadtverwaltung nicht länger vernachlässigt werden. Diese beamtete Intelligenz heiratet in den bildungsbürgerlichen oder adligen Kollegenkreis, aber auch in das alte Stadtbürgertum hinein, selten zuerst in besonders erfolgreiche Bourgeoisiefamilien. Nicht wenige Stadtbürgersöhne aus Kaufmanns-, Bankiers-, Verlegerfamilien, aus lang etablierten größeren gewerblichen Unternehmen und Fernhandelsgeschäften riskieren den Sprung in die fremde Welt der Maschinenfabriken, der Eisenbahngesellschaften, der Banken, werden freie Unternehmer, im Erfolgsfall Mitglieder der jungen Bourgeoisie. Die Heiratspolitik folgt einer wohlüberlegten, vertrauten Strategie. Familiäre Querverbindung zu anderen Unternehmern wird zuallererst erstrebt, Heirat nach oben in die festetablierten Stadtbürgerfamilien sorgfältig geplant (Hansemann!). Feste Heiratskreise stabilisieren die Geschäftskontakte und ökonomischen Erfolge. Krefelder Millionäre wie die v. d. Leyens sind mit den Kölner Großbankiers Herstatt inner-

<sup>3</sup> Vgl. *Thomas H. Marshall, Citizenship and Social Class*, in: *ders., Class, Citizenship, and Social Development* (Garden City 1965) 71–134.

halb von zwei Generationen durch fünf Ehen verbunden; ähnliches gilt für die de Wendel, Stumm, Villeroy und Boch im Saargebiet. Der Deichmann-Clan erstreckt sich über ganz Westdeutschland. Der Ruhrunternehmer Haniel ist durch die Ehen seiner Kinder mit vier bedeutenden Unternehmerfamilien zu einem neuen Sippenkreis zusammengeschlossen. Herkunft und Heirat binden den Bourgeoisie-Unternehmer häufig wieder an das Stadtbürgertum an. Auch die Verflechtungen zwischen Bourgeoisie und Bildungsbürgertum sind unübersehbar. Der Geheimrat oder hochverdienende Justizkommissar ist als Schwiegersohn willkommen, zunehmend auch die vermögende Unternehmertochter in den höheren Rängen der Bürokratie. Hinzu kommen gemeinsame Erfahrungen und gemeinsame Institutionen: Stadtbürger, künftige Bildungsbürger und Bourgeois besuchen dieselbe Gelehrtenschule, dasselbe Gymnasium, öfters dieselben Universitäten. Freundeskreise überbrücken Standesschranken und Klassengrenzen. Man trifft sich gemeinsam in Lesegesellschaften, gemeinnützigen Vereinen, geselligen Casinos. Überhaupt ist das weitverzweigte Vereinswesen eine Art Katalysator gemeinbürgerlicher Wertvorstellungen, gemeinbürgerlicher politischer Interessen, ja tendenziell gemeinbürgerlicher Identitätsdefinition. Der gräzisierte Neuhumanismus bewegt nicht nur das Bildungsbürgertum, sondern auch die geistig interessierten Stadtbürger werden von dieser mächtigen Strömung erfaßt, und nicht einmal selten findet auch der Bourgeois-Unternehmer Anschluß daran. Kurzum: Es existiert eine Vielfalt von homogenisierenden Einflüssen, die den differenzierenden Erfahrungen in verschiedenartigen „Bürgerwelten“ entgegenwirken, konträre Auffassungen abschleifen, Gemeinsamkeiten gegenüber Adel, Autokratie und „Pöbel“ betonen.

Gibt es mithin, aus der Vogelperspektive zumindest, doch schon „die“ bürgerliche Gesellschaft? In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts scheinen die Unterschiede, die Gräben zwischen den stadt- und bildungsbürgerlichen, den groß- und kleinbürgerlichen Formationen, zwischen produktionskapitalistischem Bourgeois, hansischem Patrizier im Fernhandel, traditionalem Nürnberger Handwerksmeister oder Frankfurter Staatsbankier doch noch zu überwiegen. Es gibt vielmehr mehrere bürgerliche Gesellschaften nebeneinander, teils noch scharf geschieden, teils durch viele Querverbindungen verknüpft. „Gesellschaft“ heißt in der Sprache der Zeitgenossen auch oft nur Verein oder Assoziation (keineswegs stets „Gesamtgesellschaft“!), und auch da gibt es in einer Stadt viele bürgerliche Gesellschaften nebeneinander oder mit teilweise überlappender Mitgliedschaft. Gegen die traditionellen oder durch den neuhumanistischen Bildungsbegriff bzw. die Bourgeoismentalität geschaffenen Divergenzen arbeiten die vereinheitlichenden Tendenzen, teils schon erfolgreich, teils vergeblich. Im Berlin der späten 1840er Jahre ist nach dem realistischen Urteil von Bismarcks späterem „Vizekanzler“ Delbrück die soziale Sphäre der Beamten von der der Unternehmer durch einen kaum überbrückbaren Graben getrennt.

In zweierlei Hinsicht scheint es mir jedoch gerechtfertigt zu sein, von einer bürgerlichen Gesellschaft in statu nascendi zu sprechen. Einmal rücken durch die Außenabgrenzung die verschiedenen bürgerlichen Schichten, Funktionsebenen und Klassen zusammen. Auch in der Außenansicht, vom Adel oder von den Arbeitern her gesehen, wirken bürgerliche Gemeinsamkeiten oft stärker als die innere Zerklüftung. Die Ge-

gensätze des Vormärz, die Revolution, der Verfassungskonflikt stärken, so gesehen, bürgerliche Zusammenschlußtendenzen.

Zum zweiten läßt sich „bürgerliche Gesellschaft“ als evolutionstheoretisches Richtungskriterium rechtfertigen. Wenn man von der ‚Entwicklung‘ der modernen deutschen Gesellschaft spricht, ist – streng genommen – auch die Angabe von Zielkriterien für offenbar – dank einer weit zurückreichenden Gesamtkonstellation – gerichtete Evolutionsprozesse geboten; darauf ist unten beim Klassenbegriff zurückzukommen. Jedenfalls läßt sich in diesem Sinn „bürgerliche Gesellschaft“ als Richtungskriterium verteidigen, das die Homogenisierung zu einer gesamtbürgerlichen Gesellschaft, den Aufstieg zu ihrer Hegemonialstellung im Deutschland des 20. Jahrhunderts – voll vielleicht erst in Westdeutschland seit 1949 – anvisiert. Generell aber bleibt für die Zeit zwischen 1750 und 1850 eher Skepsis als ein voreiliger Gebrauch von „bürgerlicher Gesellschaft“ geboten, der nur zu oft das abgesunkene Kulturgut der hegeliatisch-marxistischen Sozialtheorien verrät, jedoch noch keine präzise, realitätsnahe Begrifflichkeit beanspruchen kann.

## II

Nicht minder amorph und nebulös als „das“ Bürgertum ist der Begriff der „Arbeitschaft“ oder „Arbeiterklasse“. Auch hier empfehlen sich vier idealtypische Unterscheidungen, wobei die Mehrheit der zu Beginn des 19. Jahrhunderts manuell Arbeitenden, die landlosen oder landarmen Landarbeiter, bewußt nicht erörtert wird.

1. In den Städten jeder Größe gibt es eine Vielzahl von Handarbeitenden, die – vor der Ausdifferenzierung klar unterscheidbarer, stabiler Berufsrollen – den unterschiedlichsten Tätigkeiten nachgehen; als Karrenschieber, Bauarbeiter, Knecht, Dienstbote, Gehilfe in einer unzünftigen Werkstatt, Verlags- oder Manufakturarbeiter – was immer sich für meist kurze Zeit zum Überleben anbietet. Seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts kommt für diese städtischen Unterschichten die Bezeichnung als „arbeitende“, „untere“, „bedürftige Klassen“, als „untere Volksklassen“ usw. auf – fast immer überwiegt, zu Recht, der Plural.

2. Bei der starken Vermehrung der Handwerkerschaft in den 1830er und 40er Jahren handelt es sich bekanntlich vor allem um eine Verdopplung der Gesellenzahl und einen starken Anstieg der überwiegend armen Einzelmeister. Spätestens seit rd. 1840, darin stimmen sachkundige Statistiker wie Dieterici und Hoffmann mit dem Berliner Magistrat überein, kann man allenthalben den Wechsel der Gesellen von der zünftigen Werkstatt in einen Fabrikbetrieb oder aber wieder zurück beobachten; auch Einzelmeister beginnen, derart zu pendeln. Der Arbeiterbegriff wird gleichzeitig auf diese oft am Rand der Hungergrenze lebenden Handwerker ausgedehnt.

3. Die Manufakturen mit zentralisierter, jedoch maschinenarmer Produktion in einem Betriebsgebäude sind oft maßlos überschätzt worden; die meisten deutschen schaffen es nicht, bis zur Mitte der 1830er Jahre zu überleben; nur extrem wenigen gelingt die Umwandlung in eine Maschinenfabrik. Unstreitig aber handelt es sich bei der Manufaktur um eine „Protofabrik“, deren Arbeiter an zerlegte Produktionsabläufe ge-

wöhnt werden. Zu den gewerblichen Arbeitern – zuerst meist im Nebenerwerb, bis in die 30er Jahre hinein zunehmend im Haupterwerb – kann man häufig auch Verlagsarbeiter rechnen. Die sog. „Haus“- oder „Heimindustrie“ wird als dezentralisierte Produktion von handelskapitalistischen Unternehmern organisiert. An einen Verlag können 300, 3000, sogar 30 000 verlegte Arbeiter mit ihren Familien angeschlossen sein. Gewöhnung an zeitlich knapp fixierte, stückweise Herstellung, verändertes Familienleben, offenbar neuartiges generatives Verhalten und rasch wechselnder Konsumaufwand gehören zu den Folgen, denen die Protoindustrialisierungs-Forschung nachspürt. Der Unterschied zwischen Manufaktur und Verlag verfließt nicht selten, da die Verlage sich zentrale Werkstätten zur Zusammensetzung von Einzelteilen angliedern. Der Übergang von Verlagsarbeit zur Tätigkeit in einer Textilfabrik kann ebenso gleitend erfolgen wie der Wechsel aus einer bankrotten sächsischen Manufaktur in eine der neuen Maschinenbauanstalten. Ein Potential an geschulten gewerblichen Arbeitskräften steht hier bereit. Der Übergang aus dem protoindustriellen Gewerbe zur industriekapitalistischen Maschinenfabrik ist freilich sehr strittig: Die Leitsektoren der Industriellen Revolution in den entwicklungsfähigsten deutschen Regionen gehen in aller Regel keineswegs aus der Protoindustrie hervor; nur in der Textilindustrie verschwimmen die Konturen.

4. In den Prototypfabriken, den neuen Maschinenfabriken, den Eisenbahnwerkstätten, den Maschinenbauanstalten usw. wächst die Industriearbeiterschaft im engeren, modernen Sinn als junge soziale Formation heran. Auf sie vor allem wird schließlich der Begriff „Proletariat“ eingeengt. Alle empirischen Befunde bestätigen gerade hier die Notwendigkeit genauer Binnendifferenzierung. Der Facharbeiterstamm – der zentrale Funktionen wahrnimmt, Sicherheit des Arbeitsplatzes, abgehobene Löhne (Lohndifferentiale von 6 oder 8:1 sind die Regel), spezifische „soziale Ehre“, Versicherungsschutz, bessere Wohngelegenheiten usw. genießt – besteht gewöhnlich aus ehemaligen Gesellen und Meistern. Unter dieser funktionalen Elite der „Gesellen-Arbeiter“ gibt es den ‚gewöhnlichen‘ Arbeiter mit einer gewissen handwerklichen oder gewerblichen Ausbildung, kürzerer Kontraktzeit und geminderter Kassenhilfe; er strebt nach „ehrbarem“ Status, erlebt aber häufig Kündigung und Arbeitslosigkeit, lebt trotz Mitarbeit der Familienangehörigen um das Existenzminimum herum, in deutlich schlechteren Wohnquartieren, gesundheitlich in Dauergefährdung. Aufstieg in die Facharbeiterschaft ist möglich, aber auch der Abstieg in die weit geringer bezahlte Schicht der Angelernten, deren Arbeits- und Lebensverhältnisse noch größeren Fluktuationen ausgesetzt sind. Auch sie trennt aber wieder eine soziale Distanz von Tagelöhnern, Ungelernten, Saisonarbeitern, die als „Flottierende“ extrem unstet, ungesichert, chancenarm leben. Diese durchweg vorhandene Trias muß fast überall weiter differenziert werden: Hallenmeister heben sich ganz so wie Kolonnenführer, Vorarbeiter, Experten (Former oder Maschinenbauer) ab; auch das mittlere Gros der Arbeiter ist in sich noch feiner gegliedert. Mindestens sieben „Klassen“ habe, meinten sächsische Industrielle in den 40er Jahren, bei ihnen jeder Betrieb.

Die scharfe Binnendifferenzierung wird in das Leben außerhalb des Betriebs verlängert: Auch hier gibt es eindeutige Heiratspolitik, überlieferte und noch längere Zeit respektierte ständische Schranken, eigene Verkehrskreise. Tendenziell nehmen seit

den 40er Jahren die symbiotischen Beziehungen zu, aber die soziale Verflechtung braucht Jahrzehnte, bis – verstärkt durch tiefere Außengrenzen – die Binnenhomogenität zunimmt. Diese Integrationsvorgänge aber lenken unmittelbar auf die Klassenformierung hin.

### III

Als Klassen werden hier im Anschluß an Weber jene sozialen Formationen verstanden, die durch ungleiche Verteilung von Macht- und Herrschaftschancen, ungleiche ökonomische Lage, ungleiches Prestige und eigentümliche Muster der Weltdeutung bestimmt sind<sup>4</sup>. A priori steht man vor einer Alternative: Man kann mit guten Gründen für einen universalisierten Klassenbegriff optieren, der von babylonischen Kaufleuten, römischen Adligen, mittelalterlichen Rittern bis zu modernen Proletariern die verschiedensten Formen sozialer Ungleichheit abdeckt. Oder aber man kann den Klassenbegriff eng an die Funktionsmechanismen kapitalistischer Märkte binden. Es geht dann vor allem um die Verwertung von Besitz- und Leistungsqualifikationen auf den verschiedenen Arbeits-, Kapital-, Warenmärkten. Im Magnetfeld dieser entstehenden Marktwirtschaft ist die Klassenlage der Besitz-, Erwerbs- und Berufsklassen weithin Marktlage, Herrschaftsdifferentiale beruhen auf der Hierarchie der Marktmacht. Um das Neuartige der höherentwickelten Formen des Handels-, des Agrar- und schließlich des Industriekapitalismus zu erfassen, wird hier aus pragmatischen Gründen der engere, an Marktwirtschaft und Marktgesellschaft geknüpfte Klassenbegriff gewählt; hinzu kommt ein historistisches Argument: Man folgt auf diese Weise dem semantischen Befund der „language of class“, die sich auch in „Deutschland“ seit der Mitte des 18. Jahrhunderts unübersehbar ausbreitet und – so die schärfsten Köpfe – die neu auftauchenden gesellschaftlichen Formationen und Verhältnisse mit einem eigenen Vokabular zu erfassen sucht.

Klassen in diesem Sinn sind Resultate der neueren okzidentalen Entwicklung, sie entstehen, wachsen eventuell zusammen und können sich selbstverständlich wieder auflösen. Besitz-, Erwerbs- und Berufsklassen können jeweils unter historisch kontingenten Bedingungen zu „sozialen Klassen“, größeren Einheiten mit eigenem Identitätsgefühl und geschlossener Interessenwahrnehmung, zusammenwachsen, später wieder zerfallen. Will man sich dem Problem der Klassenbildung zuwenden, ist es nützlich, vier Dimensionen der Klassenformierung analytisch zu unterscheiden; die präzisesten Anregungen dazu stammen erneut von Weber. Man kann im ersten Arbeitsgang, ehe man wiederum auf Fusionen und Querverbindungen eingeht, 1. die ökonomischen, 2. die sozialen, 3. die politischen und 4. die kulturell-ideologischen Prozesse der Klassenformierung jeweils für sich analysieren. Das gilt für Bürger wie Arbeiter gleichermaßen. Dabei wird sogleich deutlich, daß die in diesen vier Dimensionen ablaufenden, in der historischen Wirklichkeit aufs engste verschränkten Formierungs-

<sup>4</sup> Statt vieler Weber-Zitate die Beiträge in: *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler (Göttingen 1979), v.a. die Einleitung: Vorüberlegungen zur historischen Analyse sozialer Ungleichheit.

prozesse einer Klasse in einem dialektischen Wechselverhältnis zu strukturell gleichartigen Prozessen anderer Klassen stehen. Spätestens seit Marx ist das eine der Grundeinsichten der Klassenanalyse. Sie steht jedoch stets in Gefahr, als geradezu banale Selbstverständlichkeit bezeichnet, dann aber forschungspraktisch ignoriert zu werden – vide wahre Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Arbeiterschaft.

Hier soll es um diese geradezu klassische Wechselwirkung in der Entstehungsgeschichte von Bürger- und Arbeiterklassen gehen. Akzeptiert man die provisorische Differenzierung der verschiedenen Formationen von „Bürgertum“ und „Arbeiterschaft“, den historisch eingegrenzten Weberschen Klassenbegriff und das vierdimensionale Schema der Klassenformierung über einen Zeitraum von noch unbekannter Länge hinweg, ist eine plakative Gegenüberstellung von Bürgertum und Arbeiterschaft, erst recht von „Bourgeoisie“ und „Proletariat“ als geschichtsphilosophisch überfrachteten Trägern von Klassenmissionen und welthistorischen Aufgaben, nicht mehr möglich. Statt dessen muß man komplexe Prozesse des Übergangs von überwiegend ständisch geprägter sozialer Ungleichheit zur Herausbildung von Klassen bei sehr verschiedenartigen Formationen von Bürgern und Arbeitern in den vier verschiedenen Dimensionen im zeitlichen Längsschnitt verfolgen.

Diese Prozesse werden durch eine gesellschaftliche Gesamtkonstellation verursacht und geprägt, auf deren Rahmenbedingungen und Antriebskräfte hier nur angespielt werden kann: Breite und beschleunigte Entfaltung des Kapitalismus bis hin zum industriellen Produktionskapitalismus (Richtungskriterium der ökonomischen Modernisierung: „Fortschritt zum Kapitalismus“); Entstehung und Ausbreitung des damit zusammenhängenden Systems von Besitz-, Erwerbs- und Berufsklassen (Richtungskriterium: Fortschritt zu „marktbedingten Klassen“); Intensivierung der inneren Staatsbildung (Richtungskriterium: Durchsetzung des „bürokratisierten nationalen Anstaltsstaats“), sowie, um mit einigen Hinweisen zu schließen, ein seit dem zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts vehementes demographisches Wachstum, Rationalisierungsschübe im kulturellen Leben (Aufstieg der Wissenschaften, Säkularisierung, Entchristianisierung), Entstehung eines wirklichen Weltmarkts (nicht der Wallersteinschen System-Chimäre) usw. Im Rahmen dieser dynamisierten Evolutionsprozesse haben sich die Veränderungen der Sozialstruktur im deutschsprachigen Mitteleuropa mit einer außerordentlichen Variationsbreite vollzogen, der man allein mit Pauschalformulierungen (wie: Aufstieg von marktbedingten Klassen, oder: von Bürgertum und Proletariat) nicht gerecht würde.

## IV

1. Das traditional geprägte Stadtbürgertum hat seinen Höhepunkt überschritten, es ficht bis ans Ende der 1860er Jahre (in Sachsen bis 1886) einen hartnäckigen, letztlich aber aussichtslosen Defensivkampf. Staatsrechtlich wird, wie gesagt, die traditionale Vollbürgergemeinde aufgelöst und durch die moderne Einwohnergemeinde städtischer Staatsbürger ersetzt. Parallel dazu dringen seit den 40er Jahren zusehends klassenbildende Kräfte in die Stadtbürgerschaft ein; in den beiden Hochkonjunkturjahr-

zehnten der 50er und 60er Jahre werden sie immer deutlicher erkennbar. Stadtbürgerliche Gewerbetreibende, Binnenschiffahrtsreeder, Bankiers usw. werden von der Sogwirkung der expandierenden modernen Markt- und Verkehrswirtschaft erfaßt und gehen tendenziell einer Verschmelzung mit der Bourgeoisie der „Bürgerlichen“ entgegen. Die entscheidende Phase, welche diese Tendenzen zutage treten läßt, ist die Boomperiode von rd. 1850 bis 1873. Die ökonomische Verortung stadtbürgerlicher Unternehmer verschiebt sich unverkennbar hin zu dem Feld, auf dem sich die marktbedingten Besitzklassen der Bourgeoisie ausdehnen.

Ein vergleichbarer Auflösungs- und Verschiebungsprozeß spielt sich im sozialen Bereich ab. In den 25 Jahren nach 1848 wächst sprunghaft die soziale Verflechtung mit nicht-stadtbürgerlichen Unternehmerfamilien, auch hier von der Hochkonjunktur gefördert: jenem großen Erfolgserlebnis des freien Unternehmertums, das durch soziale Annäherung von den stadtbürgerlichen Honoratioren honoriert wird – und wohl auch honoriert werden muß. Gleichzeitig nimmt in dieser Periode die soziale Verflechtung mit der beamteten und freiberuflichen bildungsbürgerlichen Intelligenz zu.

In der politischen Dimension ist die alles überschattende Grunderfahrung die Zerstörung der alten stadtbürgerlichen Welt. Dieser Zerfall untergräbt, durchlöchert und planiert schließlich auch die Barrieren, die bisher die stadtbürgerliche Welt von anderen bürgerlichen Formationen noch mehr oder minder effektiv getrennt haben.

Kulturell setzen sich bildungsbürgerliche Normen ebenfalls mit zunehmender Kraft durch, seit den 60er/70er Jahren allmählich ergänzt durch Wertvorstellungen aus den Naturwissenschaften und der Technik. Insgesamt steuert das Stadtbürgertum alten Typs bis 1870 unwiderruflich seiner Auflösung und Assimilation an aufsteigende Klassen entgegen, die im letzten Jahrhundertdrittel noch anhält. Um 1870 sind seine einstmaligen scharfen Konturen und Außengrenzen am Verfließen; in einigen Fontane-Romanen sind sie noch völlig präsent, aber realhistorisch ist diese traditionsreiche bürgerliche Formation definitiv in ihre Niedergangsphase eingetreten. Ihre Eigenwelt geht fortan rasch unter.

Gemessen an seiner traditionellen Konsistenz unterliegt das Stadtbürgertum einem schmerzhaften, umfassenden Prozeß der Entstrukturierung. Die wichtigste Reaktion darauf scheint mir politischer Natur zu sein: Zwar ist die Verflechtung und z.T. die Verschmelzung mit Bourgeoisie und Bildungsbürgertum mit erheblichen sozialpsychischen Anpassungsproblemen und Belastungen der traditionellen Mentalität verbunden; sie zählen jedoch im Vergleich gering mit dem Bedürfnis, im Zeichen von Zerfall, häufig auch von sozialem Abstieg, zumindest die soziale Distanz nach unten schärfer zu markieren: gegenüber dem Kleinbürgertum, forciert gegenüber den Unterschichten, insbesondere gegenüber dem als wachsende Bedrohung wahrgenommenen Industrieproletariat. Die Vertiefung der Außengrenzen, vor allem dann während und nach den Schockmonaten von 1848/49, als Resultat tiefreichender soziopolitischer, soziokultureller und ökonomischer Labilität verstärkt nicht nur gleichlaufende Tendenzen in Bourgeoisie und Bildungsbürgertum, sondern wirkt sich wegen der Bitterkeit dieser Defensive nachhaltig auf die städtische Arbeiterschaft insgesamt aus.

2. Im Gegensatz zum Niedergang und zur staatlichen Zerstörung des Stadtbürgertums durchzieht die Geschichte des Bildungsbürgertums eine Grundtendenz: Expan-

sion und Aufstieg. Ökonomisch hängt die beamtete Intelligenz von den Arbeitsmärkten der staatlich-städtischen Verwaltung (anfangs auch noch ständischer Gremien) ab. Seit der Ausweitung der Staatsfunktionen im Gefolge der Reformepoche stehen hier die Zeichen auf Expansion. Zugegeben, man soll das Wachstum der einzelstaatlichen Bürokratie nicht überschätzen, noch immer sind es überschaubare Berufsbeamtenkorps. Preußen freilich mit seinem konsequenten Stellenstopp von 1824 bis 1848 ist eine Ausnahme, und auch hier ist primär die Verwaltung betroffen, die Justizbürokratie, das Justizkommissariat vermehren sich; anderswo gilt eine solche Sparpolitik ohnehin nicht als durchsetzungsfähig. Oft übersehen wird die Ausdehnung der städtischen Beamtschaft – in den fortbestehenden Stadtrepubliken, in den verstaatlichten ehemaligen Reichsstädten, in Preußen im Gefolge der drei Städtereformen. Nach der Revolution setzt dann in allen Staaten ein kräftiger Wachstumsschub zugunsten der Bürokratie ein. Da auch seither die deutsche Urbanisierung erst wirklich auf breiter Front einsetzt, öffnen sich die städtischen Karrierewege noch häufiger und schneller.

Die freiberuflichen Bildungsbürger haben mit den 30er und 40er Jahren ihre Frühphase hinter sich. Wie sich an den Fakultätsfrequenzen, der Professionalisierung der Ärzte, Architekten, Rechtsanwälte u. a. ablesen läßt, saugen die sog. „liberalen Beschäftigungen“ ebenfalls nach 1848 und auch von der Hochkonjunktur unterstützt eine kontinuierlich wachsende Zahl junger Akademiker auf. Mit der industriellen Hochkonjunktur, der Entstehung wahrhafter Großunternehmen und Großbanken schwillt zugleich die Anzahl der Leitungspositionen an, in denen juristisches, ökonomisches („kameralistisches“), dann auch technisches Sachwissen verlangt wird. Im oberen Management, in Vorständen, überall steigt die Nachfrage nach akademisch geschulten Experten. Hochspezialisierte Sachkompetenz ist immer eine Machtressource, und man kann verfolgen, wie während der Professionalisierung oder während des Einstromens in die Wirtschaft die Marktmacht dieser Bildungsbürger wächst. Heißt „gebildetes Bürgertum“ um 1820 im wesentlichen noch Berufsbeamtschaft in Verwaltung und Justiz, Pfarrer, Universitäts- und Gymnasiallehrer, besteht es um 1870 aus einer Vielzahl von aufgefächerten Berufsklassen, zu deren Gunsten die anonymen Prozesse der inneren Staatsbildung, der allgemeinen Bürokratisierung, der Expansion von Marktwirtschaft und -gesellschaft unablässig weiterarbeiten. Bemerkenswert bleibt die Mobilität zwischen den bürgerlichen Klassen: aus der Staatsverwaltung in die Eisenbahngesellschaft, aus der Praxis oder vom Katheder in das Medizinal-Kollegium, aus der Anwaltssozietät in die Aktienbank.

In der sozialen Dimension fällt beim Überblick à la longue zuerst Konsolidierung und Exklusivität auf. Es gibt Einbrüche, Schwankungen, Widerstände. Insgesamt aber festigt die Mischung von Privilegierung und Disziplinierung die Beamtschaft, hebt sie ab, verstärkt ihr Elitenbewußtsein. Die preußische Sparpolitik bringt zwei Jahrzehnte lang materielle Nachteile und begrenzte Zugangschancen; wer jedoch in der Administration oder Justizbürokratie auf eine Planstelle gelangt, gibt dem ohnehin angelegten Hang zum elitären Denken noch eher nach. Bewältigung der Revolution, industrieller Aufschwung und politische Erfolge in wichtigen Staaten bis zur Reichsgründung verstärken dieses Selbstbewußtsein. Darüber dürfen innerbürokratische Konflikte und Generationsgegensätze nicht hinwegtäuschen – Konflikte etwa, wie sie

weiterhin zwischen Adligen und Bürgerlichen anhalten, wobei der Adel die strategisch wichtigen höheren Stellen dominiert, der bürgerliche Anteil an der gesamten Verwaltungs- und vor allem Justizbürokratie aber – zuerst dem Arkanwissen, dann auch den Staatshandbüchern vertraut – kontinuierlich weiterwächst. Einen vergleichbaren Aufstieg ohne Elitenkonkurrenz erlebt die freiberufliche Intelligenz mit einem entsprechenden Leistungsstolz. Insgesamt bleibt aber trotz der Absperrmechanismen, die mit solchen Erfolgen einherzugehen pflegen, der Aufstieg ins Bildungsbürgertum ungefähr gleich offen wie in den vorhergegangenen Jahrzehnten, eher nimmt er etwas zu. Rund einem Fünftel der nachwachsenden Intelligenz gelingt es, die Universitätsausbildung als soziale Schleuse nach oben zu benutzen. Die Kehrseite: Das Ausmaß der Selbstrekrutierung bleibt weiterhin bemerkenswert hoch, es sinkt nie unter 50%.

Im Hinblick auf die politische Formierung unterstützt die Summe individueller und kollektiver Erfolgserlebnisse den Konsolidierungsprozeß. Gewiß, die Revolution bedeutet einen Einschnitt. Die Außengrenzen gegenüber den „Massen“ werden drastisch verstärkt. Gemeinsame Interessen aller bürgerlichen Formationen an der Vermeidung der „Pöbelherrschaft“ werden erkannt, formuliert, beibehalten. Nach 1849 hört jedoch bekanntlich die kritische Diskussion keineswegs auf. Von allgemeiner, anhaltender Resignation in die 50er Jahre kann keine Rede sein. Gerade im Bildungsbürgertum geht eine lebhaft politische Debatte weiter, getragen von dem Selbstbewußtsein, daß einer moderneren, liberaleren, bürgerlicheren Welt trotzdem die Zukunft gehört. Es bedarf im Grunde erst der späten 70er Jahre mit all ihren Belastungen, um diesen Optimismus radikal in Frage zu stellen.

Gemessen an den hochfliegenden Idealen um die Jahrhundertwende verflacht der neuhumanistische Bildungsbegriff, aber noch dehnt er sich weiter aus, sein Siegeszug wird noch nicht prinzipiell in Frage gestellt. Zunehmend jedoch verweist ‚Bildung‘ nicht mehr auf die anhaltende, verfeinernde Selbstbildung des Intellekts, des Gemüts, der Gefühle, sondern wird, hinreichend in Form von Schul- und Universitätsdiplomen nachgewiesen, zum Eintrittsbillet in ein penibel differenziertes Berechtigungswesen. Bildungswissen tendiert wieder zum aufklärerischen, enzyklopädischen Sachwissen in bestimmten Bereichen. Vorteile des Berechtigungswesens machen jedoch in gewisser Hinsicht die Verwässerung der Bildungsutopie wett: Schärfer denn zuvor hebt sich der vielfältig privilegierte „Gebildete“ von der misera plebs der „Ungebildeten“, den im Hinblick auf Lebenschancen, Einkommen, Prestige, politischen Einfluß Benachteiligten, selbstsicher ab. Drei Generationen nach dem Aufstieg der neuhumanistischen Bildungsidee ist die deutsche Sozialhierarchie u. a. unverkennbar durch neuständische, aber auch die Klassenbildung untermauernde Bildungsgefälle charakterisiert.

3. Die anfänglich zahlenmäßig kleine Besitzklasse der Bourgeoisie erlebt seit den 40er, erst recht seit den 50er Jahren einen anhaltenden Aufstieg mit der Differenzierung in unterschiedlich privilegierte Besitzklassen. Die Grundlagen der Industrie-, Verkehrs- und Marktwirtschaft wachsen in die Breite, damit auch die Chancen bürgerlicher Unternehmertätigkeit, bestechenden oder auskömmlichen ökonomischen Erfolgs. Die beiden Hochkonjunkturjahrzehnte enthüllen, welche enorme Motorik dem produktionskapitalistischen Aufschwung innewohnt, der die verschiedenen Besitzklassen der Bourgeoisie mit hochträgt und numerisch anschwellen läßt.

Die empirischen Mobilitätsstudien bestätigen freilich ein weiterhin anhaltendes hohes Maß an Selbstrekrutierung aus Unternehmerfamilien gleich welcher bürgerlichen Formation. Söhne aus Stadtbürger- und Bildungsbürgerfamilien besitzen schließlich bessere Chancen als die der Handwerker-Unternehmer der Frühindustrialisierung und ersten „Take-Off“-Phase. Zweifellos nimmt auch die Bereitschaft zur geographischen Mobilität zu: In den Schwerpunktregionen der deutschen Industrialisierung ist die maßgebliche Rolle der frühen Erfolgsfamilien im allgemeinen noch nicht gefährdet, aber wie man das am Ruhr- und Saargebiet, in Sachsen und Oberschlesien beobachten kann, saugen solche Regionen echte oder vermeintliche Talente von vielen Seiten heran. „Empire-Building“ durch Familienpolitik wird angesichts des kometenhaften Aufstiegs und Niedergangs von Neureichen schwieriger, spielt aber weiterhin eine wesentliche Rolle. Durch ein funktionierendes Verkehrs-, Telegraphen-, Bankenwesen, durch Münzen-, Maß- und Rechtsvereinheitlichung wird die Familienpolitik auch entlastet, da öffentlich garantierte Institutionen Aufgaben übernehmen, die der frühindustriellen Unternehmerfamilie noch selber oblagen. Es ist auch diese Auflockerung, die der sozialen Verflechtung mit Stadt- und Bildungsbürgertum zugute kommt. Die strategische Vorreiterrolle der ethnisch-religiösen Minderheiten tritt zurück. Dominant aber bleibt unangefochten der protestantische Unternehmer – bekanntlich auch noch bis in die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik –, ein Phänomen, das mit einer elastischen Erweiterung der Weber-These (nicht nur der calvinistische und freikirchliche, sondern auch der lutherische Protestantismus selber schon als Ergebnis großer, säkularisierender Modernisierungsprozesse und neuer, die Interessen steuernder „Weltbilder“) noch am ehesten erfaßt werden kann.

Die politische Konstituierung der Bourgeoisie vollzieht sich sozusagen an vier Fronten gleichzeitig. Einmal muß sie in einem Verhältnis von Konflikt und Symbiose zugleich gegen das Stadtbürgertum bzw. mit ihm ihre Position durchsetzen. An der Rolle, die Bourgeois-Unternehmer beim Übergang von der exklusiven Honoratiorenpolitik zur städtischen Kommunalpolitik spielen, läßt sich das u.a. ablesen. Dem Trend nach stehen die Zeichen um 1870 auf Erfolg.

Eine zweite Auseinandersetzung wird mit dem Adel ausgefochten. Eine an Selbst- und Leistungsbewußtsein zunehmende Bourgeoisie reibt sich an adligen Privilegien in Politik und Verwaltung, an aristokratischem Prestige, Dünkel und Lebensstil, der mit bürgerlicher Arbeitsethik und intensivem Geschäftsengagement meistens grell kontrastiert. Die rechtliche Sonderstellung bleibt ein steter Stachel; der Passus in den neuen preußischen Adelsstatuten der 30er Jahre, wonach ein Edelmann bei bestimmten Vergehen zum Bürgerlichen degradiert werden kann, erhitzt etwa die klassenbewußte Kölner Großbourgeoisie bis zur Weißglut: Man wolle, heißt es da, nicht zur „Kolonie für adlige Verbrecher“ werden<sup>5</sup>. Andererseits ist es keine durchlaufende Feindschaft: Nobilitierung oder Kommerzienratstitel – als nächstbeste Ehrung – sind hoch begehrt; die strukturelle Affinität zum adligen Gutsherrn ist manchem Betriebsherrn bewußt. Die Imitation adligen Lebens wird sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ausbreiten. Abgeschwächt wird die Auseinandersetzung auch durch die Revolution,

<sup>5</sup> *Joseph Hansen* (Hrsg.), *Rheinische Briefe u. Akten, 1830–1850, I* (Essen 1919/Nd. 1967) 589.

welche die Unternehmer durchweg an die Seite der Mächte führt, die „Ruhe und Ordnung“ garantieren; danach durch die Erfahrung der Folgezeit, in der den ökonomischen Energien rechtlich und politisch, sozusagen auch atmosphärisch, freie Bahn geschaffen wird.

Ähnlich ambivalent ist das politische Verhältnis zur verstaatlichten Intelligenz. Teils gilt sie als Inbegriff bürokratischer Gängelung, die sie ja auch jahrzehntelang praktiziert; an dieser staatlichen Bevormundung reibt sich das Selbstbewußtsein der erfolgreichen Bourgeoisie. Teils stößt das unübersehbare Bestreben des Bildungsbürgertums, gegenüber dem ‚platten Materialismus‘ der neureichen Unternehmer auf Distanz zu achten, auf eine lebhaft erwiderte Aversion. Andererseits nimmt die Kooperation mit der Verwaltung, und das heißt: mit bildungsbürgerlichen Fachleuten, zu. Im Wirtschaftsrecht folgt in den 50/60er Jahren eine Erleichterung und Konzession an langgehegte Wünsche nach der anderen. Zumindest die Wirtschaftspolitik wird von den weiterhin paternalistischen, neoabsolutistisch-frühkonstitutionellen Staaten häufig liberalisiert. Das verfehlt seine Wirkung nicht. Und die Abwehrmentalität der beamteten und freiberuflichen Bildungsbürger wird mit steigender Tendenz durch das Konnubium durchlöchert, obwohl noch keineswegs ganz durchbrochen.

Die vierte und vermutlich wichtigste politische Erfahrung ist das numerische Wachstum der Pauperisierten, des inner- und außerbetrieblichen Industrieproletariats, der Revolution mit Straßenkampf und Bürgerkrieg. Der politische Homogenisierungsschub, der dadurch etappenweise vorangetrieben wird, ist kaum zu überschätzen. Positiv wird diese Wirkung durch die erwähnte liberale Wirtschafts- und Handelspolitik, das neue AG-, Banken-, Börsen-, Handelsrecht der Boomjahrzehnte unterstützt. Erste relativ moderne Interessenverbände stärken seit den späten 1840er Jahren den politischen Zusammenhalt, seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre kommt offene parteipolitische Unterstützung hinzu.

Es ist methodisch geboten, den Hinweis auf diese vier Konfliktzonen dadurch zu ergänzen, daß man auf die komplementäre, integrierende Funktion von politischem Konsens aufmerksam macht (oft ist das nur ein Perspektivenwechsel der Analyse, da manche Konflikte von bereits vorhandener konsensualer Basis aus ausgetragen werden; hier wird eher die allmähliche Entstehung von gemeinsamen Überzeugungen im Konflikt und durch den Konflikt betont). So kann etwa dem Protest gegen den bürokratischen Entscheidungsanspruch schon eine Parteinahme für den liberalen Verfassungsstaat zugrunde liegen. Überhaupt fordern nicht wenige Mitglieder der Bourgeoisie die Verwirklichung liberaler Ziele, den Aus- oder Aufbau des Verfassungsstaats (durchweg in Form der konstitutionellen Monarchie), eine angemessene bürgerliche Repräsentation, vor allem zur Kontrolle der Steuer- und Finanzpolitik usw. Aber dieser Konsens ist oft vage, keineswegs lückenlos verbreitet. Manche Unternehmer sind politisch konservativ, lehnen den smithianischen Wirtschaftsliberalismus ab, fordern staatliche Protektion. Deshalb ist vermutlich die klassenbildende Wirkung von gemeinsamen Konflikterfahrungen größer als die Integration durch einen in Auseinandersetzungen noch nicht erprobten Konsens. Im Prinzip gilt, daß angesichts der Komplementarität von Konflikt und Konsens die empirische Untersuchung den jeweiligen Anteil zu gewichten hat.

Wie es den „Cross-Pressures“ seit den 40er Jahren entspricht, zeigt auch die kulturelle und ideologische Formierung Charakteristika eines Übergangs. Einerseits wird bürgerlicher Lebensstil bewußt gepflegt und verteidigt. Die bürgerliche Arbeitsethik bleibt in Kraft. Andererseits ähnelt nach der Jahrhundertmitte die neue Fabrikantenvilla im Park dem adligen Herrenhaus, der klassenspezifische Aufwandskonsum verändert sich, das sozialnormative Vorbild der traditionellen Elite gewinnt an Faszinationskraft. Die „geistige Überlegenheit“ des Bildungsbürgertums wird mit abnehmendem Widerwillen anerkannt; nicht mehr völlig vereinzelt besuchen Unternehmer-öhne Gymnasium, Universität oder TH. Daneben aber gibt es auch ein ideologisches Eigenbewußtsein: Die expandierende Industrie- und Marktwirtschaft verkörpert den Fortschritt, Siege im internationalen Konkurrenzkampf werden als nationale Aufgabe verstanden, die sichtbare Überwindung „relativer Rückständigkeit“ in einer unter damaligen Bedingungen sehr kurzen Zeit stärkt das Selbstwertgefühl. Innerbetrieblich entspricht dem der „Herr-im-Haus“-Standpunkt, die Betriebsherrschaft im Stil der verfassungslosen Monokratie.

4. Ein Blick auf den „Staatsbürger“: Die Ausdehnung der rechtlichen und politischen Staatsbürgergleichheit kommt zunächst – bis zum Reichstagswahlrecht von 1866/71 – in erster Linie den bürgerlichen Klassen und Schichten zugute, obwohl das Einwohnerrecht auch den bisher Unterprivilegierten weiterzuhelfen beginnt. Generell aber wird die rechtliche Gleichheit der Staatseinwohner durch Besitz, Einkommen, Bildungspatente qualifiziert; im politischen Leben gelten solche Einschränkungen auch. So gesehen gibt es – meist an die marktbedingten Klassen angekoppelte – ungleiche Rechtsklassen, Steuerklassen, politische Klassen. Überall jedoch sind die staatsbürgerlichen Rechte für die bürgerlichen Besitz- und Berufsklassen höher entwickelt. Auch das erleichtert die binnen- und zwischenstaatliche Mobilität, damit grenzübergreifende gemeinbürgerliche Erfahrungen. Kein Wunder, daß Bismarcks demokratisches Reichstagswahlrecht unter den bürgerlichen Staatsbürgern weithin auf Unverständnis, ja feindselige Ablehnung stößt. Und was die sozialen Gleichheitsrechte angeht, sind sie zwar noch nicht institutionell verankert, aber der Zugang zu jenen Lebenschancen, den soziale Gleichheitsrechte öffnen sollen, steht den Stadtbürger-, Unternehmer- und Bildungsbürgersöhnen faktisch bereits offen. Auch das prägt ihre Kollektivmentalität. Umgekehrt wirkt sich die krasse Ungleichheit der Staatsbürgerrechte als eine scharfe Schneide aus, die Arbeiter tief verletzt und entsprechende Reaktionen hervorruft.

## V

1. Müssen im Hinblick auf Klassenbildungsprozesse die wichtigsten bürgerlichen Formationen etwas genauer ins Auge gefaßt werden, gestattet die zeitliche Eingrenzung des Themas im Hinblick auf die Arbeiter eine gewisse Reduzierung der Komplexität, die allgemein natürlich auch in diesem Umfeld gar nicht geleugnet werden kann. Bis rd. 1850 kann die Arbeitermehrheit – die in sich wieder fein gegliederte Landarbeiterschaft – übergangen werden, da erst dann im Zuge der industriell induzierten

Binnenwanderung das Einströmen in die großgewerblichen Bezirke einsetzt. Ähnlich braucht man unter dem Selektionsgesichtspunkt der Bildung gewerblicher Arbeiterklassen auf die große Mehrheit der städtischen, manuell arbeitenden „unteren Volksklassen“ nur kurz einzugehen. Aus beiden Arbeiterreservoirs gehen wichtige Gruppen und Erwerbsklassen der späteren „klassenbewußten“ Arbeiterschaft hervor: z. B. die Eisenbahnarbeiterschaft, die auf langen Migrationszügen den Streckenbau seit den ausgehenden 1830er Jahren begleitet, gerade wegen des Wanderarbeiterlebens, der immensen Heterogenität, der wechselnden Komposition der Schachtgruppen, der traditionellen Interessenartikulation, der Unfähigkeit zur Selbstorganisation usw. vor 1850 – im Gegensatz zu manchen neueren Fehlinterpretationen – gerade nicht als Avantgarde eines selbstbewußten Proletariats bezeichnet werden kann. Seit den 50er Jahren tauchen moderne Formen des Arbeitskampfes, der vorbereitete Lohnstreik etwa, auf, aber die disintegrierenden Elemente dieses Wanderarbeiterlebens herrschen weiter vor, verhindern Kohäsion, bis Mitte der 70er Jahre der Großteil des deutschen Streckennetzes ausgebaut ist. Oder aber: mit dem städtischen Bauboom seit den 1850er Jahren, einem oft unterschätzten Konjunkturfaktor, wächst eine riesige Bauarbeiterschaft von Angelernten und Ungelernten um den Kern der handwerklich geschulten Maurer, Poliere, Meister usw. heran. Diese – mit Schwankungen bis 1913 anhaltende – Bauexpansion verschafft Hunderttausenden saisonal beschränkte Arbeitsmöglichkeit. Die Umriss einer speziellen Erwerbsklasse zeichnen sich hier ab, aber vor 1870 stehen die Bauarbeiter noch nicht im Vordergrund des Interesses an der Bildung industriell-großgewerblicher Erwerbsklassen.

Mutatis mutandis kann man für diesen frühen Zeitraum mit den Verlags- und Manufakturarbeitern ähnlich summarisch umgehen. Nach der tödlichen Krise der Heimindustrie in den 40er Jahren schrumpfen die Erwerbsmöglichkeiten in ihr rapide. Die arbeitsfähigen Mitglieder „verlegter“ Familien müssen sich einen Broterwerb suchen, wo immer sie ihn finden: in der überfüllten Landwirtschaft, in den überfüllten Städten mit ihrem abschreckenden Zuzugsgeld und abweisenden Heimatrecht. Erst seit der Hochkonjunktur der 50er Jahre beginnt auch die Industrie sie aufzunehmen. Für klassische Führungssektoren wie die Eisen- und Stahlindustrie, den Bergbau und Maschinenbau sind die allermeisten – die textilindustriellen Verlagsarbeiter – keineswegs prädestiniert, hier müssen sie bei den Ungelernten anfangen; nur in der Textilindustrie liegen die Dinge anders. Die Grunderfahrung der großen Mehrheit der Verlagsarbeiter ist daher die Disruption vertrauter Lebens- und Arbeitszusammenhänge. Erst als Mitglieder neuer fabrikindustrieller Erwerbsklassen unterliegen sie klassenbildenden Einflüssen mit der Ausnahme von fortbestehenden Verlagsregionen, in abgelegenen Berglandschaften etwa (erzgebirgische oder thüringische Spielwaren-Heimindustrie), wo sich auf der Lokalebene ein klassenmäßiger Zusammenhang ausbilden kann.

Von den Manufakturen ist, wie erwähnt, bis in die 30er Jahre buchstäblich nur eine Handvoll in den alten Gewerbelandschaften übriggeblieben. In vereinzelt Fällen gelingt die Umwandlung in eine Maschinenfabrik, damit vollzieht sich für diese Manufakturarbeiter ein gleitender Übergang in die Industriearbeiterschaft. In der Phase der Agonie der letzten Manufakturen (1815–1835) müssen die meisten Arbeiter aber jedweden Broterwerb akzeptieren. Nur wer gesund und kräftig bleibt, kann seit den spä-

ten 30er Jahren in die industriellen „Etablissements“ abwandern und früher erworbene Fertigkeiten nutzen. Groß kann diese Zahl nicht gewesen sein: minimal bleibt die Anzahl der Arbeiter in den wenigen z. T. bis heute fortbestehenden Manufakturen (Porzellan).

2. Im vorgegebenen Zeitraum kann man jetzt auf die Industriearbeiterschaft blicken – für die Klassenanalytiker von den schottischen Sozialphilosophen über Marx und Weber bis heute die moderne industrielle Erwerbsklasse par excellence, Vorbild für den Übergang von der „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“, verklärt als Proletariat mit der historischen Mission eines welterlösenden Kollektivmessiahs, realhistorisch aber in der Tat für eine relativ lange Zeit der Kern einer „sozialen Klasse“ mit kollektiver Identität, zielstrebigem Interessenverfolgung, hohem gewerkschaftlichem und politischem Organisationsgrad, nachweisbarem „Klassenbewußtsein“.

Der entscheidende Rechts- und Sozialtypus ist der freie Lohnarbeiter, der in den Formen des formalen Kontrakts seine diversen Leistungsqualifikationen – von hochspezialisierten Fähigkeiten bis hin zu rein physischer Kraft – auf Arbeitsmärkten verkauft. Die ökonomische Formierung einer ursprünglich sehr heterogenen Lohnarbeiterschaft erst zu Erwerbsklassen, dann zu einer „sozialen Klasse“ hängt allgemein von der Entfaltung industriekapitalistischer Produktionsverhältnisse ab, speziell – auf der Mikroebene des Betriebs – von der prägenden Kraft der Arbeitsprozesse, der Arbeitsfunktionen, der Arbeitsteilung in der modernen Industriefabrik. Selbstverständlich halten sich zunächst auch im Unternehmen ältere ständische, religiöse, rechtliche Unterschiede, auch solche der regionalen Herkunft, des Dialekts usw. – den ehemaligen Einzelmeister im Status des hochqualifizierten Facharbeiters trennt in der Tat eine Welt vom angelernten ehemaligen Soldaten, von den Arbeiterinnen, den angemieteten Insassen des Waisenhauses. Bereits auf mittlere Sicht setzt sich jedoch die stumme Macht der Arbeitsfunktionen durch und schafft die bereits skizzierte innerbetriebliche Sozialhierarchie von der Facharbeiterelite über die diversen Schichten der Gesellen-Arbeiter und Angelernten bis hinunter zu den Ungelernten und Tagelöhnern. Dieser Hierarchie entsprechen Lohn-, Prestige-, Lebensstildifferentiale, die ein hohes Maß an Binnendifferenzierung in der Industriearbeiterschaft lange noch aufrechterhalten.

Im Betrieb findet auch ein Teil der sozialen Formierung statt: Die Fabrik wird tagtäglich als Herrschaftsverband erfahren, die Abhängigkeit vom Vorarbeiter, Meister, Betriebsherrn wird ständig erlebt, die auch vorher vertraute Ausbeutung wird durch die anonyme marktförmige Verteilung von Beschäftigungschancen eher verschärft, die Unterwerfung unter den Zwang der physikalischen Zeit gehört zu einem umfassenden Prozeß industrieller „Sozialdisziplinierung“, die sowohl mit einer Skala scharfer Strafmaßnahmen als auch einem System vielfältiger Anreize vorangetrieben wird. Wahrscheinlich gilt auch hier Gabriel Tardes „Gesetz der Imitation“: Die Gewöhnung an die Disziplin in der Maschinenfabrik ist eine der Voraussetzungen und ein indirekt wirkendes Vorbild für die Disziplin im sozialen und politischen Emanzipationskampf der „Arbeiterbewegungen“.

Zur sozioökonomischen Formierung gehört insbesondere das Fundamentalfaktum der Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz, die bisher nur Bergarbeitern, Manufakturarbeitern und unzünftigen Handwerkern geläufig war. Jetzt weitet sich diese Trennung

zu einer einschneidenden Erfahrung für viele – mit weitreichenden Folgewirkungen – aus.

Zunehmende Binnenhomogenisierung und Außenabgrenzung bilden zentrale Aspekte der sozialen Konstituierung der Arbeiterklasse. Ein geborenes Proletariat besteht in der behandelten Zeit erst ansatzweise, punktuell-regional. Dieser Evolutionsprozeß bedarf einer längeren Spanne als der relativ kurzen Zeit der deutschen Industriellen Revolution. Wichtiger ist daher vorerst, daß die Grenze zwischen Handwerksgelesen und -meistern einerseits, Fabrikarbeitern andererseits ziemlich schnell porös wird. Handwerker-Arbeiter stellen die Mehrheit in Borsigs Maschinenbauanstalt – vor 1848 mit rd. 1200 Mann die größte deutsche Fabrik –, in Buckaus Betrieb, bei der MAN. Die Facharbeiterelite kann daher allenthalben an handwerkliche Traditionen: der Selbsthilfe, der Unterstützungskasse, des Streiks, der Organisation anknüpfen. Dazu gehört, daß der Abstand zwischen Gelernten und Ungelernten scharf markiert bleibt. Unterhalb des relativ gesicherten Facharbeiterstamms gibt es eine empfindliche Unbeständigkeit und Labilität: Kurzarbeit, Entlassung, Arbeitslosigkeit, Umzug in eine billigere Wohnung, Wanderarbeit usw. Den unterschiedlichen Stationen, Schwankungen und harten Pressionen des Lebens- und Alterszyklus sind alle Arbeiter ausgesetzt. Dennoch muß man auf der anderen Seite Immobilität und Kontinuität ähnlicher oder gleicher Erfahrungen betonen, z. B. im Hinblick auf Wohnverhältnisse, auf die Bindung verheirateter Arbeiter an einen Standort. Gewiß, die Facharbeiter wohnen im günstigen Fall am unteren Saum des Kleinbürgertums, sie pflegen eigene Verkehrskreise, meiden verrufene „Herbergen“. Aber unter ihnen gibt es nur kleine graduelle Unterschiede: das Leben in den Berliner, Magdeburger, Nürnberger Mietskasernen, den Kellern, Dachzimmern und Hinterhäusern der entstehenden Slums ist überall elend und trist, es prägt einen spezifischen Erfahrungshorizont. Je länger die Immobilität in diesem Milieu andauert, desto größer die Chance zur Innenhomogenisierung und Erfahrung von Außengrenzen. Diese „sozialräumliche“ Beeinflussung der Klassenbildung – eine implizite Prämisse mancher Klassentheorie – kann gar nicht ernst genug genommen werden; die unstete Fluktuation meist jüngerer Arbeiter mit ihren extrem hohen Migrationsraten widerspricht dem nicht grundsätzlich – auch sie bewegen sich als „Schlafburschen“ in diesem Ambiente, erst recht dann als seßhafte Familienväter. Auf die in letzter Zeit häufig diskutierte zentrale Rolle der Familie – als eigentlichem „Individuum“ der Klassenbildung, als primärer Sozialisationsinstanz, als Ort der Mentalitätsprägung – braucht hier nur hingewiesen zu werden. Proletarische Familien mit ihrer „halboffenen“ Struktur bewegen sich zudem in einem Netzwerk sozialer Beziehungen (Nachbarschaft, Verkehrs- und Heiratskreise, Freund- und Patenschaften usw.), die über längere Zeit hinweg in ihrer kumulativen Wirkung soziale Klassenformierung unterstützen, vorantreiben, stabilisieren. Gemeinsam erfahrene Abhängigkeit, Diskriminierung, Immobilität, aber auch Labilität und Unsicherheit, begrenzte soziale Kommunikation – sie alle können Klassenkohäsion befestigen. Die Erfahrung der Außengrenzen hängt damit natürlich auch zusammen. Arbeiter werden im Betrieb, in ihren Wohnquartieren ausgegrenzt, sie kapseln sich dort auch selber ab. Ihre Lebenserfahrung läßt sie ständig auf Trennungslinien stoßen; später insistieren sie mit wachsendem Selbstbewußtsein auf dem Eigenleben in ihrer Subkultur. Daß im

beruflichen und sozialen Leben der Eindruck vordringt, in einer dichotomisch gespaltenen Gesellschaft zu existieren, vertieft die Außengrenzen ganz so, wie die sich ausbildenden Solidarstrukturen das tun.

Die Trennungsgräben werden durch politische Diskriminierung und Verweigerung von Staatsbürgerrechten fraglos sehr vertieft. Überall schließt das Wahlrecht die erdrückende Mehrheit der Arbeiter von der Kommunalpolitik aus, wo es um ihre unmittelbaren Interessen geht: Das Schulgeld für ihre Kinder, die Verbesserung der Lebensqualität im Wohnviertel, das Verhalten der Polizei, all das können sie politisch nicht beeinflussen, die Zusammensetzung der Landtage und Provinzialstände erst recht nicht. Die von einigen Sozialwissenschaftlern und Historikern zu Recht betonte (manchmal etwas überschätzte) Bedeutung des Kampfes um Staatsbürgerrechte liegt u. a. darin, daß – für viele erkennbar – über viele Lebenschancen zunehmend politisch entschieden werden kann, folglich politische Teilhaberechte in dem Maß immer wichtiger werden, in dem sich Politikfelder ausbreiten oder neu entstehen.

Der Kampf um die anderen Schichten und Klassen bereits eingeräumten Staatsbürgerrechte gehört zur politischen Formierung der Arbeiterklasse. Rechtliche Gleichheit ist vor 1848 weithin noch nicht erreicht, auch danach schaffen die Gerichtsordnungsgesetze bzw. die Unfähigkeit, den darin vorgeschriebenen Anwalt oder Justizkommissar bezahlen zu können, neue Barrieren. Politische Ungleichheit regiert vor 1848, auch danach lebt sie im Klassenwahlrecht – das preußische Dreiklassenwahlrecht ist im Vergleich keineswegs der Gipfel der Diskriminierung – weiter, in der faktischen Verweigerung des passiven Wahlrechts, in den Verbotsklauseln der Vereinsgesetze usw. Bemerkenswert früh setzt der Kampf um soziale Gleichheitschancen ein: Schon von Arbeitervereinen des Vormärz wird z. B. die kostenfreie staatliche Schulausbildung gefordert; dasselbe Postulat ist 1848 häufig anzutreffen. Seither überschneiden sich diese drei Konfliktfelder beim Erstreiten rechtlicher, politischer, sozialer Gleichheitsrechte.

Gegen Degradierung und Diskriminierung begehren Arbeiter öfters auf, wobei man eine gewisse Stufenfolge und ein mit ihr ansteigendes Konfliktniveau, eine explizitere ideologische Rechtfertigung und Interpretation der Antagonismen von unterschiedlichen Positionen aus beobachten kann. Opposition äußert sich zuerst in vertrauten traditionellen Formen des „sozialen Protestes“, in Krawall, Tumult, Widersetzlichkeit – um der Sprache der Polizeibehörde zu folgen –, in „Hungerrevolten“, im Vergleich mit England extrem selten in Maschinenstürmerei. Allmählich dringt der spontane, dann der geplante Streik, die „Fabrikemeute“, vor. Zwischen 1835 und 1847 sind bisher nur 16 erfaßt – da die Forschung eigentlich erst beginnt, wird man eine größere Zahl vermuten dürfen –, 1848/49 schnellen sie auf 49 empor. Wegen des Koalitionsverbots können die Behörden sogleich gegen Streiks vorgehen, daher ist die Tendenz zum Umschlagen in einen offenen politischen Konflikt immer gegeben; die Sanktionen können extrem hart sein.

Auf einer dritten Ebene lassen sich Organisationsbestrebungen verfolgen und zunächst in fünf Typen untergliedern: 1. Im Vormärz gibt es zahlreiche lokale Zusammenschlüsse, meist um Unterstützungskassen herum, wegen des Vereinsrechts locker organisiert, oft an ältere handwerkliche Vorbilder direkt oder vermittelnd anknüpfend. 2. Daneben wächst die Zahl der Bildungsvereine – der Ort dichtester Berührung zwi-

schen sozialpolitisch aufgeschlossenen Bürgern und meist Handwerker-Arbeitern bis in die 60er Jahre. 3. In den sog. Auslandsvereinen finden sich in den sozioökonomisch und politisch fortgeschritteneren Staaten Westeuropas Handwerker, Arbeiter, Intellektuelle unterschiedlichster politischer Couleur – die meisten im Jargon der Zeit liberale, demokratische, frühsozialistische „Radikale“ – zusammen. 4. Aus solchen Auslandsvereinen gehen in der Schweiz, in Frankreich, in England einige Geheimbünde hervor (z. B. Bund der Gerechten, Geächteten, Kommunisten), deren Programmatik sich radikalisiert und zu deren Aktionen auch die subversive Tätigkeit im Deutschen Bund gehören soll, z. T. auch gehört. 5. Schließlich darf man die keineswegs einflusslosen, relativ festen Gesinnungskreise nicht übersehen, die sich um Persönlichkeiten (Moses Hess, Dr. Lünig, Dr. Gottschalk, D'Estes), Zeitungen und Zeitschriften (Gesellschaftsspiegel, Westphälisches Dampfboot) und konvergierende Analysen der Tagespolitik und Zeitgeschichte bilden.

Erster durch die Revolution ermöglichter Höhepunkt ist die Gewerkschaft und Partei kombinierende „Arbeiterverbrüderung“ von 1848/50, mit ihren rd. 18000 bis 20000 Mitgliedern, weithin pragmatisch orientiert, nur beim Ausbleiben jeglichen Entgegenkommens zu der „schrecklichen Alternative“ bereit, so ihr führender Kopf Stephan Born, „der Gesellschaft zu kündigen“<sup>6</sup>.

Während der Restaurationsjahre nach 1849 wird das Arbeitervereinswesen weithin zerschlagen, z. T. lebt es getarnt fort. Jedenfalls reicht manche personelle Kontinuität bis in die frühen 1860er Jahre, als die „Arbeiterbewegungen“ um Lassalle, die Eisener, liberale Genossenschaftstheoretiker einen neuen Aufschwung und in der Gothaer Parteienfusion von 1875 einen ersten Kulminationspunkt erleben. Das erstrebte Monopol, alle Klassengleichen zu vertreten, hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei freilich nie erreicht; auf konkurrierende Kräfte ist unten noch einzugehen.

Faßt man den Kulturbegriff in Anlehnung an die Sozialanthropologie so weit, wie das auch hier geschieht, sind einige prägende Faktoren schon genannt worden: das sozialräumliche Milieu, die strategisch wichtige Rolle der Arbeiterfamilie, das Netz sozialer Verflechtung durch Nachbarschaft, Heirat, Freundschaft, arbeiterspezifisches Lektüreangebot und Vereinswesen. Die „Heloten des Kapitals“ (Riehl) versuchen, ihre außerbetriebliche Lebenssphäre zu stabilisieren, erträglicher einzurichten<sup>7</sup>. Ob man angesichts der Heterogenität „der“ Arbeiter und der entstehenden industriellen Erwerbsklassen von einer klar identifizierbaren „Arbeiterkultur“ sprechen kann, scheint mir – so viel auch von der Definition von „Kultur“ abhängt – unverändert, wortwörtlich genommen, fragwürdig zu sein.

An der ideologischen Prägung fällt in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung vor 1870 die Vielzahl konkurrierender Ideen auf, die Loyalität beanspruchen, Integration versprechen, Deutung von Umwelt und Geschichtsverlauf verheißen. Da gibt es die zahlreichen Varianten eines christlichen Sozialismus und eines sozial engagierten Christentums, Einflüsse des französischen und englischen Frühsozialismus, Bemü-

<sup>6</sup> Zit. nach: U. Engelhardt, Gewerkschaftliches Organisationsverhalten in der ersten Industrialisierungsphase, in: Werner Conze u. d. ers. (Hrsg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß (Stuttgart 1979) 383.

<sup>7</sup> W. H. Riehl, Der Vierte Stand, in: Deutsche Vierteljahrsschrift, H.4 (1850) 183.

hungen liberaler Sozialpolitiker, durch Bildung und Genossenschaftswesen auch dem Arbeiter Zugang zu der als Fernziel anvisierten mittelständischen Kleineigentümergeellschaft zu verschaffen; der von Marx und Engels in den 40er Jahren „wissenschaftlich“ fundierte Kommunismus gewinnt als politische Religion zuerst nur eine kleine Sekte, spielt auch in der Revolution noch eine Randrolle, wird in den 50er Jahren im Deutschen Bund wieder in den Untergrund gezwungen und gewinnt erst seit den 60er Jahren sozusagen zentimeterweise Boden. Für den dogmatisch ungebundenen Historiker ist die geschichtsphilosophisch unterbaute Teleologie der marxistischen Geschichtsschreibung nicht akzeptabel, gleichwohl bleibt das Phänomen, wie der Marxismus als Kampf- und Emanzipationsideologie „des“ Proletariats in die deutsche Arbeiterschaft während des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts vordringt, bis schließlich ein Großteil der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ihre Lebenswelt, ihre politischen Aktionen, ihre gesellschaftlichen und politischen Fernziele in der Sprache des Marxismus definiert und ‚versteht‘, ein faszinierender, empirisch noch immer nicht zureichend erforschter Vorgang. Wie in Zukunft die dauerhafte ideologische Prägung der entstehenden industriellen Erwerbsklassen aussehen wird, ist im Erfahrungshorizont vor 1870 noch offen; auch für die klugen Zeitgenossen ringen vielfältige Strömungen mit ungewissem Ausgang miteinander. Der naive Glaube an die Einbahnstraße: wachsendes Industrieproletariat gleich notwendiger historischer Erfolg des Marxismus als Theorie und Handlungsimperativ, verlangt nicht nur das *sacrificium intellectus*, sondern ignoriert sowohl den fortbestehenden Pluralismus von Arbeiterbewegungen als auch die nicht geringe Zahl von Ausnahmen von der prognostizierten Entwicklung, sobald man international vergleicht – und es bleibt die hervorstechendste Eigenschaft der Ausnahme, daß sie die Regel niemals bestätigen kann. Trotz dieser Bedenken und Einwände ist es richtig, daß mit dem vagen, vor allem antipreußisch verkleideten Marxismus der „Eisenacher“ eine historische Potenz noch vor 1870 sichtbar wird, von der 60, 70 Jahre lang die nachhaltigsten Einflüsse auf die Arbeiterschaft in Deutschland ausgegangen sind.

3. Im Hinblick auf die Konstituierung industrieller Arbeiterklassen ist die vorrangige Bedeutung von latenten und manifesten Konflikten mit den bürgerlichen Formationen unübersehbar. Die traditionellen Schichten des Stadtbürgertums erstarren in Feindschaft und Furcht vor dem Feind in den eigenen Mauern. Bildungsbürger repräsentieren Staats- und Stadtverwaltung, strenge Obrigkeit mithin, oder leben als Freiberufliche in einer fernen Welt. Furcht, Aversion, offene Feindschaft beherrschen die erdrückende Mehrheit, wenn man den schier zahllosen Äußerungen über die Armen, die Proletarier, die bevorstehende soziale Revolution glauben darf – und die Ausnahmen der sozialpolitisch aufgeschlossenen Beamten im „Zentralverein“, der Genossenschaftsapostel, der Armenärzte ändern daran wenig. Die Bourgeoisie erlebt die sich auftuende Dichotomie ganz unmittelbar: im Betrieb, bei Lohnkämpfen, in der Segregation der Wohnviertel. Zeitweilig kann patriarchalische Betriebsherrschaft einige strukturell angelegte Spannungen vielleicht mindern, auf Dauer, zumal wenn Arbeiter sich organisieren, stehen sich nicht „Sozialpartner“, sondern Verfechter antagonistischer Interessen gegenüber. Der Kampf mit unternehmerischer Übermacht prägt zunehmend die Mentalität von Arbeitern – die Erfahrung individueller Schwäche pakt

ihnen die Notwendigkeit kollektiver Interessendurchsetzung ein, läßt auch die Marx-sche Theorie als realitätsnah erscheinen. Und in dem Kampf um Staatsbürgerrechte dominiert die Erfahrung, daß nur in zähen Auseinandersetzungen kleine Fortschritte der Gegenseite abgerungen werden können; allein Bismarcks Wahlrechtscoup ist da eine jähe, unerwartete Überraschung. Über seine hinlänglich bekannten Motive, den liberalen Parlamentarismus mit konservativen Parlamentsmehrheiten zu schlagen, braucht hier nicht gesprochen zu werden. Im Rückblick wird jedoch klar, welchen Riesenschritt vorwärts dieses Wahlrecht für die politische Staatsbürgergleichheit bedeutet.

Wechselt man die Perspektive, wird ebenfalls deutlich, wie die aufsteigenden bürgerlichen Besitz- und Berufsklassen durch latente und manifeste Konflikte mit den Unterschichten, den Pauperisierten, den Arbeitern der neuen Erwerbsklassen geprägt werden – selbstredend auch durch damit zusammenhängende Befürchtungen, Veränderungen der Mentalität, eine klassenspezifisch verzerrte Perzeption von „Wirklichkeit“. In der Welt der Arbeit treffen sie auf eine schier erdrückende Zahl von Proletariern. In eigenen Wohnvierteln, in den Verkehrs-, Vereins-, Heiratskreisen riegeeln sich alle Bürger so gut wie möglich ab. Den unter ihnen vorherrschenden liberalen und gouvernemental-konservativen politischen Ideologien entspricht die Honoratioren- oder Elitenherrschaft, keineswegs aber der „demokratische Volksstaat“ der politisch engagierten Arbeiter. Weithin wird die Kluft zwischen den divergierenden Interessen als unüberbrückbar empfunden. Die „Bürgerwelt“ muß, das ist gemeinbürgerlicher Konsens, gegen Proletariat und „Pöbelherrschaft“ entschlossen verteidigt werden – bis hin zu den extrem illiberalen Ausnahmegesetzen seit 1878. Die heraufziehende „bürgerliche Gesellschaft“ wird durch gesellschaftliche Dichotomie und jene Polarisierungseffekte, welche die klassenbildende Marktwirtschaft auslöst, weithin geprägt.

4. Das vorgegebene Diskussionsziel, Prozesse der Klassenbildung zu erhörtern, enthält als „eingebaute Tendenz“ die Gefahr, sowohl den Umfang, die Geschwindigkeit und die Durchsetzungsfähigkeit von klassengenerierenden Prozessen überzubetonen, als auch den Fluchtpunkt eines simplifizierenden Dualismus von „Bürgertum contra Proletariat“ zu akzeptieren. M. a. W.: Auch wenn man die hegelianisch-marxistische Teleologie des welthistorischen Gegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat ablehnt, könnte ein modernisierungstheoretisch begründetes Evolutionsziel „Bürgerklasse contra Arbeiterklasse“ als Dauerkonstellation eingeschmuggelt werden. Dagegen ist nun in der Tat nicht nur auf den anhaltenden allgemeinen marktgesellschaftlichen Differenzierungsprozessen, die stets mehrere bürgerliche Besitz- und Berufsklassen innerhalb der „bürgerlichen Gesellschaft“, stets mehrere industrielle und gewerbliche Erwerbsklassen innerhalb „der Arbeiterschaft“ erhalten, mit Nachdruck zu bestehen, sondern es muß auch auf mehr oder minder starke gegenläufige Tendenzen ausdrücklich hingewiesen werden, die sich gegen die Entwicklung marktbedingter Klassen, erst recht gegen die Homogenisierung zu einer einzigen sozialen Klasse auswirken.

Soziokulturelle Faktoren beweisen in diesem Zusammenhang auch über lange Zeiträume hinweg ihre Wirkungskraft. Die konfessionelle Bindung der Katholiken etwa verhindert natürlich nicht, daß man sie in einer Sozialanalyse industriellen Erwerbsklassen zurechnen kann, aber sie bleiben gegenüber der Vorstellung von der Einheit

der Arbeiterklasse in einem marxistischen Proletariat kontinuierlich resistent. Sollten nach Engels' Prognose die Bergarbeiter „mit Notwendigkeit... uns gehören“, bleiben doch bis hin zu den Wahlergebnissen der Gegenwart fast 50% der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, an der Saar (und früher in Oberschlesien) außerhalb der SPD und der Freien Gewerkschaften<sup>8</sup>. Ethnische Eigenart ist ein weiterer Sperrfaktor. Die polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet und Oberschlesien verteidigen ihre nationalkatholisch geprägte Besonderheit, wählen polnische Parteien, gehören zu mehr als 90% polnischen Gewerkschaften an. Die gemeinsame sozioökonomische Lage, gemeinsame strukturelle Interessen der „Underdogs“ können den Nationalitäteng Gegensatz nicht aufheben. Auch starke Berufstraditionen (Handwerk, Bergbau) oder die Fixierung auf normative Berufsvorbilder (Angestellte) können der Klassenbildung langfristig entgegenwirken, politische Vereinheitlichung und Einschmelzung in eine einzige „soziale Klasse“ verhindern. Sozialpolitik und Sozialreformen sind ebenso wie die gesinnungsbildenden Fächer des Schulsystems imstande, Gegensätze abzuschleifen; die mehrjährige Ausbildungszeit im Heer darf aller Wahrscheinlichkeit nicht unterschätzt werden. Aufstiegsmobilität hat eine auflockernde Wirkung.

Der Rückgriff auf ein vermeintlich alle Unterschiede letztlich überwindendes Klassenbewußtsein löst solche Probleme keineswegs. Klassenbewußtsein ist kein notwendiger Reflex sozioökonomischer Bedingungen, sondern ein hochgradig spezifisches Resultat historischer Bedingungen. Dank ihnen entfaltet es sich; entfallen sie, löst es sich auch wieder auf. Gewiß gehört zu den Voraussetzungen von Klassenbewußtsein die langlebige Erfahrung einer Klassenlage im Sinne sozioökonomischer Gemeinsamkeiten, aber hinzu kommt auch in einer historisch kontingenten Kombination das Interesse an Verbesserung der Lebenschancen, der Streit um Herrschaftspositionen und Legitimationsgrundlagen, eine aus der Auseinandersetzung mit anderen Klassen erwachsende gemeinsame Sozialmentalität, eine damit verknüpfte Kampffideologie, eine mühsam erfochtene Organisation der Interessen, verbindende Konfliktstrategien und Aktionsziele. Klassenbewußtsein bleibt ein komplexes, von historischen Konstellationen abhängiges Produkt, das keineswegs mit innerer Notwendigkeit religiöse und ethnische Barrieren überwindet, sich jeder politischen Intervention oder sozialstrukturellen Veränderung gewachsen erweist; die deutsche Geschichte zwischen 1848 und 1984 zeigt das überdeutlich.

Kurzum: Den sozioökonomischen, politischen und soziokulturellen Basisprozessen, die marktbedingte Klassen konstituieren, arbeitet eine nicht geringe Anzahl von starken, auch auf die Dauer nicht überwindbaren Gegenkräften entgegen. Das gilt nicht nur für das 19. Jahrhundert, sondern erst recht für das 20. Jahrhundert. Auch wenn man um 1900 von den „sozialen Klassen“ der Arbeiter, der Beamten- und Fachintelligenz, der Bourgeoisie spricht, werden von ihnen doch nie alle potentiellen Klassenmitglieder erfaßt. Nicht zuletzt deshalb gilt, daß neben der Makrodynamik innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Klassenkonstellationen (mit allen ihren Abweichungen und Ausnahmen) die Mikrodynamik innerhalb der einzelnen Besitz-, Berufs- und Erwerbsklassen gleich wichtig und interessant bleibt.

<sup>8</sup> F. Engels an F. A. Sorge, 8.2.1890, in: *Karl Marx u. Friedrich Engels, Werke*, Bd.37 (Berlin 1967) 352 (Wortfolge umgestellt).

Für den internationalen Vergleich bietet – auch dafür plädiert diese Skizze einiger wichtiger Probleme – eine mit idealtypischer Zuspitzung arbeitende historische Klassenanalyse unter wacher Berücksichtigung der Gegenkräfte die Chance, Gemeinsamkeiten und Unterschiede klar herauszuarbeiten. Selbst wenn die Erklärung der Gemeinsamkeiten im Rahmen einer an Weber angelehnten Klassentheorie gelingen sollte, tut sich für die Erklärung der Unterschiede ein weites Feld auf, auf dem sehr unterschiedliche Interpretationsansätze miteinander konkurrieren werden. Je pointierter der klassenanalytische Zugriff ist, dies bleibt ein weiterer Vorzug, desto stärker wird zugleich der heuristische Zugzwang sein, sachangemessene Erklärungen für die ‚widerspenstigen‘, den Klassenbegriffen sich entziehenden Traditionen zu suchen.



Vernon L. Lidtke

Burghers, Workers and Problems of Class  
Relationships 1870 to 1914:  
Germany in Comparative Perspective

I. An approach to working-class formation in the Kaiserreich

It would be a gargantuan task to probe in detail the many dimensions and implications of the title of this paper. My purpose is more modest, but still the very breadth of the topic on which I agreed to write impels me to present my arguments in a schematic format. My objective is threefold. First, it is to set forth a general conceptualization of class formation, or what I will call, with some presumption, a model. Secondly, I want to outline briefly what I discern to be several historical patterns of working-class formation in the Kaiserreich. And, thirdly, I wish to generalize on problems of class relationships, especially between burghers and workers, and to place special emphasis on the question of what chances existed for harmonious contacts between those two groups<sup>1</sup>. Although this paper is cast in terms of broad generalizations, it is not intended as a contribution to general social theory. It is an effort to relate one conceptualization of class formation and relationships directly to the experience of classes in the Kaiserreich, with some points of comparison to other countries.

THE MODEL. The literature on social classes is immense, but there are far fewer generalized conceptualizations of the processes through which particular classes were formed. It may be symptomatic of this situation that one of the most highly regarded and influential books on this theme, *E. P. Thompson's The Making of the English Working Class*, presents a historical narrative that can not be reduced to a simple generalized pattern of class formation without doing violence to the richness of detail and the subtle nuances embedded in the text. The process that Thompson recounts is so complex, so permeated with social particularities and the subjective sentiments of the people in his story, that it would destroy much of its appeal if it were reduced to an abstract model<sup>2</sup>. Other studies do much to elucidate aspects of class structure and the

<sup>1</sup> I recognize that for the second half of the nineteenth century the English term „burgher“ is not an adequate historical equivalent of the German „Bürger“, but still „burgher“ is often historically preferable to „middle class“ or „bourgeoisie“. In view of the difficulties in finding an accurate translation, I have frequently used „Bürger“, and „Bürgertum“ in this paper.

<sup>2</sup> *Edward P. Thompson, The Making of the English Working Class* (New York 1964).

position of classes in industrial societies, but often lack the strong sense of historical process<sup>3</sup>.

Our objective should be to combine a high level of generalization with the findings of empirical historical studies. In this paper, I shall try to achieve this combination in successive segments. The first task is to fashion a general model of class formation that can be applied to the Kaiserreich. This model is derived in part from, and in response to the recent efforts of Hartmut Zwahr and Jürgen Kocka to generalize on the nature of working-class formation in Germany. Zwahr uses a clearly-defined model with three aspects, summarized by him in the conclusion of his book as follows: „Die Konstituierung der Arbeiterklasse vollzog sich vor allem im Verlauf der industriellen Revolution. Dieser komplexe geschichtliche Vorgang umfaßt drei sich durchdringende und beeinflussende Komponenten, drei große Bereiche der Klassenentwicklung: die *ökonomische*, die *soziale* und die *politisch-ideologische Konstituierung*.“<sup>4</sup> There is no need to recount the details of each component, except to call attention to the specific nature of what Zwahr calls the political-ideological component: „Solange sich Klassen nur sozialökonomisch konstituiert haben, sind sie noch nicht völlig ausgereift.“<sup>5</sup> This is a crucial statement, made more significant by Zwahr's assumption that Marxism must be the chief element of the political-ideological component.

Kocka's model, more flexible and without the strong teleological implications of Zwahr, involves four „levels“ (Ebenen). The first is a phase that appears to set the pre-conditions; the second level comes with the capitalist and production changes that create “wage labour” (Lohnarbeit), or, in Max Weber's term, a “market class” (Markt-klasse); the third level brings the formation of a “social class” (soziale Klasse); and the fourth level is characterized by the establishment of organizations (trade unions, political parties, etc) that engage in social and political action<sup>6</sup>. Kocka's second and third levels correspond broadly to the economic and the social formation of the working class as conceived by Zwahr. However, with his fourth level Kocka does not insist on a specific ideological content or form of political action, as does Zwahr.

My objective is to set forth a somewhat different model by trying to specify and define variables that directly affected, but did not necessarily promote working-class formation. I take this approach because I would like to construct a model that can help us understand why some workers, economically constituted as wage earners in a capitalist and industrial system, nonetheless did not become part of a socially constituted working class (as Zwahr defines it) or failed to participate in the actions and organizations that Kocka identifies in his fourth level. Ideally, a model should be sufficiently comprehensive to help us understand variations in the development of classes. Zwahr's conception of class formation has explanatory power only for workers who behaved as the teleological principles predicted, but fails to account for those who

<sup>3</sup> See, for example, *George Douglas H. Cole, Studies in Class Structure* (London 1955), and *Thomas B. Bottomore, Classes in Modern Society* (London 1965).

<sup>4</sup> *Hartmut Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse* (Berlin-DDR 1978) 319.

<sup>5</sup> *Ibid.*, 204.

<sup>6</sup> *Jürgen Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875* (Berlin and Bonn 1983) 24–27.

acted differently. The development and relationships of classes in the Kaiserreich were multi-faceted and multi-linear, and a model should take into account the diversity, even if it can not explain all of it. Kocka allows for much greater diversity than does Zwahr, but leaves open the question of what factors were decisive in determining how workers related to organizations (his fourth level).

There are two distinct parts in the model I wish to elaborate. The first part defines the components of working-class formation. The second part identifies and characterizes the chief variables that affected class formation and class relationships.

**THE COMPONENTS.** The first component is constituted by changes in production, characterized especially by the combination of expanding capitalism and industrialization that (gradually) transformed productive relationships. In Germany industrialization may be dated for certain regions from the eighteen-thirties and continued throughout the century<sup>7</sup>. It was accompanied by the creation of increasing numbers of dependent wage earners (Lohnarbeiter). This is the first and essential component in the formation of the working class in industrializing societies generally. As people who live by selling their labor power in a capitalist market, wage earners share a common economic condition.

The second component is social, that is, when wage earners show an awareness of their common economic condition and develop linkages, formal or informal, to other wage earners<sup>8</sup>. With this transformation they have all of the essential ingredients of a class – shared economic status as wage earners, consciousness of their common condition, and behavior that develops positive social linkages. They are no longer individualized wage earners, but act (even in limited ways) on the consciousness that they belong to a larger group.

One point must be stressed. That is, that consciousness is not unidimensional; it is multi-faceted. To be conscious of working-class identity did not exclude other kinds of consciousness or other loyalties. How wage earners manifest themselves as a social class of workers, as an Arbeiterklasse, may vary considerably. There is no one pattern, organizationally or ideologically.

**THE VARIABLES.** Three broad factors, or variables, have affected the particularities of working-class formation and class relations. They are, in one-word formulations: economic, cultural, and political.

1. Economic Variable. Economic developments were not only a pre-condition for working-class formation, but changes within industrial capitalism continued to affect the nature of all classes.

2. Cultural Variable. Under this are grouped popular traditions and social customs

<sup>7</sup> On the importance of regions for industrialization in Germany, see *Sidney Pollard, Peaceful Conquest. The Industrialization of Europe 1760–1970* (Oxford 1981) 94–99, 102–104, 139–141; on dating the beginnings of industrialization from the eighteen-thirties, *Walther G. Hoffmann, The Take-Off in Germany*, in: *Walt W. Rostow* (ed.), *The Economics of Take-Off into Sustained Growth* (New York 1963).

<sup>8</sup> On informal social groupings, see the suggestive, but also fragmented account by *Leo Uben, Gruppenbewußtsein und informelle Gruppenbildungen bei deutschen Arbeitern im Jahrhundert der Industrialisierung* (Berlin 1964).

in the broadest sense, as well as the more formal aspects of religion, education, the arts, and formal thought. The cultural variable has always been present to some degree in working-class formation, and frequently influenced the transition between the economic and social components. It can be the decisive variable, positively or negatively, in determining what kind of behavior is characteristic of certain dependent wage earners. The cultural variable can help to bring wage earners together as a social class of workers, or it can hold them apart.

3. Political Variable. Under political I understand the exercise of power and attempts to acquire or gain access to power. It is manifest in many kinds of institutions: for example, state ministries, bureaucracies, political parties, and voluntary associations. The political variable has always been a pervasive influence, especially on class relationships in the Kaiserreich, as well as in other industrializing European countries.

It should be stressed that this model sees wage earners transformed into a class, a working class, when they show evidence of social identity. Here my approach differs clearly from that of Zwahr. This model does not assume that the social class will adhere to a predictable ideology or follow a particular party or movement.

POSSIBLE VARIABLE: GENDER FACTOR. One of the most perplexing problems in the historical discussion of working-class formation in the Kaiserreich is raised by the issue of gender differences. There are two dimensions to this problem. The first applies to all societies, namely, the question of whether, and to what degree, human consciousness is shaped by gender. Our task is not to address this universal question, but the issue is present in much of the literature on the history of women as well as in current feminists writings. The second dimension is crucial for this paper and for this conference: how did gender affect the formation of the working class in European societies, and in Germany particularly? Was it a variable that we can isolate and analyze? Should it be included with the variables listed above? How can we determine whether the gender factor hindered or advanced working-class formation?

These questions are especially difficult to answer on a general level because historical research on women workers in the Kaiserreich is still limited in scope. Moreover, these questions are singularly complicated because much of the historical research challenges, explicitly or implicitly, some long-standing assumptions about worker solidarity in Germany and about the genuineness of the emancipatory goals of the Social Democratic labor movement. It has long been recognized that women constituted a substantial percentage of wage earners in numerous sectors and that wage differentials placed them on a scale much lower than men<sup>9</sup>. But more recently several historians have argued that the contribution of working women to the economic productivity of the Kaiserreich has been significantly underestimated<sup>10</sup>. In view of these suggestions, it seems clear that at this time we know little about the actual behavior and values of a

<sup>9</sup> *Gerhard Bry*, *Wages in Germany 1871–1945* (Princeton 1960) 94–95.

<sup>10</sup> *Robyn Dasey*, *Women's Work and the Family: Women Garment Workers in Berlin and Hamburg Before the First World War*, in: *Richard J. Evans and William R. Lee* (eds.), *The German Family. Essays on the Social History of the Family in Nineteenth and Twentieth-Century Germany* (London and Totowa, New Jersey 1981) 221–255, and *Barbara Franzoi*, *Women and Industrial work in the German Reich 1871–1914* (Dissertation, Rutgers University, 1979).

substantial portion of German wage earners during the Kaiserreich. We are inadequately informed about their levels and types of consciousness. Moreover, it appears to be especially difficult to find the evidence and sources to write a detailed and comprehensive history of women workers. For example, although women constituted from 20 percent (1882) to 35 percent (1907) of workers in metalworking in Nuremberg, the sources provide only meagre evidence on these women workers<sup>11</sup>.

Can we make a preliminary judgment about the role of gender in working-class formation? Despite the limited research, there is, it seems to me, a clear implication in the existing literature, namely, that gender was more likely to be an obstacle than a support to working-class formation. This interpretation appears, for example, in literature on Social Democracy. Nolan concludes that in Düsseldorf it was necessary for women to establish their own circumscribed sphere of organizations and activities which served the needs of other women. She and others have challenged the good faith of male Social Democratic leaders, arguing that many were anti-feminists and made women's issues a low priority<sup>12</sup>. If, within the Social Democratic labor movement, women had to form their own associations in order to express their personal sense of identity, how can it be argued that the male-dominated organizations of the movement reflected genuine class solidarity? The fact that women felt compelled to create their own voluntary associations can be viewed as a manifestation of a female gender consciousness that clearly differentiated itself from male workers. Quataert too shows that leaders of the Social Democratic Party and the Free Trade Unions (*Freie Gewerkschaften*) were reluctant to accept women as full partners in the labor movement<sup>13</sup>.

At the moment, this evidence leads only to an incomplete and unsatisfactory conclusion: in the Kaiserreich gender played an ambiguous role in working-class formation, but probably more negative than positive. Until researchers address themselves directly to this issue, it is unlikely that we will be able to arrive at firmer conclusions.

**SUPPLEMENTARY POINTS TO THE MODEL.** The following observations need to be remembered, even if they may appear to be somewhat repetitious. Firstly, a class is defined and located primarily in relation to other social groups, whether they be conceived of as classes, social strata, or groups that have been created and shaped by various factors – confession, gender, region, occupation, legal privileges, state service, to name only a few examples. Classes always need to be viewed in the context of other social groups in order to comprehend their own behavior.

Secondly, relationships fluctuate and are constantly, though often only gradually, reformulated as the vitality of a social subgroup increases or decreases. Class relationships are never fixed permanently, although they may remain relatively stable over

<sup>11</sup> *Michael Neufeld*, *From Artisans to Workers: The Transformation of the Skilled Metalworkers of Nuremberg, 1835–1905* (Dissertation, Johns Hopkins University, 1984) 258.

<sup>12</sup> *Mary Nolan*, *Proletarischer Anti-Feminismus. Dargestellt am Beispiel der SPD Ortsgruppe Düsseldorf, 1890 bis 1914*, in: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*. Juli 1976, hrsg. v. d. Gruppe Berliner Dozentinnen (Berlin 1976) 356–377.

<sup>13</sup> *Jean Quataert*, *Reluctant Feminists in German Social Democracy, 1885–1917* (Princeton 1979).

long periods of time. Just as the relationships change, so also does the nature and quality of a class itself. With specific reference to London, Stedman Jones has even spoken about "the remaking of a working class" in the last decades of the nineteenth century. In the "remaking" process, which he describes with such sensitivity for the lives of workers, cultural variables appear to have been the most potent determinants<sup>14</sup>. Mary Nolan makes what appears to be one of the most radical comments on the making and unmaking of a working class: "The period from 1890 to 1920 witnessed the making and the unmaking of the Düsseldorf working class."<sup>15</sup> In the eighteen-nineties, wage earners were still divided by "occupation and skill, culture and religion, age and sex, birthplace and commitment to urban life and industrial work. They shared neither common experiences nor similar attitudes and goals."<sup>16</sup> That changed within the course of little more than a decade, largely because of the political variable. Socialist party unity and worker political participation appear to be a fundamental precondition for the existence of the working class in Nolan's analysis. As she explains: "Politics and the workers' movement which had first united the class, came to divide it."<sup>17</sup> What is striking in Nolan's interpretation is the short period of time within which she believes a cohesive working class in Düsseldorf was both formed and then dissolved. If it is possible to generalize on one case, Nolan's study suggests that the political variable can exert influence quickly, as against the rather gradual impact of both economic and cultural variables. One would welcome comparable studies of the process of the remaking or reshaping of working classes in other German cities or continental countries. But we should stress also that a class is not literally a process, but is always in the process of modification and its constituents may themselves alter their values and behavior as in the London described by Stedman Jones. There is therefore no final point, no end point, no attainment of a plateau of stability so fixed that a certain class may become an objective phenomenon – a thing, if you will – which is no longer affected by change.

Thirdly, alterations in the relationships of classes and other social groups can be brought about by various factors, subjective as well as objective. Although the mode of production may be the most basic precondition of class relationships, it is not the only determinant. Human perceptions are integral to the process of class formation and social relationships. If people perceive themselves to be harmoniously or antagonistically related to each other, these perceptions will guide much of their behavior. The empirical study of personal and subjective perceptions is therefore fundamental to any investigation of class formation and class relationships.

THE ECONOMIC FOUNDATION FOR WORKING-CLASS FORMATION. On the surface it would appear that by the beginning of the twentieth century workers in

<sup>14</sup> Gareth Stedman Jones, *Working-Class Culture and Working-Class Politics in London, 1870–1900: Notes on the Remaking of a Working Class*, in: *Journal of Social History* VII (1973–74) 460–508.

<sup>15</sup> Mary Nolan, *Social democracy and society. Working-class radicalism in Düsseldorf, 1890–1920* (Cambridge, England 1981) 301.

<sup>16</sup> *Ibid.*

<sup>17</sup> *Ibid.*, 302.

the Kaiserreich had reached a degree of class formation unmatched in any other industrializing country of the world. On one matter there can be scarcely any disagreement: that German economic growth, industrialization, and capitalist expansion, throughout the years of the Kaiserreich, had created an ever-larger number of dependent wage earners who constituted an enormous body of workers in the strictly economic definition. The crucial economic conditions existed for the incipient formation of a working class: steady economic growth, industrial expansion, and urbanization characterized the years of the Kaiserreich. The total number of dependent wage earners is difficult to determine with certainty. As of the census of 1882, the labor force in manufacturing, mining, and handicrafts reached 6,050,000, and by 1907, it rose to 10,118,000. These figures probably include some people who were not dependent wage earners, but also excludes others who were wage earners<sup>18</sup>. Despite some imprecision in the data, it is clear that an enormous body of dependent wage earners existed in most sectors of the economy by the end of the nineteenth century.

Moreover, there are other indicators that suggest that a substantial portion of wage earners may be counted as part of a working class in the social sense. Some of the most obvious indicators of working-class formation include the following. Earlier forms of occupational organization – guilds, *Gewerbevereine*, *Handwerkervereine*, *Fachvereine* – were being replaced by trade unions that included both skilled and unskilled workers. The strong trends toward amalgamation and centralization of the Free Trade Unions brought together workers from disparate parts of Germany under an umbrella organization. Membership in the Free Trade Unions expanded from an estimated 49,055 in 1878, to 278,000 in 1891, and to 2,574,000 by 1913<sup>19</sup>. Membership in the SPD grew from 384,327 in 1905–1906 to 1,085,905 in 1913–1914, while its Reichstag electoral vote rose from 493,288 in 1877, to 1,427,298 in 1890, and to 4,250,399 in 1912<sup>20</sup>. And extensive networks of various types of *Vereine* developed as part of the social-cultural milieu of the Social Democratic labor movement<sup>21</sup>.

On the surface, it may appear therefore that all crucial preconditions for a fully successful and widespread working-class formation had been fulfilled by the beginning of the twentieth century. Despite appearances, the situation was not that simple. This tentative conclusion about a fully formed working class in the Kaiserreich needs to be scrutinized critically and from different perspectives. The variables identified above played a role, both in advancing and in hindering working-class formation. As a consequence, working-class formation took place according to a number of patterns of development. Our next task is to seek to differentiate and clarify the patterns according to which working-class formation took place.

<sup>18</sup> *Bry*, *Wages in Germany*, 25–26.

<sup>19</sup> *Ibid.* 32; *Jürgen Kuczynski*, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus* (Berlin-DDR 1962) III, 284–285.

<sup>20</sup> *Dieter Fricke*, *Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf* (Berlin-DDR 1976) 245, 526.

<sup>21</sup> *Vernon L. Lidtke*, *The Alternative Culture: Socialist Labor in Imperial Germany* (New York 1985) 21–49.

## II. Five characteristic patterns of working-class formation

It did not follow inevitably that wage earners would develop a sense of shared interests and values that would draw them together as a class. Some wage earners never felt that they belonged to a special group, others only to a limited degree. In the Kaiserreich, and in every industrial country, social cohesion among wage earners came about unevenly and uncertainly. It could start, expand, then falter or succeed.

The transition from wage earners to working class throughout the nineteenth century took place chiefly on the micro-level. Here, the emphasis is on the initial phase and on the word "transition". It was in individual shops and plants, often among workers in the same craft that the sense of social class emerged. The consequence of this is that locality, diversity, and variability were the hallmarks of class development. Although we need to recognize the diversity and complexity, we must also try to identify and define patterns according to which the process of working-class formation proceeded. If we can find and describe the various patterns, we can also discern how the variables interacted. The patterns can only be discerned on the basis of empirical research already completed by other scholars. The following points are an effort to systematize the complex historical evidence according to five patterns.

*Pattern 1:* Transformation within long-range occupational continuity. This pattern was manifest in sectors of the economy that were preindustrial as well as industrial, and which underwent changes during eras of industrialization. It is exemplified by mining. In brief, the process revolved around a change from *Standesbewußtsein* to *Klassenbewußtsein*, although this phrasing may oversimplify the complexity of the process. Despite the complexity, we can detect certain salient features in the histories of mining communities. The outstanding feature is that the strong traditional sense of cohesion among miners could be sustained during the era of industrialization, but in a modified form. The fact that mining became more important during industrialization insured that miners did not face obsolescence. As a consequence of changes in business structure and technology, miners lost their self-identification as a *Stand* and were transformed into wage earners, comparable to others in capitalist enterprises. It should be noted that the cultural variable did much to preserve their sense of cohesion in a new system – their own occupational folklore and their comparative geographic stability. To be sure, there were continuities and discontinuities, as research from varying points of view has illustrated<sup>22</sup>.

What variable stimulated miners to develop a sense of shared values with other workers, non-miners? On this issue, answers may vary. It is notable that in discussing miners in Bochum, David Crew describes their cohesion as "occupational community"

<sup>22</sup> See, for example, *Wilhelm Brepohl*, *Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform, dargestellt am Ruhrgebiet* (Tübingen 1957) passim, and the following articles by *Klaus Tenfelde*, who highlights some of the discontinuities: *Bergarbeiterkultur in Deutschland. Ein Überblick*, in: *Geschichte und Gesellschaft V* (1979) 12–53, and *Mining Festivals in the Nineteenth Century*, in: *Journal of Contemporary History XIII* (1978) 377–412.

and he seems intentionally to avoid "class"<sup>23</sup>. On the other hand, Klaus Tenfelde does not hesitate to ascribe class consciousness to miners in the Ruhr<sup>24</sup>.

What is the difference? It appears to be found in the political variable. For various reasons, Crew places political factors, notably the role of the Social Democratic Party, on the periphery. But the political variable seems to have been an important influence among miners, although it is possible that miners in Bochum, in particular, did not move beyond a sense of "occupational community". However, insofar as miners in the Ruhr developed a sense of class cohesion by the end of the century, it is reasonable to conclude that they did so chiefly in response to political factors and to the influence of the Social Democratic labor movement.

*Pattern 2: Transformation through craft consolidation.* This is a pattern of working class formation that is also characterized by occupational continuity, but in which the significance of sub-specializations gradually declined by the early twentieth century. A specific example may help to clarify the pattern. In a recent dissertation Michael Neufeld has shown how highly specialized and skilled metal craftsmen in Nuremberg underwent a gradual process of change from about the middle of the nineteenth century to the beginning of the twentieth<sup>25</sup>. He analyzes what he calls the "dialectic between craft and class". In this process, traditions of craft specialization could both hinder and promote working-class formation. It was a process in which the practitioners of the specialized crafts (Fächer) developed an increasing sense of cohesion among each other as workers who shared work and similar needs. In addition, by the turn of the twentieth century, the sense of differentiation between skilled and unskilled diminished sufficiently so that all were welcomed in the centralized metalworkers' trade union (Deutscher Metallarbeiter-Verband). Neufeld argues, and I think persuasively, that by overcoming their traditional divisions into individual crafts, and by transcending the distinction between skilled and unskilled, the metalworkers of Nuremberg made manifest a clear sense of class cohesion.

It should be noted that in this Nuremberg case both political and cultural variables played a role in working-class formation. The long standing political position of the SPD in Nuremberg, one of the party's strongholds, constantly reenforced the inclination to transcend restricted craft identities and to develop a larger class cohesion. Culturally, it is significant that Nuremberg was comparatively homogeneous; most workers were from Protestant backgrounds and there was no substantial in-migration of non-German speaking groups.

*Pattern 3: Urban-centered, multi-occupational pattern of social cohesion.* This is an abbreviation for the pattern of development that Hartmut Zwahr has described for Leipzig, especially in his chapter on the social formation of the working class<sup>26</sup>. Unfortunately, we do not have truly comparable studies for other urban areas, but it is likely

<sup>23</sup> David Crew, *Town in the Ruhr. A Social History of Bochum* (New York 1979) 186-194.

<sup>24</sup> Klaus Tenfelde, *Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert* (Bonn-Bad Godesberg 1977) 338 ff.

<sup>25</sup> From Artisans to Workers: The Transformation of the Skilled Metalworkers of Nuremberg, 1835-1905 (Dissertation, Johns Hopkins University, 1984).

<sup>26</sup> Zwahr, *Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse*, 115-203.

that this pattern can be found, to some degree, in many towns. One should stress, however, that the strength of the variable changed in the period after 1869–70, when Zwahr's study ends. After the founding of the Kaiserreich, the Social Democratic political movement and, later, the Free Trade Unions themselves became factors – varying in importance according to time and place – that influenced the perceptions of German workers. It is worth noting that culturally Leipzig's population had a certain degree of homogeneity, again a factor that eased the road for the building of social networks among workers. Quite apart from Leipzig, one finds repeatedly that factors of cultural homogeneity enhanced the process of class formation.

*Pattern 4:* Social class formation linked with religious confession. In this pattern the cultural variable is considered to have been especially significant as a foundation, along with industrial development, for creating a sense of cohesion among wage earners. This pattern was found primarily among Catholics, but not universally. Organizations of journeymen, miners, and other workers were already common among German Catholics by the middle of the nineteenth century. By the eighteen-nineties, numerous Catholic workers' associations (Katholische Arbeitervereine) had emerged, and were especially numerous in the Rhineland and Westphalia. Since the history of Catholic workers in Germany has been inadequately researched, it is difficult to generalize confidently about the interaction between confessional affiliation and the developing worker cohesion.

The customary Social Democratic view that confessional loyalty served only to suppress the potential solidarity of Catholic workers with others is too simple. It overlooks the fact that the initial stages of working-class formation normally developed on the micro-level among restricted groups of wage earners. Catholic workers developed common bonds among themselves, in part as a function of their confessional affiliation. This was especially true for workers who disliked what they understood to be the agnosticism or atheism of the Social Democratic labor movement<sup>27</sup>. The fact that many Catholic workers remained aloof from Social Democracy did not mean that they were content with the Center party which in many instances failed to meet workers' needs<sup>28</sup>. Too little research has been undertaken on workers and confession to allow for broader generalizations<sup>29</sup>. Nonetheless, there are reasons to conclude that many Catholic workers embodied a strong sense of social solidarity with confessional comrades and that they were prepared to push class conflict rather than social harmony. Just as craft consciousness could interact with a sense of class identity, so confessional loyalty could co-exist with worker cohesion.

<sup>27</sup> *Vernon Lidtke*, Social Class and Secularisation in Imperial Germany. The Working Classes, in: Yearbook of the Leo Baeck Institute XXV (1980) 21–40. See also *Klaus Tenfelde*, Bergmännisches Vereinswesen im Ruhrgebiet während der Industrialisierung, in: *Jürgen Reulecke and Wolfhard Weber* (eds.), *Fabrik. Familie. Feierabend* (Wuppertal 1978) 315–344.

<sup>28</sup> *David Blackburn*, Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany (New Haven 1980) 188–195.

<sup>29</sup> *Hugh McLeod*, Protestantism and the Working Class in Imperial Germany, in: *European Studies Review* XII (1982) 323–44.

*Pattern 5:* Social class formation linked to ethnicity. When an ethnic population constitutes the overwhelming proportion of the lower strata of a society and has only a few who belong to the upper stratum, then its ethnicity may become closely integrated with a sense of class identity. This appears to have been the case with the Polish population in Upper Silesia (Oberschlesien) where the Catholic loyalties of workers also made them unsympathetic to anti-clericalism and to Social Democracy. On the one hand, these cultural factors seem to have retarded the emergence of trade unions<sup>30</sup>. On the other hand, these Polish wage earners had a strong social sense of themselves as workers, Poles, and Catholics. These were powerful impulses that illustrate very vividly the importance of multiple loyalties in certain cases of working-class formation. Polish wage earners created integrated networks on the basis of both the cultural and economic variables that separated them from their masters. The national subculture of Polish immigrants in the Ruhr, analyzed so clearly by Kleßmann, shared many of these same features<sup>31</sup>.

What was the outcome of the above patterns in the Kaiserreich? By the end of the nineteenth century Germany had multiple working-class formations taking place in several segments. The segments never coalesced completely, neither before nor after the First World War. A single, unified working class did not become a reality. Instead, one may speak of several working classes, each with its own consciousness and inner cohesion and, thereby, its feelings of why it could not join fully with all other workers.

### III. Themes on the relationship between Bürger and Arbeiter in the Kaiserreich

There is a striking point as we turn from the theme of working-class formation to the problem of the relationships and contacts between Bürger and workers. The segmentation that separated groups of wage earners from each other did not, as a rule, create the foundation for close contact with the Bürgertum. (To some extent, relations within the Catholic community are an important exception to this generalization.) Nonetheless, these relationships can not be reduced to simple generalizations and formulas. The Bürgertum too was segmented – by occupation, income levels, confession, regionalism, etc. – and it would be foolish to overlook these important differentiations. However, this is not the place to try to analyze in detail the segmentation of the Bürgertum<sup>32</sup>. My intention is first to point out briefly the broad area of conflict between Bürger and workers. But then I want to turn my attention to what is an equally

<sup>30</sup> *Lawrence Schofer*, *Die Bergarbeiter in Oberschlesien*, in: *Hans Mommsen and Ulrich Borsdorf* (eds.), *Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland* (Cologne 1979) 131–150.

<sup>31</sup> *Christoph Kleßmann*, *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945* (Göttingen 1978) especially 94–144.

<sup>32</sup> See, for example, *Klaus Vondung*, *Zur Lage der Gebildeten in der wilhelminischen Zeit*, in: *Vondung* (ed.), *Das wilhelminische Bildungsbürgertum* (Göttingen 1976) 20–33.

interesting question: What chances were there for more harmonious and fruitful contacts between Bürger and workers and what outcome did they have?

**CONFLICT RELATIONS.** Relations between Bürger and workers can be described on the broadest level by viewing both groups in their economic roles within the dynamic structure of industrial capitalism. On this broad level of analysis, the antagonistic economic interests stand out as the salient feature. Since labor had become a commodity of exchange in the market, employers of every type attempted, over the long run, to hold down all of their costs. Even in an expanding economy, with an annually increasing gross national product and with rising real wages for much of the period between 1870 and 1914, conflict was inevitable<sup>33</sup>. Even when relations between groups of Bürger and workers were not necessarily hostile, the gap that separated most segments was substantial and continuous throughout the Kaiserreich.

**CHANCES FOR POSITIVE RELATIONSHIPS.** What chances existed that the hostility and the gaps between Bürger and workers could be overcome? To answer this question, even tentatively, it is essential to look especially at the values and behavior of the German Bürgertum. In this task we are handicapped by the fact that research on the German Bürgertum is extremely limited, especially in comparison to the vast number of investigations devoted to workers and the labor movement. The following paragraphs focus on those forms of behavior or organizations that offered chances for more contact between the classes.

**SIMILARITIES IN CONDITIONS AND STYLE OF LIFE.** The image of unremitting conflict is altered if we look at special segments of the Bürgertum in particular circumstances. It has been common among social historians to stress the antagonistic relationship between the lower middle class (Kleinbürgertum) and workers. But similarities in their styles of living, that is, the cultural variable, could encourage contact. In a recent study of small shopkeepers (Kleinhändler) and workers in Bremen between 1890 and 1914, Heinz-Gerhard Haupt provides a suggestive analysis. Haupt examines more than the issue of who held the means of production. He looks also at the similarities in the Lebensweise of small shopkeepers and workers. The results of his study show that these two groups shared many things and that it is often difficult to contrast their actual conditions<sup>34</sup>. Nonetheless, the complexity of these relationships is highlighted in the following summary statement: "Aktive Solidarisierung mit Arbeitern wie militante Interessenkonflikte blieben zwischen beiden Schichten selten."<sup>35</sup> And even more striking: "In der Fallstudie zu Bremen haben wir freilich für die sozialen Bezüge, die zwischen der Arbeiterklasse und dem Kleinhandel bestanden, weniger deutliche Unterschiede entdeckt als vielfältige Verbindungsmuster."<sup>36</sup> Close empirical

<sup>33</sup> See *Heinrich Volkmann*, *Modernisierung des Arbeitskampfs? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864–1975*, in: *Hartmut Kaelble* (et al.), *Probleme der Modernisierung in Deutschland* (Opladen 1978) 110–170, and the articles in: *Klaus Tenfelde* and *Heinrich Volkmann* (eds.), *Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung* (Munich 1981).

<sup>34</sup> *Heinz-Gerhard Haupt*, *Kleinhändler und Arbeiter in Bremen zwischen 1890 und 1914*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* XXII (1982) 96, 99, 111.

<sup>35</sup> *Ibid.*, 131.

<sup>36</sup> *Ibid.*, 132.

investigations of this kind are essential if we want a more accurate picture of relations between segments of the Bürgertum and workers. It also suggests how the cultural variable could sometimes neutralize potential conflict arising out of the structural determinants of market capitalism.

**SOCIAL REFORMERS.** During the Kaiserreich substantial groups of Germans joined and worked with a growing number of associations founded for various kinds of reform activities. Almost invariably these societies were devoted to principles of social harmony and they aimed to reduce conflicts as well as to improve the condition of the poor, workers, and other disadvantaged groups. Some of the reform societies, such as the Verein für Sozialpolitik (founded in 1872) enlisted primarily the support of scholars and prominent citizens concerned with the "social question". The surveys, reports, and analyses produced under the auspices of the Verein were designed chiefly to encourage state-supported social reform and to influence decisions on social policy. The Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen, founded already in 1844, had similar goals and also had the continued support of educators and civil servants<sup>37</sup>. Viktor Böhmert, the prominent social scientist and social reformer played a significant role in this organization, as well as in the following: the Deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, the Verein gegen Armennot und Bettelei, and the Deutscher Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke. The latter was Germany's most important temperance society<sup>38</sup>.

There is no ground to doubt the genuine intentions of the reformers from the Bürgertum, but their endeavors had serious limitations. Many of them seldom had direct contact with the workers they studied. The reform organizations did not seek to bring about a fundamental change in the social structure of the Kaiserreich. Finally, their motives were mixed with drives for social control. With respect to the German Temperance movement, Roberts explicitly stresses its social control motives: "The movement's founders saw themselves as part of a larger current of social reform whose task was to improve the condition of the working class in order to insure the permanence of the existing social and political order."<sup>39</sup>

Reform societies may, in certain instances, have improved relationships between groups of Bürger and workers, but they did not bring about wide-scale change in class relationships. Insofar as they were effective in improving social conditions, it was chiefly by promoting reform legislation and by putting pressure on state and local administrators.

**POPULAR EDUCATIONAL MOVEMENT.** The limitations mentioned above applied in most respects to the societies for the promotion of Volksbildung and Volksbibliotheken, such as the Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, founded in

<sup>37</sup> Jürgen Reulecke, *Bürgerliche Sozialreformer und Arbeiterjugend im Kaiserreich*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* XXII (1982) 304.

<sup>38</sup> James S. Roberts, *Drink, Temperance and the Working Class in Nineteenth-Century Germany* (Boston 1984) 64–67.

<sup>39</sup> *Ibid.*, 54. On the concept of social control, one should mention especially the sensible criticism by F. M. L. Thompson, *Social Control in Victorian Britain*, in: *Economic History Review*, 2nd series, XXXIV (May 1981) 189–208.

1871. The movements for popular education were, nonetheless, mediating points between individuals from both the Bürgertum and the lower social strata. While the educational value of these movements should not be underestimated, their impact on organized workers was diminished by the expanded educational programs of the socialist labor movement, especially after about 1900<sup>40</sup>.

**SOCIAL MOBILITY.** Studies of social mobility for Germany, as well as for other societies, illustrate the limited contact between Bürgertum and workers. Mobility took place among workers, but chiefly in what may be called "intra-class shifting". However, it should be stressed that the low rates of upward mobility among workers found for the Kaiserreich are not especially unique. Even in the United States – where the general impression prevailed (and still does) that a "land of opportunity" could be translated into easy upward mobility – the actual rates of upward mobility are not radically different from those on the European continent. Industrialization created the need for certain kinds of mobility – especially geographic – but there is no reason to conclude that it advanced the chances of wage earners to move in substantial numbers into the circles of the Bürgertum or Kleinbürgertum<sup>41</sup>. Low rates of upward mobility among workers are explained only in part by objective economic circumstances, but very much by the cultural variable. Educational levels, forms of speaking, local habits, for example, hindered the chances of those who otherwise had some hope of upward mobility.

**VOLUNTARY ASSOCIATIONS.** What other institutions have fostered cordial interaction among social classes in various societies? In the early nineteenth century voluntary associations (Vereine) contributed to the social integration of diverse groups<sup>42</sup>. They appear to have been less effective by the end of the nineteenth century. In the case of American society, it has been assumed since the classic study by Tocqueville that voluntary associations have mediated between social groups, that is, have played an integrative function that transcends social barriers. Further studies of voluntary associations in the United States seem to support the validity of this hypothesis.

There is a sharp contrast between the assumed role of voluntary associations in the United States and the Kaiserreich. As a rule, voluntary associations in the Kaiserreich tended to reflect and even to reenforce social differentiations. In Weinheim an der Bergstraße, for example, there were five Gesangvereine and each was loosely associated

<sup>40</sup> *Hertha Siemering*, *Arbeiterbildungswesen in Wien und Berlin* (Karlsruhe 1911).

<sup>41</sup> Cf. the following by *Hartmut Kaelble*: *Educational Opportunities and Government Policies in Europe in the Period of Industrialization*, in: *Peter Flora and Arnold Heidenheimer* (eds.), *The Development of Welfare States in Europe and America* (New Brunswick and London 1981) 239–268; *Social mobility in America and Europe: a comparison of nineteenth-century cities*, in: *Urban History Yearbook* (1981) 24–38; *Social Mobility in Germany, 1900–1960*, in: *Journal of Modern History* L (September 1978) 439–461; *Sozialer Aufstieg in Deutschland 1850–1914*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* LX (1973) 41–71; and especially chapter 3 in *Historical Research on Social Mobility* (London 1981) 34–57. See also, *Jürgen Kocka*, *The study of social mobility and the formation of the working class in the 19th century*, in: *Le Mouvement Social* 111 (1980) 97–117.

<sup>42</sup> *Thomas Nipperdey*, *Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert*, in: *Hartmut Boockmann* (et al.), *Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert* (Göttingen 1972) 1–44.

with a broad social stratum: "Eintracht" had a working class constituency; "Germania" drew on artisans; "Harmonie" apparently attracted mostly local peasants; the "Sängervereinigung" appealed to small shopkeepers; and the most respected Bürger belonged to the "Singverein", the oldest and the most prestigious of the town's Gesangvereine<sup>43</sup>. The same pattern can be seen in other cities. In Hamborn, "when one was to go singing or bowling, then workers, white-collar workers, and businessmen sang and bowled among themselves"<sup>44</sup>. And in Göppingen, "virtually all formal and informal associations divided along class lines"<sup>45</sup>. Voluntary associations in the Kaiserreich could not play the integrative role they presumably served in the United States, but on the contrary tended to preserve rather than to breakdown social differentiations. The same was true for France, and probably for all other European countries as well. What Gallagher writes concerning France could be applied throughout the continent: "Because of the relatively rigid French social structure, voluntary associations play less a mobility and integrative role than a defense or maintenance role."<sup>46</sup>

In addition, it should be pointed out that German voluntary associations also reflected vertical segmentation, for example, confessional differences. Among confessional associations in Imperial Germany, there were both vertical and horizontal differentiations. This is best illustrated in the case of German Catholics in the Rhineland-Westphalia where the Katholische Arbeitervereine – which included a diverse social composition – were increasingly displaced by the appeal of the Christian Trade Unions (Christliche Gewerkschaften) for Catholic workers<sup>47</sup>. The latter were not multi-class in social composition, but composed almost wholly of wage earners and reflected the advance of industrialization in that region.

The social stratification of voluntary associations remained strong throughout the Kaiserreich<sup>48</sup>. Indeed, the trend was toward increased separation as more and more Arbeitervereine devoted to various activities were founded as affiliates of the Social Democratic labor movement. Steinbach even asserts that by the end of the nineteenth century bürgerliche Vereine could no longer make any pretense to being above party and class<sup>49</sup>. However, the reality may be a bit more complicated. On the one hand both Die deutsche Turnerschaft and Der deutsche Sängerbund continued to lose their

<sup>43</sup> *Heinz Schmitt*, *Das Vereinswesen der Stadt Weinheim an der Bergstraße* (Weinheim a. d. B. 1963) 31.

<sup>44</sup> *Heinrich Husmann*, *Lebensform und ihr Wandel beim Arbeiter in Hamborn*, in: *Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde IV* (1957) 32.

<sup>45</sup> *Dieter Wuerth*, *The Politics and Sociology of Organized Labor in a Middle-Sized German Town: Göppingen 1910–1919* (Dissertation, University of Wisconsin, 1974) 85.

<sup>46</sup> *Orvoell R. Gallagher*, *Voluntary Associations in France*, in: *Social Forces XXXVI* (December 1957) 157; *Arnold Rose*, *Voluntary Associations in France*, in: *Rose, Theory and Method in the Social Sciences* (Minneapolis, Minnesota 1954) 74–115.

<sup>47</sup> See *Eric Dorn Brose*, *Christian Labor and the Politics of Frustration in Imperial Germany* (Washington D. C. 1985), especially the Summary and Conclusion; and *Raymond C. Sun*, 'Before the Enemy is Within Our Walls': Catholic Workers' Clubs in Western Germany 1890–1914 (Unpublished paper, Johns Hopkins University, 1984).

<sup>48</sup> *Schmitt*, *Das Vereinswesen der Stadt Weinheim an der Bergstraße*, *passim*.

<sup>49</sup> *Peter Steinbach*, *Industrialisierung und Sozialsystem im Fürstentum Lippe* (Berlin 1976) 251–252.

working-class members to the socialist Arbeiter-Turnvereine and the Arbeiter-Gesangvereine after the middle eighteen-nineties. On the other hand, we do not know how many workers remained in Die deutsche Turnerschaft or Der deutsche Sängerbund. We are lacking close studies of these organizations, studies which could give us some more insights into the trend of separation. The dividing line was never absolute, to be sure, because some workers continued to hold membership in bürgerliche Vereine. Social Democrats naturally agitated vigorously to get workers out of all non-socialist organizations<sup>50</sup>.

The trend toward separation along lines of social strata continued to be dominant throughout the Kaiserreich. It should also be stressed that this trend toward greater separation was, in considerable part, a consequence of the political variable – that is, the fact that the Social Democratic Party encouraged its followers and all workers to turn their backs on bürgerliche Vereine.

The conclusion that voluntary associations in the Kaiserreich both reflected and reenforced social and cultural differences is supported by what we know about the social composition of the patriotic associations (Nationale Verbände). Their constituencies came overwhelmingly from various segments of the Bürgertum. Workers and artisans do not even appear as a category in the Colonial Society (Kolonialgesellschaft), although some 26 workers apparently held local offices in the Navy League (Flottenverein), that is, 0.2 percent of the total<sup>51</sup>. There is no evidence of workers in the Pan-German League (All-Deutscher Verband), whose members came predominantly from the Bürgertum<sup>52</sup>.

MEDIATION THROUGH SOCIAL DEMOCRACY. It seems paradoxical that the Social Democratic Party should have played a dual role with respect to class formation, but this is true, especially for the period after 1890. On the one hand, Social Democracy was the decisive agent for the propagation of an ideology of working-class consciousness and class conflict. The logic of the Erfurt Program called for social separation, class solidarity, and organizational preparation for massive social disruption (revolution) in the future. The public image of a cohesive, class-conscious German working class depended very much on the ideological declarations of the SPD. The rapid growth of the SPD, the Free Trade Unions, and their affiliated associations, could not have taken place without the steady expansion of the German economy and the increasing number of wage earners. In that context, the socialist labor movement became an important political variable as it propagated class awareness and increased its popular following.

On the other hand, Social Democracy played a paradoxically dual role with respect to class relationships. It also pursued policies and practices that were designed either to attract segments of the Bürgertum to the movement or to absorb significant ele-

<sup>50</sup> *Horst Ueberhorst*, *Frisch, frei, stark und treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893–1933* (Düsseldorf 1973) 23, 25.

<sup>51</sup> *Geoff Eley*, *Reshaping the German Right: Radical Nationalism and Political Change after Bismarck* (New Haven and London 1980) 123, 125.

<sup>52</sup> *Roger Chickering*, *We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League 1886–1914* (Boston 1984) 106–108.

ments of the established German and European artistic and cultural traditions. Despite the fact that party leaders promoted proletarian class identity and denounced the "bürgerliche Gesellschaft", they often looked unfavorably upon the indigenous mores, modes of behavior, and values of workers. Intellectual leaders – radical as well as reformist – fully believed that workers had to take possession of "bürgerliche Kultur" before the working class could develop a culture of its own. The educational and cultural programs of the Social Democratic labor movement pushed "high culture" on organized workers. The party with an official Marxist ideology was not reluctant to promote cultural programs that had little to do with the development of class consciousness. Those programs placed high value on German and European cultural traditions and upon civil and respectable modes of social behavior<sup>53</sup>. In this respect, Social Democratic labor organizations were not unique among socialist movements in other European countries. Indeed, more research is needed to show the significance of bourgeois intellectuals in German Social Democracy. In every socialist movement educated middle class leaders played important roles, and it is hardly surprising that they, in a way comparable to other middle class reformers, wanted to raise workers to the cultural level of educated people. The socialist movements of the Second International provided a home for those reformers whose temperaments and social values were compatible with radical politics.

It is important, and somewhat paradoxical, that perhaps the most positive relationships between Bürger and workers in the Kaiserreich took place within the social-cultural milieu of the socialist labor movement. Regular contact between Bürger and workers was amply evident in the Social Democratic Party, but was especially important in the auxiliary associations and clubs. Many of the leaders in the various clubs of the labor movement were from the Bürgertum. Bürger were especially evident in the Arbeiter-Gesangvereine where they constituted at least 90 percent of the music directors<sup>54</sup>. Most of those choir conductors had made a political decision to identify with Social Democracy and, therefore, within the labor movement they were not viewed as members of an alien class, but as trustworthy comrades (Genossen). In that relationship, a shared ideology dissolved the significance of objective class differences.

Many of the Bürger within the socialist labor movement shared common features with non-socialist reformers. They came from similar backgrounds and shared cultural values, and were motivated by a desire to raise the cultural and moral level of wage earners. In this desire, they too sought to establish a measure of social control. They wanted to infuse organized workers with the education and cultivation (Bildung) that would bring wage earners closer to the cultural level of the German Bürgertum. There is a paradox here, to be sure, because the socialist labor movement created this bridge to the Bürgertum at the same time that it advocated class conflict, radical changes in the economy, and workers' political power through the Social Democratic Party.

<sup>53</sup> *Lidtke*, *The Alternative Culture*, 159–160, 177–180.

<sup>54</sup> *Victor Noack*, *Deutscher Arbeiter-Sängerbund. Entstehung, Kampf und Aufstieg* (Berlin 1931) 63–64. (This revision of the first edition (1911) reached page proofs, but was never published.)

## IV. Conclusion

Neither the incompleteness of working-class formation nor the segmentation of the Bürgertum improved the chances for positive and sustained contact between those broad groups. The reasons are to be found only to a limited extent in the economic structures of industrial capitalism. Political and cultural variables operated as powerful determinants of social relations in the Kaiserreich, and their segregating power did not diminish in the years before the First World War. The political variable played an especially significant role. The more the governments of Prussia and the Reich used legal measures to repress and coerce Social Democracy, the more likely workers were to perceive their distance from the government and their closeness to the labor movement. How much this coercive political variable affected the mentality of German wage earners is difficult to assess. On the surface, it appears to have helped more than it hindered working-class formation.

The micro-level is especially significant because the initial transition to working-class formation took place in workshops, neighborhoods, and local settings. The development did not stop on the micro-level, to be sure, but gradually included larger groupings of workers. Political factors played an exceedingly important part in stimulating this solidarity among increasingly large numbers of workers throughout Germany. The presence of the centralized Social Democratic Party and of the Free Trade Unions may give the impression that a unified working class had emerged in Germany before the First World War. That was not yet the case, however, because several working classes were being formed in the years of the Kaiserreich. The cultural variable played a significant role in pulling together particular groups of wage earners, but simultaneously, thereby, keeping them separate from other wage earners. If a single working class did not yet take shape in Germany before the First World War, the trend was in that direction. There is no way to know what outcome that trend may have attained had the War not intervened. The political variable which, before the War, had generally favored working-class formation, led to new divisions among workers by 1917-18 and in the years following. The common economic condition of being dependent wage earners was never sufficiently powerful to meld German workers into one cohesive class.

## Kommentar

Jürgen Kuczynski

### Differenzierung und Einheit der Klassen

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich in der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, mich vor allem mit den Ausführungen von Herrn Wehler beschäftige, da er ausführlicher auf die Probleme, mit deren Lösung durch ihn ich nicht einverstanden bin, eingegangen ist als Herr Lidtke, der in der für mich zentralen Frage mit Herrn Wehler übereinstimmt.

Natürlich enthält der Vortrag Wehlers eine Fülle von Anregungen:

Beispiele:

Wehler bemerkt über die Stadtbürger des Mittelalters:

„Unter einer gewöhnlich extrem schmalen Oberschicht von Patriziern bzw. Honoratioren (1–2 bis maximal 8% der Einwohner) steht der ‚alte Mittelstand‘ der bessergestellten Handwerker, Kaufleute, Gastwirte u. a., der allenthalben gleitend in ein weit umfangreicheres Kleinbürgertum der kleinen Gewerbetreibenden, Einzelmeister u. a. übergeht...“ (S. 2)

Bis vor einigen Jahren hätte ich Wehler voll zugestimmt, daß die kleinen Handwerker zum Kleinbürgertum gehören. Heute ist mir das zweifelhaft. Neuere Studien machen es mir wahrscheinlicher, daß *alle* Handwerker, ob groß oder klein, sowohl ökonomisch wie auch ideologisch so eng verbunden sind, daß ich alle im Mittelalter zum Bürgertum, zum „alten Mittelstand“ rechnen möchte.

Wenn Wehler über die Manufakturen bemerkt:

„Die Manufakturen mit zentralisierter, jedoch maschinenarmer Produktion in einem Betriebsgebäude sind oft maßlos überschätzt worden; die meisten deutschen schaffen es nicht, bis zur Mitte der 1830er Jahre zu überleben; nur extrem wenigen gelingt die Umwandlung in eine Maschinenfabrik.“ (S. 9)

so stimme ich ihm voll zu, daß man die Rolle der zentralen Manufakturen „oft maßlos überschätzt“ hat. Ich glaube aber nicht, daß man sagen kann, daß von den zur Mitte der 1830er Jahre existierenden Manufakturen „*extrem* wenige“ zu Fabriken wurden.

Doch nun zur zentralen Frage von Wehlers Ausführungen. Wehler wehrt sich gegen

„... eine plakative Gegenüberstellung von Bürgertum und Arbeiterschaft, erst recht von ‚Bourgeoisie‘ und ‚Proletariat‘ als geschichtsphilosophisch überfrachteten Trägern von Klassenmissionen und welthistorischen Aufgaben ...“ (S. 12)

Gegen Ende seiner Ausführungen erklärt er:

„Auch wenn man die hegelianisch-marxistische Teleologie des welthistorischen Gegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat ablehnt, könnte ein modernisierungstheoretisch begründetes Evolutionsziel ‚Bürgerklasse contra Arbeiterklasse‘ als Dauerkonstellation eingeschmuggelt werden. Dagegen ist nun in der Tat nicht nur auf den anhaltenden allgemeinen marktgesellschaftlichen Differenzierungsprozessen, die stets mehrere bürgerliche Besitz- und Berufsklassen innerhalb der ‚bürgerlichen Gesellschaft‘, stets mehrere industrielle und gewerbliche Erwerbsklassen innerhalb ‚der Arbeiterschaft‘ erhalten, mit Nachdruck zu bestehen, sondern es muß auch auf mehr oder minder starke gegenläufige Tendenzen ausdrücklich hingewiesen werden, die sich gegen die Entwicklung marktbedingter Klassen, erst recht gegen die Homogenisierung zu einer einzigen sozialen Klasse auswirken.“ (S. 25)

Jeder Marxist würde mit Wehler übereinstimmen, daß man sowohl innerhalb der Bourgeoisie wie innerhalb der Arbeiterklasse differenzieren muß, und wir haben das auch stets getan – sei es etwa zwischen der Industrie- und der Handelsbourgeoisie oder zwischen der großen Masse der ungelerten und angelernten Arbeiter auf der einen sowie der Arbeiteraristokratie auf der anderen Seite. Ja, wer differenziert nicht auch innerhalb der Intelligenz usw.

Selbstverständlich gibt es auch zahlreiche Tendenzen, die zwar nicht der Entwicklung der ökonomischen Basis beider Hauptklassen, also nicht ihrer objektiven Existenz als Klassen, wohl aber ihrem Klassenbewußtsein entgegenwirken. Ich erinnere nur an die Strömungen des Opportunismus und Reformismus innerhalb der Arbeiterklasse oder an den wilden Anti-Ultramontanismus in Bourgeois-Kreisen um 1900, der bisweilen im Zentrum den größeren Feind sieht als in der Sozialdemokratie. Das gibt uns aber nicht das Recht, von mehreren Bourgeoisien oder, wie es Herr Lidtke tut, of several working classes zu sprechen.

Wenn Wehler gegen Schluß feststellt:

„Kurzum: Den sozioökonomischen, politischen und soziokulturellen Basisprozessen, die marktbedingte Klassen konstituieren, arbeitet eine nicht geringe Anzahl von starken, auch auf die Dauer nicht überwindbaren Gegenkräften entgegen. Das gilt nicht nur für das 19. Jahrhundert, sondern erst recht für das 20. Jahrhundert“ (S. 26)

so hat er in keiner Weise bewiesen, daß die Gegenkräfte stärker sind als die Basisprozesse, und die Geschichte des 20. Jahrhunderts spricht gegen ihn.

Wenn Wehler im vorletzten Absatz seines Papers jedoch festschreibt:

„Nicht zuletzt deshalb gilt, daß neben der Makrodynamik innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Klassenkonstellationen (mit allen ihren Abweichungen und Ausnahmen) die Mikrodynamik innerhalb der einzelnen Besitz-, Berufs- und Erwerbsklassen gleich wichtig und interessant bleibt.“ (S. 26)

dann stimme ich ihm hinsichtlich der Makro- und Mikrodynamik voll zu und möchte mich damit gegen die Bemerkung Lidtkes wenden, mit der ich gar nicht übereinstimmen kann, in der er behauptet, class formation is most often on the micro-level. Ich meine, daß class formation als objektiver Basisprozeß ein makrodynamischer Prozeß ist, während zahlreiche mikrodynamische Prozesse bei der Bildung oder Nichtbildung von Klassenbewußtsein von Bedeutung sein können.

Abschließend: Klassenbildung ist ein objektiver ökonomischer Prozeß. „Die Klasse an sich“ ist eine homogene gesellschaftliche Erscheinung, beruhend auf und bestimmt von ökonomischen Faktoren. Klassenbewußtsein ist ein subjektiver Faktor, es konstituiert „die Klasse für sich“. Das allgemeine Bewußtsein jeder Klasse kann durch zeitweise hohes oder auch durch zeitweise mangelndes Klassenbewußtsein bestimmt werden. Es ist oft in der Geschichte, entgegen den Interessen der Klassen, pluralistisch. Aber das bedeutet nicht, daß die Bourgeoisie oder die Arbeiter in mehrere Klassen zerfallen oder, wie Wehler meint, daß es keine „Dichotomie und Polarisierungseffekte“ gibt, von denen seit den großen französischen Historikern der 1830er Jahre, ja auch schon vorher, so viele Historiker, allgemein so viele Gesellschaftswissenschaftler, insbesondere wir Marxisten, mit Recht sprechen.

## Kommentar

*Thomas Nipperdey*

### Aspekte der Verbürgerlichung

Ich bin in der angenehmen Verlegenheit, mit den beiden Referenten im wesentlichen übereinzustimmen. Mein Kommentar ist darum nicht kritisch und nicht polemisch. Vorweg: Ich würde vielleicht gegenüber Herrn Wehlers Differenzierungen des Bürgertums doch etwas stärker die Gemeinsamkeit betonen: die Normen von Arbeit und Leistung, das Familienideal und die Familiennormen, die Vorstellungen von „Anstand“, etwa hinsichtlich der Sexualmoral, der Erziehungsstil, die Teilnahme an der ästhetischen Kultur, die – zunehmend leerer werdende – Ideologie der „Ideale“: Normen und Kultur stiften eine Einheit des Bürgertums.

Nun aber zur Hauptsache. Ich stelle eine ergänzende These auf: Die Bürger beeinflussen die Arbeiter auch über die verschärfende Abgrenzung und die Konflikte hinaus, manchmal auch jenseits des Bewußtseins dieser Arbeiter, und zwar vor allem auf dem Gebiete der Alltagsnormen. Es gibt dabei einmal Restbestände der gemeinsamen Tradition, bei denen die Klassenbildung und Klassenabschottung weniger rigide sind als auf anderen Gebieten. Und zum andern gibt es die ja viel besprochene und heute offenkundige Verbürgerlichung der Arbeiterklasse, also die Übernahme bürgerlicher Normen, bürgerlicher Wünsche und bürgerlicher Träume; und die Anfänge solcher Verbürgerlichung sind fast gleichzeitig mit der eigentlichen abgrenzenden Klassenbildung, obwohl sie natürlich in diesem Moment die weitaus schwächeren Faktoren sind.

Ich nenne einige Hauptpunkte, auf die wir im Laufe des Kolloquiums ja noch zurückkommen werden:

#### 1. Das Wohnen

Es ist mit Recht auf die Bedeutung des sozialräumlichen Zusammenhangs, auf die Arbeiterviertel etc. hingewiesen worden. Die Frage, die hier offen bleibt, ist, wie das vorher gewesen ist, als man noch im selben Hause, nach Hinter- und Vorderhaus oder nach Stockwerken gegliedert wohnte, wie es in kleinen Städten war oder wie in großen Städten, die mehrere und gemischtere gewerblich-industrielle Zentren hatten (z. B. die Brau-Zentren in München). Ebenso wichtig ist die Frage nach der Einrichtung. Aus den Forschungen über die Esslinger Maschinenarbeiter von Schomerus wissen wir, daß Sofa, Sessel, Spiegel und Bild zur Standardeinrichtung eines Facharbeiters bei Heirat gehörte. Ob das nur für diese Gruppe galt, ob das nur ein Ideal war, das müßte man versuchen zu klären. Aber auch wenn das nicht Realität war, ist die Übernahme der Wunschwelt doch wichtig genug.

## 2. Das Essen

Wir wissen von Teuteberg und Wiegelmann, wie die bürgerliche Küche und die ökonomischen und planerischen Techniken bürgerlicher Haushaltsführung von der Arbeiterschaft übernommen werden. Dabei ist der Hinweis auf die vermittelnde Kontaktgruppe der Dienstmädchen besonders wichtig (und 10–15% der Haushalte hatten Personal). Diese Gruppe vermittelt zwar auch zwischen bürgerlicher Stadt und dem Lande, von dem sie meistens kommt, aber eben über Heirat auch mit der Arbeiterschaft.

## 3. Familie und Sexualmoral

Die respektable Arbeiterschaft übernimmt im Unterschied zu den alten Unterschichten die neuen bürgerlichen Vorstellungen von der Familie, der Rolle der Frau und Mutter, dem Verhältnis zu den Kindern (dem Sich-Kümmern um die Kinder, der Erziehung der Kinder etc.). Man kann das im ganzen als einen Vorgang der Zivilisierung, des Rückganges der älteren Verhaltensformen von Sprödigkeit und auch Brutalität beschreiben. Die Familie befestigt darum nicht nur die Klassenkohäsion, das tut sie gewiß primär, sondern darüber hinaus übergreift sie gerade auch die Klassenschranken. In diesem Zusammenhang verdient Beachtung die Frage nach der besonderen Position der Frauen, auf die Herr Lidtke schon hingewiesen hat, nun freilich gerade nicht in emanzipatorischem Sinne. Wir wissen von den Ergebnissen der Wahlen seit 1919, daß die Frauen auch der Arbeiterklasse sich politisch stärker „bürgerlich“ verhielten; das ist m. E. vor allem über die Kirchen vermittelt und vermutlich im Katholizismus durchaus stärker als im Protestantismus. Aber das verdiente weitere Aufhellung.

## 4. Die Kirchen

Wichtig für die Übergangszone zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft sind also natürlich, das ist ja fast trivial, die Kirchen. In der Frühzeit spielen, wie wir aus so vielen Biographien von Arbeiterführern wissen, die Überhänge traditioneller Kirchlichkeit etwa bei den Müttern und die Ablösung von solcher Kirchlichkeit eine große Rolle. Dazu kommt dann die Übernahme der radikal-bürgerlichen Kirchenfeindlichkeit, ich würde meinen, daß das geradezu ein Faktor der Klassenbildung in Deutschland gewesen ist. Darüber hinaus hat sich gewiß die Kirche auch als Barriere zwischen den Klassen erwiesen, die Bürgerlichkeit der protestantischen Kirchen und die Unkirchlichkeit der Arbeiter werden, wie immer der Begründungszusammenhang sein mag, zu Trennungsmerkmalen. Das gilt auch dort, wo die Bürger nur aus Konvention oder aus sozialer Schätzung die Kirche gelten lassen: ihre Unkirchlichkeit verbindet sie nicht mit der Unkirchlichkeit der Arbeiter, jenseits der kleinen Gruppe sozialisti-

scher Intellektueller. Der Katholizismus ist gewiß im ganzen weniger bürgerlich gewesen, schon wegen der Herkunft, Erziehung und des Milieus seines Klerus, aber er war ideologisch weit geschlossener und so scharf gegen die Klassenbildung gerichtet, daß er andere Grenz- und Trennlinien betont hat als sie der Klassenanalyse naheliegen. Und das bestimmte mindestens ebenso und vermutlich noch mehr die Realität.

## 5. Der Bereich der Kultur

Herr Lidtke hat ganz recht, daß die Intelligenz die hohe Kultur übernehmen will, und die Bedeutung, die das Wissen, die Wissenschaft, das Buch etc. in der Arbeiterbewegung gespielt haben, ist ja ganz offenkundig. Die Frage, die sich hier stellt, ist, wie das jenseits der eigentlichen Arbeiterbewegung gewesen ist. Hier käme es noch einmal auf eine Analyse der Lesestoffe an (Schenda hat dazu ja manches beigetragen). Es käme darauf an, inwieweit die Volksschulbildung mit ihren Rudimenten bürgerlicher Kultur auch im erwachsenen Arbeiterleben eine Rolle spielt: das Lesebuch, die Lieder als Stoffe, Schiller und Uhland etwa als Volksschuldichter und im ganzen das Prestige der Kultur. Hier wären die Volksschullehrer als Mittelpersonen in Betracht zu ziehen. Und endlich, gewiß, die Schule trennt, aber sie verbindet doch auch etwa die Arbeiter mit den kleinen Handwerkern und den Bauern, das macht fließende Grenzen, die Nicht-Klasse der „kleinen Leute“.

## 6. Nationalismus

Sehr wichtig scheint mir schließlich die Rolle des Nationalismus und der Nation. Die Arbeiterbewegung ist ja anfangs Teil der nationalen Demokratie gewesen, und die Arbeiterschaft hat bis 1914 über Schule, Militär und Umgebung doch sehr viele Vorstellungen der bürgerlichen nationalen Klassen übernommen, wie sich das in den bekannten Ereignissen vom August 1914 dann zeigt. Diesen Aspekt muß man bei aller Betonung der Klassenabgrenzung mit im Auge behalten.

Bedeutung und Gewicht solcher Einflüsse freilich muß man nun im einzelnen empirisch feststellen und dabei zwischen einer bürgerlichen Frühprägung der Arbeiterschaft *bei* der Klassenbildung und einer späteren Prägung *nach* der Klassenbildung unterscheiden.

Zu den vergleichenden Überlegungen kann ich hier einstweilen nur ein paar Fragen formulieren: Gibt es die Übernahme bürgerlicher Familiennormen auch außerhalb der nördlichen und mehrheitlich protestantischen Länder, etwa in Frankreich und Italien? Ist die Bildung als Abgrenzungsphänomen, die uns leicht so besonders deutsch vorkommt, nicht ein sehr allgemeines europäisches Phänomen? Ist die radikal-bürgerliche Unkirchlichkeit und die Auswanderung der frühen Arbeiter aus der Kirche gerade für die Geschichte der deutschen Klassenbildung spezifisch, ist sie in Frankreich ähnlich (obwohl die Auswanderung hier vor der Klassenbildung liegt), wird sie anderswo von anderen Faktoren „ersetzt“? Welche Rolle spielt die unterschiedliche Vorprägung

der Landbevölkerung und der Unterschichten vor der Industrialisierung für die Klassenbildung, welche Rolle das Tempo der Industrialisierung, Betriebsgrößen und Betriebsorganisation – „Herrschaft“ ist da nicht so spezifisch deutsch, aber vielleicht läßt sich von daher das Verhältnis von Arbeiterschaft und Anarchismus in Frankreich und Spanien ansehen. Wir neigen vom deutschen „Fall“ her dazu, den politischen Bedingungen eine hohe Bedeutung für die jeweilige Besonderheit der Klassenbildung und -abgrenzung zuzumessen; diese Vormeinung müssen wir ständig überprüfen. Denn ein Hauptfaktum der europäischen Sozialgeschichte ist es natürlich, daß Klassen und Trennlinien zwischen Klassen auch anderswo und unter anderen politischen Bedingungen entstanden sind. Zudem besteht die Gefahr, daß wir das Problem der Klassenbildung bei solcher Betrachtung zu schnell und zu früh mit dem Problem der jeweils spezifischen Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern vermischen und belasten. Vermutlich sind die Arbeiterbewegungen unterschiedlicher als die Klassenbildungen und die Klassen.

## II. Bürger und Arbeiter: Kontakte in Bildung, Religion, Kultur

*Rudolf Vierhaus*

### Bürgerliche Hegemonie oder proletarische Emanzipation: der Beitrag der Bildung

#### I

In der überarbeiteten Neuauflage seiner Schrift „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen“, die den Untertitel „Zu Theorie und Praxis der Arbeiterbildung“ trägt und 1968 erschien, behauptet Oskar Negt: „Erst die Erziehung zu einer soziologischen Denkweise, deren bestimmender Zweck die Verwandlung der vopolitisch existierenden Formen des Klassenbewußtseins in politisch klassenbewußte Aktionen ist, befähigt den einzelnen, wissenschaftliche Arbeitsteilungen produktiv rückgängig zu machen und damit handlungsmotivierende Strukturen in die chaotische Fülle der Informationen und des Lehrstoffes zu bringen.“ Und er fordert, daß der gesamte Inhalt der „gewerkschaftlichen Bildungsarbeit“ in „jene Politisierungsstrategie der Arbeiterklasse“ einbezogen werde, „in der Bildung eindeutig als Bildung von Klassenbewußtsein definiert ist“<sup>1</sup>. Damit ist sicher nicht die Vorstellung von Bildung angesprochen, die in der historischen Arbeiterbewegung und in der praktischen Bildungsarbeit der Gewerkschaften dominierte. Angetreten war die frühe Arbeiterbewegung mit dem Ziel, den Arbeiter zur Teilhabe an der bürgerlichen Bildung zu befähigen, so weit diese – wie sie beanspruchte – allgemeine Menschenbildung war. Bei vertiefter Einsicht in den sozio-ökonomischen Prozeß und schärferer Analyse der bürgerlichen Gesellschaft als Klassengesellschaft wurde dann „bürgerliche“ Bildung als Klassenbildung definiert und dem Proletariat die historische Aufgabe zugeschrieben, diese zu überwinden und zur wahrhaft allgemeinen Menschheitsbildung vorzustoßen<sup>2</sup>. Erst mit der

<sup>1</sup> Oskar Negt, *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung (Theorie und Praxis der Gewerkschaften)* (Überarb. Neuaufl., Frankfurt a.M. 1971) 27, 30.

<sup>2</sup> Grundlegend: *Karl Marx*, Manifest der kommunistischen Partei (1847/48); II. Teil „Proletarier und Kommunisten“. – S.a.: *Horst E. Wittig*, *Karl Marx, Bildung und Erziehung. Studententexte zur*

Emanzipation des Proletariats erfolge auch die Emanzipation der Bildung aus aller klassenspezifischen Indienstnahme. So lange jedoch die Klassengesellschaft bestehe, ein staatliches, obligatorisches Erziehungswesen und ein von den classes régnautes bestimmtes, öffentlich subventioniertes Bildungswesen existiere, sei die Instrumentalisierung der Bildung zur Ausbildung und zum Mittel der politischen Agitation notwendig. Diese solle sich nicht nur gegen das öffentliche Erziehungs- und Bildungswesen, sondern auch gegen die Anpassung an, ja die Zustimmung der Arbeiter zu den Inhalten bürgerlicher „allgemeiner“ Bildung richten.

Es ist hier nicht möglich, den ganzen Umfang der mit diesen einleitenden Bemerkungen angedeuteten Fragen zu behandeln. Im folgenden sollen nur

- Kontinuitäten der Bildungsidee von der Aufklärung zur Arbeiterbewegung aufgewiesen,
- Konvergenzen bürgerlicher Bemühungen um die Bildung der „handarbeitenden Klassen“ und eigenständiger Bemühungen der Arbeiter und der organisierten Arbeiterbewegung um Bildung aufgezeigt,
- die unaufgelöst bleibenden Diskrepanzen zwischen proletarischen Emanzipationsprogrammen und faktischer bürgerlicher Bildungshegemonie innerhalb eines sozialen Systems, in dem die Arbeiterklasse, aber auch das liberale Bürgertum ohne entscheidenden politischen Einfluß blieben, hervorgehoben und
- die zugleich produktive und hemmende Funktion des im wesentlichen durch die literarische Klassik, den Neuhumanismus und den philosophischen Idealismus geprägten deutschen Bildungsbegriffs diskutiert werden, der die weitreichende Aneignung bürgerlicher Bildungsnormen und -inhalte durch die Arbeiterschaft einerseits begünstigt, andererseits erschwert hat, in praxi allerdings noch mehr durch die bürgerlichen Mittelschichten selber entleert als durch die Arbeiterbewegung liquidiert worden ist<sup>3</sup>.

Marx'schen Bildungskonzeption (Paderborn 1968). – Auf den Bildungsbegriff und das Bildungsverständnis des europäischen und deutschen sog. „Frühsozialismus“ wird hier nicht eingegangen; dazu hätte es größerer Ausführlichkeit bedurft als der Zweck des vorliegenden Beitrags zuläßt.

<sup>3</sup> Allgemein seien hier genannt: *Rudolf Vierhaus*, Art. „Bildung“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von *Otto Brunner*, *Werner Conze* und *Reinhard Koselleck*, Bd. 1 (1972) 508–551. – *Günther Dobmen*, *Bildung und Schule*, 2 Bde. (Weinheim 1964/65). – *Ulrich Herrmann* (Hrsg.), *Schule und Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Sozialgeschichte der Schule im Übergang zur Industriegesellschaft* (Weinheim 1977). – *Detlef K. Müller*, *Sozialstruktur und Schulsystem. Aspekte zum Strukturwandel des Schulwesens im 19. Jahrhundert* (gekürzte Studienausgabe, Göttingen 1981). – *Peter Lundgreen*, *Bildung und Wirtschaftswachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts* (Berlin 1973). – *Klaus Hartmann*, *Friedhelm Nyssen*, *Hans Waldeyer* (Hrsg.), *Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert* (Frankfurt a. M. 1974). – *Christa Berg*, *Die Okkupation der Schule. Eine Studie zur Aufhellung gegenwärtiger Schulprobleme an der Volksschule Preußens (1872–1900)* (Heidelberg 1973). – *Achim Leschinski* u. *Peter Martin Roeder*, *Schule im historischen Prozeß. Zum Wechselverhältnis von institutioneller Erziehung und gesellschaftlicher Entwicklung* (Stuttgart 1976).

## II

Als Moses Mendelssohn 1784 die Frage „Was heißt aufklären?“ zu beantworten versuchte, stellte er fest: „Bildung, Kultur und Aufklärung sind Modifikationen des geselligen Lebens; Wirkungen des Fleißes und der Bemühungen der Menschen ihren geselligen Zustand zu verbessern. – Je mehr der gesellige Zustand eines Volks durch Kunst und Fleiß mit der Bestimmung des Menschen in Harmonie gebracht worden; desto mehr Bildung hat dieses Volk.“<sup>4</sup> Ein knappes Jahrhundert später, im Jahre 1872, schloß Wilhelm Liebknecht seine Rede über „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen“ beim Stiftungsfest des Dresdener Arbeiter-Bildungs-Vereins mit einem Plädoyer für den „freien Staat“ und die „freie Gesellschaft“, in denen die „allseitige Harmonie“ erreicht werden könne, die der „höchste Kulturzweck“ sei: „die Harmonie der Interessen, die Harmonie des Menschen mit dem Menschen, die Harmonie des Menschen mit sich selbst – Harmonie nach Außen: Harmonie der Völker, Harmonie im Staat und in der Gesellschaft; Harmonie nach Innen: Harmonie im Individuum durch Entwicklung aller Fähigkeiten und durch Aufhebung des Widerspruchs zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen Theorie und Praxis, zwischen Moral und Handeln.“ Das war im Prinzip noch immer das Credo der bürgerlichen Aufklärung! Der historische Abstand zu ihr wird indes in der Aufforderung zur „politischen Agitation“ deutlich, die Liebknecht als Aufgabe der Arbeiterbildungsvereine bezeichnet. Um das Ziel der Bildung und des „Wissens für Alle“ zu erreichen, müsse über Staat und Gesellschaft hinausgeschritten werden; der Verzicht auf politischen Kampf würde den Verzicht auf Bildung und Wissen bedeuten. Die Devise „durch Bildung zur Freiheit“ – es war dies die Überzeugung der Aufklärer des 18. Jahrhunderts! – sei falsch; vielmehr müsse es heißen „durch Freiheit zur Bildung“. „Nur im freien Volksstaat kann das Volk Bildung erlangen. Nur wenn das Volk sich politische Macht erkämpft, öffnen sich ihm die Pforten des Wissens. Ohne Macht für das Volk kein Wissen!“<sup>5</sup>

1872 waren das keine neuen Töne; die sozialistische Kritik an der bürgerlichen Bildung hatte schon früher eingesetzt. Sie richtete sich weder gegen den Erziehungsglauben der Aufklärung, der auf der Überzeugung beruhte, daß in jedem Menschen Vernunft angelegt sei, die freigesetzt werden könne und deren Entwicklung durch Erziehung und eigene Leistung seine Bestimmung ausmache, noch gegen das idealistische Ideal der allseitigen Bildung zum vollkommenen Menschen. Sie beschränkte sich aber auch nicht auf die Anklage, der großen Masse der Arbeiter fehlten die elementarsten Voraussetzungen der Bildung, Geld und Zeit, und der Staat versäume seine Pflicht, jedem Bürger Bildungschancen zu eröffnen. Vielmehr warf sie der öffentlichen, durch Schule, Kaserne und Presse vermittelten Erziehung vor, von den Herrschenden als Instrument ihrer Machterhaltung benutzt zu werden, um die Beherrschten von echter

<sup>4</sup> Der Aufsatz ist wieder abgedruckt in: Was ist Aufklärung? Beiträge aus der Berlinischen Monatsschrift, hrsg. von *Norbert Hinske* (Darmstadt 1973) 444–451.

<sup>5</sup> Die Rede wurde in der Sozialdemokratischen Bibliothek, H. 22, Hottingen/Zürich 1888 gedruckt; wieder abgedruckt in: *Ludwig Fertig* (Hrsg.), Die Volksschule des Obrigkeitsstaates und ihre Kritiker. Texte zur politischen Funktion der Volksbildung im 18. und 19. Jahrhundert (Texte zur Forschung 30, Darmstadt 1979) 123–159, Zitat: 159.

Bildung, die freimacht, abzuschneiden, das Volk zu verdummen und zu gehorsamen Untertanen abzurichten. Das mache die Umgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse zur unabdingbaren Voraussetzung wirklicher Bildung. Deshalb müsse für die Sozialdemokratie, die „Partei der Bildung“ im „eminentesten Sinne des Wortes“ (W. Liebknecht), die politische und soziale Umgestaltung im Vordergrund stehen: die „ausschließliche Verfolgung von Bildungszwecken“ sei eine „zeitraubende Spielerei“.

Solche bewußte Unterordnung der Bildung unter politische Zielsetzungen mußte auf das deutsche Bildungsbürgertum provokativ wirken; stand sie doch in diametralem Widerspruch zur klassisch-neuhumanistischen Tradition, wonach Bildung ihren Wert in sich selber trage und Bedingung jeder vernünftigen, gerechten und fortschrittlichen Politik sei. Regierung, Gesetzgebung und Verwaltung sollten von Gebildeten ausgeübt, die Herrschenden sollten von Gebildeten beraten werden und die Sorge für die Bildung der Regierten zu ihrer wichtigsten Aufgabe machen. Zwar widersprach dieser Bildungsbegriff prinzipiell dem Bildungsverständnis des Proletariats nicht, doch wurde seine Realisierung von ihm erst in einer noch herzustellenden Gesellschaft erwartet, in der die proletarische Emanzipation vollendet und Bildung nicht mehr Privileg weniger, sondern das Recht aller ist.

Daß allerdings das Proletariat als Voraussetzung seiner Emanzipation, der Entwicklung seines Klassenbewußtseins, zu allererst der Bildung bedürfe, um seine Klassenlage, den gesellschaftlichen Prozeß und dessen ökonomische Bedingungen zu verstehen, wurde von allen Richtungen der Arbeiterbewegung eingesehen. Auch wenn dieser Bildung als politisches Instrument dienen sollte, bedeutete das Sich-Einlassen auf sie und ihre wissenschaftliche Orientierung praktisch die Anerkennung eines wesentlichen Elements der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Denn eine eigene „proletarische“ Wissenschaft existierte ebensowenig wie eine institutionalisierte proletarische Schule. Gerade in Deutschland, wo die Schulpflicht weitgehend realisiert war und ein umfassendes staatliches bzw. staatlich kontrolliertes Schulwesen bestand, durchliefen alle Kinder eine öffentliche Erziehung, deren Ziele nicht den emanzipatorischen Interessen der Arbeiterklasse entsprachen, vielmehr von den sozialistischen Theoretikern als Fremdbestimmung im Interesse der Herrschenden diskreditiert wurden. Trotz dieser theoretischen Ablehnung waren die praktische Wirkung der Schul-erziehung und die Rezeption der „bürgerlichen“ Wissenschaft nicht zu verhindern.

### III

Es muß indes gleich daran erinnert werden, daß die Kritik am bestehenden Erziehungs- und Bildungssystem nicht allein aus der Arbeiterbewegung kam. Auch das kleine und mittlere Wirtschaftsbürgertum protestierte gegen das humanistische Übergewicht im Sekundarschulwesen und forderte mehr „Realismus“, mehr Berufsorientierung und Praxisbezug des Unterrichts, die Gleichstellung der Technischen Hochschulen mit den Universitäten. Bürgerliche und sozialistische Kritik berührten sich in diesem Bereich an nicht wenigen Stellen, so sehr sich ihre Intentionen prinzipiell wider-

sprachen. Ein Jahr vor Liebknechts Dresdener Rede tadelte der linksliberale Industrielle Friedrich Harkort die preußische Volksschule hart. Bildung sei ein wesentliches Instrument, um die allgemeine wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung voranzutreiben. „Mit der Volksbildung hebt sich auch der Wohlstand, denn nur die Intelligenz befruchtet die Arbeit und schafft das Kapital.“<sup>6</sup> Zwar sei dem Arbeiter im Deutschen Reich durch das allgemeine Wahlrecht „die gebührende Teilnahme an den Beratungen der Volksvertretung“ zugesprochen worden, doch könne er davon ohne Bildung keinen rechten Gebrauch machen und sei deshalb der Agitation des Sozialismus ausgesetzt, der seinen wahren Interessen nicht diene. „Wahrer Kommunismus“ finde nur am „Born des Wissens“ statt, und es sei Pflicht des Staates, „auch dem Ärmsten den Zutritt zu dieser Quelle offen zu halten und möglichst zu erleichtern“<sup>7</sup>. Wie sehr Harkort die Erfüllung dieser Pflicht vermißte, macht sein Diktum deutlich: „Blut und Eisen können erobern, allein nur Bildung dauernd erhalten.“<sup>8</sup>

Harkort vertrat die urliberale Überzeugung, daß durch den Ausgleich von Gegensätzen, durch zunehmende Aufklärung der Menschen über ihre „wahren“ Interessen und durch zunehmende Ausbildung und Nutzung ihrer Fähigkeiten vernünftiger Fortschritt möglich, ja zwangsläufig sei. Deshalb begrüßte er alle Bemühungen um Hilfe und Selbsthilfe der Arbeiter; für die allgemeine Volksbildung aber machte er vor allem den Staat verantwortlich. Sie sollte nicht in erster Linie individuelle Bildung, sondern praxisbezogene Ausbildung sein, deren Erfolg sich ebenso im Wachstum des allgemeinen Wohlstands wie in der Stabilität der politisch-sozialen Ordnung gegenüber sozial-revolutionärem Umsturz manifestiert.

So hatten bereits die Aufklärer des späteren 18. Jahrhunderts in ihrer Mehrheit gedacht und öffentliches Schulwesen, Volksbildung und „Nationalerziehung“ gefordert, allerdings zugleich vor zu viel, vor unangemessener, unbrauchbarer, unnützer Bildung des „gemeinen Mannes“ gewarnt; fürchteten sie doch, daß Bildung ihn mit seiner sozialen Stellung unzufrieden machen könne<sup>9</sup>. Eine Aufhebung der Ständegesellschaft aber hielten sie weder ökonomisch für möglich noch politisch für erwünscht; eine Gesellschaft des freien Wettbewerbs und der zunehmenden sozialen Mobilität lag außer-

<sup>6</sup> Bemerkungen über die preußische Volksschule unter dem Ministerium des Herrn von Mühlcr (6 Artikel in der „Westfälischen Zeitung“ 1871, im gleichen Jahr in Berlin als selbständige Schrift erschienen), hier zitiert nach: *Karl-Ernst Jeismann*, Friedrich Harkort, Schriften und Reden zu Volksschule und Volksbildung (Paderborn 1969) 122–130 (Auszug), Zitat: 124.

<sup>7</sup> Ebd., 125.

<sup>8</sup> Ebd., 124. – Vgl. auch: *Karl-Ernst Jeismann*, Volksbildung und Industrialisierung als Faktoren des sozialen Wandels im Vormärz. Dargestellt am Beispiel der Forderungen Friedrich Harkorts zur Bildungsreform, in: *Zs. f. Päd.* (1972) 315–337.

<sup>9</sup> Dazu *Ludwig Fertig*, *Campe's politische Erziehung. Eine Einführung in die Pädagogik der Aufklärung* (Darmstadt 1977). – *Ulrich Herrmann* (Hrsg.), „Das pädagogische Jahrhundert“. *Volksaufklärung und Erziehung zur Armut im 18. Jahrhundert* (Gesch. d. Erz.- u. Bildungswesens in Deutschland 1, Weinheim 1981). – *Reinbart Siegert*, *Aufklärung und Volkslektüre. Exemplarisch dargestellt an Rudolph Zacharias Becker und seinem „Noth- und Hilfsbüchlein“*, in: *Arch. f. Gesch. d. Buchwesens XIX* (1978) Sp. 565–1348. – *Helmut König*, *Zur Geschichte der Nationalerziehung in Deutschland im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts* (Monumenta Paedagogica 1, Berlin 1960). – *Gerhard Sauder*, *Verhältnismäßige Aufklärung? Zur bürgerlichen Ideologie am Ende des 18. Jahrhunderts*, in: *Jb. d. Jean-Paul-Gesellschaft* 9 (1974) 102–126.

halb ihres Wirklichkeitsbildes. Nur in einem langfristigen Prozeß der Bildung aller, eines jeden aber in seinem Stande, erwarteten sie eine Verbesserung des Ganzen von Staat und Gesellschaft: also in einem Prozeß der Aufklärung. Dieser habe zwar eingesetzt, stellte Kant gegen Ende des 18. Jahrhunderts fest; ein aufgeklärtes Zeitalter aber sei noch lange nicht erreicht<sup>10</sup>.

Im 19. Jahrhundert haben zunehmende Teile des liberalen Bürgertums den Anspruch des „Volkes“ auf Partizipation an der Bildung der Zeit und an den Chancen, die sie eröffnete, prinzipiell bejaht und seine Einlösung entweder von dem selbstregulierenden Wechselspiel von Angebot und Nachfrage oder von dem differenzierenden staatlichen Schulsystem erwartet. Selbst als sich unter dem Eindruck der Industrialisierung und nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 der Blick für die „soziale Frage“ und die Unterschiedlichkeit der materiellen Interessen der verschiedenen sozialen Klassen schärfte, blieben die Liberalen in ihrer großen Mehrheit überzeugt, die gesamtgesellschaftliche Entwicklung hänge entscheidend von der Konsolidierung und Erweiterung des Mittelstandes als des Trägers von Wohlstand und Bildung ab. Da für sie der Unterschied zwischen den Bürgern und der Klasse der Abhängigen und Unselbständigen wesentlich ein solcher der Bildung war, glaubten sie, daß, wie einst der „dritte Stand“, so auch zunehmende Teile des nachdrängenden „vierten“ durch Erziehung und Bildung den mittleren Schichten allmählich angenähert werden könnten. Dazu sollten auch die von bürgerlicher wie von Arbeiterseite ins Leben gerufenen Arbeiterbildungsvereine sowie sozialfriedliche Arbeiterassoziationen dienen. Der Genossenschaftsgedanke, wie ihn Hermann Schulze-Delitzsch vertrat<sup>11</sup>, stand in aufgeklärt-liberaler Tradition; er verband die Zielsetzung der wirtschaftlichen Sicherung und der Hebung des Bildungsstandes der handarbeitenden Schichten mit dem Vertrauen auf die heilenden Kräfte des wirtschaftlichen Fortschritts.

Spätestens seit den 1870er Jahren konnten sich jedoch selbst optimistische Liberale angesichts wirtschaftlicher Krise und zunehmender sozialdemokratischer Agitation der Einsicht nicht verschließen, daß die Lösung der „sozialen Frage“ nicht vom ökonomischen Prozeß selbst erwartet werden dürfe<sup>12</sup>. In Max Hirsch' Gewerkschaftskonzeption und in den sozialpolitischen Vorstellungen des „Vereins für Sozialpolitik“ in seinen Anfängen verbanden sich noch freiwirtschaftliche Grundsätze mit der Assoziationsidee und der Praxis beschränkter Staatsintervention, wobei der Gedanke im Mittelpunkt stand, daß materielle Sicherheit und Bildung soziale Konflikte verhindern, ja überflüssig machen werden. Daß die Resonanz solcher Ideen in die Industriearbeiterschaft hineinreichte, wird durch die sozialdemokratische Agitation bestätigt, die sich nicht nur gegen das bestehende Schul- und Bildungswesen richtete, sondern auch gegen die optimistischen Hoffnungen in den eigenen Reihen auf eine friedliche Ent-

<sup>10</sup> Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? (1784). Wieder abgedruckt in der in Anm. 4 genannten Sammlung von *Hinske*, Zitat: 462.

<sup>11</sup> Vgl. *Werner Conze*, Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland. Das Beispiel Schulze-Delitzsch (Sitz-ber. d. Heidelberger Ak.d.Wiss., phil.-hist. Kl., Jg. 1965, 2. Abh., Heidelberg 1965).

<sup>12</sup> Dazu u. a.: *Eckart Pankoke*, Soziale Bewegung – Soziale Frage – Soziale Politik. Grundfragen der deutschen ‚Socialwissenschaft‘ im 19. Jahrhundert (Industrielle Welt 12, Stuttgart 1970).

wicklung. Es war eine Agitation für stärkeres Klassenbewußtsein und gegen ein allgemeines Bildungsbewußtsein „bürgerlicher“ Prägung.

So wiederholte sich in der Arbeiterbewegung die Ambivalenz des Bildungsprozesses, die die aufstrebenden bürgerlichen Schichten im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert erfahren hatten. In dem Maße, wie nun die Bildung bei den Arbeitern wachsende Selbstsicherheit und kritisches Bewußtsein gegenüber den bestehenden Verhältnissen entstehen ließ und individuelle wie gruppenspezifische intellektuelle Emanzipationserfahrungen vermittelte, weckte sie auch Interesse und Verständnis für die bürgerliche Lebenskultur und für ästhetische Lebensgestaltung. Damit entstand eine kulturelle Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse, die von ihren sozialistischen Führern mit Mißtrauen beobachtet und als Verführung zum Klassenverrat verurteilt wurde. Aber auch sie konnten nicht umhin, die eng mit der kritisierten bürgerlichen Bildung verknüpfte wissenschaftliche Bildung als Voraussetzung der Teilhabe am intellektuellen Diskurs der Zeit anzuerkennen und sich auf sie einzulassen. Sie taten es zum Teil mit der ideologischen Rückversicherung, sie anders als die Bourgeoisie nutzen zu wollen, zum Teil aber auch mit emanzipatorischem Enthusiasmus. Dann konnten sie an den Bildungsbegriff der Aufklärung und des Neuhumanismus anknüpfen und das Proletariat zum Vollzieher und wahren Vollender des Prozesses der Menschheitsbildung erklären – eines Prozesses, der sein Ziel erst in der künftigen sozialistischen Gesellschaft erreichen könne und werde.

So gab es im Hinblick auf die Bildung sowohl praktische Gemeinsamkeiten als auch scharfen theoretischen Dissens zwischen bürgerlichen Liberalen und der Arbeiterbewegung. Das zeigte sich u. a. bei der Gründung von links-bürgerlichen und sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereinen, die unter dem Druck der Vereinsgesetze ihren unpolitischen Charakter betonen mußten und die praktischen Bildungsbestrebungen ganz in den Vordergrund rückten. In den frühen 1860er Jahren glaubte Karl Biedermann in Leipzig dasselbe „rege Bildungsstreben“ bei den Mitgliedern der Arbeitervereine der Schulze-Delitzschen Richtung wie bei denen des radikaleren Roßmäßlerschen Vereins, der mit Ferdinand Lassalle in Verbindung stand, erkennen zu können<sup>13</sup>. Von ähnlichen Beobachtungen ist zu oft berichtet worden, als daß die Bildungsbemühungen der Arbeiter allein unter dem Aspekt der Wissensaneignung zum Zwecke des Klassenkampfes gesehen werden dürften. Was Lorenz Stein 1850 – mit außerordentlicher analytischer Klarheit und weiter geschichtsphilosophischer Perspektive – geschrieben hatte, wäre zwar weder auf bürgerlicher noch gar auf sozialistischer Seite in seiner Argumentation akzeptiert worden; dem Ergebnis aber hätten sie praktisch weitgehend zugestimmt:

„Die Entwicklung der Bildung ist ... der notwendige und ... selbständige, über der Gesellschaft stehende Beginn der Entwicklung der Freiheit. Wo in einem Volk die niedere Klasse überhaupt nach Bildung strebt, da ist das erste Element der Bewegung der Freiheit vorhanden; wo sich dieses Streben nach Bildung kund tut, da beginnt auf ihrer ersten Stufe der Kampf der abhängigen gesellschaftlichen Klasse mit der herrschenden ...; und endlich; wo von seiten des Staates oder der Gesellschaft selber etwas für die Bildung des Volkes getan wird, da kann man mit fester Zuversicht behaupten, daß Staat und Gesellschaft, mögen sie sonst frei sein oder nicht,

<sup>13</sup> Karl Biedermann, *Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte*, Bd. 1 (Breslau 1886) 210–214.

am Ende dennoch die Freiheit wollen. Die Sorge für die Bildung ist darum das ewige Kennzeichen frei geborener Völker. – Die gegebene Bildung nun, als Entwicklung der Gleichheit geistiger Güter, führt notwendig zu einem neuen, rein geistigen Prinzip der Gesellschaft. Da in den geistigen Gütern die reinste Form der freien Persönlichkeit gegeben ist, so ist die Entwicklung derselben bei dem einzelnen die Entwicklung der Gleichheit der Persönlichkeit selber. Diese Gleichheit ist im Anfange aller Bildung stets nur Tatsache. Die zum bewußten System erhobene Bildung oder die Wissenschaft macht auch aus dieser Tatsache ein Prinzip; denn in der Tat ist die wirkliche Volksbildung nicht möglich, wenn nicht die Bildungsfähigkeit des einzelnen gesetzt ist. Dieses Prinzip der gleichen Bildungsfähigkeit ist das der Gleichheit der Menschen. Jede Bildung des Volkes langt daher unabänderlich bei einem Punkte an, wo sie, auf die Bildungsfähigkeit und mit ihr auf den Begriff der Persönlichkeit zurückscheinend, die begriffliche Gleichheit der Menschen als Prinzip der Bewegung der niederen Klassen ausspricht. Dies viel verklagte, viel gepriesene Prinzip der Gleichheit der Menschen ist daher in der Tat nichts als eine naturgemäße Entwicklungsstufe in der mit der gesellschaftlichen Ordnung ringenden Bildung des Volkes ...“<sup>14</sup>

Im Prozeß der durchgreifenden Industrialisierung, die sich in Deutschland im relativ widerständigen politischen Gefüge des „konstitutionellen“ Systems vollzog, ist freilich die von Stein bezeichnete Tendenz des sozialen Ausgleichs durch Bildung zunächst überlagert geblieben von den sich vertiefenden Klassengegensätzen, von der ideologischen Dichotomie zwischen „bürgerlicher“ und „proletarischer“ Kultur und von der im Schul- und Berufssystem institutionalisierten Differenz zwischen Gebildeten und Nicht-Gebildeten. Ein Basistrend zunehmender Gleichheit läßt sich gleichwohl nicht verkennen, zu dessen wichtigsten Medien die Bildung gehörte, und zwar in der Vermittlung sowohl durch die obligatorische Schule und die Berufsausbildung als auch durch unterhaltende und politische Publizistik, schöne und wissenschaftliche Literatur.

#### IV

Das in der ihrer Bedeutung bewußt werdenden und politisch organisierten Arbeiterschaft wirksame Bestreben eigenständiger Aneignung tradierter Bildung kann an der Schiller-Verehrung in der Sozialdemokratie verdeutlicht werden<sup>15</sup>.

In seiner außerordentlich populär gewordenen Verteidigungsrede vor dem Gericht hatte Ferdinand Lassalle 1849 Friedrich Schiller zitiert: „Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht ...“<sup>16</sup>. Seine eigene Sickingen-Tragödie, die ganz in der Tradition der Schillerschen Geschichtsdramen stand, erschien im Schiller-Jahr 1859. Waren die Veran-

<sup>14</sup> Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage. Neuauflage hrsg. von *Gottfried Salomon*, (München 1921) Bd. 1: Der Begriff der Gesellschaft ..., S. 86 f. – S. a.: *Lorenz von Stein*, Die Verwaltungslehre, V. Teil, 2. Hauptgebiet: Das Bildungswesen, 1. Teil: Das Elementar- und Berufsbildungswesen ..., VI. Teil, 2. Hauptgebiet: Das Bildungswesen, 2. Teil: Die allgemeine Bildung und die Presse (Stuttgart 1868).

<sup>15</sup> Dazu: *Wolfgang Hagen*, Die Schillerverehrung in der Sozialdemokratie. Zur ideologischen Formation proletarischer Kulturpolitik vor 1914 (Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaften 9, Stuttgart 1977).

<sup>16</sup> *Ferdinand Lassalle*, Reden und Schriften, hrsg. von *Eduard Bernstein*, Bd. 1 (Berlin 1892) 289. – Auch in seiner Verteidigungsrede von 1864 zitierte er Schiller. (Der Hochverraths-Prozeß wi-

staltungen dieses Jahres noch ganz überwiegend von der sich neu regenden nationalen Bewegung und vom bürgerlichen Liberalismus geprägt, der den Dichter für sich reklamierte, so meldete sich fünfzig Jahre später die Arbeiterbewegung zu Wort, um ihren Schiller zu feiern. Ein Artikel der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ vom 9. Mai 1905 endete mit einem Vers, der Goethes bekanntes Wort „Denn er war unser! Mag das stolze Wort / Den lauten Schmerz gewaltig übertönen ...“, aufnahm und abwandelte:

„Denn er war unser! Nein, ein größer Wort, / Ein heiliges,  
soll uns vom Munde gehen, / Das reißt die Kühlen und die  
Kleinen fort, / Das soll im Kampf wie Scharlachfahnen we-  
hen, / Machtvoll erbrausen halt's die deutsche Erde, / Steht  
auf und ringt, daß Schiller Euer werde.“

Nicht die Bürger, die Schiller mit zahllosen Festreden feierten, seien „seines Geistes“; „Schillers Erben sind allein wir“. Zwar dürfe man ihn nicht zu einem Sozialdemokraten machen wollen, denn – wie der marxistische Geschichtsmaterialist wisse – sei auch ein großer Dichter der Sohn seiner Zeit und Umstände. Was an Schiller jedoch unsterblich sei, sein Idealismus, sein Heroismus und seine Geisteshoheit, lebe einzig und allein im klassenbewußten Proletariat fort. Gewiß zeichne Schillers „Adel“ und „majestätische Hoheit der Gesinnung“ nicht jeden Proletarier, wohl aber den „proletarischen Klassenkampf“ aus<sup>17</sup>.

Solche Äußerungen – sie standen nicht allein! – zeigen an, wie stark und wie lange das Lassalle'sche Ziel, daß die Sozialdemokratie zur „nationalen Kulturbewegung“ des „Arbeiterstandes“ werde, in der deutschen Arbeiterbewegung fortlebte. Seine These von der legitimen Inanspruchnahme der großen abendländischen und insbesondere der deutschen klassisch-idealistischen Bildungstradition durch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wirkte mächtiger als die marxistische Instrumentalisierung der Bildung zur „kommunistischen“ Aneignungs- und Produktionsweise „geistiger Produkte“ und zum politischen Kampfmittel. Doch ist 1905 auch schon kritisch nach den Gründen der Schiller-Verehrung in der Arbeiterschaft gefragt und in der Festnummer des „Vorwärts“ die Antwort gegeben worden, die sozialdemokratische Agitation sei in ihren Anfängen eine „Schule des Idealismus“ gewesen; als die Masse begonnen habe, sich für „höhere Dinge“ zu interessieren, sei es der Idealist Schiller gewesen, der auf sie Eindruck gemacht habe, und diese Erinnerung wirke fort<sup>18</sup>. Karl Kautsky unterschied zwischen dem „politischen Denken“ der Arbeiterklasse, für das Schiller nur wenig bedeute, und der „Bildung des politischen Charakters“ in der Arbeiterklasse, für die Schillers Einfluß „unschätzbar“ sei. Mit seinem „revolutionären Temperament“ bleibe er der Dichter aller revolutionär aufstrebenden Klassen<sup>19</sup>. Dieser Fest-

der Ferdinand Lassalle vor dem Staats-Gerichts-Hofe zu Berlin am 12. März 1864. Berlin 1864) – Allgemein: *Sblomo Na'aman*, Lassalle (Hannover 1970).

<sup>17</sup> Der Artikel ist abgedruckt im „Dokumentarischen Anhang“ des Buches von *Hagen*, a. a. O. 199 f.

<sup>18</sup> Den hier angezogenen Artikel schrieb *H. Molkenbubr*; er ist abgedruckt bei *Hagen*, a. a. O. 219 ff.

<sup>19</sup> *Kautskys* Artikel „Die Rebellion in Schillers Dramen“ erschien zuerst in der „Neuen Zeit“, 23. Jg., 2. Bd. 1904/05; abgedruckt bei *Hagen*, a. a. O. 222–234, Zitat: 233 f.

stellung entspricht die Tatsache, daß Schillers „positive“ idealistische Dramen auch in der Arbeiterschaft lange populärer waren als die naturalistischen Dramen Gerhart Hauptmanns.

Kritischer, im Ergebnis jedoch kaum anders, argumentierte Franz Mehring in der Leipziger Volkszeitung vom 8. Mai 1905, wo er die Arbeiterklasse aufforderte, das geistige Erbe Schillers kritisch anzutreten und zu unterscheiden zwischen dem, was davon noch lebendig und was abgelebt sei. Damit tue sie ihm höhere Ehre an als die Bourgeoisie, die ihn national heroisiere und dabei das Wichtigste, seine Freiheitsidee, verdränge. Ganz bildungsbürgerlich klingt der Schluß seines Artikels: „Freilich, um Schiller und Schillers Lebenswerk historisch zu begreifen, dazu bedarf es ernstes Lernens und Nachdenkens. Aber das ist eine genußreiche Arbeit, der moderne Proletarier ihre Mußstunden nicht fruchtlos opfern werden. Denn wenn sie, um über die Bourgeoisie zu siegen, ihr auch geistig überlegen sein müssen, so gibt es für sie kein Bildungsmittel, das sie so reich und schnell fördern kann, wie unsere klassische Literatur. – Für die Bourgeoisie wird das Gedächtnis Schillers nach dem eitlen Klingklang einiger Wochen wieder verrauscht sein, für die Arbeiterklasse aber wird es – so hoffen und wünschen wir – dauern, im Geiste des klassischen Wortes: „Was du ererbst von deinen Vätern hast, / erwirb es, um es zu besitzen.“<sup>20</sup> Auf Gefahren eines solchen Bildungsverständnisses für eine revolutionäre proletarische Bewegung hat damals Rosa Luxemburg hingewiesen. Das Feiern Schillers als eines revolutionären Dichters bedeute einen Rückfall hinter das im Marxismus erreichte Revolutionsverständnis; denn ein „revolutionärer Idealismus“, „losgelöst von der Grundlage der materialistischen Weltanschauung“, bleibe zwiespältig. Um Schiller als Philosophen zu verstehen, müsse man zunächst Marx verstanden haben<sup>21</sup>. Aber das war weder das letzte Wort zur Schiller-Verehrung der sozialistischen Arbeiterbewegung noch eine gültig bleibende Formulierung ihres Bildungsbegriffs.

Daß die Frage der Bildung für eine Bewegung von zentraler Bedeutung sein mußte, die von sich behauptete, auf dem Boden einer wissenschaftlich begründeten Theorie zu agieren, jedoch nicht in der Lage oder nicht willens war, das bestehende politische und soziale System revolutionär umzustößen, sondern – zumindest vorübergehend – sich mit ihm arrangierte, konnte von der sozialdemokratischen Parteiführung nicht übersehen werden. Dennoch hat sie erst auf dem Mannheimer Parteitag im Jahre 1906 versucht, mit den Leitsätzen zum Thema „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ eine eigene Bildungs- und Erziehungskonzeption zu formulieren<sup>22</sup>; im gleichen Jahr nahm ein „Zentralbildungsausschuß“ seine Arbeit auf. Auf lokaler Ebene entstanden in schnell wachsender Anzahl entsprechende Ausschüsse, die allerdings nur zu einem Teil mit der Zentrale Verbindung hielten. Offensichtlich war gerade auch auf lokaler Ebene ein Defizit an spezifisch sozialdemokratischer, parteipolitisch orientierter Bil-

<sup>20</sup> „Schiller und die Arbeiter“, abgedruckt bei *Hagen*, a. a. O. 236–239.

<sup>21</sup> In einer Rezension Mehrings; „Die neue Zeit“, 23. Jg. 1904/05; auszugsweise abgedruckt bei *Hagen*, a. a. O. 234 ff.

<sup>22</sup> Die „Leitsätze“ waren von *Clara Zetkin* und *Heinrich Schulz* formuliert. (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906 (Berlin 1906) 134–137.

„dung bewußt geworden, wozu u. a. die russische Revolution von 1905 beigetragen haben dürfte, deren Ausbruch und Verlauf so wenig der marxistischen Geschichtsprgnose entsprach. Vor allem aber war die Führung durch die Beobachtung ideologischer Unsicherheit selbst bei alten Parteimitgliedern alarmiert. „Eine so vollständige Verwirrung über die Grundanschauungen hat es in der Partei nie gegeben, wie jetzt“, stellte August Bebel 1905 auf dem Jenaer Parteitag fest, und er leitete daraus die Notwendigkeit her, „daß es unsere Aufgabe ist, von nun an viel energischer als bisher an der Schulung und der politischen Aufklärung der Genossen zu arbeiten“<sup>23</sup>.

Zu den wissenschaftlichen Wanderkursen, die der Zentralbildungsausschuß einrichtete, gehörten nicht nur solche, die sich mit den Grundlagen und der Geschichte des Sozialismus, mit den Grundbegriffen und der Entwicklung der Volkswirtschaft, mit Erziehungsfragen und mit den Naturwissenschaften beschäftigten, sondern auch andere über die deutsche Dichtung seit der Klassik und die wichtigsten Stile der bildenden Kunst. Der Ausschuß gab Einführungen in Dramen von Shakespeare und Lessing bis zu Ibsen und Hauptmann und in deutsche Opern („Fidelio“, „Freischütz“, „Tannhäuser“) heraus, ferner Empfehlung für Jugendbücher und Kataloge für den Aufbau von Arbeiterbibliotheken<sup>24</sup>. Als 1908 konstatiert wurde, die Arbeiter hätten ihre „Bildungsangelegenheiten“ nun erfolgreich in die eigene Hand genommen, stand bezeichnenderweise daneben die Warnung vor zu großem Bildungseifer. „Die Bildungsbewegung darf heute nicht als Selbstzweck betrachtet werden, der sie als gleichberechtigte Institution neben Partei und Gewerkschaft stellt, sondern die Weiterbildung soll sich dem großen Zweck der modernen Arbeiterbewegung unterordnen, sie soll ihr dienen.“<sup>25</sup> Dieses Argument ist oft wiederholt und vor allem vom linken Flügel der Sozialdemokratie den „Revisionisten“ vorgehalten worden. „Die Bildungsarbeit ist kein Luxusbeginnen, sondern sie ist mit die wichtigste Aufgabe für den proletarischen Aufstieg... Unsere Bildungsveranstaltungen sind die Werkstätten, in denen unser Sieg geschmiedet werden soll.“<sup>26</sup>

Nun läßt sich in einer modernen und pluralen Gesellschaft Bildung nicht ausschließlich politisch funktionalisieren. Sie bedeutet intellektuelles Training, fördert Dialogfähigkeit und führt ebenso zur Ausweitung wie zur Differenzierung des Wissens- und Bewußtseinshorizontes. Sie stellt neue Kenntnisanforderungen und transzendiert prinzipiell ideologische Programme; sie entwickelt eine eigene Dynamik, die immer aufs neue soziale Unterschiede schafft und in Frage stellt. Dieser Entwicklung kann sich keine Klasse oder Partei, keine ideologische Gruppe oder Subkultur entziehen.

So ist denn trotz wachsenden kulturellen Selbstbewußtseins der Arbeiterschaft, trotz der Entfaltung ihres Vereinslebens und ihrer klassenorientierten Bildungsbemü-

<sup>23</sup> Zitiert nach *Dieter Fricke*, Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890–1914). Dokumente und Materialien (Leipzig 1962) 184.

<sup>24</sup> Ebd., 187–193.

<sup>25</sup> 2. Jahresbericht des Bildungsausschusses 1907/08. Protokoll des Parteitags in Essen 1907. Berlin 1907, S. 87 f.

<sup>26</sup> So *Wilhelm Pieck* auf dem sozialdemokratischen Bezirksparteitag Schleswig-Holstein (August 1914) zit. nach *Fricke*, a. a. O. 193.

hungen das Übergewicht der nicht-proletarischen, der „bürgerlichen“ Bildung bestanden geblieben. Sie fand sich bestätigt durch das Bestreben der Mehrheit der Arbeiter, die durch Schule und berufliche wie außerberufliche Weiterbildung sich öffnenden sozialen Chancen für sich und ihre Kinder wahrzunehmen, und durch die Bereitschaft, sich – wenn auch mit theoretischem Vorbehalt – auf die Praxis des kapitalistischen Wirtschaftssystems, des Verwaltungsstaates und des liberal-demokratischen Parlamentarismus einzulassen.

## V

Der Versuch, Funktion und Bedeutung der Bildung sowohl für die Erhaltung „bürgerlicher Hegemonie“ als auch für „proletarische Emanzipation“ im 19. und 20. Jahrhundert allgemein zu bestimmen, muß von der Tatsache ausgehen, daß in der industriellen, arbeitsteiligen, wissenschaftlich und technisch bestimmten Welt alle Menschen mehreren „Bildungswelten“ zugleich angehören, die sich zum Teil überschneiden, zum Teil widersprechen – ein Sachverhalt, der die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen in der konkreten Lebenswelt besonders eindrücklich demonstriert. So stand der politisch aufmerksame, organisierte Industriearbeiter des späten 19. Jahrhunderts mindestens in fünf Bildungswelten. Die erste wurde durch Familie und Herkunft bestimmt, wobei in vielen Fällen agrarisch-bäuerliche Traditionen lange wirksam blieben. Die zweite war, zwar mit insgesamt nachlassender Stärke durch Familie und Schule abgestützt, von der Kirche und von religiösen Traditionen geprägt und umschloß einen noch in säkularisierter Form bedeutsamen Komplex von Moralanweisungen, Verhaltensregeln, Begriffen, Gleichnissen und Bildern. Die dritte Bildungswelt war durch das öffentliche und obligatorische Schulwesen, in vielen Fällen auch durch obligatorischen Militärdienst, die vierte durch Beruf und Arbeit konstituiert, die fünfte durch parteipolitische und gewerkschaftliche Indoktrination.

In welcher Weise sich diese unterschiedlichen Bildungswelten ineinander verschichteten, welche von ihnen in welchen Lebensabschnitten dominierte, welche wie lange unvermittelt nebeneinander stehen blieben, hing von individuellen und kollektiven Erfahrungen und Wahrnehmungsfähigkeiten ab. Alle Versuche der vollständigen Integration, der harmonischen oder hierarchischen Abstimmung der verschiedenen Bildungswelten sind in der modernen Welt gescheitert: derjenige der Aufklärung ebenso wie der des Idealismus, des Positivismus oder des „wissenschaftlichen“ Sozialismus. Unbestreitbar aber ist der Erfolg, mit dem bürgerliche Welt- und Lebensanschauungen, Mentalitäten und Verhaltensweisen seit dem 18. Jahrhundert in einem freiwilligen oder aufgenötigten, als Emanzipation oder als Druck erfahrenen individuellen und gesellschaftlichen Lernprozeß vermittelt worden sind.

## Kommentar

*Jiří Kořalka*

# Arbeiteremanzipation und Bildung in einer aufsteigenden Nationalgesellschaft: das Beispiel Böhmens

Eine notwendige Voraussetzung dafür, daß wir heute vom gegenseitigen Verhältnis zwischen Bürgern und Arbeitern, zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der Arbeiterbewegung auch außerhalb der wirtschaftlichen Sphäre, auf der Grundlage des fortlaufenden Klassenbildungsprozesses<sup>1</sup> sprechen können, wurde – um die klassische Formulierung Gustav Mayers<sup>2</sup> zu wiederholen – durch die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie geschaffen. In diesem Sinne verstehe ich unter *Arbeiteremanzipation* im wesentlichen das soziopolitische, ideologische und kulturelle Bewußtwerden der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung im Sinne eigenständiger, gegenüber anderen soziopolitischen Strömungen, Bewegungen und Parteien selbständig auftretender gesellschaftlicher Kräfte.

Die Arbeiteremanzipation vollzog sich als ein wichtiger Bestandteil des politischen und kulturellen Geschehens in verschiedenen europäischen Staaten und Gesellschaften, die sich im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts immer stärker zu *Nationalgesellschaften* umwandelten. Am Beispiel Deutschlands wurde überzeugend dargestellt, wie weitgehend die Parallelität der demokratisch-nationalen und der proletarisch-sozialen Emanzipationsbestrebungen im Kampf gegen das überlieferte Staats- und Gesellschaftssystem war<sup>3</sup>. Die soziopolitische und kulturelle Emanzipation tschechischer und deutscher Arbeiter in Böhmen verlief jahrzehntelang parallel mit dem vielseitigen Aufstieg der tschechischen bürgerlichen Nationalgesellschaft, wobei dieser Aufstieg durch die Eingliederung der böhmischen Länder in das habsburgische Vielvölkerreich und durch den tschechisch-deutschen Nationalitätenkonflikt im Lande kompliziert wurde. Nicht in der Theorie, sondern im tagtäglichen Leben mußte die sich zum internationalen Sozialismus bekennende tschechische Arbeiterbewegung schwierige Probleme des Mit-, Neben- und Gegeneinanderwirkens der beiden säkularen Emanzipationsprozesse lösen, wollte sie nicht zu einer bedeutungslosen Sekte herabsinken. Das Beispiel Böhmens in der unmittelbaren Nachbarschaft Deutschlands bietet – meiner Meinung nach – breite Vergleichsmöglichkeiten für die Erforschung der wechsel-

<sup>1</sup> Dazu jetzt in erster Linie *Jürgen Kocka*, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875 (Berlin-Bonn 1983).

<sup>2</sup> *Gustav Mayer*, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland (1863–1870), in: Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung 2 (1912) 1–77.

<sup>3</sup> *Werner Conze*, *Dieter Grob*, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung (Industrielle Welt 6, Stuttgart 1966).

vollen Beziehungen zwischen Bürgern, Kleinbürgern und Arbeitern, nicht zuletzt im Hinblick auf die von Rudolf Vierhaus<sup>4</sup> herausgearbeitete Rolle der *Bildung* und die breite Skala der Bildungskonzepte für Arbeiter und von Arbeitern selbst.

Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang auf den für eine internationale Diskussion sehr gewichtigen Umstand hinweisen, daß die deutschen Begriffe *Bürger* und *bürgerlich* (vor allem in der Verbindung *bürgerliche Gesellschaft*) zweideutig sind, so daß sie nur mit einer näheren Erklärung oder Umschreibung in viele andere Sprachen vollinhaltlich übersetzt werden können<sup>5</sup>. Ein Bürger, wie ich diesen deutschen Begriff verstehe, ist nämlich sowohl *bourgeois* im sozioökonomischen und klassenpolitischen Sinne, als auch *citoyen* oder *citizen* (in tschechischer Sprache *občan*) im politisch-rechtlichen Sinne, d. h. Staatsbürger. Bei der fortschreitenden politischen Gleichberechtigung und Demokratisierung wurden auch die Arbeiter stufenweise in die *société des citoyens* einbezogen, aber man könnte kaum behaupten, daß sie auch zum Bestandteil der *société bourgeoise* geworden sind. Diesen begriffsgeschichtlichen Unterschied empfehle ich, in der Diskussion nicht außer Acht zu lassen.

Bei einer näheren Analyse der soziopolitischen und kulturellen Arbeiteremanzipation im 19. Jahrhundert kann man gewöhnlich drei auf der gesellschaftlichen Bühne mit- und gegeneinander auftretende Kräfte beobachten:

1. von außen, hauptsächlich aus konservativen, später auch aus liberalen Kreisen herkommende Sympathiekundgebungen und Hilfsversuche in der sozialen Frage überhaupt und für die Arbeiter im besonderen, unter der mehr oder weniger klar ausgedrückten Voraussetzung, daß die Arbeiter selbst von der politischen Tätigkeit fernbleiben (in Deutschland trat in diesem Sinne neben verschiedenen konservativen Vereinen vor allem Hermann Schulze-Delitzsch hervor);

2. linksliberale und demokratische Bestrebungen, die Arbeiter für eine aktive Beteiligung an allgemein demokratischen, bzw. demokratisch-nationalen Bewegungen und Organisationen zu gewinnen, ihnen sogar eine relative Selbständigkeit am linken Flügel der gemeinsamen Bewegungen oder Organisationen zu ermöglichen, allerdings mit Betonung der Erstrangigkeit von demokratisch-nationalen Zielsetzungen (in Deutschland waren die württembergische und sächsische Volkspartei um 1866 die ausgeprägtesten Beispiele dieser Bestrebungen);

3. von Arbeitern selbst ausgehender und durch sozialistische Theorien bekräftigter Emanzipationskampf, der in die Bildung klassenbewußter, sowohl in wirtschaftlicher als auch politischer und ideologischer Sphäre selbständig auftretender Arbeiterorganisationen einmündete (in Deutschland der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein seit 1863 und die auf dem Eisenacher Kongreß 1869 gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei).

<sup>4</sup> Rudolf Vierhaus, *Bürgerliche Hegemonie oder proletarische Emanzipation: der Beitrag der Bildung* (in diesem Band).

<sup>5</sup> Ähnliche Schwierigkeiten bereitet auch eine Übersetzung des deutschen Begriffs *Volk* (im Begriffspaar mit *Nation*), der gegenüber den meisten europäischen Sprachen einen viel größeren nationalen Inhalt besitzt. Vgl. Jiří Kořalka, *Some Remarks on the Concepts of Nationalism and Internationalism*, in: *Historica* 13 (1966) 210–211; *ders.*, *Co je národ? [Was ist Nation?]* (Praha 1969) 13–17.

Dieses aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland abgeleitete idealtypische Entwicklungsmodell findet eine weitgehende Bestätigung bei der Untersuchung der Entstehungsperiode der zwei bedeutendsten Stützpunkte der Arbeiterbewegung in Böhmen, *Reichenberg* (Liberec) und *Prag* (Praha)<sup>6</sup>. Beide Städte unterscheiden sich voneinander nicht nur durch ihre Bevölkerungszahl und ihre wirtschaftliche und soziale Struktur, sondern auch in nationaler Hinsicht. Das nordböhmisches Industriezentrum Reichenberg war eine deutschsprachige Stadt mit einer tschechischen Minderheit von etwa 8 bis 15%, vorwiegend unter der Arbeiterbevölkerung<sup>7</sup>, während die böhmische Landeshauptstadt Prag eine wirtschaftlich und kulturell einflussreiche deutsche (und deutschjüdische) Minderheit in den oberen Bürger- und Beamten-schichten besaß, die Arbeiterschaft dabei aber fast hundertprozentig tschechisch war<sup>8</sup>. So kam es vor, daß die drei erwähnten Emanzipationsphasen unter den deutschböh-mischen und den tschechischen Arbeitern im 19. Jahrhundert mit ähnlichen sozial- und bildungspolitischen, aber entgegengesetzten nationalpolitischen Bestrebungen verbunden waren. In der um ihre nationale Emanzipation und Gleichberechtigung ringenden tschechischen Gesellschaft war das gegenseitige Verhältnis zwischen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten und der Arbeiterschaft viel näher und enger als bei den Deutschen in Nord- und Westböhmen.

Der im September 1863 gegründete Arbeiterbildungsverein in Reichenberg (auf Drängen der Behörden als Industrieller Bildungsverein umbenannt und nur unter diesem Namen behördlich bewilligt)<sup>9</sup> gehörte zu den vorbildlichsten Organisationen der Schulze-Delitzsch-Richtung im damaligen Kaisertum Österreich. Während der ersten zehn Jahre des Bestandes dieses Reichenberger Vereins wurden 654 Vorträge über Volkswirtschaft, Naturwissenschaften, Technologie der Industrie und des Handwerks, zum kleineren Teil auch aus dem Gebiet der Geographie, Geschichte, Gesundheits-

<sup>6</sup> Zu Reichenberg: *Jiří Kořalka*, *Vznik socialistického dělnického hnutí na Liberecku* [Die Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Reichenberger Gebiet] (Liberec 1956); *ders.*, *Severočeskí socialisté v čele dělnického hnutí českých a rakouských zemí* [Die nordböhmisches Sozialisten an der Spitze der Arbeiterbewegung der böhmischen und österreichischen Länder] (Liberec 1963); *ders.*, *Erste Sozialisten in Nordböhmen im Verhältnis zur Eisenacher Sozialdemokratie und zur tschechischen Nationalbewegung 1868–1870*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 8 (1968) 285–347. – Zu Prag: *Zdeněk Šolle*, *K počátkům dělnického hnutí v Praze* [Zu den Anfängen der Arbeiterbewegung in Prag], in: *Československý časopis historický* 5 (1957) 664–687, 6 (1958) 266–310, 7 (1959) 47–70; *ders.*, *Die tschechische Sozialdemokratie zwischen Nationalismus und Internationalismus*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 9 (1969) 181–266.

<sup>7</sup> Eine tschechische Schätzung von 1868 führt die wahrscheinlich übertriebene Anzahl von etwa 5000 tschechischen Einwohnern Reichenbergs an, während die Volkszählung von 1880 trotz offensichtlichem Druck zur Assimilation immerhin 2488 Personen tschechischer Umgangssprache (bei der Gesamtzahl von 28 090 Einwohnern) feststellt.

<sup>8</sup> *Gary B. Cohen*, *The Politics of Ethnic Survival: Germans in Prague, 1861–1914* (Princeton, New Jersey 1981) 184–185 betont, daß Arbeiter und untere Schichten im allgemeinen eine marginale Erscheinung bei den Deutschen Prags waren.

<sup>9</sup> Das Innenministerium in Wien forderte am 3. Oktober 1864, daß „gerade auf die möglichst energische Beteiligung der Arbeitgeber ein großes Gewicht gelegt werden muß und nur unter dieser Bedingung das Zustandekommen solcher Vereine als zulässig betrachtet werden kann“. *Kořalka*, *Erste Sozialisten*, 301.

lehre, Rechts- und Staatswissenschaften abgehalten<sup>10</sup>. In der Abendschule des Industriellen Bildungsvereins nahmen einige hundert Arbeiter und Handwerker am allgemeinen und fachlichen Unterricht teil. Deutschliberale, aus den Reihen des Industriebürgertums stammende oder mit ihm verknüpfte Funktionäre des Vereins (mit dem einstigen Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung Dr. med. Wilhelm Herzog als Präses an der Spitze) lehnten grundsätzlich jede politische Tätigkeit der Vereinsmitglieder ab und wußten sich diesen Umstand im Vergleich zu den tschechischen Gebieten Böhmens gutzuschreiben<sup>11</sup>.

Eine parallele Richtung war in der werdenden tschechischen Nationalgesellschaft Prags seit 1867 mit dem Namen des Juristen und Volkswirtschaftlers František Ladislav Chleborad verbunden. Ähnlich wie in Reichenberg ging die Initiative von qualifizierten Manufakturarbeitern und besonders von Handwerksgesellen aus<sup>12</sup>, die sich bei mangelnder Erfahrung an gemäßigt liberale Sympathisanten wandten. Nach dem Vorbild der *Pioneers of Rochdale* empfahl Chleborad tschechischen Arbeitern die Gründung möglichst vieler Konsum-, Spar-, Vorschuß- und Produktionsgenossenschaften<sup>13</sup>, die neben materieller und finanzieller Hilfe eine allgemeine Erweiterung der Bildung anstrebten. Unter der Hauptlosung „Bildung, Freiheit, Nationalität“ sollte aus den Arbeiterreihen der Bürgerstand ergänzt werden, der – Chleborad zufolge – „bei allen gebildeten Nationen den Brennpunkt des intelligenten Fortschritts bildet“<sup>14</sup>. In der hochgehenden Woge des tschechisch-nationalen Protestes gegen den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 wurde die Unterstützung der alttschechischen politischen Führung durch die Arbeiter begrüßt, jedoch mit einer den Reichenberger Liberalen sehr ähnlichen Mahnung, daß die Arbeiter selbst sich politisch nicht betätigen sollten, weil sie noch nicht gebildet seien<sup>15</sup>.

<sup>10</sup> Eine tabellarische Übersicht der Vorträge bei *Kořalka, Vznik*, 111.

<sup>11</sup> „Klarer offener Sinn für das allgemeine Beste ist das belebende und herrschende Prinzip und unterscheidet sie hiedurch auffällig von den Bewohnern des inneren Böhmen, welche die materiellen Interessen ihres Landes ganz außer Acht lassen, sich stets mit lähmenden politischen Ideen beschäftigen und den besten Teil ihrer geistigen Kraft in Träumen aufgehen lassen“, berichtete die Deutsche Volkszeitung (Prag), 28. September 1867, über die Mitglieder des Industriellen Bildungsvereins in Reichenberg.

<sup>12</sup> Dazu *Pavla Vrbová*, Ke vzniku a charakteru takzvaných dělnických besed v šedesátých letech 19. století v Praze [Zur Entstehung und zum Charakter der Beseda genannten Arbeitervereine in den 1860er Jahren in Prag], in: *Československý časopis historický* 5 (1957) 108–136; *Jaroslav Purš*, Dělnické hnutí v českých zemích 1849–1867 [Die Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern 1849–1867] (Rozpravy Československé akademie věd, řada společenských věd 71–6, Praha 1961).

<sup>13</sup> Im Arbeiterkalender *Práce* [Die Arbeit] für das Jahr 1871 wurden neben dem Zentralarbeiterverein *Oul* [Der Bienenstock] mit seinen 10 Untervereinen insgesamt 39 weitere Arbeiter- und Gesellenvereine in Prag, 173 in den tschechischen Städten und Gemeinden außerhalb von Prag und 1 Verein in Wien namentlich angeführt. *Cyril Horáček*, Počátky českého hnutí dělnického [Anfänge der tschechischen Arbeiterbewegung] (Rozpravy České akademie věd a umění I–19, Praha 1933) 44–45.

<sup>14</sup> Aus dem Leitartikel der ersten Nummer der Prager Arbeiterzeitschrift *Dělník* vom 1. Dezember 1867. *Horáček*, *Počátky*, 36.

<sup>15</sup> „Wenn wir unserer Nation tatsächlich zur staatlichen Macht verhelfen wollen, tun wir es nicht auf politischem Wege. Wir sind dazu nicht gebildet genug und anders werden wir der Nation

Den größten Unterschied zwischen Reichenberg und Prag stellt man in der zweiten Emanzipationsphase der Arbeiter fest, und zwar in direktem Zusammenhang mit der unterschiedlichen nationalpolitischen Entwicklung. Aus den 1860er Jahren ist kein so deutliches Beispiel der demokratisch-nationalen Solidaritätsaktion der deutschböhmisches Arbeiter bekannt, wie es bei der Reichenberger Arbeiterdemonstration am 1. November 1848 zugunsten einer bewaffneten Hilfe für das revolutionäre Wien der Fall war<sup>16</sup>. Nur bedingt kann die aktive Teilnahme der Arbeiter Reichenbergs und der Umgebung an den organisatorischen Anfängen der in Eisenach im August 1869 gegründeten sozialdemokratischen Partei im großdeutschen demokratisch-nationalen Sinne interpretiert werden, obwohl sie der veränderten staatspolitischen Lage nach 1866 nicht genug Rechnung trug<sup>17</sup>; ausschlaggebend war die langjährige wirtschaftliche und in vielen Fällen auch persönliche Verbindung der Reichenberger Arbeiterführer mit Sachsen. Im Gegenteil, als das deutschliberale Bürgerministerium in Wien in der zweiten Jahreshälfte von 1869 nicht nur die tschechische demokratische Nationalbewegung, sondern auch alle sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen in Österreich gewaltsam zu unterdrücken versuchte, kam es im Frühjahr und Sommer 1870 zu einer Reihe gemeinsamer politischer Aktionen der deutschsprachigen Sozialdemokraten Reichenbergs mit den tschechischen demokratisch-nationalen Kreisen in Nordböhmen und in Prag<sup>18</sup>. Demokratische Einzelgänger unter den deutsch-österreichischen Liberalen (Dr. med. Franz Roser, Dr. med. Ferdinand Kronawetter) versuchten noch zwischen dem bürgerlich-liberalen und dem sozialistisch-klassenkämpferischen Bildungskonzept zu vermitteln, aber unter den Reichenberger Arbeitern ohne jeden Erfolg.

Es war keine tschechische Besonderheit, daß die Anfänge der politischen und organisatorischen Emanzipation der Arbeiter Prags in den 1860er Jahren mit einer Tätigkeit aktiver Gruppen von Manufakturarbeitern und Handwerksgesellen im Rahmen des demokratischen Flügels der tschechischen Nationalbewegung verbunden waren. Das demokratisch-nationale und das soziale Bewußtwerden fortgeschrittenster Arbeitergruppen standen sich auch in anderen Ländern Mitteleuropas keinesfalls schroff gegenüber, sondern beide Komponenten waren im Gegenteil eng verbunden, ergänzten und bedingten einander manchmal<sup>19</sup>. Als der Buchdruckerhilfe Jan Bavorský, die anerkannte Führungspersönlichkeit der Prager Arbeiter 1868–1870, gegenüber den Wiener Sozialdemokraten erklärte, daß „bis zur Lösung der böhmischen Frage“ sich die tschechischen Arbeiter Prags getrennt von den übrigen österreichischen Arbeitern

mehr helfen“, erklärte Chleborad im Mai 1868 im Zusammenhang mit der Grundsteinlegung zum tschechischen Nationaltheater in Prag. *Horáček*, Počátky, 42.

<sup>16</sup> *Josef Belda*, Liberec v revolučním roce 1848 [Reichenberg im Revolutionsjahr 1848] (Liberec 1959) 190–192.

<sup>17</sup> „Mit den österreichischen Arbeitern stehen wir nicht im internationalen, sondern gewissermaßen im nationalen Verhältnis, wir können uns nicht organisieren ohne sie“, behauptete Wilhelm Liebknecht in Wien am 25. Juli 1869. Demokratisches Wochenblatt (Leipzig), 7. August 1869.

<sup>18</sup> Dazu ausführlich *Kořalka*, Erste Sozialisten, 326–347.

<sup>19</sup> *Jiří Kořalka*, Zur internationalen Rolle der Entstehung der tschechischen Arbeiterbewegung im alten Österreich, in: Österreichische Osthefte 7 (1965) 275–285.

organisieren müßten<sup>20</sup>, steckte in seiner Formulierung eigentlich dieselbe Vorstellung wie bei Wilhelm Liebknecht, der noch im Oktober 1867 seine Tätigkeit in der Deutschen Volkspartei mit den Worten rechtfertigte, erst nach der Lösung der nationalen Frage könne „von einer Lösung der sozialen Frage die Rede sein“<sup>21</sup>. In ähnlichem Sinne deduzierte Friedrich Engels mehrere Jahre später, daß es für ein großes Volk geschichtlich unmöglich sei, irgendwelche inneren Fragen auch nur ernsthaft zu diskutieren, „solange die nationale Unabhängigkeit fehlt“<sup>22</sup>.

Innerhalb der werdenden tschechischen Nationalgesellschaft<sup>23</sup> der 1860er bis 1880er Jahre lief die politisch-ideologische Trennungslinie nicht zwischen den Bürgern und Arbeitern, sondern zwischen dem konservativen Liberalismus der bürgerlichen Honoratiorenschichten einerseits und den demokratisch-nationalen Strömungen unter dem Kleinbürgertum und den mit kleinbürgerlichen Verhältnissen vielfach verbundenen Arbeitern, Mittel- und Kleinbauern andererseits. Das hochentwickelte österreichische Volks- und Bürgerschulsystem war in seinen Konsequenzen einer gesellschaftlichen und politischen Emanzipation der früher unprivilegierten Schichten sehr behilflich, aber man kann sicher nicht allein diesem Schulsystem den Umstand zugute halten, daß bei der ersten statistischen Ermittlung über den Bildungsgrad der Bevölkerung in Verbindung mit der Umgangssprache in der österreichischen Volkszählung von 1900 gerade die Tschechen den höchsten Prozentsatz der Lese- und Schreibkundigen unter allen Nationalitäten der nördstungarischen Reichshälfte aufwiesen<sup>24</sup>. Es war überraschend, daß dieser Bildungsvorsprung der tschechischen Bevölkerung sogar in der höchsten Altersklasse, bei den vor 1850 geborenen, also über 51 Jahre alten Personen, bestand. Eine Erklärung dieser Tatsache, daß die Analphabetenquote bei den Tschechen niedriger als bei den österreichischen Deutschen und allen anderen Nationalitäten der Monarchie war, darf man wahrscheinlich in der ausgesprochen bildungsfreundlichen Einstellung der tschechischen nationalen Emanzipationsbewegung seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und eigentlich schon in der böhmischen Reformationstradition des 15. und 16. Jahrhunderts suchen<sup>25</sup>. Den Gedanken, „daß nur Bildung und Wissenschaften imstande sind, uns jenen Rang wieder-

<sup>20</sup> Šolle, K počátkům, in: Československý časopis historický 5 (1957) 680.

<sup>21</sup> Karl-Heinz Leidigkeit, Wilhelm Liebknecht und August Bebel in der deutschen Arbeiterbewegung 1862–1869 (Berlin 1957) 118; Conze, Grob, Die Arbeiterbewegung, 72.

<sup>22</sup> Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 35 (Berlin 1967) 269. Engels an Karl Kautsky, 7. Februar 1882.

<sup>23</sup> Im internationalen Vergleich verfügen die Tschechen in Europa vor 1918 über die soziopolitisch entwickeltste nationale Struktur, die ihren späteren Staat „in einer staatsoppositionellen Nationalgesellschaft vorgeformt“ hatte. Theodor Schieder, Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat (Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 20, Köln-Opladen 1961) 8.

<sup>24</sup> Jiří Kořalka, R. J. Crampton, Die Tschechen, in: Die Habsburgermonarchie III/1: Die Völker des Reiches, hrsg. von Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch (Wien 1980) 511, Tabellen 58 und 59.

<sup>25</sup> Klaus Dieter Reichardt, Christentum und nationale „Erweckung“. Bemerkungen zur Beziehung zwischen Christentumsgeschichte und politischer Geschichte im Habsburgerstaat während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für die Geschichte des Protestantismus in Österreich 95 (1979) 96–125.

zuerringen, den wir einst unter den Völkern Europas eingenommen hatten“<sup>26</sup>, findet man in unzähligen Variationen wiederholt. Es war jedoch ein Verdienst der mit dem Kleinbürgertum verknüpften demokratisch-nationalen Strömung in der aufsteigenden tschechischen Gesellschaft, daß sie – oft in Auseinandersetzung mit den alten Honoratiorenschichten – den Bildungsbegriff von einer vorwiegend passiven Wissensaufnahme ins Aktive umkehrte, wesentlich breiter (allerdings auch oberflächlicher) auffaßte und die Einbeziehung aller Bevölkerungsschichten, einschließlich derjenigen von Bauern und Arbeitern, in die gesellschaftliche und kulturelle Tätigkeit anstrebte, besonders durch ein verzweigtes Vereinswesen in allen tschechischen Städten und Gemeinden<sup>27</sup>.

Die große Durchschlagskraft der demokratisch-nationalen Strömung in der tschechischen Gesellschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (im Gegensatz zu der fast erfolglosen tschechischen Reichsrats- und Landtagspolitik) war auch sozial bedingt. Mit Ausnahme einer kleinen Handvoll Wissenschaftler und Künstler, die in der einen oder anderen Weise von der Unterstützung des böhmischen Adels abhängig waren, fehlte es den Tschechen bis in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts an sozial gut situiertem Bildungsbürgertum. Die meisten in Böhmen tätigen Verwaltungs- und Gerichtsjuristen, höheren Staatsbeamten, Universitäts- und zum Teil auch Gymnasialprofessoren, die „verstaatlichte Intelligenz“, wie sie Hans-Ulrich Wehler nennt<sup>28</sup>, waren entweder österreichisch (mit deutscher Kultur- und Umgangssprache) oder deutsch gesinnt. Demgegenüber wirkten am demokratischen Flügel der tschechischen Nationalbewegung mehrere Schriftsteller und Journalisten, deren Lebensstandard sich in bescheidensten kleinbürgerlichen Schranken hielt, neben ihnen Sekretäre und andere Angestellte tschechischer Bezirks- und Stadtvertretungen, Ingenieure und Beamte in Privatunternehmungen und Gutsverwaltungen, in steigendem Maße auch jüngere Mittel- und Volksschullehrer. Es ist fast erstaunlich, wie engagiert tschechische und deutsche Lehrervereine in Böhmen trotz allen Disziplinarvorschriften gegeneinander im Nationalitätenkampf auftreten konnten<sup>29</sup>. Eine besondere Rolle fiel tschechischen Studenten an der Prager Universität und der Technischen Hochschule zu, die während der Schulferien an ihren Heimatorten als rührige demokratisch-nationale Agitatoren auftraten und auch von Prag aus Leihbibliotheken, Vorträge, Theatervorstellungen und Konzerte auf dem Lande organisierten. Es fällt mir keine treffendere

<sup>26</sup> *František Palacký*, Spisy drobné 1: Spisy a řeči z oboru politiky [Kleine Schriften 1: Schriften und Reden aus dem Gebiet der Politik], hrsg. von *Bobuř Rieger* (Praha 1898) 294; deutsche Fassung in: *Politik* (Prag), 30. Juni 1868.

<sup>27</sup> *Eugen Lemberg*, Nationalismus 1: Psychologie und Geschichte (rowohlts deutsche enzyklopädie 197/198, Reinbek bei Hamburg 1964) 138 bezeichnete die Vereine bei den Tschechen und Deutschböhmen als „eine hervorragende Schule der Selbstverwaltung“; andererseits standen sie einer natürlicheren politischen Betätigung der Staatsbürger im demokratischen Staat im Wege.

<sup>28</sup> *Hans-Ulrich Wehler*, Bürger, Arbeiter und das Problem der Klassenbildung 1800–1870. Deutschland im internationalen Vergleich (in diesem Band).

<sup>29</sup> *Ivan Otcovský*, Soupis učitelkých a školských spolků v Čechách do roku 1900 [Verzeichnis der Lehrer- und Schulvereine in Böhmen bis zum Jahre 1900] (Praha 1977).

und exaktere Bezeichnung dieser sozialen Gruppe<sup>30</sup> als das *Bildungskleinbürgertum* ein; dieser Begriff kann sowohl der sozialen Herkunft der meisten Bildungskleinbürger<sup>31</sup> als auch deren sozialem Status Rechnung tragen.

Gegen den konservativ-liberalen Einfluß Chleborads, der den Arbeitern Prags nur eine wirtschaftliche Selbsthilfe empfahl und sie aus dem politischen Leben verwies, kämpften die in neugegründeten Fach- und Gewerkschaftsvereinen<sup>32</sup> organisierten Handwerksgehlen und qualifizierten Manufakturarbeiter selbständig auf sozioökonomischem Gebiet (41 Streiks in Prag und den Vorstädten 1868–1872)<sup>33</sup>, aber innerhalb der demokratisch-nationalen Strömung auch auf politischem Gebiet. Jan Bavorský und seine Mitkämpfer erklärten sich bereit, in den 166 Arbeitervereinen auf dem böhmischen Lande, die noch dem bürgerlichen oder adeligen Einfluß unterlagen, als „Apostel der Emanzipation“ zu wirken, wie sie ausdrücklich sagten<sup>34</sup>. Unter Bildung verstanden sie nicht nur eine Erweiterung ihres allgemeinen und fachlichen Wissens, sondern vor allem das Bewußtwerden der eigenen Arbeiterinteressen. Im internationalen Maßstab war schon die demokratisch-nationale Entwicklungsphase der Prager Arbeiterbewegung bedeutsam, weil sie zum ersten Mal in Mitteleuropa die aus der Schlußphase der Revolution von 1848/49 übernommene nationalpolitische Konzeption der deutschen radikalen Demokratie durchbrach, die nur in den Deutschen, Italienern, Polen und Ungarn historische und revolutionäre Nationen sah, während sie den übrigen sogenannten geschichtslosen Völkern und Völkersplittern (an erster Stelle den Tschechen) jede fortschrittliche Zukunft absprach<sup>35</sup>. Prag war das erste Zentrum in Mitteleuropa, wo die entstehende politische Arbeiterbewegung andere Traditionen der früheren demokratisch-nationalen Bewegungen als die aus der Schlußphase der Revolution von 1848/49 übernahm<sup>36</sup>.

<sup>30</sup> Der oft gebrauchte Begriff *Intelligenz* (besonders in der von einigen Osteuropaforschern beliebten Form *intelligentstiya*) vereinigt mehrere Bedeutungen und ist zu unscharf. In osteuropäischen Verhältnissen setzt dieser Begriff eine klare soziale Abgrenzung gegenüber dem Kleinbürgertum und dem Bauerntum voraus, was für Böhmen nicht zutrifft.

<sup>31</sup> Zur kleinbürgerlichen Abstammung des größten Teiles der aktiven tschechischen Patrioten schon im Vormärz vgl. *Miroslav Hroch*, Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen (Acta Universitatis Carolinae, Philosophica et Historica, Monographia 24, Praha 1968); *ders.*, Das Erwachen kleiner Nationen als Problem der komparativen sozialgeschichtlichen Forschung, in: Sozialstruktur und Organisation europäischer Nationalbewegungen, hrsg. von *Theodor Schieder* (Studien zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts 3, München-Wien 1971) 121–139.

<sup>32</sup> *Vrbová*, Ke vzniku, 122–126.

<sup>33</sup> Verzeichnis bei *Zdeněk Šolle*, Dělnické stávký v Čechách v druhé polovině XIX. století [Arbeiterstreiks in Böhmen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts] (Praha 1960) 202–226.

<sup>34</sup> *Šolle*, K počátkům, in: *Československý časopis historický* 5 (1957) 679.

<sup>35</sup> Es ist ein verbreitetes Mißverständnis, diese Auffassung in erster Linie Friedrich Engels zuzuschreiben; vgl. *Roman Rosdolsky*, Friedrich Engels und das Problem der „geschichtslosen“ Völker. Die Nationalitätenfrage in der Revolution 1848–1849 im Lichte der Neuen Rheinischen Zeitung, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 4 (1964) 87–282. Engels war weder der einzige noch der entschiedenste Vertreter der erwähnten nationalpolitischen Konzeption.

<sup>36</sup> *Kořalka*, Zur internationalen Rolle, 277.

Der Vollständigkeit halber ergänze ich in groben Umrissen noch das gegenseitige Verhältnis zwischen Arbeiteremanzipation und Bildung in der dritten Entwicklungsphase, als in Reichenberg und Prag selbständige klassenbewußte Arbeiterorganisationen entstanden. Innerhalb der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie nach dem Gründungsparteitag von Neudörfel 1874 und nach dem Einigungsparteitag von Hainfeld 1888/89 gehörten die Reichenberger Sozialisten fast immer zu den entschiedensten Vertretern der klassenkämpferischen Linie. Sie wußten immer die große Wichtigkeit der Bildung zu schätzen und wurden manchmal wegen einer unkritischen Verehrung jeder echten und angeblichen Wissenschaft kritisiert<sup>37</sup>. Große Aufmerksamkeit widmeten die Reichenberger Arbeiterzeitschriften allseitigen Begründungen der achtjährigen Schulpflicht, da ein gebildeter Arbeiter besser dazu geeignet sei, die eigene Lage richtig zu begreifen und seinen Platz in der Arbeiterbewegung einzunehmen<sup>38</sup>. Sonst aber wehrten sich die Reichenberger Sozialisten mit Entschiedenheit gegen jede Bevormundung der Arbeiterklasse durch das liberale Bürgertum und verbargen nicht ihr Mißtrauen gegenüber bürgerlichen Intellektuellen. Dem entsprang letzten Endes auch ihre unversöhnliche Haltung in der nationalen Frage vor 1914, die trotz früherer Ansätze nicht imstande war, der komplizierten Lage einer sozialistischen Arbeiterbewegung innerhalb einer werdenden Nationalgesellschaft Rechnung zu tragen<sup>39</sup>.

Das war allerdings in Prag nicht möglich. Den tschechischen Sozialdemokraten gelang es am Anfang des 20. Jahrhunderts, die Mehrheit tschechischer Arbeiter in Böhmen politisch zu beeinflussen und auch organisatorisch zu erfassen<sup>40</sup>, bevor die böhmische Frage gelöst wurde, also zur Zeit, als die nationale Unabhängigkeit fehlte. Zu der Alternative, die 1910 Viktor Adler stellte, ob sich nämlich die tschechischen Sozialdemokraten als die tschechische Gruppe der Internationale oder als die sozialdemokratische Gruppe innerhalb der tschechischen Parteien fühlten, bemerkte Hans Mommsen völlig richtig, daß diese Fragestellung für keine der führenden Parteien der Zweiten Internationale bestand<sup>41</sup>. Für die tschechischen sozialistisch gesinnten Arbeiter gab es jedoch eine zweifache Aufgabe: nach innen – Repräsentant des internationalen Sozialismus in der tschechischen Gesellschaft zu sein und im Kampf gegen die tschechischen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien erfolgreich zu bestehen; nach außen – die tschechischen Arbeiter (und zugleich die gesamte tschechische Nationalgesellschaft) im Rahmen des internationalen Sozialismus zu vertreten und eine möglichst breite internationale Zusammenarbeit der tschechischen Arbeiterbewegung zu gewährleisten. Ohne Rücksicht auf verschiedene Komplikationen, die nach

<sup>37</sup> *Kořalka, Severočestí socialisté*, 376-377.

<sup>38</sup> *Arbeiterfreund* (Reichenberg), 10. April, 24. April und 8. Mai 1879.

<sup>39</sup> Vor allem *Josef Strasser, Die Arbeiter und die Nation* (Reichenberg 1912); *Anton Pannekoek, Klassenkampf und Nation* (Reichenberg 1912).

<sup>40</sup> In den ersten Reichsratswahlen nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht erhielten tschechische sozialdemokratische Kandidaten fast 400 000 Stimmen.

<sup>41</sup> *Hans Mommsen, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat 1: Das Ringen um die supranationale Integration der zisleithanischen Arbeiterbewegung 1867-1907* (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich 1, Wien 1963) 448.

1910/11 den Zusammenbruch der österreichischen sozialdemokratischen Gesamtpartei herbeiführten<sup>42</sup>, gehörten sozialistische Arbeiter und Politiker aller Nationalitäten zu den im nationalen Sinn am meisten gemäßigten und vernünftigsten Kräften im alten Habsburgerreich. Das war aber nur deshalb möglich, weil sie zu allen wichtigen sozialen, politischen und kulturellen Problemen der tschechischen Nationalgesellschaft aktiv Stellung nahmen und oft auch mit verschiedenen demokratisch-nationalen Kräften parallel vorgingen, in einzelnen Fällen sogar zusammenarbeiteten. Probleme der Volks-, Mittel-, Fach- und Hochschulbildung in den eigenen Sprachen der Bevölkerung, nicht zuletzt für tschechische Einwandererminderheiten in Nordböhmen oder in Wien, standen dabei im Vordergrund.

Die Emanzipationsbestrebungen der aufsteigenden tschechischen Nationalgesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts boten also wesentlich mehr Berührungspunkte und Möglichkeiten einer gegenseitigen Beeinflussung der Bürger und der Arbeiter als dies in den konsolidierten Nationalstaaten der Fall war. Dabei soll die Gegenseitigkeit dieses Verhältnisses ausdrücklich betont werden. Es wäre falsch, verschiedene Erscheinungen in diesem Zusammenhang nur als die Verbreitung bürgerlicher und kleinbürgerlicher Einflüsse unter den tschechischen Arbeitern zu interpretieren. Soziokulturelle Unterschiede und Gegensätze waren meistens weniger entwickelt, und das Fehlen der politischen Macht und Verantwortung des tschechischen Bürgertums begünstigte eine gewisse „volksnahe“ Einstellung, die auch die sozioökonomisch bedingte Kluft zwischen Bürgern und Arbeitern in der tschechischen Gesellschaft bis 1918 zu überbrücken schien.

<sup>42</sup> Jetzt vor allem *Raimund Löw*, *Der Zerfall der „Kleinen Internationale“*. Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich (1889–1914) (Materialien zur Arbeiterbewegung 34, Wien 1984).

## Kommentar

Jacques Droz

# Contact entre Bourgeoisie et Classes Populaires en Provence dans la Première Moitié du dix-neuvième Siècle

Dans son livre sur la vie politique dans le département du Var au cours de la Monarchie constitutionnelle et sous la Seconde République, *La République au village* (1970) Maurice Agulhon a tenté de définir une société qui est caractérisée par l'imitation intersociale, c'est-à-dire d'une société où les préoccupations et les idéaux des classes supérieures descendent naturellement vers les classes inférieures, où se crée une sociabilité populaire d'imitation par rapport au modèle bourgeois, non seulement dans la vie politique, mais encore dans tout le style de vie. Ce phénomène, Agulhon l'a étudié principalement dans le département du Var, mais il s'étend à d'autres régions de la Provence, où le cadre urbain est constitué à cette époque par des agglomérations concentrées de 2 à 3000 habitants, où vivent côte à côte bourgeoisie, paysans, artisans et ouvriers, gros villages fortement urbanisés, où les relations de sociabilité – cercles, loges maçonniques, mutuelles, clubs de jeu – ont été de tout temps très développées et ont fait naître chez les habitants, de quelque catégorie sociale qu'ils fussent, une goût ardent pour la politique, tant sur le plan municipal que sur le plan national. Dans des études antérieures, Agulhon avait étudié ces formes de sociabilité méridionales, montrant comment à la fin du 18<sup>e</sup> siècle l'action des loges maçonniques s'était naturellement substituée à celle des confréries de Pénitents, cadre dans lequel s'est développée une vie intense d'associations, notamment à l'époque révolutionnaire les sociétés populaires de 1792.

Mon propos est de montrer comment, au cours de la première moitié du 19<sup>e</sup> siècle s'est produit un phénomène de « descente » à partir des couches bourgeoises dans les masses populaires paysannes et ouvrières. Un premier développement sera réservé au Var intérieur, typique de ces sociétés urbaines en miniature qui porteront en elles au cours de la révolution de 1848 une force révolutionnaire peu commune. L'on finira par quelques mots sur la ville de Toulon, où les mêmes phénomènes sont compliqués par la présence d'un arsenal naval, d'une population ouvrière nombreuse et l'apparition d'un fort mouvement socialiste.

1. La cellule où s'exprime à cette époque la sociabilité populaire est la « chambrée », d'origine souvent mutualiste, issue généralement d'une confrérie religieuse dont elle conserve le nom du saint protecteur, mais qui constitue sous la Monarchie de Juillet un « cercle », groupe d'amis désireux de passer ensemble leurs loisirs, de boire ensemble un vin non taxé, de jouer aux cartes et de discuter ensemble des problèmes du jour. Les chambrées sont nombreuses dans la même petite ville : 10 à 12 dans les aggloméra-

tions de 2000 habitants, 3 ou 4 dans les plus petits villages. Elles regroupent paysans et artisans, conservant chacune une certaine homogénéité de classe et d'âge. A Cabris par exemple, une première chambrée est composée de notables bourgeois, une seconde d'artisans, trois autres de cultivateurs. Les femmes en sont exclues: l'homme provençal n'a jamais beaucoup hésité à quitter le foyer familial pendant ses heures de liberté. Cependant la chambrée est susceptible d'organiser des fêtes folkloriques et des bals, notamment à l'occasion du carnaval, parfois même défilés politiques et des «tapages», en général de caractère anticlérical.

C'est dans le cadre de ces chambrées que sont recueillies les influences culturelles et politiques provenant des milieux sociaux supérieurs: notables appartenant en général à la moyenne et petite bourgeoisie, petits industriels liés aux exploitations minières du pays et à celle du liège, avocats amenés à plaider les causes des municipalités contre les anciens seigneurs du pays, intellectuels survivants des associations de pensée et des assemblées révolutionnaires: catégories sociales auxquelles la révolution de 1830 a ouvert de nouvelles possibilités contestataires et des motifs nouveaux d'ambition. Comment se fait, à partir de ces milieux libéraux, la descente de la politique vers les masses? Comment du mimétisme social passe-t-on à la contagion politique?

Il faut tenir compte d'abord de l'influence que peut avoir le bourgeois riche et entreprenant, pourvoyeur efficace d'emplois, à qui l'on sait gré de «faire travailler». Le paternalisme de l'industriel ou du manufacturier, qui s'avère homme d'oeuvre et bon administrateur, abolissant la barrière sociale par son comportement humain et sa connaissance des problèmes locaux, apparaît comme un élément majeur de la popularisation des idées libérales, dont ce notable est l'expression. De nombreuses épitaphes dans les cimetières provençaux signalent la reconnaissance populaire à ces notables influents, dont les vertus de dévouement et de probité ont permis à des pauvres de parer à leur dénuement, en particulier au cours de l'épidémie de choléra qui dévasta la Provence en 1835.

Plus importante est l'influence qu'exerce le bourgeois révolutionnaire, qui est l'homme des intérêts municipaux en face du grand propriétaire, même si ce bourgeois n'habite pas la Provence dont il est originaire, comme cet avocat toulonnais, Elzéar Ortolan, devenu professeur à la Faculté de Droit de Paris, qui s'honore dans ses Mémoires d'avoir contribué dans son village natal de Seillans à effacer «les derniers vestiges de servitude féodale». Il existe un barreau republicain dont un des rôles majeurs est de prendre la défense des collectivités populaires contre les restes d'un féodalisme attardé. L'on note par exemple le rôle des fils d'industriels fabricants de bouchons dans les Maures, à la Garde-Freinet, qui, ayant fait leurs études universitaires à Aix-en-Provence et à Paris, cultivés et radicalisés, reviennent comme avocats dans leur pays natal et répandent leurs idées dans la classe ouvrière, de comportement cependant conservateur. Le cas le plus remarquable fut celui de Jacques Mathieu, fils d'un riche bouchonnier, qui prendra en 1848 la tête du mouvement republicain dans les Maures. Aux yeux de l'administration d'ailleurs, le danger révolutionnaire principal vient de la conjonction des passions populaires avec la direction donnée à ces passions par les membres de la classe politique les plus évolués. Mais plus encore faut-il tenir compte de l'influence exercée sur les milieux populaires par une certaine bohème intellec-

tuelle, d'origine souvent rurale, médecins sans beaucoup de malades, avocats sans beaucoup de causes, vivant parfois des rentes amassées par la génération antérieure, en général célibataires passablement libertins et violemment anticléricaux, agents actifs de la vie des cercles et des cafés. Agulhon peut donc formuler l'hypothèse que la descente du modèle bourgeois vers les éléments les plus réceptifs des classes populaires a été favorisée par l'existence d'une catégorie de bourgeois moralement marginaux: ce sera en tout cas un des thèmes favoris de la pensée conservatrice et catholique de dénoncer le parti républicain comme le parti de ces déclassés, actifs dans la démoralisation et la corruption du village. Le contact journalier que la sociabilité provençale fait naître entre bourgeoisie et classes populaires est lié à l'apparition d'une nouvelle classe de petits intellectuels «subalternes», dans le sens gramsciste du terme, qui se recrutent principalement dans le monde des artisans. L'artisan appartenait en effet par certains côtés à la bourgeoisie, puisque par la loi électorale de 1831 il a pénétré massivement dans l'administration des communes (à Draguignan le corps électoral, fort de 499 noms, comporte 127 artisans) et par ailleurs était dans les chambrées en contact avec le petit peuple des campagnes et de la ville. Les artisans constituent donc une «classe-relais», côtoyant la bourgeoisie et créant sur le modèle bourgeois cette sociabilité populaire d'imitation qui, dans la petite ville provençale exclut toute dichotomie entre les travailleurs et les notables.

Cette imitation intersociale est particulièrement évidente dans l'étude du folklore provençal, qui est déterminé à l'origine par les pratiques religieuses et le traditionalisme social, mais qui se transforme dans la première moitié du 19<sup>e</sup> siècle en un folklore «rouge», utilisant à des fins politiques la pratique du carnaval, les charivaris, les farandoles, les bravades, faisant des représentations théâtrales fort répandues dans toutes les classes de la société une arme contre les privilégiés et le clergé, politisant la chanson satirique provençale. Dans ce domaine plus que dans les autres s'affirme la vieille aptitude provençale à faire rayonner, avec une rapidité et une efficacité particulière, les moeurs et la culture bourgeoises en direction des classes plus modestes: phénomène qui tient au fait matériel du rassemblement de la majorité des habitants en ces grosses communes concentrées, vrais microcosmes avec leur micro-aristocratie de bourgeois de village vivant sous les yeux de la foule et, qu'ils le veuillent ou non, lui donnant le ton.

2. Dans la ville de Toulon, le problème essentiel est la rencontre d'un mouvement ouvrier majoritaire, des gros bataillons de l'Arsenal avec un socialisme d'origine bourgeoise et intellectuelle.

Ici aussi, comme dans la Provence intérieure, l'on peut constater la descente qui s'opère, en particulier sous le signe de la Franc-maçonnerie, au sein de l'échelle sociale, des préoccupations réformatrices ou révolutionnaires. Traditionnellement bourgeoises, organisées par des officiers de marine ou par des membres du corps du génie militaire, auxquels se sont adjoints un certain nombre de négociants, ces loges maçonniques, dont certaines étaient fortement influencées par le saint-simonisme et même le fouriérisme, se sont progressivement ouvertes aux classes inférieures, et lorsque la révolution de 1848 éclata à Toulon, comptaient plusieurs ouvriers de l'Arsenal, mécaniciens ou métallurgistes qui, en vertu de cette sociabilité provençale, avaient déjà adhéré à plu-

sieurs sociétés de compagnonnage ou de secours mutuel. A la loge de la Paix et de la Parfaite Union, par exemple, se réunissaient dans les années 40, 46 frères dont 2 appartenaient à l'administration maritime, 3 aux professions libérales, 19 aux professions commerciales, 13 au personnel ouvrier de l'Arsenal, et dont plusieurs, formés depuis longtemps à la réflexion politique, avaient accueilli Flora Tristan à Toulon en 1844 et constitueront l'état-major ouvrier lors des mouvements révolutionnaires de 1848. La Franc-maçonnerie a donc été la grande école qui a permis de conquérir au socialisme de nouvelles couches sociales. L'influence qu'exerce un Fulcran Suchet, négociant fortuné, républicain anticlérical et saint-simonien, dont la famille adhère à la maçonnerie de père en fils, dont chacun constate la générosité du coeur et la simplicité d'allure, est exemplaire de ce type de rapport qui sapait inconsciemment, en niant les distances sociales, les inégalités fondées traditionnellement sur celles-ci.

La descente des idées socialistes à partir de la bourgeoisie dans les classes populaires a été également favorisée par certaines personnalités isolées, appartenant à l'origine au monde du travail, mais ayant fait leur apprentissage intellectuel grâce aux cercles culturels ou maçonniques dans lesquels ils avaient été introduits: à Toulon le cas le plus remarquable fut celui du poète-ouvrier Charles Poncy, qui avait été détecté par George Sand, chantre et porte-drapeau de la classe ouvrière, témoin de la solidarité qui s'est établie entre le libéralisme des uns et le socialisme des autres, dont le caractère antagoniste n'est pas en 1848 entièrement apparu. Poncy sera l'interprète de cette sociabilité provençale, qui fait rechercher aux plus pauvres dans la «guinguette», maison de campagne publique, puis dans le «cabanon», les mêmes plaisirs heodomadaires et les mêmes distractions dominicales que le riche dans sa «bastide».

Il faudrait conclure cet exposé en montrant que dans cette sociabilité provençale décrite par Maurice Agulhon l'élément essentiel est l'anticléricalisme. Une littérature provenant des lettrés régionaux, susceptible de faire rayonner les moeurs et la culture bourgeoises dans les milieux plus modestes, contribue à ébranler la piété populaire, à faire adopter la pratique des enterrements civils, à nourrir les représentations théâtrales d'allusions voltairiennes contre l'Église. Certes, cet anticléricalisme ne s'exprime pas en 1848 avec violence; il est plutôt méfiance à l'égard du clergé qu'hostilité déclarée à la religion. Il est suffisant pourtant pour amener un certain nombre de communautés catholiques à se convertir au protestantisme, phénomène qu'ont constaté Agulhon dans le Var, Philippe Vigier dans les Alpes du Sud.

*Josef Mooser*

## Arbeiter, Bürger und Priester in den konfessionellen Arbeitervereinen im deutschen Kaiserreich, 1880–1914

### I

Die konfessionellen Arbeitervereine haben seit ihrer Gründung einen eher schlechten Ruf oder stehen im Schatten der christlichen Gewerkschaftsbewegung, da ihre Funktion und Bedeutung für die Herausbildung einer eigenständigen christlichen Arbeiterbewegung nicht eindeutig war. Die meist klerikale Gründung und Leitung dieser berufsübergreifenden Vereine innerhalb der Kirchengemeinden, ihre sozialen und politischen Leitbilder machten sie nicht nur in den Augen von Sozialisten zu „Kleinkinderbewahranstalten“ oder „Bewahrungssystemen“. Selbst ihre Förderer wie Friedrich Naumann oder der Diözesanpräses der Arbeitervereine im Bistum Köln, Otto Müller, die sie als Mittel für die Erziehung zu einer selbständigen, „standesbewußten“ Arbeiterschaft verstanden, sprachen wenigstens zeitweilig davon<sup>1</sup>. Auf der anderen Seite fanden die katholischen und evangelischen Arbeitervereine jedoch auch im Bürgertum nicht die erhoffte Unterstützung, obwohl in ihren Programmen der Antisozialismus und „soziale Ausgleich“, die Klassenharmonie, grundlegend waren und die Vereinsorganisation den bürgerlichen „Ehrenmitgliedern“ eine hohe Bedeutung zuwies. Darüber hinaus erreichten die beiden Konfessionen bis 1914 sehr unterschiedliche Organisationserfolge.

Die folgenden Ausführungen sind nicht mehr als ein erster Versuch zur Klärung dieser Diskrepanzen, der sich auf eine noch lückenhafte und ungleichgewichtige Forschung stützen muß<sup>2</sup>. Im Mittelpunkt steht nicht die sonst vorherrschende Frage, ob

<sup>1</sup> *Friedrich Naumann*, Die evangelischen Arbeitervereine, in: Die Hilfe. Gotteshilfe, Selbsthilfe, Staatshilfe, Bruderhilfe, hrsg. von *Friedrich Naumann* 3 (1897) Nr. 18, 3: *Otto Müller*, Erinnerungen an die Katholische Arbeiterbewegung, in: Texte zur katholischen Soziallehre, hrsg. vom Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands, 2 Bde. (Kevelaer 1976) Bd. 2/2, 840–1028, hier 860. – Zur Zitierweise: Mehrfach zitierte Literatur wird nach der ersten Nennung mit einem Kurztitel zitiert, der das erste Titelstichwort enthält.

<sup>2</sup> Zur Literatur über die konfessionellen Arbeitervereine und darüber hinaus über weitere Aspekte der religiös-sozialen Bewegungen vgl. *Klaus Tenzfeld* u. *Gerhard A. Ritter*, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863–1914. Berichtszeitraum 1945–1975 (Bonn 1980) 411 ff. Die katholische Arbeitervereinsbewegung ist zwar ungleichmäßig, aber weit besser erforscht als die evangelische. Im folgenden werden nur die herausragenden, neueren Darstellungen und Quellenpublikationen genannt. *Hans D. Denk*, Die christ-

und inwieweit die konfessionellen Arbeitervereine als Vorstufe und Teil der christlichen Arbeiterbewegung gelten können. Die Hauptfrage lautet vielmehr gerade umgekehrt: Erreichten die Vereine ihr erklärtes Ziel, aus dem Geist der Religion heraus bürgerlich-proletarische Klassenunterschiede zu überbrücken und zu vermitteln? Nach einer allgemeinen Skizze der Entwicklung und des Sozialprofils der Vereine (II) werden daher die bürgerlichen Ehrenmitglieder der Vereine ins Auge gefaßt (III) und ihre beklagte Zurückhaltung behandelt (IV), wobei der Vergleich zwischen Protestantismus und Katholizismus durch einen Blick auf England erweitert wird. Den Abschluß (V) bilden Überlegungen zur sozialen Position und Funktion der Geistlichen als den Schlüsselfiguren in den konfessionellen Arbeitervereinen.

liche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg (Mainz 1980) (die dichteste Organisations- und Sozialgeschichte der katholischen Arbeitervereine); *Michael Berger*, Arbeiterbewegung und Demokratisierung. Die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung des Arbeiters im Verständnis der katholischen Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Deutschland zwischen 1890 und 1914 (Diss. Freiburg 1971) (umfassende Ideengeschichte, ideologiekritisch); informative Überblicke bieten *Hans F. Zeck*, Vom Werden und Wachsen der katholischen Arbeiterbewegung (Köln 1932) (katholisch); *August Erdmann*, Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland (Stuttgart 1909) 203–244, 322–350 zu den Arbeitervereinen (sozialdemokratisch); zur Arbeiterbildung: *Horstwalter Heitzer*, Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890–1918 (Mainz 1979); *Karl-Heinz Vogt*, Katholische Arbeiterbildung und Kirchlichkeit der katholischen Arbeiterschaft Deutschlands im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Genese der kirchlichen Erwachsenenbildung (Diss. Bonn 1978); zu den christlichen, de facto überwiegend katholischen Gewerkschaften: *Michael Schneider*, Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933 (Bonn 1982). Unentbehrliche, reichhaltige Quellenpublikationen: Texte zur katholischen Soziallehre, bes. Bd. 2/1; *Günter Bers*, Katholische Arbeitervereine im Raum Aachen 1903–1914. Aufbau und Organisation des Aachener Bezirksverbandes im Spiegel seiner Delegiertenversammlung (Wentorf b. Hamburg 1979); *Ernst Dettel Broch*, Katholische Arbeitervereine in der Stadt Köln 1890–1901 (Wentorf b. Hamburg 1977). Bers und Broch bieten auch nützliche Einleitungen. Zu den evangelischen Arbeitervereinen bietet den fundiertesten Überblick *Bruno Feyerabend*, Die evangelischen Arbeitervereine. Eine Untersuchung über ihre religiösen, geistigen, gesellschaftlichen und politischen Grundlagen und über ihre Entwicklung bis zum ersten Weltkrieg (Diss. Frankfurt/M. 1955). Ein Neuanatz mit sonst nicht erreichter Breite der Quellen: *Günter Brakelmann*, Die Anfänge der Evangelischen Arbeitervereinsbewegung in Gelsenkirchen 1882–1890, in: Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, hrsg. von *Kurt Düwell* und *Wolfgang Köllmann* (Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Beiträge zur Landesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, 4 Bde.), Bd. 2 (Wuppertal 1984) 40–55; vgl. *ders.*, Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts (Bielefeld 1979); *ders.*, Kirche, soziale Frage und Sozialismus. Bd. 1: Kirchenleitungen und Synoden über soziale Frage und Sozialismus 1871–1914 (Gütersloh 1977). Viele Informationen enthalten auch die Artikel „Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands“ und „Katholische Arbeitervereine“ in: *Dieter Fricke* u. a., Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessensorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, 2 Bde. (Berlin/DDR 1974) hier Bd. 2, 150–161, 255–277; heranzuziehen ist jetzt auch die ergänzte und überarbeitete Fassung: *Ders.* u. a., Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). In vier Bänden, bisher erschienen Bd. 1 und 2 (Köln 1983/84). Das Handbuch bzw. Lexikon enthält auch Artikel zu den anderen im Text genannten Institutionen und Verbänden, auf die hier pauschal verwiesen sei. Allgemein zur Religions- und Kirchengeschichte im Zusammenhang der Sozialgeschichte: *Martin Greschat*, Das Zeitalter der Industriellen Revolution. Das Christentum vor der Moderne (Christentum und Gesellschaft 11, Stuttgart 1980).

## II

Katholische und evangelische Arbeitervereine entstanden seit den 1880er Jahren und bildeten in beiden Konfessionen strukturell weithin parallele Züge aus. Im Unterschied zu den früheren caritativen Vereinen und Anstalten der Inneren Mission konzentrierten sie sich nicht mehr auf die Gestalt des hilflosen und armen oder kirchenfernen Arbeiters, sondern auf den „normalen“, berufstätigen und noch kirchlichen Arbeiter. Allein die katholischen Arbeitervereine hatten in den christlich-sozialen Vereinen um 1870, die zumeist im Kulturkampf untergingen, einige Vorläufer. Vorbilder stellten die katholischen Gesellenvereine Kolpings einerseits und die pietistischen „Jünglingsvereine“ andererseits dar, die in den 1840er Jahren entstanden waren. Anders als die zumindest in Randbereichen ihrer Rekrutierungsfelder noch interkonfessionellen christlich-sozialen und Gesellenvereine standen die Arbeitervereine infolge des Kulturkampfes ganz im Zeichen des Konfessionalismus, des „Volkskulturkampfes“, d. h. des „Kampfes zwischen Glaube und Unglaube“, der im Volk selbst und nicht mehr nur auf Katheder und Kanzel zum Austrag kommen sollte<sup>3</sup>. Konstitutiv für die Gründungen war die konfessionell bestimmte Abwehr der Säkularisierung und insbesondere des Sozialismus, der in seiner atheistischen Form als der offensichtlichste und gefährlichste Ausdruck der Säkularisierung galt. Trotz ähnlicher Zielsetzungen war die Mitgliedschaft konfessionell exklusiv, und ebenso wurde eine den konfessionspezifischen Normen entsprechende Lebensweise erwartet. Was in den katholischen Arbeitervereinen wohl ebenso galt, wurde in den evangelischen ausdrücklich in den Statuten gefordert: der Ausschluß von Mitgliedern, die in Mischehe lebten, aber nicht sicherstellten, daß die Kinder in der jeweils eigenen Konfession erzogen wurden<sup>4</sup>.

Die primär religiöse Zweckbestimmung – die „Förderung des Glaubens und der christlichen Sitte“ bzw. die Pflege und Belebung des „evangelischen Bewußtseins“ – war immer selbstverständlich und grundlegend antisozialdemokratisch und damit auch gegen den „Klassenkampf“ gerichtet. Ohne berufsgruppenspezifische<sup>5</sup> und politische Fragen im engeren Sinne zu behandeln, sollte das Vereinsleben doch zu einem „friedlichen“ Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erziehen. Bei den Protestanten verband sich damit von Anfang an die betonte „Treue zu Kaiser und Reich“, und nach 1900 wurde der konfessionsübergreifende Nationalismus zu einem verbindenden Merkmal der katholischen und evangelischen Arbeitervereine, was in

<sup>3</sup> Franz Hitze, Bedeutung und Aufgabe katholischer Arbeiter-Vereine (1884), in: Texte zur katholischen Soziallehre, Bd. 2/2, 379; zum Begriff „Volkskulturkampf“ vgl. Heitzer, Volksverein, 80 ff.

<sup>4</sup> Immanuel A. Deutmoser, Die evangelischen Arbeitervereine in Westfalen (Magdeburg 1886) 28 ff.; Feyerabend, Arbeitervereine, 52; vgl. Texte zur katholischen Soziallehre, Bd. 2/2, 427 f.

<sup>5</sup> In Reaktion auf katholische Mißerfolge und Gewinne der Sozialdemokraten bei den ersten Gewerbeberichtsahlen 1892 wurde in der Folgezeit über berufliche „Fachabteilungen“ innerhalb der katholischen Arbeitervereine als Gewerkschaftersatz diskutiert. Diese erreichten jedoch keine große Bedeutung, da sie von den Christlichen Gewerkschaften überholt wurden. Vgl. Schneider, Gewerkschaften, 42 ff.

der Teilnahme an den „Deutschen Arbeiterkongressen“ 1903, 1907 und 1913 seinen Ausdruck fand.

Weiter setzten sich die Vereine die „soziale Hebung des Arbeiterstandes“ und die Arbeiterbildung zum Ziel. Das umfaßte vor allem religiöse und allgemeinbildende Vorträge, teilweise auch die berufliche Qualifizierung, zunehmend die Information und Diskussion über sozialpolitische Themen und nicht zuletzt ein vielfältiges Hilfskassenwesen. Spar- und Krankenkassen, vor allem aber die Sterbekassen nahmen im lokalen Vereinsleben offenbar einen sehr wichtigen Platz ein, wie die penible und ausführliche Darstellung des Kassenwesens in Vereinsfestschriften und die zähe Verteidigung der lokalen Unterstützungseinrichtungen gegen die Zentralkassen der Regionalverbände zeigen. In einer vielleicht zu moralistischen Kritik, die den symbolischen Charakter gerade der Sterbekassen übersah, wurde sogar moniert, daß um 1900 in manchen evangelischen Vereinen des Ruhrgebietes die Sterbekasse zum „Kitt“ geworden sei, „der die Mitglieder mehr zusammenhielt als die ursprüngliche christliche Bestimmung“<sup>6</sup>. Seltener, verstärkt jedoch nach 1900, waren die Vereine auch Träger von Arbeitersekretariaten bzw. „Volksbüros“, von Arbeitsnachweisstellen, Einkaufs- und Baugenossenschaften. Schließlich war die „edle Geselligkeit“ noch ein Vereinsziel, wobei auch die Frauen und Kinder der sonst ausschließlich männlichen Vereinsmitglieder einbezogen wurden.

Soweit die soziale Aktivität gewerkschaftsähnlichen Charakter annahm, zog sie Abgrenzungsprobleme zu den zwischen 1894 und 1900 gegründeten Christlichen Gewerkschaften nach sich, die nur im Westdeutschen und (etwas schwächer) im Süddeutschen Verband der katholischen Arbeitervereine relativ eindeutig gelöst wurden. Diese propagierten in enger Zusammenarbeit mit dem 1890 gegründeten Volksverein für das katholische Deutschland<sup>7</sup> die „Standeserziehung“ der Arbeiter, während die Christlichen Gewerkschaften die materielle Lage der Arbeiter verbessern sollten. Die Erziehung zu den „Standestugenden“ – Fleiß, Sparsamkeit, geordnetes Familienleben, „bescheidene Selbstachtung“<sup>8</sup> – war ein ursprüngliches Ziel der katholischen Arbeitervereine. Der Tugendkatalog wurde nun inhaltlich erweitert, so daß das „Standesbewußtsein“ die allzu genügsamen Züge verlor<sup>9</sup>. Das Berufsethos, insbesondere aber die sozial- und staatspolitische Bildung wurden intensiviert, damit die Arbeiterschaft als „gleichberechtigter Stand“ in Staat und Gesellschaft ihre Rechte und Pflichten selbständig wahrnehmen könne. Das komplementäre Verständnis von Verein und Gewerkschaft setzte allerdings die Billigung der von der Kirche unabhängigen, interkonfessionellen und den Streik nicht ausschließenden Christlichen Gewerkschaften voraus. Dieser Charakter der Gewerkschaften wurde im katholischen Bereich nur vom

<sup>6</sup> Aus dem Gemeindebuch der Kreissynode Gelsenkirchen, zitiert nach *Wilhelm Brepohl*, *Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform* (Tübingen 1957) 132.

<sup>7</sup> Vgl. *Heitzer*, *Volksverein*; *Emil Ritter*, *Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert und der Volksverein* (Köln 1954).

<sup>8</sup> *Hitze*, *Gründung und Organisation katholischer Arbeiter-Vereine* (1886), in: *Texte zur katholischen Soziallehre*, Bd. 2/2, 383.

<sup>9</sup> Vgl. ebd., 612 ff. die Rede des christlichen Gewerkschaftsführers Giesberts auf dem Arbeitervereinskongreß 1912.

Westdeutschen und Süddeutschen Verband mehr oder weniger akzeptiert, während der Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) zusammen mit einigen Bischöfen die Christlichen Gewerkschaften und den Volksverein als eine nicht mehr katholische „Anpassung“ an die bürgerlich-moderne Welt bekämpfte<sup>10</sup>. Die evangelischen Arbeitervereine hingegen fanden trotz jahrelanger Auseinandersetzungen weder zu den freien noch zu den Christlichen Gewerkschaften eine klare und verbindliche Position; das Verhältnis zu ihnen blieb den regionalen Verbänden oder lokalen Vereinen überlassen. Die „sozialen Kurse“ der Landesverbände und insbesondere der Freien kirchlich-sozialen Konferenz<sup>11</sup> setzten sich zwar ähnliche Ziele wie der Volksverein; wahrscheinlich erreichten sie aber weder die Qualität und schon gar nicht die Quantität von dessen Aktivität.

Die regionalen, ja lokalen Differenzen und Spannungen in der für die Mobilisierung der Arbeiter wie für das Selbst- und Fremdverständnis als Arbeitervereine entscheidenden Gewerkschaftsfrage verbieten es, von *den* konfessionellen Arbeitervereinen zu sprechen. Das ist nicht einmal innerhalb des Katholizismus möglich, trotz der anscheinend überall gleichen Leitung der Vereine durch geistliche Präses. Die gerühmte oder geschmähte Homogenität des Katholizismus ist eine Legende der konfessionellen und liberalen „Kulturkämpfe“ des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Im Gegenteil: gerade die Vielfalt der sozialen Orientierungen, die im protestantischen Bereich noch durch landeskirchliche Traditionen, kirchenpolitische bzw. theologische Unterschiede und variierende politische Bindungen gesteigert wurde, war offenbar ein Charakteristikum der konfessionellen Arbeitervereine. Trotz der zunehmenden Bedeutung der zwischen 1890 und 1904 gegründeten regionalen bzw. zentralen Verbandsleitungen blieben die Vereine bis zum Ersten Weltkrieg in starkem Maße von den lokalen kirchengemeindlichen Milieus geprägt. Dieser parochiale Charakter zwingt nicht zuletzt zu einem vorsichtigen Urteil über die Wirksamkeit der von den zentralen Verbandsleitungen propagierten Leitbilder der Arbeiterstandeserziehung. Manchen Lokalvereinen fehlte das Selbstverständnis als Arbeiterverein, und nicht einmal das Abonnement der Verbandszeitung war selbstverständlich.

Ein Urteil über die sozialgeschichtliche und politische Bedeutung der konfessionellen Arbeitervereine und insbesondere über das interne Verhältnis von Bürgern und Arbeitern mußte daher von ihrer gemeindegrößen-spezifischen Verbreitung ausgehen. Dazu liegen bislang nur Daten für die katholischen Vereine in Bayern vor. Deren Mitgliederwachstum zwischen 1895 und 1912 von 18 498 auf 59 122 Mitglieder resultierte vorwiegend aus Vereinsgründungen in kleineren Gemeinden; 1912 lebten zwei Drittel der Vereinsmitglieder in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern. Die früh gegründeten großstädtischen Vereine in München (aber nicht in Nürnberg) stagnierten hingegen<sup>12</sup>. Es muß offenbleiben, ob die beträchtliche Expansion der katholischen Arbeitervereine in den anderen Regionen einem ähnlichen Rekrutierungsmechanismus

<sup>10</sup> Zum katholischen Gewerkschaftsstreit s. unten S. 100 f.; zur Parallele in den evangelischen Arbeitervereinen vgl. *Feyerabend*, Arbeitervereine, 110 ff.

<sup>11</sup> Einen Einblick in Themen dieser „sozialen Kurse“ bietet: *Ludwig Weber* (Hrsg.), *Soziales Handbuch* (Hamburg 1907).

<sup>12</sup> *Denk*, Arbeiterbewegung, 136, 404.

folgte. Unbeantwortet bleiben müssen auch weitere damit verbundene Fragen, so etwa nach dem Sozialprofil der Mitglieder<sup>13</sup>. Nur ein Merkmal der katholischen Arbeitervereinsmitglieder, ihr relativ hohes Alter, ist bislang deutlich erkennbar. Im Unterschied zu den Mitgliedern der Gewerkschaften und noch mehr zur überwiegend jungen Arbeiterschaft insgesamt – 1907 waren 39% der männlichen Arbeiter in Industrie und Handwerk jünger als 25 Jahre und nur 10% älter als 50 Jahre – traten den Arbeitervereinen offenbar eher gestandene Familienväter bei. In Bayern z. B. stellten 1910 die unter 25jährigen nur 10%, die über 50jährigen dagegen 27% der Mitglieder; in Westdeutschland war 1913/14 nur etwa jeder vierte jünger als 30, aber ein Drittel älter als 45 Jahre<sup>14</sup>. Da insbesondere die jungen Arbeiter häufig Arbeitsplatz und Wohnort wechselten, ist aus diesen Hinweisen zu folgern, daß die katholischen Arbeitervereine vorwiegend seßhafte Arbeiter dauerhaft organisierten, obwohl die Fluktuation und Mobilität der Mitglieder auch bei ihnen nicht unbekannt waren<sup>15</sup>.

Die Vereinsgründungen, die nach 1900 noch stark zunahmen, wurden vor allem „von oben“ gesteuert. Dabei spielte in den 1880er Jahren der Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde (Arbeiterwohl), eine Vereinigung von meist rheinländischen Unternehmern und Priestern, deren Leitbild anfangs noch die „christliche Fabrik“ war, eine bedeutende Rolle. Nach 1890 dagegen förderten hauptsächlich der Volksverein, die regionalen Verbandsspitzen und die lokalen Pfarrer die Entwicklung der Arbeitervereine. Nicht selten sollten diese gegen die aktuell befürchtete Versuchung immunisieren, sozialdemokratisch zu wählen. Die Zeit der Gründungen ist insofern auch ein Spiegel der Wahlkämpfe und der politischen Mobilisierung für das Zentrum, als dessen Wahlhelfer die katholischen Arbeitervereine fungierten. 1900/1902 zählten alle Regionalverbände zusammen 147 504 Mitglieder, 1912/13 hingegen 457 286 Mitglieder. Zum stärksten Verband stieg der Verband katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands auf (220 290 Mitglieder im Jahre 1912). Sein Schwerpunkt lag in den rheinisch-westfälischen Diözesen Köln, Münster und Paderborn und hier vornehmlich in den Industriezonen an Rhein und Ruhr, die zu jenen Diözesen gehörten. Auch der gewerkschaftsfeindliche Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin), mit starken regionalen Stützpunkten im saarländischen und ober-schlesischen Bergbaugebiet, steigerte seine Mitgliederzahl von 17 265 (1900) auf 124 253 (1913)<sup>16</sup>.

<sup>13</sup> Vgl. *Hugh McLeod*, Comment, in diesem Bd. 106–111. Noch weniger als für die katholischen ist darüber für die evangelischen Vereine etwas bekannt.

<sup>14</sup> *Denk*, Arbeiterbewegung, 144; *Berger*, Arbeiterbewegung, 265; *Bers*, Arbeitervereine-Aachen, 197, 211; zur Altersgruppenverteilung in der Arbeiterschaft und in den Gewerkschaften vgl. *Josef Mooser*, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970 (Frankfurt 1984) 37; *J. Feig*, Alter und Familienstand der organisierten Arbeiter, in: Festschrift für Lujo Brentano (München 1916) 149–194.

<sup>15</sup> Zur Seßhaftigkeit der katholischen Arbeiter im Unterschied zu den zugewanderten SPD-Mitgliedern in Düsseldorf vgl. *Mary Nolan*, Social democracy and society. Working-class radicalism in Düsseldorf, 1890–1920 (Cambridge 1981) 43, 113 ff. Zu Mobilität und Fluktuation vgl. Texte zur katholischen Soziallehre, Bd. 2/2, 432, 442, 481. Insbesondere die Publikation der Vereinsverzeichnisse, die der Orientierung dienen sollten, verweist darauf.

<sup>16</sup> Zahlen nach *Berger*, Arbeiterbewegung, 263 ff.

In einer ähnlichen Weise standen auch die evangelischen Vereine unter dem Einfluß der politischen Konjunkturen. Sie entwickelten sich nicht nur im Zeichen des Anti-Sozialismus, sondern auch des Anti-Ultramontanismus. Letzterer bestimmte schon die erste Vereinsgründung in Gelsenkirchen 1882 und wurde in der Folge durch die Verflechtung mit dem Evangelischen Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen (gegründet 1886) aufrechterhalten und gepflegt. Nach einer auf das Ruhrgebiet beschränkten Ausbreitung evangelischer Arbeitervereine in den 1880er Jahren folgte eine zweite, regional darüber hinaus gehende Gründungswelle in der Euphorie des „neuen Kurses“. In diesem Zusammenhang konstituierte sich 1890 der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands. Die Aufbruchsstimmung der „Evangelisch-Sozialen“ in der ersten Hälfte der 1890er Jahre dämpfte jedoch der Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrates von 1895 gegen das sozialpolitische Engagement der Geistlichen und die kaiserliche Desavouierung Stoeckers („Christlich-sozial ist Unsinn“)<sup>17</sup>. Die Zahl der Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine nahm gleichwohl zu (von 20 000 im Jahre 1890 auf 82 611 im Jahre 1901), stagnierte dann nach den kräfteaubenden internen Auseinandersetzungen, die 1901 zu Abspaltungen geführt hatten, und stieg erst wieder seit 1906 auf insgesamt rund 180 000 Mitglieder im Jahre 1914 (unter Einschluß derjenigen Regionalverbände, die dem Gesamtverband nicht angehörten). Regionale Schwerpunkte der evangelischen Arbeitervereine waren und bleiben Rheinland-Westfalen sowie die Industrieregionen des Königreichs Sachsen; beide Regionalverbände stellten 1907 und 1914 gut die Hälfte aller Mitglieder, 40% allein der rheinisch-westfälische Verband<sup>18</sup>.

In der Konzentration der konfessionellen Arbeitervereine an Rhein und Ruhr – wie auch der Christlichen Gewerkschaften und des katholischen Volksvereins – spiegelt sich die spezifische Industrialisierungsgeschichte dieser Region wider, in der Klassenkampf und „Kulturkampf“ enger miteinander verwoben waren als anderswo. Ein christlich motivierter, heftiger Antikapitalismus kennzeichnete schon die frühen christlich-sozialen Vereine. Vor allem für die katholische Arbeiterschaft verschmolz der Gegensatz der Klassen und Konfessionen, da die Unternehmer vielfach protestantisch waren. Die „ultramontanen“ Züge dieser Konfrontation provozierten wiederum die evangelischen Arbeiter, die hier in beträchtlichem Maße den politischen Rückhalt der antikatholischen nationalliberalen Partei bildeten<sup>19</sup>. Zumal in gemischt-konfessionellen Gegenden wurden diese Spannungen in den Niederungen des Kulturkampfes im Alltag perpetuiert, d. h. durch die Mischehen-Frage, das konfessionelle Volksschulwesen und die konfessionelle Caritas. Andererseits aber bildeten die Religionsgemein-

<sup>17</sup> Klaus E. Pollmann, *Landesherrliches Kirchenregiment und Soziale Frage. Der evangelische Oberkirchenrat der altpreußischen Landeskirche und die sozialpolitische Bewegung der Geistlichen nach 1890* (Berlin 1973).

<sup>18</sup> Zahlen nach *Feyerabend*, *Arbeitervereine*, 40; *Fricke* u.a., *Parteien-Handbuch*, Bd. 2, 155.

<sup>19</sup> Vgl. dazu Klaus Tenfelde, *Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert* (Bonn 1977) 464 ff.; *David Crew*, *Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860–1914* (Frankfurt 1980) 141 ff.; *Karl Robe*, *Die „verspätete“ Region. Thesen und Hypothesen zur Wahlentwicklung im Ruhrgebiet vor 1914*, in: *Peter Steinbach* (Hrsg.), *Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozess* (Stuttgart 1982) 231–252.

schaften mit dem Mikrokosmos ihres Vereinswesens, ihren Unterstützungsleistungen und mentalen Orientierungshilfen wesentliche Stützen für die Lebensbewältigung und Integration der Zuwanderer in den „wilden Westen“ Preußens<sup>20</sup>.

Die regionale Konzentration von Mitgliedern sowohl der katholischen als auch der evangelischen Arbeitervereine in Rheinland-Westfalen läßt die übliche sozialistische Polemik, die konfessionellen Arbeitervereine würden eigentlich gar keine Arbeiter organisieren, als irreführend erscheinen. Dieser Vorwurf war berechtigt im Hinblick auf die Leitung der Vereine und Verbände, die tatsächlich selten in den Händen von Arbeitern lag, nicht jedoch im Hinblick auf die Mitglieder. Im katholischen Verband Sitz Berlin stellten Arbeiter 1911 88% der Mitglieder, im Westdeutschen Verband im Jahre 1913 79%. Selbst in dem so stark ländlich geprägten Süddeutschen Verband waren 1911 61% der Mitglieder gewerbliche Arbeiter, neben 17% Landarbeitern, 12% kleinen Handwerksmeistern und 10% Angestellten. Eine offene Frage bleibt freilich, wie viele unter den Arbeitern moderne Fabrikarbeiter waren. Im Süddeutschen Verband betrug deren Anteil 32%, während im Westdeutschen Verband die größten und überwiegend industriekapitalistisch geprägten Berufsgruppen, d. h. die Metall-, Berg- und Textilarbeiter 44% der Mitglieder stellten<sup>21</sup>. Allerdings zählten neben den Handarbeitern noch andere, vorwiegend „kleinbürgerliche“ Gruppen – Kleinbauern, kleine Handwerker, Kleinhändler, Angestellte, Subalternbeamte – in einem bedeutenden Maße zu den Mitgliedern. Ihr Anteil war regional unterschiedlich hoch und in den evangelischen Vereinen offenbar stärker als in den katholischen. In den evangelischen Arbeitervereinen Bayerns bildeten 1907 die Arbeiter nur eine Minderheit von 27%, ebenso wahrscheinlich in Baden, wo 1903 alle „Arbeitnehmer“ zusammen nur 53% ausmachten. Die Vertreterversammlung der württembergischen evangelischen Arbeitervereine hingegen legte 1904 ausdrücklich Wert auf die Feststellung, daß 55% der 4130 Mitglieder „wirkliche Industriearbeiter“ seien. Die sächsischen Vereine setzten sich um 1900 zu 90% aus „Arbeitern und sogenannten kleinen Leuten“ zusammen, wovon zwei Drittel als „Arbeiter im eigentlichen Sinne“ bezeichnet wurden; die restlichen 10% waren „im wesentlichen“ Geistliche und Lehrer, „hier und da“ auch Fabrikbesitzer. Nach (allerdings unsicheren) Schätzungen betrug 1910 in

<sup>20</sup> Vgl. Jürgen Reulecke und Wolfhard Weber (Hrsg.), *Fabrik-Familie-Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter* (Wuppertal 1978), besonders: Jürgen Reulecke, *Von der Dorfschule zum Schulsystem. Schulprobleme und Schulalltag in einer „jungen“ Industriestadt vor dem Ersten Weltkrieg*, ebd., 247–272, bes. 253 ff.; Klaus Tenfelde, *Bergmännisches Vereinswesen im Ruhrgebiet während der Industrialisierung*, ebd., 315–344; Antje Kraus, *Gemeindeleben und Industrialisierung. Das Beispiel des evangelischen Kirchenkreises Bochum*, ebd., 273–296, bes. 281 ff.; Hans-Jürgen Brandt, *Kirchliches Vereinswesen und Freizeitgestaltung in einer Arbeitergemeinde 1872–1933: Das Beispiel Schalke*, in: Gerhard Huck (Hrsg.), *Sozialgeschichte der Freizeit* (Wuppertal 1980) 207–222. Ein weniger dramatisches Bild über den Kulturkampf im Ruhrgebiet skizziert Brepohl, *Industrievolk*, 133 ff. (Bemühen der Bevölkerung, „eine Sicherung um den Bereich des Kulturkampfes zu schaffen“).

<sup>21</sup> Berger, *Arbeiterbewegung*, 265, 277; Denk, *Arbeiterbewegung*, 138.

den dem Gesamtverband angeschlossenen evangelischen Vereinen der Arbeiteranteil 60–65%, was etwa dem Anteil von 1895 entsprach<sup>22</sup>.

Das soziale Milieu der konfessionellen Arbeitervereine war also nicht einheitlich. Wie ihre regionale Verdichtung in Rheinland-Westfalen zeigt, können sie aber nicht zur Gänze einem Milieu zugeschlagen werden, das gegenüber der Industrialisierung und Urbanisierung „rückständig“ blieb. Diese soziologische Charakterisierung, üblicherweise besonders im Hinblick auf den Katholizismus ausgesprochen, trifft nur einen Teil der Wirklichkeit. Gleichwohl versammelten die Vereine insgesamt gesehen und in der Frühzeit wohl noch mehr als in den späteren Jahren das handarbeitende „Volk“ oder die „kleinen Leute“. Ein älteres, noch keineswegs untergegangenes Selbst- und Fremdverständnis des „Arbeiters“ konnte damit übereinstimmen. In den evangelischen Vereinen war der „Volks“-Charakter ein ausdrückliches Organisationsziel, das in den Programmen von 1893 und 1906 durch die Integration von Zielen der „mittelständischen“ Handwerkerpolitik unterstrichen wurde<sup>23</sup>. In den katholischen Vereinen resultierte er auch aus organisatorischen Traditionen; nicht wenige waren gewissermaßen nur umgetaufte ältere „Männervereine“. In beiden Konfessionen kam im übrigen dem „Volks“-Charakter der Vereine die überlieferte religiös-moralische Liberalismus- bzw. Kapitalismuskritik entgegen, die nicht von der spezifischen Lage des Lohnarbeiters ausging. Sie lebte vermutlich lokal noch lange weiter neben der „modernen“, schon auf die besondere Arbeiterlage bezogenen Programmatik der Verbandsführungen und hat deren Bemühungen um eine Zentralisierung der Verbandsleistungen und eine spezifische Standesbildung behindert. In diesen Hemmnissen kam freilich die parochiale Orientierung der Vereine ebenso zum Ausdruck wie die bremsende Rolle der Nichtarbeiter und der bürgerlichen Ehrenmitglieder.

### III

Die bürgerlichen „Ehrenmitglieder“ – Arbeitgeber, Beamte, Gebildete, Geistliche, kurz: das lokale Honoratiorentum – sollten nach den Motiven der Gründer eine entscheidende Rolle in den konfessionellen Arbeitervereinen spielen. Wie Franz Hitze, der tatkräftigste Anreger der katholischen Arbeitervereinsbewegung, 1884 auf dem Katholikentag, der auch eine Empfehlung zur Gründung von Arbeitervereinen verabschiedete, sagte:

<sup>22</sup> Diese Details nach: *Denk*, Arbeiterbewegung, 30 f.; *A. Ludwig*, Das kirchliche Leben der evangelisch-protestantischen Kirche des Großherzogtums Baden (Evangelische Kirchenkunde 3, Tübingen 1907) 195; *Soziale Praxis. Zentralblatt für Sozialpolitik* 14 (1904/05) 1057 (für Württemberg); *Paul Dreus*, Das kirchliche Leben der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche des Königreichs Sachsen (Evangelische Kirchenkunde 1, Tübingen 1902) 337; Schätzungen für den Gesamtverband: *Feyerabend*, Arbeitervereine, 190 ff.; *Die Hilfe* 2 (1896) Nr. 12, 4.

<sup>23</sup> Vgl. *A. Just*, Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. Seine Geschichte und seine Arbeiten (Gütersloh <sup>2</sup>1913) 16, 43.

„So reichen sich im Arbeiter-Verein Besitzende und Arbeiter die Hand: die Besitzenden fördern den Verein durch materielle Unterstützung, durch Teilnahme an den Festen, durch gelegentliche Übernahme von Vorträgen, durch praktischen Rat, kurz sie treten hier den Arbeitern näher. So ist die soziale Kluft überbrückt, ist der gemeinsame Boden gefunden, wo der Hauch christlicher Liebe die Kälte der Herzen löst.“<sup>24</sup>

In ähnlicher Weise wurde auch in den evangelischen Arbeitervereinen die Teilnahme bürgerlicher Ehrenmitglieder begründet und (allerdings nicht ganz so detailliert) wie in den katholischen Vereinen statutarisch verankert<sup>25</sup>. Sie gehörten entweder zum Vereinsvorstand oder bildeten einen besonderen Vereins- oder Ehrenrat, dessen Mitwirkung insbesondere bei Entscheidungen vermögensrechtlicher Art und bei Statutenänderungen gesichert war. Diese herausgehobene Stellung lag im sozialetischen Ziel der Klassenharmonie ebenso begründet wie in der älteren patriarchalischen Herrenmoral. Die Auflösung dieser Moral durch den liberalen Individualismus galt als *eine* Ursache der „sozialen Kluft“, so daß ihre religiöse Neubegründung notwendig schien. Dabei wurden jedoch charakteristische sozialpsychologische Umdeutungen des Patriarchalismus – vermutlich analog der „modernen“ emotionalen Stilisierung des Familienvaters – in ein Verhalten persönlichen Wohlwollens vorgenommen, die indirekt den Gleichheitsanspruch von unten widerspiegeln. Hitze forderte die persönliche Kommunikation zwischen Arbeitern und Bürgern in erzieherischer Absicht: in der „Unterhaltung, die veredelnd wirkt“, durch den Verkehr mit „gebildeten Männern“ und „höher Gestellten“ erfahre der Arbeiter, „daß die christliche Arbeit noch in Ehren steht“ und werde „stolz auf seinen Verein“<sup>26</sup>. Ähnlich betonte Pastor Deutmoser aus Gelsenkirchen in einer programmatischen Schrift, daß der „soziale Standpunkt“ des evangelischen Arbeitervereins, der „Ausgleich“ mit den Unternehmern erst durch die Anerkennung gleichsam der Gesellschaftsfähigkeit des Arbeiters als Ausdruck seiner Menschenwürde erreicht werde. Dieser verlange „nicht immer: mehr Geld. Er sehnt sich nach Gerechtigkeit und Wohlwollen, nach freundlichem Entgegenkommen und herzlicher Teilnahme“. Und einen Bergmann zitierend, unterstrich er, daß selbst großzügige Spenden, aus herablassender Distanz geschenkt, wie „kaltes Wasser“ wirkten<sup>27</sup>.

Angesichts dieser hohen Erwartungen an die klassenüberbrückende Funktion der Ehrenmitgliedschaft wirken die in den Quellen und in der Literatur auffallend spärlichen Hinweise auf die tatsächliche Rolle der Ehrenmitglieder ernüchternd. Es ist nicht einmal sicher, ob alle Vereine solche hatten. Jedenfalls gaben von 41 katholischen Arbeitervereinen in der Erzdiözese Köln im Jahre 1888 nur 21 Vereine Ehrenmitglieder an. Über ihre Zahl und ihren sozialen Status ist bislang nur für den Süddeutschen Verband katholischer Arbeitervereine mehr als Zufälliges bekannt. Hier machten im Jahre 1900 die Ehrenmitglieder 12,4% und im Jahre 1912 16,3% aller Vereinsmitglieder aus. Hauptsächlich waren es Handwerksmeister und Beamte, in kleineren Gemeinden auch Geschäftsleute und vereinzelt Bauern. In Kölner Arbeiter-

<sup>24</sup> Hitze, Bedeutung und Aufgabe katholischer Arbeiter-Vereine (1884), in: Texte zur katholischen Soziallehre, Bd. 2/2, 383.

<sup>25</sup> Vgl. die Statuten in: ebd., 412 ff.; Deutmoser, Arbeitervereine, 28 ff.; Feyerabend, Arbeitervereine, 245 ff.

<sup>26</sup> Hitze (wie Anm. 24).

<sup>27</sup> Deutmoser, Arbeitervereine, 17, 25.

vereinen stellten die Ehrenmitglieder zwischen 10 und 50% der Mitglieder; über ihren sozialen Status ist nichts bekannt. Im Aachener Arbeiterverein der frühen 1890er Jahre standen 150 ordentlichen 76 Ehrenmitglieder gegenüber, darunter 37 Geistliche. Zur gleichen Zeit kamen in Bochum und Wattenscheid Ehren- und Vorstandsmitglieder aus dem Mittelstand: je ein Schneidermeister, Bäcker und Friseur sowie zwei Gastwirte. Weil es das Ansehen des Vereins hob, wurde auch auf prominente, nicht lokal ansässige Ehrenmitglieder Wert gelegt; so gehörten z. B. dem Augsburger Verein die Zentrumspolitiker Windthorst und Jörg an<sup>28</sup>.

Noch weniger ist über die Ehrenmitglieder in den evangelischen Arbeitervereinen bekannt. Der Gelsenkirchener Verein zählte ein Jahr nach seiner Gründung (1882) 279 aktive und 120 Ehrenmitglieder, der Kölner Verein im Jahre 1909 143 „fördernde“ gegenüber 536 ordentlichen Mitgliedern. Vermutlich spielten – entsprechend den Hinweisen auf die soziale Zusammensetzung der Vereine und der Vereinsvorsitzenden – Beamte, mittelständische Handwerker und Kaufleute die Hauptrolle. Vereinzelte sind (vor allem im Ruhrgebiet und in der Pfalz, wo liberale Pastoren aus kirchenpolitischen Gründen den Arbeitervereinen mißtrauisch gegenüberstanden) Unternehmer als aktive Förderer des Vereinslebens zu erkennen<sup>29</sup>.

Insgesamt konnten Ehrenmitglieder natürlich nur aus dem kirchentreuen Bürgertum gewonnen werden, das im katholischen Bereich wohl zahlreicher war als in den häufig „kleinbürgerlichen“ Gemeinden der evangelischen Kirchen. Hier engte sich das Rekrutierungsfeld infolge kirchenpolitischer und theologischer Differenzen weiter ein, zumal die evangelischen Arbeitervereine einen „pietistischen“ Ruf hatten. Im Unterschied zu den Vereinen der Inneren Mission spielte der Adel<sup>30</sup> in den Arbeitervereinen offenbar keine Rolle. Nur einen geringen Einfluß besaßen vermutlich auch die Freikirchen und Sekten, die, soweit sie Arbeiter ergriffen, eher eine Alternative darstellten zu den im Kirchenmilieu sich bewegenden Arbeitervereinen<sup>31</sup>.

Das tatsächliche Verhalten der Ehrenmitglieder – soweit erkennbar – erweckt den Eindruck, daß der sozialpsychologisch erweiterte Patriarchalismus nur wenig wirksam und insofern die „soziale Kluft“ nur selten überbrückt wurde. Die wesentlichen Leistungen der Honoratioren waren offenbar ihre hohen Mitgliedsbeiträge und Spenden. Im katholischen Arbeiterverein zu Köln zahlten die ordentlichen Mitglieder einen monatlichen Beitrag zwischen 10 und 20 Pfennig, die Ehrenmitglieder hingegen einen

<sup>28</sup> Angaben nach: *Berger*, Arbeiterbewegung, 262; *Denk*, Arbeiterbewegung, 100, 400 ff.; *Broch*, Arbeitervereine-Köln, 17; *Bers*, Arbeitervereine-Aachen, 13; *Crew*, Bochum, 117.

<sup>29</sup> *Brakelmann*, Anfänge, 47; *Feyerabend*, Arbeitervereine, 185 ff.; *Hans Schack*, Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens der ersten evangelischen Arbeitervereine Gelsenkirchen und Schalke (o. O. 1907) 1 ff. (Liste der Vereinsvorstände); *Denk*, Arbeiterbewegung, 29 f., 44 ff.

<sup>30</sup> Vgl. das Verzeichnis der Vereine und ihrer Vorsitzenden im Jahre 1906, in: Theologisches Jahrbuch auf das Jahr 1906, hrsg. von *J. Schneider* (Gütersloh 1896) 237 ff.

<sup>31</sup> Das gilt vielleicht nicht für Sachsen, besonders für die Zwickauer Industrieregion, die auffälligerweise nicht nur eine Hochburg der SPD, sondern auch der evangelischen Arbeitervereine und von protestantischen Sekten war. Mögliche Verflechtungen sind jedoch noch nicht erforscht. Vgl. *Drews*, Kirchliches Leben – Sachsen, 336 ff., 351, 353 f.; *Herbert Dierkes*, Die evangelisch-soziale Bewegung und die sozialdemokratischen Arbeiter 1896–1914 (Diss. Freiburg 1949) 114 ff.

Jahresbeitrag von 10 Mark<sup>32</sup>. Angesichts des sparsamen Aufwandes der ordentlichen Mitglieder – nicht zuletzt, um sich von den angeblich die Arbeitergroschen verprasenden Sozialisten zu unterscheiden – blieben die Vereine in ihren Ausgaben für Unterstützungsleistungen, Bibliotheken, Mieten, Häuser und die kostspieligen Vereinsfahrten auf die Leistungen der Ehrenmitglieder angewiesen, die evangelischen Vereine angeblich sogar auf „Schritt und Tritt“<sup>33</sup>. Insbesondere die Vereinshäuser, die über ihren praktischen Nutzen hinaus auch eine symbolisch-repräsentative Funktion besaßen, wurden wesentlich durch Schenkungen finanziert, obwohl die „Opferfreudigkeit“ der Arbeiter selber nicht zu vernachlässigen ist<sup>34</sup>. Daneben findet sich die individuelle Unterstützung, z. B. durch die Spende der Konfirmationskleidung für die Kinder von Vereinsmitgliedern<sup>35</sup>. In den konfessionellen Arbeitervereinen setzte sich also die bürgerliche Wohltätigkeitspflege fort, die in Gestalt der evangelischen „Inneren Mission“ und der katholischen Orden sowie Vinzenz-Vereine die erste praktische Reaktion der Kirchen auf die „soziale Frage“ gewesen ist<sup>36</sup>. Materiell sollte man das Spendenaufkommen wenigstens im allgemeinen nicht unterschätzen, zumal es im späten 19. Jahrhundert bedeutend anwuchs. So stieg z. B. die Summe der Schenkungen und Vermächtnisse für die evangelische Kirche in Altpreußen von 1,64 Millionen Mark im Jahrzehnt 1875/85 auf 4,25 Millionen Mark im Jahrzehnt 1897/1907<sup>37</sup>. Durch regelmäßige Leistungen der Ehrenmitglieder verlor die Wohltätigkeit zwar vielleicht ihren Almosencharakter, aber sie erlaubte auch weiterhin, scheint es, den Arbeiter als bloß Bedürftigen zu behandeln, mit dem man den gesellschaftlichen Umgang mied.

Die Bürger pflegten eine traditionelle patriarchalische Caritas gleichsam im Hintergrund. Daß dadurch die soziale Distanz zwischen den Personen nicht überwunden wurde, ist aus wiederholten Klagen in der von Geistlichen redigierten Vereinspresse

<sup>32</sup> *Broch*, Arbeitervereine – Köln, 17.

<sup>33</sup> *Feyerabend*, Arbeitervereine, 147.

<sup>34</sup> Vgl. am Beispiel Köln und Frankfurt/M.: *Broch*, Arbeitervereine – Köln, 79; *Feyerabend*, Arbeitervereine, 147. Allerdings ist unbekannt, wie viele Vereine eigene Häuser hatten. Eine „einzig“ dastehende „Opferfreudigkeit“ der katholischen Arbeiter in Duisburg betonte Franz Wieber, der Gründer und Führer der Christlichen Metallarbeitergewerkschaft, besonders in der „Kampfperiode“ des Arbeitervereins gegen das lokale Bürgertum. Vgl. 25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung 1899–1924. Festschrift (Berlin 1924) 174. In diesem Zusammenhang ist ein Hinweis in der „Cölner Korrespondenz“ von 1892, der Zeitschrift für die Präsidien der katholischen Arbeitervereine, bemerkenswert. Unter den Arbeitern der katholischen Städte Westdeutschlands finde man Armut, aber keine „Greuel des Elends“; das sei eine Folge der „großen katholischen Mildtätigkeit, namentlich der ‚kleinen Leute‘, die etwas mehr als das Notwendige haben“. Zitiert nach *Vogt*, Arbeiterbildung, 397.

<sup>35</sup> Vgl. *Lutz Niethammer* (Hrsg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet (Berlin 1983) 54.

<sup>36</sup> Vgl. exemplarisch: *Erwin Gatz*, Kirche und Krankenpflege im 19. Jahrhundert. Katholische Bewegung und karitativer Aufbruch in den preussischen Provinzen Rheinland und Westfalen (München 1971); *Victor Conzemius*, Frédéric Ozanam. Solidarität statt Klassenkampf (Freiburg/Schweiz 1983).

<sup>37</sup> Religion in Geschichte und Gegenwart (1. Auflage, Tübingen 1909) Bd. 3, 1490 f. Das meiste davon ging wohl in den Kirchen-, Gemeindehaus- und Krankenhausbau. Vgl. als Beispiel: *Ernst Brinkmann*, Die evangelische Kirche im Dortmunder Raum in der Zeit von 1815 bis 1945 (Dortmund 1979) 37 ff.

ebenso zu schließen wie aus vereinzelt greifbaren Beschwerden von Arbeitern. In den „Jahresberichten“ der evangelischen Vereine von 1907 wurde die „Zurückhaltung“ der Ehrenmitglieder gegenüber dem gewöhnlichen Vereinsleben und die „vornehme Kälte der oberen Klassen“ angeprangert. 1909 hob man die „Ehre“ von evangelischen Arbeitern in Frankkurt hervor, die „trotz des Drucks von unten und der noch viel schwerer zu ertragenden satten Gleichgültigkeit von oben treu zu ihrer Sache stehen“ würden<sup>38</sup>. Ein nicht minder scharfes Licht auf das Verhalten von Bürgern fiel in den katholischen Vereinen gerade angesichts der Bemühungen, die Arbeiter zu einem gleichberechtigten „Stand“ zu erziehen. In den Blick geriet der Dünkel nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Vereine. Im Organ des Süddeutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine hieß es 1908:

„Mancher, der sich großmütig hat als Ehrenmitglied einschreiben lassen, glaubt wunder was über seine Pflicht getan zu haben, wenn er seinen Nickel bezahlt, vielleicht gar noch bei sozial fortschrittlichen Anträgen bremst, um die Arbeiter, die doch geleitet werden müssen, vor der Revolution zu bewahren, im übrigen aber sich als unnahbar zeigt, um den Autoritätsbegriff hübsch warm zu halten.“<sup>39</sup>

Solche Stimmen waren ein Echo der Erbitterung von einfachen Mitgliedern. Nach dem Bergarbeiterstreik von 1905 machte ein evangelischer Arbeitersekretär seiner tiefen Enttäuschung Luft: Was sich mit „besonderem Nachdruck“ evangelisch nenne, „ist in der Hauptsache unsozial, wenigstens, soweit es sich um die sogenannten höheren Stände handelt“<sup>40</sup>. 1907 proklamierte die Vertreterversammlung der evangelischen Arbeitervereine Rheinland-Westfalens vor der preußischen Landtagswahl die Stimmenthaltung und insbesondere den Stimmenboykott gegenüber der nationalliberalen Partei, weil diese keine Arbeiterkandidaten zulassen wollte. Das wurde als eine „Verspottung“ der Intelligenz von Arbeitern empfunden, zumal das Zentrum zu dieser Zeit schon eine Reihe von Arbeiterkandidaten aufstellte<sup>41</sup>. Anders betrachtet sind diese Stimmen ein Zeichen des gestiegenen Selbstbewußtseins katholischer und evangelischer Arbeiter, das freilich in erster Linie wohl durch die Christlichen Gewerkschaften genährt wurde. Bezeichnenderweise kritisierten diese in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg auch die soziale Struktur der Arbeitervereine. Die Präsesverfassung und Mitgliedschaft von Nicht-Arbeitern galt ihnen nicht mehr als ein soziales Gütesiegel, sondern als ein Hindernis für die weitere Ausbreitung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung<sup>42</sup>.

Auf das Verhalten von zwei Gruppen des Bürgertums, die akademisch Gebildeten und die Unternehmer, ist noch besonders hinzuweisen, weil sie für die Zielsetzungen der konfessionellen Arbeitervereine, die Arbeiterbildung und die Harmonie zwischen

<sup>38</sup> Zitiert nach *Feyerabend*, Arbeitervereine, 195 f., 217.

<sup>39</sup> Zitiert nach *Berger*, Arbeiterbewegung, 205; vgl. *Denk*, Arbeiterbewegung, 134.

<sup>40</sup> Zitiert nach *Günter Brakelmann*, Evangelische Pfarrer im Konfliktfeld des Ruhrbergarbeiterstreiks von 1905, in: *Reulecke und Weber* (Hrsg.), Fabrik – Familie – Feierabend, 297–314, hier 313.

<sup>41</sup> Soziale Praxis 17 (1907/08) 896. Zu den Arbeiterkandidaturen im Zentrum vgl. *Wilfried Loth*, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands (Düsseldorf 1984) 97, 123 f.; *Berger*, Arbeiterbewegung, 264, 277.

<sup>42</sup> *Berger*, Arbeiterbewegung, 61; *Denk*, Arbeiterbewegung, 136.

Kapital und Arbeit, besonders wichtig waren. Die Gründung evangelischer Arbeitervereine besonders nach 1890 war tatsächlich getragen von einem hoffnungsvollen, ja enthusiastischen Aufbruch unter protestantischen Bildungsbürgern. Eine neue Generation von jungen Geistlichen und Studenten vereinigte sich 1890 im Evangelisch-sozialen Kongreß mit Professoren und hohen Beamten, um im Spannungsfeld von Theologie, Nationalökonomie und Zeitgeschichte neue Wege für die soziale Aufgabe der Kirche und die Sozialreform insgesamt zu suchen. Regionale Komitees sollten die Kongreßdebatten in die Breite und auch in die Arbeitervereine tragen; Max Weber z. B. war ein Mitglied des Kongresses und hielt Vorträge über die „nationalen Grundlagen der Wirtschaftslehre“ im evangelischen Arbeiterverein von Frankfurt a. M.<sup>43</sup>. Seinen politischen Kulminationspunkt erreichte dieser „Sozialismus der Gebildeten“<sup>44</sup> 1894 in einer stark von Max Weber beeinflussten, auf das Herz Preußens zielenden Debatte über den Großgrundbesitz und die Koalitionsfreiheit für Landarbeiter. Damit verbunden wurde die Aufforderung, Vereine für Landarbeiter unter der Führung von Geistlichen zu gründen als Vorstufe zu einer „geordneten Vertretung der Klasseninteressen“<sup>45</sup>. Ansätze dazu führten zur Maßregelung von Geistlichen und zu dem berühmten Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrates im Dezember 1895. Dieser trat der „Agitation“ der Pastoren entgegen und verwies sie in die Schranken der nur scheinbar politikfernen Seelsorge zugunsten des preußischen Status quo mit den Leitbegriffen: „Gottesfurcht, Königstreue, Nächstenliebe“<sup>46</sup>. So erlahmte der Schwung des Evangelisch-sozialen Kongresses, da gleichzeitig eine politische Polarisierung zwischen den mit dem preußischen Konservatismus verbundenen „Christlich-sozialen“ um Stoecker und den „Evangelisch-sozialen“ um Naumann einsetzte. Letztere wollten „Ernst machen mit der Anwendung der sittlichen Ideen des Christentums“ auf das „gesamte öffentliche Leben und besonders die ökonomischen Gebilde“<sup>47</sup> und forderten eine neue parteipolitische Option im Schnittpunkt von Christentum, Sozialismus und Nationalismus. Der theologisch-politische Streit dieser Gruppen ergriff auch die evangelischen Arbeitervereine und bestimmte hier die Auseinandersetzungen über die Gewerkschaften. Sowohl im Evangelisch-sozialen Kongreß als auch im Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine endete der Streit zwischen diesen Richtungen ergebnislos mit dem Auszug der beiden Gruppen. Neben den genannten Organisationen sammelten sich die „Christlich-sozialen“ in der Freien kirchlich-sozialen Konferenz (gegründet 1897) und die „Evangelisch-sozialen“ im Nationalsozialen Verein Naumanns (1896–1903), der stark von protestantischen Geistlichen mitgetragen

<sup>43</sup> Zum oft beschriebenen Evangelisch-sozialen Kongreß vgl. zuletzt: *Rüdiger vom Bruch*, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890–1914) (Husum 1980) 159 ff.; *Eric I. Kouri*, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage. Zur Sozialpolitik im Bildungsbürgertum (Berlin 1984) 99 ff.; *Marianne Weber*, Max Weber. Ein Lebensbild (Tübingen 1926) 214.

<sup>44</sup> Vgl. zu diesem zeitgenössischen Ausdruck *vom Bruch*, Wissenschaft, 157 ff.

<sup>45</sup> Bericht über die Verhandlungen des fünften Evangelisch-sozialen Kongresses zu Frankfurt a. M. 1894 (Berlin 1894) 43–96, Zitat 94 (Max Weber); vgl. *Pollmann*, Kirchenregiment, 118 ff.

<sup>46</sup> Vgl. *Pollmann*, Kirchenregiment; Abdruck des Erlasses in: *Brakelmann*, Kirche, 189 ff.

<sup>47</sup> So Paul Göhre auf dem fünften Evangelisch-sozialen Kongreß; vgl. Verhandlungen (wie Anm. 45) 61.

wurde<sup>48</sup>. Obwohl die Verbindungen nicht gänzlich abrissen, ging durch die Spaltungen den evangelischen Arbeitervereinen viel intellektuelles Potential verloren. Darüber hinaus flaute mit dem Chauvinismus seit den späten 1890er Jahren der „soziale Eifer“ der Gebildeten ab. Symptomatisch für diese Lage war ein Appell des Sekretärs des Evangelisch-sozialen Kongresses im Jahre 1910; er forderte die „gebildeten Stände“ auf, die „nicht immer geschickten“ Unterrichtskurse des Gesamtverbandes in „stärkerem Maße als bisher“ zu unterstützen<sup>49</sup>.

Undramatischer, dafür jedoch effektiver, in bezug auf die Teilnahme von Gebildeten aber eher noch enttäuschender entwickelte sich die Bildungsarbeit in den katholischen Arbeitervereinen und (damit verbunden) im Volksverein. Anders als bei den Protestanten vor allem in den frühen 1890er Jahren – und bezeichnend für die Außenseiterstellung der Katholiken in der akademischen Welt – schlug das Vortragswesen keine Brücke zur Universität. Die nationalökonomische und sozialpolitische Aufklärungsarbeit, der freilich die Werke der protestantischen Professoren des Vereins für Sozialpolitik zugrunde lagen, wurde in Mönchen-Gladbach, dem Hauptsitz des Volksvereins, von Theologen und Priestern konzipiert und formuliert, die sich durch entsprechende Studien kompetent gemacht hatten. Auch die in die Breite wirkenden Vorträge und Versammlungen wurden hauptsächlich durch Priester gestaltet, zunehmend aber auch durch geschulte Arbeiter, denen nach einem geflügelten Wort durch die Kurse in Mönchen-Gladbach „denken gelehrt“ worden war. August Pieper, der führende Kopf des Volksvereins, der wie Naumann die soziale Verpflichtung der Bildung betonte, appellierte wiederholt, meist aber vergeblich an katholische Akademiker, sich an der Arbeit des Volksvereins zu beteiligen. Die „Harthörigkeit der Oberschichten“ (Ritter) wurde auch nicht durch die „soziale Studentenarbeit“ überwunden, die der Priester Carl Sonnenschein 1907 initiierte, da diese teils marginal, teils akademisch introvertiert blieb<sup>50</sup>.

Gemessen am erklärten Vereinsziel, die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu fördern, fiel die Unterstützung der Unternehmer eher schwach aus. Selbst christlich motivierte, überkonfessionelle Unternehmervereinigungen wie der Bergische und Linksrheinische Verein für Gemeinwohl wahrten offenbar eine gewisse Reserve, teils vermutlich aus konfessionellen Gründen, wahrscheinlich aber vor allem deswegen, weil ihre Aktivitäten auf die betriebliche und kommunale Wohlfahrtspolitik zielten<sup>51</sup>. Der ausgesprochen „wirtschaftsfriedliche“ Evangelische Arbeiterbund, der 1901 nach einer Abspaltung vom Gesamtverband entstanden war und 1907 rund 10 000 Mitglieder im Ruhrgebiet zählte, lag hingegen ganz in der Hand des Fabrikanten und nationalliberalen Politikers Hermann Franken<sup>52</sup>. Umgekehrt hat Stumm-Halberg im Saar-

<sup>48</sup> Dieter Düding, *Der Nationalsoziale Verein 1896–1903* (München 1972) 47, 146 ff.

<sup>49</sup> Religion in Geschichte und Gegenwart, 1. Auflage, Bd. 2, 765. Die „sozialen Kurse“ seit 1903 hatten offenbar weniger Teilnehmer als ähnliche Veranstaltungen zwischen 1891 und 1895. Vgl. *Just*, Gesamtverband, 38; *vom Bruch*, Wissenschaft, 264 ff.

<sup>50</sup> Vgl. *Heitzer*, Volksverein, 32 ff., 49, 203, 208, 228 ff.; *Ritter*, Katholisch-soziale Bewegung, 228 ff., 490 (Zitat).

<sup>51</sup> *Richard Schneider*, Bürgerliche Vereinsbestrebungen für das „Wohl der arbeitenden Klassen“ in der preußischen Rheinprovinz im 19. Jahrhundert (Bonn 1967) 97 ff.

<sup>52</sup> *Schack*, Festschrift, 21 ff.

revier sowohl die evangelischen wie die katholischen Arbeitervereine kompromißlos bekämpft und durch seine aufsehenerregende Denunziation des „Pastorensozialismus“ als Wegbereiter der Sozialdemokratie die evangelische Arbeitervereinsbewegung – zumindest nach deren Selbstverständnis – stark behindert<sup>53</sup>. Andere Großunternehmen wie MAN in Augsburg oder Krupp protegierten die konfessionellen Arbeitervereine, jedoch nur solange, wie diese sich wirtschaftsfriedlich verhielten und noch keine „gelben“ Werkvereine als organisatorische Alternative vorhanden waren. Die Ausbreitung der großbetrieblichen Werkvereine gefährdete, obwohl primär gegen die freien Gewerkschaften gerichtet, vor allem die Existenz evangelischer Vereine. Ähnlich wie die gleichzeitig entstehenden „vaterländischen Arbeitervereine“ stellten die „Gelben“ in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg „eine der schwersten und heikelsten Fragen“ (Just) in den evangelischen Arbeitervereinen dar. Allein der Rheinisch-Westfälische Verband rang sich spät, nämlich 1913, zu einem Unvereinbarkeitsbeschluss durch, der allerdings dadurch entschärft wurde, daß die Werkvereinsmitglieder nur dann ausgeschlossen werden sollten, wenn sie im Arbeiterverein offen für den Werkverein agitierten. Eine ähnlich gequält-duldende Haltung gegenüber den „Gelben“ nahm im katholischen Bereich nur der offen gewerkschaftsfeindliche „Sitz Berlin“ ein, während in dem den Christlichen Gewerkschaften nahestehenden Westdeutschen Verband Werkvereinsmitglieder in der Regel ausgeschlossen wurden bzw. Doppelmitgliedschaften einen besonderen „Dispens“ erforderten<sup>54</sup>. Die Arbeitervereine gingen damit ihrerseits auf Distanz zu den Unternehmern, was in umgekehrter Weise für nicht wenige katholische Unternehmer schon früher und verstärkt seit 1908 zutraf. Seit der Verband „Arbeiterwohl“ nicht nur die Arbeitervereine, sondern auch die Christlichen Gewerkschaften förderte, zogen sich die Unternehmer „mehr und mehr“ aus ihm zurück (A. Pieper). Aus dem gleichen Grund schrumpfte die Beteiligung von Ehrenmitgliedern z. B. im Kölner Arbeiterverein. Am weitesten ging schließlich die 1908 gegründete „Deutsche Vereinigung“, in der sich „nationalkatholische“ Adelige, Industrielle und hohe Beamte vornehmlich aus dem Rheinland sammelten, die eine betont nationale Politik proklamierten, die eine entschlossene Absage an die Christlichen Gewerkschaften und die Unterstützung der gelben Werkvereine einschloß<sup>55</sup>.

<sup>53</sup> Pollmann, Kirchenregiment, 160 ff., 243 ff.; K.-M. Mallmann, Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung an der Saar (1848–1904) (Saarbrücken 1981) 133 ff., 316 ff.; Just, Gesamtverband, 20.

<sup>54</sup> Just, Gesamtverband, 75 ff. (Zitat: 75); Klaus Saul, Staat, Industrie und Arbeiterbewegung im Kaiserreich (Düsseldorf 1974) 133 ff.; Klaus Mattheier, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik (Düsseldorf 1973) 32 ff., 220 ff.

<sup>55</sup> Loth, Katholiken, 98 f., 125 f.; Broch, Arbeitervereine – Köln, 18; Saul, Staat, 158 ff.; zur Deutschen Vereinigung (1908–1933) vgl. Fricke u.a., Lexikon, Bd. 2, 404 ff.; zum Niedergang von „Arbeiterwohl“ vgl. ebd., Bd. 1, 98 f.

## IV

Die bisher zusammengetragenen Befunde über das distanzierte, kühle oder fehlende Verhältnis zwischen Bürgern und Arbeitern in den konfessionellen Arbeitervereinen wäre sicher zu weitgehend interpretiert, wollte man aus ihnen eine klare Trennung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft auch in den kirchlich geprägten Milieus folgern. Wie immer durchwachsen oder problematisch jenes Verhältnis war, eine elementare Funktion haben jene Vereine bis 1914 erfüllt: die antisozialistische Gemeinsamkeit zwischen Arbeitern und Bürgern zu formieren und die jeweilige parteipolitische Treue zu erhalten. Allerdings war auch im Zentrum, das sich am stärksten der christlichen Arbeiterbewegung öffnete, die Kooperation von Arbeiterführern und bürgerlichen Politikern nicht frei von Konflikten und am Vorabend des Krieges durch zunehmende Spannungen gekennzeichnet<sup>56</sup>. Dennoch bieten jene Befunde einen ausreichenden Grund zu der Frage, warum es nicht zu der angestrebten klassenübergreifenden persönlichen Kommunikation auf der Grundlage der gemeinsamen Religion bzw. Konfession kam. Hat jener neue Patriarchalismus ohne herrschaftliche Distanz, der gerade der „christlichen Liebe“ entspringen sollte, die Bürger überfordert?

Die Ursachen dafür können nicht nur im Interessengegensatz liegen, der insbesondere in der Gewerkschaftsfrage und in der Sozialpolitik zutage trat. In einigen Fällen sind deswegen zwar schwere Konflikte zu erkennen<sup>57</sup>, aber typisch scheinen sie nicht. Die Doppelorganisation in Arbeiterverein und Christlicher Gewerkschaft, die für dieses Konfliktpotential einen gewissen Indikator darstellt, war auch im Westdeutschen und Süddeutschen Verband katholischer Arbeitervereine, in denen die Verbandsführer die Doppelmitgliedschaft propagierten, keineswegs die Regel. Zwischen 1905 und 1911 waren in Süddeutschland nur ca. 14% aller Vereinsmitglieder (oder 23% der gewerkschaftlich Organisationsfähigen) zugleich Mitglieder in den Christlichen Gewerkschaften, in Westdeutschland je nach Diözese zwischen 28% und 33%, wobei im Ruhrgebiet der Anteil der doppelt Organisierten lokal durchaus bis 50% steigen konnte<sup>58</sup>. Noch weit geringer war vermutlich die Rate der Gewerkschafter in den

<sup>56</sup> Zur Analyse von Heterogenität, Kooperation und Konflikt im Zentrum grundlegend: *David Blackburn*, *Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg Before 1914* (Wiesbaden 1980); *Loth*, *Katholiken*.

<sup>57</sup> Vgl. zum Konflikt im katholischen Arbeiterverein Duisburg: 25 Jahre christliche Gewerkschaften, 174 f.; *Tenfelde*, *Vereinswesen*, 338; zu Konflikten im evangelischen Arbeiterverein von Dorstfeld im Ruhrgebiet vgl. *August Siegel*, *Mein Lebenskampf*, in: *Tita Gaebme* und *Karin Graf*, *Rote Erde. Bergarbeiterleben 1870–1920* (Köln 1983) 117 f.; *Eckehart Lorenz*, *Protestantische Reaktionen auf die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Mannheim 1890–1933*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 16 (1976) 371–416, besonders 378 ff. zu einem Konflikt bei den Kirchenwahlen 1909, der durch das Auftreten eines nationalsozial orientierten Vikars und Arbeitervereins hervorgerufen wurde.

<sup>58</sup> *Denk*, *Arbeiterbewegung*, 328 ff.; *Schneider*, *Gewerkschaften*, 62; *Berger*, *Arbeiterbewegung*, 33, 38, 49 f.; *Tenfelde*, *Vereinswesen*, 333.

evangelischen Arbeitervereinen<sup>59</sup>. Das verweist auf Vorbehalte vieler Geistlicher auch gegen die Christlichen Gewerkschaften und darauf, daß für das gehemmte Engagement der Bürger in den konfessionellen Arbeitervereinen noch andere Faktoren eine Rolle gespielt haben.

Mit dieser Erweiterung der Fragestellung betritt man freilich das noch wenig bestellte Feld der inneren Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Kirchen in Deutschland. Die folgenden Überlegungen sind daher noch recht spekulativ und vorläufig. Unterstützt durch einen kurzen Blick auf England sollen sie die Hypothese begründen, daß in Deutschland für den erhofften Patriarchalismus ohne herrschaftliche Distanz auch kaum religiöse Traditionen vorhanden waren und ihm kirchensoziologische Hindernisse entgegenstanden.

Zwei Elemente der religiösen Tradition scheinen auch im England des späten 19. Jahrhunderts – trotz weitverbreiteter Indifferenz und Klassenspannungen innerhalb der Religionsgemeinschaften<sup>60</sup> – die Kooperation zwischen Liberalismus und Arbeiterschaft gestützt zu haben: Einmal das religiöse und sozialetische Erbe der Erweckungsbewegungen des 18. und frühen 19. Jahrhunderts, d. h. die gleiche subjektive Moral der Bekehrung, der individuellen Leistungsethik und der Solidarität in der religiösen Gemeinschaft. Vielleicht noch wichtiger war zum anderen die Verflechtung des englischen Liberalismus mit dem Kampf der Freikirchen um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung gegenüber der Staatskirche. Wie idealisiert auch immer, war dieses Bild von der „Wurzel englischer Freiheit und englischen sozialen Empfindens“ gerade bei sozialreformerisch bewegten deutschen Protestanten bis in die Bildungstätigkeit der evangelischen Arbeitervereine hinein als Vorbild wirksam<sup>61</sup>.

Das ist eine Trivialität in englischen, viel weniger aber in deutschen Augen. Insbesondere die Verflechtung jener Traditionen hat, scheint es, gemeinsame Wertmuster selbst bei unterschiedlichen Interessen möglich gemacht. Damit verbunden war im späten 19. Jahrhundert der Antiklerikalismus bei englischen Arbeitern wahrscheinlich weniger stark als bei protestantischen Arbeitern in Deutschland. Hier bildete er einen festen Bestandteil des Sozialismus, der aufgrund seiner gewissermaßen selber fundamentalistischen, „materialistischen“, „weltanschaulichen“ Aspekte eine Abwehr und Angst hervorrief, die es erlaubte, selbst bescheidene Ansprüche der Arbeiter als „Sozialismus“ zu brandmarken und diesen mit sittlicher Minderwertigkeit gleichzusetzen. „Die bürgerliche Gesellschaft“, schrieb Naumann 1893, „hat es lange Zeit verstanden, das Wort ‚Sozialdemokrat‘ mit einem Nebel von Grauen und Ehrenrührigkeit zu um-

<sup>59</sup> Es gibt nur lokale Zahlen aus Süddeutschland; danach betrug der höchste Anteil der doppelt Organisierten 9%, die infolge konfessioneller Spannungen mit den Christlichen Gewerkschaften auch eher in den Freien Gewerkschaften als in jenen organisiert waren. Vgl. *Feyerabend*, Arbeitervereine, 127.

<sup>60</sup> Wie das von der neueren Forschung stärker herausgearbeitet wurde; vgl. *Hugh McLeod*, *Religion and the Working Class in Nineteenth-Century Britain* (London 1984).

<sup>61</sup> *Helmut v. Gerlach*, *Erinnerungen eines „Junkers“*, in: *Die Weltbühne* 20 (1924) Teil I, 737. Zur Bedeutung Englands in den „sozialen Kursen“ der Freien kirchlich-sozialen Konferenz vgl. *Weber* (Hrsg.), *Handbuch*, 50 f., 56 f. Als meinungsbildende Schrift vgl. z. B. *Lujo Brentano*, *Die christlich-soziale Bewegung in England* (Leipzig 1883).

geben.<sup>62</sup> Wie realistisch war jedoch seine Hoffnung, daß dieser Nebel sich verziehe? Skepsis ist erlaubt, wenn selbst um Verständnis für die Sozialdemokraten und die Lage der Arbeiter bemühte Überlegungen eines soziologisch interessierten Theologen zu dem Schluß führten, „daß in der Industriearbeiterschaft sittliche Kräfte sich schwer entwickeln können“, da es an „gesundem Idealismus“, an „Selbstzucht (und) freudigem Streben“ fehle<sup>63</sup>. Diese moralische Kluft hat in Deutschland wohl auf die mögliche Interaktion zwischen kirchlichen Bürgern und Arbeitern abgefärbt und dem „korrekten Staatschristen (die) Vermischung mit dem gemeinen Volk (hier: den evangelischen Jünglingsvereinen, J. M.) standesunwürdig“<sup>64</sup> erscheinen lassen. Eine solche Haltung wurde vermutlich erleichtert durch den Ausbau der Diakonie, die das schlechte Gewissen erleichtern mochte. Wie tief die moralische Kluft gerade im religiösen Bürgertum ausgeprägt sein konnte, läßt das „Schuldbewußtsein“ gegenüber Arbeitern bei manchen „evangelisch-sozialen“ Protestanten in den 1890er Jahren erahnen, die dieses Bewußtsein in religiösen Zweifeln und psychischen Krisen abgearbeitet haben, deren emotionaler Aufwand dem methodistischen „revival“ wohl nahekam<sup>65</sup>.

Aber das ist vielleicht zu spekulativ. Auf sichererem Boden bewegt man sich, wenn man nach Äquivalenten für jene englischen religiös-politischen Traditionen in Deutschland fragt. Die Antwort ist kurz. Es gab keine vergleichbaren Traditionen, höchstens in Minderheitenströmungen und auch dann kaum in der englischen Verknüpfung von religiöser Bewegung und politischem Liberalismus.

Solche Minderheitenströmungen stellten die Deutschkatholiken und die „freien religiösen Gemeinden“ bzw. die protestantischen „Lichtfreunde“ dar. Diese Gruppen von liberalen Theologen mit einem zunächst meist „kleinbürgerlichen“ Anhang in den Städten lösten sich in den 1840er Jahren von Rom bzw. von der protestantischen Staatskirche und gingen – wenigstens in Sachsen – 1848 eine enge personelle Verflechtung mit der liberalen und demokratischen Verfassungsbewegung, seit den 1860er Jahren auch mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ein. In den deutschkatholischen Gemeinden Sachsens um 1900 (rund 2000 Mitglieder) bestimmten Arbeiter und Sozialdemokraten den Ton. Nicht selten lebte diese Tradition in den proletarischen Freidenkern weiter. Das verweist darauf, daß sie keine *religiöse* Brücke

<sup>62</sup> Friedrich Naumann, Unsere Stellung zur Sozialdemokratie, in: Die Christliche Welt. Evangelisch-Lutherisches Gemeindeblatt für Gebildete aller Stände 7 (1893) 938.

<sup>63</sup> Drews, Kirchliches Leben – Sachsen, 337.

<sup>64</sup> Gerlach, Erinnerungen, 737.

<sup>65</sup> Zwei Beispiele: Nach dem Besuch einer offenbar sozialdemokratischen Arbeiterversammlung, die sie mit „Furcht und Herzklopfen“ betreten hatte und während der sie infolge einer „Erregung, die mir unerklärlich ist“, unfähig war zu sprechen, schrieb eine Frau: „Eins ist mir jetzt in diesen letzten stillen Wochen klar geworden: Wir sind keine Christen ... Warum habe ich Reisen gemacht und meine Waschfrau nicht?“ Zuschrift an: Mitteilungen des Evangelisch-sozialen Kongresses 3 (1894) Nr. 3, 9. Der junge Theologe Paul Göhre begriff anfangs seine Entdeckungsreise in den Arbeiteralltag als „Fahrt ins Dunkle“ und litt danach, einem Freund zufolge, Monate lang an körperlicher Erschöpfung, Waschzwang und einem „vervielfachten Bedürfnis nach Komfort“. Paul Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche (1891), neu hrsg. von Joachim Brenning und Christian Gremmels (Gütersloh 1978) 128 f. Göhre gehörte zur Gruppe evangelischer Pfarrer, die aktive Mitglieder der SPD wurden. Vgl. Pollmann, Kirchenregiment, 291.

zwischen Bürgern und Arbeitern schuf. Die Verbindung, die sie stiftete, stand vielmehr im Zeichen der sich säkularisierenden Bildung und des deutschen Idealismus. Die Deutschkatholiken wie die Freireligiösen wurden in ihrer Entwicklung durch die Schübe der Kirchen-, Bibel- und Religionskritik überhaupt geprägt und verzichteten zunehmend auf die christliche Symbolik. Die sächsischen Deutschkatholiken z. B. taufeten um 1900 nicht mehr im Namen Gottes, sondern im Namen des „Weltgeistes“<sup>66</sup>.

Bis in die Spannungen innerhalb der evangelischen Arbeitervereine reichte hingegen eine andere protestantische Tradition hinein, die zunächst „englisch“ erscheint, die neopietistische Erweckungsbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diese Bewegung, die nach 1850 in die lutherische Orthodoxie und in die Innere Mission mündete, war – regional unterschiedlich – hauptsächlich eine Angelegenheit von Teilen der Geistlichkeit, des Adels und der ländlichen Unterschichten; nur im Wuppertal beteiligte sich auch das Bürgertum. Die neopietistische Subjektivierung der Religion – die in katholischen Frömmigkeitsbewegungen Parallelen hatte – war ein begrenzter Schritt zur Emanzipation der Unterschichten aus ihrer ständischen Inferiorität. Die Armen gewannen ein religiöses Selbstbewußtsein und klagten damit eine patriarchalische Sozialethik ein. Der Neopietismus schreckte aber wegen seiner abgläubischen Formen und seinem „unvernünftigen“ Bibelglauben nicht nur die Gebildeten ab; auch den Unternehmern war er unangenehm. Die „Genauigkeit“ der pietistischen Berufsethik z. B. bei der Lohnabrechnung hat Bielefelder Unternehmern 1878 die pietistischen Arbeiter als „ebenso gefährlich“ erscheinen lassen wie die Sozialdemokraten<sup>67</sup>.

Politisch noch wirksamer war ein anderer Aspekt. Die Erweckungsbewegung war im Unterschied zu den meisten Erweckungsbewegungen in England von Anfang an politisch konservativ, insbesondere monarchisch und preußisch-konservativ und damit

<sup>66</sup> Vgl. *Jörn Brederlow*, „Lichtfreunde“ und „Freie Gemeinden“. Religiöser Protest und Freiheitsbewegung im Vormärz und in der Revolution 1848/49 (Wien 1976); *G. Kolbe*, Demokratische Opposition in religiösem Gewande und antikirchliche Bewegung im Königreich Sachsen. Zur Geschichte der deutschkatholischen und freien Gemeinden sowie freireligiösen Vereinigungen von den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts bis um 1900 unter besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zur kleinbürgerlich-demokratischen und Arbeiterbewegung (Diss. Leipzig 1964); vgl. ferner die biographischen Abrisse bei *Toni Offermann*, Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863, 155, 292 ff., 374 ff.; *Hartmann Wunderer*, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933) (Frankfurt 1980) 55 ff. (zu den Freidenkern).

<sup>67</sup> Jahresbericht der Handelskammer Bielefeld für das Jahr 1878 (Bielefeld 1878) 22, 32. Zum regionalen Hintergrund und den sozialen Ursprüngen der Erweckungsbewegung in dieser Region vgl. *Josef Mooser*, Religion und sozialer Protest. Erweckungsbewegung und ländliche Unterschichten im Vormärz am Beispiel von Minden-Ravensberg, in: *Heinrich Volkmann* und *Jürgen Bergmann* (Hrsg.), Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung (Opladen 1984) 304–324; allgemein vgl. *William O. Shanahan*, Der deutsche Protestantismus vor der sozialen Frage 1815–1871 (München 1962); zur katholischen Frömmigkeitsbewegung vgl. *Roger Aubert*, Entwicklung der Frömmigkeitsformen, in: *Hubert Jedin* (Hrsg.), Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. 6/1 (Freiburg 1971) 662 ff.; *Oskar Köbler*, Formen der Frömmigkeit, in: ebd., Bd. 6/2 (Freiburg 1973) 265 ff.

kompromißlos antiliberal, etwas weniger stark antikapitalistisch, mit staatssozialistischen Tendenzen, die noch Stoecker prägten<sup>68</sup>. Stoecker repräsentierte diese Tradition in den evangelischen Arbeitervereinen und hat damit wegen seiner Bindung an den preußischen Konservatismus die politische Entwicklung der evangelischen Arbeitervereine in den entscheidenden Fragen der Gewerkschaftsorientierung und der Reform des Dreiklassenwahlrechts stark gehemmt, d.h. in den Fragen, wo zumindest die westdeutschen und süddeutschen katholischen Arbeitervereine zunehmend eine klare reformerische Linie verfolgten.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß aus der pietistischen Tradition bzw. aus der katholischen Frömmigkeitsbewegung vereinzelt Initiativen zur Gestaltung der industriellen Beziehungen nach christlichen Prinzipien hervorgingen. Die auch in England anzutreffenden Versuche zu einer „christlichen Fabrik“ blieben jedoch isoliert und haben in den konfessionellen Arbeitervereinen bezeichnenderweise keine Rolle mehr gespielt, obwohl Franz Brandts, der Leiter einer solchen „christlichen“ bzw. katholischen Textilfabrik in Mönchen-Gladbach zu den Gründerfiguren der katholischen Arbeitervereine zählte<sup>69</sup>.

Die politisch und schichtenspezifisch auseinanderdriftenden religiösen Bewegungen im Protestantismus, zu denen noch die bildungsaristokratische Religiosität im Gefolge des deutschen Idealismus gerechnet werden kann, mögen insbesondere die Distanz protestantischer Bürger gegenüber den Arbeitervereinen historisch plausibel machen. Wie aber verhält es sich mit der Distanz katholischer Bürger?

Jene moralische Kluft hat wohl auch sie in ihren Bann gezogen, zumal die Kirche keinen Zweifel am unchristlichen, ja satanischen Charakter des Sozialismus ließ<sup>70</sup>. Stärker als in der sozial quietistischen protestantischen Amtskirche wurde dies im katholischen Bereich jedoch aufgewogen durch den autoritativen Appell der Kirche an ihre Mitglieder, daß gerade und letztlich in entscheidender Weise die Kirche zur Lösung der „sozialen Frage“ aufgerufen sei, da die Hauptquelle allen Übels im Verfall der christlichen Tugenden liege. Der Verpflichtungscharakter dieser Lehre war hoch, weil dieses Selbstbewußtsein sich ausbildete in der „ultramontanen“ Kirche, d.h. in einer Kirche, die ihre Identität fand im „unfehlbaren“ Papst an der Spitze der Hierarchie, zentralistisch und übernational verfaßt war, nationalstaatskirchliche Bindungen abzuwerfen suchte und mit der geforderten „Freiheit der Kirche“ die ungehinderte Entfaltung ihrer Wirksamkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens anstrebte. Diese Kirche war extrem klerikal, in der die „Laien“, die Nicht-Priester, nur die Stellung von gehorsamen Untertanen einnahmen. Die Priester übten eine große mentale Macht

<sup>68</sup> *Walter Frank*, Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung (Hamburg 2 1935); *Karl Kupisch*, Adolf Stoecker, Hofprediger und Volkstribun (Berlin 1970).

<sup>69</sup> *Ritter*, Katholisch-soziale Bewegung, 64 f.; *Wolfgang Löhr*, Die Fabrikordnung der Firma Franz Brandts in Mönchen-Gladbach, in: *Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein* 178 (1976) 145–157; *Hans-Jürgen Teuteberg*, Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland (Tübingen 1961) 243 ff. Ein protestantisches Beispiel aus pietistischem Geist: *Wolfram Fischer*, Karl Mez (1808–1877). Ein badischer Unternehmer im 19. Jahrhundert, in: *ders.*, *Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung* (Göttingen 1972) 443–463.

<sup>70</sup> Vgl. als Beispiel das von *Bers*, Arbeitervereine – Aachen, 13 zitierte Wort: „der erste Sozialdemokrat, die Schlange im Paradiese“.

auch jenseits des engeren Bereichs der Seelsorge aus, zumal in Preußen-Deutschland, wo der Kulturkampf die katholische Minderheit innerhalb des Staates isolierte, gegen die Außenwelt zusammenschweißte und eine lange nachwirkende „Kulturkampfmoralität“ begründete. Diese drängte danach, das „gesamte öffentliche ... Leben in Kategorien der kämpferischen Auseinandersetzung zwischen dem ‚geistlichen‘ und dem ‚weltlichen‘ Bereich einzuordnen“<sup>71</sup>. Eine solche soziale Struktur der Kirche ermöglichte zwar die frühe, ungewöhnlich hohe politische Mobilisierung für die „katholische“ Partei; sie hatte jedoch eine Kehrseite, die Passivität gegenüber denjenigen Herausforderungen, die sich nicht den etablierten Mustern der Autorität, Zuständigkeit und Wichtigkeit einfügten. Mehrfach klagten die Führer des Volksvereins über die Indolenz des Kirchenvolkes gegenüber der Sozialpolitik: Die gläubigen Katholiken gehen zwar in den Gottesdienst und sammeln für den Missionsverein und die Caritas, „sie haben aber nur eine religiös-kirchliche Weltanschauung; was in diesen Horizont sich nicht unterbringen läßt, existiert für sie nicht, vermag auch nicht ihr Interesse zu wecken“<sup>72</sup>. Diese Mentalität behinderte vielleicht auch innerkirchliche Innovationen wie den Arbeiterstandesverein. Denn in den Augen des katholischen Bürgers und „Laien“ konnte dieser ja gerade als kirchlicher und religiöser Verein in den Händen des Klerus am besten aufgehoben sein, so daß unter Umständen ein eigenes Engagement nicht nur als überflüssig, sondern auch als eine Überschreitung der Kompetenz des „Laien“ erscheinen mochte.

Freilich war dieser ultramontane, extrem klerikale Katholizismus nicht der Katholizismus schlechthin. Seit etwa 1900 wurde auf mehreren Gebieten eine „reformkatholische“ oder „modernistische“ Bewegung zur „Laienemanzipation“ verstärkt wirksam, d. h. Bestrebungen, die Selbständigkeit und Selbstverantwortung des „Laien“ als Politiker, Künstler, Gelehrter, Gewerkschafter in seinem „weltlichen“ Tätigkeitsbereich zu steigern. Sie stieß jedoch auf den erbitterten Widerstand der konservativen Kräfte im Klerus und unter „Laien“, die den ultramontanen Katholizismus noch verhärteten zum „integralen“ Katholizismus<sup>73</sup>. Die katholische Arbeiterschaft war davon in besonderer Weise betroffen, da im sog. Gewerkschaftsstreit das Existenzrecht der Christlichen Gewerkschaften auf dem Spiel stand, was als eine Verdoppelung der sonstigen Diskriminierung von Arbeitern erfahren werden mußte<sup>74</sup>. Obwohl es dabei auch um

<sup>71</sup> Oswald v. Nell-Breuning, Katholizismus, in: Karl Gabriel und Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.), Zur Soziologie des Katholizismus (Mainz 1980) 24–38, hier 29; vgl. ferner die anderen Beiträge dieses Bandes; Werner K. Blessing, Staat und Kirche in der Gesellschaft. Institutionelle Autorität und mentaler Wandel in Bayern während des 19. Jahrhunderts (Göttingen 1982); Hubert Jedin, (Hrsg.), Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. 6/1 und 6/2; zur Stellung der „Laien“ besonders nachdrücklich, am Beispiel der Katholikentage: J. Horstmann, Katholizismus und moderne Welt. Katholikentage, Wirtschaft, Wissenschaft 1848 bis 1914 (München 1976) 23 ff.

<sup>72</sup> Zitiert nach Heitzer, Volksverein, 203.

<sup>73</sup> Zum „Modernismus“ bzw. Reformkatholizismus vgl. Roger Aubert, Die modernistische Krise, in: Jedin (Hrsg.), Handbuch, Bd. 6/2, 435–500; ein Überblick und zugleich Einblick in die „modernistische“ Mentalität: Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, 9 Bde. (Köln 1927–1932) hier Bd. 7, 156–377.

<sup>74</sup> Zum „Gewerkschaftsstreit“, der sich auf die nur mühsam abgewehrten Versuche von integralistischen Kreisen zuspitzte, ein päpstliches Verbot der Christlichen Gewerkschaften zu erwirken

eine organisatorische Alternative ging – ob die interkonfessionellen, „rein wirtschaftliche“ Ziele verfolgenden Gewerkschaften eine zuverlässige Organisation katholischer Arbeiter seien oder nur die konfessionellen, klerikal geleiteten Arbeitervereine mit primär religiösen Zielen –, war das Schicksal der Arbeitervereine, soweit sie nicht wie der Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) eine eindeutig „integralistische“ Position bezogen, gleichfalls ungewiß. Die genannten, besonders vom Volksverein getragenen Bemühungen um die „Standeserziehung“ der Arbeiter unterlagen ebenso dem Verdacht der unkatholischen Anpassung, ja der Häresie, wie die Christlichen Gewerkschaften. Dieser sehr grundsätzliche Streit konnte die konservativen Reserven gegen die Arbeitervereine (insbesondere beim Klerus) verstärken, aber auch „modernistische“ Vorbehalte wecken, in deren Licht sie als zu „konfessionell“ erschienen<sup>75</sup>. Wahrscheinlich gilt das besonders für katholische Bürger, für die der Reformkatholizismus auch eine elementare soziale Bedeutung hatte. Für sie bildete er einen „bürgerlichen Aufbruch“ zur Überwindung der schmerzlich empfundenen, tatsächlichen oder behaupteten „Inferiorität“, der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen „Rückständigkeit“ und damit gleichsam einen Wegweiser zum Aufstieg in die erfolgreiche bürgerliche – und protestantische – Gesellschaft der Wilhelminischen Zeit<sup>76</sup>. Und obgleich die christliche Arbeiterbewegung selber starke Züge dieser Anpassung enthielt, war auf jenem Weg der Bürger das Engagement für die Arbeiter wohl nicht das beste Empfehlungsschreiben. Die erwähnte „nationalkatholische“ Deutsche Vereinigung stellte vielleicht nur ein extremes Symptom dar.

So gesehen, wird etwas von dem – freilich begrenzten – emanzipatorischen Gehalt selbst der konfessionellen Arbeitervereine sichtbar. Nicht nur konnte der Arbeiterverein durch zahlreiche Trauergäste den Arbeitern ein ehrenvolles Begräbnis und Leichenzüge ermöglichen, die angeblich „oft ansehnlicher“ waren „als wenn bekannte reiche Bürger beerdigt werden“. Pastor Deutmoser, der dies als eine Errungenschaft des evangelischen Arbeitervereins in Gelsenkirchen hervorhob – gegenüber den früheren Zeiten, in denen „nur die Träger und allenfalls seine Hausleute“ hinter dem Sarg des Arbeiters einhergingen –, läßt nicht zuletzt mit seinem leicht beschwichtigenden Kommentar das Aufsehen und vermutlich die Verstörung erahnen, die diese Leichenzüge bei anderen hervorriefen: „Verachte das keiner, sofern sich darin wirkliche Herzensverbundenheit unter den Arbeitern kundgibt.“<sup>77</sup> Vielleicht kann man das verallgemeinern. Die Hemmung von Bürgern gegenüber dem geforderten Patriarchalismus ohne herrschaftliche Distanz läßt sich begreifen als Zaudern oder Zurückschrecken vor der Erfahrung, daß die Organisation der Arbeiter in „Standesvereinen“

und seinen Höhepunkt in der Enzyklika „Singulari quadam“ von 1912 fand, die eine nur sehr reservierte Duldung, aber ein Lob der katholischen Arbeitervereine aussprach, vgl. *Rudolf Brack*, *Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900–1914* (Köln 1976); *Schneider*, *Gewerkschaften*, 172 ff.; *Loth*, *Katholiken*, 232 ff.

<sup>75</sup> Diesen Grund für die mangelnde Beachtung der Arbeitervereine – mit Ausnahme der „höchsten Beamtenkreise“ – führte 1913 der Bezirkspräsident der Aachener Vereine an; *Bers*, *Arbeitervereine – Aachen*, 184.

<sup>76</sup> Vgl. *Blackbourn*, *Class*, 23 ff.; *Loth*, *Katholiken*, 74 ff.

<sup>77</sup> *Deutmoser*, *Arbeitervereine*, 21. Zur großen Bedeutung der Beerdigung bei katholischen Vereinen vgl. *Texte zur katholischen Soziallehre*, Bd. 2/1, 296, 299, 351.

selbst bei bescheidenen Zielen (was aber nicht immer der Fall war) auch innerhalb des kirchlichen Milieus eine soziale Klasse in die Öffentlichkeit und damit vor Augen führte, daß die Zeit der bürgerlichen Honoratiorengesellschaft abließ.

## V

Bei der Indolenz der Bürger lag die Gestaltung des durchaus rührigen Vereinslebens – zumindest im Winter waren wöchentliche oder vierzehntägige Versammlungen üblich – fast vollständig in den Händen der Geistlichen, und zwar in den lokalen Vereinen ebenso wie in den überlokalen Verbandsleitungen. In den katholischen Arbeitervereinen bestimmten die Statuten den geistlichen Präses kraft seines Seelsorgeramtes ausdrücklich zur wichtigsten Figur im Verein neben oder besser über dem gewählten Vereinsvorstand aus „Laien“<sup>78</sup>. Das war sonst noch in den katholischen Gesellenvereinen, nicht aber in anderen katholischen Standesvereinen die Regel und wurde dort, wo die Arbeitervereine aus der Umbildung von „Männervereinen“ hervorgingen, erst allmählich durchgesetzt, dann aber festgehalten gegen die insbesondere von Christlichen Gewerkschaftern geäußerte Kritik an der geistlichen Bevormundung<sup>79</sup>. Die evangelischen Arbeitervereine hingegen waren nicht konstitutiv klerikal verfaßt. Der dominierende Einfluß der Pastoren resultierte aus ihrer Gründerrolle, ihrer geistlichen Autorität und dem Bildungsvorsprung auch dann, wenn sie in den Lokalvereinen nicht mehr den Vorsitz innehatten. Das war 1912 in der Pfalz und in Baden nur noch in wenigen Vereinen (in 6% bzw. 3% der Vereine), häufiger in Hannover (33%), überwiegend aber noch in Ostpreußen und Schlesien (77% bzw. 68%) der Fall<sup>80</sup>. Die Spitzenpositionen der evangelischen Arbeitervereinsbewegung jedoch besetzten 1913/14 mehrheitlich Geistliche. In 15 von 18 Landes- und Provinzialverbänden, die dem Gesamtverband angeschlossen waren, hatten Geistliche den Verbandsvorsitz, und im zentralen „Ausschuß“ des Gesamtverbandes waren von 23 Mitgliedern 13 Geistliche

<sup>78</sup> Vgl. die Statuten in: *Texte zur katholischen Soziallehre*, Bd. 2/1, 412 ff.; sehr umfassend hatte Hitzte die Macht des Präses konzipiert, vgl. ebd., 386 ff.

<sup>79</sup> *Bers*, Arbeitervereine – Aachen, 10; *Denk*, Arbeiterbewegung, 129 ff. Im Westdeutschen Verband katholischer Arbeitervereine war, unter Aufsicht des geistlichen Bezirkspräses, ab 1913 auch ein örtlicher Laienpräses möglich (*Berger*, Arbeiterbewegung, 61). Erst unter der Wirkung des Zweiten Vatikanischen Konzils und seiner theologischen und kirchlichen Aufwertung des Laien wurde 1975 die Präsesverfassung aufgehoben und wurden die Laien gleichberechtigt mit der Vereins- und Verbandsleitung betraut. Vgl. *Ute Schmidt*, Katholische Arbeiterbewegung zwischen Integralismus und Interkonfessionalismus: Wandlungen eines Milieus, in: *Rolf Ebbighausen und Friedrich Tiemann* (Hrsg.), *Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum 60. Geburtstag für Theo Pirker* (Opladen 1984) 216–239, hier 234, Anm. 59.

<sup>80</sup> *Feyerabend*, Arbeitervereine, 185 ff. Für Rheinland-Westfalen und Sachsen sind keine entsprechenden Zahlen vorhanden. Jener Anteil von Geistlichen verhielt sich umgekehrt proportional zum Anteil von Arbeitern als Vereinsvorsitzenden. In Ostpreußen war kein Arbeiter, in Schlesien in 7%, in Hannover in 16%, in der Pfalz in 42% und in Baden in 30% der Vereine ein Arbeiter der Vorsitzende.

(neben Lehrern und Beamten, zwei Arbeitersekretären und je einem Bergmann und Lokomotivführer)<sup>81</sup>. Nicht nur die einen großen Raum einnehmende religiöse Unterweisung, sondern auch die nach 1900 von den zentralen Verbandsleitungen forcierte sozialpolitische und staatsbürgerliche Bildung erfolgte daher durch die Geistlichen, wobei im katholischen Bereich die jungen Kapläne eine herausragende Rolle spielten. Von ihrer Kompetenz, ihrem Engagement und ihrem Mut gegenüber der Kirchengemeinde hing es ab, ob und wie weit die konfessionellen Arbeitervereine sich zu Vereinen von Arbeitern entwickelten, die über die religiöse Bildung und Identität auch eine selbstbewußte soziale Identität als Arbeiter erringen konnten.

Die Schlüsselrolle der Geistlichen scheint auch plausible Gründe anzubieten für die – gemessen an den Mitgliederzahlen – so unterschiedlichen Erfolge der konfessionellen Arbeitervereine. Sicherlich drückt sich darin das grundlegende Faktum aus, daß die Entkirchlichung der Arbeiterschaft (und des Bürgertums) bis ins späte 19. Jahrhundert vorwiegend ein protestantisches Phänomen war. Dagegen konnte z. B. der Kölner Erzbischof 1891 mit Stolz behaupten, daß auch die Industriearbeiter seines Bistums „in ihrer übergroßen Mehrheit ... treu zu unserem heiligen Glauben und zu unserer heiligen Kirche“ stünden<sup>82</sup>. So stark im Prozeß der Entkirchlichung allgemeine Faktoren wie die Urbanisierung, die mit der Industrialisierung einhergehende Verschärfung der sozialen Spannungen und insbesondere die Verbreitung einer säkularisierten Bildung wirksam waren, die schließlich auch die katholische Bevölkerung ergriffen, so deutlich verweisen die Unterschiede in bezug auf das Ausmaß und die Chronologie darauf, daß die Entfremdung von den Kirchen auch eine Folge der jeweils historisch spezifischen kirchlichen Lage selber war. Im Schicksal der konfessionellen Arbeitervereine spiegelt sich die unterschiedliche und gegensätzliche Stellung des Katholizismus und Protestantismus zur „modernen Welt“ wider. Die katholische Kirche festigte sich in ungeahntem Maße gerade im prinzipiellen Widerspruch zu Liberalismus, säkularisiertem Staat und Kapitalismus und errang dadurch den starken Rückhalt in den Bevölkerungsschichten, für die die Herausbildung der modernen Welt lange Zeit eine Geschichte des Leidens war. Die infolge des Amtsscharismas höhere Autorität des katholischen Klerus im Vergleich zum protestantischen wurde zusätzlich gestärkt dadurch, daß jener in seinem geistlichen Antiliberalismus zugleich ein Sprachrohr war für einen sehr weltlichen Antiliberalismus. Position und Selbstverständnis der evangelischen Kirchen dagegen erlitten durch die Säkularisierung der Bildung viele Risse, blieben mit dem modernen Staat eng verbunden und boten deshalb trotz der inneren Fremdheit gegenüber der „mammonistischen“ Welt des Kapitalismus dem „sozialen Pastor“ nur einen schwachen Rückhalt in seiner Kirche.

Schon für die Zeitgenossen kristallisierten sich diese Unterschiede zwischen den Kirchen im Bild des volkstümlichen, „plebejischen“ katholischen Klerus, der der „bürgerlichen Gesellschaft fernstand“ einerseits und dem steifen, staatsstreuen evange-

<sup>81</sup> *Feyerabend*, Arbeitervereine, 183; *Just*, Gesamtverband, 98.

<sup>82</sup> *Hugh McLeod*, Protestantism and the Working Class in Imperial Germany, in: *European Studies Review* 12 (1982) 323–344; *Vernon L. Lidtke*, Social Class and Secularisation in Imperial Germany: The Working Classes, in: *Year Book of the Leo Baeck Institute* 25 (1980) 21–40; *Vogt*, Arbeiterbildung, 385 ff.; Zitat ebd., 396.

lischen Pastor andererseits heraus<sup>83</sup>. Zu einem bedeutenden Teil hat sich darin die unterschiedliche soziale Herkunft der Geistlichen niedergeschlagen. Hauptsächlich infolge der hohen Selbstrekrutierung stammte der evangelische Klerus im 19. Jahrhundert (allerdings mit abnehmender Tendenz) knapp zur Hälfte, der katholische Klerus dagegen nur zu einem marginalen Anteil von 3 bis 4% aus Familien mit akademischer Bildung. Freilich sollte man den „bildungsbürgerlichen“ Gehalt der theologischen Bildung angesichts der Säkularisierung der Bildungsinhalte nicht überschätzen<sup>84</sup> und ebensowenig übersehen, daß beide Gruppen sich zu bedeutenden Anteilen aus den gleichen Schichten – dem alten Mittelstand, der unteren Beamtschaft, zunehmend aus der Volksschullehrerschaft – rekrutierten und in beiden Kirchen nur wenige Geistliche aus der neuen industriellen Welt der Bourgeoisie und Lohnarbeiterschaft stammten. In einer anderen Hinsicht bestand jedoch wieder ein großer Unterschied. Im späten 19. Jahrhundert waren 64% der Väter von Studenten der evangelischen Theologie, aber nur 23% der Väter von Studenten der katholischen Theologie im Staatsdienst beschäftigt als Geistliche, untere Beamte oder Volksschullehrer<sup>85</sup>. Der unter Umständen distanzprägende Staatsdienst wirkte beim evangelischen Geistlichen also schon als familiärer Sozialisationshintergrund, wogegen die Volksnähe des katholischen Pfarrers auch ein Produkt der Politik war, da durch die Kulturkämpfe „der Klerus auf das Volk zurückgedrängt“<sup>86</sup> wurde. Nicht zuletzt festigte schließlich die Auflösung der Adelskirche das Band zwischen Klerus und „Laien“. Nicht wenige Priester aus „einfachen Verhältnissen“ stiegen auf zu Bischöfen – oder zu Politikern, wie der 1866 als Sohn eines armen Schneiders geborene Heinrich Brauns. Er war Seelsorger und Präses der Arbeitervereine in den industriell bestimmten Pfarrgemeinden Krefeld und Borbeck, dann ein sehr aktiver Sekretär des Volksvereins und von 1920 bis 1928 ein von vielen Seiten geschätzter Reichsarbeitsminister<sup>87</sup>.

Mit diesen Überlegungen erscheint der Aufschwung der katholischen Arbeitervereine als ein Ergebnis des „unbürgerlichen“ Katholizismus und das Zurückbleiben der evangelischen Vereine als Folge des „bürgerlichen“ Protestantismus. So viel dafür

<sup>83</sup> *Heinrich v. Treitschke*, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Bd. 1 (Leipzig <sup>9</sup>1913) 188; *Alphons Thun*, Die Sozialpolitik des deutschen Katholizismus, in: Schmollers Jahrbuch 6 (1882) 821–857, hier 830ff; sozialgeschichtlich grundlegend dazu: *Jonathan Sperber*, Popular Catholicism in Nineteenth-Century Germany (Princeton 1984).

<sup>84</sup> Aufschlußreich ist Max Webers Verteidigung von Göhres Buch über die Arbeiter gegen dessen amtskirchliche Kritiker. Göhre habe eine Brücke zwischen Theologen und nicht-theologisch Gebildeten geschlagen. Die „Regel“ sei nämlich „gerade in der jüngeren Generation ein vollkommen verständnisloses Vorübergehen“ und daß die „theologischen Altersgenossen in einer geistigen Welt leben, zu der für uns jede Brücke fehlt“. Umgekehrt finde sich bei Theologen eine „stillschweigende Reserve“ gegen andere Akademiker. *Max Weber*, Zur Rechtfertigung Göhres, in: Die Christliche Welt 6 (1892) 1109.

<sup>85</sup> Zur Herkunft von Geistlichen bzw. Theologiestudenten vgl. *J. Conrad*, Das Universitätsstudium in Deutschland während der letzten 50 Jahre (Jena 1884) 48 ff.; Preußische Statistik 236 (1913) 136–150; *Günter Bormann*, Die Herkunft der Pfarrer. Ein geschichtlich-statistischer Überblick von 1700–1965, in: Social Compass 13 (1966) 129–137.

<sup>86</sup> *Thun*, Sozialpolitik, 831.

<sup>87</sup> *Hubert Mockenbaupt*, Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns (Paderborn 1977) 164 f.

sprechen mag, soll doch festgehalten werden, daß die katholischen Organisationserfolge sich nicht nur der Macht der Tradition, sondern auch (und vielleicht noch mehr) dem Einlassen auf die „moderne Welt“ und einer neuen Macht verdanken: der Organisation. Im Volksverein und in den überlokalen Präsidialkonferenzen wurde eine spezifische Arbeiterseelsorge entwickelt, die den Emanzipationsbedürfnissen von Arbeitern entgegenkam. Teile des katholischen Klerus haben auf dem Wege der organisierten Selbstbildung eine Kompetenz gewonnen, um die die „sozialen Pastoren“ ihn häufig beneideten. Vergleichbare Anstrengungen setzten im protestantischen Bereich später ein oder kamen im Spannungsfeld der kirchenpolitischen, theologischen und parteipolitischen Differenzierungen, trotz des großen Einsatzes von Einzelnen, über Ansätze nicht hinaus<sup>88</sup>. Den katholischen Außenseitern der „bürgerlichen Gesellschaft“, scheint es, erleichterte gerade diese Position das Projekt der „Eingliederung der Arbeiterschaft“ als eines „gleichberechtigten Standes“, selbst gegen die Reserven oder die Distanz der bürgerlichen Schichten.

<sup>88</sup> Reinhard Mumm, eine der führenden Gestalten der „christlich-sozialen“ Bewegung, verstand seinen Lebensbericht als „lauten Schrei“, die protestantischen Versäumnisse auf dem Gebiet der Sozialethik im Vergleich zum Katholizismus aufzuholen und klagte über die „rührende Ahnungslosigkeit“ des „durchschnittlichen evangelischen Geistlichen“ im Hinblick auf Politik und Gesellschaft. *Reinhard Mumm, Der christlich-soziale Gedanke. Bericht über eine Lebensarbeit in schwerer Zeit* (Berlin 1933) 16 f.

## Kommentar

*Hugh McLeod*

### Church and Class. Some international Comparisons

My comments fall into two sections: first some brief questions about aspects of the *Arbeitervereine* that are not fully discussed by Josef Mooser; then some of my own thoughts on the major issues raised by his paper.

The questions relate to the membership and local context of the *Arbeitervereine*. Did the *Arbeitervereine* attract a cross-section of the working class within each district, or did their membership reflect and reinforce other divisions – for instance, between those in different occupations, between natives and immigrants, or between immigrants from different regions<sup>1</sup>? Did the *Arbeitervereine* attract a cross-section of church-going workers, or only those who voted for a specific party? Which aspects of the *Arbeitervereine* mattered most to their members? Was there, for instance, any truth in the contemporary claim that the death benefits mattered more than the religious activities<sup>2</sup>? Were the *Arbeitervereine* more successful in communities of a given size, or with a particular kind of industrial structure? (We have some information about the distribution of Bavarian Catholic *Arbeitervereine*, but not about other branches of the movement.) And how does one explain the concentration of the *Arbeitervereine* in specific regions? Before we can fully answer the big questions raised by Mooser's paper, we need to be able to answer smaller questions such as these.

The most fundamental of these bigger questions seems to me to be this: was it still possible in the later 19th century for workers and members of elite groups to meet in church? The hope that a common Christianity could in itself bring workers and bourgeoisie together was questionable, in view of the fact that the history of Christianity is studded with schisms, many of which had a social component<sup>3</sup>. Rich and poor have often interpreted their religion in different ways and, in particular, the social implications of Christianity have been bitterly disputed. However, it remains true that in ancien regime Europe the various national churches were fairly successful in bringing together most sections of the population. The basis for this religious unity was partly legal compulsion, and partly paternalistic social relations, through which intimate ties were formed between those at many different social levels<sup>4</sup>. In the 19th century, this

<sup>1</sup> *Mary Nolan*, *Social Democracy and Society. Working Class Radicalism in Düsseldorf 1890–1920* (Cambridge 1981) 43, 113–118, shows that in the early 20th century the great majority of Social Democrats in Düsseldorf were immigrants, whereas the Catholic *Arbeitervereine* mainly attracted natives of the city.

<sup>2</sup> *Wilhelm Brepohl*, *Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform dargestellt am Ruhrgebiet* (Tübingen 1957) 131–136.

<sup>3</sup> See *Helmut Richard Niebuhr*, *The social Sources of Denominationalism* (New York 1929).

<sup>4</sup> We know far more about the collapse of religious unity in the 19th century than about the extent and foundations of unity under the ancien regime. There are relevant discussions in the

basis was being generally undermined, as increasing degrees of individual religious freedom were allowed in most European countries, and as paternalism and deference gave way to class consciousness and often to intense class conflict. One manifestation of this conflict was the collision between opposing versions of Christianity. In the period 1790–1850, for instance, many of the British churches suffered serious internal divisions over social and political issues<sup>5</sup>. In some countries, the belief that Christianity had become totally identified with the possessing classes led to a widespread alienation of workers from any form of organised religion<sup>6</sup>.

So we have a number of characteristic patterns of participation in church life in the industrial areas of later 19th century Europe: 1. bourgeoisie and workers both religiously active, but in different churches; 2. bourgeoisie religiously active, workers not; 3. neither bourgeoisie nor workers active. A fourth possibility, bourgeoisie and workers active in the same church, was possible only in situations where confessional identity was important, and indeed more important than class identity. This has always been a characteristic of the sect. Many religious movements in their early years are sharply demarcated from the surrounding society, and impose on their members a loyalty that runs far deeper than any other. But as sects grow in size and social significance, they tend to lose many of their sectarian characteristics. So far as Roman Catholics and members of the larger Protestant churches were concerned, confessional identity was frequently submerged during the 19th century by other identities, deriving for instance, from class, political party or nationality. Where confessional identity remained or became of overriding importance, it was usually because of the proximity of a rival religious community, which appeared in some way to pose a threat. E. P. Thompson, in a much quoted definition, stated that class was not a “thing” but a “relationship”, and that it happens “when some men as a result of common experiences (inherited or shared) feel and articulate the identity of their interests as between themselves and as against other men whose interests are different from (and usually opposed to) theirs”<sup>7</sup>. These comments would be equally applicable to the formation of confessional communities, bound together by a strong sense of common identity, crossing class lines. The most familiar examples are those where a particular form of religion became the major focus for the national identity of a people subject to foreign domination, as for instance with the link between Catholicism and Irish or Polish nationalism, or between Welsh nationalism and Nonconformity. However, two other kinds of example are more relevant to our discussion of the successes and failures of the *Arbeitervereine*.

chapters on Spain and Portugal in *William J. Callaghan and David Higgs* (eds.), *The Catholic Church in Eighteenth Century Europe* (Cambridge 1977) and *Donald Sutherland*, *The Chouans* (Oxford 1982); also in the earlier sections of many studies mainly concerned with changes in the 19th century, e.g. *Wolfgang Köllmann*, *Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert* (Tübingen 1960) 108–131.

<sup>5</sup> See *William R. Ward*, *Religion and Society in England 1790–1850* (London 1972); *Eileen Yeo*, *Christianity in Chartist Struggle*, in: *Past & Present* 91 (1981) 109–139.

<sup>6</sup> *Hugh McLeod*, *The Dechristianisation of the Working Class in Western Europe 1850–1900*, in: *Social Compass* 27 (1980) 191–214.

<sup>7</sup> *Edward P. Thompson*, *The Making of the English Working Class* (Harmondsworth 1968) 9–10.

One example is that of countries such as Germany, the Netherlands and Britain, where the Catholic minority continued through the 19th century, and into the 20th, to suffer economic disadvantages, and often some degree of discrimination. The other is of countries where the struggle between the ancien régime and 19th century Liberalism acquired a strong religious dimension, and politics were dominated by the conflict between two rival elites, defined most importantly by their different religious standpoint. This was most obviously true in Britain; but the conflict between church and chapel had a lot in common with the conflict between conservative Catholics and radical anti-clericals in a country like France.

In Germany, Britain and the Netherlands during the second half of the 19th century, the clergy organised a large part of the Catholic population into a range of specifically Catholic associations, designed to insulate them from Protestant and socialist influences<sup>8</sup>. The substantial membership of the Catholic Arbeitervereine in Germany by comparison with their Protestant counterparts, is one reflection of the considerable success that these efforts enjoyed.

The discrimination, violence or ridicule that Catholics frequently suffered at the hands of a Protestant state, of Protestant employers or of Protestant fellow-workers helped to give Catholics a strong sense of common identity<sup>9</sup>; priests and nuns played a crucial role as the organisers, leaders, moral guides, symbols of the Catholic community. It probably helped here that they were less easily defined in class terms than the unmistakably middle class (or in England sometimes upper class) Protestant clergyman. The Protestant pastor, educated with doctors and lawyers at the university, living with his wife and children, could readily be identified by his life-style as a member of the professional class. The priest, however, educated in a seminary, unmarried, living only with other priests, belonged only to his own class – or, as French anti-clericals claimed, to a third sex. This position of the Catholic clergy, outside all normal social categories, laid the basis for a relationship with their people that was often intense, and could be two-edged<sup>10</sup>. The priest was potentially the holy man, sought out as a confes-

<sup>8</sup> Most general histories of modern Catholicism refer to this phenomenon. For more detailed local studies, see *Hans-Jürgen Brand*, *Kirchliches Vereinswesen und Freizeitgestaltungen in einer Arbeitergemeinde 1872–1933. Das Beispiel Schalke*, in: *Gerhard Huck* (ed.), *Sozialgeschichte der Freizeit* (Wuppertal 1980) 207–222; *Jonathan Sperber*, *The Transformation of Catholic Associations in northern Rhineland and Westphalia 1830–75*, in: *Journal of Social History* 15 (1981) 255–265; *Sheridan Gilley*, *Catholics and Socialists in Glasgow 1906–1912*, in: *Kenneth Lunn* (ed.), *Hosts, Immigrants and Minorities* (Folkestone 1980).

<sup>9</sup> As one revealing example of German Protestant attitudes, *Eduard Hoffmann-Krayer* (ed.), *Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens*, Vol. 5 (Berlin 1932–3) 180, refers to “die Redensart ‘du bist katholisch’ = ‘du bist verrückt, dumm’”. For a brief discussion of Catholic-Protestant antagonisms in Britain, see *Hugh McLeod*, *Religion and the Working Class in Nineteenth Century Britain* (Basingstoke 1984) 36–43.

<sup>10</sup> *Gerard Connolly*, *The Transubstantiation of Myth: towards a New Popular History of Nineteenth-Century Catholicism in England*, in: *Journal of Ecclesiastical History* 35 (1984) 78–104 includes useful discussion of priest–people relations. *Klaus Vondung* (ed.), *Das wilhelminische Bildungsbürgertum* (Göttingen 1976) 25–27 includes therein the Protestant clergy, and stresses the specifically Protestant character of this group; *Alan Haig*, *The Victorian Clergy* (London 1984) 19, sees them as professionals but rather marginal ones.

sor, accepted as an arbiter, sometimes credited with powers of healing or clairvoyancy<sup>11</sup>. Some priests in 19th century Europe, like Jean-Marie Vianney in France or Theobald Mathew in Ireland and England, achieved national and international reputations as holy men<sup>12</sup>. Many were revered more locally. But when the relationship between priest and people turned sour, as in France in the 1790s or Spain in the 1930s, Catholics were capable of a violence against their priests which has no parallel in the history of Protestant countries.

Roman Catholicism had one other advantage over the Protestant state churches in attempts to influence workers. With the decline of the Enlightenment, and the growing dominance of Ultramontanism, the Catholic church drew closer during the 19th century to the world of popular magic. Like most of the more plebeian Protestant sects, and quite unlike most Anglicans or Lutherans, Ultramontane Catholicism stressed the continual intervention of God in everyday life. During the second half of the 19th century, the cult of the saints generally, pilgrimages, and in particular miraculous healings were playing an increasingly prominent role in Catholic life<sup>13</sup>. In view of the immense importance of illness and accident in the European working class life of that time, this promise of immediate help in their time of need meant that Catholicism seemed directly relevant to many working class people for whom Protestantism or socialism seemed too rationalistic and too remote. Nonetheless, in many parts of later 19th century Europe the political unpopularity of the Roman Catholic church counter-balanced its other more attractive features. In Paris or Marseille the Catholic church had little more working class support than the Evangelical church in Berlin or Hamburg<sup>14</sup>. The position of Catholics in Germany or Britain as a disadvantaged minority in countries with a mainly Protestant ruling class was an important precondition for the church's relative success in retaining a membership drawn from a wide range of social groups. Where Catholicism was the dominant religion, as in France or Spain, the church tended to form close ties with landowners and employers, which greatly increased the church's resources, but carried the risk of alienating many of its poorer members.

A second type of situation where confessional identity was of great importance in 19th century Europe was that in which different churches became deeply involved on opposite sides of the battle between the ancien regime and the forces of reform. Britain was the most notable example. Although at certain times the conflict between

<sup>11</sup> *René Luneau*, *Monde rural et christianisation: Prêtres et paysans français du siècle dernier*, in: *Archives des Sciences Sociales de la Religion* 43 (1977) 139–154; *Gerard Connolly*, "Little Brother be at Peace": The Priest as Holy Man in the 19th Century Ghetto, in: *W. J. Sheils* (ed.), *The Church and Healing* (Studies in Church History 19, Oxford 1982) 191–206.

<sup>12</sup> *Phillippe Boutry*, *Un sanctuaire et son saint au XIXe siècle: Jean-Marie Baptiste Vianney, Curé d'Ars*, in: *Annales ESC* 35 (1980) 353–380.

<sup>13</sup> See, for instance, *Michael Marrus*, *Pilger auf dem Weg. Wallfahrten im Frankreich des 19. Jahrhunderts*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 3 (1977) 344–351; *François Lebrun* (ed.), *Histoire des catholiques en France* (Toulouse 1980) 330–335, 362–365.

<sup>14</sup> *François-André Isambert*, *Christianisme et classe ouvrière* (Tournai 1961); *Fernand Charpin*, *Pratique religieuse et formation d'une grande ville: Marseille 1806–1958* (Paris 1964) 133–148, 281–301; *François Bédarida & Jean Maitron* (eds.), *Christianisme et monde ouvrier* (Paris 1975).

rich and poor overshadowed all other political issues, more often politics took the form of conflict between two rival elites, each linked mainly through religion with a large working class and lower middle class following. Ties of patronage, and shared ideals and symbols could bring workers and bourgeoisie together in church and chapel and in the political parties. In Lancashire, especially, with its very mixed population, employers tried to forge links with their workforce by giving preference to members of their own religious denomination<sup>15</sup>. In some of the mining areas, for instance south Wales and county Durham, the period between about 1870 and 1900 was marked by relatively good relations between miners whose leaders were mainly Nonconformists of some kind, and owners, many of whom were also Nonconformists. Employers and union leaders shared certain assumptions, for instance, the possibility of reconciling their apparently opposing interests, and the desirability of compromise; they shared certain values, such as temperance, the cult of education, and hostility to the privileges and powers of the Anglican church and of the landowning class<sup>16</sup>. Throughout the 19th century, some of the Nonconformist churches, for instance, the Wesleyans, Baptists and Congregationalists, had a socially mixed membership, with large middle class and working class elements<sup>17</sup>. The Anglican church appealed most strongly to the upper and middle class, but at least in Lancashire it too had a considerable working class membership<sup>18</sup>. But the relationship between the classes in the British churches was a fragile one. It often broke during periods of severe industrial conflict, such as the early 20th century. It broke in many individual instances where middle class church members had too little concern for the dignity and rights of their poorer colleagues. Crude assertions of authority and superiority by employers were no longer acceptable in the 19th century. Paternalism, if it were to work at all, had to take subtler forms, and had to make concessions to democracy<sup>19</sup>.

The weakness of the Arbeitervereine in most parts of Germany reflected, of course, the generally low levels of working class support for the Protestant churches. I shall end by returning to Josef Mooser's comparison between England and Germany, in order to ask why the religious set-up in England was more favourable than that in Germany to working class participation in the Protestant churches? Since most working class church-goers in England were Nonconformists, Mooser rightly stresses the great importance of the free churches in 19th century England. But two other factors may also be mentioned. The first is the fact that the bourgeoisie was far more involved in church life in England than in Germany. While it is true that many English working

<sup>15</sup> *Patrick Joyce, Work, Society and Politics* (Brighton 1980) 173–177.

<sup>16</sup> See *Robert Moore, Pit-men, Politics and Preachers* (London 1974); *Kenneth O. Morgan, Rebirth of a Nation: Wales 1880–1980* (Oxford 1981).

<sup>17</sup> For analysis of membership lists, see *Clive Field, The Social Structure of English Methodism*, in: *British Journal of Sociology* 28 (1977); *Paul T. Phillips, The Sectarian Spirit: Sectarianism, Society and Politics in Victorian Cotton Towns* (Toronto 1982).

<sup>18</sup> *Joyce, Work*, 253–255.

<sup>19</sup> For discussion of the nature of later 19th century industrial paternalism in England, see the books by *Joyce* on Lancashire and *Moore* on Durham; also *Stephen Yeo, Religion and Voluntary Organisations in Crisis* (London 1976), an excellent study of the biscuit town of Reading, dominated by the Liberal-Nonconformist Palmer family.

class people were alienated by the excessively middle class character of their churches, it appears that the religious indifference of the German bourgeoisie contributed even more to the development of working class irreligion<sup>20</sup>. The second is the fact that even the Church of England became more politically flexible than its German counterparts. In the first half of the 19th century, Anglicanism had indeed been strongly Tory, but in the second half of the century this link was weakening. By the 1890s, there was a new breed of city clergyman who was identifying with his parishioners, and attempting to act as a spokesman for them. As one example of this trend, during the dock strike of 1912, sixteen Anglican clergymen in the east London borough of Poplar signed a declaration of support for the strikers<sup>21</sup>. Of course there was in Germany at this time the evangelisch-soziale movement; but there were important differences between the English and the German situations. One was that the German *Landeskirchen* had much more effective systems of clerical discipline than the Church of England, and so the Anglican clergy had more freedom to adapt to the local situation. Another was the fact that the intimate relationship between state and church continued much longer in Germany than in England. Throne and Altar had indeed been closely allied in England during the age of the French Revolution – with results that were disastrous to the Anglican altars. But by the 1830s the church was beginning reluctantly to adapt to the reality of a pluralist society. It was symptomatic of two quite different approaches that in 1891 when the German church authorities were mobilising their pastors for the fight against Social Democracy (and dismissing those pastors who fell out of line), Archbishop Benson was appointing a socialist to a vacant parish in London, on the grounds that he would be popular with his working class parishioners<sup>22</sup>. While these initiatives did not lead to the hoped-for “return” of working class people to the Church of England, they probably did something to defuse the kind of militant secularism that was common in Germany<sup>23</sup>. In so far as working class atheism was mainly motivated by political considerations, rather than by abstract arguments, it had less relevance in the British situation.

<sup>20</sup> See *Hugh McLeod*, Protestantism and the Working Class in Imperial Germany, in: *European Studies Review* 12 (1982) 328–330.

<sup>21</sup> *Hugh McLeod*, *Class and Religion in the late Victorian City* (London 1974) 119. See also *Kenneth S. Inglis*, *Churches and the Working Classes in Victorian England* (London 1963); *Peter d' A. Jones*, *The Christian Socialist Revival 1877–1914* (Princeton 1968).

<sup>22</sup> *Jones*, *Christian Socialist Revival*, 246; *Günter Brakelmann*, *Kirche, soziale Frage und Sozialismus. Kirchenleitungen und Synoden über soziale Fragen und Sozialismus 1871–1914* (Gütersloh 1977) 29–37.

<sup>23</sup> *Eric J. Evans*, *The Church in Danger? Anti-Clericalism in Nineteenth-Century England*, in: *European Studies Review* 13 (1983) 201–223, suggests that hostility to the Anglican clergy rose sharply in the later 18th and early 19th centuries, reaching a peak in 1830–2, but that it declined considerably in the second half of the nineteenth century.



*Anna Żarnowska*

## Arbeiterkultur zwischen Volkskultur und Bürgertum? Das Beispiel Polen

Wenn wir die Gestaltung der Arbeiterkultur in Polen in historischer Hinsicht betrachten wollen, müssen wir uns darüber klar sein, daß die polnische Bevölkerung noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem ländlich geprägt war. Das gilt für die österreichischen, preußischen und russischen Teilgebiete, aber selbst für das industrialisierte Oberschlesien und das industriell ebenfalls gut entwickelte Königreich Polen. Vor der Wiedererrichtung des polnischen Staates im Jahr 1918 befand sich im Königreich Polen der Großteil des sich in den polnischen Ländern entwickelnden Industrieproletariats; hier begann sich auch erstmals eine eigenständige Kultur der Arbeiter herauszubilden.

Neben den großen Gütern gab es eine riesige Anzahl von bäuerlichen und kleinbäuerlichen Anwesen; auf sie richteten sich die Hoffnungen der ländlichen Massen, ihr Auskommen in den Dörfern zu finden. Doch erfüllten sich diese Hoffnungen in etwa zwei Drittel der Fälle nicht. Die Mehrzahl der im Königreich Polen – wie im übrigen auch in dem unter österreichischer Oberhoheit verbleibenden Galizien – lebenden Bauern- und Kleinbauernfamilien bewirtschafteten Grundstücke von so geringer Größe, daß sie sich davon nicht ernähren konnten. Außerdem wollte ein Großteil der Dorfbewohner, die zwar kein Land besaßen, aber durch eine eigene Hütte, durch ein Gärtchen und durch „lebendes Inventar“, wie Kühe und Geflügel, gebunden waren, den Wohnort nicht verlassen. Dabei bot vielen von ihnen das Land weder Beschäftigung noch sicherte es sonstwie ihren Unterhalt. Diese festen Bindungen an das Dorf hemmten eine schnelle Proletarisierung dieser Bevölkerungsschicht. Es bildete sich vielmehr eine große Anzahl von Halbproletariern heraus, die ihren Unterhalt durch Saisonarbeit sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt zu sichern suchten. Der bäuerliche Tagelöhner oder Halbproletarier wurde im Königreich Polen – wie auch in Galizien – im Laufe der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts und im frühen 20. Jahrhundert zu einer typischen Erscheinung. Er war verstärkt in der näheren Umgebung von industriellen Zentren anzutreffen, blieb nichtsdestoweniger aber in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht noch einige Jahrzehnte von „seiner“ Dorfgemeinschaft abhängig, ein Umstand, der dazu führte, daß im Arbeitermilieu viele Elemente der traditionellen, ländlich geprägten Volkskultur weiterlebten.

Und auch die industriellen Proletarier des Königreiches, vor allem die älteren Generationen, die in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts auf dem Arbeitsmarkt erschienen waren, stammten vorwiegend aus bäuerlichen Familien oder

aus dem dörflichen Halbproletariat. Selbst der Teil der Arbeiterklasse, der seinen Lebensunterhalt nicht mehr in der Landwirtschaft suchte, war weiterhin stark mit ihr und dem Dorf verbunden.

Es handelte sich dabei hauptsächlich um familiäre Bindungen: viele Arbeiter, die ihr Dorf verlassen hatten, um außerhalb der Landwirtschaft ihr Geld zu verdienen, ließen zumindest für eine gewisse Zeit ihre Familie – sowohl die engere als auch die weitere – auf dem Lande zurück, wo diese nach wie vor ihr kleines Grundstück bewirtschaftete oder auf dem Anwesen der Verwandten mithalf. Viele ledige Arbeiter kamen außerdem aufs Land zurück, sei es, um sich dort zu verheiraten, ein Erbe anzutreten oder auch nur, um Freunde und Angehörige zu besuchen. Darüber hinaus war ein beträchtlicher Teil der Industriearbeiter noch unmittelbar mit der Landwirtschaft verbunden: Für viele Familien von Bergarbeitern, Hüttenarbeitern oder Eisenbahnern bedeutete die Bewirtschaftung eines auch noch so kleinen Grundstückes eine zusätzliche wichtige und willkommene Verdienstquelle.

Schließlich blieb das Dorf auch für viele, die in der Industrie längst ihr Auskommen gefunden hatten, der ständige Wohnort, wohin sie täglich oder zumindest einmal in der Woche von der Arbeit in der nahen Fabriksiedlung oder der Stadt nach Hause fuhren.

Alle diese Arbeiter standen weiterhin – in stärkerem oder schwächerem Maße – unter dem Einfluß der heimatlichen, ländlichen Kultur.

Ein weiteres Spezifikum der industriellen Gesellschaft auf polnischem Gebiet war die verspätete Etablierung einer einheimischen Bourgeoisie, vor allem einer mittleren und unteren Schicht, und deren Schwäche, was Quantität und wirtschaftliche Potenz betrafen. Unter den Großindustriellen, den reichen Bankiers und Kaufleuten, dominierten im Königreich Polen Juden und Deutsche, Deutsche auch im preußischen Teilgebiet. Vom nationalen Gesichtspunkt aus gesehen, stellte der Großteil der Bourgeoisie in den großen Industriezentren des Königreiches – in Łódź und Sosnowiec z. B. – somit innerhalb der eingesessenen Bevölkerung ein fremdes Element dar, dem auch noch Jahrzehnte nach der Zuwanderung der Nimbus aggressiven Gründertums anhaftete.

Die meisten der Unternehmer machten keinen Hehl daraus, daß es ihnen vor allem um Ausbeutung ihrer Untergebenen ging und ihnen dabei auch brutale Behandlungsmethoden recht waren, wobei sie den Mangel an rechtlichen Beschränkungen auszunutzen wußten. Im Bedarfsfall wandten sie sich gerne an die russischen Behörden oder riefen russische Polizei und Militär zu Hilfe. Zumindest bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war ein nicht geringer Teil der Großbourgeoisie an engeren Beziehungen zu Rußland interessiert, und dies vor allem wirtschaftlicher Vorteile wegen, die man sich u. a. vom industriellen Aufschwung in diesem Land versprach. Mit ähnlichen Interessen begegnete die Bourgeoisie im preußischen Teilgebiet den dortigen Behörden. Aus den genannten Gründen unterstützte sie auch keineswegs die polnischen Bemühungen um eine Wiedererlangung der politischen Unabhängigkeit.

Zur Isolierung der Großbourgeoisie in der polnischen Gesellschaft trug wesentlich die Tatsache bei, daß zur polnischen Kultur und Tradition keinerlei Beziehungen bestanden. Die Großbourgeoisie kultivierte ihre nationale Eigenheit, unterstrich sie bei

jeder Gelegenheit und hob ihre Andersartigkeit, was kulturelle Belange betraf, selbst vor der polnischen Bourgeoisie hervor. Zusätzlich wurde diese Isolierung verstärkt durch die unterschiedlichen religiösen Bekenntnisse: bei der deutschen Bourgeoisie war der protestantische Glaube vorherrschend, während die jüdische sich zur mosaischen Religion bekannte.

Die erwähnten Faktoren trugen dazu bei, daß der Einfluß der bürgerlichen Kultur auf das Arbeitermilieu sehr begrenzt war. Es kam nur sporadisch zu Kontakten zwischen der Bourgeoisie und den Arbeitern. Unternehmer, die sich ihren Arbeitern gegenüber paternalistisch verhielten, waren im Königreich Polen selten. Nur in geringem Maße fanden bei den Arbeitern bürgerliche Vorbilder Anklang, vermittelt vom technischen und aufsichtsführenden Personal, da sich unter den herrschenden Bedingungen kaum eine Brücke zwischen der Kultur der Arbeiter und der der Bourgeoisie schlagen ließ.

Die Techniker, Meister, Beamten und Ingenieure in den Fabriken stellten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts für die polnischen Arbeiter in nationaler Hinsicht meist ein fremdes Element dar, da diese sich vor allem aus Deutschen, aber auch aus Tschechen, Franzosen und Juden zusammensetzten. Der überproportional hohe Anteil von Ausländern beim technischen Personal war also keineswegs geeignet, die ohnehin bestehende Distanz zwischen Arbeitern und Vorgesetzten zu verringern, im Gegenteil. Eine gewisse Barriere blieb selbst dann noch bestehen, als die Polen die Mehrzahl dieser Posten eingenommen hatten.

Eine bedeutendere Rolle bei der Verbreitung von Vorbildern der bürgerlichen Kultur unter den Arbeitern spielte das Kleinbürgertum. Zahlenmäßig gut vertreten und wirtschaftlich sehr aktiv, hob es sich deutlich von der schwach entwickelten heimischen Bourgeoisie ab und prägte die gesellschaftliche Struktur des Landes in entscheidendem Maße.

Freilich war auch das Kleinbürgertum in nationaler Hinsicht keineswegs einheitlich. Im Königreich Polen war zumindest ein Drittel der Kleinunternehmer Juden, aber auch die Deutschen stellten ein beachtliches Kontingent. Die jüdischen Kleinbürger – besonders diejenigen, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts aus Deutschland und Rußland eingewandert waren – zeigten sich einer Polonisierung gegenüber so gut wie resistent, im Gegensatz zu den deutschen und tschechischen Handwerkern, die sich oftmals dem polnischen Milieu anpaßten. Gleichwohl stellten in diesem nationalen Konglomerat die Polen den größten Anteil.

Charakteristisch in diesem Zusammenhang erscheint der Umstand, daß die Grenzen zwischen Arbeiterklasse und Kleinbürgertum, vor allem in bezug auf das Handwerkertum, durchaus fließend waren. Vom Kleinbürgertum weg hin zur Arbeiterklasse vollzog sich ein ständiger und zahlenmäßig beachtlicher Zustrom. Der umgekehrte Weg war äußerst selten, doch kam es durchaus auch vor, daß Arbeiter zum Kleinbürgertum aufstiegen<sup>1</sup>. Die bestehende Fluktuation zwischen den beiden sozialen Schichten bewirkte darüber hinaus vergleichsweise enge kulturelle Kontakte zwischen der Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum.

<sup>1</sup> *Anna Żarnowska, Klasa robotnicza Królestwa Polskiego 1870–1914* [Die Arbeiterklasse des Königreiches Polen 1870–1914] (Warszawa 1974) 164–204.

Zu einem weiteren spezifischen Element der gesellschaftlichen Struktur Polens zur Zeit der Früh- und Hochindustrialisierung wurde die sich zunehmend verselbständigende Schicht der Intelligenz, die keineswegs synonym mit dem ansonsten auf dem Kolloquium benutzten Begriff des „Bildungsbürgertums“ ist<sup>2</sup>. Besondere Bedeutung muß ihrer kulturbildenden Rolle in einer Gesellschaft beigemessen werden, die keine gebildete Bourgeoisie aufwies. Da die polnische Bourgeoisie sich in kultureller Hinsicht nicht stark genug entwickelt hatte, um prägend auf die Gesellschaft zu wirken, übernahm die Intelligenz diese Funktion. Der Weg in das Bürgertum bedeutete für die Intelligenz dabei keineswegs einen Aufstieg. Ebenso wenig vermochte die Bourgeoisie, die, wie schon erwähnt, in nationaler Hinsicht einen Fremdkörper darstellte, ein kultureller Anziehungspunkt zu sein und Teile der Intelligenz zu assimilieren. Folgerichtig war somit, daß die Intelligenz die Traditionen der Schlachta und der Gutsbesitzer übernahm und sich mit ihren kulturellen Vorbildern gleichermaßen an das Volk wie auch an die schwache einheimische Bourgeoisie wandte.

\*

Wir müssen uns nun fragen, inwiefern diese verschiedenen gesellschaftlichen Milieus und die von ihnen geschaffenen kulturellen Vorbilder auf die Arbeiterschaft wirkten, in welchem Maße diese Vorbilder von den Arbeitern verarbeitet wurden und welche Bedeutung eigenen, ursprünglich arbeiterspezifischen Elementen bei der Herausbildung der Arbeiterkultur zukam.

Versuchen wir, eine Antwort auf diese Fragen zu finden, indem wir die Arbeiterschaft des Königreiches Polen, ihre Arbeitskultur und die Kultur ihres Alltags näher beleuchten. Wir wählen das Königreich Polen, das russisches Teilgebiet war, deshalb, weil hier, im Vergleich zu den anderen polnischen Gebieten, die Forschungen am weitesten gediehen sind, und auch, weil hier der Prozeß der Proletarisierung der Industriebevölkerung rascher vorangeschritten war als anderswo. Von besonderer Wichtigkeit für unsere Erörterung ist ferner die Tatsache, daß sich in besagtem Zeitabschnitt auf das Königreich Polen etwa die Hälfte der Industriearbeiter des gesamt-polnischen Territoriums konzentrierte<sup>3</sup>.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren hier etwa 600 000 Arbeiter in der Industrie, im Handwerk, im Bergbau, im Eisenbahnwesen und in anderen Transportarten beschäftigt. Die Periode intensivster Industrialisierung – auch was die Zunahme des In-

<sup>2</sup> Vgl. *Nora Koestler*, Polnische Intelligenz als sozialgeschichtliches Problem, in: *Jahrbuch für Geschichte Osteuropas* 31 (1983) 543–562; *dies.*, Die polnische Intelligenz im 19. Jahrhundert. Ersatz für ein Bildungsbürgertum?, in: *Inteligencja polska XIX i XX wieku* [Polnische Intelligenz im 19. und 20. Jahrhundert] Bd. V (Warszawa) (im Druck).

<sup>3</sup> Wenn man das Königreich Polen, Galizien, Großpolen, Pomerellen und Oberschlesien insgesamt betrachtet, muß festgestellt werden, daß sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Königreich Polen fast die Hälfte (47%) der Industriearbeiter befand, während in Oberschlesien weniger als ein Drittel (ca. 27%) gezählt wurde. Die drei übrigen, nur schwach industrialisierten Teilgebiete wiesen den Rest (etwa ein Viertel) des industriellen Proletariats auf (*Żarnowska*, *Klasa robotnicza*, 61–63).

dustrieproletariats betraf – erlebte das Königreich Polen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, deutlich später also als Oberschlesien oder das westliche Deutschland.

Der Grundstock der im Königreich mit der Industrie verbundenen Arbeiterklasse wies schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine ausgebildete Struktur auf, die jener des Proletariats in Oberschlesien durchaus ähnlich war. Unter anderem war sie charakterisiert durch ein selbst im Vergleich mit den Nachbarstaaten auffallend deutliches Übergewicht der großindustriellen Arbeiter, denen gegenüber die Arbeiter in Kleinbetrieben, im Handwerk und im Bauwesen nur eine Minderheit darstellten<sup>4</sup>.

Es muß aber auch hervorgehoben werden, daß der gesellschaftlich-wirtschaftliche Status der Arbeiter sich nicht im gleichen Maße stabilisierte wie ihre Anzahl wuchs. Dies wiederum setzte der Entstehung und Ausgestaltung der Arbeiterkultur im allgemeinen wie auch der Kultur der Arbeit im speziellen enge Grenzen. Im Königreich Polen bildeten sich erst in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die für den gesellschaftlichen Status eines neuzeitlichen Arbeiters so wichtigen Elemente wie Beständigkeit von Arbeitsplatz und Arbeitslohn, fester Wohnsitz, standardisierte Vertragsbedingungen und berufliche Spezialisierung heraus.

Die Stabilisierung des gesellschaftlich-wirtschaftlichen Status' des Arbeiters war ein Prozeß, der in Polen erst kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein Ende fand und in den einzelnen Berufsgruppen und Regionen des Landes mit unterschiedlicher Intensität voranschritt. Verständlicherweise machte sich der Fortschritt in den großen städtischen Zentren, so in Warschau, Łódź oder Żyrardów, am raschesten bemerkbar. Es sei hier angemerkt, daß bei den Arbeitern selbst das Bedürfnis nach Sicherung von Arbeitsplatz und Arbeitsbedingungen noch in den siebziger Jahren relativ schwach ausgebildet war. Es gewann erst im Laufe der Zeit den ihm gegen Ende des 19. Jahrhunderts zukommenden Stellenwert.

Diese Veränderungen liefen parallel zu jenen, die sich auf dem Arbeitsmarkt vollzogen. Noch während der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren es die Unternehmer – insbesondere im Bergbau und im Hüttenwesen des Dąbrowa-Beckens sowie in der Textilindustrie der Städte Łódź und Żyrardów –, die an einer Stabilisierung der Arbeiterkader interessiert waren; um sie durchführen zu können, prämierten sie z. B. langjährige Dienstzeiten oder erleichterten den Arbeiterfamilien die Ansiedlung durch Zuweisung von Dienstwohnungen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts veränderte sich die Situation erneut, da die Zahl der Arbeitssuchenden wesentlich größer wurde als die Zahl der offenen Stellen. Gleichzeitig führte die zunehmende technische Modernisierung im industriellen Bereich und im Transportwesen dazu, daß der Bedarf an ungelerten Arbeitern sich verringerte und eine stär-

<sup>4</sup> Zu Beginn des 20. Jahrhunderts arbeiteten im Königreich Polen und in Oberschlesien etwa zwei Drittel der Industriearbeiter in Fabriken, deren Belegschaften jeweils mehr als 200 Arbeiter zählten, während im Deutschen Reich – nach den Berechnungen von G. A. Ritter – derartige Betriebe nur 47% des gesamten industriellen Proletariats beschäftigten (Żarnowska, *Klasa robotnicza*, 35–36 sowie Gerbard A. Ritter, *Gewerbliche Zusammensetzung und innere Schichtung der industriellen Arbeiterschaft im Kaiserreich*, Vortrag auf der XVI. Deutsch-Polnischen Schulbuchkonferenz der Historiker vom 26.–28.05.1983 – Manuskript S.11).

kere Berufsauffächerung an Bedeutung gewann. Lange Dienstzeiten verloren bald ihren Wert als Kriterium für einen gesicherten Arbeitsplatz in der Fabrik oder der Hütte bzw. als Voraussetzung für Wertschätzung und Leistungsbereitschaft. In zunehmendem Maße begann man, die Stellung des Arbeiters in der Belegschaft an seiner beruflichen Qualifikation zu messen<sup>5</sup>. Auch die Zufriedenheit des einzelnen Arbeiters mit seiner Arbeit wuchs in dem Maße, in dem seine berufliche Vorbildung sich verbesserte. Allerdings entwickelte sich dieses Element der Arbeitskultur der Arbeiter – nämlich die durch die Arbeit erlangte Genugtuung und der Stolz auf den ausgeübten Beruf – bei den einzelnen Berufsgruppen unterschiedlich stark und wurde in immer stärkerem Maße vom Qualifikationsniveau der Arbeiter abhängig.

Ein Beweis dafür ist unter anderem die Fluktuation der Arbeitskräfte in Industrie und Bergbau. Sie trat am häufigsten bei den jungen, wenig oder gar nicht qualifizierten Arbeitern auf. (Zu ähnlichen Schlüssen über die Fluktuation der Arbeitskräfte in Deutschland gegen Ende des 19. Jahrhunderts kommt nota bene Hermann Schäfer<sup>6</sup>.) Der häufige Wechsel des Arbeitsplatzes war unter anderem Indiz dafür, daß ein großer Teil der Arbeiter an seiner Beschäftigung keine rechte Freude fand.

Tatsächlich entsprach die gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf den Arbeitsmärkten beobachtbare Stabilisierung des gesellschaftlich-wirtschaftlichen Status' der Arbeiter deren individuellen Bestrebungen. Die Fortschritte dieses Prozesses resultierten aus den Bemühungen der Arbeiter wie auch aus den sich ihnen entgegenstellenden Maßnahmen der Unternehmer. Rechtliche Bestimmungen, die den Status eines Arbeiters mitbestimmten, spielten im Königreich Polen, insbesondere außerhalb der Industrie (z. B. im Handwerk oder im Bauwesen), nur eine minimale Rolle; vielmehr waren hier bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor allem herkömmliche Normen und Traditionen verpflichtend.

Noch kurz vor dem Ersten Weltkrieg lassen sich im Königreich Polen viele Beispiele für die Unbeständigkeit der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Position des Arbeiters finden; so kam es z. B. noch im Jahre 1910 in manchen Gruben des Beckens von Dąbrowa vor, daß ältere Arbeiter trotz ihrer langen, bis zu 20 Jahre umfassenden Dienstzeit und der damit erlangten Qualifikation zu sehr schlecht bezahlten Hilfsarbeitern degradiert wurden<sup>7</sup>. Eine derartige Unsicherheit, die der Position eines Arbeiters anhaften konnte, hemmte die Entwicklung einer Arbeitskultur und war von negativem Einfluß auf die gesellschaftliche Stellung dieser Menschen; sie minderte auch deren Gefühl der Verbundenheit mit einer bestimmten Produktionsgruppe und reduzierte deren positive Einstellung zur Arbeit.

<sup>5</sup> Da im Königreich Polen das Fachschulwesen nur schwach entwickelt war, bestand bis zur Mitte des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts die einzige Möglichkeit für Industriearbeiter, sich weiter zu qualifizieren, darin, eine Lehre in einem Handwerksbetrieb zu absolvieren. Wie bekannt, war dieser Weg, sich zu bilden, auch im damaligen Deutschland der gängige (*Żarnowska*, *Klasa robotnicza*, 115–123; vgl. *Hermann Schäfer*, *Die Industriearbeiter. Lage und Lebenslauf im Bezugfeld von Beruf und Betrieb*, in: *Sozialgeschichtliche Probleme in der Zeit der Hochindustrialisierung (1870–1914)*, hrsg. von *Hans Pohl* (1979) 176–184).

<sup>6</sup> *Schäfer*, *Die Industriearbeiter*, 165–166.

<sup>7</sup> *Edward Michalski*, *Stosunki robotnicze w Zagłębiu Dąbrowskim [Arbeiterverhältnisse im Becken von Dąbrowa]* (Wiedza 1910) 679–682.

Hinzu kam im Königreich Polen noch ein weiterer Umstand, der es den Arbeitern erschwerte, mit ihrer Arbeit zufrieden zu sein: Es war die Rückständigkeit, ja in manchen Bereichen der absolute Mangel an Arbeiterschutzgesetzen, der, da kennzeichnend für Rußland, eben auch die russischen Teilgebiete Polens betraf<sup>8</sup>. So wies z. B. ein Arbeitsvertrag aufgrund von Vorschriften aus dem Jahre 1891 ungleiche Rechtsvorschriften für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf: Dem Arbeitgeber stand das Recht zu, einen Vertrag einseitig zu annullieren, ohne auf die zweiwöchige Kündigung zu achten, wenn der Arbeiter drei Tage abwesend war, wenn er sich „durch Frechheit oder schlechtes Betragen“ schuldig gemacht hatte oder auch wenn er an einer ansteckenden Krankheit litt (!). Aufgrund derselben Verordnungen war es aber dem Arbeiter nicht erlaubt, den Vertrag einseitig zu lösen; er durfte nur Klage vor Gericht führen.

Die rechtliche Ungleichheit im Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde noch dadurch vertieft, daß der Unternehmer das Recht besaß, die Pässe der Arbeiter zu kontrollieren.

Die rechtlichen Vorschriften, die übrigens auf eine für den Arbeiter ungünstige Weise interpretiert werden konnten, unterstellten den Arbeiter nicht nur in ökonomischer Hinsicht dem absoluten Willen des Unternehmers, sondern hielten, wenn auch in neuer Gestalt, gewisse Elemente der persönlichen Abhängigkeit aufrecht, die in manchen Fällen durch unternehmerischen Patriarchalismus zusätzlich verstärkt wurden. Hier sei angemerkt, daß derartige Verhaltensweisen durchaus als Relikte einer spezifischen Mentalität anzusehen sind, die bei ehemaligen Fronbauern verbreitet war und über die vom Land in die Stadt Wandernden Eingang in die Arbeiterklasse gefunden hat. Unterordnung und Unterwürfigkeit den „Herren“ gegenüber sind in beiden Fällen gleich.

Im Königreich kam es allgemein vor, daß Arbeiter durch Unternehmer oder durch das höhere Fabrikpersonal gedemütigt wurden: vor der Revolution von 1905 sind Fälle bekannt, in denen Arbeiter durch Meister geschlagen wurden<sup>9</sup>. Ein zusätzlicher Faktor, der dieses antagonistische Verhältnis noch verstärkte, war die Tatsache, daß sowohl die meisten Eigentümer der Fabriken und anderer Unternehmen wie auch ein ansehnlicher Teil des technischen und kontrollierenden Personals Ausländer waren. Nahezu bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts herrschten bei den Meistern Deutsche, Franzosen, Engländer, Tschechen und andere vor. Noch im Jahre 1903 betrug die Anzahl der Ausländer, die an der Jahrhundertwende aus Rußland eingewanderten Juden eingeschlossen, ungefähr 45%<sup>10</sup>.

Die schier unüberwindlichen Sprachbarrieren machten eine normale Kommunikation während der Arbeitszeit unmöglich. Da diese Schwierigkeiten im alltäglichen Le-

<sup>8</sup> Die ersten gesetzlichen Versuche einer Regulierung der Arbeitszeit von Frauen und Kindern, die in der Industrie beschäftigt waren, wurden in Rußland erst 1886 vorgenommen. Vorschriften für einen beiderseits verpflichtenden, mündlich oder schriftlich abgefaßten Arbeitsvertrag zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern gab es im Königreich Polen erst ab 1891. (*Konstanty Grzybowski*, *Historia państwa i prawa Polski* [Geschichte von Polens Staat und Recht] Bd. IV (Warszawa 1982) 168–170.

<sup>9</sup> Derartige Fälle registrierte die illegale sozialistische Presse; sie werden in den meisten der dort abgedruckten Arbeiterbriefe erwähnt.

<sup>10</sup> *Żarnowska*, *Klasa robotnicza*, 80.

ben weiterwirkten, erschwerten sie die soziale Integration. Die Regel war, daß sich die Konflikte, die einheimischen Arbeitern aus der verächtlichen und oft brutalen Behandlung durch qualifizierte und gut bezahlte ausländische Meister, Untermeister und andere Angehörige des technischen Personals erwachsen, noch vertieften. Die Arbeiter neigten deshalb dazu, die zwischen ihnen, den Unternehmern, den Ingenieuren und Meistern auftretenden Klassenkonflikte zu nationalen Konflikten umzudeuten. Es war kein Zufall, daß zahlreiche Arbeiterproteste und auch Streiks zur Verteidigung der Menschenwürde von Arbeitern und Arbeiterinnen geführt wurden und sich hauptsächlich gegen Meister und Direktoren richteten, die sich durch Willkür und Brutalität auszeichneten hatten.

Die zunehmende Entschlossenheit der Arbeiter, sich einen festen Arbeitsplatz zu sichern, trug zur Entwicklung einer neuen Mentalität bei – der Mentalität des mit der Maschine arbeitenden Menschen, der sich als Glied eines organisierten Systems gemeinschaftlicher Produktionsarbeit fühlt und versteht und der Disziplin des Produktionsprozesses unterordnet.

Aber auch in diesem Bereich der Arbeiterkultur war der Einfluß der von der Bourgeoisie verbreiteten Vorbilder minimal. Die neue Arbeiterkultur schufen die Arbeiter selbst. Dagegen war den aus Westeuropa ins Königreich kommenden qualifizierten Arbeitern ein gewisser Einfluß auf die polnischen Arbeiter nicht abzuspüren. Das Beispiel des Arbeiterzentrums in Żyrardów beweist die Durchschlagskraft der Vorbilder ehrlicher und disziplinierter Arbeit, mit denen die angeleiteten deutschen Arbeiter – vor allem die Weber – wirkten.

Die Elemente der neuen Arbeiterkultur verbreiteten sich vor allem im Königreich Polen nach und nach unter den Arbeitern der ersten Generation, die, unmittelbar vom Land kommend, in der Industrie, im Eisenbahnwesen und andernorts Aufnahme gefunden hatten. Diese ehemaligen Landbewohner machten in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Königreich Polen etwa die Hälfte der Industriearbeiter aus. Erst seit der Mitte der neunziger Jahre begann sich ihre Zahl zu verringern<sup>11</sup>.

Die früheren Gewohnheiten dieser Leute, die mit dem Arbeitsrhythmus in der Landwirtschaft und einer anderen Auffassung der Zeit verbunden waren und sich dadurch vom Rhythmus in der Industrie unterschieden, konnten nicht von einem Tag auf den anderen abgestreift werden. Daß sie im Königreich Polen dennoch ziemlich rasch abgelegt wurden, war bestimmten Reglements zu danken, die Fabrikanten ihren Arbeitern, vor allem mit dem Ziel der Gewinn- und Ertragssteigerung, auferlegten. Im Prinzip bestanden diese Reglements aus einem System drastischer, die Arbeiter zuweilen nicht nur in der Fabrik, sondern auch außerhalb des Arbeitsplatzes betreffender Vorschriften und Verbote, die auch Strafen und Repressionen umfaßten und den Arbeitern auf Schritt und Tritt drohten. All dies wirkte hemmend auf die Belegschaft und verhinderte, daß Freude an der Arbeit und Zufriedenheit aufkamen. Ein Beweis dafür ist z. B. das Zeugnis eines Arbeiters aus der großen Leinenfabrik „Hille und Dittlich“ in Żyrardów, der in seinem Tagebuch schreibt, wie privilegiert sich die an Hand-

<sup>11</sup> Ebd., 150–154.

webstühlen arbeitenden Weber jenen gegenüber fühlten, die an den mechanischen Webstühlen beschäftigt waren, wo eine strengere Zucht herrschte<sup>12</sup>. Es spricht für sich, daß Handweber sich der größten Anerkennung unter den Textilarbeitern erfreuten.

Die Fabrikreglements wurden von den Arbeitern selten befolgt. Sie waren es, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts die meisten Proteste hervorriefen – und zwar von Petitionen bis zu Streiks. Sowohl diese Reglements wie die schon erwähnten russischen polizeilichen Vorschriften ließen bei den Arbeitern ein Gefühl gesellschaftlicher Unabhängigkeit, das dem Rang ihrer Produktionstätigkeit hätte entspringen können, so gut wie nicht aufkommen. Alle diese Vorschriften berechtigten die Unternehmer im Königreich Polen außerdem, die persönlichen Dokumente der Arbeiter zu kontrollieren; ferner bestand für die Arbeiter – aber selbstverständlich nicht für die Unternehmer – Versammlungsverbot.

Es galt auch für damalige Verhältnisse, daß Arbeiter vor allem dann mit ihrer Beschäftigung zufrieden waren, wenn sie beruflich abgesichert waren und entsprechende Qualifikationen erlangt hatten. Der Stolz auf den ausgeübten Beruf und die Fähigkeit, eine Maschine zu kontrollieren, stärkte das eigene Wertgefühl und festigte eine relativ unabhängige Position in der Gemeinschaft der Fabrikarbeiter. Eine derartige Einstellung konnte z. B. bei den Grubenarbeitern festgestellt werden. Diese Attribute der Arbeiterkultur waren eng mit dem Faktum verknüpft, daß die Arbeit als solche im neuen, für die Arbeiterschaft spezifischen Wertesystem zunehmend höher eingeschätzt wurde. Die Wertschätzung, die Arbeiter ihrem Beruf entgegenbrachten, läßt sich ablesen an den zahlreichen, im Alleingang oder auch mit anderen durchgeführten Aktionen, die zu seiner Verteidigung geführt wurden. Die Streikaktionen, die in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts besonders häufig und unter großer Beteiligung stattfanden und sich in den Jahren der Revolution von 1905 wiederholten, stärkten nicht nur die klassenspezifischen, sondern auch die beruflichen Bande.

Es steht fest, daß sich viel öfter gelernte als ungelernete Arbeiter dazu entschlossen, ihre relative Unabhängigkeit dem Eigentümer oder der Verwaltung einer Fabrik, einer Kohlengrube oder einer Werkstatt gegenüber zu beweisen. Es ist charakteristisch, daß das hohe Ansehen, dessen sich die Weber bei den Textilarbeitern im Königreich Polen erfreuten, nicht in deren höherem Einkommen begründet lag, sondern in deren selbständiger, relativ unabhängiger Position im Produktionsprozeß.

Hier haben wir es wieder mit der Herauskrystallisierung und Verbreitung von Einstellungen in bezug auf Arbeit zu tun, die ausschließlich für die Arbeiter spezifisch sind – diese Denkweise entstand aus der Opposition heraus und war gegen das von den Unternehmern propagierte Modell eines unterwürfigen und seiner Individualität beraubten Arbeiters gerichtet. Zahlreiche Beispiele, die ich aufgrund des von mir gesichteten Quellenmaterials aufzählen könnte, erlauben die Feststellung, daß es die Arbeiterfamilie war, die eine prinzipielle Rolle bei der Ausgestaltung dieser spezifischen Arbeiterkultur der Arbeiterschaft gespielt hat. Und es handelte sich hier nicht unbe-

<sup>12</sup> *Karol Doczkał*, Wspomnienia robotnika [Erinnerungen eines Arbeiters] *Miesięcznik Literacki* 4 (1930) 189.

dingt um die Übernahme des väterlichen Berufes. Eine größere Bedeutung kam, wie es scheint, der Verwurzelung der Familie in der Arbeitergemeinschaft zu, einer Verwurzelung, die erst im Laufe von Generationen erfolgte. Ein Beweis dafür scheint mir zu sein, daß man in Arbeiterfamilien „Fabrikhandwerkern“ mehr Achtung entgegenbrachte als einfachen Schreibern im Fabrikkontor. Vielsagend und charakteristisch sind die Erinnerungen eines Arbeiters, der in einer Warschauer Gerberei gegen Ende des 19. Jahrhunderts beschäftigt war und der die Ansicht seines Vaters zur Berufswahl seines Sohnes mit folgenden Worten darlegt: „Ein Schreiber wird er nicht, denn das ist erbärmlich, und er müßte von Schmiergeldern leben – er wird Handwerker.“<sup>13</sup>

Im 19. Jahrhundert lassen sich sowohl in zahlreichen europäischen Ländern wie auch im Königreich Polen Beispiele dafür finden, wie die Unternehmer das Verhältnis zwischen sich und den Arbeitern auf patriarchalischer Grundlage regelten. Sie versuchten in solchen Fällen stets, die Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmer und von der Fabrik über den Bereich der Produktion hinaus auf die Gesamtheit des Alltagslebens auszudehnen, indem sie den Arbeitern bestimmte Verhaltensvorbilder aufzwangen, die nicht nur für die Fabrik hinsichtlich der Arbeitskultur und des Zusammenlebens der Belegschaftsmitglieder Gültigkeit hatten, sondern auch für den Bereich des Alltags, der Gesundheit, des Vergnügens usw.

Das patriarchalische Modell war jedoch bei der Bourgeoisie des Königreiches Polen nicht besonders beliebt, da es von den Unternehmern zusätzliche Investitionen verlangte. Doch spielte es zum Teil bei der Herausbildung der Arbeiterkultur eine gewisse Rolle, u. zw. besonders in kleineren Industriezentren und Fabriksiedlungen. Klassisches Beispiel dafür ist die schon erwähnte Leinenindustrie „Hille und Dittrich“ in der kleinen Industriesiedlung Żyrardów<sup>14</sup>. Aber auch manche Großunternehmer, deren Betriebe in den Vororten größerer Städte lagen (so z. B. die großen Textilfabriken von Karol Scheibler und Israel Poznański an den Stadtgrenzen von Łódź, dem zweitgrößten Industriezentrum im Königreich Polen) wandten das patriarchalische Modell an. Diese Fabriksriesen beschäftigten an die vier- bis fünftausend Arbeiter; die Lage der Baulichkeiten isolierte die Belegschaften in gewissem Maße von der restlichen Arbeiterschaft der Stadt. Für Verwaltungsangestellte, Meister und einen Teil der Arbeiter wurden in der Nähe der Fabrik Häuser und Geschäfte errichtet, für die Kinder der Arbeiterfamilien Krippen und Elementarschulen.

Alle diese Bemühungen zielten darauf ab, daß der Arbeiter sich mit der Fabrik mehr verbunden fühlen sollte als mit der eigenen Tätigkeit und mit seinem eigenen Beruf. Die Fabrik war allgegenwärtig: durch den Produktionsbetrieb ohnehin, aber auch durch die Wohnung, die Läden, die Fabrikspitäler, die Schulen und Krippen. Sogar die Freizeit des Arbeiters und seiner Familie war mehr oder weniger von der Fabrik organisiert: mit Hilfe von Fabriktheatern, von Fabrikorchestern und ähnlichem mehr.

<sup>13</sup> *Michał Ostrowski*, Grzechy mojego życia [Die Sünden meines Lebens] Manuskript im Zentralarchiw KC PZPR/CA KC PZPR/, Mappe 4386 Nr. 1.

<sup>14</sup> *Krzysztof Zwoliński*, Zakłady Żyrardowskie w latach 1885–1915 [Die Betriebe zu Żyrardów in den Jahren 1885–1915] (Warszawa 1979) 451; Żyrardów 1829–1945, Sammelwerk u. d. Redaktion von Irena Pietrzak-Pawłowska (Warszawa 1980) 358.

Die Belegschaften derartiger Fabriken, wie z. B. in Łódź oder auch anderswo im Königreich Polen, waren gleichwohl privilegierter als solche in anderen Teilen des Landes. Es sei angemerkt, daß z. B. in Łódź gegen Ende des 19. Jahrhunderts nur wenig mehr als ein Viertel aller schulpflichtigen Kinder Zutritt zu den allgemeinen Grundschulen hatte, deren Zahl im Königreich Polen als Folge der Okkupation drastisch verringert worden war<sup>15</sup>. Ähnlich sah es mit der Benutzung von Spitälern und anderen Institutionen des Gesundheitswesens aus. Aufgrund derartiger Erfahrungen bildete sich bei den Arbeitern ein Gefühl der Unterordnung und Abhängigkeit heraus, das die Existenz gesellschaftlicher Hierarchie, die sie in der Fabrik und während der Arbeit erlebten, nur bestätigte. Diese Hierarchie war im übrigen überall im Alltag zu spüren und trennte z. B. auch die Arbeiter von den Fabrikbeamten und Angestellten. Sie machte sich bemerkbar im Standard der Fabrikwohnungen, in der unterschiedlichen Kleidung, im allgemeinen Konsum und in der Verfügbarkeit von Bildungschancen; sie bestand als unüberbrückbares Hindernis im gesellschaftlichen Leben und bedingte die Ausbildung getrennter Vereinigungen und Gesellschaftskreise. Wenn – wie in einem Beispiel aus Żyrardów – gelegentlich bei der Wahl von Trauzeugen oder Paten diese Barrieren übersprungen wurden, so ist dies nur ein Beweis für ihr Vorhandensein<sup>16</sup>.

Das Wissen um eine unumstößliche betriebliche Hierarchie vertiefte die traditionellen handwerklichen Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen, die von jeher auch in der Fabrik bestanden, noch mehr. Aus dem Widerstand heraus, den Arbeiter solchen Vorbildern entgegenbrachten, entstanden neue Formen des Zusammenlebens in der Belegschaft, denen das Gefühl von Einheit, Gleichheit und Solidarität des Kollektivs zugrunde lag.

Dieser ursprüngliche Kollektivismus der Arbeiter, der später durch die Sozialisten unterstützt wurde, bildete das wichtigste Element der Arbeiterkultur der Arbeiterschaft. Er entstand als Protesthaltung gegen den bourgeoisen und kleinbürgerlichen Individualismus vor allem in den großen Produktionsbetrieben, den Fabriken, Gruben und Eisenbahnwerkstätten. Eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung kollektivistischer Zielsetzungen der Arbeiter spielten jedoch erst die großangelegten Streiks, die ganze Belegschaften der einen oder anderen Fabrik mobilisierten. Eine derart große Streikbewegung begann sich im Königreich Polen nicht vor den achtziger – eigentlich erst an der Wende der achtziger und neunziger Jahre – des 19. Jahrhunderts zu entwickeln<sup>17</sup>. Ebenfalls einen wichtigen integrierenden Einfluß auf die Arbeiterkollektive übten die Arbeiterdelegationen aus, die durch die Belegschaften aber erst in den Jahren der Revolution 1905–1907 ins Leben gerufen wurden. Als planende und koordinierende

<sup>15</sup> *Żarnowska*, *Klasa robotnicza*, 314.

<sup>16</sup> *Andrzej Stawarz*, *Zwyczaje rodzinne robotników Żyrardowa w połowie 19 wieku* [Familienbräuche der Arbeiter in Żyrardów in der Mitte des 19. Jahrhunderts] in: *Wokół tradycji kultury robotniczej w Polsce*, Sammelwerk u. d. Red. von Anna Żarnowska (im Druck).

<sup>17</sup> *Feliks Tyeb*, *Narodziny masowego ruchu robotniczego w Królestwie Polskim – ruch strajkowy u progu lat 90-tych* [Entstehung einer breiten Arbeiterbewegung im Königreich Polen – die Streikbewegung zu Beginn der neunziger Jahre], in: *Polska Klasa Robotnicza*, Bd. II (Warszawa 1971) 7–46.

nierende Streikorganisationsgruppen entstanden, vertraten diese Delegationen schließlich die Forderungen der Belegschaften gegenüber den Unternehmern bzw. der Fabrik- oder Grubenverwaltung.

Die Bedingungen, die im Königreich Polen gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts herrschten, brachten es mit sich, daß die meisten gelernten Arbeiter, jedenfalls die örtlichen polnischen Arbeiter in der Industrie und im Eisenbahnwesen, ihre Qualifikationen im Handwerk erworben hatten. Es waren dies entweder verarmte Meister, häufig auch Heimarbeiter, wie Weber, oder Gesellen mit unterschiedlicher Produktionserfahrung, die keine Aussicht auf Gründung einer eigenen Werkstatt besaßen; dazu kamen Lehrlinge, die kein Zeugnis aufweisen konnten, das ihre vollendete Lehrzeit belegt hätte, die aber dennoch in gewissem Maße schon beruflich ausgebildet waren. Dank derartiger Bedingungen konnten in die Kultur der Arbeiterschaft viele Elemente übernommen werden, die mit den handwerklichen und kleinbürgerlichen Traditionen verbunden waren.

Manche dieser Elemente wurden relativ leicht von den Arbeitern rezipiert, wobei sie zuweilen auf eigentümliche Art umgewandelt wurden. Immerhin boten die Kontakte zum Handwerk die Möglichkeit, die Arbeit außerhalb der Landwirtschaft, die Arbeit in der Stadt kennenzulernen.

Dank der handwerklichen Traditionen wuchsen auch im Arbeitermilieu das Verständnis für und die Hochachtung vor guter und solider Arbeit, beruflicher Stolz wurde spürbar, und die Solidarität innerhalb der Berufsgruppe nahm zu, was sich nicht zuletzt in der gegenseitigen Anrede der Innungsmitglieder als „Zunftgenossen“ ausdrückte. Andererseits freilich begünstigte der Einfluß kleinbürgerlicher Traditionen die individualistische Einstellung bei den Arbeitern; er blockte größere berufliche Ambitionen ab und leistete einer „fachgemäßen“ Spezialisierung Vorschub. Auch war die Solidarität, die er hervorrief, vielfach nur auf den Bereich der Innung oder die Gruppe der unmittelbaren Arbeitskollegen begrenzt.

Die traditionelle, starre und unumstößliche Innungshierarchie – Meister-Geselle-Lehrling – wurde in die Fabriken übertragen, dort allerdings nach und nach auf gewisse Produktionszweige reduziert. Sie behauptete sich bis in die ersten Jahre des 20. Jahrhunderts. Selbst der sozialistischen Bewegung war es nicht möglich, den Einfluß dieser Tradition zu bremsen. Noch bis zum Ausbruch der Revolution 1905 waren z. B. die jugendlichen Arbeiterlehrlinge in eigenen, von den gelernten Arbeitern getrennten Parteizellen organisiert. Es kam auch vor, etwa in kleineren Fabriken und handwerklichen Werkstätten, daß die spezifischen Bedürfnisse dieser Gruppe während eines Streiks nicht beachtet wurden. Beispiel dafür ist der erste große Streik der Bäcker in Warschau 1897. Wie ein Arbeiter, der damals noch als Lehrling in einer Warschauer Bäckerei beschäftigt war, berichtet, „wurden die Lehrjungen formell nicht zum Streik aufgefordert, doch arbeitete in den meisten Bäckereien keiner von ihnen. Viele Gesellen sahen in uns eine Art lebendes Inventar des Unternehmers, das seiner ausschließlichen Obhut unterstand. Auch im Streikaufruf war keine Rede von den Lehrjungen, sondern nur von den Bäckern, und als solche wurden erst die Gesellen angesehen. Ebenso wurden auch die ungelerten Arbeiter, die als Hilfskräfte in der Bäckerei arbeiteten oder das Brot ausfuhren, nicht als Bäcker betrachtet. Die Zunft-

traditionen waren noch so stark, daß die unter dem Einfluß der sozialistischen Organisation stehende Streikorganisation es nicht wagte, ihnen entgegenzutreten.“<sup>18</sup>

Für die proletarisierten Kleinproduzenten und ihre Nachkommen bedeutete der Eintritt in die Arbeiterklasse eine gesellschaftliche Degradierung, ein Umstand, der in dem Maße hemmend auf das sich zunehmend verbessernde gesellschaftliche Prestige des modernen Arbeiters wirkte, als das Vorbild eines Handwerkers mit seiner Erfahrung und seinen durch ein Innungszeugnis bestätigten Qualifikationen sowie der diesem verfügbaren, angeblich großen persönlichen Freiheit weiterhin nachzuwirken vermochte<sup>19</sup>. Mit der Zeit wandelte sich jedoch die Achtung, die vormals den „Handwerkern“ in den Fabriken persönlich entgegengebracht wurde, zur Achtung und Anerkennung ihrer Fähigkeiten, auch wenn diese nicht formell durch ein Schulzeugnis bestätigt waren (was im Königreich Polen infolge des Mangels an Berufsschulen schwer beizubringen war). Die im Produktionsprozeß gewonnene Erfahrung, generell das, was der Arbeiter sich aufgrund langjähriger gewissenhafter Arbeit in der Fabrik im Umgang mit der ihm anvertrauten Maschine aneignen konnte, wurde zunehmend höher bewertet. Im Verhältnis des Arbeiters zur Maschine fand eine regelrechte Evolution statt: das ursprüngliche Mißtrauen gegenüber der Maschine als einem potentiellen Konkurrenten – das aus der Bewußtseins-tradition des kleinen Produzenten stammte – schlug um in vollständige Anerkennung mechanisierter Produktionsvorgänge, ja steigerte sich nicht selten zu einem gewissen Maschinen-Kult. In den großen Fabriken, wo der „Fabrikhandwerker“ sich bisher hoher Achtung erfreut hatte, wurden technische Kenntnisse bald höher bewertet, die die Kontrolle über die Maschine ermöglichten, dem Arbeiter eine effektive und ungefährliche Tätigkeit gewährleisteten und, damit zusammenhängend, die die Genugtuung an der geleisteten Arbeit steigern halfen. Wir finden in vielen Arbeitertagebüchern Beweise für diese Veränderung der Einstellung zur Maschine. In einem dieser Tagebücher werden z. B. der Ernst und die Pedanterie beschrieben, mit der in einer großen Textilfabrik in Łódź einer der Arbeiter eine große elektrische Bügelpresse bediente: „Er lächelte niemals, wenn er die Hebel bediente ... im Augenblick vor der erneuten Inbetriebsetzung der Maschine verwandelte er sich in einen Bauer, der mit der Hand Weizen aussät.“<sup>20</sup>

Auf diese Weise entstanden neue, für die Arbeiter spezifische Elemente der Arbeiterkultur. Ihre Entwicklung ging einher mit großen technischen Fortschritten, die die traditionelle Hierarchie in den Belegschaften der Fabriken und Bergwerke untergruben und traditionelle, eng berufsspezifische Barrieren abbauten. Hatten in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts Weber und Schlosser das höchste Ansehen genossen, so gewannen jetzt Dreher, Fräser und Elektrotechniker sowie Angehörige anderer, fast ausschließlich mit der Fabrikproduktion verbundener Berufe, die einer speziellen Qualifikation bedurften, an Bedeutung. In den Arbeiterkreisen wurde die berufliche Qualifikation zu einem Symbol sozialen Aufstiegs. Als Beweis

<sup>18</sup> *Marian Płochocki*, *Wspomnienia działacza SDKPiL* [Erinnerungen eines Aktivisten der SDKPiL] (Warszawa 1956) D. 34.

<sup>19</sup> *Gazeta Przemysłowo-Rzemieślnicza* – u. a. 1885 Nr. 9, S. 3, 1888 Nr. 15, S. 113, 1892 Nr. 17, S. 127–128, 1893 Nr. 25, S. 202, 1894 Nr. 16, S. 128.

<sup>20</sup> *Lucjan Rudnicki*, *Stare i Nowe* [Altes und Neues] (Warszawa 1949) 137–138.

dafür mögen zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Bemühungen alter Arbeiterfamilien gelten, ihren Kindern eine Berufsausbildung in einer der wenigen im Königreich Polen bestehenden Fachschulen zu ermöglichen. Es sei hier angemerkt, daß die Jahre der Revolution 1905–1907 die Entfaltung derartiger Bestrebungen stark begünstigten<sup>21</sup>.

Während der Revolution nahm auch die Zahl großer politischer Streiks stark zu. Im Verlauf des Jahres 1905 streikten z. B. etwa 1½ Millionen Arbeiter, von denen zumindest einige Hunderttausend Erfahrungen in ökonomischen, dabei meist erfolgreichen Streiks sammelten. Diese Jahre brachten somit auch tiefgreifende Veränderungen im Verhältnis der Arbeiter zu den Meistern und zum technischen Personal mit sich.

Dieses Verhältnis wurde im Königreich Polen hauptsächlich durch gewohnheitsrechtliche Normen geprägt, die u. a. auch dazu führten, daß die deutliche Vormachtstellung des Meisters gegenüber dem Arbeiter gewahrt und eigentlich erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts – teilweise durch Rechtsvorschriften – begrenzt wurde. Die Distanz, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Arbeiter vom Meister, vom Techniker und Ingenieur trennte, war im Königreich Polen weit größer als in Deutschland – lag ihre Ursache doch hier nicht nur in der unterschiedlichen beruflichen Ausbildung, sondern auch in der verschiedenartigen Nationalität, der andersartigen Lebensweise, der fremden Sprache und der für polnische Arbeiter unverständlichen Fachterminologie.

Alle diese Faktoren machten es den genannten Gruppen unmöglich, als Vermittler von bourgeoisen Kulturvorbildern zu wirken, wie dies in den Ländern Westeuropas üblich war. Um ein qualifizierter oder wenigstens angelernter Arbeiter zu werden, mußte der Arbeiter im Königreich Polen die sprachliche Barriere überwinden und die hier in der Industrie allgemein übliche deutsche Fachsprache erlernen. So zeichneten sich in den letzten dreißig Jahren des 19. Jahrhunderts, also zur Zeit des dynamischen Anwachsens der Belegschaften in der Industrie und im Eisenbahnwesen, die Schwierigkeiten deutlich ab, die jene erwarteten, die zu damaliger Zeit, bar jeglichen Fachwissens und eigentlich nur für landwirtschaftliche Arbeit vorbereitet, in die Städte strömten und dort, im neuen sozialen Umfeld, auf technisch versierte und gelernte Arbeiter und Angestellte aus Deutschland und anderen Ländern Westeuropas, aber auch aus den preußischen und österreichischen Teilgebieten Polens, stießen, mit denen sie doch kaum etwas verband.

Viele mochten damals die zwischen Arbeitern, Ingenieuren oder auch Meistern bestehende Distanz als ein- und dieselbe, nur auf andere Lebens- und Arbeitsbereiche verpflanzte, Erscheinung ansehen, wie sie ihnen aus dem bäuerlichen Alltag bestens vertraut war: jene Unterwürfigkeit der Bauern unter ihre Herren, die der stillschweigenden Übereinkunft von der Unantastbarkeit der gesellschaftlichen Hierarchie und ihrer Grenzen entsprang<sup>22</sup>. Diese Anschauungen wurden im 19. Jahrhundert freilich nach und nach durch Einstellungen und Verhaltensweisen ersetzt, die nicht das Tren-

<sup>21</sup> Anna Żarnowska, *Rewolucja 1905–1907 a aspiracja oświatowe robotników Warszawy* [Die Revolution von 1905–1907 und das Streben nach Bildung bei den Arbeitern Warschaus], in: *Polska-Francja XVIII–XIX wieku* (Warszawa 1983) 232–238.

<sup>22</sup> Edward Pietraszek, *Etos robotniczy na przełomie epok 1890–1918* [Das Arbeiterethos an der Epochenwende 1890–1918], in: *Wokół tradycji kultury robotniczej w Polsce ...*

nende, sondern das Gemeinsame betonten. Gerade in dieser Hinsicht brachten die Revolutionsjahre 1905 bis 1907 sehr große Fortschritte.

In polnischen Lebensbereichen fiel – was die Arbeitskultur betraf – sehr früh und ausgeprägt die gegen die bürgerlichen Vorbilder opponierende Kultur der Arbeiter auf. Arbeitsethos, Einstellungen und Verhalten der Arbeiter im Arbeitsprozeß entwickelten sich in einer Atmosphäre ständiger Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern – sie waren in der Regel das negative Abbild der Modelle, die die Vertreter der Bourgeoisie den Arbeitern aufzwingen wollten. Daß der oppositionelle Charakter der Arbeitskultur der Arbeiterschaft so scharfe Züge annahm, war dabei nicht zuletzt auf die nationale Andersartigkeit der Bourgeoisie und der Mehrzahl des technischen Personals in der Industrie und im Eisenbahnwesen zurückzuführen.

Die sich aus der Opposition zu bourgeoisen Vorbildern heraus entwickelnden kulturellen Aktivitäten der Arbeiterschaft machten sich in Polen außerhalb des Arbeitsplatzes – im Alltag des Einzelnen und der Arbeiterfamilie – viel weniger bemerkbar –, spielte doch hier nach wie vor der Einfluß der traditionellen ländlichen Kultur die Hauptrolle.

Am dauerhaftesten überlebte die Volkskultur in den Bräuchen der Arbeiter, ihren religiösen Gepflogenheiten, ihrer Sprache und Folklore, daneben auch in Lebensstil, Ernährungsgewohnheiten, Gesundheitspflege, den speziellen Formen familiären Umgangs. Veränderungen auf diesen Gebieten vollzogen sich nur langsam; selbst in den Großstädten bewirkten die zahlreichen Kontakte mit anderen gesellschaftlichen Gruppen wie auch die Teilnahme an deren Alltags- und Familienleben kein schnelleres Fortschreiten des kulturellen Aneignungsprozesses.

Ein großer Stellenwert bei der Ausbildung von Arbeiterkultur kommt den Migrationen zu, deren Wirkungen von vielfältigster Art waren: einerseits verursachten sie eine Lockerung der bisherigen nachbarlichen Bande sowohl bei einzelnen Personen wie auch bei ganzen Familien, andererseits blieben die Verknüpfungen mit dem Lande auch bei solchen, die wegzogen, weiterhin bestehen und spielten eine wichtige Rolle im Prozeß des neuen, städtischen oder vorstädtischen Siedlungswesens, bei der Arbeitssuche sowie später bei der Entfaltung gesellschaftlicher Kontakte. Denen, die schon früher in die Stadt gekommen waren und sich eine Arbeitsstelle gesichert hatten, folgten häufig Verwandte und ehemalige Nachbarn nach.

Häufig auch siedelten sich die Neuankömmlinge in der Nähe der zuerst Angekommenen an, zeitweilig wohnten sie sogar als Untermieter bei ihnen. An intensiv industrialisierten Regionen in der Nähe eines Zentrums, das die proletarisierte Landbevölkerung besonders stark anzog, wie z. B. in den Vorstädten von Łódź oder Żyrardów, läßt sich zeigen, daß Zuwanderer bevorzugt gruppenweise wohnten, ja regelrechte Filialen ihrer ehemaligen dörflichen nachbarlichen Gemeinschaften bildeten<sup>23</sup>. Eine

<sup>23</sup> *Boleslaw Pelka*, *Proces przekształcania wsi Widzew w robotniczą dzielnicę miasta* [Der Prozeß der Umgestaltung des Dorfes Widzew in einen Arbeiterstadtteil], in: *Studia i materiały do dzie-*

derartige Situation stärkte die Bindungen der Arbeiter an die Kultur des heimatlichen Milieus. Siedlungen besagter Art bildeten eine Art Reservat, in dem die bäuerlichen Traditionen im Sittencodex der Familie und des Gemeinschaftslebens, im Stil der Alltagsbewältigung, des Konsums, des Vergnügens, der Folklore, sorgfältig gepflegt wurden.

Die Normen des Familienlebens in Arbeiterkreisen – die Existenz zahlreicher Kinder (Geburtenkontrolle wurde nicht angewandt), die frühzeitige Einbeziehung der Kinder in den häuslichen und beruflichen Pflichtenkreis, der absolute Gehorsam der Familienmitglieder gegenüber dem Familienoberhaupt, die dominierende Position des Vaters in der Familie, die Überweisung der Einkünfte der verdienenden Familienmitglieder in eine gemeinsame Kasse – unterlagen gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts keinen größeren Veränderungen. Die Mehrzahl dieser Normen wurde zu jener Zeit auch in den Familien der Bauern, Heimarbeiter und Handwerker als verpflichtend angesehen. Spezifische Eigenarten im Familienleben eines Arbeiters und davon abhängige Sitten zeichneten sich zu dieser Zeit selbst in den kleineren, außerhalb der Großstädte gelegenen Industriezentren noch kaum ab<sup>24</sup>. Auffallend ist jedoch, daß sich, verglichen mit bäuerlichen Familien, die Söhne und Töchter mit ihren eigenen Familien sehr früh von ihren Herkunftsfamilien lösten und verselbständigten. Die frühe Selbständigkeit der Kinder noch vor Erlangung des berufsfähigen Alters hatte sich in den Arbeiterfamilien allerdings nie zwingend aus ihren moralischen Vorstellungen ergeben. Oft war es vielmehr eine Notwendigkeit, auf die noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Handwerkstradition einwirken konnte, die die jungen Söhne in die Lehre schickte. In dem großen städtischen Zentrum, das Warschau damals darstellte, war es in Arbeiterkreisen üblich, daß der älteste Sohn – im Fall des Ablebens des Vaters – für die Familie finanziell sorgte. Derartige Fälle kamen aber nur in Familien vor, die seit Generationen mit der Arbeiterschaft und mit Warschau verbunden waren<sup>25</sup>.

Wenn es auch nicht leicht fällt, die im besprochenen Zeitabschnitt verpflichtenden Normen des Familienlebens und seine Gebräuche (die vor allem mit Taufe, Hochzeit und Begräbnis verbunden waren) eindeutig der Kultur der Bauern, Arbeiter oder Handwerker zuzuordnen, so ist doch mit Sicherheit festzustellen, daß in diesem Bereich bürgerliche Wertvorstellungen nur in den seltensten Fällen als nachahmenswert empfunden wurden. Spuren bürgerlicher Vorbilder lassen sich am ehesten bei dem hoch im Kurs stehenden Familienideal erkennen, bei dem der Vater als einziger Ernährer fungierte und die Mutter sich ganz auf Haushalt und Kindererziehung konzentrierte. Dieser Familientyp war gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Königreich Polen

jąw Łodzi i okręgu łódzkiego (Łódź 1966) 317–318; *Helena Brodowska*, Kapitalistyczne przeobrażenia podłódzkich wsi gminy Chojny [Kapitalistische Umgestaltungen der bei Łódź gelegenen Dörfer der Gemeinde Chojny] ebd., 343–347.

<sup>24</sup> *Anna Kuczyńska-Skrzypek*, Z badań nad rodziną robotników Żyrardowa początków XX wieku [Forschungen zur Arbeiterfamilie in Żyrardów am Anfang des 20. Jahrhunderts], in: *Tradycyjna kultura robotnicza Żyrardowa*, hrsg. von *Andrzej Woźniak* (Warszawa 1982) 68–69.

<sup>25</sup> *Anna Żarnowska*, Famille et status familial des ouvriers et des domestiques dans le Royaume de Pologne au déclin du XIX<sup>e</sup> siècle, in: *Acta Poloniae Historica* Bd. 35 (1977) 142.

bei Arbeitern, die im Transportwesen, im Hüttenwesen und in der metallverarbeitenden Industrie, in Brauereien, Schnapsbrennereien und in der Polygraphie beschäftigt waren, vorherrschend.

Zu gleicher Zeit war jedoch in der Arbeiterschaft des Königreiches Polen auch ein anderer, der bäuerlichen Familie ähnlicher Familientyp populär, bei dem nicht nur der Vater, sondern auch die Mutter für den Unterhalt der Familie Sorge trugen. Dieser Familientyp trat besonders häufig bei den Textilarbeitern sowie den Arbeitern in der Konfektions- und Holzindustrie auf<sup>26</sup>.

Bei den Textilarbeitern, die sich, wie in den großen Industriezentren (Łódź, Żyrardów, Częstochowa), sogar besonders häufig vom Lande rekrutierten, überdauerten allerdings auch andere Familiensitten, die aus der Tradition der Volkskultur stammten. Hier erhielt sich z. B. die hohe Wertschätzung weitgespannter verwandtschaftlicher Beziehungen, was u. a. darin Ausdruck fand, daß anläßlich der alljährlichen Familienfestlichkeiten lange Reisen zu oft entfernt wohnenden Familienmitgliedern angetreten wurden. Wie die Ethnologen feststellten, wurden noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Arbeiterkreisen viele Elemente der traditionellen Volkskultur sorgfältig kultiviert, vor allem, was die Formen des Zusammenlebens, der gesellschaftlichen Etikette und auch des Aberglaubens anbelangt<sup>27</sup>. Eindeutiges Beispiel dafür ist die besondere Rolle, die noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts religiöse und weltliche Gebräuche im kulturellen Gemeinschaftsleben der Arbeiter während der Festtage spielten.

In unserem Zusammenhang besonders interessant ist das Verhältnis, das der Arbeiter zu Festtagen entwickelte und mit denen er das unumstößliche Recht auf Freizeit nach getaner Arbeit verband. Unverkennbar ist auch hier der Einfluß der traditionellen Bauernkultur mit ihrem regelmäßigen Wechsel von Arbeits- und Freizeit. Kein normaler Arbeiter ließ sich dafür gewinnen, an Feiertagen zu arbeiten, auch wenn ihm dafür ein zusätzlicher hoher Lohn geboten wurde. Vielsagend ist die Tatsache, daß eben der Widerstand gegen die Versuche der Fabrikanten, sonntägliche Feiertage aufzuheben, in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts im großen Zentrum der Textilindustrie, in Łódź, zu ersten Ausschreitungen der Arbeiterschaft führte<sup>28</sup>. Der hohe Stellenwert des Feiertags im Wertsystem des Arbeiters wurde zweifellos durch die alltäglich vollzogene Unterordnung unter den Rhythmus der Maschine und der Gemeinschaftsarbeit noch zusätzlich gestützt. Angesichts der langen Arbeitszeiten konnten nur an Feiertagen die Familien- und nachbarlichen Bande gepflegt werden, konnte das Bewußtsein des eigenen Wertes durch freie Disposition über die Zeit im Kreise der Nachbarn oder einer breiteren Arbeitergemeinschaft sich entfalten<sup>29</sup>. Bei der in

<sup>26</sup> *Żarnowska*, *Klasa robotnicza*, 238–239.

<sup>27</sup> *Andrzej Lipiński*, *Pozostałości kultury tradycyjnej w łódzkich rodzinach robotniczych* [Überlebende traditionelle Kulturformen in den Arbeiterfamilien in Łódź], *Łódzkie Studia Etnograficzne* Bd. VII (1965) 38.

<sup>28</sup> *Władysław L. Karwacki*, *Związki zawodowe i stowarzyszenia pracodawców w Łodzi (do roku 1914)* [Die Gewerkschaften und Arbeitgebervereine in Łódź bis 1914] (Łódź 1972) 38–39.

<sup>29</sup> *Andrzej Lipiński*, *Wstępne badania nad czasem wolnym wśród robotników łódzkich* [Forschungen zur Freizeit der Lodzer Textilarbeiter], *Łódzkie Studia Etnograficzne* Bd. XI (1970) 152.

Polen überwiegend katholischen Arbeiterbevölkerung wurden nicht nur gegen Ende des 19., sondern auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts Feiertag und Kirche als sich wechselseitig bedingende Einheit gesehen und als solche auch in der Arbeiterkultur verankert. Die meisten Feste, die die Arbeiter feierten, hingen vom Kalender der katholischen Kirche ab. Solche Feiertage, zu denen u. a. Weihnachten, Ostern, Pfingsten und Fronleichnam zählten, erforderten vom Arbeiter jedoch nicht nur die Ausführung eines bestimmten religiösen Zeremoniells, sondern auch die Beachtung privater und gesellschaftlicher Verhaltensregeln, zu denen die Überbringung von Geschenken zählte, das Einnehmen festlicher Mahlzeiten, das Tragen feiertäglicher Kleidung oder das festliche Schmücken der Wohnung.

Diese mit den alljährlichen katholischen Feiertagen verbundenen traditionellen Bräuche wurden bei den Arbeitern in Polen in einem Maße gepflegt, daß sie sich selbst in den großstädtischen Zentren nicht nur bis zum Zweiten Weltkrieg, sondern in gewissem Umfang bis auf den heutigen Tag lebendig erhalten konnten. Sie wurden dabei den neuen Lebensbedingungen und Begriffen der Arbeiterschaft angepaßt<sup>30</sup>.

Der Feiertagskalender der katholischen Kirche regulierte, wie wir gesehen haben, den Rhythmus des gesellschaftlichen Lebens und der Familienfeste. Mit Pfingsten etwa begann in den Industriestädten und Siedlungen die Saison der sonntäglichen Maiausflüge und Volksfeste. Dabei verbanden sich traditionelle Arten der Belustigung mit Neuem, auch Bürgerlichem: z. B. wurde das Kartenspiel auf diese Weise populär. Doch auch neue Formen der Freizeitgestaltung entstanden und verbreiteten sich: Ausflüge, Festlichkeiten und Maiausflüge ohne Alkoholgenuß, die mit Deklamationen, Gemeinschaftssingen und dergleichen mehr verbunden waren, trugen oft Elemente politischer Propaganda.

Andere mit der ländlichen Volkstradition und der Folklore verbundenen Bräuche unterlagen gewissen Veränderungen. So wurden z. B. traditionelle, vor der Hochzeit stattfindende Bräuche nun im Betrieb gefeiert, wenn die Braut eine Arbeiterin war<sup>31</sup>. Die städtische Gemeinschaft übernahm auch nur einen Teil der dörflichen Erzählungen und Legenden; diejenigen aber, die, nach entsprechender „Umdichtung“ und Anpassung an die neue Umwelt, fortlebten, erfreuten sich großer Beliebtheit. Ähnlich verhielt es sich mit dem Lied, das in der Kultur der städtischen Arbeiter nicht weniger wichtig war als auf dem Lande. Auch hier finden wir eine Verknüpfung mit der ländlichen und religiösen Folklore. Meist wurde jedoch in den ursprünglichen Liedern der Text abgeändert. In den Weihnachtliedern der Arbeiter z. B. traten Arbeiter – oder wie zur Zeit der Revolution – Arbeitersozialisten auf. Die Realität des alltäglichen Lebens war somit auch in den Liedern und Balladen überall zu spüren.

Dennoch bleibt zu fragen, in welchem Maße sich auch hier die traditionelle Volkskultur fortsetzte. Das ist ein Problem, über das durchaus noch diskutiert werden muß. Ich selbst bin nicht der Meinung – wie im übrigen auch ein Teil der Ethnologen nicht –, daß diese von den Arbeitern kultivierten Sitten und Gebräuche zu bloßen Re-

<sup>30</sup> *Danuta Mądrzakówna*, Zwyczaj chodzenia Herodów w łódzkim środowisku robotniczym [Der Brauch, mit Herodes und anderen Krippenfiguren im Lodzer Arbeiterviertel von Haus zu Haus zu gehen], *Łódzkie Studia Etnograficzne* Bd. VII (1965) 194–200.

<sup>31</sup> *Lipiński*, *Pozostałości*, 25.

likten bäuerlicher Tradition gezählt werden können. Wurden sie doch, nachdem sie durch das Arbeitermilieu ständig modifiziert worden waren, zu dauerhaften Elementen der sich in Polen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ausgestaltenden Subkultur der Arbeiterschaft<sup>32</sup>.

Bedeutend schwächer dagegen war die Einwirkung traditioneller bäuerlicher Vorbilder in andere Bereiche des Alltagslebens, so z. B. im Bereich der Wohnkultur. Zwar richtete auch die erste Arbeitergeneration ihr Zuhause so ein, wie sie es vom Lande her gewohnt war. Als im Laufe der Zeit – und besonders in den größeren Städten – die Arbeiterfamilien sich aber mehr und mehr dauerhaft etablierten und auch die Einkünfte der gelernten Arbeiter stiegen, wurden kleinbürgerliche Vorbilder nachgeahmt: Die Wohlhabenheit der Familie wurde dadurch unterstrichen, daß Gegenstände gekauft wurden, die mehr dekorativ als nützlich waren, so Vorhänge, Wandbehänge oder Vasen, auch wuchs die Vorliebe für Polstermöbel, besonders für Sofas!

Noch weniger hielt man sich in puncto Kleidung an die ländlichen Vorbilder. Das Tragen bäuerlicher Kleidung wurde in städtischen Arbeiterkreisen geradezu als lächerlich empfunden. In den großen Städten (Warschau, Łódź) ahmten die besser verdienenden Arbeiter im allgemeinen die Mode der Bourgeoisie oder auch der Intelligenz nach, ein Umstand, der dadurch erleichtert wurde, daß die Arbeiter meist gebrauchte Kleidungsstücke kauften. Die in industrieller Massenproduktion hergestellte Konfektion förderte diese Entwicklung zusätzlich. So bürgerte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Königreich Polen bei den städtischen Arbeitern das Tragen von lockerer Männerkleidung ziemlich rasch ein<sup>33</sup>. Sogar bei der Arbeiterschaft von Łódź, die sich in besonders hohem Maße aus Zuwanderern vom Lande zusammensetzte, wurde schon zu Beginn der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts das bäuerliche Leinenhemd durch ein kragenloses Hemd aus billigem, fabrikmäßig hergestelltem Baumwollstoff (dem sogenannten „majstrówki“ oder „berlinki“, also der Mode aus Berlin) ersetzt. Trotz bestimmter allgemeiner Modetrends bestanden jedoch auch auf diesem Sektor weiterhin deutliche regionale Unterschiede fort.

Im allgemeinen war das Anlegen städtischer Kleidung für den vom Lande stammenden Arbeiter ein Symbol gesellschaftlichen Aufstiegs. Ein besonderes Gewicht wurde auf den Besitz des feiertäglichen Anzugs gelegt, in dem man sich auf der Straße oder im Park zeigen und damit seine Zugehörigkeit zur städtischen Gemeinschaft und die Erlangung einer entsprechenden gesellschaftlichen Position belegen konnte.

<sup>32</sup> Lipiński, *Wstępne badania*, 153.

<sup>33</sup> Grażyna Woźniczko-Baranowska, *Przemiany w sposobie ubierania się robotników większych ośrodków miejskich Królestwa Polskiego w latach 1864–1900* [Wandlungen in den Bekleidungsgeohnheiten der Arbeiter in den größeren Stadtzentren des Königreiches Polen in den Jahren 1864–1900], in: *Polska klasa robotnicza* Bd. VI (Warszawa 1974) 120 u. n.

Die Konstituierung der Arbeiterklasse in Polen war ein langwieriger Prozeß, der sich im heterogenen Charakter der Kultur der Arbeiter widerspiegelt. Die Integration und Verselbständigung der Arbeiterkultur im Rahmen der Gesamtkultur vollzog sich langsam. Im besprochenen Zeitabschnitt – also vom Ende des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts – war, meiner Meinung nach, die Arbeiterkultur nicht allein in Polen nur begrenzt selbständig. Sie war ihrem Wesen nach die Kultur einer offenen städtischen Gesellschaft (was Homogenität an sich von vornherein ausschloß), die zudem ständig dem Druck der von anderen gesellschaftlichen Schichten und Klassen ausgebildeten und verbreiteten Kulturvorbilder ausgesetzt blieb. Dieser Einfluß wirkte vermutlich in den ersten Etappen der Entwicklung der Arbeiterkultur – also noch vor der Ausbildung einer klassenübergreifenden Massenkultur – am nachhaltigsten. Zu jener Zeit lassen sich die ererbten und die geborgten Elemente am eindeutigsten identifizieren. Besonders schön läßt sich dies am Beispiel Polen zeigen, weil dort die Massenkultur sich mit zeitlicher Verzögerung erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts entfaltete.

Kennzeichnend für die Arbeiterkultur in Polen – dem Land der Bauern – war der sehr starke Einfluß der traditionellen Volkskultur, die nicht nur im 19. Jahrhundert, sondern mindestens bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts eigenständig weiterexistierte. Diese Traditionen wurden besonders im kulturellen Leben und im Kreis der Familie gepflegt, wo religiöse und weltliche Bräuche eine große Rolle spielten.

In Polen lebten auch jene Traditionen und Kulturvorbilder relativ lange und ungebrochen fort, die die Arbeiter von der kleinbürgerlichen, besonders der handwerklichen Kultur übernommen hatten und die auch die Kultur der Deutschen und Tschechen einschlossen. In Warschau z. B. hielten die deutschen Handwerkerfamilien deutsche Sitten hoch, in Żyrardów bildeten die verarmten tschechischen Weber eine kulturelle Enklave. Dagegen waren – ganz anders als etwa in Deutschland – die Kulturvorbilder der Bourgeoisie bei polnischen Arbeitern kaum populär.

Kulturbarrieren, auf die die Arbeiter in Polen allenthalben stießen, entstanden nicht zuletzt deshalb, weil sich die einzelnen, aufeinander treffenden kulturellen Traditionen sowohl in nationaler wie in religiöser Hinsicht unterschieden. Der polnische Arbeiter begegnete doch in erster Linie der deutschen und jüdischen Bourgeoisie, die sich in ihren eigenen Kulturkreisen abschloß, kaum jedoch der einheimischen Bourgeoisie, die, wie auch ihre Kultur, nur schwach entwickelt war.

Zusätzlich gefestigt wurden die Kulturbarrieren außerdem durch den Einfluß der Teilungsmächte – im Königreich Polen ging es um die Russifizierung, in Großpolen, Pommern und Oberschlesien um die Germanisierung. Im Königreich Polen waren die Schulen, die die Arbeiterkinder besuchten, russisch. Russisch waren selbst die Fabriksschulen. In russischer Sprache gehalten waren amtliche Bekanntmachungen, Plakate auf der Straße, Vorschriften in den Fabriken. Die Ergebnisse der Verhandlungen, die Arbeiter mit der Fabrikverwaltung während eines Streiks führten, wie auch die Korrespondenz der Arbeiter mit dem Fabrikinspektor waren ebenfalls russisch abgefaßt. Nur bei den Streikforderungen bedienten sich die Arbeiter ausschließlich der polnischen Sprache.

Aus dem Dargelegten wird klar, wie falsch es wäre, die Kultur der polnischen Arbeiter, wie sie sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt hat, nur mit zwei Be-

zugspunkten – der Volkskultur und der bourgeoisen Kultur – in Verbindung zu bringen. In Polen war die Entwicklung der Arbeiterkultur in größerem Maße von der Intelligenz als von der Bourgeoisie abhängig, denn die Intelligenz war es, die im 19. und 20. Jahrhundert, als die polnische Gesellschaft keinen eigenen Staat besaß, den Mittelpunkt des nationalen Lebens darstellte. Die von der Intelligenz verbreiteten kulturellen Vorbilder gelangten auch in die Arbeiterkreise, wo sie u. a. zur Entwicklung eines nationalen Bewußtseins beitrugen, das Gefühl der Verbundenheit mit der nationalen Tradition sowie patriotische und freiheitsliebende Vorstellungen weckten.

In den letzten dreißig Jahren des 19. Jahrhunderts läßt sich der Einfluß der Intelligenz deutlich im Streben der Arbeiter und ihrer Familien nach Bildung wie auch im Bereich der Kindererziehung nachweisen. Dieser Einfluß war oft unmittelbar. Er wurde von Nachkommen der verarmten Beamtenfamilien, die oft vom Adel abstammten und einen bestimmten Prozentsatz der Arbeiterklasse im Königreich Polen darstellten, in die Arbeiterkreise tradiert. Eine ausschlaggebende Rolle bei der Verbreitung dieser kulturellen Vorbilder spielten jedoch die Kontakte der Arbeiter – besonders in den großen Städten mit vorindustrieller Tradition, wie Warschau und Krakau – mit verschiedenen Gruppen der Berufintelligenz, so hauptsächlich mit Lehrern, mit Studenten, Bildungsaktivisten, Journalisten und – teilweise – mit der technischen Intelligenz.

In meinem Referat habe ich mich auf die frühen Phasen der Ausbildung der Arbeiterkultur in Polen konzentriert und versucht, die auf sie von außen her, von der Subkultur anderer Klassen und sozialer Schichten einwirkenden Impulse abzugrenzen. Bewußt habe ich andere, sozusagen innere Quellen der Arbeiterkultur beiseite gelassen und nur vorübergehend die eigenständige, kulturschaffende Aktivität des Arbeitermilieus und die Umformung verschiedener „ererbter“ Kulturelemente gestreift. Es fehlt hier an Raum, um derartige Erscheinungen gebührend berücksichtigen zu können – so etwa das Entstehen einer neuen Kulturtradition der Arbeiter oder einer spezifischen Arbeitersprache, die mit ihrer Sachlichkeit, ihrem Lakonismus und ihrer Phrasenlosigkeit dem Kulturbewußtsein der Arbeiter charakteristischen Ausdruck verlieh.

Das Referat befaßte sich auch nicht mit dem eigentlich kulturschaffenden Faktor im Arbeitermilieu, der ganz bewußt die Eigenart der Arbeiterkultur formte, nämlich der sozialistischen Bewegung. Unter polnischen Bedingungen hat sie, wie es scheint, eine ganz besonders wichtige Rolle bei der Gestaltung der Arbeiterkultur gespielt. Die Wirksamkeit der sozialistischen Bewegung war in Polen, insbesondere im Königreich Polen, keineswegs auf die Sphäre der politischen Kultur beschränkt – sie umfaßte nahezu alle Bereiche des individuellen, des familiären und des gemeinschaftlichen Lebens der Arbeiter und schloß das Streben nach Aufstieg und Bildung ebenso ein wie die literarische Kultur, die Kultur der Arbeit und des Vergnügens, die Normen des Familien- und Gemeinschaftslebens in der Fabrik und der Arbeitersiedlung.

Die sozialistische Bewegung in Polen versuchte neue Vorbilder einer spezifischen Kultur unter die Arbeiter zu bringen; dies war ihr Ziel seit Beginn ihrer Existenz, also seit den frühen achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Von besonderer Wichtigkeit bei der Ausgestaltung einer Arbeiter-Subkultur wurden jedoch die Jahre der Revolution

von 1905, als die Arbeiterkultur in fast allen Bereichen des Lebens eigenständige Formen annahm. Doch darüber zu handeln ist nicht Aufgabe dieses Referates.

## Kommentar

*David Blackburn*

### Religion, Kleinbürger, Maschine und Frauen\*

Ich möchte mit einer sehr einfachen Bemerkung anfangen: Nach Frau Żarnowskas Darstellung hat die Konstituierung der Arbeiterklasse im Königreich Polen einen gewissen Endpunkt erreicht. Aus einer unreifen Proto-Arbeiterklasse war dieser Darstellung zufolge eine moderne, von herkömmlichen Werten befreite Arbeiterklasse entstanden. So werden wir vor allem in der ersten Hälfte des Referats mit mannigfachen Elementen dieser Proto-Arbeiterklasse bekanntgemacht, die es zu überwinden gegolten habe. Ländliche Bindungen verschiedener Art, ‚traditionelle‘ Sitten, kleinbürgerliche Normen, der Mangel an Stabilität am Arbeitsplatz: das seien alles Relikte, Überbleibsel gewesen. Die eigentliche Arbeiterklasse, um die es hier geht, erscheint also wie der Engel in Marmor. Die entstehende, allmählich feste Form annehmende Klasse, die geschildert wird, scheint dementsprechend neue Züge zu tragen. Sie ist städtisch, seßhaft, gelernt, fabrikmäßig statt handwerklich orientiert – und sie ist auch bemerkenswert männlich. Daher beschäftigt sich das Referat weniger mit den Reaktionen der Arbeiter etwa auf bürgerliche Bevormundung als vielmehr mit dem Ablegen jener Charakteristika, die der Entstehung einer echten Arbeiterklasse im Wege gestanden haben sollen. Meines Erachtens enthält diese gradlinige Fahrt zur Endstation ‚Arbeiterklasse‘ etwas Teleologisches, konstituieren und rekonstituieren sich Arbeiterklassen doch ständig. Das eigentlich Ironische an dieser Darstellung ist, daß sie reichhaltige Aussagen über jene Eigenarten der Arbeiterschaft im Königreich Polen anbietet, die vom Ansatz her eher als Relikte zu betrachten wären. Wenn Sie sich, vor allem in der zweiten Hälfte des Referats, mit den ‚erborgten‘, ‚ererbten‘ und ‚verarbeiteten‘ Elementen in der Konstituierung der Arbeiterkultur auseinandersetzen, so bringen Sie dann Begriffe ins Spiel, die eine sehr wichtige Angelegenheit dieser Tagung überhaupt sind. Nur könnte man meinen, daß das Einleuchtende bei diesen Einzelanalysen immer droht, die Zwangsjacke der Gesamtinterpretation zu sprengen.

Soweit meine allgemeinen Bemerkungen zu diesem einfallreichen Referat. Etwa in die gleiche Richtung zielend, möchte ich nun ein paar Einzelbemerkungen hinzufügen, die sich unter vier Stichworten einordnen lassen, und zwar: Religion, Kleinbürger, Maschine und – last not least – Frauen. Was die *Religion* angeht, so ergeben sich aus Ihrer Darstellung eine Reihe von Fragen über die Rolle des Katholizismus innerhalb der polnischen Arbeiterklasse. Eine erste Frage betrifft den Paternalismus: In welchem Maße, wenn überhaupt, hat die katholische Kirche versucht, die Entstehung eines proletarischen Klassenbewußtseins unter Arbeitern zu verhindern bzw. abzulen-

\* Mein besonderer Dank gilt Herrn Claus Scharf, der mit Sorgfalt den vorliegenden Text sprachlich überarbeitete.

ken? Sicherlich ist es durchaus möglich, im deutschen Falle wie in anderen Fällen, derartige Versuche, wenn auch nicht immer gelungene, festzustellen. Manche Forscher – man denke an Gottfried Korff – haben z. B. behauptet, daß die Erhebung des Heiligen Josephs zu einer zentralen Stellung im innerkatholischen Leben ein gezielter Versuch war, ein Harmoniebild von den Klassenverhältnissen in Arbeiterkreisen zu fördern. Das mag ein bißchen verschwörerisch klingen. Gewiß gehöre ich – bekanntlich – nicht zu denen, die alles in der Geschichte gerne mit Verschwörung oder Manipulation erklären, ob seitens bürgerlicher oder adliger Eliten, ob seitens kirchlicher Hierarchien. Trotzdem lohnt es sich vielleicht, solche Fragen auch im polnischen Falle zu stellen, obwohl wir berücksichtigen sollten, daß Volksfrömmigkeit unter Umständen auch zum verstärkten Klassenbewußtsein führen konnte, sowie auch, daß Paternalismusversuche manchmal Widerstand emporkommen ließen, wie z. B. im Kaiserreich, wo die streng paternalistischen Arbeitervereine mit der Zeit ganz klar von den eher Klassenbewußtsein als Standesbewußtsein pflegenden Christlichen Gewerkschaften überholt wurden.

Ginge man auf derartige Fragen etwas mehr ein, dann müßte man zusätzliche Fragen in zweierlei Richtung stellen, und zwar nach dem Inhalt der damaligen Volksfrömmigkeit sowie nach den Organisationsformen der katholischen Kirche im Königreich Polen. Zur ersteren Frage haben Sie schon manches gesagt. Zu fragen wäre noch, ob es zu jener Zeit in Polen wie in westlichen Teilen Europas neue Formen von Volksfrömmigkeit gegeben hat (Intensivierung der Marienverehrung, Erneuerung des Wallfahrtswesens, Kommerzialisierung), und wenn es sie gegeben hat, wie diese sich gesellschaftlich auswirkten. Das hängt natürlich mit dem, was Sie über religiöse Bräuche und Festtage gesagt haben, eng zusammen. Zur letzteren Frage wäre es nützlich zu wissen, wie die Übung dieser Bräuche über die Geistlichen vermittelt wurde: Denn Sie scheinen ein eher verblüffendes Kirchenbild zu schildern, zu dem weder Bischöfe noch Priester gehören. In diesem Bereich treffen wir auf die wesentliche Frage, wie die jeweiligen Aufgaben zwischen der kirchlichen Hierarchie im engen Sinne und einem modernen Vereinswesen aufgeteilt wurden. Bekanntlich galt Deutschland damals als das klassische Land des katholischen Vereinswesens, obwohl andere Länder Westeuropas auch mit karitativen, berufsbezogenen u. ä. Vereinen reichlich besetzt waren, wie z. B. Belgien und die Schweiz. (Beide, so sei am Rande bemerkt, erscheinen ein bißchen und zu Unrecht vernachlässigt, wenn es um große Fragen wie ‚Bürger und Arbeiter‘ geht.) Auch in dem polnischen Falle wäre es vermutlich nicht ganz fehl am Platze, Arbeitervereine, Borromäusvereine, Piusvereine und Vinzenzvereine zu erwähnen, die eventuell Arbeiter an die Kirche haben binden können. Wie man auch in dieser Hinsicht die Tätigkeit der katholischen Kirche im Königreich Polen einschätzt, würden sich wahrscheinlich interessante Parallelen mit Arbeiter-Kirche-Verhältnissen in anderen Ländern herausstellen.

Das führt zu einer letzten Bemerkung zum Komplex Religion. Auf die Schwäche der einheimischen Bourgeoisie und auf die deshalb wichtigere Vermittlungsrolle der polnisch-katholischen Intelligenz haben Sie schon hingewiesen. Parallelerscheinungen ließen sich auch in dieser Hinsicht aus anderen Ländern Europas aufzählen, wo ähnliche Zustände auch ähnliche Wirkungen hatten. In Nordirland, in den westlichen In-

dustriegebieten Deutschlands und anderswo, wo Katholiken in den Reihen der Industrie- und Handelsunternehmer deutlich unterrepräsentiert waren (Kurzformel: Katholische Rückständigkeit), blieb das sicherlich nicht ohne Wirkung auf die Beziehungen zwischen den katholischen Bürgern und Arbeitern gleichen Bekenntnisses. Manche Aspekte des Klassenkonflikts kamen nicht oder nur in gedämpfter Form vor, so vor allem Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Manches hatten dann Bürger und Arbeiter auch gemeinsam, außer der Religion, und zwar vor allem Nationaltraditionen (Polen, Irland) bzw. Regionaltraditionen (Rheinland), die von ‚anderen‘ von ‚außen‘ entweder realiter oder nur vermeintlich unter Druck gesetzt wurden. Dazu kommt, daß ein wichtiger Teil der katholischen Intelligenz, nämlich der Klerus, sich nicht reproduzieren konnte, was sicherlich auch nicht ohne soziale Wirkung blieb. Dieses Phänomen müßte man natürlich national oder sogar regional differenzierend vergleichen, aber seine Bedeutung für das Thema Arbeiter und Bürger überhaupt ist kaum zu leugnen.

Die Schwäche der einheimischen Bourgeoisie im engeren Sinne hatte, wie Sie betonen, eine weitere Folge für die Klassenverhältnisse zwischen Bürgern und Arbeitern: Denn der prägenden Rolle des polnischen *Kleinbürgertums* schreibt man eine dementsprechend größere Bedeutung zu. Sie haben auf den Einfluß der alten Handwerkerhierarchie, des kleinbürgerlichen Individualismus und des kleinbürgerlich-spießbürgerlichen Geschmacks hingewiesen. An diese wichtige Frage möchte ich nun von zwei verschiedenen Seiten herangehen. Einerseits erscheint es mir angebracht, womöglich die Grenzen des kleinbürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterschaft abzuschätzen, d. h. das Abstoßende sowie das Anziehende zu berücksichtigen. Hier hängt viel davon ab, wie man das Kleinbürgertum selbst begreift, als historisches Fossil oder als ständig sich wieder erneuernde Klasse. Hier sind wir vielleicht verschiedener Meinung. Meines Erachtens hat sich auch der reife Industriekapitalismus keineswegs bloß mittels Scharnhorst und Riesenkonzern ausgedehnt und reproduziert. Vielmehr wird in jüngster Zeit die fortbestehende Bedeutung des Handwerks und der kleinen Betriebe überhaupt in dieser Entwicklung, auch in den hochkapitalistischen Ländern, immer höher eingeschätzt. In den Vorsprungsländern zweifellos und an der Peripherie vermutlich auch wurden somit neue Spannungen zwischen Kleinproduzenten und Arbeitern hervorgerufen sowie ältere Gegensätze verstärkt (z. B. Lehrlingswesen). Im Handwerksbetrieb wie im kleinen Laden sind die negativen Auswirkungen solcher Spannungen am Arbeitsplatz nicht zu unterschätzen. Aber auch im Alltag entstanden leicht gespannte Verhältnisse zwischen Arbeitern und Kleinbürgern. Ein paar Beispiele, von der Forschung über westeuropäische Verhältnisse herausgearbeitet, lassen sich wahrscheinlich durchaus sinnvoll auf das Königreich Polen anwenden. Mittels Einkäufen auf Kredit waren Arbeiterfamilien oft an einen bestimmten Laden fest gebunden und manchmal auch unmäßigen Preisen und verfälschten Waren ausgeliefert. Nicht nur als unbeliebter Kreditgeber, sondern auch als Vermieter konnte der Kleinbürger auftreten. In den schnell größer werdenden Städten des Königreichs Polen, wo – nach ihrer Darstellung – Wohnsiedlungen paternalistisch gesinnter Arbeitgeber seltener zu finden waren als anderswo, wird das vermutlich nicht zu geringeren Spannungen geführt haben als im Kaiserreich oder in Großbritannien. Daß manche Klein-

bürger selbst geneigt waren, die ‚kleinen Unterschiede‘ den Proletariern gegenüber hochzuspielen, wird vielleicht bei der einen oder der anderen Arbeiterfamilie die „Vorliebe für Sofas“ etwas eingeschränkt haben.

Auf der einen Seite also ist das kleinbürgerliche Vorbild gar kein unproblematischer Begriff. Doch weisen diese Forschungsansätze alle darauf hin, daß der kleinbürgerliche Einfluß auf die Arbeiterschaft, wie er auch letztlich einzuschätzen ist, nicht nur als eine Wirkung von ‚Überbleibseln‘ und ideologischen Residuen zu betrachten ist. Wenn die gesellschaftlichen wie auch die ideologischen Barrieren zwischen den beiden Klassen noch gewissermaßen elastisch waren, so ist das sicherlich nicht bloß auf die Bedeutung für das althergebrachte Kleinbürgerliche unter den Arbeitern zurückzuführen. Denn sowohl die Gemeinsamkeiten wie auch die Spannungen zwischen Arbeiterschaft und Kleinbürgertum wurden ständig neu erzeugt, indem die fortbestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse, aber auch das Auf und Ab der wirtschaftlichen Entwicklung selbst eine schwer zu greifende soziale Grauzone schufen. Aus diesem Grund würde es schwerfallen, am Ende Ihres Zeitraums genauso wie am Anfang und im polnischen Falle wie in anderen Fällen zwischen Arbeitern einerseits und vielen kleinen Handwerksmeistern bzw. Kleinladenbesitzern andererseits klar zu differenzieren. Wie man auch schließlich die Wechselbeziehungen zwischen den beiden Volksschichten beurteilt, man wird sich davor hüten müssen, ein allzu starres Bild des ‚traditionellen‘ Kleinbürgertums zu schildern. Das gilt auch dann im Prinzip, wenn man versucht, den Einfluß kleinbürgerlicher Führer und Normen auf die sozialistische Arbeiterbewegung einzuschätzen. Aber auf diese Frage will ich hier nicht eingehen.

Der dritte Komplex meiner Bemerkungen knüpft zum Teil an dem an, was Sie über die jeweiligen Einstellungen von Handwerkern und Industriearbeitern festgestellt haben. Sie stellen überzeugend dar, wie eine Evolution der Arbeitereinstellungen zur *Maschine* stattgefunden hat, vom Mißtrauen zur Akzeptanz bis hin „zu einem gewissen Kult der Maschine“. Mit letzterem berühren Sie ein spannendes Thema. Denn wir lesen in jüngster Zeit viel über Maschinenstürmerei, über Maschinenverehrung dagegen weit weniger, obwohl doch der Kult der Maschine auch zum proletarischen Alltag gehörte, selbstverständlich mit Zeitverschiebungen. In der Weise, wie Sie die Haltung polnischer Arbeiter in dieser Hinsicht diskutieren, haben Sie zur allgemeinen Debatte über Arbeitsrhythmus und Zeitdisziplin einen weiterführenden Beitrag geleistet. Daß Respekt vor der Maschine einerseits und regelmäßiger Widerstand gegen das Fabrikreglement andererseits sich durchaus vereinbaren ließen, erinnert auch daran, daß wir nicht mit der Technologie an sich zu tun haben, sondern mit bestimmten Besitzformen. Zu diesem Themenbereich Maschine-Technologie möchte ich einige Überlegungen anstellen. Woher kommt diese Begeisterung der gelernten Arbeiter für die Maschine? Angenommen, daß eine solche Einstellung ‚verarbeitet‘ wurde, wie und mit welchem ideologischen Rohstoff wurde sie verarbeitet? Vielleicht haben hier die Handwerkertraditionen etwas mehr als starrsinniges Mißtrauen gegenüber der Maschine anzubieten. Wir müssen aber auch die Verbreitung bürgerlicher Normen erwähnen, vor allem was die Begeisterung für die mechanische Zivilisation und den Fortschrittsglauben betrifft. Hier stoßen wir wieder auf eine historische Ironie. Denn im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts gab es ganz sicherlich in Teilen des Besitz-

und Bildungsbürgertums eine beträchtliche Begeisterung für alles Mechanische. Eisenbahn, Dampfschiff und Telegraph haben eine Art Schwärmerei hervorgerufen, die auch in Osteuropa nachweisbar ist. Bis Ende des Jahrhunderts scheinen aber viele Bürger diesen Optimismus über die mechanische Zivilisation aufgegeben zu haben. Sie zogen sich zurück und flüchteten entweder in die reine Technologie (z.B. Taylorismus) oder gingen zum kultivierten Kulturpessimismus über. Gerade zu jener Zeit aber, so ist wenigstens ansatzweise zu spüren, haben sich Arbeiter und Arbeiterbewegungen einen maschinengebundenen Fortschrittsgedanken zu eigen gemacht. Auch wenn man nicht gerne wahrhaben will, daß hier womöglich Hegels List der Vernunft am Werk war, so ist doch eine solche Dialektik der weiteren Diskussion würdig. Eine Parallele gibt es zweifellos in jenen Fällen, wo Arbeiterbewegungen sich als die zukünftigen ‚Kulturträger‘ ehemaligen bürgerlichen Kulturguts bezeichneten.

Letztlich möchte ich dem zustimmen, was Herr Lidtke über die Bedeutung von ‚gender‘ gesagt hat. Wie am Anfang bemerkt, scheint die Arbeiterklasse im Königreich Polen eine vorwiegend männliche gewesen zu sein. Nur an einer Stelle wird kurz erwähnt, wie vor allem in den Textil-, Konfektions- und Holzindustrien auch *Frauen* an der Gewinnung der Mittel zum Unterhalt der Familie beteiligt waren. Insofern ist es m.E. sehr wichtig, noch einmal zu betonen, daß, wie sich in der Diskussion herausstellte, die Industriearbeiterschaft bis zu einem Drittel aus Frauen bestand. Das läßt zunächst fragen, inwieweit der damit verbundene Familientypus, wie Sie ihn beschreiben, dem bäuerlichen Familientypus ähnlich war. Sind die formalen Ähnlichkeiten zum Teil daraus zu erklären, daß strukturelle Ähnlichkeiten zwischen der bäuerlichen Heimarbeit einerseits und der Saisonarbeit bzw. ‚sweatshop labour‘ der Frauen in der Konfektions- und Textilindustrie andererseits festzustellen sind? Auch wäre es nützlich zu wissen, ob und in welchem Maße Arbeiterfrauen von der Arbeiterstatistik nicht erfaßt wurden, vor allem wenn sie als ‚Unabhängige‘ Tabakläden oder dergleichen betrieben oder Gemüse und Gemischtwaren im Rahmen eines bescheidenen Nebengeschäfts in Arbeitervierteln verkauften. Damit kehren wir zum Thema Kleinbürgertum zurück. Herr Ayçoberry hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die These von kleinbürgerlichen Werten innerhalb der Arbeiterklasse in dem Maße in Frage gestellt wird, wie sich die mitarbeitende Kleinbürgerfamilie von der von Ihnen als typisch vorgeführten ‚Einzelernährer‘-Arbeiterfamilie unterscheidet. Wenn festgestellt werden könnte, daß manche Arbeiterfrauen – wie in anderen Ländern – derartige Kleinstgeschäfte als Quelle des Nebeneinkommens führten, dann hätten wir im Bereich der Familie noch ein Indiz dafür, daß kleinbürgerlicher Alltag und proletarischer Alltag sich nicht allzu scharf trennen lassen.

## Kommentar

*György Ránki*

# Zur Frage der Herausbildung des Bürgertums und der Arbeiterklasse in Ostmitteleuropa

## I

Unsere Konzeption von der bürgerlichen Umgestaltung, von ihrem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Inhalt stammt größtenteils aus zwei Quellen: aus den Entwicklungskonzeptionen der liberalen und der marxistischen Geschichtsauffassung. Es ist heute trivial, darauf hinzuweisen, daß diese beiden Anschauungen trotz der Unvereinbarkeit vieler Einzelaspekte gemeinsamen Ursprung, gemeinsame geistige Wurzeln haben und in einer gewissen Wechselwirkung stehen. Ohne eine ausführliche Analyse der Frage zu versuchen, verweisen wir hier auf den Umstand, daß beide Anschauungen das Wesen der bürgerlichen Umgestaltung, die bestimmenden Prozesse des 19. Jahrhunderts, größtenteils in einer zweifachen Revolution (in der industriellen Revolution in England und in der Französischen bürgerlichen Revolution) zu entdecken meinen. Daraus folgt, daß sie die englische und französische Entwicklung als Maß der bürgerlichen Umgestaltung und die im Verlauf dieses Prozesses entstandene Klassenstruktur als bürgerlich *par excellence* betrachten. Nach der englischen hat auch die französische Entwicklung verhältnismäßig früh und klar die zwei grundlegenden Klassen, die Bourgeoisie und das Proletariat, zustande gebracht, die sich in erster Linie infolge der wirtschaftlichen Entwicklung absonderten bzw. miteinander in Konflikt gierten. Ihre Klassenposition wurde in erster Linie durch ihr Verhältnis zum Eigentum (an den Produktionsmitteln) bestimmt; dieses Verhältnis konnte, etwa bei Max Weber, auch als Marktverhältnis verstanden werden. Träger und Nutznießer der wirtschaftlichen Entwicklung war das Eigentümer- und Unternehmerbürgertum (das das Handels-, Geld- oder Industriekapital verkörpert), das gleichzeitig die in Fabriken und Betrieben tätige Fabrikarbeiterschaft ins Leben rief. Dieses Bürgertum repräsentierte den Kapitalismus *par excellence*, dessen wirtschaftliche Kraft, gesellschaftliche Geltung und Macht zum wichtigsten Kriterium und Maß der bürgerlichen Entwicklung wurden. Dieses Bürgertum kann aber in beiden Konzeptionen auch als Gradmesser des Fortschritts betrachtet werden, da sich das Kapital größtenteils bei ihm akkumulierte, dies aber eine unentbehrliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung darstellte; und da die Trennung zwischen Kapital und Lohnarbeit nicht nur den Kapitalismus grundlegend bestimmte, sondern auch immer weitere Gebiete und immer neue Schichten der Bevölkerung betraf, ist verständlich, daß das klassische Wirtschaftsbürgertum mit dem idealtypisch verstandenen Begriff des Bürgers als in vieler Hinsicht identisch galt.

Dieser klassische Bürgertyp der kapitalistischen Umgestaltung war im östlichen Europa nur selten zu finden. Die in Ostmitteleuropa mit zeitlicher Verzögerung einsetzende wirtschaftliche Entwicklung manifestierte sich – wie das die diesbezügliche Fachliteratur bereits vielseitig dargelegt hat – nicht nur als relative Rückständigkeit, sondern sie führte dort auch zu gewissen strukturellen Besonderheiten von Wirtschaft und Gesellschaft. So bildeten sich bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwei durch die vorausgehende historische Entwicklung voneinander unterschiedliche gesellschaftliche Typen aus. Den ersten stellten im wesentlichen die polnische, ungarische und rumänische Entwicklung. Hier schlug infolge der kapitalistischen Produktion eine durch den Adel bzw. das Bojarentum geführte Gesellschaft den Weg der bürgerlichen Umgestaltung ein; es kam eine gewisse Symbiose zustande, in der die aus der modernen wirtschaftlichen Entwicklung stammenden gesellschaftlichen Elemente mit den alten feudalen Strukturelementen eine Verbindung eingingen. Der zweite Typ ist die Balkan- (Bauern-) gesellschaft, wo die frühere, überwiegend türkische Führungsschicht aus dem Ottomanischen Reich ausschied und sich daraufhin aus dem Bauerntum eine neue, an die bürgerliche Entwicklung anknüpfende schwache Führungsschicht herausbildete.

Zweifellos ist unter den zwei Typen die Umgestaltung der sog. Adelsgesellschaft interessanter, einerseits, weil in diesen Ländern infolge des verhältnismäßig raschen Fortschritts der gesellschaftlichen Entwicklung die Herausbildung des Bürgertums und der Arbeiterklasse viel deutlicher wahrnehmbar war, andererseits, weil in diesen Ländern einige Eigenarten der bürgerlichen Umgestaltung unter Bedingungen verspäteter Entwicklung besonders markant zu Tage traten. Diese Probleme müssen auch allgemein behandelt werden. Wie bekannt, ist die moderne wirtschaftliche Entwicklung der ostmitteleuropäischen Länder keine einfache, organische und interne, vielmehr sind ihr Prozeß und ihre Struktur ohne die Herausforderung der industriellen Revolution in England und die Wechselwirkung mit dieser kaum zu verstehen. Derartige Herausforderungen und Wechselwirkungen existierten zwar auch in anderen Ländern, hier aber warf die Anpassung an die neue weltwirtschaftliche Situation schwerer zu lösende Fragen auf als in zahlreichen nord- oder mitteleuropäischen Ländern. In den nord- und mitteleuropäischen Ländern hing die äußere (technische, wirtschaftliche, institutionelle) Wirkung in erster Linie von der Entfaltung der internen Möglichkeiten ab und betraf den autochthonen Charakter der Entwicklung relativ wenig. Bei der ungarischen, polnischen und rumänischen Entwicklung ist dagegen eher das Eindringen des Kapitalismus von außen zu betrachten, zu dessen zweifellos prägnantesten Manifestationen die Tatsache gehört, daß sich das klassische Wirtschaftsbürgertum überwiegend aus neu eingewanderten Fremden (Juden, Deutschen) zusammensetzte. Man hat die „Fremdartigkeit“ dieses Kapitalismus übertrieben und dabei wesentliche Zusammenhänge außer acht gelassen. Hier sei vor allem auf den Umstand hingewiesen, daß in den entwickelten adlig-feudalen Gesellschaften jener Länder der Kapitalismus als eine ausschließlich fremde Erscheinung – ohne wesentliche Adaption – sich nicht hätte durchsetzen können. Weiterhin ist historisch eindeutig beweisbar, daß die Herausforderung des westlichen Kapitalismus von den traditionellen Führungsschichten (oder einem Teil von ihnen) beantwortet wurde, die Vertreter dieser Schichten das

Programmi der bürgerlichen Umgestaltung – aufgrund von westlichen Beispielen, aber immer die eigenen internen Umstände beachtend – formulierten und auch für die Herausbildung der notwendigen politischen und institutionellen Bedingungen sorgten, unter denen ein neues Wirtschaftsbürgertum seine Tätigkeit entfalten konnte und in die der bisher als fremd bezeichnete Kapitalismus eindringen konnte. Auf diesen Prozeß bezieht sich – wenigstens z. T. – Gerschenkrons bekannte wirtschaftshistorische These über die Dominanz des Staates in der osteuropäischen Industrialisierung. Der autochthone Charakter des Staates ist weder beim russischen noch beim ungarischen und rumänischen Beispiel zu bestreiten. Der „fremde“ Kapitalismus drang also nicht einfach ein, er unterdrückte nicht einfach die autochthonen Elemente der einheimischen Gesellschaft, im Gegenteil: die Führungsschichten der einheimischen Gesellschaft öffneten ihm den Weg und sicherten die Bedingungen seines Funktionierens. Unser Interesse gilt aber nicht in erster Linie den inneren bzw. äußeren Elementen der kapitalistischen Entwicklung, sondern der Herausbildung der osteuropäischen Wirtschaft, und zwar unter der Fragestellung, was in dieser Beziehung die Dominanz des Staates in der modernen wirtschaftlichen Entwicklung bedeuten konnte.

Der Staat ist nämlich kein bloß abstrakter Begriff, kein bloßer Machtkörper, sondern ein durch politische Mittel gelenktes System von Institutionen der historisch führenden Klasse (der Besitzerklasse, des ehemaligen Adels), aus dessen moderner, fachgemäßer und umfangreicher werdenden Organisation eine wesentlich neue Gesellschaftsschicht, das staatliche Bürokratentum, entstand. Weder in bezug auf seine fachspezifischen Qualifikationen noch in bezug auf seine gesellschaftliche Position kann dieses staatliche Bürokratentum Ostmitteleuropas mit dem westlichen verglichen werden. Es ist ja bekannt, daß in den führenden Positionen selbst noch um die Jahrhundertwende die Familienmitglieder des ehemaligen Adels dominierten. Daraus folgte, daß die historische Fachliteratur das staatliche Bürokratentum unter Berücksichtigung der Abstammung, der Mentalität usw. größtenteils zur adligen Grundbesitzerklasse oder zum adligen Mittelstand rechnete und vom Wirtschaftsbürgertum starr abtrennte. Offensichtlich bedarf das Problem weiterer genauer Untersuchung. Eines steht aber zweifellos fest: Das Bürgertum kann in Ostmitteleuropa nicht mit dem Handels- und Industriebürgertum gleichgesetzt werden, das in der westlichen Entwicklung führende Funktionen erfüllte.

Nach einer genaueren Definition des Begriffes „Bildungsbürgertum“ soll eingehender untersucht werden, wie diese Schicht adligen Ursprungs und manchmal adliger Auffassung sich umgestaltete. Es ist zu klären, wann und inwieweit sie sich in eine bürgerliche Fachverwaltung umwandelte, inwieweit sie die Funktion des Bildungsbürgertums übernahm, inwieweit sie den wirtschaftlichen Aufschwung der Handwerker- und Handelsbourgeoisie förderte und inwieweit sie als Verbindung marktbedingter Berufsklassen auftrat, die zu einer „sozialen Klasse“ zusammenwachsen konnten.

Das Janusgesicht, von dem Hans-Ulrich Wehler im Falle des deutschen Bildungsbürgertums sprach, ist in bezug auf den polnischen, ungarischen und rumänischen Staatsapparat noch auffälliger. Vom gesellschaftlichen Standpunkt aus betrachtet ist dieser jedoch sehr viel homogener, da die adligen Privilegien die Teilnahme anderer Schichten bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts auch juristisch verhinderten. Seine Mit-

glieder waren fachlich weniger geschult und gebildet; doch der wenn auch langsame Durchbruch des Leistungsprinzips, die Erfüllung von wirtschaftlichen und finanziellen Funktionen brachten sie der modernen bürgerlichen Welt immer näher. Je besser der Staatsapparat funktionierte, je mehr er auf die wirtschaftlichen Interessen und die dadurch gesteuerte Gesellschaft einging, umso mehr verstärkte sich das fachbezogene, d.h. bürgerliche Gesicht des adligen, herrschaftlichen Staatsapparates, das später noch durch neue Elemente (Ingenieure, Volkswirte), die man als freischaffende Intellektuelle betrachtete, ergänzt wurde.

## II

Die besonders enge Verbindung des sog. adligen Mittelstandes im Staatsapparat mit einem im weiteren Sinne aufgefaßten Bürgertum ändert nichts am Wesen der Tatsache, daß die Funktionen des Wirtschaftsbürgertums im engeren Sinne tatsächlich von jüngst eingewanderten oder bestenfalls seit einigen Generationen ansässigen jüdischen oder deutschen Elementen übernommen wurden, die die Differenz zwischen Nachfrage und Angebot entsprechend auszunutzen verstanden. Diese Differenz bestand zwischen der funktionellen Nachfrage der sich in den Kapitalismus einschaltenden Gesellschaft auf der einen Seite und dem schwachen Angebot auf der anderen Seite. Diese Schwäche hatte ihren Ursprung darin, daß den Bauern von der alten Führungsschicht ein gesellschaftlicher Aufstieg verwehrt wurde und sie darüberhinaus Industrie und Handel feindlich gegenüberstanden.

Das traditionelle städtische Bürgertum war in diesen Ländern außerordentlich schwach. Es bildete eine stark hierarchische, prestigeorientierte Gruppe, deren ganze Aufmerksamkeit dem Weingarten und dem Landgut galt. Dieses Bürgertum konnte sich nur solange behaupten, wie ein Netz von unterschiedlichen Ge- und Verboten (der Zünfte, Handelskorporationen etc.) seine Privilegien beinahe ebenso sicherte wie die Adelsbriefe ihre wohlgeborenen Zeitgenossen. Der unbeschränkte Konkurrenz verkündende Liberalismus war dagegen für unternehmerisch gesonnene, mobilere, risikofreudigere, nicht prestige-, sondern profitorientierte Gruppen günstig, die auch durch das Fehlen anderer Bindungen in diese Richtung gelenkt wurden.

Das Handelsbürgertum rekrutierte sich – besonders infolge des Fernhandels – bereits im 18. Jahrhundert in viel engerem Rahmen hauptsächlich aus armenischen und griechischen Kaufleuten. Während sich die griechischen kapitalistischen Elemente entweder assimilierten (Rumänien) oder sich nach kurzer Zeit zurückzogen (Ungarn), blieben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Bürgertum besonders die deutschen und jüdischen Elemente dominant. Der Kern der Großbourgeoisie wurde in Ungarn teils durch einheimische oder dort siedelnde deutsche Großhandwerker, größtenteils aber durch jüdische Bürgerfamilien gebildet. Diese Familien waren anfangs bescheidene Händler, die sich auch mit Gelddarlehen beschäftigten. Nach nur wenigen Jahrzehnten entwickelten sie sich zu reichen Bankiers oder Großhandwerkern. Es waren nur etwa 50 Familien, die auf diese Weise den Markt beherrschten. Das Vermögen dieser Gruppe kam dem der Aristokratie gleich, ihre mobile wirtschaftliche Macht

jedoch war größer als die der Aristokratie, sie verfügte aber über so gut wie keinen unmittelbaren politischen Einfluß. Vielmehr übte sie auf den Staatsapparat, die Regierung, einen eher mittelbaren Einfluß aus. Dieser Einfluß machte sich über ihre Beziehungen zu der führenden Gruppe der Regierungspartei, über ihre Presseorgane und ihre wirtschaftlichen Organisationen nachdrücklich bemerkbar. Nach der Jahrhundertwende übten ihre bekanntesten Vertreter bereits direkt politische Funktionen aus, und dies sowohl im Parlament als auch im Oberhaus, wozu auch der Umstand beitrug, daß sie häufig Adelsdiplome, wie den Titel eines Barons, erhielten.

Sie schlossen sich immer stärker der alten führenden feudalen Klasse an: neben den traditionellen, historischen Namen führender aristokratischer Familien, den Eszterházy, Zichys, Pallavicinis, reihten sich die Industrie- und Bankmagnaten, die Weiss' aus Csepel, die Deutschs aus Hatvan, die Familien Kornfeld oder Lánczy, die aus der Schweiz übersiedelten Ganz' oder Hagenmachers, die österreichischen Drasches oder Fellners ein.

In Polen, genauer auf dem Gebiet des Großherzogtums Warschau, das nach der Aufteilung Rußland zugeschlagen worden war, bildete sich die Bourgeoisie vom Anfang des 19. Jahrhunderts an bis ungefähr 1863 aus. Interessanterweise war hier die Kontinuität zwischen der im späten Feudalismus entstandenen Händler- und Handwerkerschicht und der neuen Bourgeoisie viel stärker als in Ungarn und Rumänien, wie auch die Aristokratie bzw. die Gentry in der Herausbildung der Bourgeoisie eine größere Rolle spielte.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ordneten sich die jüdischen Kleinhändler und Kleinhandwerker, die den Handelsverkehr der landwirtschaftlichen Produkte auch hier größtenteils beherrschten, der modernen Großbourgeoisie immer stärker zu. Ende des 19. Jahrhunderts waren die Fabrikanten, Großhändler und Bankiers von Warschau (Warszawa), Krakau (Kraków) und Lodz (Łódź) z. T. bereits in anderen Schichten unterschiedlichen Ursprungs aufgegangen und hatten die frühere Handelsbourgeoisie in eine Industriebourgeoisie umgewandelt. Die zunehmende mittelbare und unmittelbare Teilnahme des ausländischen Kapitals (hauptsächlich deutscher Kapitalisten) sowie die finanziellen und industriellen Beziehungen der russisch-polnischen Bourgeoisie stärkten die Bourgeoisie, obwohl gleichzeitig das Fehlen der Eigenstaatlichkeit sich schädlich auswirkte und das Land politisch und ideologisch nicht vom Bürgertum, sondern von der eher national ausgerichteten Aristokratie und dem Gentry-Mittelstand geführt wurde.

Der wirtschaftliche Aufstieg der teils jüdischen, teils ausländischen Großbourgeoisie vollzog sich auch in Rumänien rasch. Die Schicht der Händler und Geldverleiher, später Mieter, wuchs rapide an, und Personen wie Jakob Marmorosch wurden bald zum Symbol eines sich entwickelnden rumänischen Kapitalismus. Das Judentum spielte teils infolge der geringen Modernisierung innerhalb der Bourgeoisie im neuen rumänischen Staat eine vielleicht noch wichtigere Rolle als in Ungarn. In Rumänien machten sich aber bis zum Ende des Ersten Weltkrieges die gegen das Judentum gerichteten juristischen Restriktionen bemerkbar, so daß die Bourgeoisie ganz auf den Bereich der Wirtschaft beschränkt blieb. Aus der Politik und den damit zusammenhängenden Berufssparten war sie fast völlig ausgeklammert; auch kamen mit der Klasse der Groß-

grundbesitzer, der traditionell herrschenden Klasse, keine engen Geschäfts- und Familienverbindungen zustande. Das politische und gesellschaftliche Leben blieb also ausschließliches Monopol des herrschenden Bojarentums. Eine liberale Gruppe der Grundbesitzerklasse, die für die geschäftlichen Unternehmungen großes Interesse zeigte (Bratianu, Costinescu), suchte nach der Jahrhundertwende ihre staatlichen politischen Positionen dazu zu benutzen, die Romanisierung des Wirtschaftslebens zu verkünden und auch auf diesem Gebiet festeren Boden zu fassen.

In Ungarn, Rumänien und Polen war für die gesellschaftliche Hierarchie gerade das gemeinsame Weiterleben der alten feudalen Klasse und der sich ausbildenden teils jüdischen, teils ausländischen Bourgeoisie charakteristisch. Obwohl die grundlegenden Interessen dieser Gruppen gleich waren, kam es zwischen ihnen nur zu einer widerspruchsvollen Symbiose.

### III

Diejenigen historischen Prozesse, die die Herausbildung des Bürgertums in Ostmitteleuropa nicht nur hemmten, sondern auch eigenartig färbten, wirkten sich auch auf die entstehende Arbeiterklasse aus. Letzten Endes ist die industrielle Arbeiterklasse gleichzeitig eine wirtschaftliche, eine gesellschaftliche und eine historische Kategorie. In dieser Hinsicht hat das Fehlen einer frühen Industrialisierung und Urbanisierung auch den personellen Rahmen der sich herausbildenden Arbeiterklasse eingeschränkt. Einerseits kam infolge fehlender städtischer Traditionen und schwacher Urbanisierung keine frühe städtische Handwerkerklasse zustande, innerhalb der über den verhältnismäßig engen Kreis der Zunftgesellen hinaus die potentiellen Quellen für industrielle Facharbeiter oder beruflich unqualifizierte Arbeiter hätten liegen können. Andererseits wirkten die langsame kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft, die Dominanz des Großgrundbesitzes und die feudalen traditionellen juristischen Bindungen hemmend. Zwar gab es – angesichts der Überbevölkerung auf dem Land und der Zerkleinerung des Grundbesitzes – ein großes Bevölkerungsreservoir, aus dem sich eine industrielle Arbeiterschaft im Prinzip hätte speisen können; eine Umwandlung von potentieller Arbeitskraft in effektive Arbeitskraft vollzog sich jedoch infolge der geringen Tradition, die die industrielle Arbeit aufweisen konnte, kaum. Der Übergang von der präkapitalistischen zur kapitalistischen Wirtschaft, die Umwandlung der nichtindustriellen Arbeiterschaft in eine industrielle, war ein eigenartig langsamer und komplizierter Prozeß, der infolge der langsamen und spezifischen industriellen Entwicklung nicht nur vom inneren Bevölkerungszuwachs und von Wanderungsbewegungen abhing, sondern auch Teil der internationalen Bewegung des Kapitals und der Fluktuation der Arbeitskräfte war. Da in diesen Ländern weder die sog. Manufakturindustrie noch das sich auf das Hausgewerbe gründende Verlagsystem zu Bedeutung gelangte, da die Bindungskraft des Dorfes und der Landwirtschaft nach wie vor stark war, zeigte sich trotz der Überbevölkerung ein merkwürdiges Übergangsphänomen: Der allgemeine Arbeitskräfteüberschuß schloß weder den sektoralen noch den saisonalen Arbeitskräftemangel aus. Unter den historischen Voraussetzungen Polens und Un-

garns – eine gewisse Urbanisierung, vergleichsweise kraftvolle Handwerkstradition, frühe Entwicklung von Bergbau und Hüttenwesen – wurde die Veränderung des Arbeitsmarktes nicht nur von den abweichenden Faktoren der Nachfrage, sondern auch von denen des Angebots beeinflusst. Daraus folgte, daß sich die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Industrie nicht nur früher zeigte, sondern auch wesentlich größer war, und ihre Befriedigung sich vielleicht erfolgreicher und einfacher gestaltete als in den Balkanstaaten, obwohl hier von einem tatsächlichen Arbeitskräfteangebot – und noch dazu einem relativ schwachen – erst ein viertel oder ein halbes Jahrhundert später etwas zu spüren war. Der wesentliche Unterschied, der hier zwischen den Eigentumsverhältnissen und der gesellschaftlichen Struktur bestand, kann mit Recht als ausschlaggebend angesehen werden. Außer auf den kapitalistisch werdenden Latifundien fand die besitzlose Landbevölkerung in Ungarn und Polen kaum Arbeit in der Landwirtschaft; die primär bäuerlich geprägte balkanische Landwirtschaft hingegen beschäftigte wesentlich mehr Arbeitskräfte als notwendig waren, da hier die Beziehungen zwischen Beschäftigung und Kosten ganz anders beurteilt wurden.

Von der tatsächlichen Herausbildung einer modernen industriellen Arbeiterklasse kann also im wesentlichen nur im Fall von Polen und Ungarn gesprochen werden, im Fall der Balkanstaaten dagegen höchstens vom Anfang dieses Prozesses.

In Ungarn bildete sich verhältnismäßig früh und entschieden eine eigenartige und zahlenmäßig bedeutende Schicht der Arbeiterklasse, zumal des Agrarproletariats, aus. Ihre Gesamtzahl betrug mehrere Millionen, nur ein Drittel davon war mehr oder weniger ständig auf Gütern beschäftigt, der Großteil lebte vorwiegend von saisonaler Arbeit (Ernte). Diese Arbeiter wurden immer wieder zum Wege- und Eisenbahnbau, zu Flußregulierungen und später zu städtischen Bauarbeiten herangezogen. Offensichtlich trug dieses riesige Arbeitskräftepotential dazu bei, daß sich die unterschiedlichsten Formen des Übergangs von der landwirtschaftlichen zur gewerblichen Tätigkeit ausbildeten. Infolge schwacher Industrialisierung und einer nur unzulänglich ausgebildeten Manufakturindustrie gab es Mitte des 19. Jahrhunderts insgesamt nur 23 000 Fabrikbeschäftigte. Die Gesellen und Meister der städtischen Werkstätten zusammengenommen, waren im Land ungefähr 100 000 Handwerker tätig. Mit zunehmender Industrialisierung entwickelte sich jedoch auch in der ungarischen Gesellschaft die gewerbliche Arbeiterschaft sehr rasch und dynamisch. 1880 waren bereits 400 000 Arbeiter im Gewerbe, 110 000 von ihnen in den Fabriken beschäftigt. 1900 betrug die Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter bereits 700 000, 300 000 von ihnen arbeiteten in Fabriken. 1910 zählte man eine Million gewerbliche Arbeiter, davon 500 000 in der Fabrikindustrie. Nicht nur das Wachstumtempo ist beachtenswert, sondern auch der Umstand, daß in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg 17% der Erwerbstätigen in der Industrie arbeiteten.

Die rasche Zunahme der Industriearbeiter gibt Anlaß zu einigen Überlegungen.

1. Zweifellos wurde ein Großteil der in Gewerbe und Industrie benötigten Arbeitskräfte durch dörfliche Zuwanderung gedeckt. Das ländliche Arbeitskräftepotential war so groß, daß es auch einen noch größeren Bedarf hätte befriedigen können. Allerdings bestand zwischen Nachfrage und Angebot nicht nur ein quantitativer, sondern besonders in der ersten Periode ein qualitativer Unterschied. Der Bedarf an ungelernten Ar-

beitskräften wurde selbstverständlich aus dem riesigen Reservoir der ländlichen Besitzlosen, die schwierig Arbeit fanden, befriedigt. Infolge der schwachen gewerblichen Entwicklung in vorindustrieller Zeit war dagegen der Bedarf an Facharbeitern umso schwerer zu decken. Dieses Manko wurde in den ersten Jahrzehnten durch die Ansiedlung und Anstellung von deutschen und österreichischen Facharbeitern überbrückt. In den 1880er Jahren waren 25% der großindustriellen Arbeiter im Zentrum der ungarischen Industrie (Budapest) Ausländer und 30% der in der Maschinenindustrie Arbeitenden fremder Herkunft. Es ist charakteristisch, daß selbst die erste ungarische Arbeiterzeitung (Arbeiter-Wochenchronik) in deutscher Sprache erschien und auch die ersten Krankenvereine die deutsche Sprache gebrauchten.

2. Infolge der industriellen Entwicklung war der Anteil der Frauen in der ungarischen industriellen Arbeiterklasse wesentlich geringer als der der Männer. Am Anfang der Industrialisierung arbeiteten die westeuropäischen Länder regelmäßig mit 30–35% Frauenarbeitskraft, in Ungarn betrug dagegen der Anteil der Frauenarbeit in der Großindustrie bloß 15%. (Diese Zahl war in der Kleinindustrie selbstverständlich noch weit niedriger.) Die Gründe dafür dürften in der Rückständigkeit der Textilindustrie und anderer Wirtschaftszweige, in denen vorwiegend Frauen arbeiteten, liegen. Sowohl hier wie auch hinsichtlich des verschwindend geringen Anteils der Kinderarbeit muß jedoch berücksichtigt werden, daß als Folge des späten Starts der Industrialisierung einige Organisationsformen und einige soziale Errungenschaften der westlichen Arbeiterklasse auf einer verhältnismäßig frühen Stufe der ungarischen Entwicklung verwirklicht werden konnten.

3. Dieser Phasenunterschied der Entwicklung, der Umstand, daß die Herausbildung der industriellen Arbeiterklasse in Ungarn erst ein halbes Jahrhundert später als in England stattfand und auch hinter der Herausbildung der deutschen und österreichischen Arbeiterklasse zeitlich zurückblieb, beschleunigte die Organisation der industriellen Arbeiterklasse. Der Marxsche An-sich-für-sich-Übergang vollzog sich rasch, die arbeitenden Armen organisierten sich verhältnismäßig schnell zur industriellen Arbeiterklasse, deren Losung, Institutionen und Zielsetzungen sie nicht selbst schufen, sondern einigermaßen fertig aus dem Westen übernahmen und anwendeten. Das wurde einerseits durch die allgemeinen internationalen Einwirkungen, aber auch durch die Tatsache ermöglicht, daß die anfängliche Führungsschicht der Klasse aus Österreich, Böhmen und Deutschland stammte. Der Prozeß der Verschmelzung vollzog sich aber wegen der raschen Assimilation der Leiter schnell; die Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, Sozialdemokratische Partei) entwickelte sich und ist zu einem organischen Teil der ungarischen politischen Kämpfe geworden.

Da Polen in drei Gebiete aufgeteilt war, kann hier die Herausbildung der industriellen Arbeiterklasse schwerlich als einheitlicher Prozeß interpretiert werden, da die unterschiedliche industriell-wirtschaftliche Entwicklung in Galizien, Schlesien und im sog. Kongreßpolen dafür ziemlich abweichende Bedingungen bot. Die polnische Fachliteratur hebt aber die große Bedeutung des sog. „Halbproletariats“ mit Recht hervor, das, größtenteils den Bedingungen der saisonalen Arbeit folgend, zwischen Stadt und Dorf pendelte. Da auch in der polnischen Landwirtschaft der Großgrundbesitz dominierte, stellten die vielen besitzlosen Bauern auch hier ein wichtiges poten-

tielles Arbeitskrätereservoir dar. Diese dörfliche bäuerliche Arbeitskraft bildete die grundlegende Quelle für die Herausbildung der industriellen Arbeiterklasse; ein Großteil von ihr mußte bis zum Ende des 18. Jahrhunderts freilich eher zum landwirtschaftlichen als zum gewerblich-industriellen Proletariat gerechnet werden. Die entwickelte Bergbau- und Hüttenindustrie und die stark auf saisonaler Arbeit fußende Lebensmittelindustrie in Schlesien waren für die Schaffung, ja häufig für die Konservierung dieser landwirtschaftlich-gewerblichen Mischexistenzen besonders verantwortlich.

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, als die Mehrzahl der neuen Unternehmen ihre Tätigkeit aufzunehmen begann, war es auch in Polen üblich, Meister, Vorarbeiter oder hoch qualifizierte Facharbeiter aus dem Ausland heranzuziehen.

Auf dem Gebiet von Kongreßpolen arbeiteten um die Jahrhundertwende ungefähr 600 000 Arbeiter in Gewerbe und Handel. Was die Anstellung moderner Arbeitskräfte betrug, unterschied sich die Situation dort aber wesentlich von der in Ungarn. Da in der polnischen Industrialisierung die für den russischen Markt produzierende Textilindustrie eine besondere Rolle spielte, wurde ein immer größerer Teil der Arbeiter als Angelernte in der Textilindustrie angestellt. Das schloß saisonale Arbeit aus und war daher für pendelnde Arbeiter nicht geeignet. Die Dominanz der Frauenarbeit (ungefähr 30%) hatte dagegen gleichzeitig die Herausbildung einer ständigen städtischen industriellen Arbeiterklasse zur Folge. Nur ein geringer Teil dieser Arbeiterklasse – größtenteils die Facharbeiter und die kleingewerblichen Arbeiter – gehörte über mehrere Generationen zum gewerblich-industriellen Milieu. Es dominierte ansonsten eher die ländlich-landwirtschaftliche Abstammung.

Die hierarchischen Nationalitätenverhältnisse des Landes und das Fehlen staatlicher Unabhängigkeit brachten es des weiteren mit sich, daß der Großteil der oberen Klassen (abgesehen vom Adel Galiziens) von der unmittelbaren Staatsmacht ausgeschlossen blieb. Die Entwicklung einer selbständigen industriellen Arbeiterklasse vollzog sich auch hier größtenteils unter Mitwirkung der internationalen Arbeiterbewegung. Die frühen Formen organisierten Auftretens, die entschlossene Vertretung selbständiger Klasseninteressen waren, so gesehen, nicht allein Folgen eines internen Prozesses der Herausbildung der Arbeiterklasse. Hobsbawm unterscheidet in der Gestaltung der Beziehungen der Arbeiterklasse zur Gesellschaft drei Phasen. Da sich die Wirkung der politischen Kämpfe um nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit in Polen auch innerhalb der Arbeiterklasse intensiv geltend machte, waren hier diese Phasen bedeutend weniger klar abzugrenzen. In der ersten traditionellen Phase versuchten die unteren Gesellschaftsschichten nur ihre Forderungen zu formulieren und sich vom traditionellen Kleinbürgertum zu trennen. Der Übergang in die zweite Phase der Absonderung geschah ziemlich schnell. Diese Absonderung vollzog sich aber infolge der Nationalitätenfrage nie vollständig; eine gewisse Klassenorganisation ist auch in der klassischen Periode der Klassenkämpfe feststellbar – hier entweder als Überrest der ersten Phase oder als Zeichen einer späteren.

Die balkanische Gesellschaft bäuerlichen Typs verfügte über keinen ähnlich großen Arbeitskräfteüberschuß wie die Länder, in denen der Großgrundbesitz vorherrschte. Der schnelle Bevölkerungszuwachs übte auf die neu entstandenen Kleinparzellen im-

mer stärkeren Druck aus. In einer ökonomisch rational geführten Landwirtschaft hätte sich der Arbeitskräfteüberschuß deutlich herausgestellt. So aber blieb zwar das Verhältnis Arbeitskraft : Boden und noch mehr das Verhältnis Arbeitskraft : Kapital ungünstig, doch es entstand kein Abwanderungsdruck. Es sei aber hinzugefügt, daß nicht nur das Angebot, sondern auch die Nachfrage auf niedrigem Niveau stand. Die Industrie bestand vorwiegend aus Kleingewerbe und Handwerk, mit relativ geringer Nachfrage nach Arbeitskräften. In der Fabrikindustrie war die Nachfrage nicht nur nicht besonders groß, sondern sie wich in ihrer Struktur auch von der des Angebots völlig ab. Deshalb haben staatliche Maßnahmen, die ausländische Unternehmer anregen wollten, in Bulgarien oder Rumänien Industrieunternehmen zu gründen, vorgeschrieben, daß der ausländische Unternehmer wenigstens 51% einheimische Arbeiter anstellen verpflichtet sei. Dahinter stand die Erfahrung, daß die Facharbeiter und hauptsächlich die Vorarbeiter aus dem Ausland hereingeholt wurden, da die Facharbeiter der Manufakturen den ähnlichen, aber im Tempo und in den beruflichen Fertigkeiten abweichenden Anforderungen der Fabrikindustrie nicht nachkommen konnten. Der von den Maschinen wenig verstehende einheimische Facharbeiter wurde häufig nicht einmal geprüft. Hilfs- oder angelernte Arbeiter waren auch in geringem Maße nötig, da 50–60% der Produkte der Fabrikindustrie durch die Lebensmittelindustrie hergestellt wurden. Die Arbeiter der Lebensmittelindustrie (ein Viertel der gesamten Arbeitskräfte) waren vorwiegend saisonale Arbeiter, die während der landwirtschaftlichen Arbeiten im Frühling oder im Sommer zu Hause, in ihren Dörfern, tätig waren.



# III. Bürger und Arbeiter: Kontakte im beruflichen und privaten Alltag

*Heinz Reif*

## Arbeiter und Unternehmer in Städten des westlichen Ruhrgebiets 1850–1930. Räumliche Aspekte einer Klassenbeziehung

Die Marxsche Klassentheorie geht von einem engen Zusammenhang zwischen ökonomischer, sozialer und politischer Formierung der Klassen aus. Ein politisch-rechtlich abgesicherter ökonomischer Gegensatz, Besitz und Nichtbesitz an Produktionsmitteln, setzt sich, so wird unterstellt, der Tendenz nach um in Antagonismen des sozialen und politischen Bereichs. In den letzten Jahren haben vor allem DDR-Historiker am Beispiel der Arbeiterklasse den vielfach vermittelten Prozeß der sozialen Konstituierung und tendenziellen Homogenisierung der Klassen aufzuhellen versucht. Als Indikatoren, mit denen sie soziale Nähe und Distanz zu messen, fortschreitende Homogenisierung im Innern und sukzessive Verhärtung der Klassengrenze zum Bürgertum nachzuweisen suchten, galten dabei Heirats-, Paten- und Freundschaftsbeziehungen einerseits, Prozesse der Berufs„wahl“ andererseits. Die zunehmende „Vererbung“ des Arbeiterstatus' an die Generation der Kinder und die Verengung aller sozialen Nahbeziehungen auf Personen gleicher Klassenlage begründeten mit der Zeit – so wird argumentiert – ein nach außen klar abgegrenztes, homogenes Arbeitermilieu, das über Generationen gleichbleibende Erfahrungen, einheitliche Lebensperspektiven und stabile Verhaltensorientierungen vermittelte. Die nahezu unausweichliche Wiederholung der immer gleichen Klassenerfahrungen förderte die Entwicklung von Klassenbewußtsein, z. B. das Bewußtsein von der „Zukunftslosigkeit“ des „geborenen Proletariats“; und dieses wurde unter bestimmten historischen Bedingungen zur Grundlage klassenspezifischer politischer Orientierung und Aktion<sup>1</sup>.

Die folgende Darstellung – Teil einer größeren Untersuchung über die Ruhrgebietsstadt Oberhausen<sup>2</sup> – geht von diesem Ablaufmodell aus, konzentriert sich aber

<sup>1</sup> Vgl. zu diesem Konzept v. a. *Hartmut Zwahr*, Zur Konstitution des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchungen über das Leipziger Proletariat während der Industriellen Revolution (Berlin 1978).

<sup>2</sup> *Heinz Reif*, Industrialisierung, Städtebildung und Arbeiterschaft in der Ruhrgebietsstadt Oberhausen 1850–1914 (masch. Habilschr. Bielefeld 1982, ersch. demn.).

auf zwei Problembereiche, die in den bisherigen Forschungen nur oberflächlich behandelt wurden: Auf die räumlichen Dimensionen des sozialen Klassenbildungsprozesses und die Frage, über welche Wege und in welcher Weise die ökonomische und soziale Klassenbildung sich in politische Klassenbildung, genauer: in klassenbewußtes Wahlverhalten als einer wesentlichen Ebene dieses Prozesses umsetzte. Gewann also mit anderen Worten die Erfahrung bürgerlich-proletarischer Ungleichheit mit der Zeit auch eine räumliche Komponente und verstärkte sich mit fortschreitender ökonomischer und sozialer Klassenbildung eines bestimmten Teils der Arbeiterschaft auch deren Option für die politische Arbeiterbewegung?

Über die Art und Weise, wie die Klassen und Schichten der großen Industriestädte ihre eigene Lage und ihre Stellung zueinander auch räumlich erfuhren, ist nur wenig bekannt. Die bisherigen Städtestudien begnügen sich hier in der Regel mit dem Hinweis auf die Existenz und räumliche Distanz ungleich ausgestatteter Viertel der Arbeiterschaft und des Bürgertums. Es mangelt zum einen „an Konkretisierung, an einem Bild, das nicht nur Umrisse, sondern Kontraste, die feinen Linien und Schattierungen, den Aufbau und die Gliederung des Sozialgefüges einer Stadt erkennen läßt“<sup>3</sup>, es mangelt zum anderen aber auch an einer Kenntnis darüber, über welche Erfahrungsbereiche und mit welcher Intensität städtische Teilräume soziale Ungleichheit ausdrücken, reproduzieren und bedingen können. Auch die Mechanismen, nach denen sozial bedeutsame städtische Räume entstehen, sich verändern und eventuell auch wieder auflösen, sind erst wenig erforscht. Eine historische Studie, die sich solchen Problemen zuwendet, betritt infolgedessen ein weithin offenes, theoretisch und empirisch noch wenig erschlossenes Forschungsgebiet.

Am Beispiel der Emscherstadt Oberhausen sollen auf die hier entwickelten Fragen erste Antworten gegeben werden, und zwar in drei Schritten:

1. Zunächst soll dargestellt werden, wie sich aus dem für die Emscherzone des Ruhrgebiets typischen Städtebildungsprozeß unterschiedliche städtische Wohnräume entwickelten, die sich insbesondere in ihrer Belastung durch industrielle Folgewirkungen und ihre Ausstattung mit typisch städtischen Dienstleistungen voneinander deutlich unterscheiden.

2. Daran anschließend ist zu fragen, ob sich die Bevölkerung der Stadt auf diese unterschiedlichen Wohngebiete nach Klassenkriterien verteilte oder nicht und ob ökonomisch und sozial bedeutsame „Viertel“ (der Arbeiter und des Bürgertums) – gemessen am Wahlverhalten – auch eine stabile, klassengemäße politische Orientierung gewannen.

3. Schließlich ist in einer detaillierteren Analyse zu verfolgen, wie sich in einem für die Ruhrgebietsstädte und das Verhältnis Arbeiterschaft/Bürgertum äußerst typischen Wohnraum, den Arbeitersiedlungen der großen Werke, ökonomische, soziale und politische Prozesse der Klassenbildung miteinander vermittelten.

<sup>3</sup> Hartmut Zwahr, Das deutsche Stadtadreßbuch als orts- und sozialgeschichtliche Quelle, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 3 (1968) 224–229, 225.

## I

Oberhausen, in wenig fruchtbarer, kaum besiedelter Heidelandschaft gelegen, entstand als Folge einer Bahnhofsgründung der Köln-Mindener-Eisenbahngesellschaft 1846 und der nachfolgenden Standortwahl industrieller Großbetriebe in der Nähe des Bahnhofs und der Bahnlinie. Schon den Zeitgenossen war klar, daß der hier entstehenden Industriegemeinde ein extrem beschleunigtes, „amerikanisches“ Wachstum zur Großstadt bevorstand<sup>4</sup>, und zwar vorwiegend durch den Bedarf der großen Werke an Hütten-, Walzwerks- und Zechenarbeitern. Neben dem explosiven Bevölkerungswachstum<sup>5</sup>, das vorwiegend auf einer Zuwanderung aus unterschiedlichsten deutschen und europäischen Regionen gründete, war der lange zeitliche und bedeutungsmäßige Vorsprung der Industrie vor der Stadt das wichtigste Merkmal des hier ablaufenden Städtebildungsprozesses. Die Gründung der politischen Gemeinde 1862 folgte den von Eisenbahn und Industrie geschaffenen Fakten mit mehr als einem Jahrzehnt Verspätung. Aus diesen beiden Rahmenbedingungen ergaben sich Konsequenzen, die den hier ablaufenden Städtebildungsprozeß entscheidend prägten:

1. Die Sozialstruktur der Stadtbevölkerung war und blieb – gemessen an langfristig, gleichsam „organisch“ gewachsenen Städten – in starkem Maße „verzerrt“. Arbeiter (zwischen 70 und 80%) und Kleinbürger (vor allem kleine Selbständige) besaßen stets ein drastisches Übergewicht gegenüber dem mittleren und höheren Bürgertum.

2. Die industrielle Belastung der städtischen Wohnräume durch Schlackenberge, Kohlehalden, Schadstoffemissionen, Bodensenkungen, Schmutz, Lärm und eine Vielzahl das Stadtgebiet durchschneidender Bahnlinien war extrem und nahm zum Teil groteske Formen an<sup>6</sup>.

Für die Standortentscheidung der großen Unternehmen waren die günstigen Möglichkeiten des Transports, der Rohstoffversorgung und des Absatzes maßgebend. Der Mangel an ortsansässigen Arbeitern hatte demgegenüber kein Gewicht. Die Kosten für Anwerbung und Ansiedlung von Arbeitern waren in einer Zeit vorherrschenden Arbeitsmangels – gemessen an den Standortvorteilen – relativ gering. Der Pflege des Kostenfaktors Arbeit wurde von den Unternehmen, von dem unverzichtbaren Kern hochqualifizierter Arbeiter einmal abgesehen, lange Zeit nur wenig Aufmerksamkeit

<sup>4</sup> Der Schriftsteller Levin Schücking sah 1856 Oberhausen, während einer Bahnfahrt, als „Landschaft, welche eine Staffage von nordamerikanischem Gepräge hat ... und ehe viel Zeit verfließt, wird mit amerikanischer Schnelligkeit eine Stadt aus diesen Sandhügeln aufwachsen“ (Levin Schücking, Von Minden nach Köln (Leipzig 1856) 149f.

<sup>5</sup> 1850 lebten im späteren Stadtgebiet ca. 500, 1914 nahezu 100 000 Menschen.

<sup>6</sup> Zu den Eisenbahnen vgl. *Heinz Reif*, „Kind der Eisenbahn“. – Die Emscherstadt Oberhausen vor 1914, in: *Lutz Niethammer* u. a. (Hrsg.), *Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst. Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW* (Berlin 1984) 90–94. Zu einer besonders auffälligen Folge der Bergschäden, dem „Concordiassee“, der 1870/71 durch Bodensenkung und Austritt von Grundwasser genau an der Stelle entstand, an der das städtische Zentrum mit Rathaus, Markt, Kirche und höherer Schule geplant war, vgl. *Heinz Reif*, *Städtebildung im Ruhrgebiet – die Emscherstadt Oberhausen 1850–1914*, in: *VSWG* 69 (1982) 457–487, 471 f.

geschenkt. Aber selbst bei den Facharbeitern endete diese Pflege bei der Versorgung mit Wohnung, Garten und Volksschule. Noch Jahrzehnte nach der Gemeindegründung sahen viele Unternehmer und Stadtverordnete in den Wohnhäusern und Siedlungen der Arbeiter eine Art „Zubehör“ der Betriebe. Die Einsicht, daß diese zugleich auch Teile einer sich entwickelnden städtischen Wohnumwelt mit Anspruch auf spezifische Wohnqualitäten waren, setzte sich nur mühsam durch.

3. Die Struktur städtischer Dienstleistungen blieb angesichts permanent überforderter Haushaltsmittel bis in die neunziger Jahre auf Primärfunktionen wie Schul- und Straßenbau, allgemeine Verwaltung, Polizei- und Armenwesen beschränkt<sup>7</sup>. Trotz verstärkter Bemühungen um Auf- und Ausbau einer städtischen Infrastruktur seit der Jahrhundertwende gewannen die meisten Wohngegenden bis 1914 nur sehr begrenzt städtische Qualitäten.

Das Kapital war in den Händen der Großindustrie konzentriert; und diese, die bis 1914 die politischen Entscheidungsgremien der Stadt dominierte, verhielt sich im Bereich der Steuerzahlung, zumindest bis zum Beginn des großen Konjunkturaufschwungs Mitte der neunziger Jahre, außerordentlich restriktiv. Die Steuerleistung der so überaus zahlreichen Arbeiterbevölkerung war und blieb dagegen, gemessen an den Kosten, die diese vor allem im Bereich der Schulen und des Armenwesens verursachten, sehr gering. Der Besitz an Boden, entscheidende Voraussetzung für eine langfristig geplante Stadtentwicklung, war bei Gründung der Gemeinde schon weitgehend von den Bauern auf die Großindustrie übergegangen. Diese sah darin eine Landreserve für künftige Betriebserweiterungen oder – im Falle der Zechen, die im Inneren des Stadtgebiets lagen – einen Schutz gegen Bergschädenkosten. Ein Bodenmarkt bildete sich nur in engen Grenzen aus und dort, wo eine Siedlungsverdichtung städtische Infrastrukturleistungen erforderlich machte, waren die Bodenpreise außerordentlich hoch. Die kapitalschwache Stadt konnte nicht in großzügigem, zukunftsorientiertem Maßstab Land aufkaufen, sondern war auf die – in der Regel viel zu knapp bemessenen – Bodenschenkungen der Werke und der großen Bauern angewiesen.

4. Ein städtisches Zentrum, das diesen Namen verdiente, bildete sich erst nach der Jahrhundertwende. Die Stadt wuchs nicht – zentral geplant und gesteuert – in konzentrischen Ringen aus einem festen Kern heraus, sondern agglomerativ, das heißt: mehrere dezentral gelegene Wachstumskerne, die ihre Dynamik in den meisten Fällen großen Betrieben und ihren expandierenden Belegschaften verdankten, wuchsen mit der Zeit zusammen. Sehr spät und mit neuer Qualität erst in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts, gingen vom Bahnhof, von den Geschäftsstraßen (Warenhäu-

<sup>7</sup> Es war die extreme Dominanz der Arbeiter in dieser Stadt, die vor allem dafür sorgte, daß hier die städtischen Einnahmen sehr gering, die Kosten für die allerwichtigsten städtischen Leistungen aber sehr hoch waren. Erst das Kommunalabgabengesetz vom 14.7.1893 (Miquelsche Steuerreform) erweiterte die städtischen Finanzspielräume, ebenso die seit Durchführung der staatlichen Sozialgesetze wesentlich günstigeren Anleihenmöglichkeiten der Kommunen. Das kommunale Berufsbeamtentum Oberhausens nutzte diese erweiterten Handlungsspielräume, wie in anderen Städten auch, zum Aufbau eines breiten Spektrums städtischer Dienstleistungsbetriebe und zu einer städtischen Raumplanung im „Großen“; vgl. hierzu auch *Jürgen Reulecke*, *Wirtschaft und Bevölkerung ausgewählter Städte im 1. Weltkrieg*, in: *ders.*, *Die deutsche Stadt im Industriezeitalter* (Wuppertal 1978) 114–126, 114.

ser, Banken, Hotels), von kulturellen Institutionen (Gymnasien, Theater, Stadtbibliothek) und von der Verwaltung (Rathaus, Gesundheitsamt, Krankenhäuser, Post), also von der räumlichen Konzentration infrastruktureller Vorteile und Entscheidungskompetenzen, zentralisierende und hierarchisierende Wirkungen aus.

Zwar lassen sich – in unmittelbarer Nähe der Großbetriebe und der wichtigsten Bahnlinien, aber auch am Stadtrand, in den Überschwemmungsgebieten der Emscher – schon früh besonders ungünstige, hoch belastete von weniger belasteten städtischen Wohngebieten unterscheiden; aber diese unterschiedlichen Wohnräume der Stadt besaßen aufgrund des eigentümlichen Verlaufs der Stadtentwicklung zunächst keine erkennbare klassenspezifische Bedeutung. Für die Unternehmer, die leitenden Angestellten, die wenigen höheren Beamten und die Arbeiter galt gleichermaßen das Prinzip, möglichst nah beim Betrieb zu wohnen. Die Wohnungen lagen in dieser bis in die achtziger Jahre reichenden Pionierphase der Stadt noch weitgehend in einer Mischung. Die architektonische Formenvielfalt der Häuser signalisierte zwar Ungleichheit; aber diese erschien eher als Funktionshierarchie des Betriebs, nicht aber als Hierarchie umfassender, ökonomisch und sozial gegründeter Klassen gegensätzlicher Interessenslage. Noch teilte man sich, eng auf die Produktionsbetriebe fixiert, viele Nachteile eines Städtebildungsprozesses, der nur mühsam voranschritt und gegenüber der schnell wachsenden Bevölkerung immer wieder ins Hintertreffen geriet.

## II

Erst seit Ende der achtziger Jahre gewannen die verschiedenen Wohngebiete der Stadt Schritt für Schritt an sozial differenzierender, eigener Bedeutung; und es waren im wesentlichen drei Ursachen, die dazu beitrugen, daß sich die bisherigen Wohngebiete sozial entmischten und neue Wohnbelegschaften entstanden, die in ihrem Aufbau – aufgrund ökonomischer und sozialer Mechanismen – in starkem Maße Klassenkriterien folgten.

1. Das städtische Zentrum hatte, trotz zahlreicher Schwierigkeiten bei Planung und Realisierung, an Kontur gewonnen. Geschäfts- und Verwaltungsschwerpunkte hatten sich ausgebildet und dort, wo in Zentrumsnähe noch reine Wohnbebauung vorherrschte, war diese sehr dicht geworden. Gleichzeitig hatte sich – da die Stadt aus mehreren Wachstumskernen heraus wuchs – eine extrem weit gestreute Wohnbebauung entwickelt, die fast das gesamte Stadtgebiet umfaßte. Die Versorgung und Entsorgung eines derart weit gespannten Wohngebiets hätte auch weitaus finanzkräftigere Städte als Oberhausen vor erhebliche Probleme gestellt. Die städtische Führung wählte den naheliegendsten Weg aus diesem Dilemma: Sie konzentrierte die städtischen Dienstleistungen massiv auf wenige innerstädtische Wohngebiete und vernachlässigte alle anderen. Beide Entwicklungen setzten einen ökonomischen Mechanismus in Gang, der die Mietpreise in die Höhe trieb. Die Preise für Baugrund, Bau, Anschluß und Unterhaltung eines Hauses stiegen in bestimmten zentrumsnahen Wohngebieten derart an, daß die Mieten, die sich daraus ergaben, von Arbeitern schon bald nicht mehr bezahlt werden konnten.

2. Parallel zum ökonomischen Mechanismus „sozialer Segregation“ wirkte ein sozialer: Erst die besser ausgestatteten Häuser in den innerstädtischen Wohnbereichen erfüllten die zeitgenössischen, bürgerlichen Ansprüche an Hygiene, Komfort und Ästhetik, sprachen gezielt Bedürfnisse des vermögenden Bürgertums an, zogen dieses gleichsam in die Innenstadt. In die gleiche Richtung wirkte – bei wenig entwickelten Möglichkeiten des Individualverkehrs – die Konzentration bürgerlicher Bildungsinstitutionen wie Gymnasien, Theater, Bibliotheken und Musikverein im Stadtzentrum. Der massive Zuzug vermögender bürgerlicher Familien, die eine bessere Wohnqualität suchten und dafür auch zu zahlen bereit waren, in die zentrumsnahen Wohnviertel gab den hier üblichen hohen Mietpreisen noch einmal einen starken Schub nach oben.

3. Das mittlere und höhere Bürgertum der Stadt war, wie die Arbeiter auch, ganz überwiegend von außerhalb zugewandert und stammte zudem aus sehr unterschiedlichen sozialen wie kulturellen Kontexten. Im Unterschied zu Städten der Hellwegzone wie Duisburg, Essen oder Dortmund fehlte in Oberhausen völlig die ortsansässige Mittelschicht als Kern einer bürgerlichen Stadtkultur. Schnell zu Geld gekommene Aufsteiger bäuerlicher, handwerklicher und kleinhändlerischer Herkunft standen neben Unternehmern und Kaufleuten, die der alten Honoratiorenschicht der Hellwegstädte entstammten; belgische und englische Ingenieure trafen auf Verwaltungsbeamte, freie Akademiker und Gymnasiallehrer altpreußischer Herkunft. Ein solches Bürgertum, das zum Teil noch selbst, wie die Arbeiter, hochmobil war, hatte es schwer, zu einer gemeinsamen Identität als Führungsschicht der industriellen „Einwohnerstadt“ Oberhausen zu finden. Die Ausbildung eines breiten Spektrums kultureller Institutionen und festlicher Aktivitäten vom bürgerlichen Verein über das Theater bis zur Sedansfeier hat dieses Bemühen um innere Homogenisierung ebenso gefördert wie die Möglichkeit, aus einer betriebsnahen Wohnung in ein entstehendes „bürgerliches“ Wohnviertel zu ziehen.

Der Wunsch nach wohnräumlicher Distanzierung von den Arbeitern gründete aber nicht nur auf der Anziehungskraft neu entstehender, besser ausgestatteter Wohngebiete, sondern auch auf wachsenden Negativerfahrungen mit dieser Gruppe, mit Epidemien in Arbeitervierteln während der siebziger und achtziger Jahre; mit großen Streiks, die seit Ende der achtziger Jahre wieder häufiger wurden, und mit einer Arbeiterbewegung, die selbst in ihrer christlichen Variante zunehmend selbstbewußter und aggressiver auftrat.

Als Ergebnis dieser Tendenzen des städtischen Bürgertums zu sozialer Segregation entstand ein von Arbeiterwohngebieten allseitig distanzirtes „besseres“ Wohnviertel in der Nähe des Stadtzentrums<sup>8</sup>. Aber gleichsam noch auf dem Wege wurde dieser Prozeß sozialer Homogenisierung des städtischen Bürgertums von einer Welle erneuter interner Differenzierung überholt, die sich ebenfalls räumlich verfestigte: Die lei-

<sup>8</sup> Dieses „bessere“ Wohnviertel lag unmittelbar unterhalb des Rangier-Bahnhofs. Das Stadtzentrum, das – wie dieses „bessere“ Viertel – ebenfalls zu über 70% von der Mittel- und Oberschicht bewohnt wurde, schloß sich unmittelbar südlich an den Bahnhof an.

tenden Angestellten der Gutehoffnungshütte (GHH), des größten Unternehmens der Stadt, übernahmen weder die kulturellen Verhaltensmuster des städtischen Honoratiorentums, noch folgten sie dem Zug in das innerstädtische „bessere“ Viertel. Statt dessen ließen sie sich, in Orientierung und Status weit über die Stadt und ihre Honoratioren hinauswachsend, von Bruno Möhring, einem der führenden modernen Architekten Deutschlands, am Stadtrand eine Wohnsiedlung in englischem Landhausstil bauen, nahe genug am Werk, um in Krisenfällen schnell vor Ort zu sein, aber zugleich durch Bahndamm, Bahnlinie und Betriebsgelände deutlich von den Wohngebieten der Arbeiter distanziert<sup>9</sup>. In eigenem Wohngebiet, Geselligkeitskreis und „Verein“ kultivierten sie einen spezifischen Lebensstil, der aristokratische, bildungs- und industriebürgerliche Elemente integrierte<sup>10</sup>.

Für Lage und Erfahrung der Arbeiterschaft in der Stadt war dieser Vorgang innerer Differenzierung des städtischen Bürgertums zwar nicht unerheblich, wichtiger aber war die Konsequenz, die sich aus der Existenz beider Bürgerviertel ergab: man sah die bürgerlichen Mittel- und Oberschichten wegziehen und in die bevorzugt ausgestatteten, am wenigsten industriell belasteten Wohngebenden einrücken. Zugleich veränderte sich der Lebensstil dieser Bürger, wurde fremder und zum Teil auch – weil hinter Bahndämmen, Theater- und „Casino“-Mauern versteckt – geheimnisvoller. Räumliche Distanz ließ ökonomische, soziale und kulturelle Distanz sichtbar werden. Ungleichheitserfahrungen, die der Arbeitsplatz vermittelte, wurden intensiviert und ergänzt durch solche, die von der städtischen Umwelt ausgingen. Es war unübersehbar, daß die Wohngebiete des Bürgertums immer besser versorgt, viele Arbeiterviertel aber zur gleichen Zeit extrem vernachlässigt wurden, ohne daß eine Änderung dieser Verteilungspraxis – wegen des kommunalen Dreiklassenwahlrechts – in Aussicht stand.

Entscheidend verstärkt wurde diese räumliche Komponente der Klassenerfahrung aber erst dadurch, daß die Arbeiterviertel – nahezu parallel zu dieser Entstehung „besseres“ Viertel – zum Objekt einer verstärkten Polizierungs- und „Missionierungspoli-

<sup>9</sup> Zur Siedlung Grafenbusch vgl. die Untersuchung von *Roland Günter, Bodo Herzog*, Die Entwicklung der großbürgerlichen Wohnkultur und Bruno Möhrings avantgardistische Siedlung für leitende Manager der Gutehoffnungshütte in Oberhausen (1910), in: *Joachim Petsch* (Hrsg.), Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert (Berlin 1975) 158–211. Diese Siedlung der GHH-Manager lag fern von allen Arbeiterwohngebieten zwischen Rhein-Herne-Kanal und altem Emerschbett einerseits, der Köln-Mindener Eisenbahnlinie andererseits. Die ältere Wohnstraße der leitenden GHH-Angestellten, unmittelbar westlich der Eisenhütte II, lag dagegen in der Nähe großer Arbeiterkasernen.

<sup>10</sup> Spezifisch adlig waren z. B. die Begeisterung für die Jagd, das Reiten und das Wohnen in Schlössern. In bildungsbürgerlicher Tradition stand die Hochschätzung bestimmter staatsbezogener Titel, z. B. des Kommerzienratstitels, der großen Privatbibliothek und die Bildungsreise. Den fortschrittsbewußten, weltoffenen Industriebürger erkennt man an der aufmerksamen Beobachtung der Weltausstellungen, der Innovationen in Naturwissenschaft und Technik, insbesondere der Automobil- und Flugtechnik, und der modernen, sachlich-funktionellen Kunstauffassung [zu letzterem vgl. *Hermann Sturm*, Kunstgewerbe, Architektur, gebaute Umwelt. Kultur im Industriegebiet, in: Der westdeutsche Impuls 1900–1914. Kunst- und Umweltgestaltung im Industriegebiet (Ausstellungskatalog des Museums Folkwang, Essen 1984) 15–47].

“ der städtischen Führung, der Werksleitungen und auch des in Vereinen organisierten Bürgertums wurden. Ende der neunziger Jahre, als Massenstreiks der Arbeiter und Organisationserfolge von Gewerkschaften und SPD unübersehbar deutlich machten, daß die Arbeiterschaft über die gewohnten Mechanismen und Instrumente betrieblicher, städtischer und staatlicher Herrschaft allein nicht mehr gesellschaftlich zu integrieren war, suchte man – aus großer sozialer und räumlicher Distanz heraus – auf gezielte Weise wieder Annäherung, Kompensationen für die schwächer gewordenen Alltagskontakte zwischen Bürgern und Arbeitern. Ein neuer, formell organisierter betrieblicher Paternalismus, städtische Sozialpolitik und bürgerliche Hilfsvereine sahen nun das Hauptziel ihrer Bemühungen darin, die Arbeiter stärker als bisher an den Fortschritten gesellschaftlicher Zivilisation und Kultur teilhaben zu lassen, die schwächer gewordenen Bindungen zwischen oben und unten durch Begegnungen von Arbeitern und Bürgern in neu organisierten, weitgehend aber instrumentell genutzten Kontaktsituationen – Vereinsabenden, Werksfeiern, nationalen Festen etc. – wieder zu festigen, die Tendenzen zur sozialen Polarisierung abzubauen. Typisch für das Bürgertum des Ruhrgebiets, für seine innere Unausgeglichenheit und Identitätsschwäche, aber auch für seine große ökonomische, soziale und kulturelle Distanz zur Arbeiterschaft war das mit diesen Bemühungen einhergehende hohe Maß an Überschätzung der eigenen Ordnungskapazitäten und die Fehleinschätzung, die Arbeiterschaft schon durch ein Minimum an Teilhabe lenken, pazifizieren und integrieren zu können<sup>11</sup>.

Zum Teil haben diese bürgerlichen Integrations- und Reformbemühungen – z. B. bei der medizinischen Betreuung der Arbeiterkinder oder der hauswirtschaftlichen Ausbildung von Arbeiterfrauen und -töchtern – wirksame Hilfe in proletarischen Lebenskrisen geleistet, so daß sie von den Arbeitern anerkannt und angenommen wurden.

Zu einem ebenfalls erheblichen Teil aber – z. B. bei der Kontrolle des Kostgängerwesens, der Bekämpfung der Konkubinate oder der Kinderarbeit – lag diesen Aktivitäten ein derart umfassender Mangel an Einsicht in proletarische Lebenslage, Lebenserfahrung und Überlebensstrategie zugrunde, daß sie in der Arbeiterschaft als Brückierung und ungerechter Zwang empfunden wurden, Abwehr- und Abschottungsmechanismen in Gang setzten, den Rückzug der Arbeiter auf ihr Viertel forcierten, das klas-

<sup>11</sup> Für diese Grundhaltung gibt es zahlreiche Belege. Alfred Krupp glaubte 1872/73 z. B., seine Arbeiterwohnungspolitik werde die Arbeiter wirksam von allen revolutionären Massenbewegungen fernhalten [vgl. *Richard Klapheck*, Siedlungswerk Krupp (Berlin 1930) 16], und der Bürgermeister von Bochum gründete dieselbe Hoffnung auf die Einrichtung eines städtischen Parks [vgl. *David Crew*, Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860–1914 (Berlin 1980) 134]. Dieses Überlegenheitsbewußtsein war es im Grunde auch, das in dieser Klasse bis zum Ersten Weltkrieg kaum den Gedanken aufkommen ließ, daß es für die Sicherung der eigenen Position eventuell besser sei, diejenigen alltäglichen Verhaltensweisen, die in besonders krasser Weise die Unterschiede zwischen bürgerlichem und proletarischem Lebensstandard sichtbar werden ließen, aufzugeben oder zumindest in weniger zugängliche Privatbereiche zu verlegen. Noch um die Jahrhundertwende, so berichtete ein alter GHH-Schmied 1953, seien an den Samstagabenden sehr oft die Kutschen der Manager, beladen mit frisch erlegtem Wild, durch die Arbeiterwohngebiete nach Hause gefahren (Hist. Archiv der GHH 40019/54, Erinnerungen Kalveram).

senspezifische Gefühl, eben doch grundlegend anders, eben nicht bürgerlich zu sein, verstärkten.

Die neue, in ihren Auswirkungen auf die Arbeiterschaft ambivalente bürgerliche Reformbewegung übersah bzw. ignorierte die Tatsache, daß viele Arbeiterwohngebiete inzwischen eine differenzierte, durchaus leistungsfähige eigene Lebensform entwickelt hatten. Von städtischen und staatlichen Instanzen mit ihren Problemen und Lebenskrisen lange Zeit allein gelassen, konfrontiert mit den umfassenden Schwierigkeiten, sich gleichzeitig an einen ungewohnten großbetrieblichen Arbeitsplatz der Schwerindustrie und an eine vielfach belastende städtisch-industrielle Umwelt, neue Lebensrisiken und kritische Lebenssituationen anzupassen, entwickelten die Arbeiter eigene Verhaltensmuster und Einrichtungen, die ihnen zunächst das Überleben, dann aber zunehmend auch das Leben unter diesen Bedingungen erleichterten. Viele dieser Einrichtungen haben, zum Teil bis heute, das Bild des Ruhrgebiets insgesamt geprägt: Die hohe Mobilität und – im Zusammenhang damit – das Kostgängerwesen, das allerdings mit zunehmender Sesshaftigkeit der Arbeiter schon in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts verschwand; die Selbstversorgung der Arbeiter aus Garten, Stall, Keller und eigener, kleiner Werkstatt; ausgeprägte Nachbarschaftsbeziehungen; ein weit ausdifferenziertes Vereinswesen; die Trinkhallen und Kleinstläden der früh invalide gewordenen Arbeiter; bestimmte Formen der Sportbegeisterung, insbesondere der lokal verankerte Fußball- und Taubensport, die Vielzahl der kleinen Arbeiterkneipen etc. Es dürfte wohl kaum eine Industriegegend in Deutschland geben, deren Gesamtbild so stark vom alltagskulturellen Lebensstil ihrer Arbeiter geprägt worden ist, wie das Ruhrgebiet.

Es läge nahe, aus den Klassenerfahrungen am Arbeitsplatz, die sich bis 1914 – zumindest in den Großbetrieben – zweifellos intensiviert, wenn auch nicht durchgängig vereinheitlicht haben, einerseits und einer wachsenden sozialen wie räumlichen Distanz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, der Ausbreitung von ruhrgebietstypischen Formen der Selbsthilfe in den Wohngebieten der Arbeiter andererseits auf eine linear voranschreitende, lebensweltlich verfestigte Polarisierung der Klassen zu schließen. Ein solches Urteil wäre jedoch erst richtig, wenn mit der Durchbildung und Verhärtung der Außengrenze zum Bürgertum auch eine Einebnung interner Unterschiede zwischen den verschiedenen Arbeitervierteln einhergegangen wäre. Die Tatsache, daß den verschiedenen Arbeiterwohngebieten dieser und anderer Städte des Ruhrgebiets bestimmte soziale Verhaltensmuster und Institutionen gemeinsam waren, erlaubt für sich allein aber noch nicht den Schluß, es habe in den Emscherstädten ein umfassendes, einheitliches, auf genossenschaftliche und informelle Solidarstrukturen gegründetes, klassenbewußtes Arbeitermilieu gegeben, das sich den Lenkungs-, Kultivierungs- und Vermittlungsbemühungen des Bürgertums weitgehend verweigert habe.

Innerhalb der für ihn natürlich wesentlich engeren Entscheidungsspielräume konnte auch der Arbeiter seine Präferenzen zur Geltung bringen, sei es bei der Wohnungswahl, sei es bei der Art und Weise, wie er auf proletarische Problemlagen und Lebenskrisen reagierte. Und eine genauere Analyse der räumlichen Verteilungs-, Verhaltens- und Aktivitätsmuster verschiedener Arbeiterwohngebiete der Stadt weist auf, daß sich unterhalb eines relativ einheitlichen äußeren Erscheinungsbildes eine Vielfalt

unterschiedlicher, räumlich fixierter und begrenzter Arbeitermilieus ausgebildet und verfestigt hatte. Und weder die Konflikterfahrungen, die diesen Arbeitermilieus wesentlich zugrunde lagen, noch die Orientierungen, die sie vermittelten, gingen einlinig und einhellig konform mit der Klassenlinie Arbeiterschaft - Bürgertum<sup>12</sup>. Im Gegenteil: In die einzelnen Arbeiterviertel waren um 1914 derart unterschiedliche Konflikterfahrungen, Ressourcen und Strategien der Überlebenssicherung, Verhaltensmuster und Einstellungen „eingebunden“, daß man für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg eher von einer Zunahme als von einer Abnahme interner sozialer und alltagskultureller Differenzierung der Arbeiterschaft Oberhausens sprechen muß.

Begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten der städtischen Führung, eine Schwäche des städtischen Zentrums, das jahrzehntelang kein Übergewicht über die vielen dezentralen Wachstumskerne gewann, und ein zahlenmäßig schwaches, äußerst heterogenes städtisches Bürgertum, das sich lange Zeit fast ausschließlich auf seine eigenen Probleme und Bedürfnisse, nicht aber auf die der Arbeiter konzentrierte, wurden zu den wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß sich die Vielzahl räumlich gebundener Anpassungs- und Aktivitätsmuster der Arbeiter, die für die Emscherstädte der damaligen Zeit so typisch sind, ausbildeten und fortentwickelten. Diese Anpassungsmuster verdichteten sich – sofern die Zeit dazu ausreichte und ein Minimum an sesshaftem Personal vorhanden war – zu lokalen Lebenswelten, zu Wohnmilieus, die unterschiedliche, für die alltägliche Lebensbewältigung des Arbeiters hochbedeutsame Lebenschancen in sich aufbewahrten und, trotz aller Fluktuation, an ihre jeweilige Wohnbevölkerung weitergaben.

Ihre eigentümliche Ausprägung gewannen diese Arbeiterviertel durch die jeweilige Art und Weise, in der sich hier die vom Industrialisierungs- und Stadtentwicklungsprozeß gesetzten Rahmenbedingungen des Wohnens und Lebens mit den verschiedenen Möglichkeiten der zuwandernden Arbeiter, ihr Leben innerhalb dieses Rahmens einzurichten, vermittelten. Für die konkrete Gestalt der für Oberhausen typischen sozialen und kulturellen Klassenbildungsprozesse waren vor allem die folgenden sozial-räumlichen Faktoren von Bedeutung:

1. Die Orientierung der Wohnbelegschaft eines Arbeiterviertels an der Norm sesshafter oder mobiler Lebensführung.
2. Die Wohnlage in Zentrumsnähe oder in den erst später eingemeindeten Landgemeinden.
3. Die räumliche wie kulturelle Nähe bzw. Ferne zu Kirchen (vor allem der katholischen Kirche), Betrieben und städtischen Institutionen und deren Versorgungs-, Unterstützungs-, Orientierungs- und Disziplinierungsleistungen.

<sup>12</sup> Eine ganz grundlegende Konflikterfahrung des Wohnbereichs ergab sich z. B. aus dem Interessengegensatz zwischen den Arbeitern als Wohnungsmietern und den Hausbesitzern als Wohnungsvermietern, zumal in solchen Wohngebieten, die von Häuserspekulanten beherrscht wurden. Über die Gründung von Haus- und Grundbesitzervereinen einerseits, von Mietervereinen andererseits hat sich dieser Konflikt verfestigt, auf neue Themen erweitert und verschärft. Die großen Werke, die an einer möglichst hohen Kaufkraft der von ihnen gezahlten Löhne interessiert waren, vertraten in diesem Konflikt, z. B. durch gezielte Anlage von Werkwohnungen, Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus und des Hausbaus der Arbeiter, in starkem Maße auch die Interessen der Arbeiterschaft; vgl. hierzu *Reif*, Industrialisierung, 159–162, 174 f.

4. Die Prägung eines Arbeiterwohnbereichs durch eigenen Hausbesitz der Arbeiter, Werkssiedlungen, Mietwohnungen oder Ledigenheime, Kasernen und Arbeiterhotels für vorwiegend junge und unverheiratete Arbeiter.

5. Schließlich und vor allem war aber entscheidend, ob sich die informell oder formell solidarischen Netzwerke der Selbsthilfe und Hilfe – dort, wo sie sich ausbildeten und viertelbestimmend wurden – über ethnische, konfessionelle oder parteipolitische Beziehungen entwickelten.

Für Oberhausen hatten sich, wenn auch der prozessuale, unabgeschlossene Charakter dieser Herausbildung unterschiedlicher Arbeiterviertel stets im Blick bleiben muß, bis zur Jahrhundertwende mehrere solcher Arbeitermilieus soweit aus ihrer Umgebung herausgehoben, daß sich ihre jeweilige räumlich begrenzte Eigenart, die hier nicht im einzelnen dargestellt werden kann, in den Quellen und im Bewußtsein der Zeitgenossen wiedererkennen läßt. Für eine große Zahl anderer städtischer Wohngebiete mit ähnlich hohen Arbeiteranteilen ließen sich dagegen weder ein Minimum an seßhaftem Personal noch stabile, räumlich gebundene Handlungsmuster der Überlebenssicherung und Lebensgestaltung identifizieren.

Das bisherige Ergebnis, daß in Oberhausen ökonomische und sozialräumliche Prozesse der Klassenbildung, sofern sie die Markierung der Klassengrenze zwischen Arbeitern und Bürgern betreffen, gleichgerichtet verliefen und einander stützten, daß mit diesem Vorgang aber nicht ein interner Homogenisierungsprozeß, sondern eine verstärkte innere Differenzierung der Arbeiterschaft einherging, ist im folgenden auf seine Bedeutung für den politischen Klassenbildungsprozeß zu befragen. Die Verfestigung lokal begrenzter Arbeitermilieus gründete nach unseren Beobachtungen – trotz gewichtiger berufsbedingter Verhaltensunterschiede, z. B. zwischen Hütten- und Bergarbeitern – weniger auf Erfahrungen des Arbeitsplatzes als auf solchen des Wohnbereichs. Es wurde deutlich, daß in der Arbeiterschaft neben der auf Stadt und Region bezogenen Unterscheidung Arbeiter–Bürger und der Hierarchie der Berufe noch eine dritte Wertungsskala existierte, die an den unterschiedlichen Lebensqualitäten und Lebenschancen der verschiedenen städtischen Arbeiterviertel orientiert war.

Die Frage, welches Gewicht für das politische Verhalten der Arbeiterklasse diesen lebensweltlich begründeten Arbeitervierteln zukam, läßt sich auf einer ersten Ebene durch die Analyse des Wahlverhaltens dieser Viertel in den Reichstagswahlen beantworten. Dieses Gewicht wäre dann erheblich, wenn den Vierteln ein deutlich voneinander abweichendes Wahlverhalten eigen gewesen wäre, das zeitlich stabil blieb bzw. eine Veränderung nach festen, plausiblen Wandlungsmustern aufwies.

Die Karten 1 bis 3, denen eine Auswertung der Reichstagswahlen nach städtischen Wahlbezirken und Wahllokalen zugrunde liegt<sup>13</sup>, zeigten deutlich, daß der städtische Wohnraum schon 1907, also nach wenigen Jahrzehnten Stadtentwicklung, nicht nur eine eigene soziale und kulturelle, sondern in erheblichem Ausmaß auch eine partei-

<sup>13</sup> Die Oberhausener Zeitungen brachten als Information für ihre Leser einige Tage vor der Wahl eine Auflistung der Wahllokale und der Straßen, deren Bewohner in einem bestimmten Wahllokal wählen mußten. Einen Tag nach der Wahl wurde dann, differenziert nach Wahllokalen, das Wahlergebnis abgedruckt; vgl. z. B. für die Wahl vom 7. Dezember 1924 die Neue Oberhausener Zeitung vom 28. 11. und 8. 12. 1924. – Die Karten 1–3 siehe S. 179–181.

politische Bedeutung gewonnen hatte. Während aber die parteipolitische Orientierung der Bürgerviertel relativ einheitlich war und blieb, zeigt sich bei den Arbeitervierteln eine große Vielfalt politischer Orientierung, deren Entwicklung bis in die 20er Jahre hinein aber – was das jeweilige Viertel betrifft – durchaus eine innere Konsequenz aufwies. Das heißt: die Umsetzung des ökonomischen und sozialen Klassenbildungsprozesses in den parteipolitischen Bereich folgte in den verschiedenen bürgerlichen Wohnvierteln – trotz deutlicher sozialer Zweiteilung des städtischen Bürgertums – einem einheitlichen Muster; auf der Seite der Arbeiter dagegen schritt dieser Prozeß auf vielen Wegen voran; und die sozialräumlich gebundene Lebenswelt und Erfahrung der Arbeiter war für diese Vielfalt von konstitutiver Bedeutung. Sie begründeten unterschiedlich starke Bindungen an SPD und KPD, die trotz gravierender Wandlungen im Wahlsystem<sup>14</sup> über den Ersten Weltkrieg hinaus von Dauer waren. Sie konnten aber auch – dort, wo die Disziplinierungs-, Orientierungs- und Unterstützungsleistungen der katholischen Kirche einerseits, der evangelischen Kirche im Verein mit den Großbetrieben andererseits überzeugten – zu umfassenden und langfristig stabilen parteipolitischen Loyalitäten zu Zentrum und Nationalliberalen führen.

### III

Für einen besonders ruhrgebietstypischen Arbeiterwohnraum der Stadt, die Arbeitersiedlungen der großen Werke, soll im folgenden dem Zusammenhang zwischen Wohnraumerfahrung und Wahlverhalten konkreter nachgegangen werden. Da diese Siedlungen zugleich auch – vermittelt über die Bauplanung und Wohnungsverwaltung der Betriebe – Wohnräume intensivster Einwirkung des Bürgertums auf die Arbeiter waren, läßt sich an einem extremen Beispiel die Frage verfolgen, wie Haltungen und Verhaltensweisen des Bürgertums, in diesem Fall der Manager – Unternehmer der Gutehoffnungshütte, die Lage, die Erfahrungen und das politische Verhalten von Arbeitern bestimmten, ob und wie sie die soziale und politische Klassenbildung der Arbeiterschaft behinderten, eventuell aber auch forcierten. Untersucht werden zwei Siedlungen der GHH, die „Herrenhäuser“ in Oberhausen und die Siedlung Jacobi in der nördlich angrenzenden Gemeinde Sterkrade. Beide Siedlungsbelegschaften waren durch die Anbindung an betriebliche Ver- und Entsorgungssysteme und die strengen Kontrollen der Werksleitung fest an den Konzern gebunden, genossen aber andererseits auch die Privilegien bevorzugten Wohnens und einer umfassenden, „von der Wiege bis zur Bahre“ reichenden betrieblichen Sozialpolitik<sup>15</sup>. Vor allem für diejenigen „Kolonien“, die seit den 90er Jahren, als eine neue, starke Welle des Werkwohnungsbaus einsetzte, gebaut wurden, häufen sich in letzter Zeit in der Forschung die Hinweise, daß diese, nicht zuletzt mit der Zielsetzung gebaut, die politisch unruhig

<sup>14</sup> So wählten z. B. 1918 nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen.

<sup>15</sup> Einen guten Einblick in diese betriebliche Sozialpolitik vermittelt die Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. Ruhrbergbau, hrsg. von *Gerhard Adelman*, 2 Bände (Berlin 1965) Band 2, 212–269.

gewordenen Arbeiter auf neue Weise zu pazifizieren, „gleichwohl während der großen Bergarbeiterstreiks wie während der Märzrevolution 1920 Zentren der politischen Opposition ... der Bergarbeiter gewesen sind“<sup>16</sup>.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen (Reichstags-) Wahlentwicklung<sup>17</sup> in Oberhausen soll diese These überprüft, das Wahlverhalten der Viertel auf unterschiedliche sozialräumliche Erfahrungen, die ihm zugrunde lagen, zurückgeführt werden. Das Wahlverhalten der Oberhausener Bevölkerung entspricht Rohes These vom Ruhrgebiet als einer – was die Durchsetzung der Sozialdemokratie betrifft – „verspäteten Region“<sup>18</sup>. Die Emscherstadt Oberhausen liefert lediglich ein besonders extremes Beispiel dieser Verspätung, da der sozialdemokratische Erfolg hier auch hinter den – gemessen am Reichsdurchschnitt – recht niedrigen durchschnittlichen Ruhrgebietswerten noch einmal erheblich zurückblieb. Schon 1903 war der Aufstieg der Sozialdemokratie, der in den 90er Jahren einsetzte, wieder gestoppt; das Ziel, stärkste Partei in der Stadt zu werden, wurde verfehlt. Weder die Stärke des Zentrums (mit Ausnahme von 1879 immer stärkste Partei) noch dessen Stabilität – von Einbußen, die sich durch die politische Organisation der Polen in eigenen Parteien kurz nach der Jahrhundertwende ergaben, einmal abgesehen – überraschen angesichts der Ergebnisse, die diese Partei in anderen Ruhrgebietsstädten, z. B. im Raum um Essen, erzielte<sup>19</sup>. Auffälliger ist da schon die Stärke der Nationalliberalen in Oberhausen, vor allem die Tatsache, daß die nationalliberale Wählerschaft in Oberhausen selbst 1907, als ringsum im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wie im Deutschen Reich insgesamt, der Nationalliberalismus durch Abwanderung seiner Arbeiterwähler hohe Stimmenverluste hinnehmen mußte, ihrer Partei treu blieb.

In der Weimarer Zeit bewährte sich das Zentrum als stabiles Lager in der Mitte des Parteienspektrums. Schon kurz vor dem Ersten Weltkrieg (1912) hatte diese Partei offenbar den Endpunkt ihres Schrumpfungprozesses erreicht. Die verbliebenen Stammwähler ließen sich in ihrer Parteibindung, allem wirtschaftlichen und politischen Wandel zum Trotz, kaum mehr irritieren<sup>20</sup>. Der „liberale“ bürgerliche Parteien-

<sup>16</sup> Ulrich Herbert, Vom Kruppianer zum Arbeitnehmer, in: Lutz Niethammer u. a. (Hrsg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist“. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet (Berlin 1983) 233–276, 234.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu die Tabellen 1 und 2; unter allen Wahlen dieser Zeit, das zeigen die Statistiken zur Wahlbeteiligung deutlich, waren die Reichstagswahlen diejenigen, denen die Bevölkerung stets die größte Bedeutung beimaß.

<sup>18</sup> Zu dieser Charakterisierung und zu deren Begründung vgl. Karl Robe. Vom alten Revier zum heutigen Ruhrgebiet. Die Entwicklung einer regionalen politischen Gesellschaft im Spiegel der Wahlen; in: Karl Robe, Herbert Kübr (Hrsg.), Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet (Königstein 1979) 21–73, 24; darüber hinaus auch Karl Robe, Die „verspätete“ Region. Thesen und Hypothesen zur Wahlentwicklung im Ruhrgebiet vor 1914, in: Peter Steinbach (Hrsg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß (Stuttgart 1982) 231–252, 233.

<sup>19</sup> Vgl. z. B. die Statistik bei Robe, Vom alten Revier, 42.

<sup>20</sup> Am ehesten läßt sich eine gewisse, sehr begrenzt bleibende weitere Schrumpfung des Zentrums lagers noch für die Wahl von 1930, die unter dem Eindruck einer schweren Wirtschaftskrise stattfand, konstatieren. Die vom Zentrum geführte Regierung hatte erheblich an Ansehen verloren, und ein Teil des katholischen Mittelstands sah inzwischen seine Interessen wohl besser bei der NSDAP als beim Zentrum aufgehoben.

Tabelle 1: Reichstagswahlen in Oberhausen bis 1912

Jahr	Wähler	Wahlbeteil. %	(abs.)	Liberaler %	Fortschritt %	Zentrum %	SPD %	Polen %
1867/I*	1883		(767)	68,0	-	-	30,2	-
1867/II	?		(638)	62,1	-	-	30,4	-
1869	?		(1071)	34,5	-	-	61,4	-
1871	?		(1408)	35,9	-	49,3	14,3	-
1874	?		(2207)	41,7	-	53,8	4,2	-
1877	3659	61,2	(2241)	41,2	-	52,2	6,0	-
1878	?		(2600)	44,4	-	54,8	0,6	-
1879	3713	60,5	(2246)	58,5	-	40,3	-	-
1881	3660	53,8	(1970)	32,9	3,8	51,1	0,8	-
1884	4778	58,1	(2776)	36,2	4,6	58,0	0,8	-
1887	4474	78,3	(3503)	43,9	-	55,7	0,3	-
1890	5541	67,3	(3728)	32,9	8,0	52,7	5,8	-
1893	6185	77,5	(4792)	28,5	2,0	47,9	13,6	-
1896	8357	74,0	(6186)	30,3	0,8	53,9	12,9	-
1901	9849	70,9	(6982)	33,6	0,7	38,2	17,9	9,6
1903	9921	82,9	(8225)	29,2	0,3	36,1	26,3	8,2
1907	11681	89,4	(10441)	29,5	-	36,1	23,4	10,7
1912	18738	91,2	(17084)	26,9	-	33,1	27,9	9,5

Tabelle 2: Reichstagswahlen in Oberhausen 1919–1933

Jahr	Wähler	Wahlbeteil. % (abs.)	VSB/NSDAP %	DNVP	„Liberale“** %	Zentrum %	SPD %	Polen %	USPD/KPD %
1919	49897	75,6 (37717)	–	3,3	23,8	36,8	35,8	–	–
1920	52191	80,3 (41884)	–	4,8	20,5	30,0	16,9	6,2	21,6
1924/I	59019	72,6 (42842)	–	8,8	14,2	31,7	12,7	2,1	25,0
1924/II	59912	73,2 (43871)	–	11,0	14,9	33,0	18,7	1,7	14,3
1926	65445	77,1 (50481)	1,3	9,3	15,0	30,7	19,9	1,8	15,4
1930	115371	83,9 (96770)	20,5	5,5	10,8	28,4	11,9	1,2	17,0
1932/I	118062	85,4 (100851)	24,9	5,8	1,7	31,8	10,2	0,5	23,4
1932/II	120376	80,2 (96678)	21,2	7,4	2,1	31,0	10,3	0,7	25,2
1933	122458	88,0 (107803)	31,6	7,3	1,4	31,7	9,8	–	17,0

\* 1867, I = erste Wahl des Jahres 1867

\*\* DDP, DVP und Wirtschaftspartei

block aus DDP, DVP und Wirtschaftspartei, der sich rechts ans Zentrum anschloß, erzielte 1919 ein Wahlergebnis, das – ergänzt um die geringe Quote der DNVP als rechter Flügelpartei – völlig dem Niveau der Nationalliberalen kurz vor 1914 (27,1 vs. 26,9%) entsprach. Es gab also durchaus eine fortwirkende nationalliberale Wählertradition in der Arbeiterstadt Oberhausen, und diese wurde – neben vielen Selbständigen, Beamten und leitenden Angestellten – auch von den Meistern, Steigern, Vorarbeitern, Fach- und Stamarbeitern der großen Werke getragen. Den stärksten Strang dieser Tradition bildete dabei die DVP (1919 – 18%), die zunächst einen „liberalen Monarchismus“ vertrat, nach 1920 aber zunehmend die Republik akzeptierte und stützte.

Dieses bürgerliche Lager (incl. DNVP) blieb als ganzes bis 1928 relativ stabil (1919 – 27,1%; 1928 – 27,8%)<sup>21</sup>; erst danach löste sich seine Integrationskraft sehr schnell zugunsten der NSDAP auf. Die Stabilität wurde allerdings mit einem massiven Rechtsruck innerhalb des Lagers seit 1924 erkaufte, dem die konsequent republiktreue, liberale DDP, ohnehin schwächste Kraft in diesem Lager, weitgehend, die DVP in erheblichem Umfang Tribut zollen mußte, und zwar über zwei eng mit den Inflationserfahrungen der bisherigen Stammwähler verbundenen Einbrüchen bei den Wahlen 1924, I und 1932, I (DDP 1919 – 5,9%; 1924, I – 2,6%; 1932, I – 0,1%; DVP 1919 – 18,0%; 1924, I – 11,6%; 1932, I – 1,4%).

Die wirtschaftliche Erholung in den Jahren 1924 bis 1928 hat diese Abstiegsbewegung nicht entscheidend gebremst, und der Zugewinn an Stimmen, den DNVP und Wirtschaftspartei in den Wahlen 1924 erwarben, konnte diese Einbrüche nur bis 1928 ausgleichen<sup>22</sup>. Danach zerfiel das bürgerliche Lager (1928 – 27,8%; 1932, I – 7,5%) schnell zugunsten einer Umorientierung seiner Wähler auf die NSDAP, deren Aufstieg sich hauptsächlich auf diesen Zustrom und die Mobilisierung bisheriger Nichtwähler gründete (NSDAP 1928 – 1,3%; 1932, I – 24,9%)<sup>23</sup>. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg hatten SPD und Nationalliberale jeweils gut ein Viertel aller Wählerstimmen auf sich vereinigt. Nach 1918 stagnierten dann das Zentrum und der Bürgerblock rechts des Zentrums, während der linke Parteienblock (SPD, Polenpartei, USPD, KPD) – nach einer kurzen Erfolgsphase in den ersten Nachkriegsjahren – seit 1924 bei etwa einem Drittel aller Wählerstimmen gleichsam einfro<sup>24</sup>. Im Innern dieses lin-

<sup>21</sup> Das ist ein Unterschied z. B. zur Hellwegstadt Essen, in der sich das bürgerliche Lager schon seit 1924 Schritt für Schritt auflöste. Vgl. *Herbert Kübr*, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik (Düsseldorf 1973) 296.

<sup>22</sup> Die DNVP erreichte in den Reichstagswahlen die folgenden Ergebnisse: 1919 – 3,3%, 1924, II – 11,1%, 1928 – 9,3%, 1932, I – 5,8%. Das Spitzenergebnis der DNVP in der Wahl von 1924, II (11,1%) zeigt – zusammen mit den gestiegenen Wählerquoten für die mittelständischen Splitterparteien – an, daß sich in Oberhausen der inflationsgeschädigte, verarmte Mittelstand dauerhaft radikalisiert hatte.

<sup>23</sup> Vgl. hierzu die Entwicklung der Wahlbeteiligung in Tabelle 2.

<sup>24</sup> Das Anwachsen dieses linken Wählerblocks ging wahrscheinlich auf den Zustrom von Arbeiterwählern zurück, die vorher die Nationalliberalen, das Zentrum oder eine polnische Partei gewählt hatten. Zum Teil dürften aber zu diesem Anstieg auch Wandlungen innerhalb des Elektorats – Zuzüge neuer Arbeiter, Wegzüge der bisher ansässigen – beigetragen haben.

ken Lagers waren dagegen die Verhältnisse – ganz analog zum bürgerlichen Parteienblock – wesentlich flüssiger: die SPD erzielte 1919 35,5% aller Stimmen; das entsprach im Grunde dem Wahlergebnis von 1912, ergänzt um die Stimmenquote der Polen. Dieser Erfolg blieb allerdings nur von kurzer Dauer. Die Wahl vom 6. 6. 1920 zeigt deutlich, daß der größere Teil der SPD-Wähler sich 1920 im Parteienspektrum weiter nach links orientierte (USPD – 10,6%; KPD – 11,0%), weil er die SPD für das Scheitern der Rätebewegung und der Märzrevolution verantwortlich machte<sup>25</sup>. In den Krisenphasen der Weimarer Republik (1923/24 und 1930–33) erzielte die SPD jeweils ca. 10% der Stimmen; und damit dürfte ihr Wählerstamm in den 20er Jahren ziemlich genau umrissen sein. Der Wählerstamm der KPD – erkennbar an den Quoten, welche die Partei in den Konsolidierungsphasen der Weimarer Republik (1924/II und 1928) und in der unter extremem politischem Druck ablaufenden Wahl 1933 erhielt – lag bei etwa 15%. Ein drittes linkes Wählerreservoir pendelte, je nach Konjunkturlage, zwischen SPD und KPD hin und her, so daß in Krisenzeiten die KPD (Maximum: 1924, I – 25,0%), in wirtschaftlichen Erholungsphasen die SPD zur stärksten Partei im linken Lager aufstieg<sup>26</sup>. 1930, unter dem Eindruck der seit 1929 spürbaren Weltwirtschaftskrise, insbesondere einer extrem hohen Arbeitslosigkeit, setzte dieser Mechanismus zum ersten Mal partiell aus, wählte wahrscheinlich auch ein erheblicher Teil der bisher innerhalb des linken Lagers wechselnden Arbeiter die NSDAP<sup>27</sup>.

Das Wahlverhalten der verschiedenen Arbeiterviertel, das zeigten die Karten 2 bis 4 deutlich, wich von der hier skizzierten allgemeinen Wahlentwicklung in der Stadt zum Teil ganz erheblich ab. Diesen Unterschieden im Wahlverhalten der Oberhausener Arbeiterklasse mußten nach dem Modell sozialer Klassenbildung Unterschiede im sozialen Bereich – in den Arbeitsplatzbedingungen und -erfahrungen einerseits, den Strukturen und Erfahrungen der engeren Lebenswelt des Arbeiterviertels andererseits – zugrunde liegen. Vor dem bisher dargestellten zweifachen Hintergrund der Viertelbildung und der allgemeinen Wahlentwicklung in der Stadt sollen nun – für die zwei Arbeitersiedlungen der GHH – die Strukturen und Erfahrungen der beiden hier ent-

<sup>25</sup> Vgl. hierzu auch *Kübr*, Parteien, 104.

<sup>26</sup> Der Konjunkturaufschwung, die allgemeine wirtschaftliche Erholung, beeindruckten die Oberhausener Arbeiterschaft also stärker als die wachsende Arbeitsintensität und die Arbeitsplatzunsicherheit, beides Folgen einer umfassenden Konzentrations-, Rationalisierungs- und Stilllegungsbewegung in der Schwerindustrie an der Ruhr (vgl. *Kübr*, Parteien, 255). Der Erholung der SPD, dem Trend zur Mitte im linken Lager, korrespondiert im rechten Lager keine entsprechende Bewegung, sondern eine Hinwendung zu Splitterparteien, die an engen Spezialinteressen begrenzter mittelständischer Zielgruppen orientiert waren.

<sup>27</sup> Die NSDAP wuchs zwischen 1928 und 1930 um 19,2%, die Verluste der „liberalen“ Parteien lagen in diesem Zeitraum bei 4%, die DNVP verlor 4%, das Zentrum 2,3%. Selbst wenn man dazu noch unterstellt, daß die NSDAP in diesen zwei Jahren einen großen Teil der bisherigen Nicht-Wähler mobilisieren konnte, ist es doch sehr wahrscheinlich, daß auch sehr viele derjenigen Arbeiter, die sich von den linken Parteien abkehrten – der Linksblock schrumpfte zwischen 1928 und 1930 um 7% – zur NSDAP übergewechselt sind. Dieselbe Wählerwanderung wiederholte sich dann zwischen 1932 und 1933. Die Alternative zu dieser Deutung, die Unterstellung eines Wechsels zahlreicher Arbeiterwähler zu den alten Blockparteien, ist demgegenüber mehr als unwahrscheinlich (vgl. auch *Kübr*, Parteien, 209–212).

stehenden Arbeitermilieus und ihre jeweils spezifischen Wahlmuster aufeinander bezogen werden. Damit ist eine Möglichkeit gegeben, den Zusammenhängen zwischen sozialen und politischen Prozessen der Klassenbildung ein Stück näherzukommen. Zunächst eine kurze Charakterisierung der beiden Arbeitersiedlungen:

### 1. Die Siedlung „Herrenhäuser“.

Die Siedlung Herrenhäuser war in ihrer baulichen und infrastrukturellen Ausstattung ein eng werksgebundenes, architektonisch einheitliches Wohngebiet der GHH. Die städtische Führung, wegen ihres permanent überforderten Haushalts ohnehin lange Zeit nicht in der Lage, die zahlreichen dezentral gewachsenen Siedlungskerne mit städtischer Infrastruktur zu versorgen und diese damit enger an das Stadtzentrum anzubinden, trat seine Aufgaben bereitwillig an die GHH ab, als diese sich bereit erklärte, zahlreiche Ver- und Entsorgungsleistungen für diese Siedlung selbst zu erbringen. Um 1900 war hier – bestimmten Krupp-Siedlungen in Essen vergleichbar – ein Wohngebiet entstanden, das viele Dienstleistungen des Alltags dem nahegelegenen Werk verdankte: Die Wohnung, das Wasser, das Gas und die Elektrizität; die Entwässerung, die Post, die Sparkasse, die Konsumläden, die Schul- und Kindergärten, den Arzt, den Markt, die Sportplätze und selbst den Polizisten. Und zusätzlich orientierten nicht nur die Mietverträge, sondern auch die Vielzahl von Benutzungsordnungen (z. B. für Wasser- und Gasanschlüsse) und Kontrollinstanzen (Kolonieverwalter, Wohnungsverwaltung des Werks, Werksfürsorgebürokratie) die Bewohner dieser Siedlung auf den Betrieb und seine Belange. Privilegierte Versorgung mit Arbeit, Wohnung und betrieblichen wie außerbetrieblichen Sozialleistungen, scharfe Selektion und Kontrolle durch das Werk nach Kriterien der Betriebstreue, politischer Zuverlässigkeit und Ehrbarkeit der Lebensführung, feste Organisation in Werksvereinen und evangelischen Arbeitervereinen der nahegelegenen Kirche und schwache Einbindung in das städtische Zentralitätssystem waren für diese privilegierte Arbeiterschaft, eine Art Arbeiteraristokratie, kennzeichnend.

Die Wohnbelegschaft der Siedlung war in den 1870er Jahren noch streng dreigeteilt und vereinigte – jeweils auf eine Straße der Siedlung konzentriert – Arbeiter, die in mittlere Leitungspositionen aufgestiegen waren (Meister, Aufseher, Vorarbeiter und Steiger), hochqualifizierte Hütten- und Walzwerksarbeiter (Puddler, Schmelzer, Maschinisten, Walzer) und Bergarbeiter. Um 1900 hatte sich diese Trennung nach Betrieben und Straßen verwischt, und der Anteil des mittleren Führungspersonals war etwas abgesunken; ein erheblicher Teil der Meister, Steiger etc. hatte offenbar die Siedlung verlassen; ungelernete und gelernte Arbeiter waren nachgerückt. Das heißt: ungelernete, gelernte und in mittlere Leitungsfunktionen aufgestiegene Arbeiter verschiedener Produktionsbereiche des Konzerns wohnten in den Herrenhäusern in einem qualitativ gleichartigen Wohnumfeld eng zusammen.

Die Werksnähe und die niedrigen Mieten einerseits, die Planung der Werkswohnungsverwaltungen andererseits hatten zu dieser spezifischen Mischung der Wohnbelegschaft geführt. Daß diese Mischung von den Bedürfnissen und der Politik des Werks bestimmt und damit künstlich war, zeigt sich daran, daß das angrenzende

„freie“, durchweg von Angehörigen der GHH-Belegschaft genutzte Arbeiterviertel gar keine Fabrikmeister etc., wohl aber zahlreiche polnische Arbeiter aufwies, die nach einer bis 1918 geltenden Anordnung des Werks nicht zu den Wohnungen der Siedlung Herrenhäuser zugelassen waren.

Gemessen an den für Oberhausen typischen hohen Fluktuationsraten besaßen die Bewohner der Herrenhäuser ein extremes Maß an Orts- und Wohnungsstabilität. Die Werkssiedlungen waren Inseln in einem Meer hoher Arbeitermobilität (vgl. Tabelle 3). Die Analyse der Umzüge aus der Siedlung heraus zeigt im wesentlichen zwei Verhaltensmuster<sup>28</sup>: die Qualität der Werkssiedlung als eine Art besserer Wohnort wird daran erkennbar, daß diejenigen Familien, deren Haupternährer beim Wegzug noch voll arbeitsfähig war, in der Regel nicht mehr in ein Arbeiterviertel, sondern – eine Verbesserung seines Lebensstandards anzeigend – in die zwei stadtnahen, vom Bürgertum bevorzugten Wohngebiete zogen, wo die Mieten wesentlich höher lagen. Diejenigen, die die Siedlung verlassen mußten, Witwen und Invaliden, ließen sich dagegen, den werksgebundenen Charakter dieses Wohnraums noch verstärkend, in den unmittelbar an die Siedlung angrenzenden Straßen des freien Arbeiterviertels nieder.

Die älteren Arbeitersiedlungen der Großbetriebe, die zwar in hohem Maße werkszentriert waren, zugleich aber doch in kontinuierlichen Austauschbeziehungen mit angrenzenden, „freien“ Wohnräumen der Stadt standen, dienten vor allem dazu, den verschiedenen Betriebsabteilungen des Konzerns einen Stamm von qualifizierten, bewährten, orts- und betriebsstabilen, auch politisch zuverlässigen Arbeitern zu sichern, Leistungen für den Betrieb zu prämiieren und durch Kontrollen, gelenkte Erziehung und Vorbildwirkungen (vor allem durch die Meister und Steiger) dem Werk einen Nachwuchs an Stammarbeitern zu garantieren. Ganz anderer Art waren dagegen die Funktionen der Werkssiedlungen vom Typus der Zechenkolonie „Jacobi“.

## 2. Die Siedlung „Jacobi“.

Mit dem Konjunkturaufschwung Mitte der neunziger Jahre teufte die GHH – wie viele andere große Bergbaugesellschaften auch – in den nördlichen Gemeinden des Oberhausener Raums, in Osterfeld und Sterkrade, zahlreiche neue Schächte ab. Bis 1914 war deren Zahl auf fünf angewachsen, und ebenso groß war auch die Zahl der neu erbauten Kolonien. Zeche und Siedlung „Jacobi“ entstanden als letzte zwischen 1912 und 1914. Die, verglichen mit der Siedlung Herrenhäuser, ganz neuartigen Belegungsprinzipien für diese Zechensiedlungen verweisen auf neue Arbeitsmarktstrategien des Konzerns: Die Siedlung „Jacobi“, stadtfrem, im äußersten Norden Oberhausen-Osterfelds gelegen, war nahezu ausschließlich mit Arbeitern besetzt, die aus den ländlichen Gegenden Ostelbiens angeworben waren. Neben dem Ziel der politischen Pazifizierung der Arbeiterschaft lagen diesen Siedlungen vor allem die folgenden ar-

<sup>28</sup> Aus dieser Untersuchung blieben Umzüge von einer Werkssiedlung in die andere ausgeschlossen, weil diese etwas über die Arbeitsplatzmobilität innerhalb des Konzerns, nicht aber über den Wert und die soziale Bedeutung aussagen, die dem Wohnen in dieser Werkssiedlung beigemessen wurden (vgl. dazu genauer *Reif*, Industrialisierung, 438–446).

Tabelle 3: Verweildauer der Wohnbevölkerung Oberhausens 1900–1912

Straße	Haushalte insges.	weniger als 6 Jahre		Verweildauer 6 bis 12 Jahre		Verweildauer über 12 Jahre		Verweildauer über 6 Jahre	
		abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Hüttenstr. (GHH-Siedlung, vorw. Hüttenarbeiter)	76	13	17,1	21	27,6	42	55,3	63	82,9
Königsberger Str. (GHH-Siedlung, vorw. Zechenarbeiter)	52	11	21,2	17	32,7	24	46,2	41	78,9
Knappenstr. (GHH-Siedlung, vorw. Walzwerksarbeiter)	68	-	-	-	-	-	63,0	-	-
Pothmannsweg	72	57	79,2	7	9,7	8	11,1	15	20,8
Nordstr.	203	15,2	87,2	11	6,1	12	6,7	23	12,8
Jahnstr. (Oberh.-Dümpfen)	33	18	54,4	7	21,2	8	24,2	15	45,4
Seilerstr. (Oberh.-Dümpfen)	70	38	54,2	12	17,1	20	28,6	32	45,7
Goethestr.	76	42	71,2	5	8,5	12	20,3	17	28,8
Wilhelmstr.	73	54	74,0	10	13,7	9	12,3	19	26,0
Hermannstr.	55	38	69,1	5	9,1	12	21,8	17	30,9

beitsmarktstrategischen Motive zugrunde: Die neugegründeten großen GHH-Zechen jenseits der Emscher, wie auch die Zechen der nördlich angrenzenden Vestischen Zone des Ruhrgebiets insgesamt, setzten in der Regel von einem Tag zum anderen auf außerordentlich hohem Belegschaftsniveau mit der Förderung ein. Der regionale Arbeitsmarkt wurde infolgedessen durch jede in Förderung gehende Zeche in jeweils eng begrenzten Zeitphasen enorm belastet; die Konkurrenz um Arbeitskräfte zwischen diesen neugegründeten Zechen, vor allem aber zwischen den neuen und alten Zechenregionen, war intensiv. Da der lokale Arbeitsmarkt ausgeschöpft und der regionale überlastet, das heißt durch höhere Löhne und selbst durch gezielte Abwerbungsmaßnahmen nicht mehr derart zu beeinflussen war, daß der Bedarf einer neuen Zeche an Bergarbeitern auch nur annähernd gedeckt werden konnte, war die massenhafte Anwerbung von Arbeitern, die Zusammenstellung einer ganzen Belegschaft gleichsam „mit einem Schlag“, der einzig gangbare Ausweg aus diesem Dilemma.

Die neuen, geschlossenen Werkssiedlungen des nördlichen Ruhrgebiets, reine Bergarbeitersiedlungen, unmittelbar unterhalb der Zechengebäude gelegen, isoliert von älteren ländlichen oder städtischen Siedlungskernen, waren ein Produkt dieser schwierigen Situation. Sie haben ohne Zweifel die Spannungen und Desorganisationserfahrungen, die sich aus der Verpflanzung einer ganzen Generation junger Männer bzw. Familien einer östlichen Agrarlandschaft ins Ruhrgebiet ergaben, in Grenzen und damit auch ökonomische Verluste, z. B. durch schnell wieder zurückkehrende Arbeiter, unter Kontrolle gehalten. Sie hatten aber auch noch eine andere Funktion: Der Bergbau besaß zwar als Einstiegsberuf für die Zuwanderer vom Lande eine große Attraktion; aber erst einmal im Ruhrgebiet angekommen, gerieten die Zuwanderer doch schnell unter den Einfluß der hier konkurrierenden Arbeitsmärkte, und zwar nicht nur des Bergbaus, sondern auch der anderen Industrien dieser Region. Und die Hüttenwerke, die Walzwerke, die Maschinenbauanstalten, aber auch die Städte, in denen diese in der Regel lagen, übten – bei sehr günstigen allgemeinen Verkehrsbedingungen – eine große Anziehungskraft auf die zugewanderten, zumeist jungen Arbeiter aus. Die Produktivität der neu gegründeten großen Zechen, die hohe Kapitalinvestitionen erfordert hatten, war im Grunde nur zu sichern, wenn es gelang, den Arbeitskräftebestand zu kontrollieren und längerfristig zu stabilisieren. Die geschlossene, infrastrukturell sehr aufwendig ausgestattete Siedlung<sup>29</sup> sollte den Attraktivitätsnachteil des Bergbaus gegenüber anderen Industrien des Ruhrgebiets ausgleichen und Sicherheit gegen zu schnelle Abwanderung der Arbeiter bieten. Verheiratete Bergarbeiter wurden bevorzugt angenommen, die Aufnahme von Kostgängern gefördert statt – wie in den Herrenhäusern – verboten. Die Abgeschlossenheit und Homogenität der Wohnbelegschaft stellte den nachwachsenden Kindern den Beruf des Bergmanns auf der Siedlungszeche als selbstverständliche, naturgegebene zukünftige Tätigkeit vor Augen. Der Unterstützung der Eltern, die durchaus auch ein Interesse an der Berufsvererbung auf die Söhne hatten, konnte sich das Werk dabei in erheblichem Maße sicher sein.

<sup>29</sup> Roland Günter spricht in seiner Darstellung der Oberhausener Baudenkmäler, Zeche und Siedlung als ein Ensemble begreifend, von einem „Versailles des Bergbaus“ an der Ruhr [Roland Günter, Die Denkmäler des Rheinlandes: Oberhausen (Düsseldorf 1975) 90].

Die selbstgenügsame, gegenüber konkurrierenden städtischen Arbeitsmärkten abgeschottete Siedlung neuen Typs gewann ihre eigentliche Wirkung erst dadurch, daß sie mit dem Prinzip volkskultureller Homogenität verbunden wurde. Werkssiedlungen wie „Jacobi“, die durchweg mit Arbeitern aus der agrarischen Unterschicht einiger weniger Gutsbezirke oder Dörfer Ostelbiens besetzt waren, boten den angeworbenen Bergarbeitern eine Handlungsalternative zu dem Adaptionmodell, das bisher im Oberhausener Raum vorherrschend war. Sie erlaubten eine weitgehende Übertragung der bisherigen Lebensformen und kulturellen Orientierungen aus der ländlichen Heimat ins Ruhrgebiet; Schutz vor den zumindest teil- und zeitweise äußerst belastenden und desorientierenden Erfahrungen mit einer städtischen, d. h. in ihren Lebensformen, Verhaltensanforderungen und kulturellen Standards außerordentlich heterogenen und fremden Umwelt; Minimierung der Erfahrung sozialer Ungleichheit und Deprivation; Vermeidung von Anpassungszwängen, aber auch von Anpassungsherausforderungen, die von der mehr oder weniger gemischten Wohnbevölkerung der Stadt ausgingen; kurz: eine relativ spannungsfreie, konfliktlose Einordnung in die neue Umgebung ohne die Notwendigkeit, sich umfassend zu assimilieren.

Die sozialen und kulturellen Konsequenzen dieser künstlichen Wohnlandschaften waren aber ebenso schwerwiegend: Aufgrund ihrer volkskulturellen, sozialen und ökonomischen Homogenität, einheitlicher Arbeitserfahrungen, identischer Wohn- und Konsummuster, Generations- und Rollenerfahrungen gewann die Belegschaft solcher Siedlungen eine wesentlich höhere Klassenuniformität, nicht zuletzt auch ein wesentlich höheres Maß an intergenerationaler Klassenreproduktion als die Bewohner der alten Werkssiedlungen, erst recht aber der freien Arbeiterviertel des Werks in der Stadt Oberhausen. Die sozialen und kulturellen Barrieren, die derjenige Sohn einer ostelbischen Bergarbeiterfamilie zu überwinden hatte, der eine solche volkskulturelle „Insel“ zu verlassen suchte, waren wesentlich höher als im Fall der eher durch Selbstorganisation entstandenen „polnischen Enklaven“ des Oberhausener Stadtgebietes, die als ostelbisch geprägte Einstiegsbereiche in die Stadt einerseits Stabilisierung in der Zuwanderungsphase boten, andererseits aber auch als ein Sprungbrett in weitere, nicht mehr volkskulturell geprägte Wohngebiete fungierten<sup>30</sup>.

Die Spannungen, die sich aus der eindimensionalen Fixierung der geschlossenen Arbeitersiedlungen auf das Werk, aber auch aus der Schwierigkeit, sich aus der Siedlung zu lösen, insbesondere bei jüngeren Arbeitern ergaben, lassen sich z. B. an der hohen Streik- und Gewaltbereitschaft dieser Siedlungsbewohner ablesen<sup>31</sup>.

Neben der Binnenwirkung der Werkssiedlungen neuen Typs ist für die Analyse des Klassenbildungsprozesses aber auch ein Außenaspekt dieser Siedlungsform bedeutsam: Hier versammelte sich eine homogene Wohnbelegschaft, deren Alltagskultur der

<sup>30</sup> Zur Wirkungsweise solcher Enklaven z. B. in Bottrop vgl. *Richard Murphy*, Gastarbeiter im Deutschen Reich. Polen in Bottrop 1891–1933 (Wuppertal 1982) 129–139.

<sup>31</sup> Ein exemplarisches Beispiel hierzu bieten die sogenannten „Herner Krawalle“ von 1899; vgl. *Franz Brüggemeier*, *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889–1919* (München 1983) 202–211, und *Klaus Tenfelde*, Die „Krawalle von Herne“ im Jahre 1899, in: *IWK* 15 (1979) 71–104.

bisher im Ruhrgebiet versammelten Arbeiterbevölkerung fremd war, in einem deutlich von den umliegenden Wohngegenden abgehobenen Raum. Die räumliche Distanzierung machte die Andersartigkeit dieses Teils der Arbeiterschaft stärker sichtbar und intensiver erfahrbar. Je später, desto stärker wurden sie als räumlich verfestigte, volkskulturell akzentuierte Unterschichtung der älteren Arbeiterschaft an der Ruhr wahrgenommen. Damit haben diese geschlossenen Werkssiedlungen nördlich der Emscher zur langfristigen Abwertung des Wohnens in der „Kolonie“ und wohl auch nicht unerheblich dazu beigetragen, daß seit den neunziger Jahren die Bereitschaft der Oberhausener Arbeiterschaft, zuwandernde „Polen“ relativ spannungslos zu integrieren, Schritt für Schritt zurückging<sup>32</sup>.

Unter der Perspektive sozialer Klassenbildung begründeten Bergarbeitersiedlungen wie „Jacobi“ eine volkskulturell und industriespezifisch geprägte, sich langfristig verfestigende Fraktion innerhalb der Oberhausener Arbeiterschaft, die nur schwer aufzulösen und zu assimilieren war<sup>33</sup>.

Dagegen begründeten Werkssiedlungen älteren Typs wie die Herrenhäuser eher eine umfassende, konzernbezogene, verschiedene Industriebereiche und Qualifikationsgrade übergreifende Arbeiteraristokratie, die sich in ihrem Verhalten und in ihren Orientierungen zwar auch deutlich von den anderen Arbeitervierteln absetzte, aber doch auf zahlreichen institutionellen (z. B. Kirchen, Stadtverwaltung, städtische Dienstleistungsbetriebe) und sozialen Ebenen (Verwandtschaft, Geselligkeit, Nachbarschaftskontakte über die engere Siedlung hinaus) mit diesen verbunden blieb.

### 3. Die Reichstagswahlergebnisse in den Siedlungen „Herrenhäuser“ und „Jacobi“.

An Tabelle 4 lassen sich die wichtigsten (wahl-) politischen Konsequenzen dieser beiden verschiedenen, räumlich gebundenen sozialen Klassenbildungsprozesse ablesen. Auf die partiell unterschiedlichen Arbeitserfahrungen der jeweiligen Siedlungsbewegschaften lassen sich diese stark voneinander abweichenden Wahlmuster wohl schwerlich allein zurückführen. Ganz wesentlich trugen auch Erfahrungen und Orientierungen, die vom jeweiligen Wohnraum ausgingen, zu diesen Unterschieden bei. Zunächst läßt sich einmal feststellen, daß das Wahlverhalten der Siedlung „Herrenhäuser“ nur sehr wenig, das der Siedlung „Jacobi“ dagegen massiv vom städtischen Durchschnitt abwich; und die Bewohner der Herrenhäuser waren darüber hinaus in den zwanziger Jahren schon wesentlich stärker in stabile parteipolitische Lager einge-

<sup>32</sup> Zahlreiche Belege für diese Abwertung und soziale Distanzierung einer Siedlungsbevölkerung noch in den 50er Jahren unseres Jahrhunderts bietet die Studie von *Helmut Croon* und *Karl Utermann*, Zeche und Gemeinde. Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet (Tübingen 1958).

<sup>33</sup> Die Analogie zwischen den neuen Arbeitersiedlungen wie Jacobi und der GHH-Managersiedlung Grafenbusch ist augenfällig. Auch diese verfestigte durch räumliche Distanzierung eine Klassenfraktion, und zwar innerhalb des Bürgertums. Die Klassenerfahrungen des Arbeitsplatzes gewannen durch dieses Gegenüber von Arbeitersiedlungen neuen Typs und Managersiedlung ganz unmittelbar eine wohnräumliche Dimension hinzu, was sehr wahrscheinlich zu einer Intensivierung dieser Erfahrungen führte.

*Table 4: Reichstagswahlergebnisse in den GHH-Siedlungen „Herrenhäuser“ und Jacobi“ (in % der abgegebenen Stimmen)*

1. Siedlung „Herrenhäuser“	VSB bzw. NSDAP	DNVP	DDP	DVP	Zentrum	SPD	Polen	USPD	KPD	andere
1924, I*	1,3	10,7	3,8	9,6	32,8	12,0	2,6	0,5	25,0	1,7
1930	17,7	5,8	-	9,5	34,0	11,7	1,0	-	10,5	9,8
2. Siedlung „Jacobi“										
1924, I	2,5	5,7	0,8	9,1	25,1	13,7	2,1	2,8	31,9	6,3
1930	13,1	12,5	-	6,7	16,8	6,1	1,4	-	37,9	5,5

\* 1924, I = erste Reichstagswahl des Jahres 1924 (4. Mai 1924)

bunden als die Wohnbelegschaft der (weitaus jüngeren) „Jacobi-Siedlung“, die in ihren parteipolitischen Präferenzen weitaus flexibler zu sein schien.

In den *Herrenhäusern* blieb – wie in den meisten Vierteln der Stadt – das Zentrum als politisches Lager der Mitte langfristig stabil; jeder dritte Arbeiter wählte das Zentrum. Diese schon vor dem Ersten Weltkrieg wirksamen Loyalitäten gründeten auf den positiven Erfahrungen mit der katholischen Kirche, die dem zuwandernden Arbeiter ein kompaktes Akkulturations- und Integrationsangebot offerierte, das von der zeitlichen Regelung des Alltags durch gewohnte religiös-kirchliche Organisations- und Verhaltensmuster bis zur Kapitalismus- und Unternehmerkritik der katholischen Soziallehre, von der Einordnung in die Pfarrgemeinschaft und ein umfassendes katholisches Vereinswesen bis zur Christlichen Gewerkschaft und zum Zentrum, kurz: vom Wohn- und Arbeitsalltag bis zur Politik reichte<sup>34</sup>. Und weil die katholische Kirche nicht nur in einer langjährigen kritischen Distanz zum politischen Liberalismus und individualistischen Fortschrittsenthusiasmus, sondern auch zu protestantischem Staat und nationaler Bewegung stand, war die Wahl des Zentrums – zumal in diesem Wohnbereich, der unter dem unmittelbaren Einfluß des größten, ganz überwiegend von Protestanten geleiteten Konzerns im Oberhausener Raum stand – auch nach 1918 noch ein Akt des Protestes gegen Großindustrie und Staat und damit ein Weg, Klassenerfahrungen zu artikulieren.

Der bürgerliche Parteienblock rechts des Zentrums erzielte 1924 24,3% der Stimmen und damit nur ein Geringes weniger als die DNVP 1912 (32,2%). Nur in den beiden innerstädtischen Wohnvierteln des gehobenen Bürgertums gab es vor und nach dem Ersten Weltkrieg höhere Stimmenanteile für die bürgerlichen Parteien. Die Bindung von Meistern, Vorarbeitern und Stamarbeitern an den „rechten Nationalliberalismus“ (Rohe)<sup>35</sup> der Vorkriegszeit gründete also keineswegs – wie es vor allem die Forschungen zur Werksvereinsbewegung stark betont haben – auf zeitlich begrenztem Opportunismus, sondern auf relativ langfristig stabilen Überzeugungen. Diese waren – ganz analog zur Erfahrung der Zentrumswähler mit der katholischen Kirche – Ausdruck positiver Leistungen des Unterstützungs- und Orientierungssystems, in welches Konzern und evangelische Kirche, Betriebs- und Pfarrgemeinschaft den seßhaften und betriebsfesten, auch stark abgesicherten und aufstiegsorientierten evangelischen Arbeiter eingebunden hatten, ohne dabei allerdings eine ähnlich intensive und ideologisch schlüssige Verknüpfung aller Handlungs- und Erfahrungsbereiche zu gewährleisten. Die Wahl einer bürgerlichen Partei bot diesem evangelischen Teil der Herren-

<sup>34</sup> Vgl. hierzu *Rohe*, Vom alten Revier, 33 und 100; grundlegend zum Problem der milieuhafte verdichteten Lager im deutschen Parteiensystem des 19. und 20. Jahrhunderts und zur besonderen Stabilität der Zentrumswählerschaft: *Rainer Lepsius*, Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), Die deutschen Parteien vor 1918 (Köln 1973) 56–80, 68 f.

<sup>35</sup> Die Nationalliberalen im Ruhrgebiet vermittelten der Bevölkerung eher nationale als liberale Orientierungen; insofern vertraten sie einen „rechten“ Nationalliberalismus [vgl. *Karl Rohe*, Regionalkultur, regionale Identität und Regionalismus im Ruhrgebiet. Empirische Sachverhalte und theoretische Überlegungen, in: *Wolfgang Lipp* (Hrsg.), Industriegesellschaft und Regionalkultur (München 1984) 123–153, 137].

häuser-Belegschaft zwar die Möglichkeit, Modernität, Leistungsbewußtsein und Zugehörigkeit zur herrschenden Kultur auszudrücken; aber die Ungleichheitserfahrungen, die vom Arbeitsplatz und vom städtischen Raum, insbesondere von der fortschreitenden Distanzierung des Bürgertums vom Arbeiter und der ungleichen Verteilung städtischer Dienstleistungen ausgingen, ließen sich über die Deutungen dieser oder einer anderen bürgerlichen Partei auf Dauer nicht angemessen artikulieren. Diese mangelnde Geschlossenheit und innere Widersprüchlichkeit des evangelisch-werksgebundenen Arbeitermilieus erklärt auch die nachlassende Integrationskraft des bürgerlichen Parteienblocks in den Herrenhäusern während der zwanziger Jahre (1924 – 24,3%, 1930 – 17,6%); nur das DVP-Wählerreservoir – wahrscheinlich Meister, Steiger und Vorarbeiter – hatte Qualitäten eines politischen Milieus und Lagers gewonnen. Die anderen „liberalen“ und nationalen Arbeiterwähler, durch die Wirtschaftskrisen in ihrem Aufstieg zu bürgerlicher Lebensweise empfindlich gestört, wandten sich seit 1929/30 der NSDAP zu.

Die Wählerquoten und die Wählerverlagerungen im linken Parteienblock zeigen, daß allein die SPD Qualitäten eines politischen Lagers, und zwar eines Minderheitenlagers, das der DVP auf der rechten Seite des Parteienspektrums entsprach, gewann. Die starke Schrumpfung des linken Lagers im Laufe der zwanziger Jahre (1924 – 40,1%; 1930 – 23,2%) ging im wesentlichen auf Kosten der KPD, die ganz offenbar 1930 nicht mehr in der Lage war, die linken Protestwähler, die sich zuvor schon von der SPD abgekehrt hatten, fernerhin zu integrieren, so daß deren weitgehend unpolitische, in der aktuellen Krisenlage begründete Protestbereitschaft, auf der Suche nach einem neuen Medium, der NSDAP zugute kam.

Die *Siedlung „Jacobi“* zeigt hinsichtlich der Parteiblöcke, der internen Lagerbildungen und der Wählerbewegungen ein ganz anderes Wahlmuster, das sich zum einen auf die eigene Zeitlichkeit (wesentlich spätere Gründung, kaum parteipolitische Traditionen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg), zum anderen auf die ganz anders gelagerten sozialen Klassenbildungsprozesse und Klassenerfahrungen in dieser Siedlung beziehen läßt. Das Arbeitsmarktkalkül, das dieser Siedlung zugrunde lag, ging auf; die politischen Disziplinierungs- und Lenkungshoffnungen des GHH-Managements scheiterten. Die Wählerquoten, die die KPD in der „Jacobi-Siedlung“ erreichten, gehörten zu den höchsten des Oberhausener Raums insgesamt. Der linke Parteiblock blieb auf relativ hohem Niveau stabil (1924 – 50,8%; 1930 – 45,4%); die Partei der Mitte, das Zentrum, lag deutlich und dauerhaft unter dem städtischen Durchschnitt und auch unter dem Ergebnis der Herrenhäuser; und sie schrumpfte darüber hinaus bis 1930 noch einmal drastisch, ein für den Raum Oberhausen untypischer Vorgang.

Der rechte Parteienblock, wesentlich schwächer als der linke, setzte – gemessen am städtischen Durchschnitt und am Ergebnis der Herrenhäuser – zwar auf relativ niedrigem Niveau ein, zeigte aber dann – ebenfalls im Unterschied zum städtischen Trend – eine leicht steigende Tendenz (1924 – 15,6%; 1930 – 22,2%).

Die einzige Partei, die offenbar im Laufe der kurzen Siedlungsgeschichte Züge eines stabilen, lebensweltlich gegründeten politischen Lagers gewann, war die KPD; das ist ein Befund, der in deutlichem Kontrast zu der These steht, diese Partei habe in der

Weimarer Republik in großem Umfang stets nur Protestwähler, nicht aber Stammwähler anzuziehen und an sich zu binden vermocht. Die alten Parteien, die aufgrund ihrer Vorkriegstradition in den anderen Wohngebieten der Stadt am ehesten Züge der Lagerbildung zeigten, Zentrum, SPD, DNVP, blieben in dieser neuen Siedlung auffällig instabil. Ihre Deutungs- und Integrationsangebote trafen offenbar die Erfahrungs- und Bedürfnislagen der hier versammelten Wohnbelegschaft nur sehr begrenzt. Der relativ sichere Arbeitsplatz auf dieser modernen Zechenanlage reichte hier ebensowenig aus, eine Bindung an bürgerliche Parteien zu begründen, wie die günstige betriebliche Sozialpolitik. Beides wurde eher als Teil des Lohnarbeitsverhältnisses, nicht aber als hervorragende Leistung einer um Fürsorge, Rat und Orientierungshilfe bemühten betrieblichen „Wohlfahrtspolitik“ aufgefaßt. Da wegen der räumlichen Distanz von der städtischen Umgebung, von städtischen Verhaltens-, Organisations- und Verteilungsmustern keine Erfahrungen ausgingen, die die Ungleichheitserfahrungen des Arbeitsplatzes überlagerten, das marxistische Deutungsmuster von Gesellschaft und Politik, das eine starke Entsprechung in der sozialen Realität aufwies, irritierten bzw. durch eine Alternative tiefgreifend in Frage stellten, setzten sich die negativen Arbeitsplatzenerfahrungen dieser Bergarbeiter, über den Wohnbereich noch einmal massiv verstärkt, in eine feste Bindung an die KPD um, die diese Erfahrungen offenbar am schlüssigsten zu artikulieren und zu deuten verstand. Ökonomische und soziale Klassenbildung erweiterten sich in dieser Siedlung fast ungebrochen zu politischer Klassenbildung. Die Überzeugungsstärke der KPD begrenzte hier schließlich auch – in deutlichem Unterschied zu den Herrenhäusern – die Wahlerfolge der NSDAP, die aus dem großen linken Lager keine Stimme erhielt. Die SPD-Wähler, die bis 1930 ihre Parteipräferenz änderten, wechselten zur KPD. Aus welchen Wählerreservoirien jenseits mobilisierter Nicht-Wähler die VSB/NSDAP ihren bis 1930 relativ geringen Zugewinn an Stimmen (10,6%) erhielt, ob sie die Steiger und kleinen bis mittleren Beamten, die vor der Siedlung wohnten, anzog oder aber Bergarbeiter, die sich entsäuscht vom Zentrum abkehrten, ist angesichts des instabilen Wählerverhaltens in der Mitte und im rechten Parteienspektrum nur schwer zu bestimmen.

Der Wohnraum konnte den sozialen Klassenbildungsprozeß stützen oder behindern, dissoziieren oder konzentrieren, klarer hervortreten lassen oder unsichtbar machen. Und von ihm gingen darüber hinaus – so die hier vertretene und an einem Beispiel exemplifizierte These – Wirkungen aus, welche parteipolitische Bindungen der Arbeiter tiefgreifend konstituieren, aber auch auflösen konnten. Und das Spektrum der Parteien war offenbar so breit, daß es in der Lage war, die unterschiedlichen Klassenerfahrungen des Arbeiters angemessen und dauerhaft zu artikulieren<sup>36</sup>.

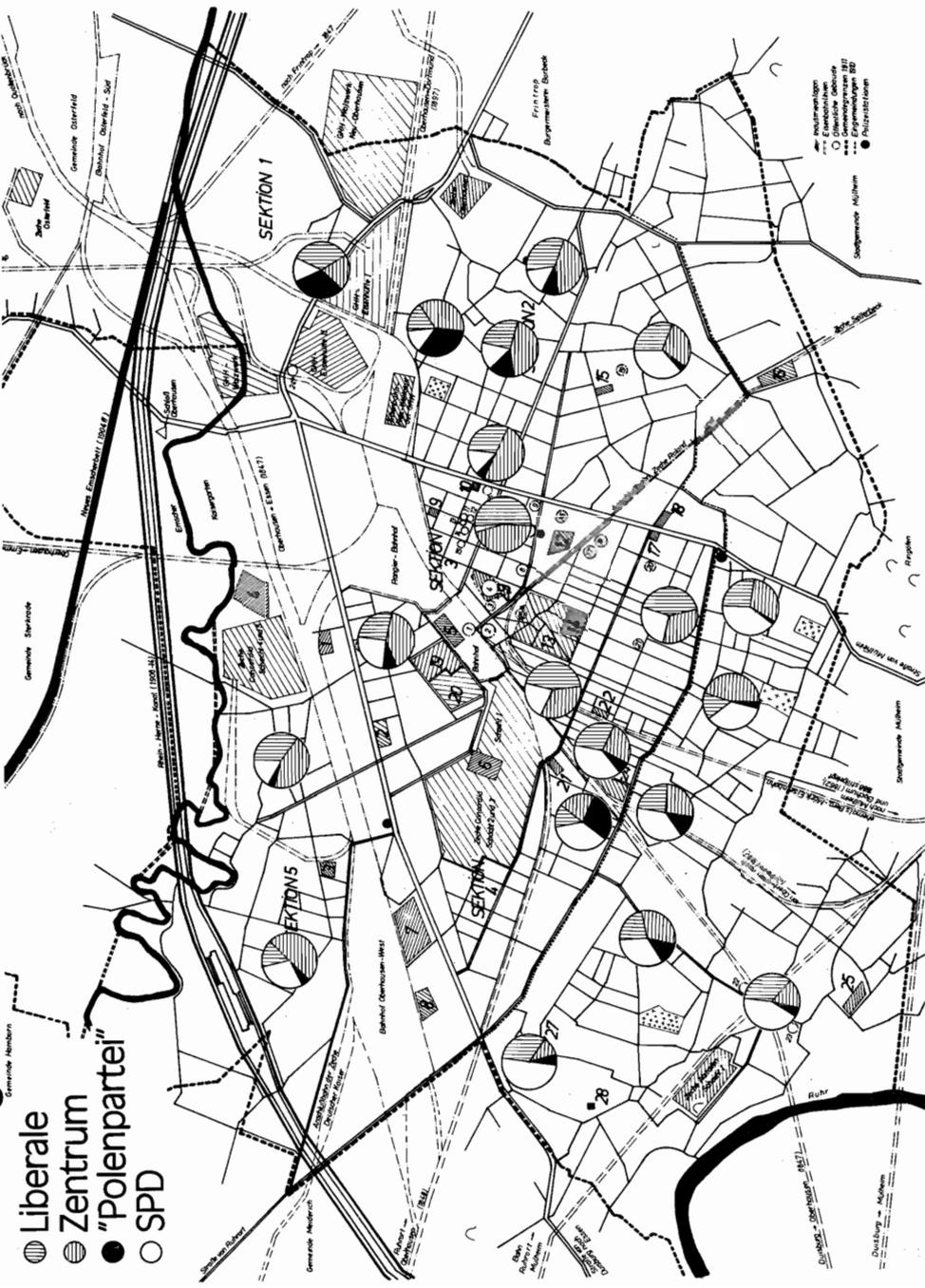
<sup>36</sup> Eine jüngere Untersuchung, vorwiegend auf Interviews mit noch lebenden Zeitgenossen gegründet, kommt gerade in dieser Frage zu einer gegenteiligen Einschätzung: Die Erfahrungen der verschiedenen Arbeiterviertel hätten sich nicht in stabile parteipolitische Bindungen umgesetzt. Die Parteien und ihre Zielsetzungen – so wird insbesondere für die SPD argumentiert – hätten gleichsam quer zur Logik dieser Arbeiterviertel gelegen, die wichtigsten alltäglichen Problem- und Erfahrungslagen der Arbeiter verfehlt, infolgedessen in diesen lokal gebundenen Lebenswelten nur an der Oberfläche Fuß fassen können. Nicht eine milieuhaft gegründete Bin-

In der Zuwandererlandschaft Ruhrgebiet kam den mental und sozial gegründeten Bedürfnis- und Problemlagen der Arbeiterklasse *neben* den materiellen eine besondere Bedeutung zu. Und weil die Antworten auf diese Problemlagen – nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher Interventionsleistungen und -ebenen des Bürgertums – sehr vielfältig waren und vorwiegend im Lebensbereich jenseits der Fabrikttore gesucht, angeboten und gefunden wurden, blieb auch die soziale und politische Identität der Arbeiter an der Ruhr, in unserem Fall der Arbeiter im Raum Oberhausen, von beidem – Vielfalt und wohnräumlicher Eigenart – entscheidend geprägt. Die sozialräumlich differenzierende Wahlanalyse konnte in zwei Fällen die Erfahrungssubstrate, die den Weg in eine stabile Wahlloyalität gegenüber einer Partei wiesen, genauer herausarbeiten. Dabei wurde deutlich, daß Unterschiede des sozialen Klassenbildungsprozesses die politische Orientierung des Arbeiters ganz grundlegend mitbestimmt haben. Die Verankerung von SPD und KPD in den Lebenswelten der Arbeiter erfolgte zwar nicht auf beliebigen, aber doch – mit sehr unterschiedlichem Erfolg – auf mehreren Wegen, und im Ruhrgebiet waren diese Wege in den seltensten Fällen die ganz geraden und kürzesten.

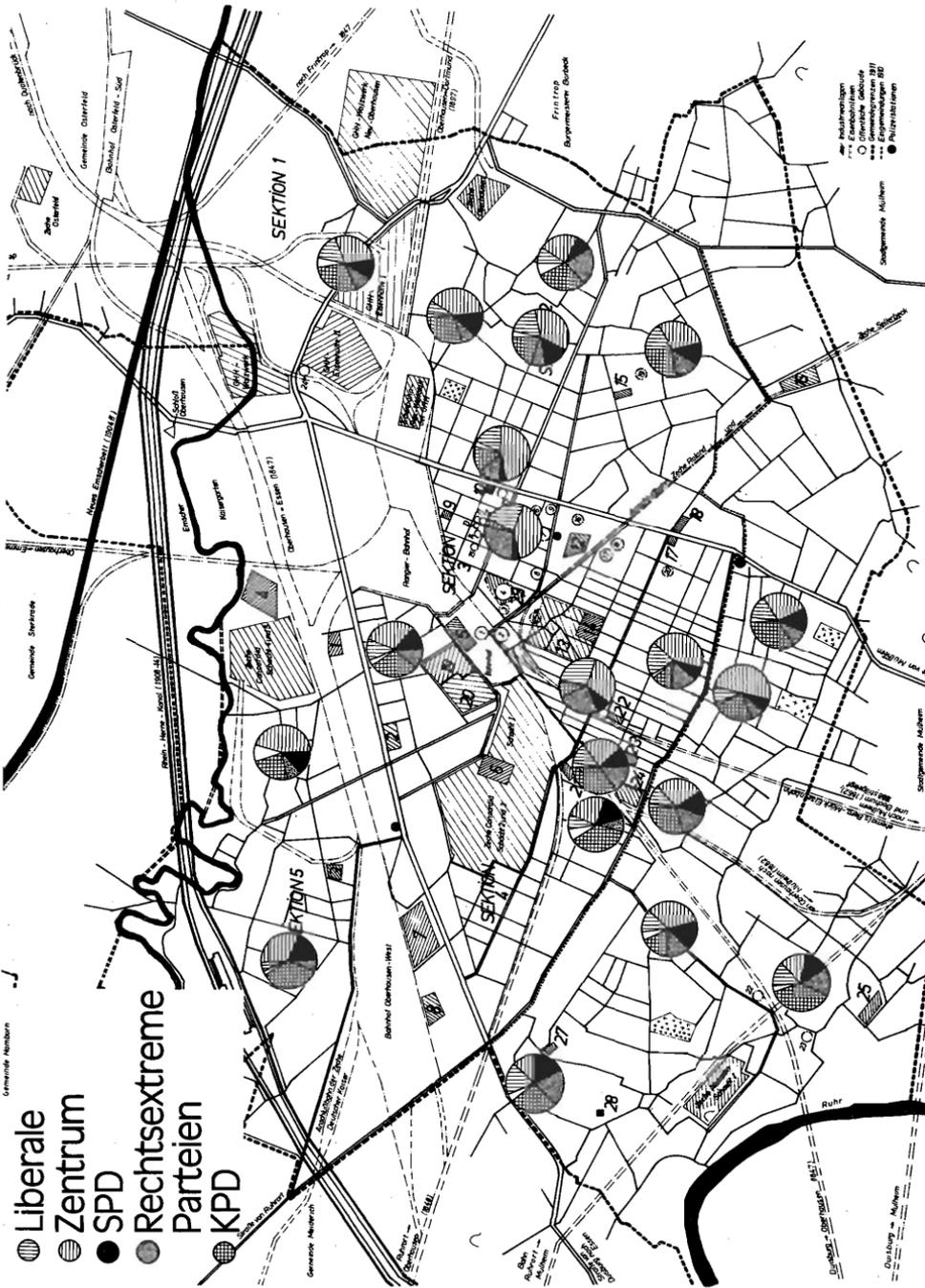
dung, sondern eine eher instrumentelle Handlungsorientierung habe das Verhältnis dieser Arbeiter zu den politischen Parteien geprägt [vgl. *Alexander von Plato*, „Ich bin mit allen gut ausgekommen“. Oder: War die Ruhrarbeiterschaft vor 1933 in politische Lager zerspalten? in: *Lutz Niethammer* (Hrsg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“. Faschismus-Erfahrungen im Ruhrgebiet (Berlin 1983) 31–66]. Es ist sicher richtig, daß gerade die SPD, eng an Arbeitsplatzproblemen, bewegungsspezifischen Zielen und den Interessen ihrer vorwiegend jungen Mitgliederschaft orientiert, wichtige Problemlagen des Ruhrgebietsarbeiters, z. B. die neuartige Altersproblematik, lange Zeit nicht angemessen wahrgenommen hat. Andererseits sind die geselligen, aufklärenden und unterstützenden Funktionen und Leistungen des sozialdemokratischen Vereins- und Kassenwesens auch im Ruhrgebiet von nicht zu unterschätzender Bedeutung und – legt man das hier analysierte Wahlverhalten unterschiedlicher Arbeiterviertel zugrunde – politisch doch so erfolgreich gewesen, daß sie in einigen dieser Viertel durchaus langfristige, stabile Bindungen an die Partei zu begründen vermochten.



# Reichstagswahl in Oberhausen 1912



# Reichstagswahl in Oberhausen 1924



- Liberaler
- ▨ Zentrum
- SPD
- ▤ Rechtsextreme Parteien
- ▩ KPD

- Freiwahlbezirk
- Gemeinde gebildet
- Ergänzungswahlbezirk (1924)
- Polizeiort

## Kommentar

*Pierre Ayçoberry*

### Bürgerliche Einflüsse und Arbeiterkultur in Frankreich

Im Anschluß an die Referate von Anna Zarnowska und Heinz Reif möchte ich mit einigen Bemerkungen über das Problem: Arbeiterkultur zwischen Volkskultur und bürgerlicher Kultur zur Diskussion beitragen – ausschließlich der Arbeitskultur, aber einschließlich der politischen Kultur. Dabei stütze ich mich auf die Ergebnisse der französischen Forschung, wie sie in der *Histoire culturelle de la France* von Maurice Crubellier (1974) und in der vor kurzem erschienenen, von Yves Lequin herausgegebenen *Histoire des Français* (1984) zusammengefaßt wurden.

1. *Arbeitersiedlungen* unter unmittelbarem Einfluß der Unternehmer wurden auch in Frankreich häufig gegründet, zum Zweck der Stabilisierung, Erziehung bzw. Absonderung einer entwurzelten, teils gemischten, teils besonderen (Facharbeiter, Mädchen, Ausländer ...) Arbeitskraft. In dieser Hinsicht sind Fälle bei Michelin (Clermont-Ferrand), Schneider (Le Creusot), de Wendel, de Dietrich (Lothringen) und bei Textilindustriellen (Mühlhausen i. E.) gut bekannt. Eine solche Kolonie (Bergarbeiter in Béthune) hat Philippe Ariès mit dem ethnologischen Begriff „Isolat“ beschrieben – d. h. abgesonderte Gesellschaft. Ein von Lequin zitierter, aber nicht genannter Soziologe hat sogar von „Menschengestützen“ gesprochen, weil die Geburtenziffer, wenn sie sich nicht spontan nach alter bäuerlicher Tradition hoch hielt, durch Zuschüsse u. ä. mehr künstlich erhöht wurde. Nach derselben Richtung weisend, wagte es der Mediävist Georges Duby, die Fabrikstadt Le Creusot mit einer „karolingischen Villa“ zu vergleichen. Leider ist mir keine historische Arbeit bekannt, die die politische Wirkungskraft dieser Maßnahmen, d. h. das Wählerverhalten der Insassen, untersucht hätte. Trotzdem dürfen wir deren häufige Ausflüge in außerbetriebliche Kneipen sowie die schlecht geordneten Hinterhöfe als Zeichen (so Lequin) einer unleugbaren Neigung zur Flucht interpretieren. Auf die großen Streiks in Le Creusot (1869) kann auch hingewiesen werden. Die große Zahl solcher Unternehmerstädte (etwa 40 von 1870 bis zum Ersten Weltkrieg) sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich um Treibhausexperimente handelte, so daß aus diesen Untersuchungen keine Schlüsse auf einen allgemeinen Klassenbildungs- bzw. Klassenaufhebungsprozeß gezogen werden können. Was zuletzt die Gewinn- und Verlustrechnung angeht, so haben diese Absonderungsstrategien der Unternehmer zweifellos die Seßhaftigkeit ihrer Arbeiter gefestigt, andererseits aber dadurch, daß sie Arbeitskraft lokal banden, zur Erstarrung der industriellen Struktur Frankreichs beigetragen.

## 2. Die Volksschule als bürgerliches Integrationsmittel?

Es ist heute nachgewiesen, daß die Volksschule der dritten Republik, wie sie aus den berühmten Gesetzen der achtziger Jahre entstand, nur sekundär den Kampf gegen das Analphabetentum (der schon Ende des 18. Jahrhunderts wenigstens im Norden und Osten erfolgreich geführt worden war), hauptsächlich aber die nationale Integration zum Ziel hatte. Inwieweit darf man hier von einem bürgerlichen Kulturideal sprechen? Zwar waren Glauben an die Wissenschaft, fortschrittliche Geschichtsphilosophie und Ermunterung zum individuellen Aufstieg Teile der Weltanschauung jener Schichten, die Gambetta „les couches nouvelles“ nannte und die sich trefflich als bürgerlich bezeichnen lassen. Trotzdem soll die triumphierende These einer gelungenen „Verfranzösisierung“ (Eugene Weber) der Volksmassen nur mit Vorbehalt angenommen werden. Denn einerseits war die von der Schule eingehämmerte Hochsprache weder volkstümlich noch gutbürgerlich-kultiviert, sondern künstlich, „ebenso entfremdend wie integrierend“ (Weber). Andererseits pries die von den Lehrern verbreitete Sittenlehre ländliche Lebensweise und Furcht vor der Modernität, konnte also nicht zur reibungslosen Integration der Arbeiterkinder in die städtische Gesellschaft beitragen. Darüber hinaus waren die Ansätze zu einer echt proletarischen Kultur, wie sie z. B. in den „Bourses du Travail“ und dem dort an den Tag gelegten Bemühen, dem Arbeiter die „Wissenschaft seiner Not“ (Pelloutier) beizubringen, zum Ausdruck kamen, absichtlich gegen den offiziellen Unterricht gerichtet, den die Gewerkschaftsführer nicht so sehr als bürgerlich, denn als „abstrakt, wertlos und doktrinär“ verdamnten.

## 3. Die Republik als Ideal und enttäuschende Wirklichkeit

Seit 1830 hatten sich die Arbeiter stets als die besten Republikaner vorgestellt. Z. B. galt der Aufstand der Commune von 1871 unter seinen Anhängern als verzweifelter Kampf für „la Sociale“ gegen Preußentum und einheimischen Konservatismus. Nach der Amnestie, die 1880 die Deportierten und Flüchtlinge zurückkommen ließ, herrschte zuerst eine gewisse Übereinstimmung zwischen der wiederauflebenden Arbeiterbewegung und den republikanischen Politikern opportunistischer Prägung; Streiks wurden nicht mehr oder kaum unterdrückt, und man konnte einen mäßigen Optimismus in den gewerkschaftlichen Kreisen feststellen. Nur das Gesetz von 1884, das die Freiheit der beruflichen Organisationen mit vielen Einschränkungen begrenzte, wurde sehr ungünstig aufgenommen. Anfang der neunziger Jahre kam der Bruch, nachdem die republikanische Rechte an die Macht gekommen war, die vor repressiven Maßnahmen nicht zurückschreckte. Wiederum fühlten sich die meisten Arbeiter aus der nationalen Gemeinschaft ausgestoßen. Symptomatisch dafür waren a) der große Erfolg Boulangers in einigen Arbeiterstadtteilen (z. B. Saint-Denis) und b) die Zurückhaltung der Arbeiter gelegentlich der Dreyfusaffäre, die sie als rein bürgerliche Angelegenheit betrachteten. Daß die Republik als staatliche Einrichtung keinen Stellenwert in ihrer Weltanschauung mehr besaß, wurde ausdrücklich von der syndikalistischen Richtung behauptet, die bis 1910 die CGT beherrschte. Daß aber mancher gemäßigte Politiker noch das Vertrauen der Arbeiter besaß, das bewies deren Verhalten in Lyon und Saint-Etienne anlässlich der Wahlen zu den Gemeinderäten oder auch zum Abgeordnetenhaus. War ein heftiger Antimilitarismus in diesen Kreisen

weit verbreitet, so muß man ihn nicht mit einer Verachtung der Republik als Vaterland verwechseln.

#### 4. Anfänge einer proletarischen Subkultur?

Während das Streben nach der „Wissenshaft ihrer Not“ einer Elite vorbehalten war, paßte sich nach und nach die Mehrheit der vom Lande eingewanderten Arbeiter der städtischen Lebensweise an. Dieser Angleichungsprozeß wird von Maurice Crubellier in drei Phasen untergliedert: a) Fortbestand der alten städtischen *und* bäuerlichen Traditionen, worüber unzählige Sing-, Tanz-, Fest- und Anglervereine wachten; hier wurde Dialekt gesprochen, auch wenn sich die Nachbarn darüber mokierten. b) Dekulturation, wie im Paris der vierziger und fünfziger Jahre bei den „classes dangereuses“ (Louis Chevallier). c) Erfindung einer neuen Geselligkeit in den von bürgerlichen Kritikern so genannten „Arbeitersalons“, d. h. den Kneipen, die weniger als Höllen der Trinksucht (Zola) denn als Orte der Angleichung fungierten.

Heute läßt sich schwer bestimmen, ob diese gemischte Kultur das Klassenbewußtsein befestigte oder umgekehrt die bestehende Sozialordnung. Auf zwei Untersuchungen sei hier verwiesen, die eher die Anpassungshypothese erhärten. In der Gegend um Lille hat Pierre Pierrard mehr als 600 Volkslieder aus den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren gesammelt, unter denen nur eine kleine Minderheit sich mit den alltäglichen Problemen des Arbeiterlebens (Elend, Krankheit) befaßt, die übrigen aber Idyllen oder Anekdoten erzählen. Daß dieses Fluchtbedürfnis zwanzig Jahre später von klugen Presseunternehmern geschickt befriedigt wurde, hat M. Crubellier durch eine Inhaltsanalyse der illustrierten Beihefte zum *Petit Journal* bewiesen, wo alte, aus der Kolportage-Literatur bekannte Themen, wie Verbrechen, Unfälle, Katastrophen, durch raffinierte Darstellungstechniken (Photos, Schlagzeilen) zur Geltung gebracht werden. Um diese Zeit erklärte unumwunden die Firma Pathé auf einem Plakat: „Le cinéma, c'est la distraction de l'humble et de l'ouvrier.“ Es bleibt ein Desiderat der Forschung, den Einfluß dieser auf den „kleinen Mann und Arbeiter“ gerichteten Verlockungsstrategie näher zu bestimmen, die gewiß den Klassenkampf in Frankreich nicht gemildert, aber vielleicht zur Schwäche der Arbeiterbewegung beigetragen hat.

*Patrick Fridenson*

## Die Arbeiterpolitik großer Unternehmen in Frankreich und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterschaft 1880–1914\*

### *Einleitung*

Wann spricht man um die Jahrhundertwende von einem Großunternehmen in Frankreich? Diese Frage ist immer noch ungeklärt! In nachfolgender Untersuchung wird dieses Problem rein quantitativ gelöst, und zwar in Anlehnung an die Definition von Jürgen Kocka anhand der Belegschaftsgröße. Seiner Meinung nach kann man bei Tausend und mehr Arbeitnehmern von einem Großunternehmen sprechen<sup>1</sup>. Wie hoch ist jedoch die Bedeutung dieser Großunternehmen für die französische Wirtschaft zu veranschlagen, insbesondere angesichts deren allgemein bekannter dualistischer Struktur? Darüber gibt der Zensus von 1906 gewisse Auskunft<sup>2</sup>. So gab es im Industriesektor 189 Fabriken, deren Belegschaft mehr als 1000 Personen umfaßte. Diese Fabriken allein beschäftigten 436 000 Personen, d.h. insgesamt 11,8% der abhängig Beschäftigten. Von diesen Unternehmen gehörten 44 der Textil-, 43 dem Bergbau und 23 der metallverarbeitenden Branche an. Neben den Industrieunternehmen waren Eisenbahngesellschaften, Banken und Kaufhäuser unter den Großunternehmen. Nachfolgende Liste (auf Seite 186) gibt einen ersten Überblick über die größten französischen Unternehmen vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Insgesamt lassen sich zwei Evolutionsprozesse ausmachen. So war die erste Generation von Großunternehmen relativ klein. Während der großen Depression entließen viele Großunternehmen einen Teil ihrer Belegschaften wieder und reorganisierten sich auf der Grundlage kleinerer Unternehmenseinheiten. Auf der anderen Seite entstand eine Vielzahl neuer, kleiner Firmen, die sich zusammenschlossen und sich schnell zu großen Fertigungswerken entwickelten, so z.B. in der Automobilindustrie<sup>3</sup>. Dennoch läßt sich folgendes Fazit ziehen: Große Unternehmen dominieren im allgemeinen im

\* Übersetzt aus dem Englischen von Dr. Irmgard Steinisch.

<sup>1</sup> Norbert Horn, Jürgen Kocka, Introduction, in: Horn, Kocka (Hrsg.), Recht und Entwicklung der Großunternehmen im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Göttingen 1979) 12.

<sup>2</sup> Statistique générale de la France, Résultats statistiques du recensement général de la population effectué le 4 mars 1906, Bd. 1 (Paris 1907).

<sup>3</sup> Die Hinweise darauf verdanke ich Maurice Lévy-Leboyer und James M. Laux, In First Gear. The French Automobile Industry to 1914 (Liverpool 1976) 199–200.

Branche	Unternehmen
Kohlenbergbau	Anzin, Mines de la Loire, Roche la Molière, Carmaux, La Grand-Combe
Metallverarbeitung	Schneider, Marine-Homécourt, Commentry-Fourchambault, Denain-Anzin, Pont à Mousson, Acières de Longwy, de Wendel, Japy.
Automobilindustrie	Panhard, Renault, Peugeot, Berliet
Luftfahrt	Gnôme et Rhône
Gummi	Michelin
Schiffsbau	In Saint-Nazaire: Chantiers de la Loire, Chantiers de Penhoët In Nantes: Chantiers de Bretagne, Chantiers de la Loire
Chemieindustrie	Saint-Gobain, Kuhlmann
Textilindustrie	In Roubaix-Tourcoing: Holden, Prouvost, La Tossée, Alfred Motte, Charles Tiberghien, Tiberghien Frères, Leclercq-Dupire, Auguste et Louis Lepoutre
Eisenbahn	Nord, P. L. M., Ouest, Est, Paris-Orléans
Kaufhäuser	Bon Marché, Samaritaine, Galeries La Fayette, Printemps, Louvre, Bazar de l'Hôtel de Ville, Dufayel
Banken	Société Générale, Crédit Lyonnais

Produktionsgüterbereich, während sie besonders schwach sind auf dem Sektor der Verbrauchsgüterproduktion. Ferner ist daran zu erinnern, daß Frankreich nach dem Verlust von Elsaß-Lothringen 1871 einige der größten Industrieunternehmen verlor. Allerdings kann hier auf weitere Details nicht eingegangen werden, da es bisher an einschlägigen Auswertungen der 20bändigen Untersuchung „Les Grandes Usines“, die zwischen 1860 und 1895 von Julien Turgan u. a. herausgegeben wurde, fehlt.

Im Gegensatz zu der Entwicklung in den USA gab es in Frankreich keine Arbeiterpolitik der Unternehmer, die sich an dem Vorbild der Eisenbahngesellschaften oder anderer Großunternehmen orientierte. Vielmehr kam es zu der Ausbildung zahlreicher unternehmerischer Strategien, die alle versuchten, den Problemen beizukommen, wie sie sich durch die Einstellung und Entlassung von Arbeitern, die Eindämmung der Arbeiterfluktuation, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die daraus sich ergebenden Konsequenzen, die Durchsetzung betrieblicher Arbeitsordnungen usw. ergaben. Da diese betriebliche Arbeiterpolitik aber nicht ohne tiefen, bisweilen widersprüchlichen Einfluß auf die Arbeiterschaft blieb, soll im folgenden danach gefragt werden, ob die Arbeiterpolitik großer Unternehmen besondere Merkmale aufwies und wie insbesondere deren Bewältigung sozialer Konflikte aussah.

### *1. Die Rekrutierung der Arbeiterschaft*

In wirtschaftlichen Wachstumsphasen sahen sich gerade die großen Unternehmen mit ihrem meist hohen Arbeiterbedarf und neuen Produktionstechniken vor die Aufgabe gestellt, sich neue Arbeiterreserven zu erschließen, da sich die traditionellen Ar-

beitsmärkte als überaus unzureichend erwiesen. Daß aber bedeutete zugleich, daß besondere Maßnahmen zur Stabilisierung und Disziplinierung dieser meist an die Industriearbeit noch nicht gewöhnten Arbeiterschaft notwendig waren.

### Neue Arbeiterreserven

Für alte Industrien war der lokale Arbeitsmarkt, der sich überwiegend aus bäuerlicher Bevölkerung und Arbeitern in kleinen Betrieben speiste, zumeist qualitativ und quantitativ unzureichend<sup>4</sup>. Deshalb versuchten die Unternehmen unter dem Druck des Arbeitermangels neue Arbeiter aus anderen ländlichen Gebieten anzuwerben, wobei diese Gebiete zunehmend weiter entfernt lagen. Z. B. warben Großunternehmen des Pariser Industriegebietes Bauern aus der Bretagne an<sup>5</sup>. Teilweise erhöhte sich dadurch das Durchschnittsalter der Belegschaften<sup>6</sup>. Allerdings sahen sich die Unternehmen auch gezwungen, aus den älteren Industriegebieten Arbeiter anzuwerben. So rekrutierten die Longwy-Stahlwerke in Lothringen ihre Arbeiter aus dem Norden, den Ardennen, aus Mittelfrankreich und Paris<sup>7</sup>. Darüber hinaus wurden ausländische Arbeitskräfte in viel größerem Umfang als je zuvor angeworben. Im Norden waren es vorwiegend Belgier, aber auch schon einige Polen, im Osten und Süden Südtaliener und im Südwesten Spanier. 1911 arbeiteten ca. zwei Millionen Ausländer in Frankreich. Allerdings bildeten sie bezüglich ihrer beruflichen und sozialen Herkunft keine einheitliche Schicht, sondern lassen sich drei Kategorien zuordnen. Zunächst gab es die Gruppe der besonders qualifizierten Spezialisten, die ungeachtet der Kosten angeworben wurden. Ihre Anwerbung beruhte auf langer Tradition. Gelernte Arbeiter sowie Bauern bzw. Landarbeiter bildeten die anderen beiden Gruppen<sup>8</sup>.

Allerdings erschlossen sich die neuen Industrien und der tertiäre Sektor (Banken, Kaufhäuser), die ebenfalls beide mit Arbeitermangel zu kämpfen hatten, ein anderes Arbeitskräftepotential. Sie rekrutierten ihre Arbeiter stärker aus der städtischen Bevölkerung und stellten zunehmend Frauen ein<sup>9</sup>. Dennoch waren Frauen zu dieser Zeit,

<sup>4</sup> *Rolande Trempé*, Les mineurs de Carmaux 1848–1914, Bd. 1 (Paris 1971) 160–188.

<sup>5</sup> *Jean-Paul Brunet*, Saint-Denis la ville rouge (Paris 1980).

<sup>6</sup> *Trempé*, Pour une meilleure connaissance de la classe ouvrière. L'utilisation des archives d'entreprise: le fichier du personnel, in: *Mélanges d'histoire sociale offerts à Jean Maitron* (Paris 1976) 262.

<sup>7</sup> *Gérard Noiriel*, Longwy. Immigrés et prolétaires 1880–1980 (Paris 1984).

<sup>8</sup> *Michelle Perrot*, Les classes populaires urbaines, in: *Fernand Braudel, Ernest Labrousse* (Hrsg.), Histoire économique et sociale de la France, Bd. IV/1 (Paris 1979) 459–460. *Georges Haupt*, Annexes, in: *Madeleine Rebérioux* (Hrsg.), Jaurès et la classe ouvrière (Paris 1981) 204–205. *Catherine Omnès*, De l'atelier au groupe industriel: Vallourec 1882–1978 (Paris 1980) 218.

<sup>9</sup> *Patrick Fridenson*, Die Arbeiter der französischen Automobilindustrie 1890 bis 1914, in: *Detlev Puls* (Hrsg.), Wahrnehmungsformen und Protestverhalten (Frankfurt/M. 1979) 236–237. *Lenard R. Berlanstein*, The formation of a factory labour force: rubber and cable workers in Bezons, France (1860–1914), in: *Journal of Social History* 14 (Winter 1981) 163–186. *Michel Mogenet*, Un siècle d'économie française (1863–1963) (Paris 1963). *La Société Générale (1864–1964)* (Paris 1964).

meist die Töchter kleiner Ladenbesitzer, Angestellter und gelernter Arbeiter, immer noch deutlich in der Minderheit unter den Angestellten der Kaufhäuser<sup>10</sup>.

### Mobile Belegschaften

Der hohe Arbeiterwechsel, der zwischen 1880 und 1914 deutlich zunahm, machte den Mangel an Arbeitskräften für die Großunternehmen doppelt spürbar. So mußten die Eisenwerke von Decazeville 1897 nur ein bis zwei Arbeiter anstellen, um einen Arbeiter in dauerhafter Stellung zu behalten, demgegenüber waren es 1900 schon fünf Arbeiter. Die Zinkwerke in Viviez stellten zwischen 1898 und 1902 zwei oder drei Arbeiter ein, um einen Arbeitsplatz besetzt zu halten, jedoch waren dafür zwischen 1907 und 1913 schon acht oder neun Arbeitereinstellungen nötig. Der Arbeiterwechsel in dem Bergwerksunternehmen in Carmaux belief sich 1907 sogar auf 30:1<sup>11</sup>. Ähnlich sah der Trend im tertiären Sektor aus. Ende der 1870er Jahre verließen ca. 43% der Beschäftigten des Kaufhauses Le Bon Marché ihren Arbeitsplatz in den ersten fünf Jahren wieder. Im Kaufhaus Le Printemps schieden in den ersten zwei Jahren 60% der 1910 eingestellten Frauen wieder aus dem Arbeitsverhältnis aus<sup>12</sup>. Das Anschwellen des Arbeiterwechsels muß zum einen als Folge der Urbanisierung gesehen werden, die eine größere Zahl an Arbeitsmöglichkeiten eröffnete, war zum anderen aber auch eine direkte Reaktion der Arbeiter auf die bestehenden Arbeitsbedingungen. Damit hatte sich ein klarer Bruch zu der frühen Praxis lebenslanger Anstellung, wie sie in den ersten Großunternehmen des 19. Jahrhunderts üblich war, vollzogen<sup>13</sup>. In den Betrieben variierte die Arbeiterfluktuation je nach Berufssparte und Qualifikation und unterschied sich lokal und regional von Branche zu Branche. In Valenciennois war die Arbeiterfluktuation in den Stahlwerken und der Metallverarbeitung z. B. wesentlich höher als in den Kohlebergwerken<sup>14</sup>. Umgekehrt nahm die lokale und berufliche Homogenität der Arbeiterschaft zwischen 1880 und 1914 in Lyonnais und in Valenciennois erheblich ab<sup>15</sup>.

<sup>10</sup> *Claudie Lesselier*, *Employées de grands magasins à Paris (avant 1914)*, in: *Le Mouvement Social* 19 (Oktober–Dezember 1978) 110–111. *Michael B. Miller*, *The Bon Marché* (Princeton 1981) 78–79.

<sup>11</sup> *Trempe*, *Le fichier*, 258–262. *Trempe*, *Les mineurs* Bd. 1, 186.

<sup>12</sup> *Miller*, *The Bon Marché*, 83. *Lesselier*, *Employées*, 111.

<sup>13</sup> *Peter N. Stearns*, *Paths to Authority: The Middle Class and the Industrial Labor Force in France, 1820–1848* (Urbana 1978). *Maurice Lévy-Leboyer*, *Hierarchical Structure, Rewards and Incentives in Large Corporation: The Early Managerial Experience of Saint-Gobain, 1872–1912*, in: *Horn, Kocka* (Hrsg.), *Recht und Entwicklung*, 446–467.

<sup>14</sup> *Odette Hardy-Hémery*, *De la croissance à la désindustrialisation. Un siècle dans le Valenciennois* (Paris 1984) 32–33.

<sup>15</sup> *Yves Lequin*, *Les ouvriers de la région lyonnaise (1848–1914)* (Lyon 1977) Bd. 1, 250–253. *Hardy-Hémery*, *De la croissance*, 34.

## Unternehmerstrategien

Auf den zunehmenden Arbeiterwechsel reagierten die Arbeitgeber in zweifacher Weise. Zum einen boten sie die Möglichkeit der beruflichen Fortbildung an, d. h. den Aufstieg zum gelernten Arbeiter und Vorarbeiter, was an ältere Traditionen der größeren Familienunternehmen im Osten und in Mittelfrankreich anknüpfte. Mit dieser beruflichen Schulung wollte man einen Teil der Belegschaft fest an den Betrieb binden und sich dabei zugleich die fähigsten Arbeiter aussuchen<sup>16</sup>. Zum anderen gingen die meisten Unternehmen dazu über, „ihre Palette an sozialen Leistungen zu erweitern, indem sie Wohnungsbaugesellschaften beitraten und Druck ausübten, damit der Preis für kommunale Dienstleistungen im Interesse ihrer Arbeiterschaft niedrig blieb. Gezielte betriebliche Maßnahmen waren ebenfalls die Regel. Darunter war die Praxis der innerbetrieblichen Beförderung die bei weitem einfachste Methode. Denn dadurch sollte dem Arbeiter die Vorstellung vermittelt werden, daß er in dem Unternehmen eine aussichtsreiche berufliche Zukunft hatte. Aus diesem Grund griffen verschiedene Unternehmen zu einer stärkeren Hierarchisierung ihrer Belegschaften sowie zu einer größeren Differenzierung der Löhne und gewährten dienstälteren Arbeitern gewisse Privilegien, v. a. in Zeiten geringer Arbeitslosigkeit.“<sup>17</sup> Zu den Pionieren dieser Arbeiterpolitik gehörten die großen Eisenbahngesellschaften und zwei Pariser Kaufhäuser<sup>18</sup>. Diese zweite Welle paternalistischer Arbeiterfürsorge war jedoch nicht nur eine Fortsetzung älterer Ansätze in der betrieblichen Sozialpolitik, sondern sollte „helfen, die Frauen und Männer der Belegschaft so zu organisieren, daß sie integraler Bestandteil der Dynamik und Bürokratie des Unternehmens wurden. Deshalb war es kein Zufall, daß die größten, innovativsten und besonders dynamischen Unternehmen der französischen Wirtschaft in dieser Richtung aktiv wurden“<sup>19</sup>. Zum Beispiel institutionalisierte das Reifenunternehmen Michelin 1898 ein Gewinnbeteiligungssystem für die Belegschaft, das darauf abzielte, Betriebstreue und hohes Dienstalter zu fördern und gewissen Schutz vor Kündigung und Arbeitslosigkeit zu gewähren<sup>20</sup>.

Insgesamt ist jedoch festzuhalten, daß die neuen Belegschaften wesentlich heterogener und mobiler als je zuvor waren. Dennoch mußten die Arbeitgeber für steigende Arbeiterproduktivität sorgen, da harter Wettbewerb und wachsende Absatzmärkte dazu zwangen. Dabei wurden verschiedene Wege eingeschlagen.

<sup>16</sup> *Jean-Pierre Daviet*, *La Compagnie de Saint-Gobain de 1830 à 1939*, Bd. 2 (University of Paris I, doctoral thesis, 1983) 534–535, 845. *Fridenson*, *Die Arbeiter*, 240–241. *Georges Ribeill*, *Le personnel des compagnies de chemins de fer*, Bd. 1 (Paris 1980) 162–163, 170–171.

<sup>17</sup> *Lévy-Leboyer*, *The Large Family Firm in the French Manufacturing Industry*, in: *Akio Okochi, Shigeaki Yasuoka* (Hrsg.), *Family business in the era of industrial growth* (Tokyo 1984) 221.

<sup>18</sup> *François Caron*, *Histoire de l'exploitation d'un grand réseau* (Paris 1973) 316–322. *Ribeill*, *Le personnel*, 106–134. *Lesselier*, *Employées*, 114–115, 121–122. *Miller*, *The Bon Marché*, 81–83, 89–92.

<sup>19</sup> *Miller*, *The Bon Marché*, 8–9.

<sup>20</sup> *Alain Jemain*, *Michelin* (Paris 1982) 63–64.

## 2. Die Steigerung der Produktivität

Die Methoden, die angewandt wurden, um die Produktivität zu steigern, zogen tiefe Veränderungen am Arbeitsplatz und in den Unternehmen nach sich.

### Die Ausbildung hierarchischer Strukturen

Die Orientierung am Absatzmarkt, der Umfang und Charakter der neuen Belegschaften und das häufige Problem des Facharbeitermangels (z. B. im Schiffsbau) führten zur Einrichtung von neuen Verwaltungsgremien in den zentralen Unternehmensbüros und auch häufig schon in den Betrieben selbst sowie in den Kaufhäusern. Dieser neue Stab setzte sich aus Ingenieuren und meist hohen leitenden Angestellten zusammen und lehnte sich in seiner Organisation deutlich an das Vorbild der Armee und des Beamtentums an. Zentrale Bereiche seiner Arbeit waren Entwurf, Planung, Normierung und Standardisierung von Produktion und Arbeitsgängen<sup>21</sup>. Erst später wurden separate Entwurf- und Planungsabteilungen aufgebaut. Die Eisenbahngesellschaften sowie die Kohlenbergwerksunternehmen, die beide engen Kontakt zur staatlichen Bürokratie hatten, waren die ersten, die in dieser Richtung tätig wurden, doch breiteten sich die neuen Verwaltungsstrukturen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch auf andere Industriebereiche aus. Dabei kam der Saint-Gobain Co., die Glas und Chemieprodukte herstellte, eine wegbereitende Funktion zu<sup>22</sup>.

Aus diesem Grund erhöhte sich die Anstellung von Ingenieuren, und zwar ungeachtet der Tatsache, daß letztere von den Unternehmern nach wie vor als „unproduktive“ Arbeitskräfte eingestuft wurden. So arbeiteten in den 1870er Jahren ca. 13 000 Ingenieure in der Industrie, dagegen waren es um die Jahrhundertwende schon 28–30 000<sup>23</sup>. Sie führten die Anwendung schematisierter Organisationsmodelle in der Betriebsführung ein und fertigten Diagramme des organisatorischen Betriebsablaufes an, jedoch setzten sich diese Neuerungen nur langsam durch<sup>24</sup>. Ähnliche Bestrebungen gab es jedoch auch in den Kaufhäusern, wo die neue Schicht des leitenden und mittleren Managements aus den Reihen der Belegschaften rekrutiert wurde<sup>25</sup>. Als

<sup>21</sup> *Trempe*, Le differenti forme di inquadramento operaio nella fabbrica ottocentesca, in: *Mariuccia Salvati* (Hrsg.), *Cultura operaia e disciplina industriale* (Milan 1983) 45–49. *Edward Lorenz*, The labour process and industrial relations in the British and French shipbuilding industries from 1880 to 1970 (Cambridge, Ph. D. Thesis, 1982) 42–43.

<sup>22</sup> *Daviet*, La Compagnie, 539, 542–549. *André Thépot*, Les ingénieurs du corps des Mines, le patronat et la seconde industrialisation, in: *Lévy-Leboyer* (Hrsg.), *Le patronat de la seconde industrialisation* (Paris 1979) 238–239. *Rolf Torstendahl*, Engineers in Industry, 1850–1910: professional men and new bureaucrats. A comparative approach, in: *Science, Technology and Society in the Time of Alfred Nobel* (London 1982) 253–270.

<sup>23</sup> *Lévy-Leboyer*, The Large Family Firm, 220. *Daviet*, La Compagnie, 557–584. *Thépot* (Hrsg.), *L'ingénieur dans la société française* (Paris 1985). *Robert R. Locke*, The End of the Practical Man (London 1984).

<sup>24</sup> *Olivier Cinqualbre*, La mise en schémas de l'usine (1910–1930), in: *Le Mouvement Social* 24 (Oktober–Dezember 1983) 97–112.

<sup>25</sup> *Lesselier*, Employées, 115–116. *Miller*, The Bon Marché, 112–116.

Folge dieser Bürokratisierung läßt sich eine zunehmende Formalisierung und Entpersönlichung der Befehlshierarchie in den Unternehmen konstatieren.

### Die Neuordnung des Raumes durch Ausgrenzung

Die Einschränkung des Zuganges zu Fabrik und Betrieb war eine weitere Maßnahme zur Steigerung der Arbeiterproduktivität, doch setzte sich diese nicht in allen großen Unternehmen durch. In der Glas-, Papier- und Stahlindustrie war das Fabrikgelände noch nicht vom Umland deutlich genug abgegrenzt, ferner waren die Schichtzeiten noch relativ fluide, während die Ordnung am Arbeitsplatz sich nach den Sitten und Gebräuchen der Arbeiterschaft richtete. Ehefrauen, Kinder und selbst Landstreicher waren gelegentlich durchaus noch in den Fabriken anzutreffen. Offensichtlich hatten die Arbeitgeber hier einen Kompromiß mit ihren gelernten oder ländlichen Arbeitern geschlossen<sup>26</sup>.

In anderen Fällen waren die Fabriken eingegrenzte Bereiche, der Fabrikraum rational ausgelegt und genutzt, die Produktionsabläufe festgelegt, wurden hygienische und ergonomische Erkenntnisse praktisch umgesetzt. Diese Innovationen hatten häufig ansteigenden Arbeiterwechsel zur Folge, so z. B. nach dem Streik der Stahlarbeiter 1905 über Arbeitsdisziplin und Akkordfestsetzung in den Stahlwerken Lothringens. Manager, die ihre Betriebe reorganisierten, stellten ausdrücklich fest, daß sie dem englischen oder manchmal auch amerikanischen Beispiel folgten<sup>27</sup>. Später jedoch bezeichneten sie diese Neuerungen, in deren Mittelpunkt die räumlich effiziente Organisation unter Einsatz neuer Maschinen stand, als die „französische Methode“ im Gegensatz zum Taylorismus, dessen Schwergewicht auf der effizienten Nutzung der menschlichen Arbeitskraft lag<sup>28</sup>.

### Arbeitszeit und Produktivität

Wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe, gab es in einigen großen französischen Unternehmen nach der Jahrhundertwende so etwas wie eine vortayloristische Phase. Gleichzeitig mit der Mechanisierung führten einige französische Arbeitgeber verschiedene Leistungssysteme ein sowie neue Methoden der Arbeiterentlohnung. Darüber hinaus wurden die Pflichten der Arbeiter präziser festgelegt, fähige Leute herausgestellt, die Befehlshierarchie am Arbeitsplatz vernünftig geordnet. Diese Neuerungen

<sup>26</sup> *Hardy-Hémery*, Une nébuleuse en expansion aux XIXe et XXe siècles: l'espace de l'usine sidérurgique de Denain, in: *Le Mouvement Social* 24 (Oktober–Dezember 1983) 62. *Noiriel*, Espace de production et luttes sociales: l'exemple des usines sidérurgiques lorraines (1880–1930), ibidem 35–36. *Jean Merley*, Histoire d'une entreprise forézienne: la verrerie B.S.N. de Veauche (Saint-Etienne 1983).

<sup>27</sup> *Noiriel*, Espace, 37–39. *Perrot*, De la manufacture à l'usine en miettes, ibidem 6–8. *Daviet*, Entreprise et progrès technique: Saint-Gobain de 1830 à 1939, in: *Histoire, économie et société* 2 (Januar–März 1983) 29. *Yves Coben*, Ernest Mattern, les automobiles Peugeot et le pays de Montbéliard industriel avant et pendant la guerre de 1914–1918 (University of Besançon, doctoral thesis, 1981) 146–152.

<sup>28</sup> *Noiriel*, Espace, 37–42.

unterminierten Macht und Position der gelernten Arbeiter, ermöglichten aber die vermehrte Einstellung von un- und angelernten Arbeitern<sup>29</sup>. Ein weiteres Entwicklungsstadium war die Übernahme tayloristischer Methoden, in der Hauptsache Zeit- und Bewegungsstudien, durch einige wenige Unternehmer. Diesen Bemühungen unterlag ebenfalls das Ziel der Produktivitätssteigerung, führte jedoch zu einer Reihe von Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitgebern und den urbanen Facharbeitern sowie den Ingenieuren, den eigentlichen Proponenten dieser Innovationen<sup>30</sup>. Am Ende dieser Entwicklung war die französische Arbeiterschaft daher nicht nur heterogen zusammengesetzt, sondern auch stärker fragmentiert. Obwohl die Produktivitätskurve insgesamt anstieg, ging die Wachstumsrate der Produktivität pro Kopf und Jahr jedoch zurück, und zwar von 0,8% zwischen 1870 und 1895 auf 0,5% zwischen 1895 und 1913<sup>31</sup>. Um diesen Trend wieder in die umgekehrte Richtung zu lenken, griffen die Arbeitgeber zu schärferer Reglementierung und Kontrolle am Arbeitsplatz.

### 3. Die Neuordnung der Fabrikregulative

Wie sich einschlägigen Vorträgen und Artikeln entnehmen läßt, sprach man im Unternehmertum um die Jahrhundertwende immer wieder von einer Krise der Arbeitsdisziplin. Damit spielte man nicht nur auf den bereits erwähnten hohen Arbeiterwechsel an, sondern meinte auch das weitverbreitete willkürliche Feiern der Arbeiter, die Notwendigkeit und hohe Zahl der von den Unternehmen verhängten Disziplinarstrafen sowie die Zahl der Streiks. Dabei griff man auch auf die von den großen französischen Unternehmen in der Glas- und Textilindustrie seit dem 17. Jahrhundert gemachten Erfahrungen zurück. Grundsätzlich strebte man an, obsoleete Disziplinierungsmaßnahmen zu modernisieren und zwar in drei verschiedene Richtungen.

#### Arbeitsordnungen

Michelle Perrot bezeichnet diese Phase als die dritte Entwicklungsstufe der Fabrikdisziplin und unterscheidet zwischen den „ersten Ansätzen“ einer „neuen Arbeitsdisziplin“<sup>32</sup>. Fabrikordnungen wurden zahlreicher, länger und präziser um die Jahrhundertwende. Gleichzeitig wurden bestehende Arbeitsordnungen von der Arbeitgeber-

<sup>29</sup> Fridenson, France/États-Unis: genèse de l'usine nouvelle, in: *Recherches* 13 (September 1978) 382–386.

<sup>30</sup> Fridenson, Unternehmenspolitik, Rationalisierung und Arbeiterschaft: französische Erfahrungen im internationalen Vergleich, 1900 bis 1929, in: *Horn, Kocka* (Hrsg.), *Recht und Entwicklung*, 429–434. Robert Boyer, *Présentation*, in: *Maurice de Montmollin, Olivier Pastré* (Hrsg.), *Le taylorisme* (Paris 1984) 35–44. *Olivier Christin*, *Les enjeux de la rationalisation industrielle (1901–1929)* (University Paris I, M.A. thesis, 1982) 11–36.

<sup>31</sup> *Olivier Pastré*, *Taylorisme, productivité et crise du travail*, in: *Travail et emploi* 5 (Oktober–Dezember 1983) 48.

<sup>32</sup> *Perrot*, *The Three Ages of Industrial Discipline in Nineteenth-Century France*, in: *John M. Merriman* (Hrsg.), *Consciousness and Class Experience in Nineteenth-Century Europe* (New York 1979) 160–162.

seite abgeändert, häufig mehr als einmal. Technische Probleme fanden nun besonders starke Berücksichtigung, was angesichts der neuen Maschinen und der wenig qualifizierten Belegschaft nur natürlich war. Allerdings versuchte sich die unternehmerische Befehlsgewalt nicht selten hinter der Neutralität technischer Anordnungen zu verbergen<sup>33</sup>. Durch immer komplexere Regelungen bemühten sich die Unternehmer, das Verhalten ihrer Belegschaften in Fabriken oder Kaufhäusern zu kontrollieren<sup>34</sup>. In einigen Fällen, wie z. B. den Kohlenbergwerken, wurde die Neufassung der Arbeitsordnungen und die Intensivierung der Arbeitsdisziplin bewußt dazu eingesetzt, die ländlichen Arbeiter an die Industriearbeit zu gewöhnen und sie zu Industriearbeitern zu erziehen<sup>35</sup>. In anderen Bereichen wurde auf diesem Wege versucht, den von den großen Unternehmen zumeist bedauerten Verlust des direkten Kontaktes zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu kompensieren und gleichfalls auch der Anonymität und Abstraktheit bürokratischer Organisationen entgegenzuwirken, was besonders die leitenden Angestellten der Eisenbahnen beschäftigte<sup>36</sup>. In anderen Fällen wiederum zielten die Arbeitgeber und Ingenieure hauptsächlich darauf ab, mit der Verwissenschaftlichung der Betriebsführung die Autonomie der Arbeiter zu untergraben<sup>37</sup>.

Allerdings stellt sich die entscheidende Frage, ob diese Arbeitsordnungen überhaupt befolgt wurden. Dazu läßt sich erstens feststellen, daß „je komplexer und tyrantischer sie wurden, sie immer weniger durchsetzbar wurden“<sup>38</sup>. Zweitens zeigt die häufigere Verhängung immer schärferer Strafen, daß zwar die Betriebsleitung auf die Einhaltung der Vorschriften bedacht war, aber die Arbeiterschaft offensichtlich weiterhin autonome Verhaltensweisen behaupten konnte<sup>39</sup>. Darüber hinaus wagten es nicht alle Arbeitgeber, Strafen zu verhängen<sup>40</sup>. Drittens waren Entlassungen wegen Verstöße gegen die Betriebsdisziplin relativ häufig, besonders in Kaufhäusern<sup>41</sup>.

### Arbeitszeit und Arbeitstempo

Notwendigerweise mußten sich die Arbeitgeber an die Arbeitsschutzgesetzgebung anpassen. Ein Gesetz von 1900 legte einen Maximalarbeitstag von zehn Stunden für Frauen und Kinder fest, und 1906 verankerte ein weiteres Gesetz die Sonntagsruhe.

<sup>33</sup> *Alberto Melucci*, Action patronale, pouvoir, organisation. Règlements d'usine et contrôle de la main d'œuvre au XIXe siècle, in: *Le Mouvement Social* 16 (Oktober–Dezember 1976) 141–155. *Perrot*, *The Three Ages*, 150, 157–158. *Anne Biroleau*, *Les règlements d'atelier 1798–1936* (Paris 1984).

<sup>34</sup> *Miller*, *The Bon Marché*, 79–81, 95–97.

<sup>35</sup> *Tremplé*, *Les mineurs*, 189–253. *Marcel Gillet*, *Les charbonnages du Nord de la France au XIXe siècle* (Paris 1973). *Jean-Michel Gaillard*, *Un exemple de ville-usine: la Grand-Combe (Gard) et sa Compagnie des Mines (1836–1921)* (University Paris X, doctoral thesis, 1974).

<sup>36</sup> *Miller*, *The Bon Marché*, 96–99, 111. *Caron*, *Histoire de l'exploitation*, 363.

<sup>37</sup> *Serge Bonnet*, *La ligne rouge des hauts fourneaux* (Paris 1981).

<sup>38</sup> *Perrot*, *The Three Ages*, 158.

<sup>39</sup> *Hardy-Hémery*, *De la croissance*, 57–58. *Lequin*, *Les ouvriers*, Bd. 2, 56. *Ribeill*, *Le personnel*, 135.

<sup>40</sup> *Lion Murard*, *Patrick Zylberman*, *Le petit travailleur infatigable ou le prolétaire régénéré*, in: *Recherches* 11 (November 1976) 137.

<sup>41</sup> *Lesselier*, *Employées*, 117–119. *Miller*, *The Bon Marché*, 55, 83–87, 95, 97, 102, 148, 151–152.

Die Akten des neuen Arbeitsministeriums lassen den anhaltenden Widerstand der großen Unternehmen (und keineswegs nur der kleinen Betriebe, wie häufig angenommen wird) gegen diese gesetzlichen Eingriffe und andere gesetzliche Schutzmaßnahmen, die nur für bestimmte Gewerbe galten, erkennen. Anhand der Industrienachlässe läßt sich aber auf jeden Fall feststellen, daß die großen Unternehmen nichts unversucht ließen, um den Zehnstundentag zur Mindestarbeitszeit zu machen, dieser also keineswegs eine maximale oder auch nur durchschnittliche Arbeitszeitlenge verkörperte. Ebenso wurde versucht, den eintägigen Ruhetag pro Woche zu umgehen oder durch Verlängerung der allgemeinen Arbeitszeit wieder wettzumachen oder sich durch Lohnkürzungen schadlos zu halten<sup>42</sup>.

Überstunden, häufig saisonal konzentriert, waren ein wichtiger Teil dieses Anpassungsprozesses an kürzere Arbeitszeiten. Das gleiche galt für die Heraufsetzung der Akkordleistungen, was eine vielgeübte Kompensationspraxis war<sup>43</sup>. Ferner versuchten die Arbeitgeber, jeden Leerlauf während der Arbeitszeit zu eliminieren<sup>44</sup>.

Lange Arbeitszeiten und hohe Arbeitsverdichtung waren zwei der Hauptursachen für die relativ große Zahl der Arbeitsunfälle sowie allgemein für die Erschöpfung der Arbeiterschaft. Wiederum kam es zur gesetzlichen Intervention, wenn auch später als in anderen Ländern. Allerdings machten die großen Unternehmen ebenfalls erste Anstrengungen, durch Unfallverhütungsmaßnahmen und bessere sanitäre Einrichtungen die Arbeitsbedingungen zu verbessern<sup>45</sup>.

### Arbeiterqualifikation

Durch Veränderungen am Arbeitsplatz die Arbeitspositionen neu zu definieren, war eine weitere Unternehmerstrategie. Als Folge der Einführung neuer Technologien wurden neue Arbeitsplätze und berufliche Positionen geschaffen. Das führte manchmal zu einer Vermehrung der Facharbeiter, während simple Arbeitstätigkeiten eliminiert wurden, so z. B. bei den Eisenbahnen. In Anlehnung an die Entwicklung in der Textilindustrie gingen die großen Unternehmen ferner dazu über, sehr viele angelehrte Arbeiter einzustellen, was meist zu einer Verminderung der ungelerten Arbeiter

<sup>42</sup> National Archives, Paris, F<sup>22</sup> 339–390, Jahre 1906–1913. *Jean-Luc Bodiguel*, La réduction du temps de travail enjeu de la lutte sociale (Paris 1969) 56–75. *Fridenson*, Die Arbeiter, 250. *Heinz-Gerhard Haupt*, La legislazione per il riposo domenicale in Francia prima del 1914: uno strumento di controllo sociale?, in: *Salvati* (Hrsg.), Cultura operaia, 321–332. *Caron*, Histoire de l'exploitation, 364. *Catherine Jouanin*, Le repos hebdomadaire (University Paris X, M.A. thesis, 1980).

<sup>43</sup> *Hardy-Hémery*, De la croissance, 59–60.

<sup>44</sup> *Perrot*, Les problèmes de la main d'oeuvre industrielle, in: *Maurice Daumas* (Hrsg.), Histoire générale des techniques, Bd. 5 (Paris 1979) 491.

<sup>45</sup> *Alain Cottureau*, Usure au travail, destins masculins et destins féminins dans les cultures ouvrières en France au XIXe siècle, in: Le Mouvement Social 24 (Juli–September 1983) 80–98. *Yvon Le Gall*, La loi de 1898 sur les accidents du travail (Nantes 1981). *Murard, Zylberman*, Le petit travailleur, 54–55. *Lequin*, Les ouvriers, Bd. 2, 39–42.

ter führte<sup>46</sup>. Jedoch ist daran zu erinnern, daß Arbeiter gleicher Qualifikation und in gleicher Position je nach Region, Unternehmen oder anderen Umständen unterschiedlich entlohnt wurden<sup>47</sup>. Deshalb kann man den Schluß ziehen, daß die wachsende Arbeitgeberkontrolle über die Arbeiterqualifikation die Heterogenität der Arbeiterschaft noch verstärkte. Darüber hinaus löste die höhere Arbeitsbelastung größeren Stress und entsprechende Gereiztheit auf seiten der Arbeiterschaft aus. Zumindest in der Eisenbahnverwaltung machte man diese Entdeckung und sprach in diesem Fall sogar von Überanstrengung, so daß diese Terminologie nicht länger mehr allein den Syndikalisten vorbehalten blieb<sup>48</sup>. Seit den 1880er Jahren beschäftigten sich nach den Gewerkschaften und Ärzten auch die Ingenieure und Arbeitgeber mit dem Phänomen der Ermüdung am Arbeitsplatz<sup>49</sup>. Jedoch hatten die neuen Unternehmerstrategien auch noch ausgreifendere Nachwirkungen auf die Arbeiterschaft.

#### 4. Die Auswirkungen verschiedener Unternehmerstrategien auf die Belegschaften

Die Wirkung der neuen Unternehmerpolitik auf die Arbeiterschaft war keineswegs eindeutig. Manche Strategien verstärkten die Arbeiteropposition gegen die Arbeitgeber, andere förderten die Durchsetzung der vom Management vertretenen Normen und Werte. Wieder andere verstärkten autonome Verhaltensweisen der Arbeiter, was Alf Lüdtke mit „Eigensinn“ beschreibt<sup>50</sup>. Außerdem setzten mehr und mehr Arbeiter ihre Hoffnung auf den Staat.

#### Arbeiterwiderstand

Es gab verschiedene Gründe für die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft. Die meisten Arbeiter standen der Konstituierung der Fabrik als einer geschlossenen Produktionseinheit feindselig gegenüber. Das gleiche galt für den Bruch mit dem Land und dem ländlichen Leben. Zudem führte die stärkere Kontrolle über die Arbeiterschaft zu zahlreichen Konflikten zwischen gelernten Arbeitern und Vorarbeitern<sup>51</sup>. Physi-

<sup>46</sup> Fridenson, *Die Arbeiter*, 247–249. Lévy-Leboyer, *Capital Investment and Economic Growth in France, 1820–1930* (Cambridge Economic History of Europe VII/1, Cambridge 1978) 261. Perrot, *Les classes ouvrières urbaines*, 474–475.

<sup>47</sup> Michel Hau, *La croissance de la Champagne de 1810 à 1969* (Paris 1976) 104–106.

<sup>48</sup> Caron, *Histoire de l'exploitation*, 363–365.

<sup>49</sup> Victor Delabaye, *Rapport de M. Victor Delahaye, ouvrier mécanicien, délégué à l'exposition coloniale et internationale d'Amsterdam (1883)* (Paris 1886) 15. Anson Rabinbach, *The Body without Fatigue: A Nineteenth-Century Utopia*, in: Seymour Drescher, David Sabeian, Allan Sharlin (Hrsg.), *Political Symbolism in Modern Europe: Essays in Honor of George L. Mosse* (New Brunswick 1982) 43–44. Georges Ribeill, *Les débuts de l'ergonomie en France à la veille de la Première Guerre Mondiale*, in: *Le Mouvement Social* 21 (Oktober–Dezember 1980) 3–36.

<sup>50</sup> Alf Lüdtke, *Le domaine réservé: affirmation de l'autonomie ouvrière et politique chez les ouvriers d'usine en Allemagne à la fin du XIXe siècle*, in: *Le Mouvement Social* 25 (Januar–März 1984) 29–52.

<sup>51</sup> Noiriel, Longwy. *Tremppé*, *Les mineurs*, Bd. 2, 574. Lequin, *Les ouvriers*, Bd. 2, 154–156. Fridenson, *Die Arbeiter*, 255.

sche Erschöpfung und Zerrüttung der Gesundheit bildeten häufig die Klagen der Arbeiter, vor allem der Bergarbeiter<sup>52</sup>. Dagegen waren die Angestellten in Kaufhäusern besonders durch die Überwachung auch ihres privaten Lebens durch sog. Inspektoren betroffen<sup>53</sup>. Unzufriedenheit mit den Löhnen war ebenfalls weit verbreitet. Ihrem Unwillen machten die Arbeiter durch Bezeichnungen Luft, die die Fabrik mit der Bastille verglichen: z. B. Burg, Zitadelle, Festung, Gefängnis. Interessanterweise gedachten die meisten Arbeiter, die Fabrik nach einer gewissen Zeit wieder zu verlassen. Dementsprechend belegten sie den Arbeitgeber mit Ausdrücken wie Feind, Despot, Tyrann, Faulenzer, Verlustierer, Vampir, Raubvogel, Dieb<sup>54</sup>. Mit Ausnahme der Belegschaften in den Kaufhäusern, der Eisenbahnen und der Schneider Stahlwerke mißbilligten die Arbeiter entschieden die geringen Chancen der beruflichen Beförderung und des sozialen Aufstiegs<sup>55</sup>.

Dennoch wäre die Annahme falsch, daß Arbeiter und Angestellte häufiger in großen als in kleinen Unternehmen streikten. Die bekannten Statistiken zeigen vielmehr in dieser Hinsicht keine auffälligen Differenzen im Streikverhalten.

Allerdings war eine oppositionelle Haltung auf seiten der Arbeiter, wenn diese mit anderen Faktoren zusammentraf, häufig die Voraussetzung, in Wahlen zuerst für die Radikalen, dann für die Sozialisten zu stimmen.

### Betriebszugehörigkeit

Ohne Zweifel war die Haltung der Arbeiter gegenüber den großen Unternehmen überaus ambivalent. Einige waren der Überzeugung, daß ein großes Unternehmen weniger der Willkür des Unternehmers ausgesetzt war und deshalb mehr Sicherheit bieten würde als kleine Betriebe oder ein bäuerliches Dasein. Andere wiederum favorisierten große Unternehmen, weil diese angeblich über ausreichend hohe Kapitalien verfügten, um moderne Werkzeugmaschinen kaufen und Krisen überstehen zu können. Zudem gab es gewisse Bereiche der Übereinstimmung zwischen Unternehmern und Arbeitern, z. B. hinsichtlich des Zollschutzes<sup>56</sup>. Das Bestreben einer nicht unbedeutlichen Minorität der Arbeiterschaft zielte ganz offensichtlich auf mehr Sicherheit ab und stand einer paternalistischen Arbeitgeberpolitik positiv gegenüber<sup>57</sup>. Nicht von ungefähr entwickelte sich deshalb während der 1890er Jahre in modernen Industriezentren die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung, entstanden dort die sog. gelben Gewerkschaften, die in einer korporatistischen und antimarxistischen Ideologie

<sup>52</sup> *Trempé*, Travail à la mine et vieillissement des mineurs au XIXe siècle, in: Le Mouvement Social 24 (Juli-September 1983) 131-152. *Miller*, The Bon Marché, 148.

<sup>53</sup> *Lesselier*, Employées, 116-119. *Miller*, The Bon Marché, 86, 96, 107-108.

<sup>54</sup> *Perrot*, Le regard de l'autre: les patrons français vus par les ouvriers, in: *Lévy-Leboyer* (Hrsg.), Le patronat, 295-299.

<sup>55</sup> *Perrot*, La classe ouvrière, 76-77.

<sup>56</sup> *Perrot*, Comment les ouvriers parisiens voyaient la crise d'après l'enquête parlementaire de 1884, in: Conjoncture économique, structures sociales. Hommage à Ernest Labrousse (Paris 1974) 197-198.

<sup>57</sup> *Perrot*, Le regard, 294-295.

wurzelten und in den Wahlen entscheidende Stimmen für die konservativen Abgeordneten erbrachten<sup>58</sup>. Sogar unter den Syndikalisten und Sozialisten ließen sich viele bekannte Persönlichkeiten, von Victor Delahaye bis Alphonse Merrheim, von der Notwendigkeit einer hohen Produktion überzeugen, so daß sie für Wirtschaftswachstum, technischen Fortschritt und Massenkonsum eintraten. Damit aber gaben sie nur der Meinung eines Großteils der gelernten Arbeiter Ausdruck. Was die Arbeiterführer interessanterweise an den französischen Unternehmern kritisierten, war deren Verhaftung in malthusianischem Gedankengut. Der Intellektualismus von Management und nationalen Arbeitgeberverbänden trug erheblich dazu bei, daß zwischen 1909 und 1913 einige Arbeiterführer in ihrer Revolutionserwartung irre wurden<sup>59</sup>.

### Arbeiterautonomie

Neben der Ausbildung von Opposition oder Anpassung gab es noch eine dritte Entwicklung, nämlich die Verstärkung autonomer Verhaltensweisen auf seiten der Arbeiter sowohl im Betrieb als auch im kommunalen Leben. Am Arbeitsplatz manifestierte sich diese Autonomie in Witzen und Späßen, aggressivem Verhalten, Diebstählen, Gelegenheitsarbeit, Leistungsverweigerung, Arbeiterkontrolle über die Produktion, Alkoholgenuß und Graffiti<sup>60</sup>. Im privaten Leben versuchten die Arbeiter häufig ihre Identität durch ein reges Vereinsleben zu wahren, das meist deutlich ländliche Traditionsfärbung aufwies. Allerdings gelang es den großen Unternehmern mit ihren paternalistischen Einrichtungen in diesen Bereich einzudringen, was auf einer positiven Einstellung der Arbeiter (nicht zuletzt wegen der Gesangsvereine) beruhte<sup>61</sup>.

Mit anderen Worten: Autonomes Verhalten, individuell oder kollektiv, war auch eine Reaktion der Arbeiter auf paternalistische Politik. Jedoch kann man diese Autonomie nicht als bewußten Widerstand bezeichnen, der durchaus in gewerkschaftlich organisierten Betrieben geübt wurde.

### Die Rolle des Staates

Das Wachstum der großen Unternehmen sorgte für eine Abnahme der starken Feindseligkeit, mit der die Arbeiterbewegung dem Staat im allgemeinen gegenüber-

<sup>58</sup> Zeev Sternbell, *Ni droite ni gauche* (Paris 1983) 62–65. George L. Mosse, *The French Right and the Working Classes: les Jaunes*, in: *Journal of Contemporary History* 7 (Juli 1972). Sternbell, *La droite révolutionnaire* (Paris 1978) 299–310. Tremplé, *Les mineurs*, Bd. 2, 763–769, 807–813, 928–930. Marie-Geneviève Dézès, *Jaurès cible des jaunes*, in: *Bulletin de la Société d'études jaressiennes* 20 (Januar–März 1978).

<sup>59</sup> Perrot, *Le regard*, 300–306. Patrick Mahony, *La Vie Ouvrière, 1909–1914: History of a Syndicalist Review* (Dublin, Trinity College, B.A. thesis, 1983) 20–39. Nicholas Papayanis, *The Life of Alphonse Merrheim* (Assen 1985).

<sup>60</sup> Hyacinthe Dubreuil, *J'ai fini ma journée* (Paris 1971) 69–74, 165. Noiriel, *Défendre l'usine secrète*, in: *Travail* 2 (April 1984) 19–24. Hardy-Hémery, *De la croissance*, 55.

<sup>61</sup> Léon Calinaud, *Jeunesse de la Voiture*, in: *La Vie Ouvrière* 3 (20. September 1911) 332, 334. Haupt, *Außerbetriebliche Situation und Erfahrungen von französischen Arbeitern vor 1914*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 22 (1982) 491–513. Fridenson, *Die Arbeiter*, 234–235, 243–244. Hardy-Hémery, *De la croissance*, 41–44. Perrot, *La classe ouvrière*, 77–79.

stand. Für immer mehr Arbeiter und Angestellte (und nicht nur für die Bergarbeiter) wurde der Staat zu einem *Deus ex machina*, zu einer dritten Kraft, die der Arbeiterschaft helfen konnte, die großen Unternehmen zu Zugeständnissen zu zwingen, die man durch direkte Aktion nicht hatte erzwingen können oder die eine gute Ergänzung der paternalistischen Arbeitgeberpolitik darstellten. Praktischer politischer Reformismus hatte offensichtlich mehr Erfolg und mehr Praktiker als bisher angenommen wurde, wie die jüngste Forschung nachweisen konnte<sup>62</sup>.

Dennoch blieb der Klassenkampf eine alltägliche Erfahrung für die meisten Arbeiter, deren Zusammengehörigkeitsgefühl durch das Entstehen von Arbeitervierteln, der wachsenden Segregation im Wohnverhalten und im kommunalen Leben verstärkt wurde<sup>63</sup>. Kollektives Handeln blieb jedoch nicht auf Arbeiter und nicht einmal auf Angestellte beschränkt, sondern erfaßte auch die Arbeitgeber.

### 5. Konfliktmanagement

Kollektives Handlungsvermögen auf seiten der Arbeiterschaft zwang die Arbeitgeber zur Anpassung. Sie mußten ihre Strategien und Taktiken dahingehend entwickeln, daß sie einem Konfliktausbruch entweder zuvorkamen oder nach ausgebrochenem Konflikt mit diesem fertig wurden. Das Ergebnis war eine nachhaltige Beeinflussung der Arbeiterorganisationen, deren Übergang von Berufsgewerkschaften zu Industrieverbänden beschleunigt wurde.

#### Arbeitgeberorganisationen

Arbeitgeberverbände waren kein neues Phänomen in Frankreich. Allerdings waren sie früher zumeist geographisch konzentriert gewesen oder hatten sich hauptsächlich den Transport- und Zollproblemen gewidmet. Jetzt aber nahmen sie die Arbeiterfrage mit in ihren Kompetenzbereich hinein, so daß sich sehr rasch nationale Arbeitgeberverbände entwickelten. Ein typisches Beispiel war der Verband der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie, „Union des Industries Métallurgiques et Minières“, der 1900 gegründet wurde und dessen Durchsetzungskraft die französischen Arbeiterführer zugleich bewunderten und fürchteten<sup>64</sup>. Allerdings tat die Verbandsentwicklung dem Individu-

<sup>62</sup> *Tremblé*, Le réformisme des mineurs français à la fin du XIXe siècle, in: *Le Mouvement Social* 9 (Oktober–Dezember 1968) 93–107. *Jacques Julliard*, Théorie syndicaliste révolutionnaire et pratique gréviste, ibidem 55–69. *Claude Geslin*, Le syndicalisme ouvrier en Bretagne avant 1914, in: *Le Mouvement Social* 25 (April–Juni 1984) 63–64. *Jean Quellien*, Un milieu ouvrier réformiste: syndicalisme et réformisme à Cherbourg à la Belle Epoque, ibidem 72–87. *Perrot*, Comment les ouvriers, 199.

<sup>63</sup> *Lequin*, Les citadins et leur vie quotidienne, in: *Georges Duby* (Hrsg.), Histoire de la France urbaine, Bd. 4 (Paris 1983) 276–313, 319, 323–335. *Lequin*, Les pierres de la ville, in: *Lequin*, (Hrsg.), Histoire des Français XIXe–XXe siècles, Bd. 2 (Paris 1983) 361–382.

<sup>64</sup> *Christian Gras*, Merrheim et le capitalisme, in: *Le Mouvement Social* 9 (April–Juni 1968) 43–63. *Gillet*, Les charbonnages. *Michael Rust*, Business and politics in the Third Republic: the Comité des Forges and the French steel industry, 1896–1914 (Princeton University, Ph.D. thesis,

alismus der Arbeitgeber ebensowenig Abbruch wie ihrem Gefühl der Branchenzugehörigkeit. Nicht zuletzt aus diesem Grund kam es bis 1919 zu keinem branchenübergreifenden nationalen Arbeitgeberverband. Vielmehr versuchten die einzelnen Verbände durch ihre jeweiligen Vertreter die Parlamentsabgeordneten z. B. in Fragen der Sozialgesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

### Abwehrmaßnahmen gegen Streiks

Im Lauf der Zeit wurden sich die Arbeitgeber zunehmend der Grenzen einer paternalistischen Arbeiterpolitik bewußt. Deshalb suchten sie nach neuen Möglichkeiten, um den Forderungen und Streikdrohungen ihrer stark gewachsenen, aber gleichzeitig instabileren Arbeiterschaft wirksam entgegenzutreten zu können<sup>65</sup>. Gründungen von Streikfonds und der Abschluß von Versicherungen gegen Streiks und Betriebschäden waren ein Weg der Vorsorge. Daneben versuchte man die Gewerkschaften auszuspiönieren, entließ gelegentlich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und unterstützte wirtschaftsfriedliche Arbeiterorganisationen und Berufsverbände. Ferner pflegte man gute Beziehungen zu Presse, Polizei und Justiz sowie zu den politisch einflußreichen Kreisen<sup>66</sup>. Diese gezielten Bemühungen waren eine der Ursachen für die relativ schwache gewerkschaftliche Organisation in den meisten großen Unternehmen, doch gelang es nicht, Konflikte grundsätzlich zu verhüten. Auch schwache Gewerkschaften zeigten sich durchaus in der Lage, große Streiks zu organisieren.

### Konfliktlösungen

Wesentlich häufiger als den kleinen Firmen im ausgehenden 19. Jahrhundert gelang es großen Unternehmen, Arbeitskämpfe durch alleinige Unternehmerentscheidung zu beenden. Dabei war die Zahl der Streiks und Streikenden beträchtlich angewachsen. Streiks, die für die Arbeiterschaft erfolgreich endeten, waren zwischen 1905 und 1914 jedoch deutlich rückläufig<sup>67</sup>.

Trotzdem versuchten sich die großen Unternehmen an neuen Strategien, wie z. B. der Konfliktvermittlung durch Schiedsverfahren, was nicht selten den Boden für spätere Auseinandersetzungen bereitete. Schon 1891 kam es in den Kohlenzechen von Nordfrankreich und Pas de Calais zu ersten kollektiven Verhandlungen, die sich danach auch in den Bergwerken anderer Regionen durchsetzten. Nur langsam fanden

1973). *Judith E. Vichniac*, Industrial relations in historical perspective: a case study of the French iron and steel industry (1830–1921) (Harvard University Ph.D. dissertation 1981) 128–252. *Lequin*, La montée des antagonismes collectifs, in: *Lequin* (Hrsg.), Histoire 462–463. *Henry D. Peiter*, Institutions and attitudes: the consolidation of the business community in bourgeois France, 1880–1914, in: *Journal of Social History* 9 (1976) 510–525.

<sup>65</sup> *Peter N. Stearns*, Against the Strike Threat: Employer Policy towards Labor Agitation in France (1900–1914), in: *Journal of Modern History* 40 (1968) 474–500.

<sup>66</sup> *Lesselier*, Employées, 123–125. *Fridenson*, Histoire des usines Renault, Bd. 1 (Paris 1972) 74–75. *Pierre Cayez*, Crises et croissance de l'industrie lyonnaise, 1850–1900 (Paris 1980).

<sup>67</sup> *Perrot*, Les ouvriers en grève (France, 1871–1890), Bd. 1 (Paris 1973) 65–72 und Bd. 2, 659–690. *Daviet*, La Compagnie, 850–852.

kollektive Verhandlungen in anderen Branchen Verbreitung, da die meisten Arbeitgeber sich ungern in ihrem Verfügungs- und Entscheidungsrecht einschränken ließen. Betriebliche Repräsentanten der Arbeiter oder sog. Obleute stießen auf noch größere Ablehnung durch die Arbeitgeber und konnten sich kaum durchsetzen. Seit 1890 fanden sie neben den Sicherheitsmännern Eingang in die Zechen, dann in die Metallindustrie und zwar als Resultat des Streiks in den Schneider Werken 1899. Ferner setzten sich die Arbeitervertretungen zwischen 1905 und 1910 in verschiedenen Fabriken des Nordens durch (z. B. der Seifenherstellung), in der Automobilindustrie (1905 bei Berliet, 1906 bei Delaunay-Belleville, 1912 bei Renault) und nach den Streiks 1906 auch in der Joya Co. in Grenoble<sup>68</sup>. Dank staatlicher Intervention kam es seit Frühjahr 1910 auch in den Eisenbahngesellschaften des Nordens zur Einsetzung gewählter Betriebsobleute, was schon seit 1901 in den Eisenbahngesellschaften des Südens die Regel war, während diese Einrichtung in der staatlichen Eisenbahngesellschaft zwischen 1901 und 1907 geschaffen worden war<sup>69</sup>. Ohne Zweifel waren diese Bemühungen kaum mehr als vereinzelte Experimente zu einer Zeit, in der „zivilisierte Beziehungen“ mit den Gewerkschaften von der Arbeitgeberseite durchweg noch nicht akzeptiert wurden, vielmehr die Arbeitgeber noch kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu Aussperrung und Massenentlassungen griffen, um Konflikte in ihrem Sinne zu lösen. Dennoch lernten die Arbeiter durch diese verschiedenen Experimente und durch die bei Konfliktausbrüchen nötigen Verhandlungen beträchtlich, so z. B. die Sprache der Kompromißfindung, die Notwendigkeit des Dialogs und die Suche nach möglichen Vorteilen. Dadurch aber begann sich bald eine besondere Gruppe innerhalb der Arbeiterschaft herauszubilden, die gewissermaßen zu Spezialisten der Verhandlungsführung mit den Arbeitgebern wurden.

Von der zunehmenden staatlichen Konfliktintervention profitierten dagegen meistens, aber nicht immer, die Arbeitgeber. So versuchte die Regierung schon verschiedentlich zwischen Arbeitgebern und Arbeiterschaft zu vermitteln, um auf diese Weise den Ausbruch gefährlicher Arbeitskämpfe zu verhindern oder, falls es schon zu spät war, diese nach Möglichkeit schnell zu beenden.

### *Schlussbetrachtung*

Obwohl ohne Zweifel „extreme Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen und Industriesektoren herrschten“<sup>70</sup>, können dennoch einige allgemeine Feststellungen gemacht werden. Zunächst drängt sich der Eindruck auf, daß der Wandel der

<sup>68</sup> Stearns, Against the strike threat. Gillet, Histoire sociale du Nord et de l'Europe du Nord-Ouest (Lille 1984) 133–145. René Parize, La stratégie patronale au Creusot pendant les grèves de 1899–1900, in: Cahiers d'Histoire de l'Institut Maurice Thorez (Januar–März 1978) 13–46. Donald Reid, The Role of Mine Safety in the Development of Working-Class Consciousness and Organization: The Case of the Aubin Coal Basin, 1867–1914, in: French Historical Studies 12 (Frühling 1981) 98–119. Fridenson, Die Arbeiter, 254. Melucci, Action, 151. Perrot, The Three Ages, 162–163. Dubreuil, Employeurs et salariés en France (Paris 1934) 436.

<sup>69</sup> Caron, La grève des cheminots de 1910, in: Conjoncture économique, 201–219. Ribeill, Le personnel, 385, 388–394.

<sup>70</sup> Perrot, The Three Ages, 164.

Unternehmenspolitik deutlich die Homogenität der Arbeiterschaft reduzierte, diese vielmehr trotz eines wachsenden kollektiven Antagonismus gegen die Unternehmer sich in vielfältige Kategorien und Schichten aufspaltete. Deshalb war die Einheit der Arbeiterklasse das Ziel der Arbeiterführer, nicht aber deren Handlungsgrundlage. Allerdings läßt sich der Einwand erheben, daß die großen Unternehmen auch zur Homogenität ihrer Belegschaften beitrugen und zwar durch die Errichtung bürokratischer Strukturen und Regelungen, durch die gezielte Förderung des Gefühls der Unternehmenszugehörigkeit, was die Barrieren zwischen den einzelnen Berufen innerhalb der Belegschaften verringerte, durch die Auswirkungen der Sozialgesetzgebung, selbst wenn diese in der praktischen Durchführung verzögert wurde, sowie durch die Tatsache, daß es dem einzelnen Arbeiterhaushalt jetzt besser möglich wurde, Berufschancen und Arbeitsgelegenheiten zu übersehen, entsprechende Hoffnungen und Erwartungen einzuschätzen. All das ist richtig, doch muß daran erinnert werden, daß es beträchtliche Unterschiede zwischen den großen Unternehmen gab. So waren z. B. Unternehmen unter der Führung angestellter Manager in der Regel weniger paternalistisch als Familienunternehmen, ging die größere Heterogenität der Arbeiterschaft mit der Größe der Unternehmen einher, für die ein differenziertes Lohnsystem auf der Basis individualistischer Leistungsanreize und komplexer Arbeitsteilung charakteristisch war.

Obwohl große Unternehmen gewöhnlich eine wesentlich längere Lebensdauer als kleine Firmen hatten, setzte ihre Politik in jenen Jahren die französische Arbeiter- und Angestelltenschaft häufigen Veränderungen aus, die mit den Umstrukturierungen der Belegschaften durch die Einführung neuer Technologien, Arbeitsordnungen oder sozialer Maßnahmen verbunden waren. Diese Erfahrung förderte das Wachstum der Gewerkschaften, sorgte dagegen zwischen 1909 und 1914 für deren krisenhafte Lage. Ferner veränderte sich das Leben der Arbeiter fundamental, so war z. B. eine Begleitscheinung der umsichgreifende Alkoholismus, gegen den die Gewerkschaften und Sozialisten seit 1910 verstärkt ankämpften. Alles in allem trug daher die von den großen Unternehmen geschaffene neue Kultur zwar zu einer Integration familiärer Traditionen mit der bürokratischen Realität bei<sup>71</sup>, befriedigte jedoch nicht, sondern stimulierte vielmehr das Verlangen der französischen Arbeiterschaft nach mehr Sicherheit, z. B. nach besserer beruflicher, finanzieller und gesundheitlicher Absicherung am Arbeitsplatz. Die Folge war eine größere Insistenz bei der Verteidigung der Rechte der Arbeiterschaft, wachsende Disziplin in den Gewerkschaften und um die Jahrhundertwende die Renaissance der Idee der Verstaatlichung. Sicherheit allein war jedoch noch nicht ausreichend. Vielmehr hatte die Arbeitsintensität einen Punkt erreicht, der zunehmend für Konflikte sorgte, wie das der 1910 ausbrechende Streik auf der nördlichen Eisenbahnlinie signalisierte. Die Verkürzung der Arbeitszeit avancierte daher zur zentralen Forderung sowohl der Gewerkschaften und der politischen Linken als auch der Mehrheit der Arbeiter selbst, die in Reaktion auf die Veränderungen der Arbeiterpolitik in den großen Unternehmen auf diesem Wege ihre Identität bewahren und sichern wollten.

<sup>71</sup> *Miller, The Bon Marché, 237–238.*

## Kommentar

*Alf Lüdtke*

### Arbeiterpolitik versus Politik der Arbeiter?

#### Zu Unternehmensstrategien und Arbeiterverhalten in deutschen Großbetrieben zwischen 1890 und 1914/20

1. Die Verhaltensweisen fabrikindustrieller Arbeiter „im Betrieb“ werden aus sehr unterschiedlicher Sicht überraschend ähnlich analysiert. Zumindest in einem zentralen Punkt treffen sich Thesen aus zwei sonst weithin einander ausschließenden Blickrichtungen. Annahmen zur Durchsetzung von manageriell-bürokratischer Unternehmensführung und -kontrolle unterstellen grundsätzlich eine erhebliche *Eindringtiefe* der damit verbundenen Disziplinierung der täglichen Artikulationen und Aktivitäten der Arbeitenden. Den Rahmen geben hier Überlegungen zu Prozessen der langfristigen Ausbreitung von Formen einer „okzidentalen Rationalität“ (M. Weber). Die These von der weitreichenden Prägekraft der Anforderungen arbeitsteiliger Produktion findet sich aber auch in Untersuchungen über die eigentümlich „stummen Zwänge“ industriekapitalistischer Lohnarbeit – also in Arbeiten, welche eine Kritik der politischen Ökonomie fortzuführen suchen.

In beiden Sichtweisen gelten systemische (oder „objektive“) Zwänge sowie die damit verbundenen Kontrollstrategien des „Kapitals“ bzw. der Unternehmer (oder ihrer Manager) als zunehmend bestimmend für Verhalten wie Erfahrungen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Deckungsgleich erscheinen die Sanktionen, die Kosten des variablen Kapitals bzw. der Arbeitskraft gering zu halten, mit gesamtgesellschaftlich wirkenden Tendenzen zu langfristiger Einhegung individuellen und kollektiven Verhaltens. Die hier wie dort unterstellte Logik industriekapitalistischer Produktion, d. h. die vorausgesetzte Notwendigkeit kostengünstiger Produktionsabläufe, findet danach Niederschlag nicht nur in den Arbeitsprozessen. Vielmehr werden auch Wahrnehmungen und Orientierungen in Situationen der Nicht-Arbeit berührt; erfaßt wird die gesamte „Lebensweise“ der Betroffenen. Als Beispiele gelten in der Regel:

a) Mit dem fabrikindustriellen Produktions-Alltag verknüpfe sich insbesondere eine Veränderung von Zeitwahrnehmung und -disziplin (E. P. Thompson)<sup>1</sup>; es handele sich um die vielfach schmerzhafteste, aber scheinbar unausweichliche Übernahme von linear-mechanischen Zeitvorstellungen der „großen Industrie“.

<sup>1</sup> Edward P. Thompson, Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus, in: Dieter Grob (Hrsg.), Plebejische Kultur und moralische Ökonomie (Frankfurt u. a. 1980) 35–66; zur Problematisierung vgl. meinen Versuch: Arbeitsbeginn, Arbeitspausen, Arbeitsende. Skizzen zu Bedürfnisbefriedigung und Industriearbeit im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Gerhard Huck (Hrsg.), Sozialgeschichte der Freizeit (Wuppertal 1981) 95–122.

b) Parallel oder unmittelbar anschließend sei ein Übergang von momentan-kurzfristiger zu langfristig-strategischer Kalkulation von Lohn- und Arbeitsplatzinteressen zu beobachten. Verwiesen wird auf zunehmenden Organisationsgrad (Mitgliedschaft in den Gewerkschaften); als ebenso wichtig gilt aber auch die Veränderung im Streikverhalten, wie sie in Deutschland seit den 1890er Jahren zu beobachten ist: Mit zunehmender Erfahrung in fabrikindustrieller Arbeit setzte sich demnach mehr und mehr eine risikobewußte, d.h. vorsichtig-abwägende Orientierung durch, in der Streiks mehr und mehr nur als letztes Mittel fungierten (H. Kaelble/H. Volkmann)<sup>2</sup>.

Fridenson verknüpft beide Sichtweisen. Er argumentiert vor der Folie langfristiger, gesellschaftlich begründeter Unterwerfungszwänge, die sich in und durch fabrikindustrielle Arbeitsprozesse durchsetzten. Zugleich untersucht er, wie Management und industrielle „Unteroffiziere“ (K. Marx) ihre (relativen) Handlungsspielräume füllten und nutzten. Er teilt die These vom zunehmenden Eindringen von Disziplinierungszumutungen und Regulierungsmechanismen in den Arbeitsprozeß, aber auch in die Sphären proletarischer Lebensweise außerhalb der Werkstätten und Werkmauern. In seiner Sicht ist Zurichtung, zumindest Dämpfung von individuellen wie kollektiven Formen proletarischer Widerständigkeit ein eindringlicher Beleg dafür, daß die Bemühungen des industriellen Managements relativ erfolgreich waren: die Arbeitenden zu einem unter anderen Kalkulationsfaktoren zu machen. Fridenson hebt dabei die Blockierung von Homogenität am Arbeitsplatz durch die über den Arbeitsmarkt vermittelten Anpassungszwänge hervor; dadurch sei den Betroffenen potentielle Solidarität und Kollektivität entzogen worden. Inwieweit hier neben den partikularen Kontroll- und Herrschaftsinteressen auch gesamtgesellschaftliche Veränderungen, d.h. klassenübergreifende Transformationen von Orientierungsmustern zu erkennen sind, bleibt bei Fridenson freilich offen. Das Problem der „hegemonialen“ (Selbst-) Kontrollen<sup>3</sup>, gerade auch hinter dem Rücken der Beherrschten, klingt nur indirekt an.

Demgegenüber ist zu fragen, ob nicht Berichte teilnehmender (wie distanzierter) Beobachter, aber auch dichte Beschreibungen der sozialen Praxis am Arbeitsplatz ein anderes, in jedem Fall aber mehrdeutiges Bild zeigen. Zumutungen und Neu-Orientierungen waren vielfach unausweichlich: Arbeitszerlegung und -intensivierung, aber auch striktes Zeitregime blieben nicht nur theoretische Postulate; sie wurden vielmehr in täglichen Auseinandersetzungen angedroht, durchgesetzt oder zumindest immer angefordert. Damit verbunden war die Veränderung von Qualifikationsprofilen. Kooperation in „gefügeartigen“ Gruppen (z.B. Hammer- oder Walzwerke) mußte Ar-

<sup>2</sup> Hartmut Kaelble, Heinrich Volkmann, Konjunktur und Streik während des Übergangs zum Organisierten Kapitalismus in Deutschland, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 92 (1972) 513–544.

<sup>3</sup> Eine zugleich theoretisch informierte wie auf die Schwierigkeiten historisch-systematischer Analyse orientierte Darlegung der damit verbundenen Probleme bei *Gerald M. Sider*, Bande, die zusammenbinden. Kultur und Agrikultur, Eigenheit und Eigentum in der Dorffischerei Neufundlands, in: *Robert M. Berdahl, Alf Lütke, Hans Medick*, Klassen und Kultur (Frankfurt 1982) 108–156, bes. 132 ff. Fragen der materialen, zugleich säkularen Veränderung von gesellschaftlichen Orientierungen und Verhaltensmustern werden umfassend thematisiert und z.T. durchgeführt bei *Norbert Elias*, Über den Prozeß der Zivilisation, 1, 2 (Bern <sup>2</sup>1969).

beitsteilung mit steter „Eile“ verbinden; Aufmerksamkeit auf eine schmale Palette von Arbeitsabläufen wurde zunehmend gefragt (Automatendreher). Anforderungen des Fabrikbetriebes wie einzelne branchentypische Arbeitsprozesse förderten ebenso wie neue gesamtgesellschaftliche Orientierungen (z. B. Gesundheits- und Hygienestandards!) vermehrte (Fremd-)Kontrolle der „täglichen Produktion und Reproduktion“. Gleichzeitig konnten sich aber auch Chancen für Selbst-Kontrolle öffnen: Motorische Sensibilität, „fingerfertige“ Geschicklichkeit und erfahrungsgesättigte Vertrautheit mit einer breiten Palette von Material- und Werkzeugeigenschaften wurden vermehrt gebraucht und prämiert (z. B. im Maschinen- und Anlagenbau).

Einblicke in Erfahrungsweisen und Praxis der Betroffenen zeigen aber auch, daß die Aneignung von Arbeitsmarktverhältnis und Arbeitsplatzorganisation, zugleich von Hygiene- und Bildungsforderungen mehr war als pure Anpassung. In den Formen der Aneignung wurden vielmehr Zumutungen und Zwänge aufgenommen, gleichzeitig aber in eigenständiger, gelegentlich oder vielfach widersetzlicher Weise in tägliches Handeln und Verhalten umgesetzt. Ein Beispiel: Die angeforderte Pünktlichkeit bei Wiederbeginn der Arbeit nach den Pausen blieb stets prekär<sup>4</sup>. Das Zeitregiment war insgesamt weithin mit Widersetzlichkeit, zumindest mit Ausweichen und „Wegtauchen“ gefärbt. Vielfach erkennbar werden Momente praktizierter Distanz zum Idealtypus fabrikindustrieller, also diszipliniert-funktionaler Arbeit.

2. Einen nicht unwichtigen Unterschied zu den französischen Verhältnissen zeigt die Zusammensetzung der Arbeiterschaft in den führenden Sektoren der jeweiligen Ökonomien<sup>5</sup>. Unter den 100 größten Betrieben gehörte in Frankreich 1907 beinahe die Hälfte zur Textilbranche, mit weitem Abstand gefolgt von denen der Metallerzeugung und -verarbeitung sowie denen der Chemie. Demgegenüber hielten im Deutschen Reich die Spitzenpositionen die Betriebe der Montan- und Schwerindustrie, gefolgt von denen der Elektroindustrie. Das verweist nicht nur auf die unterschiedlichen Industrialisierungsprozesse und, im Falle des Deutschen Reiches, auf die relativen Vorteile nachholender und beschleunigter Industrialisierung (dies vor allem bei dem erheblichen Anteil der „modernen“ Elektroindustrie in Deutschland). Für den hier diskutierten Zusammenhang ist wichtiger, daß unter den quantitativ führenden Branchen, jedenfalls gemessen an der relativen Häufigkeit von Großbetrieben, in Deutschland Frauenarbeitsplätze kaum eine Rolle spielten. In Frankreich stützte sich mit den Textilbetrieben ein großer Teil der großen Unternehmungen in besonders hohem Maße auf die relativ billige Frauenarbeit. Demgegenüber blieb der systematische Einsatz von Frauenarbeit, wie ihn Bosch ab 1906/8 probierte und betrieb, unter den Großbetrieben in Deutschland zunächst ein Einzel- und Sonderfall<sup>6</sup>.

<sup>4</sup> Dazu die Beispiele in meinem Aufsatz: Arbeitsende, Arbeitspausen, sowie jetzt *Franz-J. Brüggemeier*, *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau, 1889–1919* (München 1983).

<sup>5</sup> *Jürgen Kocka, Hannes Siegrist*, Die hundert größten deutschen Industrieunternehmen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Expansion, Diversifikation und Integration im internationalen Vergleich, in: *Jürgen Kocka* (Hrsg.), *Recht und Entwicklung der Großunternehmen im 19. und frühen 20. Jahrhundert* (Göttingen 1979) 55–122, bes. 83 ff.

<sup>6</sup> *Heidrun Homburg*, Die Anfänge des Taylorsystems in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: *GG* 4 (1978) 170–194, 182 ff.

3. Für die Eigentümlichkeiten des Profils der in den Großbetrieben Arbeitenden wie für ihre Arbeitsprozesse selbst bedeutete das zweierlei:

a) Bei den Männerarbeitsplätzen konnte die innerbetriebliche Hierarchie durch die außerbetriebliche Rang- und Machtordnung der Geschlechter entlastet und zugleich verstärkt werden. Wenn Ehefrauen oder Töchter nur wesentlich schlechter bezahlte Fabrikarbeit hatten oder, z. B. im Ruhrgebiet, bei Erwerbsarbeit auf Putz- und Aushilfsstellen angewiesen waren, dann verdoppelte die Haus- bzw. Reproduktionsarbeit der Frauen in gleichsam unproblematischer Weise die Lohnhierarchie. Die häusliche Arbeit der Frauen beim Essenbesorgen und Kochen, bei Fürsorge für Kinder, Mann und Wohnung mochte als notwendige Leistung gelten – nur so schienen Frauen offenbar „ihren“ Anteil zum familialen Überleben zu erbringen<sup>7</sup>. Parallel konnte die weitgehende Gleichsetzung von Großbetrieben, modernen Branchen und Männerarbeitsplätzen eine Identifizierung von männlich dominierter und bestimmter Erwerbsarbeit mit „Arbeit“ überhaupt erleichtern<sup>8</sup>. Die Organisation außerhäuslicher Erwerbsarbeit hätte demnach in Deutschland vor 1914 dazu beigetragen, die Heterogenität der Orientierungen und Lebensweisen im industriellen Proletariat zu unterstreichen, wenn nicht zu festigen.

b) Die Branchenverteilung unter den Großbetrieben in Deutschland bedeutete für die Verhältnisse am Arbeitsplatz:

Es handelte sich vornehmlich um Arbeitsabläufe, in denen einzelne oder kleine Gruppen relativ selbständig tätig waren. Repetitive Teilarbeit, wie insbesondere bei Web- und Spinnmaschinen, leisteten vergleichsweise wenige. Unter der Anleitung von Vorarbeitern waren vielfach Kolonnen, z. T. im Akkordlohn, aber auch im Zeitlohn mit unterschiedlichen Arbeitsaufträgen beschäftigt; Stückzahlen, Dimensionen und Qualitätsanforderungen konnten in vielerlei Weise variieren. Die Anleitungen bzw. Vorgaben von Ingenieuren und Meistern griffen dabei jedoch kaum in die unmittelbare Organisation am Arbeitsplatz selbst ein. Insbesondere das Instrument des Gruppenakkords trug dazu bei, daß die Arbeitskolonnen von 6–14 (oder auch 18) Arbeitern das Tempo des Arbeitsablaufes und die unterschiedliche Bewertung der jeweiligen Arbeitsleistungen mit ihrem Vorarbeiter unter sich zu regeln hatten.

Für die einzelnen Branchen hieß das:

Die Steiger im Bergbau hatten bei ihren Kontrollgängen keine Möglichkeit, direkt oder gar fortlaufend in die Arbeit „vor Ort“ einzugreifen<sup>9</sup>. Ähnliches gilt für die Kolonnen bei den Hüttenwerken oder auch an den Walzstraßen. Aber auch für je-

<sup>7</sup> Vgl. dazu anhand konkreter Fälle *Ann-Katrin Einfeldt*, Auskommen – Durchkommen – Weiterkommen. Weibliche Arbeitserfahrungen in der Bergarbeiterkolonie, in: *Lutz Niethammer* (Hrsg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Bd. 1 (Berlin, Bonn 1983) 267–296.

<sup>8</sup> *Luisa Passerini*, Arbeitersubjektivität und Faschismus, in: *Lutz Niethammer* (Hrsg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis (Frankfurt 1980) 214–248. Belege, welche demgegenüber die relative Gleichrangigkeit von außerhäuslicher Erwerbs- und Hausarbeit für Bergarbeiter zeigen, bei *Ann-Katrin Einfeldt*, Auskommen (Anm. 7).

<sup>9</sup> *Franz-Josef Brüggemeier*, Leben vor Ort (Anm. 4).

weils einzeln arbeitende (wenn auch als Kolonne organisierte) Maschinenbauarbeiter, z.B. Dreher, Hobler oder Fräser, wurden Arbeitsablauf und Ausstoß bzw. Tempo immer auch von den Arbeitenden untereinander (einschließlich der Vorarbeiter) mitreguliert. Damit war für alle verbunden, daß sie die stets auch gefährlichen, jedenfalls nie ganz genau zu kalkulierenden Maschinen und Situationen im Auge halten und notfalls meistern mußten. Allerdings konnten sie sich und anderen dabei auch die eigene Leistung beweisen – nicht nur gegenüber den Naturgewalten (wie im Bergbau oder am Hochofen), sondern auch in der Kontrolle moderner Apparate und Maschinerie, wie z.B. bei den Drehern, den Walzstraßen- oder Bohrwerksfahrern<sup>10</sup>.

- c) Grenzen hatte diese relative Selbstkontrolle am Arbeitsplatz freilich in den Arbeitszeitpreisen, wie sie durch die Lohnsysteme vermittelt waren<sup>11</sup>. Sie reflektierten die Härte der Durchsetzungsanstrengungen des Managements – zugleich aber die Widerständigkeiten und Distanznahmen der Arbeitenden. Die tatsächlichen Akkordpreise bzw. die gezahlten Löhne verweisen also darauf, ob und wie Fabrikräume zu Feldern der Auseinandersetzung über Strukturen wie konjunkturelle Wechsellagen von Fabrikarbeit wurden. In Perioden schwacher oder abflauer Konjunktur zeigte sich, daß die Anstrengungen der Arbeitenden, Löhne in Abwehrstreiks zu sichern, bis 1914 zunehmend schwächer wurden. Grenzen der Selbstkontrolle am Arbeitsplatz waren aber auch durch die Mechanismen der Lohnsysteme selbst gesetzt. So wurden z.B. im Maschinenbau Zeit- und Akkordlöhne parallel eingesetzt. Vor allem Akkorde machten es notwendig, zugleich aber auch schwierig, über die eigene Arbeitsleistung genau im Bilde zu sein und, wenn möglich, Buch zu führen. Gruppen- wie Einzelakkorde erforderten aber auch eine ständige und vielfach mißtrauische Kontrolle der unmittelbar benachbarten Kollegen wie Nachbarkolonnen. Wenn einzelne oder Nachbarkolonnen die Akkorde zu sehr übererfüllten, war die Gefahr absehbar, daß demnächst alle Akkorde zu ungünstigeren Bedingungen ausgegeben würden – durchaus vor Einführung von Zeitkalkulatoren (letztere ab den 1920er, zum Teil erst in den 1930er Jahren).

Das Nebeneinander von Zeit- und Akkordlöhnen taugte vorzüglich, um die einzelnen Arbeiter wie die Arbeitsgruppen in erheblichem Maße mit der Kalkulation des optimalen Arbeitseinsatzes und der erforderlichen Kollegialität beschäftigt zu halten. Insgesamt gilt aber ähnlich wie bei der Durchführung von Arbeitsteilung: in der Sicherung eines noch akzeptablen Arbeitstempos bewiesen die Arbeitenden immer wieder ihre kreative Fähigkeit, die Verausgabung ihrer Arbeitskraft stets auch selbst zu regulieren.

<sup>10</sup> *Alf Lütke, Cash, Coffee-Breaks, Horse-Play: „Eigensinn“ and Politics among Factory Workers in Germany around 1900*, in: *Michael Hanagan, Charles Stepbenson* (eds.), *Class, Confrontation, and the Labor Process* (Westport/Conn., London 1986). *Rudolf Vetterli, Industriearbeit, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation* (Göttingen 1978).

<sup>11</sup> Einen ersten, in vielem sehr vorläufigen Überblick bei *Rudi Schmiede, Edwin Schudlich, Die Entwicklung der Leistungsentlohnung in Deutschland* (Frankfurt 1976). Zu Maschinenbauarbeitern vgl. *Alf Lütke, Cash* (Anm. 10).

d) Immer wieder revidierte Fabrikordnungen oder auch neue Zusatzbestimmungen, zumal in den großen Betrieben, zeigen in ihren immer detaillierteren Vorschriften, daß weder die direkte Kontrolle noch die indirekte (über Lohn- und Prämiensysteme) die erwünschte Gleichmäßigkeit und Disziplin fortwährend und bruchlos sichern konnten<sup>12</sup>. Vorschriften wie die, für die Notdurft nur Aborte zu benutzen, Maschinen nicht während des Betriebes zu reinigen, vor allem auch „Raufereien“ zu unterlassen, verweisen auf das Gegenteil: eine andauernde Aktivität der Arbeiter. Den kontrollierenden Blicken der Vorgesetzten mußte sie freilich nur als Unbotmäßigkeit, letztlich als Gefährdung der Profitabilität des Betriebes erscheinen. Berichte teilnehmender Beobachter, nicht zuletzt aber auch die Untersuchungen von Betriebsunfällen zeigen, daß kurzfristiges Verlassen des Arbeitsplatzes, ein kurzer Plausch mit Kollegen an den Nachbarmaschinen, daß vor allem aber auch „Neckereien“ oder „scherzhaftes Ringen“ untereinander zum Betriebsalltag gehörten<sup>13</sup>. Stumme oder auch lautstarke Körperkontakte, scherzhaftes oder auch sehr ernstliches Kräftemessen, drastische Abreibung für einen unbeliebten Kollegen (z. B. Überfallen eines schlafenden Kranführers mit dem Strahl aus einem Preßluftschlauch) – sie zeigen etwas von der Spannweite der Distanzierungsanstrengungen der Arbeitenden. Manche versuchten aber auch nur „bei sich“ zu sein; das Klo bot eine häufig benutzte Rückzugsmöglichkeit, jedenfalls für einige Minuten. Das „Beisich-sein“ ließ sich jedoch auch mit dem demonstrativen Männlichkeitsbeweis verbinden; das waghalsige Turnen eines Arbeiters an einer laufenden Welle mochte ein solcher Fall sein. Überliefert wurde dieser und anderer „Leichtsinn“ jedoch nur, wenn er zu schweren, wenn nicht tödlichen Verletzungen führte, d. h. als „Betriebsunfall“ aktenkundig wurde.

In den angedeuteten Fällen nahmen Arbeiter auf vielfältige Weise Distanz von den Zumutungen des Betriebsablaufs, aber auch von den Erwartungen der Kollegen. Vieles davon geschah während des laufenden Betriebes, ohne ihn unmittelbar zu behindern. Es bedeutete vielleicht für die Vorgesetzten, nicht aber notwendig auch für die Arbeitenden direkte Widersetzlichkeit. Deutlich ist in jedem Fall, daß es weder um fugenlose „Kollektivität“ noch um bruchlose „Solidarität“ ging. Immerhin gehörten zu den wortlosen Körperspielen am Arbeitsplatz vielfältige Formen von Aggressivität und auch Brutalität untereinander. Im Diebstahl von Werkzeugen, im Foppen und Necken, aber auch zum Teil in schmerzhaften Angriffen und Streichen wurde immer auch die klasseninterne Hierarchie von „Alten“ und „Jungen“, von „Tüchtigen“ und „Unfähigen“ eingeschliffen oder wieder bestätigt.

<sup>12</sup> Vgl. die Fabrikordnungen von Krupp aus den Jahren 1856, 1885 und 1890 sowie Zirkulare vom 15. Februar 1890, 29. Dez. 1890 und 30. Sept. 1910, Historisches Archiv Krupp WA X a III,14 (1856); WA IV 128, S. 287 ff. (1885); WA IV 130, S. 301 ff.; WA IV 130, S. 312; WA Xa 3,7, S. 157 (1910).

<sup>13</sup> Systematisch in *Alf Lüdtkke*, Cash (Anm. 10); einzelne Fälle bei *Heinrich Rosin*, Der Begriff des Betriebsunfalls als Grundlage des Entschädigungsanspruchs nach den Reichsgesetzen über die Unfallversicherung, in: Archiv für öffentliches Recht 3 (1888) 291–362, bes. 347 ff. Vgl. aus dem Kontext der US-amerikanischen Stahlindustrie (Gary, Ind.) *Richard M. Dorson*, Land of the Millrats (Cambridge/Mass., London 1981) passim.

Mehrdeutiges „Bei-sich-“ und „Bei-den-anderen-Sein“ verweist auf den „Eigensinn“ der Arbeitenden am Arbeitsplatz. Vorgesetzte und Unternehmensführungen hatten fortwährend damit zu tun. Und bereits vor den Hawthorne-Experimenten der späten 1920er Jahre (zum Nutzen der „informellen“ Hierarchie und der Kommunikation der Arbeitenden untereinander) war es vielfach gängige Praxis, keineswegs jedes Verbot auch tatsächlich durchzusetzen. Insofern dürfen die zum Teil detaillierten Strafbestimmungen nicht wörtlich genommen werden. Die relativ geringe Quote von tatsächlich verhängten Strafen zeigt deutlich, daß der Strafraum als Drohung galt. Dennoch bleibt festzuhalten, daß Versuche, den „Eigensinn“ der Arbeiter teilweise zu übersehen und hinzunehmen, ihn zu tolerieren oder vielleicht sogar instrumentell zu nutzen, nicht für die These einer gelungenen Disziplinierung sprechen. Denn auch das (partielle) Tolerieren signalisiert, daß der Kontrollanspruch der Vorgesetzten Grenzen fand, jedenfalls auf den Kernbereich der Sicherung von Produktivität (und Produktivitätssteigerung) beschränkt werden mußte.

„Eigensinn“ markiert nicht nur die kalkulierten Löcher im Kontrollnetzwerk „von oben“. Vor allem verweist „Eigensinn“ auf vielfältige Potentiale für individuelles wie kollektives Handeln. Die Erfahrung von Eigenständigkeit konnte sehr wohl spektakuläre Widerständigkeit und langfristig angelegte (kollektive) Interessendurchsetzung begründen und ermöglichen. Belege sind das breite Spektrum von Lohn- wie revolutionären Interessen der Maschinenbauarbeiter in Berlin von 1914 bis 1919, aber auch die Handlungsbereitschaft der Ruhrbergarbeiter beim Sozialisierungs-Generalstreik 1919. Diese kollektiven Aktionen gründeten in vielfältigem und andauerndem „Eigensinn“, in täglicher Interessen- und Bedürfnisartikulation am Arbeitsplatz.

4. In den Großbetrieben wurden die physisch-direkten Kontrollanstrengungen am Arbeitsplatz, z. B. durch die Meister, überlagert oder ergänzt von Strategien indirekter Regulierung der Arbeitskraft. Der im Prinzip an face-to-face-Kontakt gebundene „Herr-im-Haus“-Standpunkt, wie er vor allem im Bergbau, aber auch in den großen eisen-schaffenden und -verarbeitenden Betrieben Tradition hatte, wurde zunehmend von bürokratischen Elementen gestützt – mehr noch, überlagert und an den Rand gedrängt. Neben den bereits erwähnten Formalisierungen der Lohnsysteme und der Fabrikordnungen (sowie der Entfaltung des internen Rechnungswesens) lassen sich dafür auch symbolische Belege finden. Besonders ins Auge fällt das unspektakulär-beiläufige Abschaffen von weithin akzeptierten und demonstrativ zelebrierten Feiertagen, wie der Sedan-Feier ab 1896 bei Krupp<sup>14</sup> – also einem der zentralen politischen Symbole des Kaiserreichs von 1871. In ähnliche Richtung zielte die Vorschrift der Firma Krupp aus der Mitte der 1880er Jahre, in der den höheren Fabrikbeamten verboten wurde, eine Reserveoffizierskarriere wahrzunehmen; die Beamten sollten voll und ganz ihrem privaten Fabrik-„Herrn“ zur Verfügung stehen.

<sup>14</sup> Zirkular vom 26. August 1896, Historisches Archiv Krupp, WA IV 713 (vgl. demgegenüber z. B. das Zirkular vom 1. Sept. 1875: wegen der für den 2. Sept. vorgesehenen Feiern sei dann ein halber Tag zu „feiern“, WA IV 129, S. 140). – Zur Karriere von Ladw.- und Reserveoffizieren: WA IV 130, S. 59, 2. Juni 1887.

5. Innerbetrieblicher Paternalismus wurde nach der Überwindung der Depression von 1873 zunehmend um außerbetriebliche Fürsorglichkeit ergänzt. In den schwerindustriellen und maschinenbauproduzierenden Betrieben von Krupp und der GHH hatte der Bau von Menagen, d. h. von Wohnheimen für nichtverheiratete Arbeiter, sowie von Arbeitersiedlungen allerdings bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Tradition<sup>15</sup>. Bei Krupp wurde aber seit den 1880er Jahren die Festigung der „Betriebsfamilie“ innerhalb wie außerhalb der Werkstätten planmäßig erweitert. Die Gründung der Kruppschen Konsumanstalten, also von Läden für die tägliche Lebensmittelversorgung, aber auch für den längerfristigen Bekleidungs- und Einrichtungsbedarf in den 1880er Jahren, zielte darauf, die Konsumsphäre unmittelbar an die Betriebssphäre anzukoppeln. Und für die gezielte Weiterverbreitung und – durchaus im Wortsinn – Fortpflanzung der angestrebten Arbeiter-Kernfamilie schien die sparsame Haushaltsführung vordringlich. Die Einrichtung einer Haushaltsschule für die Töchter der Krupp-Stammebelegschaft sollte für eine stetige Vermittlung einschlägiger Prinzipien und praktischer Tips sorgen.

6. In einer Reihe von Großbetrieben wurden in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg 1914/18 Werks- oder Betriebszeitschriften genutzt, um das Bild der Betriebsfamilie systematisch nach innen und außen zu propagieren<sup>16</sup>.

Die Entwicklungstendenzen werden besonders gut erkennbar in den Krupp-Zeitschriften; sie galten anderen Unternehmen vielfach als beispielhaft. Seit 1901 erschien unter der Herausgeberschaft des „Kruppschen Bildungsvereins“ – er war getragen von den Betriebsbeamten und Büroangestellten – die Monatsschrift „Nach der Schicht“. Sie enthielt Lesetexte, d. h. allgemeine Betrachtungen („Vorm Weihnachtsbaum“, Nr. 6) oder populäre Vorträge (so G. Schmoller: „Arbeit und Kulturentwicklung“, Nr. 5). Ab 1910 wurde „Nach der Schicht“ zur Beilage der neu herausgegebenen, wöchentlich erscheinenden „Kruppschen Mitteilungen“. Letztere enthielten eben dies: Mitteilungen, vor allem Personalnachrichten aus den Betrieben des Konzerns. „Nach der Schicht“ brachte belehrend-feuilletonistische Betrachtungen, zwischen 1912 und 1915 auch mit ein oder zwei Illustrationen (pro Heft) garniert: Lithographien nach Fotovorlagen. Im Kriegsjahr 1917 entfiel „Nach der Schicht“. Der Titel wurde erst 1928 neu belebt – jetzt aber als Obertitel für die völlig neu gestalteten „Mitteilungen“. Neben der Erscheinungsweise, jetzt monatlich, änderte sich vor allem die gesamte Anlage der Zeitschrift. Es dominierten nun Erlebnisberichte aus den Produktionsabteilungen (spektakuläre Leistungen und Montagen), aber auch aus dem Wohlfahrtsbereich und den Wohnkolonien, also den Räumen der Nicht-Arbeit. Noch augenfälliger

<sup>15</sup> Vgl. Wohlfahrtseinrichtungen der Gußstahlfabrik von Fried. Krupp zu Essen an der Ruhr, Bde. 1–3 (Essen <sup>3</sup>1902); Die Gutehoffnungshütte Oberhausen, Rheinland, Zur Erinnerung an das 100jährige Bestehen 1810–1910 (Oberhausen 1910) 166–174.

<sup>16</sup> Die im folgenden diskutierten Zeitschriften sind einzusehen im: Historischen Archiv Krupp, Essen; Historischen Archiv der Gutehoffnungshütte, Oberhausen; Stadtarchiv Hannover. – Zum „neuen“ Typ vgl. Historisches Archiv GHH 4001921/13, bes. das Memorandum von Frau Dr. H. Schmidt an Direktor Kalthoff vom 7. Sept. 1925. – Zum „Dinta“ Theodor Leipart (Hrsg.), Die 40-Stunden-Woche. Untersuchungen über Arbeitsmarkt, Arbeitsertrag und Arbeitszeit (Berlin 1931) 103–108.

mußte der Beginn des „Fotozeitalters“ sein: jedes Heft enthielt nun zahlreiche, zugleich sehr professionell „komponierte“ Standfotos und Momentaufnahmen. Direkt auf die Arbeit bezogene Illustrationen, vor allem zum regelmäßig behandelten Unfallschutz, waren jedoch weiterhin Zeichnungen oder Holzschnitte; bemerkenswert ist, daß sie vielfach ausgesprochen „laienhaft“ wirken.

Ausschließlich auf potentielle oder tatsächliche Kunden zielten die seit 1920 erscheinenden „Kruppschen Monatshefte“ (bis 1932). In diesen aufwendig gemachten, von vornherein mit zahlreichen (Produkt-)Fotos illustrierten Heften sollten „weite Kreise mit den verschiedenen Erzeugnissen [der] ausgedehnten Friedensarbeit“ des Konzerns „bekannt gemacht“ werden (so das Geleitwort in Heft 1). In ähnlicher Weise richtete sich insbesondere an mögliche Kunden die Zeitschrift einer der führenden Lokomotiv- und Traktorenfabriken, Hanomag in Hannover-Linden: „Hanomag-Nachrichten“; sie wurde seit 1913 monatlich bzw. dann 14tägig herausgebracht.

Andere Großunternehmen waren zurückhaltender bzw. entschlossen sich erst Anfang der 20er Jahre zu Werkszeitschriften. So erschien 1921 bei der „Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union“ in Düsseldorf zum ersten Mal die Zeitschrift „Das Werk“ (sie war relativ reichhaltig illustriert, von Anfang an auch mit Fotos).

Die „Gutehoffnungshütte“, einer der neben Krupp bedeutendsten Großkonzerne im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, brachte erst ab 1925 eine Werkszeitschrift heraus. Allerdings war diese von vornherein eine Zeitschrift neuen Typs. In Aufmachung und Illustration sollte „Betriebsfamilie“ – d. h. jetzt: „Werksgemeinschaft“ nicht nur am Arbeitsplatz, sondern in allen ihren Lebensäußerungen gezeigt bzw. angesprochen werden. So gab es Berichte und zahlreiche Illustrationen (zum größten Teil Schnappschüsse, vielfach von Amateuren unter den Beschäftigten), z. B. über Kinderlandverschickung oder den Kleingartenverein; Sparrezepte und Tips für den eigenen Garten wechselten mit eher traditionellen Schilderungen von Produkten (Brücken, Turbinen) bzw. deren Montage, z. T. in exotischen Ländern. Im Unterschied zu anderen Werkszeitschriften wurden hier stets auch allgemein politische Leitartikel gebracht; redigiert wurden sie vom „Deutschen Industrieministerium für technische Ausbildung“ (Dinta) in Düsseldorf. Sein Initiator, der „Oberingenieur“ Karl Robert Arnhold, versuchte mit ruheloser Betriebsamkeit eine umfassende „Felddienstordnung für die Wirtschaft“ zusammenzustellen und in praktischen Beispielen, vor allem bei der Lehrlingsausbildung, umzusetzen. (Unterstützung fand er bei maßgeblichen Großindustriellen, insbesondere bei Albert Vögler von den „Vereinigten Stahlwerken“, aber auch bei Paul Reusch von der GHH.) – Es scheint, als habe die „GHH-Werkszeitung“ für Krupp den Anstoß zur grundlegenden Neukonzipierung der „Mitteilungen“ bzw. von „Nach der Schicht“ gegeben.

In den Themen, der textlichen Gestaltung, nicht zuletzt in den (vorerst spärlichen, später intensiv genutzten) Illustrationen – insgesamt mit der visuellen Symbolik dieser Publikationen – verdoppelte das neue Medium zunächst die Konturen der Betriebshierarchie. Zugleich waren vornehmlich die leitenden und vermittelnden Gruppen in den Betrieben angesprochen, wenn nicht sogar vornehmlich Außenstehende. Zögernd, seit Mitte der 1920er Jahre verstärkt, wurden auch die Familienangehörigen der Masse der Beschäftigten, also der Arbeiter, als Zielgruppen einbezogen – und damit

die Arbeiter selbst. Die Hauptlinie war nunmehr, die Wichtigkeit sämtlicher Werksangehörigen zu unterstreichen, ungeachtet aller Unterschiede bei Lohn, Status und Kontrolle der Arbeit. Dazu gehörte, daß die Berichte aus Produktion und Reproduktion gleichsam über das ganze Werk „streuten“. Fixpunkt der publizistischen Bemühungen war, die funktionale Notwendigkeit aller Arbeitsbereiche für das Herstellen von „gemeinsamen“ Produkten zu zeigen. Herausgestellt wurden „gemeinsam“ vollbrachte Leistungen. Das gilt insbesondere für die visuellen Darstellungen: gelungene Produkte, blitzblanken Maschinenteile und sauber polierte Großanlagen signalisierten effiziente und reibungslose Produktion. Die täglichen Erfahrungen am Arbeitsplatz, die Arbeitsprozesse selbst spielten dabei kaum eine Rolle. Die Arbeitenden kamen vielfach nur als Randfiguren, als Größenmaßstab oder Schatten ins Bild – in der Auseinandersetzung mit entfesselten, letztlich aber kontrollierbaren Naturgewalten, insbesondere in den „Feuerbetrieben“, z. B. beim Hochofenabstich.

Ob in und welchem Maße die Arbeiter sich und ihr Selbst-Bild in diesen Texten, aber auch in den seit den 1920er Jahren hier wie anderswo zahlreich veröffentlichten Industriebildern wiederfanden, muß fraglich bleiben. Abgesehen von den regelmäßigen Berichten über die 25- und 40jährigen Jubiläen wurde vom betrieblichen Alltag (oder anderen betrieblichen Festtagen) in diesen Publikationen kein Aufheben gemacht. Frauen, Kinder oder Verwandte mochten sich dafür interessieren; sie konnten Fragen stellen – die Männer dann immerhin stolz von dieser oder jener Leistung erzählen.

7. Zeitlich wie inhaltlich parallel lassen sich die Versuche einiger Großbetriebe sehen, innerhalb der Betriebe durch antigewerkschaftliche „gelbe“ Organisationen den Einfluß, zumindest aber den Organisationsgrad der freien (sozialistischen) Gewerkschaften zu vermindern, vielleicht zu brechen<sup>17</sup>. Unter Vorantritt von MAN und Siemens, wo 1905 bzw. 1906 je ein „Werkverein“ eingerichtet und von der Firma finanziert wurde, gründeten eine Reihe von größeren Unternehmen des Maschinenbaus bzw. der Elektroindustrie entsprechende Organisationen. In den Berliner Betrieben von Siemens erfaßte der Werkverein 1913 immerhin ein Drittel der Belegschaft; ca. zwei Drittel blieben oder waren im (sozialistischen) Deutschen Metallarbeiterverband organisiert. Allerdings äußerten sich selbst Meister skeptisch: Es war offenbar schwer abzusehen, ob nicht viele der im Werkverein Organisierten eigentlich als „Blutorange“ zu gelten hätten – also „nach außen gelb, nach innen rot“ waren.

8. Bei den Großbetrieben in Deutschland lassen sich eine Reihe von intensiven Kontrollanstrengungen und -ansprüchen beobachten. Vor allem: diese Versuche zielten auf „totale“ Erfassung. Sie erstreckten sich auf den Arbeitsplatz und die Organisation des Lohnsystems (wie generell die arbeitsplatzbezogenen Interessen); sie zielten aber auch auf die Reproduktionssphäre, d. h. die Familienangehörigen und den Konsumbereich. Überlagert und verstärkt wurden sie durch „Bilder“ von Arbeit wie Arbeitern, welche „Schönheit“ und Erfolg der Arbeit versinnbildlichen sollten. Es ging

<sup>17</sup> Heidrun Homburg, Externer und interner Arbeitsmarkt: Zur Entstehung und Funktion des Siemens-Werkvereins 1906–1918, in: Toni Pierenkemper, Richard Tilly (Hrsg.), Historische Arbeitsmarktforschung (Göttingen 1982) 215–248, 226 ff.

darum, zunehmend umfassender angelegte Kontrollansprüche akzeptabel zu machen – sie in disziplinierten sozialen Beziehungen und Deutungsweisen praktisch werden zu lassen.

Im Bild der Streikstatistik hatten diese Anstrengungen einigen Erfolg. Bis 1913 stieg die Rate der Fehlschläge bei Angriffsstreiks, zugleich nahm die Rate der für die Unternehmer erfolgreichen Aussperrungen zu<sup>18</sup>. Allerdings fallen dabei in dieser Sicht die vielfältigen „eigensinnigen“ Aktivitäten am Arbeitsplatz wie im Wohn- und Nachbarschaftsbereich unter den Tisch. Sie verweisen jedoch sehr viel mehr als die Daten zu eher spektakulären Aktionen auf eine relative Stabilität proletarisch sozial-kulturellen Milieus, zugleich auf eine in vielem eigenständige Arena von Arbeiterpolitik „vor Ort“. Dieses Beharren zeigte sich nicht in erster Linie in den steigenden Prozentsätzen der SPD-Wähler bis 1912. Wichtiger war, daß 1916/17, vor allem 1918 bis 1920 Fabrikarbeitermassen in vielen Regionen bzw. Branchen weitreichende Kampfmaßnahmen einleiteten und durchhielten<sup>19</sup>. Dabei beschränkten sie sich keineswegs nur auf enge shop-floor Politik.

Teilnahme an formaler Politik blieb freilich stets ambivalent, stand unter Vorbehalt. Nach ihrer Überwältigung durch die herrschenden Kräfte in der Politik von Weimar, genauer: der Niederwerfung durch Reichswehr und reaktionäre Freiwilligenverbände, verblaßte bei vielen Anhängern der Räte-Demokratie jedes Interesse an den Formen spektakulärer Politik – an organisierter Politik überhaupt. Die Sicherung ihrer eigenen Sphäre, d. h. von Zeit und Raum, von sozialen Beziehungen und Deutungen „für sich selbst“, war damit aber nicht aufgegeben. Die männlichen und weiblichen Proletarier konzentrierten sich erneut, vielleicht verstärkt auf nicht-spektakuläre Aktivitäten, Auseinandersetzungen und Distanzierungen<sup>20</sup> – am Arbeitsplatz, in der Familie, vor allem aber bei den neuen Angeboten zur „Freizeit“.

<sup>18</sup> Klaus Schönhoven, Arbeitskonflikte in Konjunktur und Rezession. Gewerkschaftliche Streikpolitik und Streikverhalten der Arbeiterschaft vor 1914, in: Klaus Tenfelde, Heinrich Volkmann (Hrsg.), Streik (München 1981) 177–193.

<sup>19</sup> Eine umfassende Analyse fehlt, Hinweise bei Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918 (Göttingen 1973) 40–57; sowie bei Gerald Feldman, Eberhard Kolb, Reinhard Rürup, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: PVS (1972) 84–105. Für die Berliner Metallarbeiter vgl. Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik (Berlin 1924); zu den Bergarbeiterbewegungen an der Ruhr 1920 Erhard Lucas, Märzrevolution 1920, Bde. 1–3 (Frankfurt 1973–78).

<sup>20</sup> Vgl. Alf Lüdtke, Cash (Anm. 10); zur offenbar wachsenden Bedeutung der Konsumsphäre die Fallstudie zu Frankfurt a. M. von James Wickham, Arbeiterpolitik und Arbeiterbewegung in den 1920er Jahren in einer Großstadt: Das Beispiel Frankfurt am Main, in: SOWI 13 (1984) 22–30.

## Kommentar

*Gerald D. Feldman*

# Unternehmer und Arbeiter in der deutschen Großindustrie vor 1914

Der folgende Kommentar befaßt sich mit den Veränderungen in der Arbeiterpolitik deutscher Großunternehmen in den drei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg; mein Ziel ist es, die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die Arbeiterschaft zu durchleuchten sowie eine Grundlage für einen Vergleich der deutschen Verhältnisse mit denen Frankreichs zu schaffen. Ich gehe davon aus, daß mein Vorhaben in den Rahmen dieses Kolloquiums fällt, dessen Themen der Kontakt zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum und – wie hier im einzelnen dargelegt – die Art der Einflußnahme von seiten der Arbeitgeber auf Organisationen und Aktionen der Arbeiter bilden. Jürgen Kocka hat zusammenfassend auf das erkenntnisleitende Interesse verwiesen mit den Worten: „Es geht also gerade nicht um Geschichte von unten, eher schon um einen Blick *von oben*.“ Gleichwohl scheint mir seine Terminologie als nicht ganz eindeutig. Wird damit die Ausklammerung der anthropologisierten und allzu oft romantisierten Alltagsgeschichte gemeint, in der die Schwerpunkte nur auf die Erfahrungen am Arbeitsplatz gesetzt und strukturelle Wandlungen der Industrie, organisatorische Entwicklungen ebenso wie der politische Kontext völlig außer acht gelassen werden, dann stimme ich diesem Ansatz ohne Vorbehalt zu.

Trotzdem glaube ich, daß die Dichotomie: Geschichte von „oben“ versus Geschichte von „unten“ als Prämisse der zu untersuchenden Fragen, wie auch David Crew in seinem trefflichen Aufsatz über den Stahlarbeiterstreik bei der Dortmunder „Union“ behauptet hat<sup>1</sup>, eher gezwungen ist. Sobald nämlich der gewerkschaftliche Organisationsgrad sehr hoch ist, können z. B. „wilde“ Streiks nie so wild sein, wie sie zu sein scheinen; denn einerseits werden die Bemühungen, auf die Gewerkschaften Druck auszuüben, zu einem Faktor, der von den Wild-Streikenden miteinkalkuliert wird, während andererseits die Gewerkschaften und Arbeitgeber die Instrumentalisierung von wilden Streiks in ihren Überlegungen mitberücksichtigen. Ähnlich irreführend wäre die Ansicht, daß die Einflußnahme der Arbeitgeber auf die Arbeiter ein Prozeß war, der in nur *einer* Richtung verlief. Beide Seiten waren in einen massiven Industrialisierungsprozeß verwickelt, den sie beide nicht unter Kontrolle hatten und dem sie sich anpassen mußten, ohne vorher klar erkennen zu können, wohin die Dinge trieben; dabei war die Situation vielleicht noch viel offener, als wir glauben möchten.

<sup>1</sup> *David F. Crew*, Steel, Sabotage and Socialism: the Strike at the Dortmund „Union“ Steel Works in 1911, in: *Richard J. Evans* (Hrsg.), *The German Working Class 1888–1933* (London 1982) 108–141, hier 135.

Der Erste Weltkrieg war in der Tat ein Einschnitt in der geschichtlichen Entwicklung; die Umstrukturierung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit fand unter gänzlich unvorhergesehenen Bedingungen statt. Es ist schwer zu sagen, wie sich die gleichsam „natürlichen“ Lernprozesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gestaltet hätten, wenn sich die Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen unter weniger spannungsreichen Umständen entwickelt hätten. In Frankreich wie auch in den Vereinigten Staaten dauerte die Organisierung der Unternehmer auf der einen und der Arbeiter auf der anderen Seite sehr viel länger, desgleichen die sogenannte Rationalisierung der Arbeiterkonflikte<sup>2</sup>. In diesem Kontext darf man auch für die Vorkriegszeit die nationalen Unterschiede nicht außer acht lassen. Für die überragende Bedeutung der deutschen Schwerindustrie, insbesondere der großen integrierten Unternehmen der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie, läßt sich in Frankreich genauso wenig eine Parallele finden wie für den industriellen Organisationsgrad im Bereich der Industrieverbände, Arbeitgeberzusammenschlüsse und dergleichen mehr. Ein anderer deutsch-französischer Unterschied – so merkwürdig dies auch zu sein scheint – besteht in dem Umstand, daß das politische Gesamtklima in Frankreich, wo Republikanismus und parlamentarische Regierung infolge der gelungenen Revolution triumphiert hatten, dem Staat die Möglichkeit bot, zeitweise gegen die Arbeiter vorzugehen, ohne daß derartige Aktionen sogleich mit dem Triumph eines autoritären Systems identifiziert wurden. Ein gutes Beispiel dafür bietet sich in Clemenceaus und Briands energischer Handhabung der Streiks zwischen 1906 und 1910<sup>3</sup>. Dadurch, daß die Ereignisse von 1912/13 in Deutschland auch mit Tendenzen zur politischen Reaktion eng verknüpft waren, war es praktisch unmöglich, eine klare Trennungslinie – zumindest auf kurze Sicht – zwischen den sozialen Konflikten und dem Streit über das politische System zu ziehen<sup>4</sup>.

Was die Situation in den Jahrzehnten vor 1914 betrifft, so läßt sich meines Erachtens eine Reihe fundamentaler Veränderungen in der Haltung der Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber feststellen, die teilweise auf ökonomische Entwicklungen und teilweise auf die Evolution des Industriesystems selbst zurückzuführen sind. Zunächst waren es die Gewerkschaften, die die Arbeitgeber über die Vorteile und die Nützlichkeit eines Organisationssystems unterrichteten. Der große Wendepunkt in den deutschen Arbeitgeberzusammenschlüssen kam mit der Aussperrungsaktion beim Crim-

<sup>2</sup> *Heinrich Volkmann*, *Modernisierung des Arbeitskampfes? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864–1975*, in: *Hartmut Kaelble* u. a. (Hrsg.), *Probleme der Modernisierung in Deutschland* (Opladen 1978) 110–170.

<sup>3</sup> *D. R. Watson*, *George Clemenceau: A Political Biography* (London 1974) 200–214 und *Jacques Julliard*, *Clemenceau, Briseur de Greves; L’Affaire de Draveil-Ville Neuve-St. Georges* (1908) (Paris 1965).

<sup>4</sup> *Klaus Saul*, *Staatsintervention und Arbeitskampf im Wilhelminischen Deutschland*, in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag* (Göttingen 1974) 479–494, und *ders.*, *Zwischen Repression und Integration. Staat, Gewerkschaften und Arbeitskampf im kaiserlichen Deutschland 1884 bis 1914*, in: *Klaus Tenfelde* und *Heinrich Volkmann* (Hrsg.), *Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung* (München 1981) 209–236.

mitschauer-Streik von 1903 und zugleich mit dem Erfolg, den die vereinigte Abwehr der Arbeitgeber hatte. Die Folge davon war, daß in den Vorkriegsjahren ein beispielloser Organisationsprozeß der Arbeitgeber stattfand, und zwar sowohl in den Industrien, wo es in gewissem Umfang schon tarifvertragliche Regelungen gab, als auch in denen, wo die Gewerkschaften machtlos waren. Es gab eine bemerkenswerte Tendenz hin zur Überbrückung von Gegensätzen zwischen den Vertretern der harten Linie und den Gemäßigten sowie zur Systematisierung von Mitteln, wie z. B. schwarzen Listen, Streikfonds, Arbeitgeber-Nachweisen, Aussperrungen, „gelben“ Gewerkschaften und anderen Formen industrieller „Selbsthilfe“, mit denen die Gewerkschaften bekämpft wurden. Bekanntlich beschränkten sich die Arbeitgeber nicht auf „Selbsthilfe“: So appellierten sie in den Jahren vor dem Krieg an den Staat, die Arbeitswilligen zu schützen, Streikposten zu verbieten und dergleichen mehr. Wie Historiker gezeigt haben, waren alle diese Aktionen recht zweifelhaft und zweischneidig. Z. B. lassen sich tarifvertragliche Regelungen nicht durchsetzen, wenn die Arbeitgeber nicht organisiert sind und die Arbeitgeberorganisationen zu Rationalisierungszwecken und zur Regelung von Arbeitskonflikten nicht eingesetzt werden können<sup>5</sup>. Außerdem ist hier das Argument angebracht, daß Arbeitgeber wie Gewerkschaften erst einmal die Grenzen sowohl der Selbsthilfe als auch der Staatshilfe erkennen mußten. Selbsthilfe war ja schließlich deshalb notwendig geworden, weil weder auf die öffentliche Meinung noch auf den Staat Verlaß war, die Interessen der Arbeitgeber zu verteidigen, während die Arbeitermilitanz, ausgelöst durch die Aktionen der Arbeitgeber, diese in ihrem Versuch bestärkte, die Öffentlichkeit und den Staat für die Arbeitgeberseite zu mobilisieren, sobald sich Gelegenheit dazu aufgrund der wirtschaftlichen Umstände anzubieten schien. Fast scheint es, als ob Arbeitgeber und Gewerkschaften einander ihre Kenntnisse hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen organisierter Zusammenschlüsse, der Selbsthilfe, sowie der öffentlichen Meinung und staatlichen Aktionen vermittelten.

Nicht weniger ambivalent waren die Verhaltensveränderungen der Arbeitgeber in ihren täglichen Interaktionen mit den Arbeitern infolge des technologischen Wandels, der zunehmenden Größe und Konzentration von Betrieben und der Trennung von Besitz und Kontrolle. Über den Zerfall der Wertvorstellungen des feudalisierten, militaristischen Paternalismus, wie er von Stumm, den Zechenbesitzern an der Ruhr und anderen Großindustriellen vertreten wurde, ist viel geschrieben worden. Die sichtliche Unfähigkeit in den Großbetrieben, wirkliche persönliche Beziehungen zwischen Besitzern und Arbeitern aufrechtzuerhalten, wurde nach der Jahrhundertwende offenkundig; auf die zunehmende Flexibilität, die die Manager, sogar in der Schwerindustrie, zeigten, hat unter anderem auch Elaine Glovka Spencer verwiesen<sup>6</sup>. Aber welche Art von Fortschritt dies zur Folge haben würde, war alles andere als eindeutig. Durch die Werksgemeinschaftsideologie ließen sich in der Tat Gegensätze zwischen den mehr und den weniger progressiven Arbeitgebern überbrücken, so daß Betriebe wie Sie-

<sup>5</sup> Hans-Peter Ullmann, *Unternehmerschaft, Arbeitgeberverbände und Streikbewegung 1890–1914*, in: *Tenfelde und Volkmann*, a. a. O. 194–208.

<sup>6</sup> *Elaine Glovka Spencer*, *Management and Labor in Imperial Germany. Ruhr Industrialists as Employers, 1896–1914* (New Brunswick, New Jersey 1984).

mens, Bosch, M.A.N. und Krupp vor dem Krieg alle in Richtung „gelbe“ Gewerkschaften und einer Werksgemeinschaftsideologie tendierten. Eine Firma wie Bosch vollzog in der Tat eine Kehrtwendung von ihrer früheren Politik und gab Bemühungen auf, den Taylorismus einzuführen. So demonstrierten 1905/06 die Berliner Elektroindustrie und 1913 die Firma Bosch, daß sie sich nicht mehr so stark wie früher auf hochqualifizierte Facharbeiter stützen wollten und eine Rationalisierung und Disqualifizierung der Arbeiterschaft nicht mehr um jeden Preis anstrebten. Dieses Verhalten verband sich mit der Suche nach Alternativformen im Hinblick auf Arbeiterorganisation und betriebliche Wohlfahrtspolitik, um den von den Gewerkschaften gebotenen Möglichkeiten Konkurrenz zu machen. Es ist offenkundig, daß die betriebliche Sozialpolitik ältere verheiratete Arbeiter oder auch solche, die aus anderen, zumeist ökonomischen Gründen dafür empfänglich waren, beeindruckt hat<sup>7</sup>.

Hier stellt sich die Frage, wie sich diese veränderten Kontaktformen – man könnte auch sagen: die nicht-vorhandenen Kontakte – sowie die damit verbundene Arbeitsbeschleunigung, aufgrund derer die Aufseher und Werkmeister zu Instrumenten der Politik von „oben“ wurden, und die zunehmende Militanz der Arbeitgeber auf die Arbeiter auswirkten. Offensichtlich hatten die Gewerkschaften ihre größten Erfolge in den kleinen und mittleren Betrieben und in bestimmten Industrieunternehmen, die sich besonders für eine gewerkschaftliche Organisation eigneten. Als Beispiele seien das Druckergewerbe und die Bauindustrie genannt. Es waren also schwache Arbeitgeber, angewiesen auf Facharbeiter und Handwerker, die die Erfolgchancen der Gewerkschaften, Tarifverträge zu sichern, erhöhten. Dies aber war ein Modell, das sich gerade für jene Branchen der deutschen Industrie, die als die wichtigsten galten, äußerst schlecht eignete – so z.B. für die ältere Schwerindustrie, die moderne elektrotechnische und chemische Industrie und für die Maschinenbauindustrie. Außerdem war die Aussperrung ein extrem wirksames Mittel gegen den zeitlich genau abgestimmten Industriestreik, den die Gewerkschaften zur sogenannten „Rationalisierung“ industrieller Beziehungen benutzten. Daraus entstanden mit Sicherheit auch die Spannungen zwischen Gewerkschaftsführern und Gewerkschaftsmitgliedern, denn erstere wurden, sobald die Erfolge ausblieben, immer vorsichtiger; die Gewerkschaftsmitglieder dagegen zeigten sich zunehmend unzufriedener mit einem derart umsichtigen Verhalten, das in einer Zeit steigender Preise und industrieller Veränderungen mit spürbaren Auswirkungen auf den Arbeitsplatz zu Niederlagen führte<sup>8</sup>.

Für die Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts war es genauso schwierig, eine Bilanz aus dieser Gewerkschaftspolitik zu ziehen, wie es für die Historiker heute ist. Einerseits

<sup>7</sup> Klaus Mattheier, *Die Gelben: Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik* (Düsseldorf 1973); *Ilsa Costas, Arbeitskämpfe in der Berliner Elektroindustrie 1905 und 1906*, in: *Tenfelde und Volkmann*, a. a. O. 91–107; *Heidrun Homburg, Anfänge des Taylorsystems in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg. Eine Problemskizze unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitskämpfe bei Bosch*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978) 170–194; *Dieter Groh, Intensification of Work and Industrial Conflict in Germany*, in: *Politics and Society* 8 (1978) 349–397.

<sup>8</sup> Klaus Schönhoven, *Arbeitskonflikte in Konjunktur und Rezession. Gewerkschaftliche Streikpolitik und Streikverhalten der Arbeiterschaft vor 1914*, in: *Tenfelde und Volkmann*, a. a. O. 177–193.

gab es immer mehr Niederlagen, die zu steter Entfremdung führten. Die neue Arbeitermilitanz vergrößerte die Gefahren für die Gewerkschaften. Andererseits gab es seit 1880 zweifellos Errungenschaften im ökonomischen und sozialen Bereich; auch im politischen, denn die SPD wurde stärker. Jüngere Forschungen berechtigen allerdings zu der Annahme, daß die Gewerkschaften, konfrontiert mit einer machtvollen und gutorganisierten Arbeitgeber-Opposition, an deren Spitze die Großunternehmer standen, sich genötigt sahen, auf defensive Streiks überzugehen und sich gleichzeitig festbissen in dem mühseligen Kampf um Anerkennung und tarifvertragliche Regelungen. Der Widerstand der Arbeitgeber bewirkte lediglich, daß reformerische Forderungen zunahmten und den Tarifverträgen absolute Priorität eingeräumt wurde, während der politische Kampf immer mehr in den Hintergrund trat; durch den Arbeitgeber-Widerstand wurde auch zunehmend Zwietracht zwischen Gewerkschaftsführern und Basis gesät. Immer dort aber, wo Tarifverträge eingeführt worden waren, wie beispielsweise in Braunschweig, und zwar für Facharbeiter in kleinen Industriebetrieben und auch für ungelernete Arbeiter, gewannen politische Zielsetzungen erneut an Bedeutung. Die Arbeitermilitanz konzentrierte sich wieder auf Fragen wie die des Wahlrechts<sup>9</sup>. Die inhärenten Gefahren eines derartigen Verhaltens bestanden darin, daß die Arbeiterbewegung, sofern sie den Tarifvertrag zum Fetisch machte, stagnieren oder Militanz mit tatsächlicher Macht verwechseln würde. In diesem Sinn wurden der deutschen Arbeiterbewegung von seiten der Arbeitgeber Bedingungen auferlegt, die sich im wesentlichen nicht von denen der Regierung und Behörden unterschieden. In Preußen und Sachsen hatte die Wahlrechtsfrage die SPD in einen Stellungskrieg mit den Konservativen verwickelt, die eine radikale Haltung zur Erreichung begrenzter Ziele erforderlich machte und eine grundsätzliche Stagnation begünstigte. Dort, wo die Arbeiterschaft erfolgreicher war und reformerische Ziele realisieren konnte, beispielsweise auf lokaler Ebene, in Süddeutschland und anderswo, wurden auch die Illusionen, die mit diesen Errungenschaften einhergingen, zur Gefahr für sie. Da aber der Krieg auf dramatische Weise zum Ausbruch kam und den Verlauf der Dinge änderte, ist es unmöglich, die Frage zu beantworten, wohin all diese Entwicklungen letztlich geführt hätten.

<sup>9</sup> *Friedbeim Boll*, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover (Bonn 1981).



## IV. Bürger und Arbeiter: Kontakte und Konflikte in Öffentlichkeit, Politik und Recht

*Heinz-Gerhard Haupt*

### Staatliche Bürokratie und Arbeiterbewegung: Zum Einfluß der Polizei auf die Konstituierung von Arbeiterbewegung und Arbeiterklasse in Deutschland und Frankreich zwischen 1848 und 1880\*

Die Ausbildung des modernen Staates ging in Deutschland und Frankreich der Entstehung einer modernen, d.h. in Gewerkschaften und Parteien organisierten Arbeiterbewegung und einer sich um die industriellen Lohnarbeiter kristallisierenden Arbeiterklasse voran. Bevor Bünde und Aktionen von Handwerkeresellen ein großes Ausmaß annahmen, hatte sich bereits die staatliche Bürokratie herausgebildet. Bevor von zentralen Organisationen der Arbeiter für industrielle und politische Konflikte Handlungsformen verbindlich gemacht wurden, hatten die staatlichen Instanzen schon rechtliche Rahmenbedingungen gesetzt und Spielregeln entwickelt, an denen sich die Institutionen der sozialen Bewegung orientieren mußten. Bevor schließlich sozialer Protest und politische Unzufriedenheit in einem organisatorischen Gewand Beständigkeit annahmen, hatte die Bürokratie eine längere Entwicklung hinter sich, in der Effizienz und Flexibilität staatlicher Herrschaft erprobt werden konnten und stand mit dem „Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit“ (M. Weber) dem modernen Staat neben dem Steuermonopol ein Machtmittel zur Verfügung, mit dem er seine Ansprüche gegen die Macht der Zahl durchsetzen konnte<sup>1</sup>.

Darüber hinaus beanspruchte der moderne Staat die Priorität innerhalb der politischen und sozialökonomischen Verhältnisse. Ob nun durch das monarchische Prinzip oder die Volkssouveränität legitimiert, die staatliche Macht forderte die Unterordnung

\* Für Kritik und Anregungen danke ich den Teilnehmern der Münchener Tagung sowie Lothar Machtan, Dietrich Milles und Wolf-Dieter Narr.

<sup>1</sup> S. u. a. *Charles Tilly* (Hrsg.), *The Formation of National States in Western Europe* (Princeton 1975).

der Bürger unter ihre Regeln und den Gehorsam ihren Vertretern gegenüber. Vor allen individuellen oder kollektiven Willensäußerungen kam den staatlichen Weisungen und Handlungen ein prinzipieller Vorrang zu. Dieser manifestierte sich auch in den Normen, mit denen die staatlichen Instanzen Handlungsbedingungen, Regeln und Erfolgchancen festsetzten und der Bürgerbeteiligung und -kritik Räume und Ausdrucksformen gestatteten. Griff im Laufe des 19. Jahrhunderts auch zunehmend die Gesetzgebung, an der sich auf nationaler Ebene immer mehr Bürger beteiligten, in die Ausübung staatlicher Befugnisse und in die Regulierung wichtiger gesellschaftlicher Bereiche ein, so blieb die Gestaltungsmacht staatlicher Instanzen doch immens. Schließlich stand dem Staat „jene Monopolisierung legitimer Gewaltsamkeit“ zu, welche „in dem modernen Begriff des Staates als der letzten Quelle jeglicher Legitimität physischer Gewalt“ ihren Abschluß fand und ausschließlich den staatlichen Instanzen erlaubte, physischen Zwang gegen Bürger auszuüben<sup>2</sup>.

Dieser zeitliche und funktionale Vorrang der staatlichen Bürokratie war kein Selbstzweck, sondern Teil des allgemeinen Prozesses, in dem Herrschaftsansprüche durchgesetzt und verankert wurden<sup>3</sup>. Selbst wenn die bürokratischen Formen und Handlungen eine „relative Autonomie“ gegenüber den gesellschaftlichen Machtträgern besitzen, so sind für eine historische Beurteilung der Bürokratie ihre sozialen Träger und die gesellschaftliche Logik ihrer Praxis wichtig<sup>4</sup>. Ob und wie sich die Aktivitäten eines mehrheitlich vom Bürgertum geprägten Staatsapparates von denen unterschieden, die stärker adelig-militärisch beeinflusst waren, wird ebenso Gegenstand des Vergleichs sein, wie die Frage nach den Formen und Ergebnissen bürokratischen Eingreifens.

Im Mittelpunkt der folgenden Skizze werden die Folgen stehen, die staatliche Strukturen und Handlungsformen auf die Entwicklung der Arbeiterklasse und -bewegung hatten. Dabei wird zwischen Wirkungen zu unterscheiden sein, die von der Bürokratie als institutioneller Gegebenheit ausgingen und jenen, die auf ihr Handeln als soziale Gruppe zurückzuführen sind. Diese Trennung wie auch die Annahme, daß die bürokratischen Institutionen die entstehenden sozialen Bewegungen mitgestaltet haben, legen die Reflexionen nahe, die zwei so unterschiedliche Theoretiker wie Alexis de Tocqueville und Norbert Elias angestellt haben.

Tocqueville hat vor allem in seinem Werk „L'Ancien Régime et la Révolution“ der revolutionären Rhetorik der Revolutionäre die Wirkungsdauer staatlich-administrativer Strukturen gegenübergestellt und hervorgehoben, daß ebenso wie die Revolutionäre die revolutionäre Situation bestimmten sie auch durch vorrevolutionäre Verhältnisse geprägt wurden<sup>5</sup>. Hat Tocqueville auch für das Ancien Régime den Verwaltungszentralismus überzeichnet<sup>6</sup>, so kann er doch treffend zeigen, daß trotz des teilweise ra-

<sup>2</sup> Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Köln/Berlin 1956) 663; zur Problematik auch: Wolf-Dieter Narr, *Physische Gewalt und das Monopol des Staates*, in: *Leviathan* 4 (1980) 541-573.

<sup>3</sup> S. etwa Michel Foucault, *Surveiller et punir* (Paris 1975). Frances F. Piven/Richard A. Cloward, *Regulating the Poor* (New York 1971).

<sup>4</sup> Zur bisherigen Staatsdiskussion s. Heide Gerstenberger, *Zur Theorie des bürgerlichen Staates. Der gegenwärtige Stand der Debatte*, in: Uwe Brandes u. a. (Hrsg.), *Handbuch* 5, Staat, 21-49.

<sup>5</sup> Alexis de Tocqueville, *L'Ancien Régime et la Révolution*, (1856) (Paris 1952).

<sup>6</sup> S. etwa François Furet, *Penser la Révolution* (Paris 1978) 33 ff.

dikalen Veränderungswillens sich gleichsam hinter dem Rücken der Handelnden Verhältnisse fortschrieben, die der zu überwindenden Wirklichkeit entstammten. Wendet man diese Erkenntnis, die gegenwärtig die Diskussion um den Platz der französischen Revolution von 1789 bestimmt, auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung an, so gewinnt selbst für eine sich als revolutionär verstehende Bewegung die prägende Kraft einer Wirklichkeit an Bedeutung, von der sie sich abgrenzen, bzw. die sie überwinden wollte: die bürgerliche Gesellschaft und der bürgerliche Staat. Im einzelnen wäre demnach nach den Entsprechungen zu forschen, die zwischen den strukturellen Vorgaben der Bürokratie und den Formen bestanden, die sich in der Arbeiterbewegung herausbildeten. Unter diesen Vorgaben kommt der bürokratischen Organisation des Gebietes, der Dominanz von Klein- oder Großverbänden, den dezentralen oder zentralistischen Strukturen, der Art der bürokratischen Entscheidungsorganisation und dem Grad der Präsenz der Bürokratie in der Gesellschaft eine wichtige Rolle zu. Wenn diese Bedingungen auch nicht alle in den jeweiligen Nationalstaaten bestanden, teilweise vielmehr erst herausgebildet wurden, so besaßen sie gegenüber den Formen der sozialen Bewegungen die Definitionsmacht für sich. Die Frage, ob sich die Arbeiterbewegungen diesem Einfluß bestehender staatlicher Strukturen und Organisationsmodelle entziehen konnten, ist auch unter der von Max Weber aufgeworfenen Problematik relevant, ob dem staatlichen Bereich entlehnte Organisations-, Handlungs- und Denkformen dazu beitrugen, die soziale Bewegung zu verstaatlichen oder den Staat zu sozialisieren<sup>7</sup>.

Daß bürokratische Verfahren und Strukturen auch Folgen für das individuelle Verhalten hatten, hat Norbert Elias unterstrichen<sup>8</sup>. Er hat den gesamtgesellschaftlichen Prozeß, in dem sich ein staatliches Finanz- und Gewaltmonopol herausbildete, verbunden mit einer Analyse der in der höfischen Gesellschaft bestehenden Konkurrenzmechanismen, in denen sich zivilisiertes Verhalten und psychische Dispositionen herausbildeten. Diese kulturellen Umgangsformen und Denkmuster siedelt er zunächst in der gesellschaftlichen Oberschicht an, betont aber, daß sie sich zunehmend im Rest der Gesellschaft verallgemeinerten<sup>9</sup>. Wenn bei Elias auch die analytischen Zwischenglieder zwischen staatlichen Wandlungen und psychischen Strukturen nicht zurei-

<sup>7</sup> Diskussionsrede bei den Versammlungen des Vereins für Sozialpolitik in Magdeburg 1907 über Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte, in: *Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik* (Tübingen 1924) 407–409.

<sup>8</sup> *Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation*, 2 Bde. (Frankfurt 1975): „Die eigentümliche Stabilität der psychischen Selbstzwang-Apparatur, die als ein entscheidender Zug im Habitus jedes zivilisierten Menschen hervortritt, steht mit der Ausbildung von Monopolinstituten der körperlichen Gewalttat und mit der wachsenden Stabilität der gesellschaftlichen Zentralorgane im engsten Zusammenhang. Erst mit der Ausbildung solcher stabiler Monopolinstitute stellt sich jene gesellschaftliche Prägeapparatur her, die dem Einzelnen von klein auf an ein beständiges und genau geregeltes An-sich-Halten gewöhnt: erst im Zusammenhang mit ihr bildet sich in dem Individuum eine stabilere, zum Teil automatisch arbeitende Selbstkontrollapparatur.“ (II, 320).

<sup>9</sup> *Ebd.*, passim. Zur Kritik s. u. a. *Axel Honneth/Hans Joas, Soziales Handeln und menschliche Natur. Anthropologische Grundlagen der Sozialwissenschaften* (Frankfurt/M. 1980) 125 ff.

chend berücksichtigt werden und er von einem Modell der einseitigen Beeinflussung der Unterschichten ausgeht, so ist sein Hinweis auf die staatlichen Machtmechanismen und ihre politisch psychischen Folgen doch ernst zu nehmen. Er verweist die Analyse auf die Notwendigkeit, die Bürokratie als handelnde soziale Gruppe einzubeziehen und nach den Folgen zu fragen, die ihre Maßnahmen und Strategien in bestimmten Handlungssituationen für Verhalten und Wahrnehmungsformen der Beherrschten hatten. Wichtiges staatliches Mittel sind dabei Ge- und Verbote, mit denen bestimmte Formen und Verhaltensweisen belegt, andere gefördert und soziale Bewegungen insgesamt konditioniert werden. Aber auch die Formen, in denen Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht, Kooptation praktiziert bzw. verboten wird<sup>10</sup> oder Differenzierungen vorgenommen werden, haben einen maßgeblichen Einfluß auf die Struktur und Politik der sozialen Bewegungen. Ob diese Einflußnahme nunmehr mehrheitlich wohlfahrtsstaatlich oder repressiv ausfiel, wird die Wahrnehmung des Staates mitbestimmen.

Unter den staatlichen Bürokratien fiel die Wahl auf die Polizei, die in den westeuropäischen Gesellschaften der Mitte des 19. Jahrhunderts umfangreiche Funktionen wahrnahm, zahlreiche Beziehungen zu den Unterklassen unterhielt und innerhalb des Staatsapparates eine zentrale Rolle spielte<sup>11</sup>. Die Polizei hatte um 1850 noch „Policey“-Charakter und ging wohlfahrtsstaatlichen und sicherheitspolitischen Aufgaben nach. Sie bildete mit dem Militär, das auf Formen und Vorgehensweise der Polizei ausstrahlte, den Kern des „Monopol(s) legitimer physischer Gewaltbarkeit“ (Max Weber) und löste in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland und Frankreich zunehmend, wenn auch noch nicht endgültig die Armee in der Aufgabe ab, die staatliche und bürgerliche Ordnung zu erhalten<sup>12</sup>. Als „Handhabung der Verwaltung im Alltagsleben“ (Max Weber) stand sie in dauerhaftem Kontakt mit Arbeitern, und deshalb sind ihre Vorgehensweisen und Kompetenzen wichtig für die Beantwortung der Frage, welche Einflüsse vom Staatsapparat auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung und -klasse ausgingen.

Wenn unter Konstituierung der Arbeiterklasse ein in sich vielfältiger Prozeß verstanden wird, in dem sich die Arbeiter aus ständischen Schranken lösten, ihre Le-

<sup>10</sup> Dieser Zusammenhang ist vor allem von *V. Pareto* thematisiert worden. S. *Vilfredo Pareto, Systèmes socialistes* (Paris 1926) Bd. 1.

<sup>11</sup> Zur Polizeientwicklung und -diskussion vgl. vor allem die vorzügliche Habilitationsschrift von *Albrecht Funk*, der ich viele Anregungen und Hinweise verdanke: *Die staatliche Gewalt nach Innen. Zur Entwicklung der preußisch-deutschen Polizei seit den Tagen der preußischen Reform bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges* (Habil.-Schrift FU, Berlin 1982); für die Zeit vor 1848 s. *Alf Lüdtkke*, „Gemeinwohl“, Polizei und „Festungspraxis“ – Staatliche Gewaltbarkeit und innere Verwaltung in Preußen 1815–1850 (Göttingen 1982). Dort ist auch die ältere Literatur verarbeitet.

<sup>12</sup> S. *Richard Tilly*, *Popular Disorders in Nineteenth-Century Germany*, in: *Journal of Social History* 4 (1970/71) 14, 20. Darüber sind freilich ebensowenig die Beziehungen zwischen der militärischen „Festungspraxis“ und der Polizei wie die fortdauernde Bedeutung der Armee bei der Ordnungserhaltung zu vergessen. S. *Alf Lüdtkke*, *Militärstaat und „Festungspraxis“ – Staatliche Verwaltung, Beamtenschaft und Heer in Preußen 1815–1850*, in: *Volker Rolf Bergbahn* (Hrsg.), *Militarismus* (Köln 1975) 164–185.

bens-, Arbeits- und Handlungsbedingungen zumindest tendenziell einander angleichen und eigenständige Artikulationsformen und -inhalte herausbildeten<sup>13</sup>, dann stehen folgende Probleme im Mittelpunkt: Ging mit dem Abbau traditionell-ständischer Kontrollen auch ein Rückgang der polizeilichen Interventionen einher oder verschoben sich diese auf andere Gebiete? Wirkte die Tätigkeit der Polizei vereinheitlichend oder trennend auf die arbeitenden Klassen? Gelang es ihr, die Willensäußerungen der Arbeiter in bestimmte Kanäle oder Formen zu lenken und sie der von ihr vertretenen Logik der Ordnungserhaltung zu unterwerfen? Wenn unter Herausbildung der Arbeiterbewegung eine Entwicklung verstanden wird, in der sich den späteren Parteien und Gewerkschaften ähnliche Formen des Zusammenschlusses von Industrie- und handwerklichen Arbeitern durchsetzten, diese sich in der Kritik am herrschenden Staat und den anderen politischen Gruppierungen einten<sup>14</sup>, so ist auf folgende Schwerpunkte das Augenmerk zu richten: Trug die Polizeitätigkeit dazu bei, die Arbeiterbewegung gesellschaftlich zu isolieren und zu diskriminieren, und nahm die Arbeiterbewegung diese Isolation an oder verweigerte sie sie? Beeinflussten staatliche Ge- und Verbote, die die Polizei durchzusetzen beauftragt war, die organisatorischen, politischen und ideologischen Vorstellungen der sozialen Bewegung, und prägten sie gar den Habitus ihrer Mitglieder? Stellte sich ein bei aller Abgrenzung von der bestehenden Ordnung deutliches mimetisches Verhältnis zwischen staatlichen Strukturen und Merkmalen der Arbeiterbewegung her? Da nicht nur die staatlichen Strukturen Parteien und Gewerkschaften der Arbeiter, sondern auch diese die staatlichen Planungen und Apparate beeinflussten, ist schließlich die Frage aufzuwerfen, ob die Arbeiterbewegung Einfluß auf die Polizisten ausüben und in die Polizei eindringen konnte. Hierbei ist dann auf die Anregung Webers zurückzukommen und danach zu forschen, ob Arbeiter und Sozialisten im Staatsapparat verstaatlicht wurden oder ob sie dessen Ausrichtung mitbestimmen konnten.

In dem deutsch-französischen Vergleich steht die Frage im Vordergrund, ob die vorindustriellen Traditionen der deutschen Bürokratie, die autoritär-monarchische Regierungsform und ein spezifisch deutsches Staatsverständnis, das – im Kürzel gesprochen – eher Rechtsförmigkeit als Grundrechtsorientierung betont<sup>15</sup>, zu einem besonderen Verhalten und Einwirken der Polizei auf Arbeiterklasse und -bewegung beigetragen haben. Für ein vergleichendes und kontrastives Vorgehen eignet sich Frankreich insofern, als die bürgerliche Gesellschaft sich zumindest in ihren politischen Grundprinzipien seit 1789 durchgesetzt hatte, als selbst unter dem bonapartistischen Regierungssystem das Bürgertum an der politischen Macht teilnahm und als die Bindung der Staatstätigkeit an durch Menschen- und Bürgerrechte gezogene Grenzen un-

<sup>13</sup> S. zu diesen Begrifflichkeiten: *Jürgen Kocka*, Lohnarbeit und Klassenbildung (Berlin-Bonn 1973) 9–30.

<sup>14</sup> Dabei ist allerdings zu beachten, daß dieser Definition ein modernisierungstheoretischer Bias zugrundeliegt. S. auch die Beiträge in: *Jürgen Kocka* (Hrsg.), Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert (Göttingen 1983).

<sup>15</sup> S. dazu immer noch aktuell: *Kurt Wolzendorff*, Die Grenzen der Polizeigewalt, 2 Teile (Marburg 1905/06); *ders.*, Die Grenzen der Polizeigewalt im französischen Recht, in: Archiv des öffentlichen Rechts 24 (1909) 325–393; s. auch *Funk*, 219 ff.

bestritten war. Die Phase zwischen 1848 und dem Ende der 1870er Jahre war in beiden Ländern durch eine massive Unterdrückung von Arbeiterorganisationen, aber auch durch die Entstehung einer modernen Arbeiter-, Gewerkschafts- und Streikbewegung charakterisiert. In ihr fand gleichfalls – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichen Formen – die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise beschleunigt statt.

Das Vorgehen, von der Staatstätigkeit und vor allem von ihrem polizeilichen Kern ausgehend, die Entwicklung der Arbeiterbewegung und -klasse zu untersuchen, stößt auf mehrere Schwierigkeiten. Einmal kann es sich nicht oder kaum auf eine Sozialgeschichte der Verwaltung stützen, die über die institutionelle Form und den Kompetenzverteilungen hinaus das Handeln der Administration und seine Konsequenzen zum Gegenstand der Analyse macht<sup>16</sup>. Damit müssen aus vorliegenden regional- und branchenspezifischen Studien oft Hinweise gewonnen werden und können systematische Überlegungen teilweise eher Plausibilität als eine empirisch abgesicherte Grundlage für sich beanspruchen. Eine derartige Analyse steht weiterhin in der Gefahr, die Wirksamkeit staatlicher Politik zu überschätzen. Sowohl die Geschichte der politischen Verfolgungen wie die der Sozialpolitik demonstriert jedoch, wie zwischen gesetzlichen Weisungen und ihrer administrativen Umsetzung und sozialen Wirkung Brüche bestehen, und daß die Geschichte staatlicher Maßnahmen immer auch die ihres Scheiterns ist<sup>17</sup>. Schließlich wird mit dem Einfluß staatlicher Maßnahmen lediglich ein, wenn auch wichtiger Faktor für die Entwicklung von Arbeiterbewegung und -klasse isoliert, der immer wieder in eine Vielzahl von Entwicklungsursachen und -bedingungen einzubetten ist.

## 1. Die deutsche Entwicklung

„Die schulgerechte *Begriffsbestimmung der Polizei* geht aber dahin“, schrieb Robert von Mohl, „daß sie im Rechtsstaate ist: die Gesamtheit aller jener verschiedenartigen Anstalten und Einrichtungen, welche bezwecken, durch Verwendung der Staatsgewalt diejenigen Hindernisse der allseitigen Entwicklung der menschlichen Kräfte zu entfernen, welche durch die Kraft der Einzelnen gar nicht oder nur unvollständig, wohl aber durch die Anwendung der Gesamtkraft der Bürger beseitigt werden können.“<sup>18</sup> In dieser aus dem Vormärz stammenden Aufgabenbeschreibung wird die Fülle der

<sup>16</sup> Für Deutschland jetzt dazu: *Gerhard A. Ritter*, Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland (Berlin und Bonn 1980).

<sup>17</sup> In der neueren politikwissenschaftlichen Diskussion ist diese Frage als „Implementationsforschung“ behandelt worden. S. *Helmut Wollmann* (Hrsg.), Politik im Dickicht der Bürokratie. Beiträge zur Implementationsforschung (Opladen 1980). Zum Sozialistengesetz s. etwa *Dieter Fricke*, Bismarcks Pratorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871–1898) (Berlin-Ost 1962).

<sup>18</sup> Artikel: Polizei, in: *Carl v. Rotteck/C. Welcker*, Staatslexikon ... (Altona 1841) Bd. 12, 646. Neben diese Bestimmung trat allerdings bei v. Mohl auch die Sicherheitsaufgabe der Polizei.

polizeilichen Tätigkeitsfelder angedeutet, die von der Bau- über die Gesundheits-, Armen- und Gewerbe- bis zur Markt- und Sicherheitspolizei reichten. Diese breite Zuständigkeit der Institution Polizei hielt auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an und machte sie zu einem numerisch starken Zweig der Verwaltung. Seit dem Allgemeinen Landrecht war diesem zudem in einer Generalklausel die Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung übertragen worden<sup>19</sup>. In dem Prozeß der Formulierung von bürgerlichen Freiheitsrechten nach 1860 erfuhr das Ausmaß polizeilicher Macht zwar durch positiv gesetzte Rechte eine Einschränkung, paradoxerweise aber zugleich auch eine Ausweitung, da die Gesetze polizeiliche Eingriffsbefugnisse formulierten bzw. die Wahrnehmung bürgerlicher Rechte unter einen polizeilichen Sicherheitsvorbehalt stellten<sup>20</sup>.

Im Untersuchungszeitraum verfügten die einzelnen deutschen Staaten über eine im einzelnen unterschiedliche Polizeiorganisation. Diese föderativen Unterschiede wurden bei wichtigen Fragen – wie in der Reaktionszeit etwa – jedoch durch einen Zusammenschluß, den „Polizeiverein“, überbrückt, wenn auch nicht überwunden<sup>21</sup>. Überdies setzten sich vor allem nach 1871 die Prinzipien des preußischen Modells durch, das hier im Mittelpunkt stehen soll. In Preußen bestanden verschiedene Strukturen nebeneinander: Während in Städten der Bürgermeister die Aufsicht über die Polizeidiener besaß, auf dem Land bis 1872 noch gutsherrliche Prärogativen existierten, unterstand die ländliche Gendarmerie dem Landrat und verfügten einzelne Städte auch über königliche Polizeiverwaltungen<sup>22</sup>. Diese Vielfalt, die aus der Verbindung von Kontroll-, Macht- und fiskalischen Überlegungen ihre Dauerhaftigkeit gewann, konnte jedoch jederzeit von der Zentralregierung geändert bzw. unterlaufen werden. So konnte den Bürgermeistern die Aufsicht über die lokale Polizei entzogen und konnten königliche Polizeipräsidenten eingesetzt werden. Auch in die Diskussion um die Erhebung von Ortschaften zu Städten mischten sich Überlegungen, ob eine Delegation der Polizeigewalt zu riskieren sei<sup>23</sup>. Als Faustregel der preußischen Regierung läßt sich festhalten, daß sie überall dort, wo durch eine umfangreiche mobile und arbeitende Bevölkerung dem Status quo Gefahr drohte oder wo die lokale Verwaltung zu zaghaft bei der Ordnungserhaltung tätig war, die Kompetenz über die Polizei an sich und ihre Repräsentanten zog<sup>24</sup>. Die Dezentralisierung der Polizei stand unter ei-

<sup>19</sup> S. *Hans-Harald Scupin*, Die Entwicklung des Polizeibegriffes und seine Verwendung in den neuen deutschen Polizeigesetzen (Diss. Jur. Fak. Marburg 1870) 19; *Hans Rosin*, Der Begriff der Polizei und der Umfang des polizeilichen Verfügungs- und Verordnungsrechts in Preußen, in: *Verwaltungsarchiv* 3 (1895) 241–365.

<sup>20</sup> *Funk*, 278–326.

<sup>21</sup> S. *Wolf Siemann*, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung.“ Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866 (Habil.-Schrift Tübingen 1983) 332 ff.: Vorgeschichte und System des Polizeivereins 1850–1866.

<sup>22</sup> S. *Funk*, 82 ff.; *Alf Lüdtke*, Praxis und Funktion staatlicher Repression in Preußen 1815–1850, in: *Geschichte und Gesellschaft* 3 (1977) 190–211; *Walter Obenaus*, Die Entwicklung der preußischen Sicherheitspolizei bis zum Ende der Reaktionszeit (Berlin 1940).

<sup>23</sup> S. das Beispiel in: *Franz Brüggemeier*, Leben vor Ort. Bergarbeiter an der Ruhr 1890–1920 (München 1983) 40; aber auch 186 ff.

<sup>24</sup> S. *Funk*, passim.

nem zentralen Vorbehalt, die Aufsicht und die Entscheidungsgewalt stärkte die Zentralregierung.

Intern wurde die preußische Polizei vor allem nach 1860 bürokratisiert, professionalisiert und zahlenmäßig ausgebaut<sup>25</sup>. Nach einigen Polizeiskandalen in Berlin wurde das Kompetenzdurcheinander in der Führung beseitigt, die Hierarchie in der Polizei gefestigt und die Berichtspflicht der einzelnen Polizisten auf- und ausgebaut. Damit ging eine deutliche Trennung der Polizeilaufbahnen vom Militär einher, wurde dem Polizeipräsidenten die Befehlsgewalt zuerkannt und ab 1870 zwischen politischer, Kriminal- und Ordnungsgewalt unterschieden. Zwar taten die Polizisten dezentral in Revieren Dienst, aber sie waren der Kontrolle ihrer Vorgesetzten ausgesetzt und unterlagen deren Weisungen. Wie bei der regionalen Organisation klafften auch hier Formal- und Realstruktur auseinander.

Im Vergleich mit der generalklauselhaft formulierten Allkompetenz der Polizei für den Bereich der inneren Sicherheit war ihre personelle Stärke gering. So waren beispielsweise in Bremen im Jahre 1850 insgesamt nur 141 Beamte bei der Polizeidirektion beschäftigt, von denen allein 100 als Nachtwächter tätig waren<sup>26</sup>. In kleineren Städten war die Präsenz der Polizei noch geringer, so daß Richard Tilly treffend die deutschen Städte und Staaten der Mitte des 19. Jahrhunderts als „poorly policed“ bezeichnet hat<sup>27</sup>. Ende der 1860er und in den 1870er Jahren weitete sich der Polizeiparat jedoch auch quantitativ aus. In den eroberten Gebieten installierte die preußische Regierung nach 1866 königliche Polizeiverwaltungen, die über mehr Personal als die Städte der alten Provinzen verfügten. Auch in Berlin, in den königlichen Polizeipräsidien außerhalb der Hauptstadt und der Landgendarmarie, deren Entwicklung hier weniger einbezogen wird, nahm die Sollstärke des Exekutivpersonals zwischen 1873 und 1879 um ein Achtel oder gar um ein Drittel zu. Allerdings blieb die Zahl der staatlichen Polizisten im Preußen des Jahres 1878 mit 7226, zu denen etwa 2000 kommunale Polizeidiener kamen, gering<sup>28</sup>. Vor allem in kleineren Städten, die über ein geringes Budget verfügten und keinen ernsthaften sozialen oder politischen Spannungen ausgesetzt waren, konnten nur wenige Polizisten angestellt werden<sup>29</sup>.

<sup>25</sup> *Funk*, 152–218; s. auch *Frank J. Thomason*, Uniformed Police in the City of Berlin under the Empire, in: *Emilio C. Viano/Jeffrey H. Reimann* (Hrsg.), *The Police in Society* (Toronto/London 1975) 105–119; *ders.*, *The Criminal Division of the Berlin Police Organization 1877–1910*, in: *Journal of Police Science and Administration* 2 (1974) 429–443; zur politischen Polizei vgl. *Fricke*.

<sup>26</sup> *S. Funk*, 89; vgl. auch ähnliche Angaben über die unzureichende personelle Ausstattung der Polizei in: *Alf Lüdtkke*, *Die „gestärkte Hand des Staates“*, in: *Leviathan* (1979) 199–226; hier 204; für das Jahr 1848 und den Umfang der Gendarmerie s. *Hermann-J. Rupieper*, *Die Polizei und die Fahndung anlässlich der deutschen Revolution von 1848/49*, in: *VSWG* 64 (1977) 328–355, hier: 332.

<sup>27</sup> *Richard Tilly*, in: *Charles Tilly* u. a., *The Rebellious Century, 1830–1930* (London 1975) 218.

<sup>28</sup> *Funk*, 373 ff.

<sup>29</sup> S. etwa die Hinweise in: *Dieter Stüttgen*, *Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Gumbinnen, 1871–1920* (Köln, Berlin 1980) 316 ff.; *Thomas Gey*, *Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg, 1871–1920* (Köln, Berlin 1976) 80 f.

Trotz dieser numerischen Schwäche konnten die Polizeidiener im Sinne ihrer Aufgabenbeschreibung effektiv tätig werden. Denn der Kreis der zu überwachenden politischen „Unruhestifter“ war nicht nur vor 1880 relativ klein, sondern auch sozial und topographisch innerhalb der Städte gut zu situieren und zu kontrollieren<sup>30</sup>. Mit dem Anwachsen der SPD und der freien Gewerkschaften einerseits, der erhöhten geographischen Mobilität der Arbeiter und der daraus folgenden Fluktuation andererseits wurde die Aufgabe der Polizei allerdings erschwert. Weiterhin ging bereits von der schieren Existenz der Polizei ein abschreckender Effekt und ein Einfluß auf die Bevölkerung aus, der unabhängig von ihrer jeweiligen Stärke war. Falls sich jedoch bei einzelnen Unruhen die örtlichen Polizisten nicht in der Lage sahen, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, so konnte die jeweilige Leitung Militär anfordern, das im Untersuchungszeitraum bei der Niederschlagung verschiedener, oft wenig bedeutsam erscheinender Konflikte aktiv wurde<sup>31</sup>. Schließlich wirkten Mechanismen der tradierten Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, die wohl vor allem auf dem Lande als Mechanismen der sozialen Kontrolle fungierten, in die gleiche Richtung wie die Polizei. Wie stark Bürger, aber auch Arbeiter selbst in kleineren Ortschaften als Überwacher und Ächter von Gesetzesbrechern engagiert waren, läßt sich an der Novelle „Ein Doppelgänger“ ablesen, in die Theodor Storm sicherlich auch Erfahrungen aus seiner Tätigkeit als Advokat eingebracht hat<sup>32</sup>. Trotz Unterschiede der Polizeiorganisation zwischen und in den Staaten des Deutschen Reiches trat die Polizei der Arbeiterbewegung als Institution entgegen, deren Effektivität durch eine strenge Hierarchie, das Beamtenrecht und zunehmende Professionalisierung gesichert wurde. War ihre Präsenz auch geringer als in späteren Zeiten, so waren sie doch dort in ausreichender Zahl vertreten, wo eine Gefahr für die staatliche und öffentliche Ordnung drohte. Sie konnte dabei kleinere Konflikte beilegen, griff bei umfangreicheren auf das Militär zurück.

#### a) Einfluß der Polizei auf die Konstituierung der Arbeiterklasse

Auf die Herausbildung der modernen Arbeiterklasse in Deutschland hatte die Polizei einen ambivalenten Einfluß. Einmal zog sie sich aus Kontrollbereichen zurück, die nunmehr der Privatinitiative und dem freien Spiel der Kräfte überlassen wurde, zum anderen wirkte sie bei der Verteidigung der zentralen Werte der bürgerlichen Gesellschaft, der Sozialisation der Arbeiter in diesem Sinne und der Differenzierung der Klasse mit.

Vor allem in süddeutschen Staaten hatten bis zum Erlaß der Gewerbeordnung des Jahres 1869 bzw. bis zur Übernahme entsprechender Bestimmungen nach der Reichsgründung zahlreiche Hindernisse bestanden, die die Mobilität der Arbeiter und damit

<sup>30</sup> S. die Überlegungen in: *Fritz Sack*, Stadtgeschichte und Kriminalsoziologie, Eine historisch-soziologische Analyse abweichenden Verhaltens, in: *Peter Christian Ludz* (Hrsg.), Soziologie und Sozialgeschichte (Opladen 1972) 357–385.

<sup>31</sup> S. etwa *Lothar Machtan/René Ott*, „Batzebier!“ Überlegungen zur sozialen Protestbewegung in den Jahren nach der Reichsgründung am Beispiel der süddeutschen Bierkrawalle vom Frühjahr 1873, in: *Heinrich Volkmann/Jürgen Bergmann* (Hrsg.), Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung (Opladen 1984) 128–166.

<sup>32</sup> *Theodor Storm*, *Der Doppelgänger* (1887) (Stuttgart 1975).

ihre für die Entfaltung des Kapitalismus notwendige Disponibilität beeinträchtigten. Die Polizei hatte über die Respektierung dieser Bestimmungen zu wachen. Die Wanderbücher, in denen Gesellen ihre Stationen durch ein Visum der örtlichen Polizei nachweisen mußten, entstammten ebenso der handwerklich-zünftlerischen Tradition wie das polizeiliche Vorgehen gegen Arbeitskräfte, die ihren Arbeitsvertrag brachen bzw. den blauen Montag feierten<sup>33</sup>.

Hingegen sind die Heiratsverbote und das Heimatrecht auf armenpolitische Strategien und das Bemühen der „home-towns“ zurückzuführen, ihre Bevölkerung und die Belastungen des Haushaltes möglichst gering zu halten<sup>34</sup>. Während die örtliche Polizei die Kontrolle über die Wandernden ausübte und dabei – glaubt man den Klagen der Gesellen – oft sehr schikanös verfuhr<sup>35</sup>, griff sie auf Klagen der Meister, in der zweiten Hälfte der 1860er Jahre aber wohl immer seltener, gegen Kontraktbrüchige oder säumige Gesellen ein und zwang sie zur Arbeit<sup>36</sup>. Bei den Heiratserlaubnissen und der Gewährung des Heimatrechts wirkte sie entweder nur indirekt mit, da beide oft an den Nachweis eines polizeilichen Führungszeugnisses gebunden waren, oder aber direkt, indem sie Auswärtige der Stadt verwies<sup>37</sup>. Deshalb klagte die junge Arbeitervereinsbewegung über diese Beschränkungen. 1863 führte der Berliner Delegierte Dittmann aus: „Bedenke man doch nur, daß der Arbeiter sich noch immer in einem Ausnahmezustand gegenüber den anderen Classen der Gesellschaft befindet. Der Arbeiter muß ein Wanderbuch haben, die Anderen kommen schon mit einer Paßkarte durch; der Arbeiter steht vom Morgen bis zum Abend unter polizeilicher Controlle, er mag arbeiten oder nicht.“<sup>38</sup>

Mit der Ende der 1860er Jahre im Norddeutschen Bund und ab 1871 dann auch im Deutschen Reich durchgesetzten Freizügigkeit, Heirats-, Niederlassungs- und Gewerbefreiheit entfielen die polizeilichen Eingriffe in diesen Bereichen, in denen sie besonders wandernde oder sich niederlassende Handwerksgesellen als Belastung erfuhren. Wurden auch die traditionellen Formen durch Gesetze beseitigt und fand mithin eine

<sup>33</sup> S. *Wolfgang Schmierer*, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878 (Hannover 1970) 35; *Frolinde Balsler*, Sozial-Demokratie. 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation. Allgemeine deutsche Arbeiterverbüderung nach der Revolution, 2 Bde. (Stuttgart 1962) 371 ff.; *Hugo Eckert*, Liberal- oder Sozialdemokratie. Frühgeschichte Nürnberger Arbeiterbewegung (Stuttgart 1968) 61 ff.

<sup>34</sup> *Klaus Jürgen Matz*, Pauperismus und Bevölkerung. Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts (Stuttgart 1980). Zu den „Home-towns“ s. *Mack Walker*, German home towns. Community, state and general estate 1648–1871 (Ithaca 1971).

<sup>35</sup> S. *August Bebel*, Schriften, 1862–1913, Bd. 2 (hrsg. v. Cora Stephan), (Frankfurt/M./Wien 1981) 279.

<sup>36</sup> S. *Hugo Eckert*, 64 ff.

<sup>37</sup> S. *Hugo Eckert*, 30 ff.; *Peter Borscheid*, Lebensstandard und Familie. Partnerwahl und Ehezyklus in einer württembergischen Industriestadt im 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 22 (1982) 227–262; bes. 243 ff. S. auch: *Horst Hesse*, Die sogenannte Sozialgesetzgebung Bayerns Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der bürgerlichen Gesellschaft (München 1971).

<sup>38</sup> Dittmann in: Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine 1863 bis 1869. Nachdrucke, hrsg. v. *Dieter Dowe* (Berlin/Bonn 1980) 1863, 35.

„Entpolizeilichung“ statt, so zog sich die Polizei nur aus bestimmten Praktiken, nicht aber aus der Verantwortung für Ruhe und Sicherheit im Bereich der Mobilität und der Niederlassungen in den Städten zurück. So kontrollierte sie ab 1871, ob die Jesuiten, ab 1878, ob die Sozialdemokraten sich an Beschränkungen ihrer Freizügigkeit hielten, stellte zahlreiche Personen unter Polizeiaufsicht, führte in den Städten das Melderegister, wachte über die mobile Bevölkerung der Bettler und Hausierer, kontrollierte die Gewerbe nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung und hatte auf der einen Seite an Kontrollrechten das gewonnen, was ihr in der liberalen Gesetzgebung verloren gegangen war<sup>39</sup>. Wie leicht dabei eine im Grunde Arbeiterforderungen begünstigende Gesetzesbestimmung gegen die Arbeiterbewegung ausgelegt werden konnte, zeigte die Gewerbeordnung, nach der die Polizei über die Vergabe von Konzessionen z. B. an Schankwirte entschied. Damit besaß sie auch ein Druckmittel gegen politisch mißliebige Gastwirte.

Übte die Polizei in Gemeinden auch nicht immer die Armenverwaltung aus, so war sie doch der exekutive Arm derselben bzw. hatte diese einen armenpolizeilichen Kern<sup>40</sup>. Mit der Unterstützung der Armen ging nämlich die Kontrolle darüber einher, daß jeder Arbeitsfähige geregelter Arbeit nachging und daß nur der Arbeitsunfähige öffentliche Unterstützung erhielt. Weiterhin galt es zu überwachen, daß der arbeitsunfähige Arme die empfangene Unterstützung sinnvoll verwendete. Dazu konnte seine Wohnung durchsucht oder auf Kneipiers Druck ausgeübt werden, die Arme in ihren Lokalen zechen ließen<sup>41</sup>. Die Zielsetzung hinter diesen Maßnahmen, die bis zu Gefängnisstrafen oder der Einweisung in Armenhäuser reichen konnten, sprach die sächsische Armenordnung vom 22.10.1840 aus: „Der Zwang des arbeits scheuen Armen zur Arbeit gehört zum Beruf der Polizeibehörde, mit denen sich deshalb die Armutsbehörden, wo sie von ersteren verschieden sind, zu vernehmen haben.“<sup>42</sup> Wenn im Laufe des 19. Jahrhunderts auch mit dem „Elberfelder System“ sich eine weniger polizeiliche Kontrolle der Armut in den meisten deutschen Großstädten durchsetzte, der armenpolizeiliche durch den strafrechtlichen Arbeitszwang abgelöst wurde und der Unterstützungswohnsitz an die Stelle des Heimatrechts trat<sup>43</sup>, so blieb doch Überwachung der Armen in ihren verschiedenen Formen eine der wichtigsten Aufgaben der Polizei.

Vom Niederrhein berichtete A. Thun von der Angst der Armen vor dem Gendarm<sup>44</sup>. „Da wird aus dem arbeitssuchenden, nahrungslosen Mann ein Bettler, – wenn er keine Wohnstätte findet, ein Obdachloser, – wenn er keine Papiere bei sich führt, ein Vagabund. Nun wird er Gegenstand der Aufmerksamkeit der Polizei: die Gendar-

<sup>39</sup> S. *Funk*, 278 ff.

<sup>40</sup> S. *Christoph Sachße/Florian Tennstedt*, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg (Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1980) 195 ff.

<sup>41</sup> *Sachße/Tennstedt*, 212 f.

<sup>42</sup> Ebd., 246.

<sup>43</sup> Ebd., 199 ff; *Florian Tennstedt*, Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland (Göttingen 1981) 81 ff; *ders.*, Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland 1800–1914 (Köln 1983) 231 ff.

<sup>44</sup> Zit. in *Sachße/Tennstedt*, 274.

men fahnden auf die Landstreicher. In die Stadt hüten sich diese zu kommen, da fallen sie den wachsamen Schutzleuten gar zu leicht in die Hände ...“. Wie stark die mit der Durchsetzung der Werte von Arbeit und Seßhaftigkeit verbundene Tätigkeit der Polizei im Bereich der Armenverwaltung war, läßt sich an der polizeilichen Praxis ablesen. Im Jahre 1886 nahm die Berliner Polizei insgesamt 33 356 Personen in polizeilichen Gewahrsam. Davon hatten 28% gebettelt, waren 26% obdachlos, 26% der Prostitution oder Unsittlichkeit, 6% wegen Auflauf angeklagt<sup>45</sup>.

Durchsetzung der Arbeit als Normalität und der bürgerlichen Ordnung als Norm war Inhalt der polizeilichen Tätigkeit. Da saisonale oder durch Krisen hervorgerufene Arbeitslosigkeit, Verarmung durch Alter, Krankheit oder Invalidität im Untersuchungszeitraum zu den durchaus gängigen Erfahrungen von Lohnarbeitern gehörten<sup>46</sup>, drohte ihnen beständig, daß sie Armutshilfeempfänger, damit polizeilicher Überwachung ausgeliefert, gesellschaftlich diskriminiert würden und politische Teilhaberechte verlören. Die gewerkschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen gewannen in dieser Situation an Anziehungskraft. Mit der politischen Diskriminierung, strafrechtlichen Verfolgung und polizeilichen Kontrolle von Armut differenzierten die staatlichen Instanzen zwischen verschiedenen Teilen der „classes laborieuses“, aus denen eine Gruppe als „classes dangereuses“ herausgetrennt wurde. Zwischen dem über eine halbwegs gesicherte materielle Existenz verfügenden Arbeiter mit festem Wohnsitz und dem bettelnden und obdachlosen wurde eine Kluft eröffnet, deren Tiefe und Wirkung auf das Verhalten des Proletariats in detaillierten, wahrscheinlich lokalgeschichtlich vorgehenden Studien zu klären wäre<sup>47</sup>.

Bei der Überwachung des „Gesindels“ auf den Straßen der Städte orientierte sich die Polizei an bestimmten äußeren Merkmalen. In den Dienstinstruktionen wurden neben genau zu kontrollierenden Plätzen wie Bahnhöfen oder Herbergen auch die verdächtigen Personen genannt, die wie Prostituierte, Betrunkene, Bettler oder Landstreicher durch ihren Habitus aus der bürgerlichen Ordnung herausfielen und polizeilicher Kontrolle ausgesetzt waren. Angesichts eines sich an Kriterien der Seßhaftigkeit und der bürgerlichen Anständigkeit orientierenden Wertkodex der Polizeidiener, den diese bei ihren täglichen Observationen zugrundelegten, lag es im Interesse der Arbeitenden, sich habituell von den Vagabunden und Armen zu unterscheiden<sup>48</sup>. Die

<sup>45</sup> Fink, 499.

<sup>46</sup> S. Heinz Reif, Soziale Lage und Erfahrungen des alternden Fabrikarbeiters in der Schwerindustrie des westlichen Ruhrgebiets während der Hochindustrialisierung, in: Archiv für Sozialgeschichte 22 (1982) 1–94; s. auch die Verarmungsursachen des Jahres 1885, Sachße/Tennstedt, 261.

<sup>47</sup> In der bereits zitierten Novelle von Theodor Storm wird deutlich, wie stark Bettelei selbst in den Unterschichten diskriminiert war. Den Wert von Fallstudien demonstriert eindrucksvoll: Bernd Weisbrod, Wohltätigkeit und symbolische Gewalt in der Industrialisierung. Städtische Armut und Armenpolitik in Wuppertal, in: Hans Mommsen/Wilfried Schulze (Hrsg.), Vom Elend der Handarbeit (Stuttgart 1981) 339–357.

<sup>48</sup> S. etwa Ernst Dronke, Berlin, (1846) (Frankfurt/M. 1974) 297: „Die Polizei hat demnach gar nicht einmal nötig, den Grund des Verbrechens, des ‚Umhertreibens‘, der ‚Arbeitslosigkeit‘ und des ‚Bettelns‘ zu konstatieren, sie braucht nur nach ihrer Willkür die ersten besten Leute zu verhaften, welche mit zerrissenen Kleidern, entkräftet von den Entbehrungen ihres Lebens, bleich und mit verkümmerten Gesichtern, aus denen der Hunger spricht, einhergehen.“

„Hoffnung auf Differenz“<sup>49</sup> wurde zu einem Zwang, sich abzusetzen. In dieser Perspektive könnten die häufig von Beobachtern registrierte Sorgfalt, die Arbeiter auf ihre Kleidung legten, und ihr bürgerlichen Vorbildern entlehntes öffentliches Auftreten nicht nur Selbstbewußtsein oder „Eigensinn“ ausgedrückt haben, sondern auch das Bemühen, durch diese Anpassung lästigen polizeilichen Kontrollen zu entgehen. Mit-hin wirkten in der Armenpolitik Anpassungs- und Differenzierungsstrategien zusammen.

Die Aktionen der Polizei, den Primat des Eigentums und der Unternehmerinteressen gegen die Bedürfnisse und Regungen der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen, trugen durchweg Klassencharakter. Das vor allem nach 1870 gezielte Vorgehen der Polizei gegen Diebstähle in Berlin ging zwar vor allem auf Pressionen des ängstlichen Bürgertums zurück, es konnte sehr wohl aber auch für Arbeiter eine positive Funktion haben<sup>50</sup>. Eindeutig auf der Seite der Arbeitergegner engagierte sich aber die Polizei, wenn sie auf Aufforderung der Hausbesitzer säumige Mieter exmittierte. Dieses durch keine Skrupel über die Legitimität getrübe Vorgehen der Polizei, das bei den Berliner Wohnungskrawallen 1872 zu zahlreichen Verwundeten führte und Gegengewalt provozierte, war eine eindeutige Parteinahme zugunsten der Hauseigentümer und eine Absage an jede wohlfahrtsstaatliche Aufgabe der Polizei, wenn man von baupolizeilichen Vorschriften über die Breite der Straße, die Höhe der Häuser und deren Abstand einmal absieht<sup>51</sup>. Auch in den Arbeitskämpfen fanden sich Polizei bzw. Militär auf der Seite der Unternehmer. Da die Koalitionsfreiheit lediglich unter der Auflage gewährt wurde, daß auch die Freiheit der Streikbrecher gewahrt blieb, rechtfertigte das Gesetz das polizeiliche Eingreifen in Arbeitskämpfe<sup>52</sup>. Aber auch die Straßenverkehrsordnung konnte dazu herhalten, Streikposten zu belangen, das Versammlungsrecht konnte zur Schließung von Streikversammlungen dienen und das Vereinsrecht, um Sammlungen für Streikende zu untersagen<sup>53</sup>.

<sup>49</sup> S. Heide Gerstenberger, Von der Armenpflege zur Sozialpolitik, in: *Leviathan* 9 (1981) 39–61.

<sup>50</sup> Auf die Frage, wie Eigentumskriminalität in der Arbeiterbewegung und in der Arbeiterklasse wahrgenommen wurden und in welchem Ausmaß noch Formen von Selbstjustiz bestanden oder bereits staatliche Polizei in Anspruch genommen wurde, geben Studien keine Antwort, die Verbrechen in dem Trend der gesellschaftlichen und politischen Modernisierung verorten. S. *Howard Zehr*, *Crime and the Development of Modern Society. Patterns of Criminality in Nineteenth Century Germany and France* (London 1976) – *Clive Emsley*, *Policing in its Context, 1750–1870* (London 1983) 157 f.

<sup>51</sup> S. *Paul Kampffmeyer/Bruno Altmann*, Vor dem Sozialistengesetz. Krisenjahre des Obrigkeitsstaates (Berlin 1928) 99 ff.; s. auch *Annemarie Lange*, Berlin zur Zeit Bebels und Bismarcks. Zwischen Reichsgründung und Jahrhundertwende (Berlin-Ost 1972).

<sup>52</sup> S. *Max Schippel*, Beiträge zur Geschichte des Koalitionsrechts in Deutschland, in: *Neue Zeit* 17 (1898–99) Bd. 2, 81–89, 100–108, 132–140, 177–183; s. auch zu Versuchen, das Koalitionsrecht auf legislativem Wege einzuschränken: *Lothar Machtban*, „Giebt es kein Preservativ, um diese wirtschaftliche Cholera uns vom Halse zu halten?“ Unternehmer, bürgerliche Öffentlichkeit und preußische Regierung gegenüber der ersten großen Streikwelle in Deutschland (1869–1874), in: *Jahrbuch Arbeiterbewegung* (1981) 54–100.

<sup>53</sup> *Klaus Saul*, Der Staat und die Mächte des Umsturzes, in: *AFS* 12 (1972) 293–350.

Je nach örtlichen Kräftekonstellationen und Druck der Unternehmer machten die Polizisten von diesen Bestimmungen Gebrauch. Im württembergischen Ort Kaufen sperrte die Gendarmerie noch 1872 kurzerhand auf Aufforderung des Unternehmers streikende Weber samt ihren Frauen und Kindern ein<sup>54</sup>, im Ruhrbergbau griffen die Polizeidiener derartig massiv zugunsten der Unternehmer ein, daß die Arbeitskonflikte durch diesen Einsatz eskalierten und sich durch schikanöse Kontrollen, Säuberungen und Ordnungsstrafen noch verschärften. Diese Erfahrungen trugen dazu bei, die Solidarisierung unter den Streikenden zu verstärken und die Staatsgewalt als klassenmäßig gebunden darzustellen<sup>55</sup>. Wenn auch in unteren Verwaltungs- und Polizeibehörden bisweilen Reflexionen über die Ursachen von Unruhe und Protest angestellt wurden, hier gar die Gründung von Fabrikkrankenkassen befürwortet wurde, dort die Polizei auch als Vermittler bei Arbeitskämpfen fungiert haben soll, so traten diese präventiven oder konfliktabbauenden Initiationen doch eindeutig zurück gegenüber der Aufgabe, eine stets als latent oder aktuell bedroht wahrgenommene Ordnung zu schützen<sup>56</sup>. Angesichts der Verquickung von Armenverwaltung und Polizei und der klassenspezifischen Intervention der Polizeibehörden in Konfliktfällen erfuhren Arbeiter und Gesellen die Schutzmänner und damit die Staatsgewalt in der Regel als eine ihnen feindliche Macht.

Die abschließende Frage, ob und in welchem Ausmaß Polizei und staatliche Bürokratien die von ihnen vertretenen Werte und Spielregeln durchsetzen konnten, muß offen bleiben. Die moderne Volkskunde hat auf die eigenen Gesetzmäßigkeiten und Überlebensstrategien gehorchenden Volkskulturen hingewiesen, in denen seit dem 17. Jahrhundert breiter Widerstand gegen die Obrigkeit und die ihr assoziierten Autoritäten geleistet wurde<sup>57</sup>. Auch die Forschungen zum sozialen Protest haben für den Vormärz eine Fülle von Widerstandsaktionen in den Unterschichten erfaßt, in denen die Rationalität der Existenzsicherung, aber auch die Traditionen der Willenskundgebungen gegen die versuchte Zurichtung durch Militär und Polizei verteidigt wurden<sup>58</sup>.

<sup>54</sup> *Schmierer*, 222; s. auch zu einem Weberstreik in einem Vorort Augsburgs *Eckert*, 161; vgl. auch *Lothar Machthan*, Streiks im frühen deutschen Kaiserreich (Frankfurt/New York 1983); für die frühere Zeit *Ulrich Engelhardt*, „Nur vereinigt sind wir stark.“ Die Anfänge der deutschen Gewerkschaften 1862/63 bis 1869/70, 2. Bde. (Stuttgart 1977).

<sup>55</sup> *Klaus Tenfelde*, Gewalt und Konfliktregelung in den Arbeitskämpfen der Ruhrbergleute bis 1918, in: *Friedrich Engel-Janosi* u. a. (Hrsg.), Gewalt und Gewaltlosigkeit. Probleme des 20. Jahrhunderts (München 1977) 185–236; s. auch *Dietrich Milles*, „... aber es kam kein Mensch nach den Gruben, um anzufahren.“ Arbeitskämpfe der Ruhrbergarbeiter 1867–1878 (Frankfurt/New York 1983) 283 ff.

<sup>56</sup> *Günter Trautmann*, Liberalismus, Arbeiterbewegung und Staat in Hamburg und Schleswig-Holstein 1862–1869, in: *AfS* 15 (1975) 51–110, bes. 101.

<sup>57</sup> S. die Beispiele in: *Norbert Schindler*, Spuren in die Geschichte der „anderen“ Zivilisation. Probleme und Perspektiven einer historischen Volkskulturforschung, in: *Richard van Dülmen/ders.* (Hrsg.), Volkskultur. Zur Wiederentdeckung des vergessenen Alltags (16.–20. Jahrhundert) (Frankfurt/M. 1984) 13–77.

<sup>58</sup> S. etwa die Beiträge von *Hans-Gerhard Husung*, *Rainer Wirtz* und *Dirk Blasius* in: *Volkmann/Bergmann*.

Diese Forschungen sind in größerem Ausmaß für den Zeitraum zwischen 1848 und 1880 nicht fortgeführt worden.

Wenn auch die vor allem zahlreichen volkskundlichen Werken unterlegte Annahme einer generellen Widerständigkeit mit Skepsis aufzunehmen ist, so raten einige Hinweise für die Zeit nach 1848 doch von der Annahme eines umfassenden Erfolgs der polizeilichen Arbeit ab. Dazu gehört der verzweifelte Versuch von Polizei und Unternehmern, Feste zu untersagen bzw. zu kontrollieren, in denen Arbeiter sich trafen und deren „Exzesse“ sowohl dem Ideal der Ruhe und Ordnung als auch den Verwertungsinteressen des Kapitals widersprachen<sup>59</sup>. Aber auch der Widerstand ist hier zu nennen, der in Arbeiterfamilien des Rheinlands geleistet wurde, als Polizisten geisteskrankte Familienmitglieder in Landespfleganstalten transportieren wollten. In dieser zwangsweisen Einlieferung und dem Vorgehen gegen die Familienpflege sahen die Arbeiter offensichtlich einen Eingriff in ihre Entscheidungskompetenz<sup>60</sup>. Auch der Widerstand der Gesellen gegen die Auflösung ihrer freien Hilfs- in Zwangskassen, die in Preußen gesetzlich möglich war und in der Reaktionszeit praktiziert wurde, beweist ihr Mißtrauen gegenüber staatlichen Regelungen, die die autonomen Entscheidungen der Handwerksgesellen außer Kraft setzen wollten. Dieser Widerstand äußerte sich sogar in so heftigen Krawallen, daß das Militär eingreifen mußte<sup>61</sup>. Schließlich rät auch die Protestforschung zur Vorsicht gegenüber dem Bild einer Arbeiterklasse, das sich vollkommen den Weisungen der Staatsgewalt gefügt hätte. Zwischen 1850 und 1883 protestierte die Bevölkerung in 67 größeren gewaltsamen Aktionen gegen den Inhalt von Maßnahmen der Polizei und des Militärs. Unter allen gewaltsamen Vorkommnissen war der Widerstand gegen die Staatsgewalt das verbreitetste<sup>62</sup>. Auch Einzelpersonen unterwarfen sich nicht dem Diktat der Obrigkeit. Denn 1865 wurden in Preußen 3044 Einzelangriffe gegen Vertreter des Staates registriert und strafrechtlich verfolgt<sup>63</sup>. Da der Umfang des kollektiven Widerstandes in gewaltsamen Formen vor 1914 nicht wesentlich zurückging, im Ersten Weltkrieg dann schlagartig anstieg<sup>64</sup>, ist anzunehmen, daß innerhalb der Arbeiterklasse ein Protestpotential bestand, das sich nicht in den gesellschaftlich akkreditierten Kanälen und Medien äußerte, sondern auf eruptive Weise. Die „Verpolizeilichung“ fand hier ihre Grenzen.

<sup>59</sup> S. *Brüggemeier*, 142 ff.; *Milles*, 287 ff.

<sup>60</sup> *Dirk Blasius*, Bürgerliche Gesellschaft und bürgerliche Ängste. Die Irren in der Geschichte des 19. Jahrhunderts – Eine Skizze, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 8 (1978) 91 f.

<sup>61</sup> *Toni Offermann*, Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863 (Bonn 1979) 141 ff.

<sup>62</sup> *Richard Tilly*, in: *Charles Tilly* u. a., 230.

<sup>63</sup> *Dirk Blasius*, Kriminalität und Alltag. Zur Konfliktgeschichte des Alltagslebens im 19. Jahrhundert (Göttingen 1978) 59. S. auch *Michael Grüttner*, Working-class Crime and the Labour Movement: Pillering in the Hamburg Docks, 1888–1923, in: *Richard J. Evans*, The German Working Class 1888–1933 (London/Totawa 1982) 54–79.

<sup>64</sup> Als Vorläufer s. *Richard J. Evans*, „Red Wednesday“ in Hamburg. Social Democrats, Police and Lumpenproletariat in the Suffrage Disturbance of 17 January 1906, in: *Social History* (1979) 1–31; *Helmut Bleiber*, Die Moabiter Unruhen 1910, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (1955) 173–211.

Wenn unter dem Eindruck der Imperative der Industrialisierung Ende der 1860er Jahre auch die polizeiliche Kontrolle in einzelnen Bereichen zurückging, so entstand keinesfalls ein staats- oder polizeifreier Raum, in dem sich die Arbeiterklasse hätte frei entfalten können. Vielmehr lebte die polizeiliche Observation über Migrationen, Gewerbe und Arbeitskämpfe fort, sie nahm allerdings andere Formen an, die auf die Herausbildung der Arbeiterklasse nicht ohne Einfluß blieben. Wenn Klassenbildungsprozesse durch die Tendenz zur Vereinheitlichung der proletarischen Klassenlage und zur Autonomisierung von Klassenbewußtsein charakterisiert sind, so wirkte die Polizei diesen einerseits entgegen, indem sie habituelle, rechtliche und politische Unterschiede zwischen Arbeitern und Armen, Sesshaften und Nichtsesshaften akzentuierte und das dem Strafrecht unterlegte bürgerliche Wertesystem verpflichtend machte. Andererseits trug die Polizei aber gerade zu einer Klärung der gesellschaftlichen und politischen Fronten bei, indem sie ihre Zwangsgewalt den Unternehmern und Hauseigentümern zur Verfügung stellte, und beförderte die Entstehung einer dichotomischen Gesellschaftssicht, die als Grundlage von Klassenbewußtsein dienen konnte<sup>65</sup>.

b) Der Einfluß der Polizei auf die Konstituierung der Arbeiterbewegung

Besonders massiv gingen staatliche Bürokratie und Polizei gegen die Herausbildung von Arbeiterparteien und Gewerkschaften vor. Freilich rückten die Arbeitervereine nach 1850 noch als Hilfstruppen der Demokraten und als ein mit den Prinzipien des preußischen Obrigkeitsstaates nicht vereinbarer Zusammenschluß in das Visier polizeilicher Verfolgung<sup>66</sup>. Aber bereits ab Mitte der 1860er Jahre und vollends nach der Reichsgründung galt die Repression den Organisationen der Arbeiterbewegung. Vor allem in der Nachfolge der 1848er Revolution und nach 1871 richtete sich die geballte Macht staatlicher Organisationen gegen Gewerkschaften und politische Vereine. Durch eine Koordinierung auf nationaler Ebene, einen am 13. 7. 1854 getroffenen Beschluß des Bundesrates und rigoroses Vorgehen auf Länderebene gelang es der Polizei bis 1854, nahezu alle bestehenden Organisationen aufzulösen bzw. unter ihre Kontrolle zu bringen, in denen Oppositionelle organisiert waren. Sowohl die Arbeitervereine als auch die Hilfskassen, sowohl die Gesangs- als auch die Turnvereine fielen der staatlichen Verfolgung zum Opfer, die durch formelle Verbote, Druck, strafrechtliches Vorgehen oder Ausweisung von nicht heimatberechtigten Ausländern zu ihrem Ziel gelangte. Lediglich in vom Bürgertum dominierten oder unpolitisch gewordenen Vereinen, die überdies der genauen Kontrolle durch die Polizei unterlagen, bzw. in informellen Treffen, die sogar das überprüfte Gasthaus meiden mußten, konnten organisierte Reste der Auflehnung gegen die Obrigkeit überwintern<sup>67</sup>.

Erneut nach der Distanzierung der Arbeiterparteien von der Fortführung des deutsch-französischen Krieges, ihrer Unterstützung der Pariser Commune und während einer umfangreichen Streikbewegung<sup>68</sup> rollte eine Welle von Überwachungen, Verboten und Bespitzelungen auf die Arbeiterorganisationen zu. Willkürliche Verhaf-

<sup>65</sup> S. dazu auch die theoretischen Bemerkungen bei *Kocka*, Lohnarbeit, 25 ff.

<sup>66</sup> Dazu vor allem die vorzügliche Studie von *Toni Offermann*.

<sup>67</sup> Ebd., 82 ff.

<sup>68</sup> *Machthan*, Streiks.

tungen, denen keine Strafprozesse folgten, dauernde Auflösung von Versammlungen oder Druck auf die Gastwirte, der Sozialdemokratie bei Strafe des Konzessionsentzugs keine Räume zur Verfügung zu stellen, gehörten zu den gängigen staatlichen Praktiken<sup>69</sup>. Im Unterschied zu der Reaktionszeit gelang es aber nicht mehr, die sich ausbildende Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Zwischen den beiden Schwerpunkten der Repressionsbewegung genossen die Arbeiterbildungsbewegung und der ADAV bis 1865 weitgehend Handlungsfreiheit<sup>70</sup>, während in der zweiten Hälfte der 1860er Jahre die örtlichen Behörden je nach Opportunitätserwägungen entweder auf den Zusammenbruch der untereinander konkurrierenden Bewegungen setzten oder aber exemplarisch gegen Führer oder Vereine vorgingen. So wurden badische und württembergische Sozialdemokraten selten verfolgt, während in Braunschweig oder Hamburg die Behörden intervenierten<sup>71</sup>.

Durch diese staatliche Politik lebten die Arbeiterorganisationen mehrere Jahrzehnte lang unter dem Damoklesschwert der Illegalisierung und Kriminalisierung. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß nicht nur die konkrete Verfolgung, sondern bereits deren Möglichkeit auf Strategie, Ideologie, Organisation und Verhalten der Sozialdemokraten einwirkten.

Der politische Standort der Sozialdemokratie wurde von den staatlichen Repressionsmaßnahmen mitgeprägt. Während in den 1850er Jahren die Demokraten und Sozialisten gemeinsame Erfahrung der politischen Unterdrückung auch ihre politische Nähe förderte, verstärkte in den 1870er Jahren die staatliche Praxis, bei der Verfolgung durch die Polizei liberale Gewerkvereine und liberaldemokratische Zusammenschlüsse auszunehmen, den inzwischen vollzogenen Bruch zwischen der „bürgerlichen“ und der „proletarischen Demokratie“ (Gustav Mayer)<sup>72</sup>. Dem staatlichen Unternehmen, durch differenziertes Vorgehen zwischen die demokratische und sozialdemokratische Bewegung einen Keil zu treiben, entsprach die innerparteiliche Kritik etwa an der Bündnispolitik, die Wilhelm Bracke betrieb<sup>73</sup>. Die staatliche Ausgrenzung der Sozialdemokratie als Vaterlandsverräter und Feind der Gesellschaft beförderte paradoxerweise die Eigenständigkeit der Partei. Sie verlieh ihrem Anspruch, alleinige und effektive Vertreterin von Arbeiterinteressen zu sein und am radikalsten Veränderungen

<sup>69</sup> Vgl. *Kampffmeyer/Altmann; Werner Wittwer*, Zur Politik des preußisch-deutschen Staates gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung nach der Reichsgründung, in: *Horst Bartel/Ernst Engelberg* (Hrsg.), Die großpreussisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen (Berlin-Ost 1971) II, 306–356.

<sup>70</sup> *Offermann*, 500 ff.

<sup>71</sup> Vgl. *Schmierer; Jörg Schadt*, Die sozialdemokratische Partei in Baden (Hannover 1971); *Trautmann*, 96 ff.; *Georg Eckert*, Wilhelm Bracke und die Anfänge der Braunschweigischen Arbeiterbewegung (Braunschweig 1957); s. auch *Dieter Dowe*, Organisatorische Anfänge der Arbeiterbewegung in der Rheinprovinz und Westfalen bis zum Sozialistengesetz von 1878, in: *Jürgen Reulecke* (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr (Wuppertal 1974) 51–80.

<sup>72</sup> S. zu diesem Zusammenhang: *Wolfgang Schieder*, Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus und die sozialistische Parteibildung in Deutschland, in: *Hans Mommsen* (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei (Frankfurt/M. 1974) 17–34.

<sup>73</sup> *Georg Eckert*, Hundert Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie (Hannover o.J.) 1, 211 ff.

zu fordern, Glaubwürdigkeit. Die Selbstdefinition des ADAV und der Eisenacher Partei wurde durch ihre Fremddefinition durch die staatlichen Instanzen bestärkt. Überdies ebnete die polizeiliche und gerichtliche Verfolgungswelle zu Beginn der 1870er Jahre Divergenzen zwischen den beiden Arbeiterorganisationen ein. Hatten sich beide in der Vergangenheit auch gegenseitig angeklagt, zu staatshörig zu sein, so zerschlug das politische Vorgehen, das sowohl dem ADAV als auch der SDAP galt, diese Vorhaltungen<sup>74</sup>. Die staatliche Repression begünstigte mithin die Vereinigung auf dem Gothaer Parteitag.

Die Repressionspraxis, an der die Polizei maßgeblich als Gesetzestexte auslegendes und ausführendes Organ beteiligt war, beeinflusste nicht nur den Standort der Partei, sondern auch ihre Strukturen. Die Verbote, mit denen die Lokal- und Polizeibehörden nach 1850 die Arbeitervereine überzogen, waren in der Regel auf Bestimmungen der Vereinsgesetze gegründet<sup>75</sup>. Nach diesen konnten Versammlungen von Vereinen, die sich öffentlichen Angelegenheiten widmeten, polizeilich überwacht und gegebenenfalls aufgelöst werden. Überdies unterlagen die Vereine einem Affiliationsverbot. Mithin waren gesetzlich erlaubt nur Organisationen, die lokal angesiedelt waren, die keine Verbindungen untereinander spannten und deren Aktivitäten sich im Rahmen geltender Strafgesetze bewegten. Mit diesen gesetzlichen Bestimmungen verfügten die Strafverfolgungsbehörden über ein flexibles Instrumentarium, um Arbeiterorganisationen verbieten zu können. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, ja bis 1908 war der Handlungsspielraum gering, innerhalb dessen sich die SPD entwickeln konnte. Nicht nur standen Versuche, die Parteiarbeit zu koordinieren, immer wieder in Gefahr, verboten zu werden, sondern der Partei wurde mit dem Parlament auch ein Betätigungsfeld geboten, auf dem sie sich relativ geschützt bewegen konnte.

Unter der Drohung des Vereinsgesetzes bewegten sich die Modelle, die die SPD ausprobierte, zwischen dem Vorbild der föderalen Organisation des VDAV und der zentralistischen Struktur des ADAV. In der Übernahme von Organisationsprinzipien des Nationalvereins hatte der ADAV eine Möglichkeit gefunden, trotz des gegen zentrale Zusammenschlüsse gerichteten Vereinsgesetzes eine zentralistisch aufgebaute Struktur zu errichten<sup>76</sup>. Er gründete den ADAV nämlich nicht auf ein lokales Netz von Vereinen, sondern auf Einzelmitglieder und hielt zwischen dem Präsidenten und den Mitgliedern den Kontakt mit Hilfe von Bevollmächtigten aufrecht, die Weisungen der Spitze übermittelten. Wenn dieses Modell auch nicht verhindern konnte, daß sich lokaler Widerstand regte<sup>77</sup>, so war der Ausschluß korporativer Mitglieder, der auch für den Anschluß an die internationale Arbeiter-Assoziation galt, einer demokra-

<sup>74</sup> Georg Eckert, Die Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz, in: Hans Mommsen (Hrsg.), 35–51, hier 48.

<sup>75</sup> S. detailliert dazu: Offermann, 50 ff.; vgl. auch Peter Kögler, Arbeiterbewegung und Vereinsrecht. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des BGB (Berlin 1974).

<sup>76</sup> S. Shlomo Na'aman, Lassalle (Hannover 1970) 757; ders., Demokratische und soziale Impulse in der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Jahre 1862/63 (Wiesbaden 1969) 91 ff.; Offermann, 481 ff.

<sup>77</sup> Trautmann, 70 ff.

tischen Kontrolle der Führung feindlich. 1869 formulierte das frühere ADAV-Mitglied S. Spier folgende Kritik daran: „Diese Organisation ist gut nach *unten* hin: die Mitglieder können rasch dirigiert werden, aber schlecht in Betreff einer strammen Kontrolle nach *oben* hin: die Präsidenten können geradezu machen, was sie wollen.“<sup>78</sup>

1869 und 1875 wurde dann die Parteispitze gestärkt, der zwar Kontrollausschüsse beigeordnet waren, die aber zwischen den Parteitagern über eine große Handlungsfreiheit verfügte<sup>79</sup>. Da die Verbindung zwischen dem Vorstand und den lokalen Vereinen unter das Affiliationsverbot fiel, sollten in den einzelnen Orten gewählte Vertrauensmänner die Koordinierungsaufgaben übernehmen. Formell den Lassalleschen Bevollmächtigten ähnlich sollten sie im Unterschied zum ADAV in der SDAP stärker in die lokale Arbeit einbezogen werden. Da die Vorstände immer wieder polizeilich und strafrechtlich verfolgt wurden, konnten sich trotz der deutlichen Vorliebe Bebels für eine dem ADAV ähnliche Organisationsstruktur zentrale Zusammenhänge nur zeitweise herausbilden<sup>80</sup>. Als 1876 etwa in Preußen die SAP wegen ihres Verstoßes gegen das Vereinsgesetz verboten wurde, löste sich die Partei in lokale Zusammenhänge auf<sup>81</sup>.

Im Untersuchungszeitraum kennzeichnete das Scheitern eines gemäßigten Zentralismus die Organisationsbemühungen der Sozialdemokraten. Auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Wertschätzung, die in der Sozialdemokratie die organisatorische Zentralisierung fand, *auch* aus den zahlreichen staatlichen Eingriffen gegen sie resultierte. Es lag ja geradezu nahe, auf die verbotenen Organisationsmodelle zurückzugreifen, als die Vereinsgesetzgebung liberalisiert wurde<sup>82</sup>.

Verboten die staatlichen Instanzen mithin eine zentralisierte und sich auf rege lokale Vereine stützende Bewegung, so ermunterten die Verfassungsordnung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches, aber auch die Vereinsgesetze die Sozialdemokratie dazu, sich parlamentarisch zu betätigen. Da die Reichstagswahl eine der wenigen politischen Partizipationsmöglichkeiten bot, die legal waren, nahmen ADAV und SDAP diese Möglichkeit wahr, wenn sie auch die Parlamentsarbeit eher als Agitationschance denn als Ansatzpunkt für eine Politik der Veränderung begriffen<sup>83</sup>. Auf lokaler Ebene waren Wahlkomitees zur Vorbereitung von Reichstagswahlen

<sup>78</sup> Zit. in: *Georg Eckert*, Hundert Jahre ..., 95.

<sup>79</sup> S. dazu *Dieter Fricke*, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf (Berlin-Ost 1976) 5 ff.

<sup>80</sup> S. *Sblomo Na'aman* (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zur Arbeiterpartei. Der Fünfte Ver-einstag der Deutschen Arbeitervereine zur Nürnberg im Jahre 1866. Eine Dokumentation (Berlin 1976).

<sup>81</sup> *Fricke*, Arbeiterbewegung, 111.

<sup>82</sup> Für die spätere Entwicklung s. *Thomas Nipperdey*, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918 (Düsseldorf 1961).

<sup>83</sup> S. die interne Debatte, die *Cora Stephan* nachzeichnet: „Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen!“ Aus der Urgeschichte der Sozialdemokratie 1862–1878 (Frankfurt/M. 1977); s. auch *Susanne Miller*, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik von Lassalle bis zum Revisionismusstreit (Frankfurt/M. 1964).

vom Vereinsgesetz erlaubt. Dies führte dazu, daß sich vor 1878 verbotene Vereine unter das formelle Dach der Wahlkomitees flüchteten, und im August 1876 die in Preußen verbotene SAP als ein Sozialistenkongreß tagte, auf dem über Mittel beraten wurde, um ein günstiges Wahlergebnis zu erreichen<sup>84</sup>. Aus der taktischen Zuwendung zum parlamentarischen Bereich und der erzwungenen Umwandlung von Arbeitervereinen in Wahlvorbereitungskomitees entwickelte sich dann Ende des 19. Jahrhunderts eine deutliche Schwerpunktsetzung der Parteiarbeit im parlamentarischen Bereich<sup>85</sup>. Neben der Sozialgesetzgebung waren die Forderungen nach Ausdehnung der Kompetenzen des Reichstags und nach Reform des kommunalen Wahlrechts zentrale Forderungen der SPD vor 1914. Die vom Staat vorgegebenen Mitwirkungsmöglichkeiten und -formen wurden aufgegriffen.

Die staatliche Politik und die Wirkung der sie ausführenden Polizei hatten überdies Folgen für das politische Verhalten der Partei sowie für ihre Wahrnehmung des Staates. Da die generelle Taktik der sozialdemokratischen Organisationen darin bestand, nach der Phase des Verbots legal mögliche Strukturen aufzubauen, ging allein von der Existenz des Vereinsgesetzes ein habitueller Einfluß aus. Sowohl auf dem ersten Vereinstag des VDAV als auch auf dessen Geraer Treffen ging die Furcht vor einem neuerlichen Verbot der Arbeitervereine in die lebhaft geführte Organisationsdebatte ein<sup>86</sup>. Diese konzentrierte sich deshalb nicht auf die für die Arbeiterbewegung wünschbaren, sondern ausschließlich auf die machbaren Strukturen. Nach den Erfahrungen der 1850er Jahre galt der Partei strikter Legalismus als Voraussetzung, um staatliche Eingriffe nicht zu provozieren. Wenn auf lokaler Ebene auch Parteimitglieder bisweilen offensiv die Grenzen des Vereins- und Versammlungsgesetzes testeten, so bestand die Arbeit des VDAV zumindest darin, zwischen den Bestimmungen des preußischen und bayerischen Vereinsgesetzes einen Weg zu finden, der der Partei eine legale Existenz erlaubte.

Verhaltensprägend wirkte auch das Versammlungsrecht, nach dem in öffentlichen Zusammenkünften stets ein kontrollierender Polizeibeamter anwesend war. Dieser konnte die Zusammenkünfte aus verschiedensten Gründen auflösen. Majestätsbeleidigung, Herabsetzung des königlichen Hauses, aber auch Aufreizen von Angehörigen des Staates zum Haß gegeneinander zogen ein Ende der Veranstaltungen und häufig auch eine Anklage gegen den verantwortlichen Veranstalter oder den Redner nach sich. So wurden 1866 Wilhelm Bracke wegen „Aufreizung zur Widergesetzlichkeit gegen die Staatsgewalt“, 1869 August Bebel wegen staatsgefährdender Propaganda und 1870 Bebel und Liebknecht wegen landesverräterischer Bestrebungen verurteilt<sup>87</sup>. Die Anwesenheit der Polizisten führte zwar an einigen Orten auch zu heftigen „Invekti-

<sup>84</sup> Fricke, Arbeiterbewegung, 113.

<sup>85</sup> S. Peter Domann, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II. Die Auseinandersetzung der Partei mit dem monarchischen System, seinen gesellschafts- und verfassungspolitischen Voraussetzungen (Wiesbaden 1974).

<sup>86</sup> Offermann, 498.

<sup>87</sup> S. u. a. Karl-Heinz Leidigkeit (Hrsg.), Der Leipziger Hochverratsprozeß vom Jahre 1872 (Berlin-Ost 1960).

ven“ von Arbeitern gegen sie<sup>88</sup>, häufig aber auch zur Anpassung. Während in Darstellungen der Sozialdemokratie vor allem das geschickte und listenreiche Unterlaufen polizeilicher Weisungen geschildert wird<sup>89</sup>, wäre eine parallele Untersuchung der Anpassung sinnvoll. Warnungen von Ignaz Auer vor dem „Revolutionsgeschnatter“ etwa sind auch als Selbstzensur der Sozialdemokraten zu deuten<sup>90</sup>, die August Bebel etwa anspricht: „Über den letzten Weg sich weiterauszulassen, ist äußerst gefährlich, da die Wächter für die am heutigen Staat Interessierten, der Staatsanwalt, gar zu gern geneigt ist, hineinzureden ...“<sup>91</sup>. Die Selbstkontrolle bezog sich aber nicht nur auf einzelne Äußerungen, sondern auch auf die generelle Durchführung von Versammlungen und der Parteiarbeit, die möglichst zu keinem polizeilichen Einschreiten Anlaß geben sollten. Eher Verdeckungs- als Konfrontationsstrategie herrschten mithin vor. Es liegt nahe, die Ablehnung von provokanter Agitation, die Sorge um den Bestand der Organisation, die bis zum Organisationsfetischismus ging, und die unzureichende Auseinandersetzung über den revolutionären Weg mit dieser Option in Zusammenhang zu bringen. Da die staatlichen Bürokratien eine strenge Zensur über das gesprochene und geschriebene Wort ausübten, setzten sie auf dem Umweg über Selbstkontrolle den Verzicht bzw. die Milderung von bestimmten brisanten Themen in der Partei durch. Wie stark sich habituell eine lange Jahre hindurch geübte Praxis, sich durch die Meander staatlicher Gesetze und Weisungen zu schlängeln, auf Parteimitglieder ausgewirkt hat, läßt sich nur mutmaßen.

Der Legalismus und die vorsichtige Taktik der Partei beeinflussten auch ihre Politik gegenüber den Anarchisten, militanten Aktionen und den Armen. Deutlich setzte sich die Sozialdemokratie von den Anarchisten ab, die den Staatsapparat zerschlagen wollten. So hieß es 1881: „Die Sozialdemokratie will die Organisation der Arbeit durch den Staat, die Konzentrierung aller wirtschaftlichen Macht in den Händen des Staates, die äußerste Potenzierung ... des Staates ...“<sup>92</sup>. Mit dieser Option für die Arbeit im Staat war die Mitgliedschaft von Gruppen unvereinbar, die mit gewaltmäßigen Mitteln an der Vernichtung des Staates arbeiteten. In diese Abgrenzung wie auch in die Distanzierung von Arbeitern, die in militanten und teilweise gewaltförmigen Aktionen etwa im süddeutschen Bierkrawall des Jahres 1873 ihre Interessen verteidigt hatten<sup>93</sup>, ging auch das Bestreben der Partei ein, keinen Vorwand für ein staatliches Eingreifen gegen die Partei zu bieten. Gleichzeitig stärkte diese Ablehnung ungestüme Bewegungen, die bestehende Gesetze gezielt durchbrachen, aber auch die Fixierung der Partei auf die bestehende Legalität. Gegenüber Anarchisten und Teilnehmern am militanten sozialen Protest handelte sie gleichsam spiegelbildlich zu den staatlichen Ausgrenzungen.

<sup>88</sup> S. etwa Beispiele in *H. Eckert*, 211 ff.

<sup>89</sup> *Kampffmeyer/Altmann* z. B.

<sup>90</sup> Zit. bei *H. Eckert*, 206.

<sup>91</sup> Zit. in: *Detlef Lehnert*, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848–1983 (Frankfurt/M. 1983) 59.

<sup>92</sup> Zit. in: *Ritter*, 73.

<sup>93</sup> *Machtban/Ott*, 158 ff.; vgl. auch *Dick Geary*, Identifying Militantism: The Assessment of Working class Attitudes towards State and Society, in: *Evan* (Hrsg.), 220–246.

Auch in dem Verhältnis zu den Armen übernahm die Sozialdemokratie implizit staatliche Vorgaben. Nach Florian Tennstedts Darstellung differenziert der preußische Staat in den 1860er Jahren zunehmend zwischen einer Armenpolitik und einer Arbeiterschutzgesetzgebung. Die damit verbundene Trennung von Paupern und Proletariern, Lumpenproletariat und Arbeiterklasse, die auch schon in der Marxschen Theorie angelegt ist, findet in der Politik der Sozialdemokraten ihre Fortsetzung, die im Unterschied zu Lassalle, der beide als Arbeiterklasse auffaßte, sich vornehmlich mit der Arbeiterschutzgesetzgebung befaßte. Damit arbeitete sie zumindest der staatlichen Differenzierungspolitik nicht entgegen<sup>94</sup>.

Freilich erfuhren nicht alle Mitglieder der Arbeiterbewegung den Staatsapparat auf gleiche Weise, und diese Unterschiede schlugen sich auch in der Staatsdiskussion der Sozialdemokraten nieder. Generell war die Verfolgung rechtlich abgesichert und hatte im Schutz der individuellen Freiheit ihre Grenzen. Mit Formen des 20. Jahrhunderts verglichen blieb die politische Unterdrückung vor 1880 zweifellos harmlos. So bestanden selbst unter dem Sozialistengesetz gewisse rechtliche Garantien und der Reichstag als politisches Betätigungsfeld fort<sup>95</sup>. Auch vor 1878 war die Verfolgung nicht einheitlich. Sie blieb dort begrenzt, wo – wie etwa in Baden – die Arbeiterbewegung noch lange im liberaldemokratischen Kielwasser schwamm<sup>96</sup>. Sie wurde auch partiell unterschiedlich gehandhabt von Polizeiverwaltung und Gerichten, unteren und oberen Verwaltungsbehörden.

In der Reaktionszeit fällten preußische Gerichte etwa bisweilen Urteile, die den Entscheidungen der Polizei zuwiderliefen<sup>97</sup>. Auch in Nürnberg bewiesen nach 1870 Richter so viel Unabhängigkeit, daß der Oberstaatsanwalt klagte: „Durch die ergangenen richterlichen Aussprüche wird selbst die Autorität der Polizeibehörden aufs Tiefste geschädigt, indem ihre Verfügungen in der That den Stempel der Ungesetzlichkeit ausdrücken.“<sup>98</sup> Trotz dieser Beispiele war die Justiz nicht durchgängig die Hüterin der Freiheit. Insbesondere die Berliner Gerichte handelten sich zu Beginn der 1870er Jahre den Vorwurf der Klassenjustiz ein. In der „Ära Tessendorf“ sollen in den ersten Monaten des Jahres 1874 gegen 87 Mitglieder des ADAV 211 Monate und 3 Wochen Gefängnis verhängt worden sein<sup>99</sup>.

Die Vermutung, die lokalen Behörden seien aufgrund ihrer Klientennähe weniger repressiv als die zentralen gewesen, läßt sich nicht erhärten. Vielmehr legten schon in der Reaktionszeit die örtlichen Polizeibehörden die Bestimmungen des Vereinsgesetzes strenger gegen die Arbeitervereine aus als die oberen Instanzen<sup>100</sup>. Selbst im liberalen Baden interpretierten die lokalen Polizei- und Verwaltungsbehörden nach 1871 die Aufforderung des Innenministers, die Pariser Commune Gedächtnisfeiern zu kon-

<sup>94</sup> *Tennstedt*, Vom Proleten, 231 ff.

<sup>95</sup> *Vernon L. Lidtke*, *The Outlawed Party. Social Democracy in Germany 1878–1890* (Princeton 1966).

<sup>96</sup> *S. Schadt*, passim.

<sup>97</sup> *Offermann*, 60 ff.

<sup>98</sup> *H. Eckert*, 200.

<sup>99</sup> *Ders.*, 203; sowie *Kampffmeyer/Altman*, 130 ff.

<sup>100</sup> *Offermann*, 84 ff.

trollieren, dahingehend, daß sie sie alle verboten<sup>101</sup>. Auch der Nürnberger Magistrat sprach sich nach 1871 für ein schärferes Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung aus als der staatliche Kommissär<sup>102</sup>. Lediglich in Städten, in denen – wie in Fürth etwa –<sup>103</sup> bereits sozialdemokratische Vertreter im Stadtparlament saßen und der Magistrat auf eine Koalition aus Demokraten und Sozialdemokraten Rücksicht zu nehmen hatte, herrschte ein für die Arbeiterbewegung milderer Klima.

Diese unterschiedlichen Repressionserfahrungen in der Arbeiterbewegung können mit den Schwankungen in der Einschätzung des Staates in Zusammenhang gebracht werden. Wenn in den 1870er Jahren auch das Lassallesche Kokettieren mit dem bestehenden Staat und seine Hoffnung auf ein soziales Königtum aus der Diskussion verschwanden, so lebten doch bis in das Gothaer Programm hinein mit den Produktivassoziationen mit Staatshilfe positive Erwartungen an den Staat fort<sup>104</sup>. Parallel dazu wurde der Staat – wie Wilhelm Liebknecht schrieb – aber als Instrument der Klassenherrschaft wahrgenommen<sup>105</sup>. Nicht der Staat war ein untaugliches Instrument sozialdemokratischer Politik, sondern der Staat in seiner obrigkeitstaatlichen Form. Damit konnten die Sozialdemokraten einerseits die Erfahrungen von Arbeitern mit den Klasseninteressen schützenden Staatsorganen ansprechen, andererseits aber den Staat in einem neuen Gewand für soziale und politische Veränderungen in Anspruch nehmen.

Da die staatliche Bürokratie nicht als „eine reaktionäre Masse“ auftrat, sondern durchaus Nuancen aufwies, konnten die Sozialdemokraten sich auch einige Hoffnungen machen, auf die unteren Beamten, zu denen auch Polizeidiener zählten, Einfluß zu nehmen. So warb im September 1873 das Pfälzisch-Badische Volksblatt um „Arbeiter, Kleinbürger, Kleinbauern und niedrige(n) Beamte(n)“<sup>106</sup>. Es galt dabei, die Herkunft der Beamten gegen ihre Einbindung in ein besonderes Dienst- und Treueverhältnis zu mobilisieren. Aus der besonderen Bindung an den Dienstherrn resultierte nicht nur der Anspruch auf unbedingte Loyalität der Beamten, die kontrolliert und durch das Disziplinarstrafrecht eingeklagt werden konnte, sondern auch die lebenslängliche Versorgung durch den Staat<sup>107</sup>. Der Frage, ob in Deutschland der untere Polizeibeamte eine „gehobene ständische soziale Stellung“ innehatte<sup>108</sup>, die ihn von den Arbeitern und seinen Bewegungen trennte, oder ob er aus der Arbeiterklasse stammte, in ständigem Kontakt mit dieser lebte und deshalb aus der ähnlichen Herkunft und Lebenslage Solidaritäten erwachsen konnten, soll im folgenden nachgegangen werden.

Durch das System der Militäránwärter waren in Preußen die unteren Polizeidienerposten ehemaligen Unteroffizieren vorbehalten, die nach zwölfjähriger Dienstzeit den

<sup>101</sup> *Schadt*, 69.

<sup>102</sup> *H. Eckert*, 194 ff.

<sup>103</sup> *Ebd.*, 197.

<sup>104</sup> *Stephan*, passim.

<sup>105</sup> *Stephan*, passim.

<sup>106</sup> Zit. in: *Schadt*, 56; ähnlich auch in Nürnberg s. *H. Eckert*, 238; s. auch *Lehnert*, 59.

<sup>107</sup> S. die Darstellung von *Bernd Wunder*, *Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg 1780–1825* (München 1978).

<sup>108</sup> *Max Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 705.

Zivilversorgungsschein erworben hatten. Sie stellten vor 1870 allerdings nur einen, wenn auch den größten Teil der Polizisten. Wurde auch am Ende des 19. Jahrhunderts die für den Eintritt in den Polizeidienst notwendige Militärdienstzeit reduziert, so blieb der Primat der militärischen Ausbildung für Laufbahnen in der Polizei unangetastet. Obwohl sich das Aufgabenfeld der Schutzmänner differenzierte, bildete seine Vorbildung im Militär offensichtlich die beste Gewähr dafür, daß er entsprechend den Weisungen seiner Vorgesetzten effizient handelte<sup>109</sup>. Da überdies die Unteroffiziere in ihrer Mehrheit aus ländlichen Kreisen oder aus dem Kleingewerbe stammten, hatten sie nach 1870 einen sozialen Hintergrund, der sie nicht a priori für Arbeiterforderungen einnahm<sup>110</sup>. Außerhalb Preußens war das Monopol des Militärs jedoch weniger eindeutig, wenn man einer kurzen Stichprobe für Bremen Glauben schenken darf. Von den 51 Polizeidienern, die zwischen 1840 und 1883 in Bremen angestellt waren<sup>111</sup>, konnten nämlich nur rund 60% auf eine militärische Laufbahn zurückblicken, während die übrigen aus handwerklichen oder Dienstbotenberufen stammten. Wenn ab 1870 auch der Anteil der Militäranwärter zunahm, so stießen zu den Polizeidienern gleichwohl Arbeiter.

Für diese besaß der Beruf – wie Bewerbungsschreiben zeigen – vor allem deshalb Anziehungskraft, weil er ein gesichertes Einkommen garantierte. Berechnungen des Einkommens preußischer Unterbeamten zeigen zwar, daß diese gegenüber der Entwicklung eines durchschnittlichen Arbeitereinkommens ab 1870 zurückblieben. Diese Annahmen berücksichtigen aber nicht die dauerhafte Einstellung und die mit dem Alter zunehmenden Gehaltszahlungen, die die niederen Beamten in ihrem Lebensstandard gegenüber Industriearbeitern besserstellten. Dennoch werden sich die Lebensbedingungen von Schutzmännern und Facharbeitern nicht grundsätzlich unterschieden haben. Auch in ihrem Verhalten zeigten sich Ähnlichkeiten. So war unter den Bremer Polizisten ein professionelles Verhalten allenfalls in Ansätzen ausgebildet; die Personalakten berichten von Übergriffen und Dienstverfehlungen der Polizeidiener. Diese waren so gravierend, daß die Hälfte der Beamten ihren Dienst quittieren mußte. Unter den Ursachen stand der Alkoholismus an erster Stelle. Diesen teilten mithin die Polizeidiener mit zahlreichen Arbeitern<sup>112</sup>.

Trotz aller Ähnlichkeiten zeigte sich in der Alltagspraxis und vor allem in größeren Städten eine tiefe Kluft zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und Polizeidienern. Das durch die militärische Ausbildung vermittelte Denken in Befehl-Gehorsam-Kategorien war nicht angetan, solidarisches Verhalten zu entwickeln. So schlug selbst bei

<sup>109</sup> S. Lüdtkke, „Festungspraxis“; *Funk*, 95 f.

<sup>110</sup> S. Rainer M. Halmen, „Das Berufsbeamtentum muß unter allen Umständen erhalten bleiben.“ Die deutsche Beamtenbewegung zwischen Etatismus und gewerkschaftlicher Orientierung im Übergang vom Kaiserreich zur Republik, in: *IWK/18* (1982) 173–205, hier 175.

<sup>111</sup> S. StABr 4.14/1: I L.2 und I.L.3.; zur Besoldung s. Halmen, 176 ff.; Horst Kübler, Besoldung und Lebenshaltung der unmittelbaren preußischen Staatsbeamten im 19. Jahrhundert. Eine verwaltungsgeschichtliche Analyse (Nürnberg 1976).

<sup>112</sup> S. James S. Roberts, Der Alkoholkonsum deutscher Arbeiter im 19. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft* 6 (1980) 220–242.

normalen Konflikten mit Arbeitern das autoritäre Verhalten von Polizisten durch<sup>113</sup>. Auch die Einbettung in einen lokalen Kontext mag zwar in kleineren Städten zu einem nachbarlich freundlichen Umgang mit Polizisten geführt haben, von dem Paul Göhre für den Anfang des 20. Jahrhunderts berichtete<sup>114</sup>. Sie verlor aber in dem Maße an Prägekraft, in dem die Fluktuation unter den Polizeidienern stieg, so daß sie sich mit ihrer Umgebung nicht mehr vertraut machen konnten<sup>115</sup>. Schließlich sprechen auch die polizeilichen Kontrollen über die Respektierung der Sonntagsruhe in Bremen dagegen, aus der Rücksichtnahme von Polizisten auf lokale Bedingungen auf eine Parteinahme zugunsten der Arbeiter zu schließen. Denn die dabei beteiligten Polizisten arrangierten sich vor allem mit den Geschäftsleuten<sup>116</sup>. Da überdies das Innenministerium die untergeordneten Behörden zur genauen Gesinnungsprüfung der Beamten aufforderte und in Städten mit sozialen und politischen Konfliktherden die Regsamkeit der Polizei genau überprüft wurde<sup>117</sup>, bestand institutionell allenfalls ein kleiner Spielraum, innerhalb dessen die Polizisten ihre Kompetenzen zugunsten der Arbeiter ausnutzen konnten. Allerdings machte – wie bereits erwähnt – ihre militärische Vorbildung eine derartige Parteinahme höchst unwahrscheinlich. Die Schutzleute waren deshalb eher ein besonderer „Stand“ in der Gesellschaft als Teil der Arbeiterklasse.

Will man das Verhältnis zwischen staatlichem Gewaltapparat und Arbeiterbewegung verstehen, so ist die Vorstellung von zwei getrennten, ja antagonistischen Kräften, die sich punktuell treffen, nicht sehr hilfreich. Der Verschränkung der Praxis der Polizei und der Sozialdemokratie ist das von E. P. Thompson für das England des 18. Jahrhunderts geprägte Bild des „Theaters“ angemessener, auf dem sich beide getrennt, aber doch untrennbar verbunden begegnen<sup>118</sup>. Wenn auch von unterschiedlicher Handlungslogik gesteuert, teilen sie die Vorliebe für bestimmte Formen (Zentralisierung, Parlamentarismus, Legalismus), den Gebrauch von Praktiken (Differenzierung, Ausgrenzung) und bestimmte Gegner. Gegenüber der Metapher der getrennten Lager hat diese den Vorteil, den Blick auf die Prägung der beiden Seiten durcheinander zu lenken und über der Ebene der realen Auseinandersetzung ihren symbolischen Charakter anzusprechen. Allerdings darf eine derartige Dramaturgie nicht unterschlagen, daß zwischen Arbeiterbewegung und staatlicher Bürokratie ein fundamentales Ungleichgewicht existiert. Denn die Staatsmacht hat die Bühne aufgebaut und eingerichtet, den Part der Sozialdemokratie teilweise vorgeschrieben und die Schauspieler mit den wirksamsten Rollen bestellt.

<sup>113</sup> StABr 4.14/1: I L.2: Akte des Polizeidieners 51. Er hat „mit dem Barbier M. in der Stockischen Gastwirtschaft getrunken, dann ist er mit Glaser N. in Wortwechsel geraten ... Nach dem Wortwechsel hat er die beiden für verhaftet erklärt“.

<sup>114</sup> *Peter Göhre*, *Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche* (Leipzig 1891).

<sup>115</sup> *Funk*, 522 ff.

<sup>116</sup> *S. Eugen Sinner*, *Zur Durchsetzung der Sonntagsruhe im Kleinhandel in Bremen*, in: *Der Bremer Kleinhandel um 1900. Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens* 4 (1981) 177–206.

<sup>117</sup> Sehr plastisch dazu *Funk*, 475 ff.

<sup>118</sup> *Edward P. Thompson*, *Klassenkampf ohne Klassen*, in: *ders.*, *Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, hrsg. v. *Dieter Groh* (Frankfurt/Berlin/Wien 1980) 281 f.

## 2. Die französische Entwicklung

Der Vergleich mit Frankreich soll ermitteln, ob das unterschiedliche Verlaufsmuster der Arbeiterbewegung aus Unterschieden in den staatlichen Strukturen und Maßnahmen erklärt werden kann. Deshalb soll zunächst nach Ähnlichkeiten und Divergenzen zwischen den beiden Ländern in der Organisation und Praxis der Polizei geforscht werden, bevor dann der spezifischen Wirkung dieser auf die französische Arbeiterbewegung und -klasse nachgegangen wird.

Die Struktur und Tätigkeit der Polizei wies in Deutschland und Frankreich eine erstaunliche Parallelität auf. So bildeten die „sergeants des villes“ unter der Leitung eines „brigadiers“ bzw. eines „commissaire de police“ und unter der Oberaufsicht des Präfekten und Unterpräfekten den einen Teil des Polizeiparates, die in eine militärische Hierarchie integrierten und vor allem auf dem Land stationierten Gendarmes unter dem Oberbefehl des Kriegsministers den anderen. Daneben existierte zwar keine gutsherrliche Polizei, aber mehrere tausend Feldhüter sorgten für den Respekt des Eigentums auf dem Lande<sup>119</sup>. Zwar wurden gegen Ende des 2. Kaiserreichs auch die Bürgermeister in die Aufsicht über die Polizei einbezogen. Da sie aber vom Staat ernannt wurden und überdies unter der Kuratel der Präfekten standen, die bei Fragen, die die öffentliche Ruhe und Ordnung betrafen, ein Eingriffsrecht hatten, blieb die städtische Polizei unter staatlicher Leitung<sup>120</sup>. Analog zu Deutschland war sie dort konzentriert, wo eine Gefährdung der Sicherheit wahrscheinlich schien, insgesamt aber zahlenmäßig schwach<sup>121</sup>. Mithin teilte die französische Polizei mit der deutschen sowohl die enge Verbindung mit dem Militär, das einen Teil des Sicherheitsapparates und eine ständige Einsatzreserve bildete, als auch die Dominanz des Staates in der Polizeiverwaltung.

Im Unterschied zu Preußen-Deutschland blieben die staatlichen Polizeiverwaltungen in Frankreich selten. Sie bestanden im 19. Jahrhundert nur in Paris und Lyon, bevor 1908 dann Marseille hinzukam. Trotz des französischen Verwaltungszentralismus verblieb den Kommunen im Polizeibereich ein, wenn auch begrenzter, Handlungsspielraum, den der Munizipalsozialismus dann auszunützen trachtete.

Im Unterschied zu Deutschland nahm bis 1871 eine Bürgermiliz, die „Garde nationale“, die sich vor allem in den Städten aus den Mitgliedern des Bürger- und Kleinbürgertums rekrutierte, Ordnungsaufgaben wahr, bevor sie nach der Niederschlagung

<sup>119</sup> S. die Beiträge in dem Sammelband: *L'Etat et sa police en France (1789–1914)* (Paris 1979); *A. Rey/L. Ferron, Histoire du corps des gardiens de la paix* (Paris 1896). Ende des 2. Kaiserreichs dominierte zahlenmäßig die Gendarmerie mit 23 000 Mann, während die Polizei nur über 12 150 verfügte. Die Zahl der Feldhüter belief sich auf 20 000; s. *Alain Plessis, De la fête impériale au mur des fédérés, 1852–1871* (Paris 1973) 59, s. auch *Emsley, 97 ff.*

<sup>120</sup> *S. Maryvonne Bernard, La réorganisation de la police sous le Second Empire (1851–1858) „Des bras infatigables“*. Beitrag zu dem Colloquium der Société de la révolution de 1848, *Le maintien de l'ordre en Europe au 19e siècle* (Paris Dezember 1983).

<sup>121</sup> S. die Zahlenangaben in: *Maurice Crubellier/Maurice Agulhon, Les citadins et leurs cultures*, in: *Georges Duby* (Hrsg.), *Histoire de la France urbaine* 4 (Paris 1983) 410 f.; *Emsley, 95.*

der Pariser Commune aufgelöst wurde<sup>122</sup>. Sie symbolisierte bis 1871 als Miliz die Zugriffsmöglichkeit der Bürger auf die städtischen Ordnungskräfte. De facto ging jedoch bereits in Zeiten der Konfliktarmut die Bereitschaft zahlreicher Mitglieder des Bürgertums zurück, dieser Bürgerpflicht nachzukommen. Die Blüte, die die Nationalgarde in den Jahren 1870 und 1871 noch einmal erlebte, war mithin eine Spätblüte und darauf zurückzuführen, daß die Miliz als Kampftruppe der jungen Arbeiter- und Oppositionsbewegung attraktiv wurde<sup>123</sup>.

Nach 1848 verfolgten staatliche Reformen das Ziel, aus der Polizei einen Teil der Bürokratie zu machen und sie den bürokratischen Prinzipien der Regelmäßigkeit, der Hierarchie und des strikten Gehorsams zu unterwerfen. Die präfektoralen Behörden kontrollierten peinlich genau die Befolgung ihrer Befehle. Seit 1858 waren die Polizisten zur genauen Berichtspflicht gezwungen. Ein Netz von Spitzeln sorgte dafür, daß selbst der Kommissar, der Versammlungen überwachte, seinen Ermessensspielraum nicht zu extensiv und zugunsten von Arbeitern auslegte. Durch Eingaben, Proteste und Petitionen wachte ein bürgerliches Publikum überdies in den Städten darüber, daß die „sergeants des villes“ sich nicht nur im Rahmen bürgerlicher Anständigkeit und Moral verhielten, sondern auch energisch genug gegen Arbeiter und Arme einschritten<sup>124</sup>. Wie in Deutschland gingen Professionalisierung und Bürokratisierung der Polizei Hand in Hand.

Auch in Frankreich unterschieden sich die einzelnen Gewalten nicht in der Intensität, mit der sie für Ruhe und Ordnung eintraten. Nach den vorliegenden, allerdings lückenhaften Informationen wirkten Justiz, Militär und Polizei gleichermaßen aktiv daran mit<sup>125</sup>. 1851 urteilten gar in der Sondergerichtsbarkeit, den „commissions mixtes“, Präfekten, kommandierende Generäle und Vertreter der Staatsanwaltschaft gemeinsam über die verhafteten Republikaner und Sozialisten<sup>126</sup>. Über diesen repressiven Trend in den verschiedenen Bürokratien hinaus sind aber – wie im Deutschen Reich – regionale und lokale Unterschiede in der Gesetzesanwendung deutlich. Resultierten diese in Deutschland aus der unterschiedlichen Tradition und Struktur der Einzelstaaten, so sind sie in Frankreich vor allem auf die Taktik der Präfekten und Bürgermeister zurückzuführen, unterhalb der ministeriellen Weisungen das örtliche Kräfteverhältnis zu berücksichtigen und mit einer erfolgreichen, auch nicht-repressiven Pazifizierung der Arbeiter die Bedingungen für eine erfolgreiche Karriere zu schaffen<sup>127</sup>. Unterhalb des jakobinischen Zentralismus konnten Inseln der regionalen und lokalen Autonomie überleben.

<sup>122</sup> *Louis Girard*, *La Garde nationale, 1814–1871* (Paris 1965).

<sup>123</sup> S. die Hinweise in *Jacques Rougerie*, *Paris libre 1871* (Paris 1971) 81 ff.

<sup>124</sup> S. *M. Bernard*, 13 ff.

<sup>125</sup> S. etwa *Ted W. Margadent*, *French Peasant in Revolt. The Insurrection of 1851* (Princeton 1979); *John M. Merriman*, *The Agony of the Republic: The Repression of the Left in Revolutionary France, 1848–51* (New Haven 1978).

<sup>126</sup> *Maurice Agulhon*, *1848 ou l'apprentissage de la république, 1848–1852* (Paris 1973) 199 ff.

<sup>127</sup> *Eugen Weber*, *Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France, 1870–1914* (Stanford 1976).

Angesichts der Einbindung der Polizei in den Verwaltungsapparat, in seine Pflichten und Privilegien<sup>128</sup>, ist es nicht erstaunlich, daß Versuche der Arbeiter und ihrer Organisationen, die staatlichen Polizisten für ihre Sache zu gewinnen, selten waren. Sie konzentrierten ihre Aufmerksamkeit auf die Nationalgarde, in der sie 1870 in einige Bataillone eindringen, sogar die Mehrheit erwerben und die Binnenstruktur verändern konnten. In Paris konnten sie in einzelnen Arrondissements – wie etwa dem 13. – im Frühjahr 1871 sogar Formen der Gegengewalt installieren<sup>129</sup>. Auch das Militär hatte eine größere Bedeutung als die Polizei. In einigen Fällen ist es auch gelungen, einzelne Soldaten zum Ungehorsam zu bewegen<sup>130</sup>. Allein einige sozialistische Bürgermeister, die in mehreren Städten Frankreichs nach 1892 gewählt wurden, gingen daran, entweder die Macht der Polizei einzugrenzen oder offen gegen sie und für Arbeiter Partei zu ergreifen. Diese Praxis scheiterte schnell am massiven Widerstand der übergeordneten Behörden, den Präfekten, die den Bürgermeistern Disziplinarverfahren androhten und sie zwangen, polizeilichen Entscheidungen Folge zu leisten<sup>131</sup>. Der Handlungsspielraum, um die städtische Polizei auszuschalten oder auf die Seite der Arbeiter zu ziehen, war – wie auch in Deutschland – äußerst gering.

Ähnlichkeiten zeigte auch das Handlungsprofil der Polizei in beiden Ländern. Wohlfahrtsstaatliche Aufgaben wurden hier wie dort kaum erfüllt. Die Aufmerksamkeit, die im Paris des 18. Jahrhunderts Polizeikommissare noch ledigen Müttern und unehelichen Kindern bewiesen hatten, gehörte nach 1850 eindeutig der Vergangenheit an<sup>132</sup>. Ihre wesentliche Aufgabe bestand in der Unterdrückung von Unruhen und der Wahrung der öffentlichen Sicherheit. Sie waren – in einer auffallenden Parallelität mit Deutschland – besonders in der Niederschlagung der demokratischen und sozialen Forderungen der 1848er Revolution und in den 1850er Jahren aktiv, intervenierten wieder stärker während der Streikwelle am Ende der 1860er Jahre und überzogen im Verein mit dem Militär nach 1871 ganz Frankreich mit einem Netz von Kontrollen<sup>133</sup>. Die Gleichläufigkeit der Entwicklung brach allerdings 1878 ab, als sich in Frankreich die Republik durchsetzte und mehrjährige Flitterwochen zwischen Staat und Arbeiterbewegung einsetzten<sup>134</sup>.

<sup>128</sup> Das 2. Kaiserreich erhöhte nicht nur die Zahl der Beamten, sondern führte auch eine feste Altersregelung ein. S. *Theodor Zeldin*, *France 1848–1945*, 1 (Oxford 1973) 113 ff.

<sup>129</sup> *Jean-Claude Freiernuth*, *Le XIIIe Arrondissement pendant la Commune*, I.H.E.S. Paris 1 (1973) Typoskript.

<sup>130</sup> S. zu Beginn der Pariser Commune. Dazu u. a. *Jacques Rougerie*, Paris libre.

<sup>131</sup> *Joan W. Scott*, *Mayors versus police chiefs: socialist municipalities confront the French state*, in: *John M. Merriman*, *French Cities in the Nineteenth Century* (London 1982) 230–247; S. auch die Beispiele in *Jean Pierre Brunet*, *Saint Denis la rouge* (Paris 1980).

<sup>132</sup> *Arléte Farge*, *Un espace urbain obsédant: le commissaire et la rue à Paris au XVIIIe siècle*, in: *Les révoltes logiques* 6 (1977) 7–23.

<sup>133</sup> S. für die Zeit nach 1870: *Jean Marie Mayeur*, *Les débuts de la IIIe République* (Paris 1973); *Aimée Moutet*, *Le mouvement ouvrier à Paris du lendemain de la Commune au premier congrès syndical en 1876*, in: *Le Mouvement social* 58 (1967) 3–39; *Jean Templin Joughin*, *The Paris Commune in French Politics 1871–1880. The History of the Amnesty of 1880* (New York 2/1973).

<sup>134</sup> *S. Michèle Perrot*, *Les ouvriers en grève. France 1871–1890* (Paris 1974) 691 ff.

Die gesetzlichen Grundlagen für das Eingreifen der Polizei ähnelten denen in Deutschland so sehr, daß sie teilweise sogar wörtlich übernommen hätten sein können. Das Vereinsgesetz bot hier wie dort die Möglichkeit, staatsfeindliche oder nur oppositionelle lokale und vor allem nationale Zusammenschlüsse zu verbieten und aufzulösen. Hier wie dort war es als Reaktion auf die 1848er Revolution verschärft worden und zielte gegen jede nationale Verbindung<sup>135</sup>. Auch die Versammlungspolizei war in Deutschland wie in Frankreich ein Mittel, um Zensur auszuüben und die Redner zur Selbstzensur zu zwingen<sup>136</sup>. Wie jenseits des Rheins sollten auch die sich auf das 1864 zugestandene Streikrecht berufenden französischen Arbeiter nicht die „Freiheit der Arbeit“ antasten. Mithin bot das Gesetz auch weite polizeiliche und militärische Eingriffsmöglichkeiten. Wie in Deutschland war die Phase zwischen 1848 und 1878 zwar auch durch die Verabschiedung von Gesetzen charakterisiert, die Grundrechte des Individuums und Handlungsrechte herstellten. Aber sie standen nicht nur unter einem polizeilichen Sicherheitsvorbehalt, sondern beinhalteten Artikel oder waren von anderen Gesetzen flankiert, die ihren Geltungsbereich einschränkten<sup>137</sup>.

Unterschiede zur deutschen Entwicklung von Polizei und Repression zeigen sich in der stärkeren Rolle des Militärs, dem Ausmaß der Gewaltanwendung und dem Umfang der Ausnahme- und Sondergesetze. Zwar gingen bei Streiks, Lebensmittelunruhen oder Demonstrationen Polizei und Militär oft gemeinsam vor. Nach den Erfahrungen der 1848er Revolution neigten untere staatliche Behörden und die Unternehmer jedoch dazu, schnell auf das massivere, aber vermeintlich sichere Mittel der militärischen Machtentfaltung zurückzugreifen<sup>138</sup>. Dieser Einsatz führte oft dazu, daß sich die Konflikte verschärften und zu einer Eskalierung von Gewalt führten. Deshalb rieten besonnene Präfekten oder Ministerialbeamte von einem frühzeitigen Einsatz der Armee ab, und sogar Generäle zögerten, auf Anforderung der Zivilbehörden zu intervenieren, um nicht das Ansehen der Armee leichtfertig aufs Spiel zu setzen<sup>139</sup>. Dennoch war das Militär bei den meisten Unterdrückungsmaßnahmen beteiligt. Es sorgte für die Niederschlagung der Aufstände während der Revolutionszeit, war an der Unterdrückung von Streikbewegungen der 1860er und 1870er Jahre beteiligt, war für das Gemetzel der Pariser Blutwoche verantwortlich und hatte bis 1878 aufgrund des über zahlreiche französische Städte verhängten Kriegsrechts umfangreiche Kompetenzen, um Ruhe und Ordnung herzustellen. Damit trat in dem untersuchten Zeitraum häufiger die Militär- neben die normale Gerichtsbarkeit oder verband sich mit ihr<sup>140</sup>. Para-

<sup>135</sup> S. vor allem *Michel Papaud*, La répression durant le ministère Léon Faucher (Janvier-Mai 1849), in: *Société de la révolution de 1848*, a.a.O.; s. auch: *René Rémond*, La vie politique en France 1848–1879, 2 (Paris 1969) 53 ff.

<sup>136</sup> S. *Alain Faure* u.a., *Aux Origines de la Commune. Le mouvement des réunions publiques à Paris 1868–1870* (Paris 1980) 16 ff.

<sup>137</sup> S. ebd., 25 ff. s. auch *Gerd Engels*, Die Entstehung des französischen Rechts der Koalitionen (Berlin 1972).

<sup>138</sup> *Perrot*, 679 ff.

<sup>139</sup> Ebd., 703 ff.

<sup>140</sup> S. *Rougerie*, Paris libre, passim; *Martin R. Waldmann*, The Repression of the Communards, in: *Canadian Journal of History* 8 (1973) 225–245.

doxerweise und im Unterschied zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung setzte sich in Frankreich eine Militarisierung der Konfliktbekämpfung fort, während im Deutschen Reich an einer Verpolizeilichung der Pazifizierung und damit an einer flexibleren Vermeidungsstrategie gearbeitet wurde.

Die Bedeutung der Armee bei der Ordnungsbewahrung und -wiederherstellung hat sicherlich dazu beigetragen, den Umfang an benutzter physischer Gewalt zu vergrößern. Wenn die Erschießungen und Verurteilungen, die auf den Juniaufstand des Jahres 1848 folgten, auch nur die Generalprobe für die Unterdrückung der Dezemberaufstände des Jahres 1851 und diese das Präludium zu dem Blutbad waren, das die Versailler Truppen unter den Anhängern der Pariser Commune anrichteten und dem 20 000 bis 30 000 Communarden zum Opfer fielen<sup>141</sup>, so blieb die Blutspur, die sich durch die Frühgeschichte der französischen Arbeiterbewegung zog, nicht auf diese Ereignisse beschränkt. Die blutig niedergeschlagenen Streiks in Ricamare und Aubin waren weitere Etappen eines Repressionsprozesses<sup>142</sup>, der der Arbeiter- und generell der Oppositionsbewegung galt. Auch die strafrechtliche Verfolgung war maßlos. 26 000 Personen mußten allein wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an den Aufständen des Dezembers 1851 vor Gericht erscheinen, 30 000–40 000 vor den Kriegsgerichten in Paris nach der Niederschlagung der Commune<sup>143</sup>. Da die Urteile auf Überweisung an die Kriegsgerichtsbarkeit, Deportierung nach Cayenne oder Algerien, Verweisung aus dem Land oder Gefängnisstrafen lauten konnten, erfuhren die Arbeiter dieses Vorgehen eher als Rache der Besitzenden denn als Maßnahmen für die Restauration der öffentlichen Sicherheit.

Die Analyse der Ursachen dieser Gewalthäufung steht noch in den Anfängen. Einmal kann der massive Einsatz staatlicher Ordnungskräfte aus dem undifferenzierten, innenpolitischen Spannungslagen selten angemessenen Agieren der Armee erklärt werden, die in großen Einheiten operierte und vor allem durch die Waffen wirkte. Dann kann die staatliche Überreaktion aber auch aus den tiefsitzenden Erinnerungen an die französische Revolution und die Aufstände des 19. Jahrhunderts gespeist worden sein, in denen Volksaufstände nicht oder nur schwer kontrolliert werden konnten. Der präventive Gewaltgebrauch könnte aus diesen für Ordnungshüter geradezu traumatischen Erfahrungen resultieren. Schließlich können auch das provokante Verhalten eines Teils der französischen Arbeiter, die sich nur schwer der Fabriksdisziplin beugten, und die anfangs in und von ihren Organisationen nur wenig vorangetriebene Einpassung in die bestehende Legalordnung und deren Verkehrsformen immer wieder Anlässe zu gewaltsamer Intervention geboten haben.

Karl Kautsky hat die massive Unterdrückung nicht auf die Aktionen des Militärs, sondern auf das Kräfteverhältnis in der Republik zurückgeführt<sup>144</sup>. Seiner Meinung nach wird die bürgerlich-republikanische Staatsform vom Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat beherrscht und von der sozialistischen Republik bedroht.

<sup>141</sup> S. *Agulbon*, 1848, 235 ff.; *Jaques Rougerie*, *Procès des Communards* (Paris 1964).

<sup>142</sup> S. *Perrot*, 74 ff.

<sup>143</sup> S. Anm. 139.

<sup>144</sup> Zit. in: *Domann*, *Sozialdemokratie*, 131 f.

Deshalb prallten beide Klassen unversöhnlich aufeinander. In der Monarchie hingegen bestünde ein Klassengleichgewicht, das den Monarchen unter bestimmten Umständen zu Zugeständnissen an das Proletariat bewegen könne. Sieht man einmal von der innenpolitischen Funktion dieser These ab<sup>145</sup>, so vermag sie auch für Frankreich nicht zu überzeugen. Denn bei genauerem Hinsehen verwandelt sich das Paar Bourgeoisie-Proletariat durch das Hinzutreten der ländlichen Honoratioren und des Adels einerseits, des Kleinbürgertums andererseits in ein kompliziertes Klassengeflecht<sup>146</sup>. Es ließe sich geradezu umgekehrt argumentieren: Gerade weil die französische Gesellschaft der Jahrhundertmitte und die französische Arbeiterklasse vor 1880 noch nicht durchkapitalisiert und die sozialen Konfliktfronten nicht eindeutig polarisiert waren, konnten derartig heftige Klassenauseinandersetzungen ausbrechen<sup>147</sup>, die dann zu einem Gefühl der Bedrohung der „bien pensants“ (G. Bernanos) und zu einem gewaltsamen Einsatz der Armee führten.

Schließlich ist für die französische Entwicklung charakteristisch, daß schnell Ausnahme Gesetze verabschiedet bzw. geltende Gesetze extensiv ausgelegt wurden. Schon in der 1848er Revolution versuchte nach dem Juniaufstand eine Gesetzesflut, Clubs zu verbieten, die Presse zu gängeln, die Versammlungsfreiheit einzuschränken, das Wahlrecht zu amputieren. Im Jahre 1858 reagierte die Obrigkeit auf das Attentat Orsinis auf Napoleon III. mit dem „loi de sûreté générale“, das nicht nur für jedes Département ein Quorum der zu Verhaftenden festsetzte, sondern auch mit einem fundamentalen rechtsstaatlichen Prinzip brach, indem es die nach 1848 wegen politischer Delikte Verhafteten erneut für eine Bestrafung bzw. für die Ausweisung vorsah<sup>148</sup>. Schließlich wurde in einem Sondergesetz des Jahres 1872 die Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation unter Strafe gestellt, die wesentliche Grundlagen des Staates angreifen wollte<sup>149</sup>.

Wenn die französische Rechts- und Staatsordnung auch auf Grundrechten beruhte, auf die sich nach 1848 die meisten Regierungen bezogen und die auch die Opposition immer wieder als Bezugspunkt bemühen konnte, so schreckten sowohl republikanische als auch autoritäre Regierungen nicht davor zurück, diese Grundrechte exekutiv auszuhöhlen oder sie durch Sondergesetze zu durchbrechen, wenn diese der Erhaltung von Ruhe und Ordnung dienten. Demgegenüber fehlte zwar in Preußen-Deutschland diese Grundrechtsorientierung, aber die Rechtsförmigkeit des Verfahrens war so wichtig, daß sie etwa in der Reaktionszeit einer von der Verwaltung gewünschten Neuordnung des Vereinsrechts entgegenstand<sup>150</sup>. Während jedoch in Deutschland

<sup>145</sup> S. dazu die Stellungnahme von Eisner, in: ebd.

<sup>146</sup> S. jetzt die Beiträge in: *Yves Lequin* (Hrsg.), *Histoire des Français, XIXe-XXe siècle* (Paris 1983) II: *La Société*.

<sup>147</sup> S. *Heinz-Gerhard Haupt*, *Frankreich: Langsame Industrialisierung und republikanische Tradition*, in: *Kocka*, *Europäische Arbeiterbewegung*, 39–76.

<sup>148</sup> *Howard C. Payne*, *The Police State of Louis-Napoleon Bonaparte 1851–1860* (Seattle 1966); *Vincent Wright*, *La loi de sûreté générale de 1858*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 16 (Juli-September 1969) 414–430.

<sup>149</sup> S. *Mayeur*.

<sup>150</sup> Vgl. die Hinweise bei *Offermann*, 61 f.

der politische Charakter der repressiven Maßnahmen in dem Rechtsstaatsverständnis verdeckt war, trat er in Frankreich deutlich zutage<sup>151</sup>. Die Politisierung der Auseinandersetzungen war deshalb für die französische Arbeiterbewegung leichter, und sie konnte dem herrschenden Rechtsverständnis auch die Menschen- und Bürgerrechte entnehmen, um diese kritisch gegen die bestehende Ordnung zu wenden.

Beim gegenwärtigen Forschungsstand kann weniger über die Folgewirkung der polizeilichen Praxis für die Konstituierung der Arbeiterklasse als für die Herausbildung der Arbeiterbewegung gesagt werden. Im Unterschied zu Preußen-Deutschland war die Aufgabenfülle der Polizei dadurch geringer, daß sie nicht die Einhaltung ständischer Verkehrsformen oder Institutionen wie das Heimatrecht konstatieren mußte und auch in der Armenpflege eine geringere Rolle spielte. Freilich kontrollierte auch die französische Polizei aus politischen und allgemeinen Sicherheitsgründen die Vagabunden, Bettler und Armen<sup>152</sup>. Damit trennte sie diese von jenen Teilen der Arbeiterklasse, die über eine berufliche Qualifikation und einen festen Wohnsitz verfügten. Michelle Perrot hat auf das korporative Sonderbewußtsein dieses Teils der Arbeiterbewegung hingewiesen<sup>153</sup>. Gleichzeitig versuchten die staatlichen Stellen, über verschiedene Kanäle die Arbeiterbevölkerung den Normen der bürgerlichen Gesellschaft anzupassen<sup>154</sup>. Da die Polizisten vor 1878 zugunsten der Hauseigentümer und der Unternehmer intervenierten, gehörten sie in den Volksversammlungen, die von 1868 bis 1870 in Paris regen Zulauf fanden und der Selbstverständigung Pariser Arbeiter dienten, zu den bestgehaßten Personen<sup>155</sup>. Wenn sich mithin auch die gleiche Richtung der Polizeiintervention in Frankreich feststellen läßt, so sind unsere Kenntnisse zu gering, um unterschiedliche Reaktionsweisen der Arbeiter darauf herausarbeiten zu können. Zumindest war Arbeitern in Frankreich bewußt, wie stark ihre Existenz vom Einfluß der Polizei geprägt wurde. So stellte der spätere Communarde Lefrançais am Ende des 2. Kaiserreichs fest: „Au point de vue administratif, c'est la police qui nous gouverne.“<sup>156</sup>

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Frankreich wurde nicht nur dadurch geprägt, daß der französische Kapitalismus sich vor 1880 noch in den Kinderschuhen befand und noch nicht die Gesellschaft transformiert hatte, sondern auch durch die frühzeitige und zweimalige Zerschlagung der Arbeiterbewegung. So hatte bis 1852 die Reaktion alle Arbeitervereinigungen verboten, und sie wurden nach den Aufstands-

<sup>151</sup> *Wolzendorf*, Die Grenzen der Polizeigewalt im französischen Recht.

<sup>152</sup> *Daier Bernard*, Surveillance des itinérants et ambulants dans le département de l'Indre au XIXe siècle et au début du XXe siècle, in: Société de la révolution de 1848, a.a.O.; s. auch die Beispiele in: *Jean Marie Gourden*, Les petits métiers parisiens et leurs fonctions au XIXe siècle. L'exemple des marchands des quatre saisons. Thèse 3e cycle, Université Paris VII (1983); vgl. auch *Lequin* (Hrsg.), 342 ff., 434 ff.

<sup>153</sup> *Perrot*, 340 ff.

<sup>154</sup> S. etwa, wenn auch überzogen: *Loni Murard/Patrick Zylberman*, Le petit travailleur infatigable ou le prolétaire régénéré. Villes-Usines, habitat et intimités au XIXe siècle, in: *Recherches* 25 (1976).

<sup>155</sup> *S. Faure* u. a., passim.

<sup>156</sup> *Zit. ebd.*, 199.

versuchen der Jahre 1870/71 in Paris, Lyon, Marseille und Le Creusot unterdrückt. In dreißig Jahren mußten zweimal die Aktiven in der sozialistischen und radikaldemokratischen Bewegung ihr Engagement mit dem Leben bezahlen bzw. für ein Jahrzehnt ins Ausland flüchten. Diese Erfahrungen mit einem repressiven Staat, der auch in den 1860er Jahren nur kurzzeitig seine Krallen einzog, trugen nicht nur dazu bei, daß die Hoffnung auf die Staatshilfe bis 1878 weniger als in Deutschland verbreitet war, sondern auch, daß die Sehnsucht nach einem republikanischen Staat in der Arbeiterbewegung lebendig war. Da auch dieser ihren Erwartungen nicht schnell entsprach, hatten auf Kooperation mit dem Staat oder Unternehmern ausgerichtete Organisationen nur ein kurzes Leben.

Im Unterschied zu Deutschland kam es unter dem Eindruck der Repression nicht zur Trennung von Demokraten und Sozialisten, sondern zu einer engen Verbindung. Da die Reaktion nach 1849 unterschiedslos allen Oppositionellen galt, sie sowohl Republikaner als auch militante Arbeiter erfaßte, übertünchte sie Unterschiede zwischen ihnen. Als sich nach 1852 Bürger aus dem öffentlichen Leben zurückzogen, übernahmen Handwerker und Handwerksgesellen an mehreren Orten die Aufgabe, die demokratisch-sozialen Ideen und Verbindungen über die Zeit der Verfolgung hinweg zu retten. In Cafés sorgten sie für die Kontinuität der politischen Arbeit und nahmen die radikalsozialistischen Komitees vorweg<sup>157</sup>. Da die Radikalsozialisten auch zur politischen Opposition gehörten, die in der Verfolgungswelle nach 1871 nicht ausgespart blieb, sie überdies mit dem Kampf gegen das Großkapital und sozialen Verbesserungen Programmpunkte besaß, in denen sich Teile der Arbeiterbewegung wiederfinden konnten, konnte es bis an das Ende des 19. Jahrhunderts immer wieder zu einer politischen Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Radikalen kommen<sup>158</sup>. An ihr hatte die gemeinsame Repressionserfahrung sicher ihren Anteil.

Eine Strategie der bonapartistischen Herrschaftspraxis bestand darin, soziale Initiativen und Organisationen der Arbeiter zu fördern, politische aber zu unterdrücken. Deshalb begünstigte Napoleon III. die Gründung von „Sociétés de secours mutuels“ und bezuschulte sie, sofern sie bürgerliche Ehrenmitglieder und einen von der Regierung eingesetzten Präsidenten hatten. Diese Trennung zwischen sozialen Belangen und politischen Zielen ließ sich freilich nicht aufrechterhalten, da ein Teil der „sociétés“ zu Widerstandszentren der Arbeiter und zu geheimen Streikkassen wurde. Bereits 1853 wurden deshalb 109 Kassen verfolgt<sup>159</sup>. Wenn mithin in einzelnen Bereichen diese Dissoziation von sozialen und politischen Zielen nicht klappte, so trug doch die breite Assoziationsbewegung im Empire implizit den staatlichen Vergaben Rechnung.

<sup>157</sup> S. *Raymond Huard*, *La préhistoire des partis. Le Parti républicain dans le Gard de 1848 à 1881*, in: *Le Mouvement Social* 107 (1979) 3–15.

<sup>158</sup> S. *Jeanne Gaillard*, *Gambetta et le radicalisme entre l'élection de Belleville et celle de Marseille en 1869*, in: *Revue historique* 251 (1976) 73–88.

<sup>159</sup> S. *Françoise Chavot*, *Les sociétés de secours mutuels sous le Second Empire*, in: *Cahiers de l'Institut Maurice Thorez* 23 (1977) 13–27; S. auch *Yves Lequin*, *Les ouvriers de la région lyonnaise (1848–1914)*, 2 Bde. (Lyon 1977) 2, 195 ff.

Die Genossenschaften und Hilfskassen bildeten geradezu das organisatorische Rückgrat der sich in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre rekonstruierenden politischen Arbeiterbewegung. Während in Deutschland die Selbsthilfe in die Kompetenz der Gewerkschaften gelegt wurde, war sie ein Grundstein der politischen Organisationen von Arbeitern in Frankreich<sup>160</sup>.

Schließlich trug die staatliche Repression nicht dazu bei, in Frankreich eine organisatorisch geeinte und zentralisierte Arbeiterbewegung herauszubilden. Vielmehr dauerten die Unterschiede zwischen verschiedenen Schulen des Sozialismus sowohl im 2. Kaiserreich als auch in der Zeit der Pariser Commune an, und sie wurden nur notdürftig auf dem Kongreß von Marseille überbrückt, um alsbald erneut aufzubrechen<sup>161</sup>. Anstatt sich an dem Verwaltungszentralismus auszurichten und die Konfrontation auf nationaler Ebene zu suchen, legten die französischen Arbeiterorganisationen vor 1880 den Akzent auf die Ausbildung kampfkraftiger Bewegungen in den Kommunen. So hoffte Jules Guesde, daß unter der Republik und der kommunalen Selbstverwaltung „les grandes villes où domine l'élément ouvrier, devenus maîtres absolues de la force publique, de leur administration et de leur législation, la révolution économique n'eût plus été qu'une question de mois, sinon de semaines“<sup>162</sup>. Dieses Konzept, das in eine breite Kommunebewegung der Jahre 1870 und 1871 einging<sup>163</sup>, trug einerseits der Heterogenität der französischen Arbeiterklasse und ihrer Konzentration in wenigen Städten Rechnung, bezog andererseits aber auch das geltende Vereinsgesetz ein.

Gestützt auf die 1848er Erfahrung, wonach das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht bei einer politisch wenig entwickelten Arbeiterbewegung eher den Kräften des Status quo als denen der Emanzipation diene<sup>164</sup>, übte der Parlamentarismus auf die französische Arbeiterbewegung eine geringere Anziehungskraft aus als auf die deutsche. Sie war umso geringer, als Napoleon III. durch administrative Maßnahmen, Wahlkreismanipulation und die Pflicht der Abgeordneten, einen Treueeid auf den Kaiser zu schwören, das „suffrage universel“ seines demokratischen Inhalts entleerte und den Parlamentarismus diskreditierte<sup>165</sup>. Gegenüber der frühen Nationalisierung des politischen Lebens zogen sich Teile der Arbeiterbewegung entweder in einen Antiparlamentarismus oder in einen Lokalismus zurück<sup>166</sup>.

<sup>160</sup> S. dazu vor allem *Bernhard Moss*, *The Origins of the French Labour Movement. The Socialism of the Skilled Workers* (London 1976).

<sup>161</sup> S. u. a. *Georges Lefranc*, *Le mouvement socialiste sous la Troisième République (1875–1940)* (Paris 1963).

<sup>162</sup> Zit. in: *Maurice Moissonnier*, *La Province et la Commune*, in: *Jaques Rougerie* (u. a. Hrsg.), *1871 – Jalons pour une histoire de la Commune de Paris* (Paris 1973) 151–182, hier 173.

<sup>163</sup> S. die Zusammenfassung der Forschung in: *Heinz-Gerhard Haupt/Karin Hausen*, *Die Pariser Kommune. Erfolg und Scheitern einer Revolution* (Frankfurt/New York 1979) 85 ff.

<sup>164</sup> S. die Debatte in den Clubs des Jahres 1848 in: *Peter H. Amann*, *Revolution and Mass Democracy. The Paris Club Movement, in 1848* (Princeton 1975) 173 ff.

<sup>165</sup> S. *Rémond*, 2, 146 ff.

<sup>166</sup> S. die Beispiele in *Perrot*, 617 ff.

Mit der Abwehr staatlicher Organisations- und Partizipationsmodelle ging eine verbreitete kritische Haltung gegenüber dem Staat und seinen Organen einher. Die breite Versammlungsbewegung am Ende des 2. Kaiserreichs ist ein Beispiel dafür, wie Arbeiter bewußt und wiederholt staatliche bzw. polizeiliche Weisungen übertraten und sich gar auf das Gewohnheitsrecht der Gesetzesübertretung beriefen<sup>167</sup>. Sie gingen umso offensiver gegen die Ordnungshüter und ihre Vorschriften vor, als sie keine Organisation bedrohten, in deren Namen sie sprachen oder handelten. In dieser Perspektive war der geringe Organisationsgrad der französischen Arbeiterklasse und später dann die Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Organisationen eine der Bedingungen, die einen aggressiveren Umgang mit der Staatsgewalt erlaubten und eine größere Vielfalt von Formen der politischen Auseinandersetzungen ermöglichten.

Trotz des unterschiedlichen Einflusses, den das Bürgertum in und auf den Staatsapparat in beiden Ländern hatte, fand mit der zunehmenden Bürokratisierung, der Professionalisierung und der gesetzlichen Einbindung staatlich-polizeilichen Handelns eine Entwicklung hin zum bürgerlichen Staat statt. Wenn auch Unterschiede in Organisation und Praxis der Polizei existierten, so waren diese doch eher gering. Hier wie dort entwickelte sich ein Apparat, der nicht der öffentlichen Kontrolle und Mitwirkung unterlag, sondern zum verlängerten Arm der Exekutive wurde. Nicht mehr Willkür und Übergriffe prägten sein Erscheinungsbild, sondern getreue Umsetzung staatlicher Weisungen und Gesetze. In beiden Ländern entwickelte sich die Polizei weg von wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben und hin zu einer auf ihre Sicherheitsaufgabe konzentrierten Organisation. Ihre Kompetenz wurde entweder in Gesetzen explizit anerkannt oder aber diesen als Sicherheitsvorbehalt übergeordnet. Im Unterschied etwa zu Sozial- oder Kommunalverwaltungen ähnelten sich die im Kernbereich der staatlichen Macht angesiedelten Ordnungskräfte sehr in ihren Kompetenzen und Handlungsweisen. Differenzen zeigten sich nicht nur im Ausmaß gewaltsamer Repression, sondern auch in der Bedeutung einer Bürgermiliz in Frankreich und eines der Politisierung von Konflikten günstigeren Rechtsverständnisses.

Damit war die Polizei eine Instanz, die jeder auf Einlösung von Freiheits- und Handlungsrechten pochenden Bewegung die Imperative der Ruhe und Ordnung entgegenstellte. Darüber hinaus wachte sie über die Einhaltung staatlicher Gesetze und Spielregeln. Beim gegenwärtigen Kenntnisstand scheinen weniger die Erscheinungsformen staatlicher Herrschaft als die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, ideologischen Traditionen und strukturellen Eigenheiten zu folgenden Unterschieden beigetragen zu haben, die zwischen der deutschen und französischen Arbeiterbewegung bestanden: Das auf die Wahrung bzw. Restauration der Republik und den Kampf gegen „Monopole“ gegründete Bündnis zwischen Demokraten und Sozialisten hier, die frühe Trennung zwischen demokratisch-liberalem und sozialdemokratischem Lager dort, Dezentralisierung und Genossenschaftsideen hier, Staats-

<sup>167</sup> S. etwa die Aussage von Varlin im Januar 1870: „Toutes nos sociétés sont en dehors de la loi. Elles n'existent que par la tolérance administrative. Mais cette tolérance est tellement passée à l'état d'habitude, tellement ancrée dans les mœurs qu'il serait impossible à l'administration de revenir dessus“ (zit. in: *Faure* u. a., 30f.).

metaphysik und Staatshilfe dort, minoritäre, nur lokal konzentrierte und noch weitgehend handwerklich geprägte Arbeiterklasse hier, schon beginnende Ausbildung eines industriellen Proletariats dort, könnten verkürzt als Pole benannt werden, um die sich die Unterschiede gruppieren<sup>168</sup>.

Wenn mithin stärker andere Faktoren als der Einfluß der staatlich-polizeilichen Strukturen und Maßnahmen helfen, die Divergenzen zwischen der deutschen und französischen Arbeiterbewegung zu skizzieren, so macht die Reflexion über die staatlichen Begrenzungen, Vorgaben und Lenkungen sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Politik doch deutlich, wie eng der Handlungsspielraum dafür gewesen ist. Freilich haben die französischen Sozialisten und Arbeiter häufiger als in Deutschland versucht, in phantasievollen, außerhalb der Legalität stattfindenden Bewegungen und Aktionen den Rahmen zu negieren bzw. zu dehnen und punktuell zu überschreiten. Sie haben mithin eine Strategie praktiziert, die eine neuere Untersuchung von Piven/Cloward als wegweisend für soziale Bewegungen überhaupt vorschlägt<sup>169</sup>. Aber selbst dieses Durchbrechen staatlicher Spielregeln, das in Frankreich durchaus lokale Unterstützung fand, traf schnell auf seine Grenzen, sofern es von öffentlichen Mandatsträgern praktiziert wurde. Die Bürgermeister, die sich der Polizei und damit dem staatlichen Gewaltapparat entgegenstellten bzw. diesen zu unterlaufen suchten, dabei ihre Legitimität als Volksvertreter gegen die des Staates stellten, konnten sich nicht mittelfristig durchsetzen. Sie wurden schnell von den Präfekten oder Gerichten gemäßregelt, und die Entscheidungskompetenz der Polizei wurde in Sicherheitsfragen restauriert. Insofern hat Joan Scott mit folgender Schlußfolgerung recht: „The socialist political strategy – at the local and national level – reveals not the limits of socialist imagination but the power of French capitalism and the state.“<sup>170</sup> Trotz dieser Grenzen bestand offensichtlich ein Handlungsspielraum. So hat die Abneigung der französischen Arbeiterbewegung, sich an staatlichen Vorgaben auszurichten, dazu beigetragen, daß sich bürokratische und zentralistische Strukturen später als in Deutschland herausbildeten, daß gegenüber dem Repräsentationsprinzip Formen der direkten Demokratie länger überlebten und daß eine größere Bandbreite von Aktionsformen für legitim erachtet wurde.

<sup>168</sup> S. die Beiträge in: *Kocka* (Hrsg.), *Europäische Arbeiterbewegungen*.

<sup>169</sup> *Frances Fox Piven/Richard A. Cloward*, *Poor Peoples Movements. Why They Succeed, How They Fail* (New York 1979).

<sup>170</sup> *Scott*, 245.

## Kommentar

*Klaus Tenfelde*

### Polizei und Klassenverhältnisse. Deutsch-französische Unterschiede

Ich möchte meine Bemerkungen auf jene Teile des Beitrags von Herrn Haupt konzentrieren, in denen ich Kompetenz beanspruchen kann, und ich möchte darüber hinaus nur einige Fragen stellen, die hoffentlich für die Diskussion nützlich sind. Es geht mir dabei im ganzen um vier Punkte, und zwar zunächst um den Polizeibegriff und die Ausformung einer institutionellen Vorstellung von „Polizei“, weiter um die das Polizei- und Verwaltungshandeln beherrschenden Vorstellungen und die Herausforderungen an solches Handeln im Zeitalter der Industrialisierung und Urbanisierung, drittens um die „Ähnlichkeiten“ im deutsch-französischen Vergleich und zuletzt um die Perspektiven im Hinblick auf die Entwicklung der Arbeiterbewegungen.

Man kann, *erstens*, und Herr Haupt weist ausführlich genug darauf hin, die Umformungen des Polizeibegriffs als ein Schulbeispiel begriffsgeschichtlichen Wandels im Prozeß struktureller Differenzierung verstehen, und die Probleme für ein zureichendes Verständnis liegen offenkundig in der relativen Eigenständigkeit staatstheoretischen Denkens neben der sich rasch verändernden Realität von Polizei- und Verwaltungshandeln im 19. Jahrhundert begründet. Unstreitig ist die Entwicklung des Polizeibegriffs<sup>1</sup> durch stetige Verengung von der kameral- bzw. polizeywissenschaftlichen Generalaufgabe der „Herstellung und Erhaltung guter Ordnung“ in Gefahrenabwehr und Wohlfahrtspflege über einen materiellen bis zu einem institutionellen oder auch formellen Polizeibegriff unserer Tage gekennzeichnet, bei welchem unter Polizei letztlich noch die uniformierte Behörde verstanden wird. Über die Schritte dieser Entwicklung gehen die Ansichten auseinander; so wird in der Literatur ein Abschluß der Entwicklung zur Verengung des Polizeibegriffs auf „Sicherheitspolizei“ gelegentlich bereits in der insoweit sehr klaren Formulierung des Allgemeinen Landrechts gesehen, aber Herr Haupt hält, wie ich meine, zu Recht, daran fest, daß sich die Ausgliederung der Wohlfahrtspolizei aus den Polizeiaufgaben und deren damit veranlaßte Konzentration auf Sicherheitspolizei faktisch erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts vollzog, wobei im einzelnen die Vielgestalt der deutschen Rechtszustände, darunter beispielsweise die Sonderentwicklung Bayerns, unterschiedliche Entwicklungen gezeitigt hat. Im ganzen bleibt wohl zu beachten, daß die Bestimmung von Polizeiaufgaben die tatsächliche Existenz eines Staats voraussetzt und insoweit ein Produkt des Absolutismus ist; gerade hier ließe sich der deutsch-französische Vergleich, wie ich meine, fruchtbar

<sup>1</sup> Vgl. mit der weiteren Literatur: *Franz-Ludwig Knemeyer*, Polizei, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. v. *Otto Brunner* u. a., Bd. 4 (Stuttgart 1978) 875–897.

ausweiten. So hat Friedrich der Große 1742 erstmals für Berlin eine eigene Behörde für Sicherheit, Ordnung und Verkehr eingerichtet und darin, aktuellem Bedürfnis entsprechend, ausdrücklich das französische Vorbild aufgenommen<sup>2</sup>. Es wäre also zu fragen, ob der ausgeprägte exekutive und bürokratische Zentralismus Frankreichs dort nicht weit eher zu einer Präzisierung von sicherheitspolizeilichen Aufgaben geführt hat. Was die deutsche Wohlfahrtspolizei anlangt, möchte ich darauf hinweisen, daß sie ihre Entstehung eben dem breiten, etwa Wirtschaftspolitik einschließenden Polizey-Begriff verdankt und zunächst und auch später unter anderem die Gefahrenabwehr bei Naturereignissen umschloß; die Armenpolizei scheint mir deutlich an der überlappenden Wende zwischen altem und neuem Polizeibegriff zu liegen. Sie erlangte Bedeutung nicht etwa, seitdem es Armut gab, sondern seitdem die Behebung von Armut als obrigkeitliche Aufgabe unter vielfach bürgerlichen Vorstellungen von Arbeitszucht erkannt wurde, seitdem Armut also nicht mehr als Schicksalsfügung galt und Arbeitserziehung im Sinne Pestalozzis, aber damit auch Gängelung, Raum griff. Ferner möchte ich auf die fortschreitende institutionelle Trennung der so vielfältigen Felder der alten „Verwaltungspolizey“ wie Bau-, Feld-, Forst-, Armen- oder Gewerbe- und Gesundheitspolizei, die etwa in der Organisation der preußischen Regierungsbezirke – erinnert sei an die Einrichtung der Gewerbeinspektoren – sehr unterschiedlichen Bereichen zugeordnet wurden, von der eigentlichen, zur Gefahrenabwehr und -prävention berufenen Sicherheitspolizei und im übrigen auf die fortschreitende Untergliederung der letzteren hinweisen. Das führt mich, *zweitens*, zu der Frage nach dem Selbstverständnis im Polizeihandeln und nach den Herausforderungen durch Industrialisierung und Urbanisierung. Vermutlich ist, und das Beispiel Berlins im 18. Jahrhundert liefert dafür ein Indiz, die Ausweitung wie auch rechtsmaterielle Bestimmung der Polizeiaufgaben wie überhaupt die personelle Ausweitung der Polizeiapparate, also die Polizeidichte, und die innere Differenzierung nach einzelnen Aufgabenfeldern wie Gerichts-, Kriminal- und politische Polizei neben Sitten- und Verkehrspolizei oder auch, zunächst, Stadtpolizei und Land-Gendarmerie, nicht ohne Rekurs auf den umfassenden industrialisierungsinduzierten *Verstädterungsprozeß* zu verstehen. Die zunehmende Präzisierung und Institutionalisierung von Polizeiaufgaben für Gefahrenabwehr und -prävention drückt in erster Linie die arbeitsteilige Differenzierung von sozialer Kontrolle im Zuge der Stadtbildung aus, während auf dem Lande bekanntlich noch bis in das 20. Jahrhundert hinein die Polizeidichte gering blieb und überdies, sieht man vom Dorfpolizisten ab, eher militärisch durch Garnisonspolizei, die bald dann auch mit detaillierten Aufmarschplänen zur städtischen Unruhe-Pazifizierung eingesetzt werden konnte<sup>3</sup>, organisiert wurde. Wenn das richtig ist, so wäre zunächst auf die völlig neuen Herausforderungen durch prinzipiell andersartige Verkehrsformen in den Städten hinzuweisen, Herausforderungen, die neben vielem anderen erst eine Verortung von individuellen, zu schützenden Freiheitsrechten, also neue Rechtslagen erzwingen, die von einer zudem – Herr Haupt weist ausführlich darauf hin – meist militärgeprägten,

<sup>2</sup> Vgl. ebd., 887.

<sup>3</sup> Vgl. etwa *Klaus Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903–1914* (Düsseldorf 1974) 273 u.ö.

im übrigen stets nur vollziehenden Polizei gewiß zögernd wahrgenommen wurden. Mit den neuen Verkehrsformen veränderte sich die, wenn man so will, „angemessene“ Rolle der Polizei, was sich in einer Fülle bundesstaatlicher Polizeirechte in den 1870er und 1880er Jahren bemerkbar machte, wobei übrigens die neben der präventiv-repressiven und dispositiv-exekutiven noch stark spürbare judikativ-legislative Tätigkeit der Polizei, also ihr Straffeststellungsrecht, in Deutschland auf Übertretungen bis heute begrenzt geblieben ist und darüber hinaus beispielsweise in Preußen 1883 von der Festsetzung einer 14-tägigen auf eine 3-tägige Haft ohne richterliche Feststellung noch stärker eingegrenzt wurde. Andererseits ist das gesinderechtliche Straffeststellungsrecht bis 1918 erhalten geblieben. – Ferner wäre gewiß stärker zu unterscheiden zwischen den wuchernden Industriedörfern des Industriezeitalters, in denen die militärisch-obrigkeitlich sozialisierte Polizei – die Polizeiausbildung blieb ja wohl in Preußen einerseits staatseinheitlich, andererseits auch städtisch – sozusagen von deren ländlicher bis zur großstädtischen Existenz durchgehend Obrigkeit verkörperte, und jenen ihre Polizeirechte seit ihrer kleinstädtischen Existenz selbst auch während ihrer Expansionsphase wahrnehmenden Städten, ggfls. auch in Verteidigung gegen den staatlichen Zugriff. Das heißt: Die neuen Industrieregionen in Schlesien und an der Ruhr hatten es mit einer *von außen geführten* Polizei zu tun, in der sich der Konservatismus der Landratsämter und Regierungen verlängerte. Die Zuerkennung der Kreisfreiheit war dabei in der Regel mit der Einrichtung Königlicher Polizeipräsidien verbunden. – Schließlich möchte ich betonen, daß, wenn man so will, den Arbeitern zuteil wurde, was sich an den aufsässigen Stadtbürgern im Vormärz lange schon manifestiert hatte. Der staatserhaltende Schwenk des Stadtbürgertums nach der Revolution 1848/49 und vor allem nach der Reichsgründung ließ es aus dem Visier der Obrigkeit verschwinden, mehr noch, da wurde längst schon ein bürgerliches Interesse an der Staatserhaltung, und entsprechendes Wohlwollen für Zucht und Ordnung, wirksam. Im Rotteck-Welckerschen Staatslexikon wird nachdrücklich vor zuviel Polizei gewarnt. Um die Wende zum 20. Jahrhundert ist es das Stadtbürgertum, das nach mehr Polizei sucht und ruft und dort, wo die Rufe verhallen, zur Selbsthilfe schreitet – bis hin zu den Zechenwehren im Ruhrgebiet und bestimmten Einwohnerwehren in der Revolution 1918/19<sup>4</sup>. Der bürgerliche Schwenk zur Staatserhaltung stärkte mithin das Polizeiprofil von Obrigkeit und die Obrigkeit selbst.

Was diese nun angeht, möchte ich, und hierin besteht vielleicht ein starker Unterschied zu Frankreich, das starke Neben- und Ineinander zweier Komponenten betonen, die gerade durch den alten Polizey-Begriff ausgedrückt werden: der scharfen Sozialdisziplinierung auf der einen und der Fürsorgepflicht auf der anderen Seite, also jenes Ineinander von Privilegierung und Disziplinierung, das sich im aufgeklärten Absolutismus durchgesetzt hat und auch in den Residualformen des industriebetrieblichen Patriarchalismus nachgeklungen ist, eine Haltung, die das Preußentum ausfüllte und beispielsweise, wie es oft genug hieß, noch dem letzten Untertanen das Recht gab, mit seinen Gravamina bis vor die Stufen des Throns zu treten, eine Haltung überdies, die

<sup>4</sup> Franz-Josef Brüggemeier, *Leben vor Ort, Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889–1919* (München <sup>2</sup>1984) 214 f. u. ö.

nicht nur in den Führungsgruppen des ostelbischen Gutsadels, sondern, vielleicht wichtiger noch, in der hohen Bürokratie nach deren Abkehr vom Reformzeitalter in den 1820er Jahren und, nicht zuletzt, in vielen Bereichen der Unterschichten eine zähe Langlebigkeit hatte<sup>5</sup>. Eine Haltung schließlich, die nicht unerheblich dazu verhalf, Sozialpolitik aus der Taufe zu heben<sup>6</sup>. Herr Haupt weist zu Recht auf die starken Niederschläge autoritären Polizeihandelns gegenüber der Arbeiterschaft in den 1850er Jahren hin. Man kann weitergehen und diese Phase der exzessiven Handhabung von Vereins- und Versammlungsgesetzen bis zum Beginn der Neuen Ära als eine Art kleinen Sozialistengesetzes bezeichnen, in der, ebenso wie 1878 bis 1890, die Peitsche der Repression so sehr geschwungen wie nach den sogenannten „positiven“ Gegenmitteln in der alten Wohlfahrtstradition gesucht wurde, was beispielsweise Heinrich Volkmann und andere an der Fabrik- und Hilfskassengesetzgebung untersucht haben<sup>7</sup>. Dabei war das Scheitern dieser Politik längst schon mit der vormärzlichen Entbindung der gesellschaftlichen Interessen vom Staat eingeläutet; aber erst um 1890, und dann nur für eine vorübergehende Zeit, hat der Obrigkeitsstaat begreifen wollen, daß Sozialpolitik nicht im pflichtgemäßen Gnadenerweis, sondern in der rechts- und freiheits-sichernden und -gewährenden Güterabwägung besteht. Wichtig erscheint nun, daß im Polizeihandeln auf der unteren Ebene von der alten sozialfürsorglichen Obrigkeit nur Autorität im interessendienlichen Einsatz übrigblieb, und das um so mehr, als die wortführenden Kritiker der Obrigkeit im Bürgertum inzwischen verstummt waren. Dabei neige ich dazu, nicht so sehr die spektakulären Akte des Militäreinsatzes bei Streiks als vielmehr den Alltagsgestus zu betonen.

Was nun, *drittens*, den Vergleich dieser nicht in einem wesentlichen Gegensatz zu Haupt, sondern zur Vertiefung gemeinten Umstände und Traditionen mit Frankreich angeht, so muß ich mich im wesentlichen auf das stützen, was Haupt an Material bietet. Und da könnte es sein, daß die Beispiele eher in Richtung auf Unterschiedlichkeit als auf Ähnlichkeit deuten, wenn auch die faktischen Resultate, also der repressive Akzent und die eher noch stärkeren Zusammenstöße in Frankreich, Ähnlichkeiten zeigen. Es scheint, das unterliegende Kräftefeld war anders bestellt. Löst man den Blick von Preußen und vergleicht deutsche Zustände mit französischen, dann ist der bei weitem stärkere Zentralisierungsgrad des französischen Polizeiwesens doch offenkundig, was nicht zuletzt mit der stark zentralisierten Urbanität des Landes zusammenhängen dürfte. Daß der Arbeiterschaft das Eindringen in die „Garde nationale“ gelang, hing gewiß mit der sozioökonomisch begründbaren Nähe der Arbeiter zum Kleinbürgertum zusammen. Auch wird, wie bereits angedeutet, die Klärung des polizeilichen Aufgabenspektrums und dessen Konzentration auf das sicherheitspolizeiliche Feld in

<sup>5</sup> Vgl. Klaus Tenfelde, Bis vor die Stufen des Throns. Bittschriften und Beschwerden der Ruhrbergleute 1830 bis 1900, in: Klaus Bergmann/Rolf Schörken (Hrsg.), Geschichte im Alltag – Alltag in der Geschichte (Düsseldorf 1982) 30–56. Die Bergleute sind insoweit keineswegs ein Sonderfall, wie ich demnächst in einer Dokumentation ausführlich belegen werde.

<sup>6</sup> Zuletzt: Gerhard A. Ritter, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich (München 1983) 28 ff.

<sup>7</sup> Heinrich Volkmann, Die Arbeiterfrage im preußischen Abgeordnetenhaus 1848–1869 (Berlin 1968) 59 ff.

Frankreich früher eingesetzt und im 19. Jahrhundert bereits nachhaltiger vollzogen worden sein als in Deutschland. Für obrigkeitliches Denken auch in der geschilderten Reduktion auf Disziplin und Autorität sehe ich in Frankreich keine Preußen vergleichbare Parallele; anders vielmehr, ein preußischer General hätte wohl kaum Skrupel über den Einsatz seiner Truppen gegen Arbeiter geäußert. Daß übrigens verfassungsmäßige Grundrechte durch stets gesetzliche Bestimmungen eingeschränkt oder vorübergehend suspendiert werden können, findet sich in jeder Verfassung und kennzeichnet den Prozeß der rechtsmateriellen Präzisierung der Grundrechtsvorbehalte. Ich zögere auch, die Heftigkeit der französischen Klassenauseinandersetzungen auf einen geringeren Grad an kapitalistischer Industrialisierung zurückzuführen, halte vielmehr die Bedeutung der in Deutschland ja seit der Revolution 1848/49 versiegenden radikaldemokratisch-republikanischen Tradition in ihrer festen Verankerung im französischen Kleinbürgertum und auch in der Arbeiterschaft für entscheidend. Es ist nicht ausgemacht, daß, wenn der Prozeß der Klassenbildung in Frankreich bereits ein reiferes Stadium erreicht gehabt hätte, die radikaldemokratische Tradition dadurch zurückgedrängt worden wäre. Das führt zu einem *vierten* Punkt, nämlich der vermutlich sehr unterschiedlichen Überformung der Klassenlagen durch politische Verhältnisse in Deutschland und Frankreich. Ich stimme Herrn Haupt vollständig in seiner Argumentation zu, wonach sich, grob verkürzt, das preußisch-deutsche Herrschaftssystem gleichsam *die* Arbeiterbewegung schuf, die es verdiente: Spätestens seit der Reichsgründung stand Polizeihandeln im Dienste einer sinnentleerten Obrigkeit, die den autoritären Gestus gegenüber den Arbeitern und der Arbeiterbewegung wahrte, *gerade weil* sie einer über den Interessen angesiedelten sozialen und politischen Legitimation entbehrte, sich vielmehr mindestens in der Wahrnehmung der Betroffenen als klassendienlich im Sinne der anderen Seite gebärdete. Die gesellschaftliche Marginalisierung und Diskriminierung und die Vorenthaltung politischer Partizipation hat nicht nur die Klassenloyalität gestärkt und mancherorts überhaupt erst bewußt gemacht, ja, sogar im Zuge der sozioökonomischen Entwicklung neuerlich sprengende Tendenzen in der Klassenlage möglicherweise überdeckt; sie hat auch die Arbeiterbewegung, so sehr sie sich gegen den Staat stemmte, gleichsam verstaatlicht<sup>8</sup>. Den vielen von Haupt erwähnten Hinweisen ließe sich noch die wohlbekannte Ausformung der organisierten randgesellschaftlichen Klassenheimat in der Arbeiterbewegungskultur anfügen. Man kann in dieser Argumentation, die übrigens der politischen Systemanalyse anstelle der sozialökonomischen Strukturanalyse das entscheidende Gewicht verleiht, noch weitergehen, kann beispielsweise die doppelpolige Konstituierung der organisierten Arbeiterbewegung sowohl in der Revolution 1848/49 als auch 1863 bzw. 1869 als vielfach variierte Konkurrenz reformistisch-revolutionärer Spielarten in der deutschen Arbeiterbewegung deuten<sup>9</sup>, eine Konkurrenz, die unter politischem Druck,

<sup>8</sup> Vgl. die Interpretation bei Gerbard A. Ritter, Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland. Vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik (Berlin/Bonn 1980).

<sup>9</sup> Shlomo Na'aman, unter Mitw. v. H.-P. Harstick, Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63. Darstellung und Dokumentation (Assen 1975) sowie die sonstigen Schriften Na'amans.

nicht jedoch zwangsläufig aufgrund der Klassenlage, zum Übergewicht der revolutionären Spielart in ihrem seit der Jahrhundertwende kennzeichnenden Verbalradikalismus führte, während die Doppelpoligkeit im Weltkrieg und in der Revolution 1918/19 unter klarem Vorrang des reformistischen Strangs erneut aufbrach. Die *frühe* Gründung der deutschen politischen Arbeiterbewegung wäre in diese Argumentationslinie einzubetten<sup>10</sup>.

Entscheidend bleibt, daß der preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat an der Schwelle der Industrialisierung stark genug war, das gewerbliche und das Bildungsbürgertum zu pazifizieren und damit selbst zu überleben, ein Umstand, der das Kleinbürgertum ohne Tradition beließ und zwischen die Stühle setzte, von denen es nach rechts, kaum jedoch nach links abkippen mochte. Ohne Zweifel hat dabei die Wirksamkeit der polizeiverkörpernten Obrigkeit den Keil zwischen Arbeiterschaft und Kleinbürgertum zusätzlich festgetrieben. In Frankreich konnte das Kleinbürgertum hingegen auch in der politischen Überformung zunehmend ausgeprägter sozialökonomischer Klassenlagen seine radikalen demokratischen Traditionen wahren und sich darin mit der Arbeiterbewegung berühren, aber die anders gelagerten politischen Fronten haben die Arbeiterbewegung keineswegs gestärkt. Man kann sagen, daß das sehr unterschiedliche Gewicht der Arbeiterbewegungen in Deutschland, Frankreich und England nicht in erster Linie Resultat unterschiedlicher Entwicklungen in der Herstellung sozialer Klassenlagen, sondern vielmehr unterschiedlicher politischer Kräftekonstellationen um das Bürgertum war.

<sup>10</sup> Wolfgang Schieder, Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus und die sozialistische Parteibildung in Deutschland, in: Hans Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei (Frankfurt 1974) 17–34; jetzt bes.: John Breuilly, Liberalismus oder Sozialdemokratie? Ein Vergleich der britischen und deutschen politischen Arbeiterbewegung zwischen 1850 und 1875, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich (Göttingen 1983) 129–166.

*Jürgen Reulecke*

## Formen bürgerlich-sozialen Engagements in Deutschland und England im 19. Jahrhundert\*

Am 16. März 1888 beauftragte das englische House of Lords einen Parlamentsausschuß, die Wirksamkeit der gesetzlichen Armenbehörden bei der Bekämpfung des sich „von Zeit zu Zeit in der Hauptstadt und in anderen bevölkerungsreichen Orten“ zuspitzenden Elends einer Prüfung zu unterziehen und zugleich die Zweckmäßigkeit einer „konzertierten Aktion“ (concerted action) dieser Behörden mit den bestehenden privaten Wohltätigkeitsinitiativen zu untersuchen<sup>1</sup>. Nachdem in insgesamt siebzehn Sitzungen eine große Anzahl von Fachleuten zu Rate gezogen worden war, empfahl der Ausschuß am 30. Juli 1888 in seinem Abschlußbericht, im wesentlichen an der bisherigen Armenpolitik festzuhalten, d.h. die in den 1860er Jahren entwickelte, auf das Armengesetz von 1834 zurückgehende rigide Praxis der Armenpflege beizubehalten.

Die Einberufung dieses Ausschusses war zweifellos eine Reaktion auf die Zunahme des großstädtischen Elends in den vorhergehenden Rezessionsjahren und zugleich eine Antwort auf die großen Arbeitslosendemonstrationen und Hungermärsche, die 1886/87 das Bürgertum beunruhigt hatten und zum Teil unter dem Einfluß der 1881 gegründeten, von Henry Hyndman geführten Social Democratic Federation standen<sup>2</sup>. Zudem hatten bürgerliche Philanthropen in eindringlichen Berichten die Not in einzelnen großstädtischen Vierteln geschildert, die so sehr der gerade 1887 aus Anlaß des 50jährigen Regierungsjubiläums der Königin Victoria erfolgten „positiven Selbstspiegelung Großbritanniens und des britischen Empires“ widersprach<sup>3</sup>, und durchgrei-

\* Quellenstudien zu diesem Beitrag konnte der Verf. im Frühjahr 1983 während eines Aufenthalts als Visiting German Fellow am St. Antony's College in Oxford betreiben. Sein Dank gilt daher an dieser Stelle dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft für die Gewährung des Stipendiums und dem St. Antony's College, bes. Herrn Prof. *Tony Nicholls*, für die Gastfreundschaft und für vielfältige Hilfen und Anregungen.

<sup>1</sup> Report from the Select Committee of the House of Lords on Poor Law Relief (= British Parliamentary Papers, Poor Law, Vol. 27, Session 1888) XII.

<sup>2</sup> Vgl. *Günter Hollenberg*, Englisches Interesse am Kaiserreich (Wiesbaden 1974) 224; außerdem *Peter Hennock*, Poverty and social theory in England: the experience of the eighteenth century, in: *Social History* 1 (1976) 70 f.

<sup>3</sup> *Wolfgang Mock*, Die Wiederentdeckung der Armut in der Phase der „mature economy“. Das Beispiel Charles Booth, in: *Hans Mommsen/Winfried Schulze* (Hrsg.), Vom Elend der Handarbeit (Stuttgart 1981) 418.

fende Abhilfe gefordert<sup>4</sup>. Zahlen zeigten zudem, daß das Armengesetz keineswegs eine Eindämmung der Armut gebracht hatte, und in der Presse wurde sogar behauptet, jeder vierte Londoner lebe in Armut<sup>5</sup>.

Details der angesprochenen Probleme sind inzwischen breit untersucht worden, so daß sich ein Eingehen darauf an dieser Stelle erübrigt<sup>6</sup>. Angesichts jener Problemlagen stellte jedenfalls das Ergebnis der Ausschußberatungen einen letzten Versuch dar, die über lange Zeit vertretenen Prinzipien der massiven Eliminierung der Armut durch die sogenannte „less eligibility“, d.h. die abschreckenden Bedingungen der Armenhilfe, und den dadurch ausgeübten Zwang der Armen zur individuellen Selbsthilfe<sup>7</sup> noch einmal hochzuhalten, obwohl inzwischen in immer breiteren Kreisen eine kritische Diskussion über den Nutzen solcher Prinzipien geführt und eine klare Trennung zwischen dem Bodensatz wirklicher Armer und den Millionen durch ihre ökonomische Abhängigkeit verelendeter Arbeiter gefordert wurde<sup>8</sup>. Erst in der Mitte der 1890er Jahre kam es, nicht zuletzt aufgrund der Einsicht, daß die bedrohte nationale Effizienz gerade auch von der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft abhing, zu einem Umdenken; hier lag dann jene „Wasserscheide“, die in England eine neue Phase sozialer Innovationen einleitete<sup>9</sup>, welche u.a. mit dem Namen Lloyd George's verbunden sind und die Ausgangsbasis des modernen englischen Wohlfahrtsstaates schufen. Daß hierbei der Blick auf das in Deutschland in den 1880er Jahren eingeführte staatliche Sozialversicherungssystem eine bedeutende Rolle spielte, ist ja inzwischen mehrfach herausgearbeitet worden<sup>10</sup>.

Wenn also dieser Episode des Jahres 1888 im House of Lords zunächst nichts allzu Spektakuläres anhaftet, so ist sie dennoch für unser Thema von besonderem Interesse, weil in den Ausschußberatungen auch die Frage erörtert worden ist, ob man erfolgreichen deutschen Vorbildern bei der Bekämpfung der Armut folgen solle bzw. könne. Diese Frage hatte zwar bereits eineinhalb Jahrzehnte vorher schon einmal die Sozialpolitiker beschäftigt, doch war es damals zu keiner klaren Antwort gekommen, und

<sup>4</sup> Hierzu bes. *Gareth Stedman Jones*, *Outcast London. A Study in the Relationship between Classes in Victorian Society* (Oxford 1971) 290 ff.

<sup>5</sup> *Hennoek*, *Poverty*, 71; *Mock*, *Wiederentdeckung*, 421.

<sup>6</sup> Vor allem *Jones*, *Outcast London*; vgl. auch die Überblicke von *Pat Thane*, *The Foundation of the Welfare State* (London/New York 1982) 4–50, und *Gerhard A. Ritter*, *Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich* (München 1983) 79 ff. Zur Frage, ob und wie die Zuspitzungen der 1880er Jahre dann den „New Unionism“ um 1890 beeinflussen haben, s. *Sidney Pollard*, *Wirtschaftliche Hintergründe des New Unionism*, in: *Wolfgang J. Mommsen/Hans-Gerhard Husung* (Hrsg.), *Auf dem Weg zur Massengewerkschaft* (Stuttgart 1983) 46–75.

<sup>7</sup> Vgl. *Charles Loch Mowat*, *The Charity Organisation Society 1869–1913. Its Ideas and Works* (London 1961) 116.

<sup>8</sup> Es ist wohl kein Zufall, daß die Begriffe „unemployed“ und „unemployment“ sprachliche Neuschöpfungen der 1880er Jahre waren; s. dazu *Hollenberg*, *Englisches Interesse*, 224.

<sup>9</sup> *Hennoek*, *Poverty*, 91; s. auch *Michael E. Rose*, *Die Krise der Armenfürsorge in England 1860–1890*, in: *Wolfgang J. Mommsen* (Hrsg.), *Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850–1950* (Stuttgart 1982) 72.

<sup>10</sup> Zuletzt *Ritter*, *Sozialversicherung*, 83.

das seinerzeit vorgelegte Material war in Vergessenheit geraten. Nun stand die Frage, nicht zuletzt durch die rührige Agitation des Liverpooleser Kaufmanns und Philanthropen William Rathbone, erneut auf der Tagesordnung und wurde diesmal mit Argumenten beantwortet, die ein bezeichnendes Licht auf die zeitgenössische Einschätzung spezifischer Unterschiede zwischen Deutschland und England werfen. Zugleich ermöglichen sie m. E. einen guten Einstieg in einige grundsätzliche Überlegungen zum Problem bürgerlichen Engagements zur Bewältigung der „sozialen“ bzw. „Arbeiterfrage“ in den beiden Ländern.

## I

Der Ausgangs- und Angelpunkt der englischen Debatte war das System der Armenpflege in Elberfeld – heute Teil der Stadt Wuppertal –, das im Jahre 1853 von einigen Honoratiorenbürgern in diesem Zentrum der deutschen Frühindustrialisierung eingeführt und seit 1863 in einer ständig wachsenden Zahl deutscher Städte mit Erfolg nachgeahmt worden war<sup>11</sup>. Das Besondere dieses Systems bestand in der konsequenten Kombination ehrenamtlicher Armenfürsorge durch insgesamt 252 Armenpfleger mit einer städtisch gelenkten und rational durchorganisierten Armenverwaltung – dies mit dem Ziel, die gesamte Außenarmenpflege einer strengen Kontrolle zu unterwerfen. Jeder „Provisor“ hatte höchstens vier Armenfamilien zu betreuen, sie mindestens alle zwei Wochen zu besuchen sowie zu beraten und dabei zugleich zu prüfen, ob die Voraussetzungen zur Armenhilfe, über deren Weitergewährung er selbstständig entscheiden konnte, noch weiter bestanden. Über sein Handeln hatte er in ebenfalls alle zwei Wochen stattfindenden Bezirksversammlungen seines Bezirks – Elberfeld war zu diesem Zweck in 18 Bezirke mit je 14 Quartieren eingeteilt worden – Bericht zu erstatten. Hier wurde er „nicht allein mit Geld und anderen Almosenstoffen, sondern auch mit dem Geiste ausgestattet, der die Behandlung der Not regeln“ sollte<sup>12</sup>, denn ihm war nicht nur innerhalb dieses Systems durchgreifender Sozialdisziplinierung eine gewisse Portion Macht zugewiesen, sondern es wurde von ihm zugleich ein entsprechendes Pflichtethos verlangt bzw. – in den Worten der Zeit – die Bereitschaft „zu einer würdigen Führung des Amtes der Liebe und des Ernstes; – der *Liebe*, um mit wohlwollendem Herzen in Freundlichkeit zu pflegen, und des *Ernstes*, um mit Festigkeit zu verhindern, daß die Gaben nicht zur Trägheit und zum Müßiggang führen oder gar im Dienste des Lasters vergeudet werden“<sup>13</sup>.

<sup>11</sup> S. dazu *Christoph Sachße/Florian Tennstedt*, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland (Stuttgart u. a. 1980) 218. Grundsätzlich hierzu und zum Folgenden *Giovanna Berger*, Die ehrenamtliche Tätigkeit in der Sozialarbeit – Motive, Tendenzen, Probleme, dargestellt am Beispiel des „Elberfelder Systems“ (Frankfurt/Main u. a. 1979).

<sup>12</sup> *August Lammers*, Das Armenwesen in Elberfeld, in: *Arwed Emminghaus* (Hrsg.), Das Armenwesen und die Armengesetzgebung in europäischen Staaten (Berlin 1870) 95.

<sup>13</sup> Instruction für die Armenpfleger und Bezirksvorsteher der städtischen Armenverwaltung in Elberfeld (28. Dezember 1852), hier zit. nach: 1853–1978. Zum 125jährigen Jubiläum des „Elberfelder Systems“ (Wuppertal 1978) 4.

Die geringe Zahl der jeweils zu betreuenden Familien ermöglichte eine intensive individuelle Behandlung jedes einzelnen Falles, überforderte jedoch vom Zeitaufwand her nicht den einzelnen meist aus der Honoratiorenschicht oder der gehobenen bürgerlichen Mittelschicht stammenden „Ehrenbeamten“. Der Erfolg des Elberfelder Systems zeigte sich sehr bald: Innerhalb weniger Jahre ging die Zahl der Unterstützungsfälle beträchtlich zurück, obwohl die Bevölkerung der Stadt stetig wuchs. Elberfeld sei, so schrieb ein Beobachter im Jahre 1870, aufgrund dieser Maßnahmen „vielleicht die bettelfreieste Stadt im Lande“<sup>14</sup>. Zugleich war es nach Aussagen des Oberbürgermeisters gelungen, „die Stadt aus der Verwirrung ihrer Finanzen (zu retten) und vor fernerer Verwüstung derselben (zu bewahren)“<sup>15</sup>. Zwar hatten die christlich-patriarchalisch eingestellten Initiatoren, darunter Daniel von der Heydt, Elberfelder Bankier und Bruder des preußischen Handelsministers, zunächst gehofft, sie könnten ihr Armenpflegesystem nach einer Übergangszeit wieder abschaffen und die Armenfürsorge dorthin zurücklegen, wohin sie ihrer Meinung nach eigentlich gehörte, nämlich in die Hand der Kirchengemeinden<sup>16</sup>, doch wandelte sich diese Auffassung rasch. Es wurde bald vom „Bewußtsein der kommunalen Solidarität, welche auf der politischen Solidarität in Staat und Nation (ruhe)“<sup>17</sup>, als dem zentralen Movers des Engagements in der Armenfürsorge gesprochen: Diese praktische Solidarität gehe aus dem Gefühl der gemeinsamen Bedrohung durch steigendes Massenelend hervor und besitze die „hinlängliche Kraft, um eine gesetzlich erheischte und obrigkeitlich angeordnete Armenpflege mit der notwendigen persönlichen Hingebung zu erfüllen“. Tatsächlich hat es offenbar keine Probleme gegeben, geeignete und einsatzbereite Armenpfleger zu finden, die zunächst für drei Jahre bestellt wurden, von denen aber eine beachtliche Anzahl zwanzig und mehr Jahre zu diesem Ehrendienst bereit war<sup>18</sup>. So war es denn auch nicht die für das Wuppertal typische, vor allem im Calvinismus wurzelnde Religiosität, die später bei der Übernahme des Systems in anderen Städten Pate stand, sondern die Hervorhebung jener „kommunalen Solidarität“, die an die Stelle der zum „toten Schematismus“ erstarrten bisherigen bürgerlichen Armenpflege treten sollte<sup>19</sup>.

Der letztgenannte Vorwurf, der sich übrigens auch an die Adresse des durch Armengesetze und Polizeiverordnungen in die Gesellschaft zu sehr hineinregierenden Staates richtete, ging von der Behauptung aus, ein allzu bürokratisches Vorgehen degradiere den einzelnen Armen mit seinem individuellen Schicksal zum bloßen Gegenstand einer seelenlosen Verwaltung. Die englischen Verhältnisse galten in diesem

<sup>14</sup> Lammers, Armenwesen, 97.

<sup>15</sup> Zit. nach Hermann Herberts, Alles ist Kirche und Handel ... Wirtschaft und Gesellschaft des Wuppertals im Vormärz und in der Revolution 1848/49 (Neustadt/Aisch 1980) 229; s. auch Victor Böhmert, Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden (Dresden 1886) 147.

<sup>16</sup> Böhmert, Armenwesen, 145; s. die kritische Beurteilung dieses Planes durch Johann Hinrich Wichern, Aermalige Bemerkungen zur Armenpflege (1858), abgedruckt in: ders., Sämtliche Werke, hrsg. von Peter Meinhold, Bd. III/1, (Berlin/Hamburg 1968) 224.

<sup>17</sup> Lammers, Armenwesen, 90.

<sup>18</sup> Lammers berichtet von einem regelrechten „Andrang zu diesem öffentlichen Beruf“, ebd. 96.

<sup>19</sup> Böhmert, Armenwesen, 144.

Zusammenhang als besonders negatives Beispiel; hier werde – so Johann Hinrich Wichern – mit Hilfe eines ausgeklügelten bürokratischen Systems ein „organisierter Krieg gegen das Armentum en masse“ geführt<sup>20</sup>. Ein solcher Weg der Auseinandersetzung mit dem Armenproblem mißachte die Tatsache, daß nur ein „lebendiger Organismus“ – und als solcher wurde gerade die Bürgergemeinde verstanden – die notwendigen Heilungskräfte entfalten könne<sup>21</sup>; eine Rückbesinnung auf die im alt-deutschen Städtewesen durchaus schon gehandhabte rationale Bewältigung der Armut tue deshalb not; insofern knüpfte das Elberfelder System eigentlich an sehr viel ältere Grundsätze an<sup>22</sup>.

Eine solche Auffassung hatte die Deutsche Vierteljahrs Schrift bereits 1844 nach dem schlesischen Weberaufstand auf den grundsätzlichen und optimistischen Nenner gebracht: „In dem Gemeindegewesen und Assoziationsgeist der Deutschen hat sich von jeher eine Heilkraft gegen alle sozialen Übel und Mängel bewährt.“<sup>23</sup> Dahinter stand zugleich die viel weiter gehende, keineswegs auf die Frühliberalen beschränkte Vorstellung, in der sich im Stadtraum konstituierenden „Volksgemeinde“ werde sich, falls man ihr nur den nötigen Spielraum lasse, trotz der freiheitlichen Ambitionen im Bürgertum ein „echt germanisches Element“ durchsetzen: die „treue Anhänglichkeit an die Nation und den Fürsten“, die allerdings durch eine „kleinliche und wahrhaft unstaatsmännische verderbliche Furcht vor der Freiheit“ zunichte gemacht werden könne<sup>24</sup>. Die sich selbst organisierende städtische Bürgergesellschaft erschien dementsprechend im Vormärz als Vorstufe, als Wurzelgrund der anzustrebenden gesellschaftlichen „Nationalexistenz“ in Deutschland.

Die stolzen Äußerungen der Hauptakteure des Elberfelder Systems über ihr erfolgreiches Werk belegen, daß sie – jenseits der handfesten finanziellen und auf Disziplinierung ausgerichteten Zielsetzungen – ihre ideologische Ausgangsbasis einerseits im christlichen Liebesgebot und in der entsprechenden Forderung nach „selbstverleugnender Treue“, andererseits aber gerade in der genannten stadtbürgerlichen Selbstdefinition sahen, die besonders in den rheinischen Besitzbürgerkreisen verbreitet war und dann in der Reaktionszeit der 1850er Jahre eine spezifische Verengung erhielt, die in folgendem Zitat anklingt: Das Verdienst des Elberfelder Systems endete nämlich in den Augen seiner Initiatoren nicht bei der erfolgreichen Zurückdrängung der Armut und in der Senkung der Armenfürsorgekosten, sondern bezog sich auch darauf, „im allgemeinen in weiten Kreisen Sitte und Ordnung und Gefühl von Ehre und Pflicht hervorgerufen und erstrebt zu haben“<sup>25</sup>. Die kommunale Selbstverwaltung erschien nun nicht mehr als unterste Stufe und Voraussetzung für ein auf „nationale Volksfrei-

<sup>20</sup> *Johann Hinrich Wichern*, Über Armenpflege (1855/56), in: Sämtliche Werke III/1, 28.

<sup>21</sup> So der Elberfelder Oberbürgermeister Lischke, zit. nach *Böhmert*, Armenwesen, 144.

<sup>22</sup> *Emil Münsterberg*, Die deutsche Armengesetzgebung und das Material zu ihrer Reform (Leipzig 1887) 505.

<sup>23</sup> *W. M.*, Aus Anlaß der Fabrikemeuten, in: Deutsche Vierteljahrs Schrift, Jg. 1844, 4. Heft, 405.

<sup>24</sup> *Carl Theodor Welcker*, Art. „Städte, städtische Verfassung“, in: Staatslexikon, 15. Bd. (Altona 1843) 114 u. 116 f.

<sup>25</sup> Verwaltungsbericht der Elberfelder Armenverwaltung 1864, zit. nach *Böhmert*, Armenwesen, 142.

heitsrechte“ gegründetes „Gesamt Vaterland“<sup>26</sup>, sondern als Entfaltungsraum des auf der oberen politischen Ebene weitgehend entmachteten Bürgertums. Besonders das zensusbeschränkte Dreiklassenwahlrecht in Preußen sicherte diese bürgerliche Führungsrolle auf der städtischen Ebene ab<sup>27</sup>.

Der große Theoretiker dieser Neufassung der Selbstverwaltungsidee war Rudolf Gneist. Gerade die Gemeinde war für ihn der Bereich, in dem die ehemals vom Staat wahrgenommenen Wohlfahrtsaufgaben nun durch das ehrenamtliche Engagement ihrer Bürger quasi genossenschaftlich gelöst werden sollten. Hierbei kam den Oberschichten seiner Meinung nach eine besondere Verantwortung zu, denn ihre Bestimmung dürfe nicht die bloße Vermehrung ihrer Güter, sondern müsse der Einsatz für das Gemeinwohl sein<sup>28</sup>. Die kommunale Selbstverwaltung wurde dementsprechend nicht als verlängerter Arm des Staates verstanden, sondern als genossenschaftlich begründeter Gegenpol der bürgerlichen Gesellschaft zum Staat – eine Auffassung, die dann von Otto von Gierke und später von Hugo Preuß noch sehr viel zugespitzter vertreten werden sollte. Als sich der Staat aus der Wohlfahrtspflege, d.h. der „Polizey“ im herkömmlichen Sinn, immer mehr zurückzog, entstand also kein Vakuum, denn gleichzeitig setzte eine verstärkte Initiative der Kommunen ein, Aufgaben der „Daseinsvorsorge“ für ihre Bürger wahrzunehmen<sup>29</sup> – dies zweifellos nicht völlig uneigennützig und als Ergebnis weit vorausschauender Planung, sondern – wie das Elberfelder System zeigt – infolge gravierender Herausforderungen. Insofern nahmen die Gemeinden, teils erzwungen, teils freiwillig, zunehmend eine gesellschaftliche „Komplementärfunktion“ zum Staat wahr.

Der bürgerliche Blick auf die Massenverelendung vor allem in den sich industriell überformenden Gewerbestädten wie Elberfeld, Barmen und Krefeld tat sich jedoch für längere Zeit noch schwer, über die traditionelle Differenzierung von gutwilligen und schlechten, weil arbeitsscheuen Armen hinaus Unterschiede zu entdecken, obwohl die zeitgenössische Sozialkritik durchaus schon auf die Notwendigkeit einer Trennung von „naturwüchsiger“ und „künstlicher“ Armut hingewiesen hatte<sup>30</sup>. Ein Satz wie der folgende aus der Kölnischen Zeitung vom 21. Juni 1844, man wolle die Personengruppe, „welche man heutzutage Proletarier nennt, ... lieber *arme Leute* nennen“, weil das Wort *arm* der Inbegriff sowohl von Not als auch von Verkommenheit sei<sup>31</sup>, zeigt die für die Frühindustrialisierungsphase typische unscharfe Begrifflichkeit,

<sup>26</sup> *Welcker*, Art. „Städte“, 116.

<sup>27</sup> Dazu *Helmuth Croon*, Das Vordringen der politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, in: *ders.* u.a., Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung (Stuttgart u.a. 1971) bes. 18 ff.

<sup>28</sup> So Gneist in einem Brief an Karl Rodbertus vom 28.1.1860, DZAM Rep. 92, Nachlaß Rodbertus, B 8. Zu Gneists Selbstverwaltungskonzept s. insgesamt *Heinrich Heffter*, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen (Stuttgart 1950) bes. Kap. 6,3.

<sup>29</sup> Dazu *Hendrik Gröttrup*, Die kommunale Leistungsverwaltung. Grundlagen der gemeindlichen Daseinsvorsorge (Stuttgart u.a. 1973) bes. 38 f.

<sup>30</sup> So z.B. *Karl Marx*, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung (1843), zit. nach MEW, Bd.1 (Berlin (O) 1972) 390.

<sup>31</sup> Zit. nach *Lutz Kroneberg/Rolf Schloesser*, Weber-Revolution 1844 (Köln 1979) 187.

die ja auch etwas mit dem Ausmaß des Begreifens zu tun hat. Eine geradezu exemplarische Palette aller ineinanderfließenden Elemente, die seit Ende der 1840er Jahre in Bürgerköpfen die Begriffe „Armut“ und „Arbeiter“ bzw. „Proletarier“ füllten, lieferte dann Wilhelm Heinrich Riehl in seiner berühmten „Volksrede“ aus dem Jahre 1848 „Die Arbeiter“<sup>32</sup>. Sein Fazit lautet, die wahre Armut der unteren Klassen, besonders der modernen Fabrikarbeiter, der „härteste Fluch, welcher auf (ihnen) ruht“, sei nicht ökonomisch, sondern sittlich begründet; deshalb gelte es für die bürgerliche Gesellschaft, „eine moralische Mission bei den Arbeitern“ zu erfüllen. Der Staat – dies sei das „Meistergeheimnis der Kulturpolitik“ – solle von seiner hohen Warte aus erst dann eingreifen, wenn die genossenschaftliche Selbsthilfe vor Ort nicht mehr ausreiche.

All solche Erwägungen, verbunden mit einem spezifischen Ethos der Arbeit, d.h. mit dem Glauben an die erzieherische, „sittigende“ Kraft der Arbeit, prägten in unentwirrbarer Weise jenen „Bürgergeist“ in deutschen Städten, der auch den Anstoß zur Entwicklung des Elberfelder Systems gab und seit dem Ende der 1860er Jahre nachdrücklich jene englischen Philanthropen zu interessieren begann, die nach Möglichkeiten zur Reformierung des Poor-Law-Systems suchten.

## II

Die von den Zeitgenossen in einer Phase allgemeinen Aufschwungs als bedenkliche Krisen erlebten kurzfristigen Einbrüche, wie z. B. infolge der Auswirkungen des amerikanischen Sezessionskrieges auf die englische Baumwollindustrie, hatten in den 1860er Jahren die Lückenhaftigkeit und weitgehende Ineffektivität der gesetzlichen englischen Armenfürsorge erwiesen, und nur die – freilich recht wahllos vorgehende und unorganisierte – private Wohltätigkeit hatte noch in gewissem Umfang eine Entlastung bringen können<sup>33</sup>. Die wichtigste Konsequenz aus diesen Erfahrungen war eine gründliche Neuordnung der Poor-Law-Verwaltung, um sie weniger krisenanfällig zu machen und ihre Effektivität zu steigern. Statt der Gemeinden wurden jetzt spezielle Zweckverbände Träger der gesetzlichen Armenpflege; ihre Beamten begannen sich von nun an zu Distriktskonferenzen zu treffen, um die auftretenden Probleme kontinuierlich zu erörtern und eine engere Zusammenarbeit zwischen den Zweckverbänden anzubahnen. Der Poor-Law-Board als oberste Leitungs- und Überwachungsinstitution erhielt den Rang eines ständigen Ministeriums und wurde 1871 mit erweiterten Kompetenzen als Local Government Board weitergeführt. Abgesehen davon, daß die Armenkrankenpflege und die Kinderfürsorge in der Folgezeit eigene Wege gingen, wurde also durch diese Verwaltungsreform das Poor Law von 1834 eigentlich erst jetzt zur vollen Durchsetzung gebracht; seine Ausgangsprinzipien wurden dabei nicht

<sup>32</sup> Abgedruckt in *Carl Jantke/Dietrich Hilger* (Hrsg.), *Die Eigentumslosen* (Freiburg/München 1965) 394–405, Zitat 404.

<sup>33</sup> Dazu und zum Folgenden *Rose*, *Krise der Armenfürsorge*, 62 ff.

modifiziert, sondern verschärft weiterverfolgt<sup>34</sup>, wengleich die Uneinheitlichkeit der Anwendung des Gesetzes von Ort zu Ort letztlich auch durch diese Zentralisierungsbestrebungen keineswegs völlig beseitigt werden konnte.

Die Rolle, die in diesen Jahren die bisher praktisch von der Poor-Law-Administration völlig unabhängige private Wohltätigkeit gespielt hatte, und die Erschütterung über das unaufhaltsame Anwachsen der Armut führten gleichzeitig auch in philanthropischen Kreisen zu Überlegungen einer effektiveren Organisation des bisher unkoordinierten und deshalb eher für schädlich gehaltenen Almosengebens. Als unbedingt notwendige Voraussetzung größerer Wirksamkeit wurde einerseits eine stärkere Zusammenarbeit der verschiedenen Wohltätigkeitsinitiativen untereinander und – wenn möglich – auch mit der staatlichen Armenpflege, andererseits aber auch eine Hinwendung zu neuen Prinzipien und Methoden der privaten Wohltätigkeit diskutiert. In diesem Zusammenhang besann man sich auf Initiativen des schottischen Geistlichen Thomas Chalmers, der bereits 1819 nach Hamburger Vorbild Glasgow in Armendistrikte eingeteilt hatte, in denen Bürger bedürftige Familien besuchten, um die individuellen Gründe für deren Not und die Möglichkeit einer wirksamen Hilfe zu erforschen<sup>35</sup>. Dieses „friendly visiting“ war zwar nach einiger Zeit wieder aufgegeben worden, doch hatte Chalmers es in verschiedenen Schriften, zunächst allerdings ohne größere Resonanz, publik zu machen versucht. Jetzt besannen sich englische Philanthropen auf die Empfehlungen Chalmers'. Die bekanntesten Versuche, sie in den 1860er Jahren in die Tat umzusetzen, waren die 1860 in London gegründete Society of the Relief of Distress, eine Vorläuferin der bedeutenden Charity Organisation Society (C.O.S.) von 1869, und die Liverpool Central Relief Society, die der schon erwähnte William Rathbone 1863 ins Leben rief<sup>36</sup>. Die leitende Grundidee dieser Reformbestrebungen war die Auffassung, daß der Arme bestärkt werden müsse, die alltäglichen Wechselfälle des Lebens durch eigene Kraft zu meistern, und daß ihm Hilfe nur in solchen Fällen gewährt werden dürfe, in denen seine eigenen Kräfte bei bestem Willen nicht mehr ausreichten. Der Unterschied zur Hauptstoßrichtung des Poor Law, dem Zwang zur Selbsthilfe, war also kein grundsätzlicher, sondern ein eher gradueller. Lediglich die Methode und die Art des Umgehens mit den Bedürftigen waren anders und glichen durchaus in einigen Punkten dem Elberfelder System: An die Stelle der massiv abschreckenden „less eligibility“, ausgedrückt durch den Zuchthauscharakter des Armenhauses, trat der persönliche Einfluß des engagierten Philanthropen, der durch sein „friendly visiting“ auf den einzelnen Armen wirken und ihn vor den entehrenden Folgen der öffentlichen Armenpflege bewahren wollte. Ausgeprägte Religiosität und ebenso ausgeprägter Individualismus bestimmten das Verhalten dieser Propagandisten einer erneuerten privaten Wohltätigkeit, die sich in den 1860er

<sup>34</sup> *Derek Fraser*, Das Armengesetz und die Ursprünge des britischen Wohlfahrtsstaates, in: *Mommsen*, Entstehung, 30.

<sup>35</sup> *A. F. Young/E. T. Ashton*, *British Social Work in the Nineteenth Century* (London 1956) 67 ff.; außerdem *John Roach*, *Social Reform in England 1780–1880*, 70 f., und *Mowat*, *Charity*, 9 f.

<sup>36</sup> Zur C.O.S. vgl. neben *Mowat*, *Roach* und *Young/Ashton* zuletzt auch *Thane*, *Foundations*, 21 ff.; zu den Initiativen in Liverpool s. *Margaret B. Simey*, *Charitable Effort in Liverpool in the Nineteenth Century* (Liverpool 1951) bes. 108 ff.

Jahren mit einer Fülle von Broschüren, Artikeln und Aufrufen an die Öffentlichkeit wandten<sup>37</sup>. Ihr Endziel war die Hinführung des einzelnen Armen zu einem selbständigen, moralisch und sittlich einwandfreien Individuum – die spätere Kritik der Fabier an diesem Konzept setzte denn auch gerade an einem solchen „extremen Individualismus“ an<sup>38</sup>.

Im Jahre 1867 veröffentlichte William Rathbone seine programmatische Schrift „Social Duties, considered in Reference to the Organisation of Effort in Works of Benevolence and Public Utility“<sup>39</sup>. Er warf darin dem erniedrigenden Poor-Law-System vor, unter dem Gesichtspunkt öffentlicher Wohlfahrt ein völliger Fehlschlag zu sein. Die Allmacht des Parlaments reiche nicht aus, „den unvereinbaren Ansprüchen der Gerechtigkeit gegenüber der Allgemeinheit, der Strenge gegenüber Faulenzern und Schurken und der Milde gegenüber denen, die durch göttliche Heimsuchung ins Elend geraten sind, zu genügen“<sup>40</sup>. Die Folge sei, daß gerade unter den redlichen Armen das größte Elend herrsche. Er beklagte die personelle Ausstattung der Armenbehörden mit „jenen armseligen, halbgebildeten scripture readers, die allzuoft in die Irre (gingen)“, und hätte stattdessen lieber ein spezielles Armenministerium gesehen, das von den einsichtsvollsten Männern geführt werden sollte<sup>41</sup>. Rathbone wie Charles Bosanquet, ein Londoner Rechtsanwalt, der von 1869 an als erster Geschäftsführer die Aufbauarbeit der C.O.S. leitete, in seinem 1868 erschienenen Buch „London: Some Account of its Growth, Charitable Agencies, and Wants“, regten deshalb an, das „friendly visiting“ auszubauen und zu einem Grundpfeiler der gesamten Armenpflege zu machen<sup>42</sup>.

In Bosanquets Buch findet sich erstmalig ein Hinweis auf das Elberfelder System, und es spricht einiges dafür, daß bei der kurze Zeit später erfolgenden Konstituierung der C.O.S. neben dem Aufgreifen der Empfehlungen von Thomas Chalmers auch einige Anleihen beim Elberfelder Vorbild gemacht worden sind<sup>43</sup>. Da jedoch die Nachrichten über dieses deutsche System der bürgerlichen Armenpflege noch sehr lückenhaft waren, ergriff William Rathbone, seit 1868 liberaler Parlamentsabgeordneter<sup>44</sup>, die Initiative und überredete 1871 den Präsidenten des Local Government Board, seinen Freund und ehemaligen Schulkameraden James Stansfeld, zu dem damals noch ungewöhnlichen Schritt, eine Untersuchungskommission nach Elberfeld zu entsenden, bestehend aus dem erfahrenen Armeninspektor Andrew Doyle und dem für Handelsfra-

<sup>37</sup> Rose, *Krise der Armenfürsorge*, 69 f.

<sup>38</sup> Roach, *Social Reform*, 179 und 227; bes. Beatrice Webb argumentierte gegen diese Grundlage der C.O.S.-Arbeit.

<sup>39</sup> S. dazu neben *Simey*, *Charitable Effort*, 105 ff., auch *Eleanor F. Rathbone*, William Rathbone. A Memoir (London 1905).

<sup>40</sup> Zit. nach *Fraser*, *Armengesetz*, 20.

<sup>41</sup> Zit. nach *Rathbone*, *Memoir*, 280 (Brief Rathbones vom 20.8.1871).

<sup>42</sup> S. dazu *Mowat*, *Charity*, 12.

<sup>43</sup> Vgl. *Thomas Mackay*, *A History of the English Poor Law*, vol. III (London 1899) 542; *Karl de Schweinitz*, *England's Road to Social Security* (London 1943) 148 ff.

<sup>44</sup> Zur Person Rathbones s. *The Dictionary of National Biography*, Second Supplement (London 1912) 161 f.

gen im Außenministerium zuständigen Referenten J. A. Crowe<sup>45</sup>. Rathbone selbst fuhr ebenfalls nach Elberfeld und traf sich dort mit den beiden anderen Engländern im November 1871.

Die positiven Erwartungen der Besucher wurden noch erheblich übertroffen von dem, was sie vor Ort erfuhren; ihre Berichte lesen sich über weite Strecken wie Lobeshymnen, wobei es vor allem die Organisation des Elberfelder Systems war, die sie bestach<sup>46</sup>. Doyles zusammenfassende Darstellung, die er nach der Rückkehr dem Local Government Board vorlegte, betonte dementsprechend, daß aus dem Elberfelder System eine Fülle von wertvollen Anregungen auch für eine Reform der englischen Verhältnisse genutzt werden sollte: die Mischung aus Strenge und Nächstenliebe, der starke Einfluß der Armenpfleger auf die ihnen zugewiesenen Familien, die dadurch erzielte schichtübergreifende Kommunikation und angeblich erfolgreiche Anleitung vieler Armenfamilien zur Selbsthilfe, die engagierte Beteiligung einer großen Zahl von Bürgern in der ehrenamtlichen Armenpflege u. ä.<sup>47</sup>.

Gerade der letztgenannte Punkt veranlaßte jedoch die Engländer zu intensiver Reflexion, denn hier erahnten sie die meisten Hemmnisse gegen eine allzu unkomplizierte Nachahmung des deutschen Vorbilds. Doyle fragte sich zum Beispiel, ob ein solch starker Eingriff von außen in die Armenfamilien wie in Elberfeld wohl mit dem Prinzip der individuellen Freiheit im englischen Alltagsleben zu vereinbaren sei und von Menschen akzeptiert würde, „die eifersüchtig auf ihre persönliche und familiäre Unabhängigkeit bedacht sind“, und fuhr dann fort: „Möglicherweise ist es in England jedoch weniger schwierig, die Armen mit einem solchen System auszusöhnen, als unter den wohlhabenden Mittelschichten geeignete und bereitwillige Helfer für seine Durchführung zu finden.“<sup>48</sup> Und es ist bezeichnend, daß Rathbones größtes Lob der Tatsache galt, daß im Elberfelder System die Aufteilung der zu leistenden Arbeit in einer Weise gelungen sei, die es gerade den berufstätigen Bürgern ermögliche, ihrer Ehrenpflicht ohne ernste Störung der eigenen Berufstätigkeit nachzukommen<sup>49</sup>. Dies sei der Grund, weshalb sie viel leichter zur Mitarbeit gewonnen werden könnten. Wohlüberlegte Arbeitsaufteilung und konsequente persönliche Betreuung waren deshalb seiner Meinung nach die Grundvoraussetzungen des Erfolgs, denn letztlich könne alles – und hier zitiert er den Elberfelder Bürgermeister – nur durch persönlichen Umgang mit den Armen erreicht werden, nichts aber ohne diesen<sup>50</sup>. Optimistisch meinte Rathbone noch sechzehn Jahre später, als er in einem ausführlichen Brief einem

<sup>45</sup> Rathbone, Memoir, 370 f.

<sup>46</sup> Andrew Doyles erster Bericht findet sich in den „Reports of the Commissioners of the Local Government Board“, vol. XXVIII (1872) 256–265. Die erweiterte Fassung erschien unter dem Titel: The Poor Law System of Elberfeld, in: Poor Laws in Foreign Countries (London 1875) 344–365; s. auch Rose, Krise der Armenfürsorge, 74 f.; Rathbone veröffentlichte seine Eindrücke in: A Letter addressed to H. G. Willink (Liverpool 1887) 1–17.

<sup>47</sup> Rathbone, Letter, 5 ff.; Doyle, passim.

<sup>48</sup> Doyle, Reports, 256; ähnlich in: Poor Laws in Foreign Countries, 375.

<sup>49</sup> Brief Rathbones vom 2. 11. 1871 aus Elberfeld, zit. nach Rathbone, Memoir, 281.

<sup>50</sup> Rathbone, Letter, 6.

Freund über die Anwendung Elberfelder Prinzipien in Liverpool berichtete, bei einer sinnvollen Arbeitsaufteilung könne man von jedem guten Bürger billig erwarten, daß er ein kleines Opfer an Zeit und Verantwortungsbereitschaft für die Armenpflege in seiner Stadt aufbringe<sup>51</sup>.

Die Anfang der 1870er Jahre über das Elberfelder System für einige Zeit in England lebhaft geführte Diskussion blieb jedoch ohne spektakuläre Erfolge, obwohl schon von Zeitgenossen sein indirekter Einfluß vor allem auf die führenden Kreise der C.O.S. betont worden ist<sup>52</sup>. Konkrete Nachahmungsversuche lassen sich lediglich in der Londoner Marylebone-Pfarrrei und später – unter dem Einfluß Rathbones – in Liverpool nachweisen<sup>53</sup>. Rathbone selbst war bis Mitte der 1880er Jahre so sehr mit anderen parlamentarischen und privaten Dingen beschäftigt, daß er erst unter dem Eindruck der eingangs erwähnten sozialen Zuspitzungen dieses Jahrzehnts wieder zu seiner Begeisterung für das Elberfelder System zurückfand. Erneut bewegte er im Jahre 1887 das Local Government Board, drei Berichtersteller nach Elberfeld und in andere deutsche Städte zu entsenden, um Informationen über den derzeitigen Zustand des Elberfelder Systems einzuholen<sup>54</sup>. Diesmal reisten Charles Loch, der Sekretär der C.O.S., James Stewart Davy, ein Inspektor des Local Government Board, und A. F. Hanewinkel von der Liverpool Central Relief Society nach Deutschland. Alle drei Männer legten anschließend ausführliche Berichte vor, die im wesentlichen die erfolgreiche Weiterführung und erhebliche Ausbreitung des Elberfelder Systems im Deutschen Reich bestätigten<sup>55</sup>. Davy und Loch wurden dann von jenem eingangs erwähnten Ausschuß des House of Lords zum Hearing eingeladen, das im Frühjahr des Jahres 1888 stattfand und Aufschlüsse darüber bringen sollte, ob das englische Poor-Law-System noch zweckmäßig sei oder besser durch ein anderes System wie zum Beispiel das Elberfelder System der Armenpflege ersetzt werden sollte.

Davy, der Beamte des Board, stellte auf die Frage, ob er sich eine Einführung von Prinzipien, wie sie in Elberfeld verfolgt würden, in England vorstellen könne, ohne Umschweife fest, zwar gebe es zweifellos vieles, was vom Elberfelder System zu lernen sei, doch sehe er derzeit keinerlei Chance einer erfolgreichen Ersetzung der besoldeten staatlichen Armenbeamten durch ehrenamtliche bürgerliche Armenpfleger<sup>56</sup>. Die Begründung für dieses eindeutige Urteil findet sich in seinem schriftlichen Bericht: Sie hing für ihn eng mit dem in den deutschen Städteordnungen festgelegten Zwang

<sup>51</sup> Ebd., 5.

<sup>52</sup> Mackay, History, 542; s. auch Young, British Social Work, 77 ff.; bes. der Einfluß auf Octavia Hill wird oft betont; s. dazu William Thomson Hill, Octavia Hill. Pioneer of the National Trust and Housing Reformer (London 1956).

<sup>53</sup> Simey, Charitable Effort, 110 f.; Rathbone, Memoir, 373 ff.; die Initiativen in der Marylebone-Pfarrrei gehen auf Octavia Hill zurück, s. Schweinitz, England's Road, 150.

<sup>54</sup> Rathbone, Memoir, 372.

<sup>55</sup> Die Berichte von Davy, Loch und Hanewinkel befinden sich in: Parliamentary Papers, Accounts and Papers (1888) vol. LXXX; Reports on the Elberfeld Poor Law System and German Workmen's Colonies (London 1888) 1–137.

<sup>56</sup> Report from the Select Committee, 121.

für den Bürger zusammen, ein Ehrenamt annehmen zu müssen, d. h. mit den im Vergleich zu England völlig anderen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung, die für den deutschen Stadtbürger eine „harte Aufgabenstellerin“ sei, weil sie ihn zwingt, seine Pflicht zu tun – dies nicht nach eigener Wahl und eigenem Gutdünken, sondern im Rahmen einer ihm vorgeschriebenen und eindeutig definierten öffentlichen Verpflichtung, die in England in dieser Form undenkbar sei<sup>57</sup>.

Ähnlich, aber noch darüber hinausgehend, fiel die Antwort Charles Lochs auf die gleiche Frage aus<sup>58</sup>. Auch er betonte die Bürgerpflicht als deutsche Besonderheit, hob aber zugleich auch den Stolz der deutschen Bürger auf ihre kommunale Selbstverwaltung hervor. Einen solchen Bürgergeist gebe es in England nicht, und deshalb sei es wohl unmöglich, in englischen Städten genügend Personen aus der Mittel- und Oberschicht zu finden, die solche Verpflichtungen wie im Rahmen des Elberfelder Systems zu übernehmen bereit wären. Es gehe dabei nicht um die Handvoll Philanthropen, die sich in den Wohltätigkeitsvereinen engagierten, sondern um die Einstellung der Bürger zum Gemeinwohl insgesamt und zur Armenfürsorge im besonderen, die in England, wie er in seinem Buch „Charity Organisation“ 1890 beklagte, „nicht als eine selbstverständliche Bürgerpflicht aufgefaßt wird, wie wir sie in einer Reihe deutscher Städte – Elberfeld, Dresden, Berlin und anderen – nachweisen können“<sup>59</sup>.

Auch andere von dem Parlamentsausschuß herangezogene Fachleute gingen auf die englischen Besonderheiten im Vergleich zur deutschen Situation ein<sup>60</sup>. Das Poor Law werde nicht von einem edleren Streben, einem Wohlfahrtsethos getragen, hieß es; es biete deshalb keine Mittel, die Menschen verschiedener Schichten zusammenzubringen, und die Armenbeamten besäßen praktisch keine Möglichkeit, die wahren Verhältnisse und Bedürfnisse der Armen kennenzulernen. Erst wenn die viel zu weitgehende Zurückhaltung der Beamten in diesem Punkt aufgehoben würde, könne ein stärkerer Einfluß auf die Bedürftigen ausgehen. Ein weiterer Vorteil bestehe in Deutschland darin, daß der ehrenamtliche Armenpfleger des Elberfelder Systems eine quasi offizielle Stellung inne habe und in einer Person sowohl Vertreter der Obrigkeit, die ihn übrigens streng kontrolliere, als auch wohlthätiger Bürger sei. Loch sah deshalb als einzige in England umsetzbare Lehre aus dem deutschen Beispiel die Möglichkeit, das geradezu chaotische Nebeneinander von Poor-Law-Verwaltung und freiwilliger philanthropischer Wohltätigkeit zu beenden und beide Bereiche zu verbinden, wobei dann auch die privaten Armenpfleger eine halboffizielle Position bekommen sollten<sup>61</sup>.

Alles in allem wurde also zwar mit einem gewissen Neid und vor allem mit Bewunderung auf die deutschen Verhältnisse geblickt; von einer Bereitschaft, das Elberfelder System in England zu übernehmen, konnte jedoch keine Rede sein. Immerhin stellte der 40. Jahresbericht der C.O.S. im Jahre 1908 fest: Der hohe Wert des Armenbesuchs habe sich behauptet; mehr als je zuvor sei nun das Heim der Armen das Handlungs-

<sup>57</sup> *Davy* in: Reports on the Elberfeld Poor Law System, 44.

<sup>58</sup> Report from the Select Committee, 452f.

<sup>59</sup> *Charles S. Loch*, Charity Organisation (London 1890) 47.

<sup>60</sup> Report from the Select Committee, 140 und 217 (*Jones und Crowder*).

<sup>61</sup> Ebd., 453.

feld wohltätigen Einwirkens geworden. Dies sei auch eine Folge des in Philanthropenkreisen weitverbreiteten Wunsches nach Einführung eines dem Elberfelder ähnlichen Systems gewesen, vor allem aber einer starken Hinwendung der sozialen Wissenschaften wie der Medizin und der sozialen Hygiene zur sozialen Frage. Auch die Wohltätigkeit als solche müsse nicht zuletzt als eine Wissenschaft betrieben werden<sup>62</sup>. Doch weisen solche Bemerkungen bereits in eine Zeit, die jenseits jener „Wasserscheide“ der englischen Sozialpolitik liegt, von der einleitend die Rede war.

### III

Hätte man in den 1880er Jahren einem der englischen Beobachter des deutschen Systems der städtischen Armenpflege die These von einem deutschen „Defizit an Bürgerlichkeit“ zu erläutern versucht, dann wäre man wohl auf völliges Unverständnis gestoßen, denn nicht ein Defizit hatten sie konstatiert, sondern – gemessen an der Mentalität des englischen Bürgers – eher eine Überpointierung. Für sie waren die englischen Verhältnisse weit weniger durchorganisiert und diszipliniert als die deutschen; und erheblich geringere gesetzliche und traditionelle sonstige Verpflichtungen regulierten ihrer Meinung nach das Leben der großen Masse der englischen Bürger<sup>63</sup>. Voll Staunen und mit unverhohlener Sympathie registrierten sie, daß der deutsche Bürger zudem die ihm auferlegten öffentlichen Verpflichtungen nicht als Last empfand, sondern als Ehrendienst. „Good citizenship“ und „good burgher spirit“ waren folglich in ihren Augen die bemerkenswerten aber – leider – in England nicht von heute auf morgen einföhrbaren Grundlagen gerade des vergleichsweise völlig anderen methodischen Umgangs mit dem städtischen Pauperismus. Freilich muß hier einschränkend betont werden, daß die Engländer dieses Urteil nur in einzelnen Städten und nur mit Blick auf die in Preußen in spezifischer Weise ausgeprägte Form der kommunalen Selbstverwaltung gewonnen hatten. Außerdem waren ihr Erkenntnisinteresse und die Auswahl ihrer Informanten begrenzt; entsprechend selektiv war ihr Einblick in die sozialen wie politischen Verhältnisse als ganze in Deutschland.

Trotz oder gerade wegen solcher Subjektivität der Wahrnehmung liefern die gegenseitigen Beurteilungen und entsprechenden, aus dem Vergleich gewonnenen Selbsteinschätzungen wichtige Aufschlüsse darüber, worin die Zeitgenossen die entscheidenden Unterschiede zwischen Deutschland und England sahen und wie sie diese begründeten. Dabei zeigt sich, daß die ideologischen Ausgangspositionen der jeweiligen Protagonisten im Bereich der Armenpflege, dem quantitativ umfangreichsten Feld bürgerlich-sozialen Engagements in Antwort auf die soziale Frage, durchaus ähnlich waren. Auch die noch bis zum letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts dominierende Sichtweise dieser Kreise, die städtische Arbeiterfrage fast ausschließlich als Armenfrage zu verstehen, ist für große Teile des Bürgertums in beiden Ländern charakteri-

<sup>62</sup> Zit. nach *Mowat, Charity*, 151.

<sup>63</sup> *Loch*, in: *Reports on the Elberfeld Poor Law System*, 88.

stisch<sup>64</sup>. Zentrale Unterschiede bestanden dagegen offenbar in der Art des Zugriffs auf das Pauperismusproblem, in den Organisationsprinzipien der Armenpflege und in dem Ausmaß, in dem die Stärkung der Selbsthilfe entweder bloß als individuelle und somit isolierte Leistung des einzelnen Armen oder zugleich auch als ein innerhalb der Bürgergemeinde notwendiger, durch kollektiven Einsatz erzielter Beitrag zur Heilung der sozialen Schäden und zur Abwendung sozialer Bedrohungen verstanden wurde. Auf einen geradezu trivialen Nenner gebracht, standen sich, wie die Diskussionen über das Elberfelder System in England besonders eindringlich zeigen, auch hier jene zwei gegensätzlichen Auffassungen gegenüber, die immer bei der inneren Ausgestaltung einer Gesellschaft zur Debatte stehen, eine individualistische und eine eher kollektivistische<sup>65</sup>. Die Devise des Elberfelder Systems lautete deshalb bezeichnenderweise nicht „Hilfe zur Selbsthilfe“, obwohl der Begriff Selbsthilfe in der Programmatik durchaus eine Rolle spielte, sondern „Hilfe von Mensch zu Mensch“. Wurde in Deutschland das Gemeinwesen, das in der Bürgergemeinde am umfassendsten zum Ausdruck kam, als ein von „Gemeingeist“ geprägter, korporativer Verband verstanden, in dem der Einzelne je nach seiner Leistungsfähigkeit genossenschaftliche Pflichten zu erfüllen hatte<sup>66</sup>, so galt das Gemeinwesen in England, besonders ausgeprägt in der Lehre Benthams, bloß als fiktiver Körper, der aus der Addition von Einzelpersonen mit ihren jeweiligen Individualinteressen bestand<sup>67</sup>.

Daß diese in England weitverbreitete Denkweise auf Dauer nicht zu jener „von einer unsichtbaren Hand“ herbeigeführten Harmonie und damit Problemlösung, sondern zu bedrohlichen Zuspitzungen führte, hatten hellsichtige Zeitgenossen gerade nach den Erfahrungen der 1860er Jahre erkannt<sup>68</sup> und begannen von der Überlegenheit der deutschen Prinzipien zu sprechen. So schrieb z. B. die Times am 8. Dezember 1871 nach einer ausführlichen Erörterung des Elberfelder Systems aufgrund des Doyle'schen Berichts: „Selbst wenn wir es (das Bemühen um Reform des Armenwesens, d.V.) als hoffnungslos aufgaben und eingestünden, daß Preußen, was die soziale Organisation betrifft, sowie auch auf einigen anderen Gebieten England überlegen ist, sollten wir wenigstens ehrlich und klug genug sein, den nicht ungerechtfertigten Schluß zu ziehen, daß der Fehler allein bei uns liegt.“<sup>69</sup> Die englische Germanophilie wie auch -phobie in den nächsten Jahrzehnten hatten in dieser Anerkennung eines deutschen Vorsprungs einen ihrer Ansatzpunkte. Die Beschwörung einer „deutschen Gefahr“, wie sie etwa bei dem nationalen Sozialisten Robert Blatchford zu Ende des Jahrhunderts zu finden war, zeigt die Kehrseite: Im Gegensatz zu England besitze Deutschland – so Blatchford – „a collective mind, a collective soul“, während „the British nation is a mob of antagonistic helpless atoms“; die Teutonisierung Europas sei

<sup>64</sup> S. Florian Tennstedt, Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland (Göttingen 1981) 198.

<sup>65</sup> Vgl. dazu mit Blick auf die englischen Verhältnisse Alan Bullock/Maurice Shock, Englands liberale Tradition, in: Lothar Gall (Hrsg.), Liberalismus (= NWB 85) (Köln 1976) 257.

<sup>66</sup> Gneist an Rodbertus, 28.1.1860 (s. Anm. 28).

<sup>67</sup> Zit. nach Bullock/Shock, 257; vgl. auch Roach, Social Reform, 64f. zu Bentham und 110ff. zu Benthams Einfluß auf Edwin Chadwick.

<sup>68</sup> Rose, Krise der Armenfürsorge, 66 ff.; Ritter, Sozialversicherung, 78f.

<sup>69</sup> Zit. nach Poor Laws in Foreign Countries, 272; in Übersetzung auch bei Rose, 75.

daher, wenn nicht massive Gegenmaßnahmen ergriffen würden, nur noch eine Frage der Zeit<sup>70</sup>.

Entsprechend selbstbewußt argumentierten die deutschen Selbstverwaltungs- und Armenpflegeideologen mit Blick auf die englischen Verhältnisse. So bekam Charles Loch in Elberfeld nicht ohne Pathos zu hören, nur die kollektive Stärke der gesamten Bevölkerung sei in der Lage, das soziale Elend wirkungsvoll zu bekämpfen: „Es wird ein Glück für uns sein, wenn uns die Organisation unserer Bevölkerung in diesem Sinne gelingt! Dann können wir dieser Stadt eine sichere Zukunft garantieren und der Welt das Beispiel einer sozialen Reform bieten, welche der ganzen Menschheit nützt.“<sup>71</sup> Hier findet sich in nuce jener arrogante Anspruch, der auch auf höchster Ebene vertreten wurde, daß nämlich am deutschen Wesen die Welt genesen könne<sup>72</sup>. In dem „Sozialstaat“ England, so hatte Rudolf Gneist bereits 1860 in einem Brief an Karl Rodbertus festgestellt, laufe dagegen aufgrund des dort vorherrschenden Individualismus jeder bloß seinem Erwerb und Vergnügen nach und kümmere sich nicht um das Gemeinwesen und den Staat<sup>73</sup>. Allerdings sah er auch für Deutschland bedrohliche Folgen voraus, wenn die Trennung von Besitz und Ehrenamt immer weiter vorwärts getrieben würde, und forderte statt dessen die Ausweitung der „Amtspflichten und Amtsehren“ für das Besitz- und Bildungsbürgertum. Dementsprechend hielt er, der „Altliberale“ und seit 1868 Vorsitzende des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, ein allgemeines Wahlrecht für etwas „völlig Unhaltbare(s)“; zugleich lehnte er aber auch das Indolenz und Egoismus erzeugende Dreiklassenwahlrecht ab. Er bevorzugte an dessen Stelle ein gleiches Wahlrecht für die „höheren und Mittelstände“, bei dem der 4. Stand ausgeschlossen, aber durch bürgerliche Repräsentanten vertreten sein sollte. Eine Bevölkerung mit gebildeten Klassen, die dem Pflichtgefühl für ihre Nachbarschaft entwöhnt seien, könne dagegen „unmöglich das Material für einen freien Staat bilden“<sup>74</sup>. Ein zentrales Mittel gegen ein solches „Versinken in französische und moderne englische Zustände“ sei – so Gneist – die Militärpflicht, die dem einzelnen Bürger entsprechende Lebensanschauungen und Gewohnheiten anerzähle, welche dann wieder dem Gemeinwesen zugute kämen.

#### IV

Die bisherigen Ausführungen legen möglicherweise den falschen Schluß nahe, daß bei den Antworten auf die Herausforderungen des Pauperismus zwischen England und Deutschland eine Einbahnstraße gefahren worden sei. Dies trifft jedoch allenfalls

<sup>70</sup> Zit. nach *Hollenberg*, *Englisches Interesse*, 226.

<sup>71</sup> *Loch*, in: *Reports on the Elberfeld Poor Law System*, 95.

<sup>72</sup> Vgl. etwa die Motive Wilhelms II. zur Einladung zu einer Internationalen Arbeiterschuttkonferenz im März 1890 in Berlin, dokumentiert bei *Georg Frbr. von Eppstein*, *Fürst Bismarcks Entlassung* (Berlin 1920) 168 ff.

<sup>73</sup> Gneist an Rodbertus, 28. 1. 1860 (s. Anm. 28).

<sup>74</sup> Ebd.; zu Gneists eigenwilliger Rezeption und Beurteilung englischer Vorbilder s. auch *Heffter*, *Selbstverwaltung*, 379 ff.

auf einen Teil der entsprechenden bürgerlichen Initiativen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zu, von denen die Organisation der Außenarmenpflege nach dem Elberfelder System die am meisten ins Auge fallende war<sup>75</sup>. Ein in diesem Zusammenhang bisher kaum analysiertes Phänomen besteht jedoch darin, daß es in Preußen/Deutschland seit dem Vormärz einen sich betont von der Armenpflege und Wohltätigkeit abgrenzenden zweiten bedeutsamen Bereich bürgerlich-sozialen Engagements gab, nämlich den der bürgerlichen Sozialreform. Bereits im Jahre 1846 hatte Karl Biedermann als einer der ersten in einer Artikelserie diesen typisch deutschen Unterschied herausgearbeitet und die Reformbestrebungen im Bereich der Armenpflege, die nur die „äußerlichsten Wirkungen und Symptome“ der Not lindern wollten, ohne deren gesellschaftliche Ursachen zu untersuchen und zu beheben, den Zielen eines „praktischen Sozialismus“ gegenübergestellt, dessen Bemühen bei der „wirklichen Abhilfe gesellschaftlicher Mißverhältnisse“ ansetze<sup>76</sup>. Nicht zufällig haben Marx und Engels diesen Zweig bürgerlicher Sozialpolitik im Kommunistischen Manifest ironisch als „Bourgeoisozialismus“ bezeichnet<sup>77</sup>.

Ein genaueres Eingehen auf Details der Entstehung und Entwicklung der bürgerlichen Sozialreform in Preußen/Deutschland kann hier unterbleiben<sup>78</sup>; von zentraler Bedeutung im Rahmen unseres Themas sind jedoch zwei Aspekte: zum einen das deutlich andere Selbstverständnis der Sozialreformer, die sich selbst auch gerne als „Arbeiterfreunde“ bezeichneten, im Vergleich zu den Philanthropen, das auch zu einem anderen Blick auf die englischen Verhältnisse führte; zum anderen die Tatsache, daß der englische Begriff „social reform“ offenbar die erwähnte Unterscheidung nicht kennt und dementsprechend erheblich offener und vager ist. Das „key concept“ der Sozialreform – so John Roach in seinem Buch über die englische Sozialreform 1780–1880 – sei „welfare as opposed to power, which is characteristic of the political, or wealth, which is characteristic of the economic domain“<sup>79</sup>. Sozialreform beziehe sich daher auf „changes in the everyday conditions of life of human beings“. In diesem Kontext wird nachvollziehbar, weshalb das, was in England unter Sozialreform verstanden wird, ein bevorzugtes Betätigungsfeld für Philanthropen aller Art war, für die das Ziel einer Gesellschaftsveränderung weit hinter der Veränderung des Individuums und seiner jeweiligen Lebensverhältnisse zurücktrat. Dagegen läßt sich die deutsche Sozialreform zugespitzt als Bestreben definieren, nach einem bestimmten gesellschaft-

<sup>75</sup> In der Anstaltsarmenpflege („in-door-relief“) war es eher umgekehrt; hier lobten deutsche Beobachter das englische Arbeitshausprinzip; s. dazu *Rose*, *Krise der Armenfürsorge*, 75, der sich auf das Buch von *P. F. Aschrott* „Das Englische Armenwesen“ (Leipzig 1886) bezieht. Vgl. auch bereits *D. H. Meier*, Großbritannien, in: *Emminghaus*, *Armenwesen*, 494–566, sowie *Münsterberg*, *Armengesetzgebung*, 518 ff.

<sup>76</sup> *Karl Biedermann*, *Sozialistische Bestrebungen in Deutschland*, in: *ders.* (Hrsg.), *Unsere Gegenwart und Zukunft*, 1. Bd. (Leipzig 1846) 207.

<sup>77</sup> MEW, Bd. 4, 488.

<sup>78</sup> S. dazu ausführlich die Habilitationsschrift des *Verf.*, *Sozialer Frieden durch soziale Reform*. Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in der Frühindustrialisierung (Wuppertal 1983).

<sup>79</sup> *Roach*, *Social Reform*, 13.

lichen Leitbild die bestehenden sozioökonomischen Strukturen zu verändern – dies mit dem Ziel, vorhandene Ungleichgewichte zwischen gesellschaftlichen Gruppen auszugleichen, um so das soziale Gefüge als ganzes neu zu stabilisieren. Reformen dienten expressis verbis seit den Stein-Hardenbergischen Reformen um 1810 das ganze 19. Jahrhundert hindurch immer wieder als „von oben“ eingesetztes Mittel zur Entschärfung revolutionären Potentials nach dem Motto: „Nichts ist konservativer als das Prinzip der Reform, und nichts leistet revolutionären Bestrebungen mehr Vor-schub als das blinde Festhalten am Alten.“<sup>80</sup> Vergleichbare bürgerliche Organisationen, die dieses Konzept vertraten, wie in Deutschland der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen, später der Verein für Socialpolitik und die Gesellschaft für Soziale Reform, hat es offenbar in dieser Form für lange Zeit in England nicht gegeben<sup>81</sup>.

Zur Klarstellung seiner Position stellte der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen aus der Rückschau des Jahres 1876 auf seine nun über dreißigjährige Geschichte fest, mit der Armenpflege und Wohltätigkeit habe sich sein „Wirkungskreis ... nur in gewissen Grenzpositionen“ berührt. Er habe sein Programm nicht auf die Bedürftigen ausgerichtet, sondern auf den Arbeiterstand, bzw. auf dessen „innere und äußere Hebung“, um „die *Quellen* der Armut nach Möglichkeit zu verstopfen“<sup>82</sup>. Insofern reklamierte auch er wie die bürgerliche Philanthropie für sich „wahren Bürgersinn“ und „werktätige Menschenliebe“ als Ausgangsmotive seines Handelns<sup>83</sup>. Daß er mit seinem Konzept jedoch sowohl quer zur sich in Deutschland seit den 1850er Jahren reformierenden Armenpflege als auch zu internationalen Bestrebungen lag, merkten seine führenden Männer, allen voran sein Vorsitzender Wilhelm Adolf Lette, besonders ausgeprägt im Jahre 1857 anlässlich des 2. Internationalen Wohltätigkeitskongresses (Congrès international de bienfaisance) in Frankfurt/Main. Während Personen wie Johann Hinrich Wichern, der durch Otto von Gerlachs Übersetzung mit den Schriften Thomas Chalmers' vertraut war und sich häufig auf ihn bezogen hat<sup>84</sup>, und vor allem die belgischen und französischen Delegierten die Verbesserung der Armenpflege als das zentrale Mittel zur Lösung der sozialen Frage verteidigten und bei der Mehrheit der Kongreßteilnehmer Unterstützung fanden<sup>85</sup>, versuchten die anwesenden

<sup>80</sup> C.F.G., Der Pauperismus und dessen Bekämpfung durch eine bessere Regelung der Arbeitsverhältnisse, in: Deutsche Vierteljahrs Schrift, Jg. 1844, 3. Heft, 323. Vgl. auch die Feststellung Wilhelms II. in der Kronratssitzung vom 24. 1. 1890, „fast alle Revolutionen (seien) aus der Versäumnisß rechtzeitiger Reformen“ entstanden (zit. nach *Eppstein*, Fürst Bismarcks Entlassung, 159).

<sup>81</sup> S. dazu *Hollenberg*, Englisches Interesse, 232 f., der über Versuche um 1890 z. B. von William Harbutt Dawson berichtet, nach deutschem Vorbild „Kathedersozialisten“ bzw. Anhänger eines Staatssozialismus zu sammeln.

<sup>82</sup> Der Arbeiterfreund, 14. Jg. (1876) 117.

<sup>83</sup> Ebd., 152.

<sup>84</sup> S. *Wichern*, Sämtliche Werke, Bd. 1, 407, und Bd. 3/1, 31.

<sup>85</sup> Vgl. dazu *Volker Hentschel*, Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongreß 1858 bis 1885 (Stuttgart 1975) 31 f., sowie *Toni Offermann*, Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863 (Bonn 1979) 169 f.

deutschen Sozialreformer wie Wilhelm Adolf Lette, Hermann Schulze-Delitzsch und Victor Böhmert diesem Konzept das Prinzip „Hilfe durch Selbsthilfe“ entgegensetzen und die Genossenschaftsidee zu propagieren. Weil sie damit nicht durchdrangen und ihr Aufruf zur Erforschung der Ursachen der Armut und zur gezielten Verbreitung von Kenntnissen über die volkswirtschaftlichen Gesetze ohne Resonanz blieb, gründeten sie anschließend unter zunächst starker Beteiligung des Centralvereins den Volkswirtschaftlichen Kongreß, der für ein gutes Jahrzehnt einerseits die sog. „Freihandelspartei“ repräsentierte und ihre ökonomischen Vorstellungen propagierte und andererseits in seinen Anfangsjahren das Assoziationswesen als wichtigstes Mittel gegen die drohende Proletarisierung der Arbeiter und des unteren Mittelstandes zu verbreiten suchte<sup>86</sup>.

Für die spezifisch deutsche sozialreformerische Blickrichtung sind die Frankfurter Ausführungen Lettes, der auf dem Wohltätigkeitskongreß die Aufgabe des Berichtstatters über den „Zustand der Arbeiter- und Armenbevölkerung im Preußischen Staat“ übernommen hatte, besonders aufschlußreich<sup>87</sup>. Lette hob hervor, daß Einrichtungen und Vereine für die arbeitenden Klassen in England „aus der eigenen freien Kraft der Nation hervorgegangen“ seien – er spielte dabei offenbar auf die friendly societies an –, während die Begründung und Ausgestaltung solcher Vereine in Deutschland „ganz oder teilweise“ auf dem „Patrocinium“ der höheren Klassen beruhten<sup>88</sup>. Diese seien vornehmlich dazu berufen, den „Assoziationsgeist“ in den unteren Klassen zu erwecken und zur Blüte zu führen. Ein solches Ziel könne jedoch nur erreicht werden, wenn die Regierungen darauf verzichteten, „von oben her die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse der Völker polizeimäßig bevormundend regeln zu wollen“. Aus diesem Blickwinkel erschien nun allerdings eine Reihe englischer sozialer Innovationen nachahmenswert, die freilich nicht einfach übertragen, sondern vorher in spezifischer Weise auf die deutschen Verhältnisse zugeschnitten werden mußten. Dabei kam vor allem die Übertragung von Elementen der friendly societies und cooperative societies in Betracht, wenngleich deren zentrales Strukturprinzip, Selbsthilfeinstitutionen der Arbeiter mit einer allenfalls geringen Beteiligung von Bürgern zu sein, abgelehnt wurde<sup>89</sup>. Eine solche Separation in klassenspezifische Organisationen, die tendenziell auch als Kampfmittel gegen die Arbeitgeber genutzt werden konnten, widersprach dem klassenübergreifenden Harmoniedenken der Sozialreformer ebenso wie der erwähnten Vorstellung von einem bürgerlichen „Patrocinium“. Zudem war das System der englischen friendly societies viel zu zersplittert und unüberschaubar, als daß es den in hierarchischen Strukturen denkenden deutschen Beobachtern hätte zusagen können.

Von bürgerlichen „Arbeiterfreunden“ zumindest in der Anfangsphase gelenkte Assoziationen in Form von Konsumvereinen, Kredit- und Wohnungsbaugenossenschaf-

<sup>86</sup> Hentschel, Freihändler, 43 f.

<sup>87</sup> Lettes Bericht ist abgedruckt in den Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, Bd. 5 (1855/58), Faksimile-Ausgabe (Hagen 1980) (2783)–(2853).

<sup>88</sup> Ebd., (2823).

<sup>89</sup> Ebd.

ten, aber auch genossenschaftlich organisierte Bade- und Waschanstalten für Arbeiter schienen jedoch höchst aussichtsreiche Mittel zu sein, um der Proletarisierung der Arbeiter und des unteren Mittelstandes vorzubeugen. Entsprechend war der Einfluß, den die englischen cooperative societies auf die Entstehung der deutschen Genossenschaftsbewegung in den 1850er Jahren ausgeübt haben, sehr groß, wie sich besonders an Victor Aimé Huber zeigen läßt<sup>90</sup>. An der Propagierung solcher Ideen wie auch an der Unterstützung ihrer Umsetzung in die Praxis war der Centralverein intensiv beteiligt; er stellte nach 1850 das wichtigste Forum dar, auf dem die englischen Experimente erörtert wurden.

Da trotz aller Begrenztheiten ihres Blicks und ideologischen Befangenheiten den bürgerlichen Sozialreformern in Deutschland nicht abgesprochen werden kann, daß sie – im Gegensatz zu den auf den Ausbau der Armenpflege ausgerichteten Philanthropen – wenigstens im Ansatz die gesellschaftliche Problematik der Arbeiterfrage erkannt hatten, fiel ihr Blick schon früh auch auf die Notwendigkeit, Konfliktpotentiale im betrieblichen Raum und auf dem Arbeitsmarkt abzubauen. Anfänge – wenn auch noch recht bescheidene – einer industriellen Mitbestimmung im Rahmen sogenannter „Gewerbs-Genossenschaften“<sup>91</sup>, Überlegungen zu einer Arbeitergewinnbeteiligung<sup>92</sup>, die Propagierung von Gewerbeberichten und Einigungsämtern unter Beteiligung von Arbeitern, später – in den 1860er Jahren – die mit vielen Wens und Abers zustandgekommene Bereitschaft, auch eigenständige Arbeiterkoalitionen und unter bestimmten Bedingungen Streiks zu akzeptieren<sup>93</sup>, und schließlich die Unterstützung des Tarifvertragsgedankens seit Beginn der 1870er Jahre belegen, daß das Engagement der deutschen Sozialreformer tatsächlich weit über die philanthropische Wohltätigkeit des städtischen Bürgertums hinausging und ihre Organisationen – unter betonter Zurückstellung (partei)politischer Ambitionen – eher als bürgerlich-sozial-politische Interessenverbände zu kennzeichnen sind. So verglich sich der Centralverein in den 1850er Jahren bezeichnenderweise mit den englischen Gesellschaften, „deren patriotische Tätigkeit sich teils für die Volksbildung, teils für die einschlagende Gesetzgebung und Verwaltung ihres Landes vielfach nützlich gemacht (habe)“<sup>94</sup>. Seine Tätigkeit sollte freilich nicht – und hier lag der charakteristische Unterschied zu England – der statistischen und naturwissenschaftlichen Kenntniserweiterung und -vermittlung dienen, sondern dem gezielten Einwirken auf das „unendlich weite Gebiet“ der sozialen Frage.

<sup>90</sup> S. dazu *Jürgen Reulecke*, Englische Sozialpolitik um die Mitte des 19. Jahrhunderts im Urteil deutscher Sozialreformer, in: *Mommsen*, Entstehung, 40–56.

<sup>91</sup> Vgl. neben *Reulecke*, Sozialer Frieden, 192 ff., bes. auch *Hans Jürgen Teuteberg*, Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland (Tübingen 1971) bes. 94 ff.

<sup>92</sup> Dazu zuletzt *Ulrich Engelhardt*, „Verschmelzung der Interessen“ statt „unseliger Konflikte zwischen Kapital und Arbeit“? Zur Konfliktprophylaxe im frühindustriellen Betrieb ..., in: *AfS XXI* (1981) 97–178.

<sup>93</sup> Vgl. *Jürgen Reulecke*, Sozialer Konflikt und bürgerliche Sozialreform in der Frühindustrialisierung, in: *Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann* (Hrsg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung (München 1981) 237–252.

<sup>94</sup> Mittheilungen des Centralvereins, Bd. 2 (1850/51) (924).

Vor allem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts beobachteten die deutschen Sozialreformer die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in England und die vielfältigen Experimente, zu Formen eines „sozialen Friedens“ zu finden, höchst aufmerksam. Hier lief also die Straße der Erkenntnis in anderer Richtung als bei der Armenpflege, wie eine kaum noch zu überschauende Fülle an Schriften und Artikeln in Deutschland über englische Erfahrungen und Einrichtungen beweist. Dabei ragen die Darstellungen von Lujo Brentano über „Arbeitergilden der Gegenwart“ (1871/72), J. M. Baernreither über die „englischen Arbeiterverbände und ihr Recht“ (1886) und Gerhart von Schulze-Gaevernitz über die „sozialpolitische Erziehung des englischen Volkes“ (1890) besonders hervor<sup>95</sup>. Neben Einzelpersonen reisten vor allem nach der Jahrhundertwende offizielle und private Kommissionen zwischen beiden Ländern hin und her, um sozialpolitische und sozialreformerische Innovationen und deren Wirkungen auf die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft zu untersuchen<sup>96</sup>. So schickte beispielsweise 1905 die Gesellschaft für Soziale Reform eine Studienkommission zur Erforschung des „gewerblichen Einigungswesens“ nach England und Schottland, um Material für eine intensivere Propagierung des Tarifvertragswesens in Deutschland zu erhalten<sup>97</sup>.

## V

Bürgerlich-städtische Armenpflege und bürgerliche Sozialreform: Selbstverständlich erschöpfte sich bürgerlich-soziales Engagement in Deutschland nicht in diesen beiden unterschiedlichen Weisen der Reaktion auf die sozialen Herausforderungen des 19. Jahrhunderts. Die kirchlich-religiösen Initiativen fehlen in der Betrachtung zum Beispiel ebenso wie sozialpolitische Bestrebungen von Unternehmerseite. Doch lassen sich die meisten einschlägigen bürgerlichen Bestrebungen tendenziell jenen zwei Polen zuordnen, was mit Blick auf England in dieser Form offenbar nicht möglich ist. Außerdem sind in beiden Fällen die Verbindungslinien zwischen Deutschland und England besonders bemerkenswert.

Im Felde der Armenpflege lag der Unterschied zwischen den englischen und deutschen Formen des Eingreifens weniger im prinzipiellen Bereich als im methodisch-

<sup>95</sup> S. etwa die intensive Diskussion in Deutschland über die englischen friendly societies in dieser Zeit, dazu *Ritter*, Sozialversicherung, bes. 155, Anm. 12; vgl. auch *Dieter Krüger*, Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland (Göttingen 1983) bes. 29 ff.

<sup>96</sup> Ein besonders ausgefallenes Beispiel waren die englischen „tariff trippers“, drei im Jahre 1910 von der Tariff Reform League organisierte je zwölftägige Exkursionen englischer Arbeiter nach Deutschland mit insgesamt über 150 Teilnehmern, die die Lebensverhältnisse deutscher Arbeiter erkunden sollten; s. dazu *Hollenberg*, Englisches Interesse, 226; außerdem *Jürgen Reulecke*, Schwarzbrot und Pferdefleisch für deutsche Arbeiter? Nachforschungen englischer „tariff trippers“ im Frühjahr 1910 in Elberfeld und Barmen, in: *ders./Burkhard Dietz* (Hrsg.), Reisen im Bergischen Land II (Neustadt/Aisch 1984) 257–268.

<sup>97</sup> *Waldemar Zimmermann*, Gewerbliches Einigungswesen in England und Schottland (Jena 1906).

organisatorischen, wobei freilich wichtige Mentalitätsunterschiede zu beachten sind. Massive Sozialdisziplinierung mit dem Ziel der Unterdrückung der Armut und Reduzierung des finanziellen Aufwandes herrschte in beiden Ländern; die Existenzprobleme der Arbeiterklasse blieben so lange außer Betracht, wie der einzelne Arbeiter nicht der Armenpflege zur Last fiel. Trat dieser Fall ein, dann wurde zwischen dem Armen im herkömmlichen Sinn und dem bedürftigen, weil zum Beispiel arbeitslos gewordenen Arbeiter nicht unterschieden, sofern er nur arbeitswillig war. Während jedoch in Deutschland aufgrund spezifischer Traditionen und Einstellungen die städtischen Bürger als „Ehrenbeamte“ zu Erreichung des genannten Zieles eingesetzt werden konnten, mußte das englische Poor-Law-System von vornherein auf beamtete Armenpfleger zurückgreifen. Zu einer organisatorischen Verbindung zwischen der administrativen Tätigkeit der Obrigkeit und dem ehrenamtlichen bürgerlichen Handeln kam es deshalb in England nicht. In Deutschland war demgegenüber die Armenpflege ein Teil der von der Honoratiorenselbstverwaltung ausgebauten städtischen Daseinsvorsorge, die durchaus als Ausdruck spezifisch bürgerlichen Selbstbewußtseins und bürgerlicher Selbstgestaltungsleistung in Abgrenzung vom Staat erlebt wurde. Die städtische Leistungsverwaltung konnte deshalb mit einem anderen Verständnis in der jeweiligen stadtbürgerlichen Öffentlichkeit rechnen als in England. Das Elberfelder System war aus diesem Grunde in England letztlich nicht kopierbar, trotz der Impulse, die von ihm auf die Organisation der privaten Wohltätigkeit ausgingen.

Schwieriger zu erklären ist dagegen die Tatsache, daß es in England eine organisierte bürgerliche Sozialreform wie in Deutschland nicht gegeben hat. Aus einem Bündel möglicher Deutungen sei hier nur eine zur Diskussion gestellt, die mit der Nachzüglerrolle Deutschlands gegenüber England zusammenhängt. Die bürgerliche Sozialreform entstand in Deutschland bereits in einer Zeit, als das Objekt ihres Engagements, der „Arbeiter“, erst in wenigen Regionen und dort nur in geringer Zahl vorhanden war. Der Anlaß für die Entwicklung sozialreformerischer Bestrebungen war geradezu „Arbeiterbewegungen“, wie sie aus England und Frankreich schon bekannt waren, in Deutschland zu verhindern bzw. von vornherein in den Griff zu bekommen und die gerade erst entstehende Fabrikarbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft zu integrieren. Dahinter stand der optimistische Glaube an die Selbstheilungskräfte einer von „Gemeingeist“ geprägten Gesellschaft. Im Gegensatz zu England, wo die Arbeiterschaft von sich aus sehr früh Vereine und Selbsthilfeeinrichtungen schuf und ein in dieser Richtung kaum aktiv gewordenes Bürgertum vor vollendete Tatsachen stellte, fand die sich später konstituierende deutsche Arbeiterschaft bereits eine Fülle bürgerlich dominierter Angebote „zum Wohl der arbeitenden Klassen“ vor, die den englischen Selbsthilfeeinrichtungen durchaus formal ähnlich waren. Die selbständige Arbeiterbewegung mußte sich dementsprechend, um nicht ins bürgerliche Fahrwasser gezogen zu werden, betonter davon absetzen, als es in England nötig war. Das läßt sich an der Strategie sowohl der kurzlebigen „Arbeiterverbrüderung“ als auch der seit den 1860er Jahren entstehenden sozialistischen Arbeiterbewegung zeigen. Die oft zitierte „Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“ (Gustav Mayer) hatte gerade auch etwas mit dieser Konstellation zu tun.

Das anfängliche Handeln der deutschen Sozialreformer bezog jedenfalls seinen

Hauptimpuls aus der Absicht, vom Pionier England lernen zu wollen und in England gemachte Fehler nicht zu wiederholen. Abgesehen von der schließlich doch nicht beeinflussbaren Entwicklung hin zur Klassengesellschaft führten der geringe Spielraum, den der Staat den liberalen Sozialreformern in der Reaktionszeit ließ, ihre Fehleinschätzungen in bezug auf die eigenen Wirkungsmöglichkeiten und den Charakter der entstehenden Arbeiterbewegung, ihre zögerliche Bereitschaft, selbständige Arbeiterorganisationen zu akzeptieren und den bürgerlichen Patronatsanspruch aufzugeben, zudem ihre letztlich doch relativ geringe Resonanz in der bürgerlichen Öffentlichkeit u. ä. dazu, daß sich die Sozialreformer schließlich in eine Vermittlungs- und Mahnerrolle zwischen den Klassenkontrahenten gedrängt sahen. Diese – relativ undankbare – Funktion haben sie dann bewußt übernommen und gezielt auszubauen versucht. Hierbei spielte der Blick auf englische Erfahrungen erneut eine bedeutsame Rolle: Zwischen einzelnen englischen Unternehmern und ihren Arbeitern zur Erhaltung des „sozialen Friedens“ eingeführte Spielregeln wie die „industrial partnership“ des Fabrikanten Mundella, überhaupt alle Formen des gewerblichen Einigungswesens wurden immer wieder daraufhin untersucht, ob sie auch in Deutschland als harmoniestiftende Innovationen übernommen werden könnten.

Während in England das Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg insofern eine Zeit der Nachahmung des deutschen Vorbilds war, als jetzt unter Lloyd George ein umfangreiches sozialpolitisches Programm durch die Regierung, also nun auch „von oben“, durchgesetzt und die Poor-Law-Politik weitgehend überwunden wurde<sup>98</sup>, orientierten sich zu gleicher Zeit die deutschen Sozialreformer intensiv an englischen Vorbildern im Bereich des „social bargaining“ und richteten damit ihren Blick mehr auf die selbständige Regelung der Arbeitsverhältnisse „von unten“. Dabei ist es bis heute – trotz einiger neuerer Detailuntersuchungen – eine offene Frage, wie weit sie mit ihren vielfältigen Empfehlungen, Mahnungen und Vorleistungen Einfluß auf den reformistischen Trend in der sozialistischen Arbeiterbewegung genommen haben<sup>99</sup>. Unbestreitbar ist aber wohl, daß sie auf ihre Weise, wie Lloyd George mit seinen Beratern<sup>100</sup> auf die seine, in dieser Phase wichtige Impulsgeber, Ideenlieferanten und wohl auch Weichensteller für die Entstehung sozialstaatlichen Denkens waren.

Über diese Ein- und Zuordnungsversuche hinaus bietet sich abschließend noch ein weiterer an, der an die von Hans-Ulrich Wehler in seinem einleitenden Beitrag zum vorliegenden Band zur Diskussion gestellte Differenzierung des Bürgertums im 19. Jahrhundert anknüpft<sup>101</sup>. Wenn man den „quer“ zu den anderen Bürgerbegriffen lie-

<sup>98</sup> Ritter, Sozialversicherung, 83 ff.; s. auch das sehr positive Urteil Gustav Schmollers über die „großartige Reform“ in England, die den „definitiven Bruch mit den bisherigen manchesterlichen Grundsätzen Englands“ bedeute, zit. ebd. 96.

<sup>99</sup> Dazu Ursula Ratz, Sozialreform und Arbeiterschaft. Die „Gesellschaft für Soziale Reform“ und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Berlin 1980).

<sup>100</sup> Hier ist besonders William Harbutt Dawson zu nennen (dazu Hollenberg, Englisches Interesse, 230 ff., sowie Ritter, Sozialversicherung, 83), daneben W. J. Braithwaite (dazu H. N. Bunbury (Hrsg.), Lloyd George's Ambulance Wagon. The Memoirs of W. J. Braithwaite (London 1957).

<sup>101</sup> S. oben S. 1 ff.

genden „Staatsbürger“ einmal außer acht läßt, dann bietet sich die – sicherlich noch im einzelnen kritisch zu prüfende – These an, daß den übrigen drei typischen Erscheinungsformen des Bürgertums – Stadtbürgertum, Bildungsbürgertum und Unternehmerbourgeoisie – trotz verschiedener Überlappungen bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein eine jeweils typische Art der Reaktion auf die „soziale Frage“ bzw. „Arbeiterfrage“ zugeordnet werden kann – begründet durch eine jeweils eigene Wahrnehmung der sozialen Probleme, das jeweils eigene Gefühl eines Herausgefordertseins, ja einer Bedrohung, und das jeweils besondere Interesse an einer Problemlösung, das auch zum Entwurf jeweils spezifischer Problembewältigungsstrategien führte. Ob man darüber hinaus auch von jeweils typisch verlaufenden kollektiven Lernprozessen infolge der gruppeninternen Reflexion und Binnenkommunikation sprechen kann, sei dahingestellt.

Ausgehend von den Ergebnissen des vorliegenden Beitrags und zugegeben holzschnittartig auf Nenner gebracht, lassen sich folgende Zuordnungen zur Diskussion stellen:

1. Das Stadtbürgertum der expandierenden Gewerbestädte, die sich industriell überformten, erlebte bis weit über die Jahrhundertmitte hinaus die „Arbeiterfrage“ als wachsende Armut, d. h. als Bedrohung der lokalen Ordnung und finanziellen Stabilität. Es reagierte mit einem Rückgriff auf die Formen der traditionellen Armenpflege, die es jedoch in spezifischer Weise modernisierte: Rationalisierung, Individualisierung und zugleich Bürokratisierung dieses Instruments ermöglichten eine gezielte Sozialdisziplinierung und zugleich eine erhebliche Senkung des Armenetats. Das System war auch insofern modern, als es die massive Gewalt, d. h. die Einweisung ins „Korrekthaus“, im Gegensatz zu England jetzt nur noch als ultima ratio setzte und zunächst einmal den Weg der „violence douce“ (Bourdieu) ging<sup>102</sup>. Hier lag ein besonderer Reiz, den das Elberfelder System z. B. auf englische Philanthropen ausübte. Dieser Weg wurde als „Hilfe von Mensch zu Mensch“ und als „kommunale Bürgerpflicht“ ideologisch begründet. Es ging um eine massive Außenlenkung der Verarmten, um sie mittels eines ausgeprägten Arbeitsethos' so schnell wie möglich wieder aus dem entehrenden und zugleich die Stadtkasse belastenden Zustand der Hilfsbedürftigkeit heraufzubringen. Der einzelne ehrenamtliche Armenpfleger übernahm dabei dem Armen gegenüber eine quasi offizielle Funktion; er trat an die Stelle der ehemaligen Armenpolizei. Im Gegensatz zu England war er kein Verwaltungsbeamter, sondern sogenannter „Ehrenbeamter“; er entstammte in den allermeisten Fällen der städtischen Honoratiorenschicht, die stadtbezogen agierte, ihren gesamten ökonomischen und gesellschaftlichen Wirkungskreis in erster Linie in ihrer Stadt hatte und nicht mit den englischen Landlords und Country Gentlemen zu vergleichen ist, die das Heft in den Städten zwar ökonomisch in der Hand hatten, aber meist gar nicht in der Stadt wohnten und sich für die sozialen Probleme des Gemeinwesens deshalb auch nicht verant-

<sup>102</sup> Dieser Interpretationsansatz findet sich bei *Bernd Weisbrod*, Wohltätigkeit und „symbolische Gewalt“ in der Frühindustrialisierung. Städtische Armut und Armenpolitik im Wuppertal, in: *Mommesen/Schulze*, Elend der Handarbeit, 334–357.

wortlich fühlten. Ein Stadtbürgertum mit einer solch ausgeprägten ideologischen Selbsteinschätzung wie in Deutschland gab es in England in dieser Art nicht<sup>103</sup>.

2. Die typische Reaktion des Bildungsbürgertums, besonders der liberalen höheren Beamten auf die Arbeiterfrage endete dagegen – schon aufgrund der größeren Mobilität und des ganz anderen Identifikations- und Handlungsraumes dieser Kreise – nicht an irgendwelchen Stadtgrenzen. Sie erlebten die Bedrohung durch den Pauperismus als gesamtsystemische Bedrohung, der entsprechend zu begegnen war. Aus diesen Kreisen rekrutierten sich vorwiegend die bürgerlichen Sozialreformer. Ihr erster Ansatz im Vormärz und in der Revolution 1848/49 ging noch davon aus, eine hierarchisch organisierte Vereinsstruktur zu bilden, innerhalb der auf der lokalen Ebene selbständige Lokalvereine für das Wohl der arbeitenden Klassen mit den städtischen Armenpflegeinstitutionen zusammenarbeiten, auf Dauer das Armenwesen aber weitgehend überflüssig machen sollten, weil man die eigentlichen Wurzeln und nicht bloß die Symptome der Massenverarmung bekämpfen wollte. Das angestrebte Zusammenspiel kam aber nicht zustande<sup>104</sup>. Seit den 1850er Jahren stand der zunehmend bildungsbürgerlich dominierte sozialreformerische Centralverein ohne lokale Basis neben der stadtbürgerlich orientierten, nach dem Elberfelder System erneuerten kommunalen Armenpflege. Der sozialreformerische Lösungsansatz ging im Gegensatz zur Armenpflege von der Devise „Hilfe zur Selbsthilfe“ aus und betonte seit Anfang der 1850er Jahre in besonderer Weise den Bildungsgedanken – dies nicht mehr im Sinne allgemeiner Emanzipation, sondern der Ausbildung und Weiterbildung der Arbeiter in Richtung auf die Vergrößerung ihrer Chance, auf diese Weise zu einer auskömmlichen „bürgerlichen Stellung“ zu kommen. D.h. es ging hier nicht um Außenlenkung, abgesehen von einer Übergangsphase unter dem „Patrocinium“ der Sozialreformer, sondern um eine Innenlenkung des Arbeiters durch die Internalisierung des bürgerlichen Wertesystems. Dieser bildungsbürgerliche Patronatsgedanke ist in England in dieser Weise offenbar nicht zu finden. Die deutschen Sozialreformer sahen im Gegensatz zum Stadtbürgertum durchaus im Ansatz die Entstehung der Fabrikarbeiterklasse, bemühten sich aber intensiv darum, den Auseinanderfall der Gesamtgesellschaft in eine Zweiklassengesellschaft zu verhindern und zu diesem Zweck auch Strategien zur Absicherung des unteren Mittelstandes zu entwickeln.

3. Formen des unternehmerischen sozialpolitischen Handelns, d.h. der Reaktion der Großbourgeoisie auf die sozialen Herausforderungen werden im vorliegenden

<sup>103</sup> Ich verdanke *John Breuilly* den Hinweis, daß es de facto durch verschiedene Gesetze aus den 1830er Jahren, bes. das *Municipal Corporations Act* von 1835, durchaus in englischen Städten zur Entstehung eines selbstbewußten Stadtbürgertums kam. Allerdings dominierten gegenüber diesen „New Men“ auch weiterhin die Vertreter der „landed aristocracy“; s. dazu ausführlich *David Eversley*, *Britain and Germany: Local Government in Perspective*, in: *Richard Rose* (Hrsg.), *The Management of Urban Change* (London 1974) 229–267, bes. 240 ff. Im vorliegenden Beitrag ging es allerdings in erster Linie um die unterschiedliche Selbsteinschätzung der ideologischen Basis des Stadtbürgertums als Ergebnis eines Vergleichs englischer und deutscher Verhältnisse durch Zeitgenossen.

<sup>104</sup> Diese Zusammenhänge werden bei *Reulecke*, *Sozialer Frieden*, ausführlicher dargestellt.

Band an anderer Stelle ausführlicher behandelt<sup>105</sup>. Hier nur so viel: Statt der Devisen „Hilfe von Mensch zu Mensch“ oder „Hilfe zur Selbsthilfe“ waren die betrieblich-sozialpolitischen Aktivitäten z. B. eines Krupp seit den 1850er Jahren letztlich von dem Kalkül „Hilfe zur Steigerung der Produktivität, des Betriebsfriedens und der betrieblichen Disziplin“ bestimmt. War anfangs das frühe Unternehmertum – meist, abgesehen etwa von Friedrich Harkort, aus dem Textilgewerbe stammend – durchaus aktiv an der Gründung des Centralvereins beteiligt gewesen, so verlor es nach der 1848er Revolution sein sozialreformerisches Interesse und überließ das Feld der Sozialreform dem Bildungsbürgertum, was sich dann besonders deutlich 1872 bei der Gründung der neuen sozialreformerischen Stoßkraft, des Vereins für Socialpolitik, zeigte. Das heißt, das eventuell vorhandene soziale Engagement des einzelnen industriellen Unternehmers blieb – mit nur sehr wenigen Ausnahmen – rein auf den eigenen Betrieb konzentriert und beschränkte sich, trotz eines möglicherweise ehrlichen christlich-sozialpatriarchalischen Verantwortungsgefühls für seine Arbeiter, durchweg auf „Wohltaten“ und Einrichtungen, die einen konkreten Nutzen für die Steigerung der Produktion versprachen.

Abschließend noch eine Bemerkung mit Blick auf die Kernfragen, um die es im vorliegenden Band insgesamt geht: Wenn man das von bürgerlichem Selbstbewußtsein getragene Stadtregiment in Deutschland mit seinen vielfältigen Kompensationsmöglichkeiten in „Komplementärfunktion“ zur oberen staatlichen Ebene sieht, so dürfte es zumindest hier schwer sein, die These von einem deutschen Defizit an Bürgerlichkeit undifferenziert aufrecht zu erhalten. Die Geschichte der städtischen Daseinsvorsorge und Leistungsverwaltung – und dazu gehört als einer der am frühesten mit angegangenen Tätigkeitsbereiche gerade die reorganisierte Armenpflege – zeigt m. E. eine im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung breit gefächerte, vielfältig aktiv werdende Bürgerlichkeit, die durchaus die moderne kapitalistische Industriegesellschaft von innen heraus entscheidend mitgeprägt und mitgestaltet hat. Der – gemessen an ihren weitgesteckten Zielen – geringe handfeste bzw. sofort sichtbare Erfolg der vorwiegend bildungsbürgerlichen Sozialreformer mag dagegen viel eher als ein Indiz für die Schwäche eines spezifischen Teils des Bürgertums, nämlich des sozial-liberalen Astes der liberalen Bewegung angesehen werden. Diese Schwäche ist aber nicht so sehr eine Frage des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert insgesamt, sondern in erster Linie ein Problem der Geschichte des Liberalismus in Deutschland.

<sup>105</sup> S. bes. die Beiträge von *Heinz Reif* und *Patrick Fridenson* im vorliegenden Band.



*John Breuilly*

Civil Society and the Labour Movement,  
Class Relations and the Law.  
A Comparison between Germany and England

1. Introduction

An historical study of law can be related to ideas about social and political structures, relationships between different social groups, and the attitudes and forms of organisation of specific groups. In this rather speculative paper I want to take up these issues as they relate to a comparison of the relationships between labour movements and middle class politics in mid-19th century Britain and Germany.

*(a) Law and social structure*

It is often assumed that the development of an industrial capitalist society based on free market principles tends to favour particular sorts of legal arrangements. First, there are the relationships within the market. The sanctity of private property and of contracts made between owners of private property implies a certain type of civil law which is distinct from criminal and public law<sup>1</sup>. The law is expected to provide a clear definition of what is public and what is private. One function of the state in the private sphere is to guarantee the proper operation of the law of contract and the inviolability of private property rights, but only indirectly by providing sanctions in the event of transgressions of civil law. It might also be argued that there can be no privileges within the sphere of civil law. People possess rights and obligations by virtue of the property they own, not by virtue of any quality appertaining to them as persons. Conservative critics might argue that certain types of property (such as land) should be treated in a special way within civil law, and marxists might argue that formal equality between owners of capital or land and owners of labour-power masks a real relationship of inequality and exploitation. But both criticisms frequently concede that capitalism tends to be accompanied by a certain type of formal legal structure relating to the definition of property and its accompanying rights and obligations. One might then use this formal legal structure as an ideal type, both for descriptive purposes but

<sup>1</sup> For links between law and society see *Franz Wieacker*, *Industriegesellschaft und Privatrechtsordnung* (Frankfurt/M. 1974) and *Dirk Blasius*, *Bürgerliches Recht und bürgerliche Identität*, in: *Vom Staat des Ancien Regimes zum modernen Parteienstaat: Festschrift für Theodor Schieder zu seinem 70. Geburtstag*, edited by *Helmut Berding* et al. (München/Wien, 1978) 213–224.

also as an outline of the state of affairs to which the legal structure of a competitive capitalist economy will 'naturally' tend. To the extent that this state of affairs is not realised one might look for particular factors to account for this 'unnatural' state of affairs. One might also argue that this unnatural situation will give rise to certain types of problems and tensions.

The definition of property rights and contracts as private implies a contrast with some other set of relationships and activities which is public. It is often argued that political rights and obligations in the public sphere will tend to be organised on similar lines to those of economic rights and obligations. First, one might argue that the growth of an industrial capitalist economy involved the decline in the power of pre-capitalist elites, above all a landed aristocracy, that had been expressed through a legal structure which formalised civil inequality between different classes of men. An attack on that power also involved an attack on that system of formal inequality. The catalogues of the rights of men and citizens drawn up from the late 18th century testify to this attack. Second, the fluidity of social movement in a free market economy makes it difficult, if not impossible, to establish formal inequality amongst men. Thirdly, the large and changing composition of those groups with some property and claim to influence makes it necessary to establish some system of representation if these groups are to express any sort of political will. Fourthly, in order to formulate such a political will it is necessary for such groups to have the capacity to articulate their views and to transmit these views in a politically organised form to state institutions. All this, it could be argued, favours the development of civil equality, political equality, the growth in power of representative institutions, and the emergence of a system of public opinion and political parties. Again it could be argued that this state of affairs be regarded as natural, and that the failure to move in this direction requires special explanation.

These arguments have a clear link to the 'Sonderweg' debate. It is sometimes argued that it was the 'failure' of Germany to proceed very far in these directions which helps account for certain features of modern German history. Of course, if one is simply making a value judgement this is not something about which one can argue. It is quite clear that the Third Reich 'failed' to be a liberal democracy, but then Roosevelt's America 'failed' to be a fascist state. The key issue is whether one can sustain the argument that competitive capitalism is closely bound up with formal equality between various types of property holders in the private sphere of civil law which largely regulates economic activities, and with civil and political equality in the public sphere of the state in which an elected parliament, political parties and a developed system of public opinion have a central role, and whether any lag in the development in one sphere in relation to the other sphere will create special sorts of problems.

*(b) Relationships between middle-class and working-class groups*

One argument that can be developed from (a) is that socio-economic groups that are the product of industrial capitalist development will favour the development of the private and public law arrangements conducive to that economic development. Movements for franchise reform, for greater powers for parliament, greater freedom of ex-

pression and organisation, and the removal of economic privilege normally embraced both middle and working class groups.

But equally one can point to tensions and disagreements between such groups. 19th century liberals were generally hostile to universal manhood suffrage even if they were usually opposed to any franchise based on personal privilege or membership of corporations. Furthermore, there were problems about granting formal equality in the private sphere of civil law between the owners of labour-power and other types of owners. Was organisation amongst workers for the purpose of negotiating the terms on which they sold their labour to be permitted or not, and did the regulation of such actions fall in the first instance within the sphere of civil or public law? Was the collective withdrawal of labour permitted? If it was, what restrictions were to be placed upon such a withdrawal and under which type of law should such restrictions be applied?

Clearly, the extent to which workers pressed for the vote and the right to form trade unions and to strike, and the extent to which middle class groups supported or opposed that pressure, would be of crucial importance for the relationships between the two groups. It can also help explain the degree to which legal change actually came about.

### *(c) Organisation and attitudes*

A legal structure does not only express the power and interests of various social groups and the social structure within which those groups are located. It can also shape the way in which groups organise and their attitudes. The inability to pursue an interest by legal means on the part of a group can have far-reaching consequences if and when that group turns to illegal forms of action. It can also affect how members of that group perceive law and the state which both produces and is defined by that law. Equally, law can encourage certain forms of action which will deeply influence the group in question and its attitude towards the law. Part of the effectiveness of law is based upon it being perceived as legitimate by the various, often unequally placed parties to which this law is applied. In turn, to preserve that legitimacy law must be seen as being actually, or at least potentially, above any of the parties involved.

These introductory remarks indicate the form the paper will take. I will examine certain economic and political rights which could lead to conflict or cooperation between middle and working class groups. These are the rights to vote, to form a trade union, and to strike. After a brief background section which simply sketches out how far these rights were realised in Britain (mainly England) and Germany (mainly Prussia) I will raise the following issues.

1. What were middle class attitudes towards these rights and to possible changes which could be made to them?
2. What effect did the legal state of affairs have upon the organisation and attitudes of working class groups? In particular, what effects did this state of affairs and any demands for alterations in this state of affairs, have upon relations between the labour movement and the middle classes?
3. According to how we answer these questions, what light do those answers throw upon the 'Sonderweg' debate?

I will look briefly at the situation in England from about 1832 to 1848 and in Germany just before and during the 1848 revolution. In these periods certain sorts of organisations, demands, attitudes, and relationships developed which would shape subsequent developments. But the main focus will be on the period c.1860–75. In this period significant progress was made in both countries so far as the rights to vote, to form trade unions, and to strike were concerned. But the progress took very different forms in very different contexts and was associated with very different relationships between the emergent labour movement and middle class politics. By singling out the legal aspects of these issues I hope to show the degree to which law is much more than the expression of certain social interests or structures but can actually shape the way in which interests are perceived, expressed and pursued. I will argue that one has to see law as having an influence its own right and not just as a function of social change, economic interest or political power. What is of especial importance is the contrast between the system of common and statute law in England and of administrative law and comprehensive legal codes in Germany and the different ways in which the labour movement actually participated in the law making process in the two countries<sup>2</sup>.

## 2. The legal background

The mere existence of a decree, a legal code, a statute, or an established body of case law does not automatically tell us what practical importance a particular law has. Laws are complex, diffuse, ambiguous and often theoretically contradictory. Police and court

<sup>2</sup> It was suggested, for example by Gerhard A. Ritter in his commentary on my paper, that as Germany was lagging behind Britain it might have been more useful to compare a later period in Germany, for example, 1875–1914, with this period in Britain. Of course, the notion of lagging implies a common set of stages through which both countries go and also involves defining these stages. In any case, the selection of periods to compare depends upon the questions one wishes to raise and the ways one sets about answering them. If the questions were about the part played by a mass labour movement in an industrial society, then the later period for Germany might be appropriate (but one might actually have to take that same period for Britain). My question was about certain types of legal change and the political relationships between worker and bourgeois political movements at the time these legal changes came about. For that purpose the same period was the most appropriate to select for comparison.

It was also noted, particularly by Jürgen Kocka, that I did not deal directly with the issue of 'Klassenbildung' in this essay. Again, I would stress that my starting point was a political-legal one and in a short paper one could not go on to look at other large questions. I do touch upon some of the economic factors that relate to these political-legal questions, but only in passing. I have considered these issues at greater length in two other articles: *Liberalismus oder Sozialdemokratie? Ein Vergleich der britischen und deutschen politischen Arbeiterbewegung zwischen 1850 und 1875*, in: *Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert*, edited by Jürgen Kocka (Göttingen, 1983) 129–166; im folgenden zitiert: *Breuilly*, *Liberalismus/Sozialdemokratie*; and *Arbeiteraristokratie in Großbritannien und Deutschland. Ein Vergleich*, in: *Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert*, edited by Ulrich Engelhardt (Stuttgart, 1984) 497–527; im folgenden zitiert: *Breuilly*, *Arbeiteraristokratie and Engelhardt*, *Handwerker*.

practice cannot be deduced from the letter of the law. A specific law also has to be placed within its legal – let alone any broader – context. For example, one can only understand the significance of the right to vote if one also knows what power the elected institution enjoys.

(a) *The right to vote*

I will consider the right to vote to state parliaments, provincial and urban institutions. Part of the argument of this paper is that working/middle class relationships were affected in important ways by institutions of local, urban government and the franchises on which these institutions were based.

(i) *Germany*

Before 1848 no state institutions were elected in Germany on the basis of an extensive franchise which might involve working class participation. Most state or provincial institutions were elected on the basis of fairly exclusive franchises involving distinctions between social estates. Only the lower chamber in Baden was based on a non-estate franchise though this was fairly exclusive. In addition these assemblies were largely consultative, although some had a limited power of approval of certain financial measures on the part of the state<sup>3</sup>.

In Prussia there were also elected town councils. The nature of these varied according to whether they were regulated under the 1808 or the 1831 ordinance or, as in the Rhinelands, under special arrangements. Only the 1808 ordinance allowed for an extensive franchise (leaving aside some very rare occurrences such as some urban elections which took place in the Rhinelands in the 1820s). This involved a distinction between citizens and residents, and only the economically independent amongst the citizens had the vote. But this did mean that certain types of artisans found in the early German labour movement did have the vote. The elected city assembly had only limited powers. Executive powers were vested in a mayor and councillors whose appointment by the assembly had to be approved by the state and who tended to be professional bureaucrats. Important powers such as the administration of the law and control of the police remained in the hands of the state<sup>4</sup>. The franchise under the 1831 ordinance was more 'modern' in that it removed the citizen/resident distinction but the financial conditions for having a vote were made more restrictive. Eventually in the 1840s Rhenish cities settled upon a franchise. This was quite exclusive, being confined to certain types of taxpayers who in turn were divided into three classes which each paid one-third of the tax assessments involved<sup>5</sup>.

<sup>3</sup> Generally for constitutional arrangements in the various states see *Ernst R. Huber*, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. II: *Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830 bis 1850* (Stuttgart, 1960); im folgenden zitiert *Huber*, *Verfassungsgeschichte II*.

<sup>4</sup> Though in practice, as is illustrated by the essay by *Haupt* published in this book, the city government might have a good deal of control over day-to-day policing.

<sup>5</sup> Generally on local government see *Heinrich Heffter*, *Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert* (Stuttgart, 21969). On the Rhinelands and the 3-class franchise see *Heinz Bober-*

The German and Prussian parliaments were elected on the same days and the same franchise in May 1848. This was in theory universal manhood suffrage although restrictions concerning residence and the definition of independence, coupled with the discretion given to local state officials, meant in practice something more limited. The influence of working class voters was also limited by the system of public ballot and two-stage elections which were involved<sup>6</sup>.

The imposed Prussian constitution of December 1848 and the proposed German constitution of May 1849 both envisaged a broad adult male franchise. The Prussian franchise was used just once in elections in early 1849. A coup by the monarchy then dissolved this parliament and proclaimed a new franchise based upon the Rhenish urban 3-class system of voting. However the franchise was now broadened to include all adult males. The ballot was public and elections were indirect. This franchise remained in force until 1918. It did mean that Prussian workers had the vote from 1849 onwards, although the vote was not worth a great deal and the lower chamber of the Prussian Parliament had only limited powers<sup>7</sup>.

The last significant change came with the establishment of the Reichstag of the North German Confederation. The franchise established was one of equal, universal, direct manhood suffrage by means of secret ballots exercised in single member constituencies. This franchise was taken over by the Imperial Reichstag established in 1871. However, the Reichstag had very limited powers<sup>8</sup>.

### (ii) England

The First Reform Act of 1832 established a uniform franchise for elections to the House of Commons for the first time. The franchise was different for counties and boroughs. A fairly high property requirement excluded workingmen from the vote. The electorate was about 0.8 million, perhaps one in six or seven of the adult males. The electorate expanded to perhaps 1.35 million by 1865, due to registration practice as well as increases in the number of qualified property holders. The Second Reform Act extended the vote to all householders as well as to certain types of lodgers in boroughs

*ach*, *Wahlrechtsfragen im Vormärz: Die Wahlrechtsanschauung im Rheinland 1815–1849 und die Entstehung des Dreiklassenwahlrechts* (Düsseldorf, 1959); im folgenden zitiert: *Boberach*, *Wahlrechtsfragen*.

<sup>6</sup> On the elections see *Theodor Hamerow*, *The Elections to the Frankfurt Parliament*, in: *Journal of Modern History* XXXIII (1961) 15–32; *Frank Eyck*, *The Frankfurt Parliament 1848–49* (London, 1968) chapter 3; *Konrad Repgen*, *Märzbewegung und Maiwahlen des Revolutionsjahres 1848 im Rheinland* (Bonn, 1955); *Donald J. Mattbeisen*, *Die Fraktionen der preußischen Nationalversammlung von 1848*, in: *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft*, edited by *Konrad A. Jarausch*, (Düsseldorf, 1976) 149ff.

<sup>7</sup> *Huber*, *Verfassungsgeschichte* II, chapters XI and XII. See also the accompanying volume of documents edited by *Huber*, *Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. I (Stuttgart, 1978) document nos. 108, 108a, 189–195; im folgenden zitiert: *Huber*, *Dokumente* I. For the Prussian constitution of 1850 see *Huber*, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*. Bd. III: *Bismarck und das Reich* (Stuttgart, 1963) chapter II; im folgenden zitiert: *Huber*, *Verfassungsgeschichte* III.

<sup>8</sup> *Huber*, *Verfassungsgeschichte* III, chapters XII and XIII.

and this nearly doubled the electorate to around 2.5 million in 1868. This gave the vote to better-off workingmen in urban constituencies. Until 1872 the ballot was public. The franchise was equal but complex. Thus in larger towns such as Birmingham and Manchester each voter had two votes, three people could be elected, and the voter could give both his votes to a single candidate. The House of Commons, of course, was a powerful body, the source of law, of the executive, and part of the highest court in the land<sup>9</sup>.

Until 1835 urban areas can be divided into those with and those without corporations. The corporations varied greatly in the level of participation and power. Parish and borough institutions of other sorts – vestries, special Improvement Commissions – were often elected on a quite extensive franchise. In 1819 and 1820 Acts established a weighted franchise which gave anything from one to six votes to ratepayers according to the amount of rates paid. This was used in some urban institutions and for elections to the Boards of Guardians established under the New Poor Law of 1834<sup>10</sup>.

The Municipal Corporations Act of 1835 swept aside the existing structure of urban corporations. In their place was established a system of elected councils with police and judicial powers. The franchise was in theory broader than that for parliament as it included all rate-payers, though in practice it was often more restricted than this. Many unincorporated towns soon turned themselves into corporations (for example, Manchester and Birmingham). Generally the councils extended their authority over other urban institutions such as Improvement Commissions and also expanded their functions into new fields such as sanitation and water supply. The franchise was also expanded in the 1850s by allowing tenants whose rents included a rate charge ('compound rate-payers') to vote. So by the end of our period many workingmen could vote for powerful institutions of urban government<sup>11</sup>.

### (iii) *General Points*

This bare background can support certain points. At the level of parliament after 1848 most Prussian workers had a formal right to vote but it did not mean much; most German male workers had the right to vote from 1867 and it meant a bit more. But workers had only been enfranchised along with all other lower class groups, above all in the countryside. No British workers had the right to vote until 1867; from then on a significant section of better-off workers had the right to vote, and this was a right of practical importance, partly because it was largely confined to this element of the lower classes until 1884.

<sup>9</sup> *J. A. Thomas*, *The System of Registration and the development of Party organisation 1832–1870*, in: *History* 35 (1950) 81–98. Generally see *The 19th Century Constitution 1815–1914: Documents and Commentary*, edited and with an introduction by *H. J. Hanham* (Cambridge, 1969), especially chapters 3 and 4.

<sup>10</sup> A useful introduction to these complex arrangements is *Derek Fraser*, *Power and Authority in the Victorian City* (Oxford, 1979); im folgenden zitiert: *Fraser*, *Power and Authority*.

<sup>11</sup> *Fraser*, *Power and Authority*. On the general trend of change as well as a number of case studies see *E. P. Hennock*, *Fit and Proper Persons: Ideal and Reality in 19th century urban government* (London, 1973); im folgenden zitiert: *Hennock*, *Urban Government*.

In towns Prussian workers largely lacked the right to vote. Many English workers had the right to vote for councils which were politically significant institutions by the end of our period. Again, this was largely something confined to urban areas which gave a special weight to that working class participation.

*(b) The rights to form trade unions and to strike*

*(i) England*

A complex variety of law affected these matters. Under common law workers could be prosecuted for taking part in illegal conspiracies acting in restraint of trade. This remained in force until 1875. A number of laws, collectively known as Masters and Servants laws, concerned breach of contract. The origins of these laws can be traced back to the 13th century although many restrictions fell away. The Elizabethan Statute of Artificers (1563) laid down punishments for leaving work unfinished. A number of statutes in the 18th century specified the offences and punishments for breach of contract in particular industries. These applied to outworkers as much as wage-labourers directly employed by masters. The major statute used in prosecutions in the 19th century was 4.Geo.IV.c34 (1823). Employers could be proceeded against under civil law for unfair dismissals or the failure to pay wages, although the obstacles in the way of workers who wished to pursue this course meant that it had little practical importance. Employees could be proceeded against under criminal law for leaving work before the time agreed or failing to produce goods which had been agreed upon. The notion of what was an agreement and, therefore, what was breach of contract, was interpreted broadly by many Justices of the Peace who could take summary action, often sitting alone in their private houses. Between 1858 and 1875 there was an average of 10,000 prosecutions per year under these laws. The laws were amended in minor ways in the 1850s and were finally removed from the statute book in 1875<sup>12</sup>.

Another set of laws are those known as the Combination Laws. In 1799, and in a moderated form in 1800, a whole host of specific statutes directed against combinations in particular industries were brought together under a single statute directed against workers' combinations only. The importance of these Acts is a matter of dispute. Some historians argue that prosecutions under the specific statutes remained more important than those under the Combination Act of 1800. In 1824 the Combination Acts were repealed and trade unionists were excluded from prosecutions for conspiracy under either common or statute law. This Act was repealed in 1825 and replaced with a law rather less favourable to workers. Workers retained rights of combination and collective bargaining in respect of wages and hours, but trade societies were again made subject to the common law of conspiracy in order to prevent criminal acts of intimidation and coercion. Trade unions were permitted but their practical powers were hedged about by many restrictions. In practice the treatment of combinations and strikes varied very much from one trade to another<sup>13</sup>.

<sup>12</sup> *Daphne Simon*, *Master and Servant*, in: *Democracy and the Labour Movement: essays in honour of Dora Torr*, edited by *John Saville* (London, 1954) 160–200; im folgenden zitiert: *Simon*, *Master and Servant*.

<sup>13</sup> *A. E. Musson*, *British Trade Unions 1800–1875* (London, 1962) chapter 3.

Workers could be prosecuted under other laws, such as the law concerning the administration of oaths which was used against the 'Tolpuddle Martyrs' in 1834. Workers also could (and still can) be prosecuted under laws concerning such things as behaviour likely to cause a breach of the peace or the uttering of threats<sup>14</sup>.

Further major legal changes came between 1867 and 1875. In 1867 the Masters and Servants laws were amended to establish greater equality between employers and employees. In 1871 the Trade Union Act recognised trade unions and, overturning the legal situation since a court decision of 1867 concerning the 1855 Friendly Societies Act, provided protection for the funds of registered unions. Also in 1871 the Criminal Law Amendment Act 'effectively endorsed existing law which made strikes liable to prosecution for intimidation, molestation and obstruction'<sup>15</sup>. Prosecutions of gas workers following a strike of 1872 also made it clear that the common law of conspiracy could also be used against workers. This Act was repealed in 1875 and replaced with the Conspiracy and Protection of Property Act which legalised peaceful picketing and removed the threat to prosecute actions taken in 'restraint of trade' under the common law of conspiracy. Now workers could only be prosecuted for intimidation and coercion, though this could be interpreted by police and courts in a very restrictive way. Also in 1875 the Employers and Workmens Act removed the remaining inequalities of Masters and Servants law (as well as establishing a more acceptable terminology) and made breach of contract a matter purely of civil law<sup>16</sup>.

## (ii) Germany

An Imperial law of 1731 provides us with an example from the 18th century of a very comprehensive law aimed at journeyman combinations, though this was of limited effectiveness<sup>17</sup>. More effective action was taken around 1800 by state govern-

<sup>14</sup> In the present (September, 1984) miners' strike in Britain, the police and courts are not using recent legislation dealing specifically with trade unions but rather provisions under the criminal law ('behaviour likely to cause a breach of the peace', 'obstructing the police', etc.) along with preventive measures such as interference with free movement and the setting of highly onerous bail conditions. This shows how important it is to show, as Haupt does in his essay, the actual practice of police and courts which cannot be deduced from the forms and content of law. For details of police and court practice see *Hugo Young*, The party of law and order that fears its own legislation, in: *The Guardian* (21 May 1984); *Tony Gifford* and *Louise Christian*, New sheriffs of Nottingham, in: *The Guardian* (9 July 1984).

<sup>15</sup> *E. H. Hunt*, *British Labour History 1815-1914* (London, 1981) 267; im folgenden zitiert: *Hunt*, *British Labour History*.

<sup>16</sup> *Hunt*, *British Labour History*, 264-271; *W. Hamish Fraser*, *Trade Unions and Society: the struggle for acceptance, 1850-1880* (London, 1974), especially chapter 8; im folgenden zitiert: *Fraser*, *Trade Unions*; *Kenneth D. Brown*, *Trade Unions and the Law*, in: *A History of British Industrial Relations, 1875-1914* (Brighton, 1982), especially 116-119.

<sup>17</sup> *Wolfgang Ritscher*, *Koalitionen und Koalitionsrecht in Deutschland bis zur Reichsgewerbeordnung* (Stuttgart/Berlin, 1917), especially part IV; *Mack Walker*, *German Home Towns: Community, State and General Estate 1648-1871* (London, 1971), especially chapter III, im folgenden zitiert: *Mack Walker*, *German Home Towns*. An appendix contains an English translation of the 1731 law (pp. 435-451); the German original can be found in *O. Mylius*, *Corpus Constitutionum Marchicarum* (Berlin, 1737-40) Part 5, 766-782.

ments. The Prussian Allgemeines Landes Recht (ALR) of 1794 made worker combinations illegal, though in rather general terms. A more specific ban on such combinations was presented in a law of 1798 and this was reiterated in a law of 1816. The German Bund passed a law in 1835 aimed against the movement of journeymen to foreign countries where workers' leagues had been established. A further law of 1840 was directed against all journeyman combinations. Combinations in the form of guilds had also been brought legally to an end with the abolition of guilds in Prussia. The Prussian Gewerbeordnung (GO) of 1845, in clauses 181–184, forbade combinations amongst employers or employees, as well as discussing, threatening or engaging in strike action. This was briefly set aside both in law and practice in 1848, but workers were already being prosecuted again under this law by 1849<sup>18</sup>.

Equally, if not more important than laws dealing specifically with workers' combinations and strike action were more general laws restricting freedom of assembly, organisation and expression. The Bund had passed laws of this sort in 1819 and the early 1830s<sup>19</sup>. In 1850 the Prussian government passed a law on associations which imposed tight restrictions upon and supervision over organisations concerned with public affairs. This was used by police and courts against worker combinations, especially after 1869<sup>20</sup>.

The GO of 1845 was set aside by the GO of 1869 for the North German Confederation. This code expressed a liberal economic philosophy which was applied to worker combinations. Under clause 152 all legal bans on combining to present wage demands were removed. Clause 153 placed severe restrictions on the means which could be used legally in the furtherance of a trade dispute<sup>21</sup>.

These were only the major laws. The legal situation was different in other states than Prussia. Some Bund laws after 1850 were concerned with banning particular or-

<sup>18</sup> On actions against journeyman combinations around 1800 see *Andreas Griessinger*, *Das symbolische Kapital der Ehre: Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert* (Frankfurt/M. 1981), especially chapter 5. For texts of the various laws mentioned see *Thomas Blanke*, et al. (eds), *Kollektives Arbeitsrecht: Quellentexte zur Geschichte des Arbeitsrechts in Deutschland, Bd. I: 1840–1932*, document no. 1 (Bund law of 1840) and no. 2 (Prussian Gewerbe-Ordnung of 1845); im folgenden zitiert: *Blanke*, *Arbeitsrecht*. For texts of other documents see *Huber*, *Dokumente I*, document no. 21 (Prussian law of 1798), 20 (Prussian law of 1816), and 49 (Bund law of 1835).

<sup>19</sup> *Huber*, *Dokumente I*, documents 31–33, 42–48.

<sup>20</sup> The relevant parts of the Prussian law of 1850 are in *Blanke*, *Arbeitsrecht*, document 10. For its use in 1850–51 see *Frolinde Balsler*, *Sozial-Demokratie 1848/49. Die erste deutsche Arbeiterorganisation "Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung" nach der Revolution*, 2 Bde. (Stuttgart, 1962); im folgenden zitiert: *Balsler*, *Sozial-Demokratie*. For legal repression in the 1850s see *Toni Offermann*, *Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863* (Bonn, 1979), especially 39–152; im folgenden zitiert: *Offermann*, *Arbeiterbewegung*. For use of state laws concerning association against trade unions after 1869 see *Willi Albrecht*, *Fachverein – Berufsgewerkschaft – Zentralverband: Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870–1890* (Bonn, 1982), especially 33–38.

<sup>21</sup> For the texts of these clauses see *Blanke*, *Arbeitsrecht*, document 21.

ganisations. Local regulations could be used by the police. For example, 'foreign' workers who were involved in strikes could be expelled from a town under bye-laws concerning residence and employment<sup>22</sup>.

(iii) *General points*

Again a few points can be made on the basis of this background information. In Britain by 1825 and in north Germany by 1869 trade unions were legally tolerated. But in both countries severe restrictions were placed upon strike action, both under the laws relating specifically to worker combinations and under more general laws. However, these general laws tended to be public law concerned with political associations in Germany, whereas in Britain they tended to be common law concerned with conspiracy and Master and Servant laws concerned with breach of contract. By 1875 trade unions in Britain had advanced to the position of being legally recognised (not just tolerated) organisations in possession of certain privileges. In Germany, by contrast, trade unions by 1875 were merely tolerated.

### 3. Middle class politics, the labour movement and the franchise

(a) *England*

Worker/middle class political alliances clearly played a major role in the extension of the franchise in Britain. Part of the pressure leading to the Reform Act of 1832 came from popular movements in towns such as London and Birmingham in which middle class radicals and politically active workers cooperated with one another<sup>23</sup>. But clearly many middle class groups did not want anything as extensive as universal adult male suffrage or even a more restricted franchise such as household suffrage. The Birmingham Political Union (BPU) for example, which played an important part in the agitation before 1832, largely lapsed in the few years after 1832 as much of its middle class leadership was satisfied with what had been obtained<sup>24</sup>. The middle class radicals pressing for further reform were only a minority amongst the MPs who formed the Whig-Radical majority in the House of Commons between 1832 and 1841. Furthermore that radical movement was itself divided. Some elements looked to 'modernisation' through measures of administrative centralisation such as that embodied in the Poor Law Act of 1834<sup>25</sup>. In some areas such measures of centralisation, coupled with

<sup>22</sup> For examples see *John Breuilly and Wieland Sachse, Joachim Friedrich Martens (1806–1877) und die deutsche Arbeiterbewegung* (Göttingen, 1984), especially chapter 8 which deals with such events in Hamburg in the 1850s; im folgenden zitiert: *Breuilly, Martens*.

<sup>23</sup> *Michael Brock, The Great Reform Act* (London, 1973).

<sup>24</sup> *Henock, Urban Government, Book I; Clive Behagg, An Alliance with the Middle Class: the Birmingham Political Union and early Chartism*, in: *The Chartist Experience*, edited by *James Epstein and Dorothy Thompson* (London, 1983) 59–86; im folgenden zitiert: *Epstein, Chartist Experience*.

<sup>25</sup> See *Samuel Finer, The life and times of Sir Edwin Chadwick* (London, 1952) for a study of one of the most important of the administrative reformers. See also *William Thomas, The Philoso-*

disillusionment with the 1832 Reform Act and the bourgeois gains made through measures such as the Municipal Corporations Act of 1835, led in fact to working class radical/Tory alliances<sup>26</sup>. This helps to explain some of the paradoxical features of the Chartist movement, especially in its earlier phases. One element of the Chartist demand was based on a long-standing political radical tradition. Another element may be called 'old constitutionalism' where Chartists objected to the restrictions on local authority and diversity which the municipal and poor law measures, as well as the attempts to create a uniform basis for policing arrangements, were seen to involve<sup>27</sup>. In part the new measures actually closed down the political system<sup>28</sup>. By the mid-1830s the political effectiveness of the right to petition parliament had been severely eroded<sup>29</sup>. The acts of 1819 and 1820 for local government institutions that weighted rate payers votes, as also applied to the Boards of Guardians charged with the administration of the Poor Law, actually removed opportunities for working class involvement in local government institutions<sup>30</sup>.

But the situation was very varied. In some places, for example Manchester, the shift of authority to the manufacturing interest led to a decline in interest in further political reform and a growing separation between the major middle class political groups and working class groups which could not be bridged by middle class radicals interested in further extensions of the franchise. On the other hand, in Leeds some Chartists were actually elected to the new council and were in a position to affect local politics<sup>31</sup>.

Another element in the Chartist movement was, of course, the increasing 'social radicalism' that from 1839 accompanied its political radicalism, old constitutionalism, and responses to the political changes of the 1830s. It was this as much as the formal issue of the vote which created middle class hostility to further franchise reform<sup>32</sup>.

phic Radicals: Nine Studies in Theory and Practice 1817–1841 (Oxford, 1979) and *James Hamburger*, Intellectuals in Politics: John Stuart Mill and the Philosophic Radicals (New Haven, 1965) for studies of the radicals.

<sup>26</sup> *Cecil Driver*, *Tory radical: the life of Richard Oastler* (New York, 1946); and *Michael Rose*, *The Anti-Poor Law Agitation*, in: *Popular Movements c.1830–1870*, edited by *John Ward* (London, 1970) 78–94.

<sup>27</sup> On resistance to police reform see *R. D. Storch*, *The Plague of Blue Locusts*, in: *International Review of Social History XX* (1975) Pt. I, 61–90. On forms of action and thought in Chartism related to 'old' constitutional ideas see *T. M. Parsinnen*, *Association, convention and anti-parliament in British radical politics, 1771–1848*, in: *English Historical Review LXXXVIII* (July 1973) no. CLLXLVIII, 504–533; im folgenden zitiert: *Parsinnen*, *Association*.

<sup>28</sup> See the example of Salford as analysed by *John Garrard*, *Leaders and politics in 19th century Salford: a historical analysis of urban political power* (Salford, 1976).

<sup>29</sup> *Colin Leys*, *Petitioning in the 19th and 20th centuries*, in: *Political Studies 3* (1955) 45–64.

<sup>30</sup> *John Foster*, *Class Struggle in the Industrial Revolution* (London, 1974) shows how a popular politics was expressed through old institutions such as the hustings and the vestry; im folgenden zitiert: *Foster*, *Class Struggle*.

<sup>31</sup> *Hennock*, *Urban Government*.

<sup>32</sup> For the most recent general consideration see *Dorothy Thompson*, *The Chartists* (London, 1984), especially chapter 10, *The Chartists and the Middle Class*; im folgenden zitiert: *Thompson*, *The Chartists*. On Chartist ideology see *Gareth Stedman Jones*, *Rethinking Chartism*, in his book:

The opportunities for middle and working class involvement in the reformed political system, both at national and urban levels, and the factors which led to the rise of the Chartist movement, also made possible mass political mobilisation amongst both classes in the 1840s. The parliamentary parties played a part in this – especially as they realised the importance of registration under the new parliamentary franchise, but a more important role was played by pressure groups, above all the Anti-Corn Law League and the Chartist movement. Much of this organisation was structured through the legal-political framework created through parliament: the mass platform, the petition to parliament, the application of pressure during elections<sup>33</sup>. In some constituencies the non-enfranchised could exert such pressure by, for example, the organisation of ‘exclusive dealing’ (buying only from shopkeepers and others if they voted for the favoured candidates)<sup>34</sup>. The Convention of 1838 organised by the Chartists, the idea of electing ‘People’s Attorneys’: all again point to a system which, even if it formally excluded activists in the labour movement from political participation actually allowed for informal forms of participation and positively shaped the forms and rhetoric of that participation<sup>35</sup>.

Also of importance was the linkage between urban and parliamentary affairs. Most of the laws which extended the authority of urban governments took the form of private bills passed by parliament in response to pressure from particular interests. Labour groups were often important elements in the pressure for such measures and then the operation of those measures<sup>36</sup>. Linked to this was the importance of continuing tensions between Whigs and radicals which never led to the breakdown of a loose two-party system, but placed these radicals in a key position between the majority of the Whig-Liberal party and the labour groups which remained organised. Of course these groups also had other common interests such as that which held Nonconformists together<sup>37</sup>. Finally, measures of centralisation and uniformity helped bind locally based movements that underpinned Chartism into a national political movement.

What is central to all this is that there were local/national and Whig/radical/labour linkages which allowed continuous participation of politically active workers even when formally excluded from the political system. Of course, especially after the dying down of mass political mobilisation that occurred during the high points of Chartism, the workers involved were overwhelmingly adult, skilled and male.

Languages of Class: Studies in English working class history 1832–1982 (Cambridge, 1983) 90–178.

<sup>33</sup> On the mass meeting see *John Belchem*, 1848: Feargus O’Connor and the Collapse of the Mass Platform, in: *Epstein*, Chartist Experience, 269–310.

<sup>34</sup> *Foster*, Class Struggle.

<sup>35</sup> *Parsinnen*, Association.

<sup>36</sup> Examples for Birmingham, Leeds and some other large towns are dealt with in *Henlock*, Urban Government. See also *Derek Fraser*, Urban Politics in Victorian England: the structure of politics in Victorian cities (Leicester, 1976); and *John Garrard*, Leadership and power in Victorian Industrial Towns, 1830–1880 (Manchester, 1983).

<sup>37</sup> *John Vincent*, The Formation of the Liberal Party, 1857–1868 (Harmondsworth, 1972). A key figure for an understanding of this relationship is John Bright. See the biography by *Keith Robbins*, John Bright (London, 1979).

There were all sorts of initiatives for further franchise reform between 1848 and the early 1860s. For various reasons, only one of which may be because it actually was true, a view was more widespread in the early 1860s that many workers could be trusted with the vote than was considered sensible in the 1830s and 1840s. This strengthened the pressure of the radical element of the Liberal Party for further franchise reform. There was also a quite well organised craft worker movement by the early 1860s which did not link its franchise demands to any socially radical platform<sup>38</sup>. These pressures, allied to competition between the two major parties, form the background to the Second Reform Act of 1867<sup>39</sup>.

That Act also led to a further development of the labour movement /Liberal party cooperation and the further adaptation of the two major parties to the problems of appealing to a large and heterogeneous electorate, especially in urban areas, which was beyond controls such as deference, bribery or intimidation. That cooperation was also based on shared concerns over education and religion (at that time very closely linked affairs) and the Irish question<sup>40</sup>. It was not closely related to the issue of trade union rights as I hope to show in the next section.

What this all means is that in the post-Chartist period the franchise came to be seen as a practical issue which was closely linked to existing political practice and the positive forms of participation on the part of labour groups. Middle class responses varied both in time and amongst different middle class groups. The labour interest was always no more than one interest amongst others and politically active workers were often linked to as well as separated from other social groups on other political issues. All this militated against any clear class perception of politics or any temptation to make franchise demands a central element in a general political doctrine aiming at sweeping transformation.

### (b) Germany

The situation was rather different in Germany. Before 1848 there was very little in the way of an organised labour movement and very little pressure for an extensive franchise for elections to parliaments or other elected institutions. Where discussions took place on the franchise issue, as for example in various meetings of the Provincial Diet of the Rhinelands one can note two things about these discussions. First, they generally envisaged a very restrictive or unequally weighted franchise established by means of a high property/income qualification. Second, much of the debate was highly

<sup>38</sup> On the work of the Reform League see *Royden Harrison, Before the Socialists: Studies in Labour and Politics, 1861–1881* (London, 1965); im folgenden zitiert: *Harrison, Before the Socialists*; and *F. M. Leventhal, Respectable Radical: George Howell and Victorian Working Class Politics* (London, 1971); im folgenden zitiert: *Leventhal, George Howell*.

<sup>39</sup> On the passing of this reform see *F. B. Smith, The Making of the Second Reform Bill* (Cambridge, 1966).

<sup>40</sup> For further details and references see *Breuilly, Liberalismus/Sozialdemokratie*. *Hennock, Urban Government* lays great stress upon the educational question in popular liberal politics in the 1860s and 1870s. Joseph Chamberlain moved from popular Birmingham politics to the national political arena on this issue.

theoretical, for example with proposals for corporation based franchises which were seen as more appropriate to modern conditions than the old social estate distinctions<sup>41</sup>. This is hardly surprising. Given the lack of lower class organisation and indeed the fears associated with the 'social question' one could hardly expect middle class liberals or even radicals to concern themselves much with the issue of mass voting. Given the impotence of elected institutions it was far more important for these groups to create the basic means which would enable them to act politically (freedom of expression, organisation and assembly) and to alter the rules governing access to institutions such as town councils in ways which would allow them to participate more effectively.

The brief shift to popular elections in 1848 was hardly the result of organised and focussed pressure from below for this. Rather it stemmed from the fear and uncertainty the breakdown of order in early 1848 had created. Insofar as lower class organisation developed in 1848 it did so less because of the franchise and the concern to influence parliaments, and more through taking advantage of the new freedoms to establish extra-parliamentary organisations. These built as much upon earlier traditions of trade societies and educational associations as they did upon any idea of election organisation<sup>42</sup>. The elected assemblies were looked on as 'once and for all' affairs, and people organised to influence the present assembly rather than to participate in further elections. There was no real sense of parliament being an institution of political participation, but rather as being an instrument for state reform<sup>43</sup>.

The reasons for the swift and relatively easy success of counter-revolution cannot be dealt with here<sup>44</sup>. What is important is to note that there was little defence of elected parliaments or democratic franchises as such, but rather of the paper constitutions of which these were a part<sup>45</sup>. The democratic franchise of the Imperial Constitution was the work of a radical minority, a price it exacted for its support for the kleindeutsch line. The pro-Prussian liberals never regarded it as sacrosanct and imagined it could always be a subject for negotiation between the Frankfurt Parliament and the Prussian state<sup>46</sup>. As for liberals in Prussia, they were a major source of the 3-class franchise of 1849. This franchise broke decisively with conservative traditions by abolishing the significance of social estate or landownership as criteria for political participation. It was a highly artificial franchise which had little positive meaning – rather it was a com-

<sup>41</sup> *Boberach*, Wahlrechtsfragen.

<sup>42</sup> For a convenient survey of the literature see *Wolfgang Schieder*, Die Rolle der deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848/49, in: *Ideen und Strukturen der deutschen Revolution 1848*, edited by *Wolfgang Klotzer* et al. (Frankfurt/M., 1974) 43 ff; im folgenden zitiert: *Schieder*, Die Rolle der Arbeiter.

<sup>43</sup> Generally on parliaments and parties in 1848 see the large, comprehensive work by *Manfred Botzenhart*, *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850* (Düsseldorf, 1977).

<sup>44</sup> *Theodor Hamerow*, 1848, in: *The Responsibility of Power*, edited by *Leonard Krieger* and *Fritz Stern* (New York, 1967) 144–161; and *Thomas Nipperdey*, *Deutsche Geschichte 1800–1866: Bürgerwelt und starker Staat* (Munich, 1983) chapter V, section 8; im folgenden zitiert: *Nipperdey*, *Deutsche Geschichte*.

<sup>45</sup> As shown in the 'second revolution' of May/June 1849. See *Christoph Klessmann*, *Zur Sozialgeschichte der Reichsverfassungskampagne von 1849*, in: *HZ* 218 (1974) 283–337.

<sup>46</sup> *Nipperdey*, *Deutsche Geschichte*, chapter V, section 6.

bination of negative motives (getting rid of the awkward lower chamber elected in early 1849) and symbolic gestures of goodwill to bourgeois interests<sup>47</sup>. Only by the late 1850s was it seen to have political consequences. This is fairly typical of franchise reforms in Germany; they were the causes rather than the effects of new forms of political participation and pressure.

Of course by the early 1860s this franchise did underpin the liberal majority in the Landtag. Furthermore, it was a form of universal manhood suffrage and the claim to popularity was an important element in the self-image and influence of the liberal movement<sup>48</sup>. Given that, the movement was open to pressure to take a more radical position on the franchise. But again this was more theoretical and symbolic than anything else. When the Progressive Party made the Imperial Constitution of 1849 its official objective it was not doing anything of practical significance: it would be a long time before anything like a German parliament would be established and one could adjust to political 'reality' by that time. More to the point was that the party did not energetically pursue franchise reform in Prussia itself<sup>49</sup>.

But equally it is not clear that the franchise was of major concern to the emergent labour movement. The bulk of the labour movement remained tied to the liberals up to the later 1860s despite their half-hearted and rather theoretical commitment to any sort of radical franchise reform. The demand for the vote was, of course, made a major element of the Lassallean programme. But it is important to note that Lassalle did not organise the party itself on the basis of representative democracy. Na'aman's argument that Lassalle had a quite different conception of democracy is persuasive<sup>50</sup>. The demand was taken up for agitational purposes. Even then it was not so much seen as having an agitational significance because it spoke to a long-standing tradition on the part of the labour movement or workers, but rather because it combined the virtues of simplicity with the idea of transformation. Lassalle's main concern was to find a demagogic platform which would break decisively with liberalism and at the same time attract masses of hitherto unorganised and inactive workers into a political organisation. The franchise demand alone would not achieve this so it had to be coupled with a socially radical demand (state aided producers' cooperatives) which, rather like the social radicalism associated with Chartism, served to repel even the more democratically inclined of middle class liberals<sup>51</sup>. Equally, of course, it repelled most politically active workers. And even for those involved in the Lassallean movement there were some

<sup>47</sup> *Boberach, Wahlrechtsfragen*.

<sup>48</sup> For the elections to the Prussian lower house in the 'New Era' see *Adalbert Hess, Das Parlament, das Bismarck widerstrebte* (Köln, 1964).

<sup>49</sup> Generally on this question see *Walter Gagel, Die Wahlrechtsfragen in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien, 1848–1918* (Düsseldorf, 1958).

<sup>50</sup> A good starting point for Na'aman's treatment of this question is *Shlomo Na'aman, Lassalle – Demokratie und Sozialdemokratie*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* III (1963) 21–80.

<sup>51</sup> Lassalle confessed to this opportunism in a letter of 22 April 1863 to Rodbertus. *Ferdinand Lassalle, Nachgelassene Briefe und Schriften*, edited by *Gustav Mayer*, 6 Bde. (Stuttgart, 1921–25) Bd. 6, 325.

who saw the demand as purely theoretical and had real doubts about its benefits if actually put into practice<sup>52</sup>. In part this was because of the fear of giving the vote to groups below the level of organised workers and rural lower classes. For this reason, franchise reform in Britain was more closely related both to the pressure and the interests of the existing labour movement.

Bismarck, therefore, did not introduce universal manhood suffrage in response to great pressure from below, but rather as one of a number of experiments (any of which he imagined could be reversed if it failed). This one was designed to limit liberal strength. But note that Bismarck only did this for a totally new assembly with very limited powers and he never seriously considered acting against the liberals in this way in the more significant (so it seemed) Prussian lower house. Once again the franchise was a symbolic-cum-instrumental matter not related to actual patterns of political participation. But once again the experiment from above had significant political consequences. It was combined with a secret ballot against Bismarck's original proposal for a public ballot which he thought would help assure influence over lower class voters. Juxtaposed as it was with a general remaking of the political system and the breakdown of a broad-based liberal movement, it provided the basis for the construction of popular and anti-liberal political movements based on appeals to religion, ethnicity or class. At the same time the liberal response was based on the separation of national from other political institutions so far as political movements were concerned. (They could only be effectively linked by the Prusso-German government itself.) At first liberals were able to capitalise upon their close association with the new nation-state and they did well in early elections. But they never really adjusted their political methods to a mass-based politics and, as electoral participation increased, other parties did adjust to mass politics, and the glories of unification began to dim, so the liberals lost ground in the national parliament. Liberals tended to retreat to state and urban institution which did not make progressive franchise reforms. These were also the institutions with real significance for day-to-day politics. In this way the political movements which did develop on the basis of the extensive Reichstag franchise tended to pursue rather negative and theoretical political goals and were largely separated from the politics of the cities and the individual states<sup>53</sup>.

<sup>52</sup> See the views expressed by Yorck, a leading figure in the Allgemeiner Deutscher Arbeiter Verein in Hamburg in a letter reprinted in *Shlomo Na'aman* and *Hans Peter Harstick* (eds), *Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862-63. Quellen und Untersuchungen der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung* (Assen, 1975) document 70.

<sup>53</sup> On the events of 1866 see *Nipperdey*, *Deutsche Geschichte*, chapter VI, sections 8 and 9. On Bismarck's motives and actions see *Lothar Gall*, *Bismarck. Der weiße Revolutionär* (Frankfurt/M. 1980), especially 373-458. On liberal responses see *James Sheehan*, *German Liberalism in the 19th Century* (Chicago, 1978), and more specifically his article: *Liberalism and the City in 19th Century Germany*, in: *Past and Present* 51 (May 1971) 116-137. A good example of the national/local level split is presented in *Dan White*, *The Splintered Party: National Liberalism in Hessen and the Reich 1867-1918* (Cambridge, Mass., 1967).

(c) *General points*

Thus the process by which franchise reform was gained took completely different forms in the two situations and was associated with quite different relationships between middle class and working class political groups. The reasons for this and its general significance are matters I will take up in the concluding section.

#### 4. The rights to form trade unions and to strike

There are marked contrasts between the way in which reform on these matters came about in Germany and Britain between 1860 and 1875. After providing a brief background on earlier developments I will focus on the period c.1860–1875.

(a) *Before 1860*

(i) *England*

It is well known that Francis Place played an important part in the pressure group activity which led to the repeal of the Combination Acts in 1824. Place was not a trade union leader and indeed took a severely classical political economy view of trade unions. Nevertheless he did have contacts with trade societies and these were involved in the political process which led to reform. This shows the extent to which, even in the unreformed political system, there was room for participation to secure legislative change<sup>54</sup>. Attempts to change specific laws which put trade societies at a disadvantage continued to be a feature of labour activity<sup>55</sup>. In the 1840s, for example, there were attempts to get alterations in the Master and Servants Acts<sup>56</sup>. By and large these activities on a fairly narrow front were typical of the trade societies of skilled workers in reasonable conditions of security. More extensive political activities, such as those involved in Chartism, tended to be found in more depressed craft trades, factory employment and outwork such as handloom weaving<sup>57</sup>. Even as late as the 1860s leaders of bodies such as the London and Glasgow Trades Councils found it difficult to get much interests from their members in broad political issues such as franchise reform but could press for amendments to Master and Servants Acts<sup>58</sup>. Indeed, the best cast those trade union leaders who wanted to engage in more extensive political movements could make, was to argue that parliament would only accept the case for specific labour law reforms if workers had the vote and could place their own people in parliament<sup>59</sup>.

<sup>54</sup> See *The Autobiography of Francis Place*, edited by *Mary Thrale* (Cambridge, 1972), including the introduction by the editor.

<sup>55</sup> For this active political role in the 1820s see *Iorwerth Prothero*, *Artisans and Politics in early 19th century London*: John Gast and his Times (Folkestone, 1979).

<sup>56</sup> When a new Masters and Servants bill was introduced into parliament in 1844.

<sup>57</sup> *Iorwerth Prothero*, *London Chartism and the Trades*, in: *Economic History Review* 24 (1971) 202–219; im folgenden zitiert: *Prothero*, *London Chartism*.

<sup>58</sup> *Simon*, *Master and Servant*; *Fraser*, *Trade Unions*.

<sup>59</sup> For examples of such statements see *Fraser*, *Trade Unions*, 24.

There were various middle class groups which sympathised with these demands for improvements in labour laws. Some agreed with Place that once combinations were legalised workers would soon learn that they had very limited powers to upset the laws of the market. But the bulk of organised middle class action opposed substantial reform after 1825. Thus every time amendments were proposed to the Masters and Servants laws, employers' groups argued in favour of the present laws. It has been argued that the employer groups were located in particular industries – Staffordshire potteries, mining, various sort of outwork – and that these were of declining importance in the total economy<sup>60</sup>. This is persuasive, but no powerful employers' groups actually pushed the case for reform. What one could argue is that middle class groups within the Liberal Party who supported reform for various reasons found that employer resistance declined so that it was easier to achieve reform by the late 1860s and early 1870s than it had been a decade or so earlier.

So far as I know there was little pressure to alter the laws governing strike activity, except to remove the power to prosecute under the common law of conspiracy. But this may have been because it was realised that there was little chance of achieving anything in this field.

(ii) *Germany*

The situation was very different in Germany. Just as there was no pressure for franchise reform from labour groups before 1848, so there was little pressure to secure rights to combine or strike. There was more concern to secure the right to organise at all, and practical movements even to obtain and exercise that right to organise only really develop in 1848<sup>61</sup>. Pressure for a secure legal position at that time took very different forms from England. The demand was often for a sweeping *Gewerbeordnung* in which rights to combine were but one element. The state (whose legal and political structure was not necessarily specified) would, it was hoped or requested, provide a comprehensive legal code which would enable workers to organise in various ways. Some of these ways were envisaged on the lines of corporations. Workers and masters would be part of a corporate structure which would itself have legal privileges and powers. In part this was a demand for some sort of guild restoration. But the precise nature of the demands varied between those made by masters and those made by journeymen, and also according to the predominant trades and regions represented. But even where a free set of arrangements were envisaged, this took the form of state guarantees for the rights of voluntary organisations and included quite elaborate schemes of arbitration courts and educational provision<sup>62</sup>.

<sup>60</sup> *Simon, Master and Servant*.

<sup>61</sup> *Dieter Langewiesche, Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektive*, in: *Archiv für Sozialgeschichte XXI* (1981) 458–498, especially 471–476; im folgenden zitiert: *Langewiesche, Forschungsberichte*.

<sup>62</sup> A broad overview of such demands can be found in *Paul Noyes, Organisation and Revolution: working class associations in the German revolutions of 1848–49* (Princeton, 1966), although his analysis is rather static and exaggerates a basic journeyman/master distinction at the expense of

Two things are important about all these demands. First, they were demands directed at governments and constituent assemblies. Second, they were usually sweeping in nature. In both respects they differ from the English case where the demands were more specific (mainly amendments to particular statutes) and were made by organising within, or at least in close relation to, existing state institutions, rather than simply being addressed to a state or a constituent assembly from outside.

One should not exaggerate the contrast. Notions of sweeping transformation can be found in the English labour movement (for example the appeal of Owenism in the 1830s) and it has been persuasively argued that in some places Chartism constituted a counter culture rather than a practical reform movement<sup>63</sup>. Equally one can see severely practical concerns in the way organisations such as the Brotherhood of German Workers developed<sup>64</sup>.

Furthermore, one should in neither case separate 'utopian' from 'practical' demands and ideas too sharply. Producers' cooperatives, for example, which had a wide appeal to craft- and out-workers in both countries did so as much as a means of combatting unemployment and improving the chances for successful wage-struggle as they were to do with a vision of a transformed society<sup>65</sup>. My point is only that these rather similar types of workers with rather similar types of concerns operated within a very different political and legal context and this gave a very different character to the ways in which those concerns were organised and expressed. Basically the contrast is between an empirical and participatory movement in England and an abstract and non-participatory movement in Germany.

Liberal middle class opinion in Germany was largely hostile or indifferent to these labour demands in 1848. Trade protection offended liberal views, and the various par-

other differences such as those of occupation and region; im folgenden zitiert: *Noyes*, Organisation. For a detailed local study which tries to take account of a longer time span and the occupational context see *Breuilly*, Martens. For the continuation of artisan programmes in the early 1850s see *Balser*, Sozial-Demokratie.

<sup>63</sup> On Owenism see *J. F. C. Harrison*, Robert Owen and the Owenites in Britain and America: The Quest for the New Moral World (London, 1969); on Chartist culture and community see *Eileen Yeo*, Some Practices and Problems of Chartist Democracy, in: *Epstein*, The Chartist Experience, 345–380.

<sup>64</sup> *Balser*, Sozial-Demokratie.

<sup>65</sup> *T. Parsinnen* and *Iorwerth Prothero* show this in detail in The London Tailors' Strike of 1834 and the Collapse of the Grand National Consolidated Trades' Union, in: International Review of Social History XXII (1977) pt. 1, 65–107, which connects the appeal of Owenism to the practical problems of organising a strike. For connections in the 1840s see *Prothero*, London Chartism. *Balser*, Sozial-Demokratie, shows connections in trades such as tailoring and tobacco. For such connections in a later period see *Wolfgang Renzsch*, Handwerker und Lohnarbeiter in der frühen Arbeiterbewegung. Zur sozialen Basis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Reichsgründungsjahrzehnt (Göttingen, 1980); im folgenden zitiert: *Renzsch*, Handwerker und Lohnarbeiter.

liaments barely responded to these demands<sup>66</sup>. At the same time, the protectionist demands of small employers were highly sectional and opposed both to the idea of 'democratic corporations' or of state backing for free associations of journeymen as well as masters<sup>67</sup>. The greater liberal interest in labour concerns in the late 1850s and early 1860s had little to say about trade unions but focussed rather on cooperatives and educational associations<sup>68</sup>.

(b) 1860–75

(i) England

The strikes in the building industry in London in 1859–60 helped rejuvenate the labour movement. Once more there was pressure for reform of Master and Servant Acts and other legal changes. Union leaders such as George Odger tried to connect this to the broader need for franchise reform but were largely unsuccessful. But in the Trades Councils there did exist a type of supra-occupational institution which could at least raise general labour interests<sup>69</sup>. At the same time there were important middle class groups, such as the Christian Socialists and the Positivists (not to mention middle class radicals who joined with working class radicals on such issues as franchise reform, the Polish rising of 1863, the Italian unification movement and the welcome for Garibaldi, and the support of the North in the American Civil War) who were prepared to offer help in securing legal reforms favouring trade unions<sup>70</sup>.

A number of violent incidents in Sheffield (the 'Sheffield outrages') and in the Manchester brickmaking trade aroused middle class public opinion and threatened to make the situation worse for labour. An inquiry was proposed to look into the events in Sheffield. The leadership of the London Trades Council (the so-called 'Junta') and their middle class sympathisers managed to get this inquiry extended into a general investigation of trade unions. A Royal Commission was set up:

...to inquire into and report on the Organisation and Rules of Trades Unions and other Associations, whether of Workmen or Employers, and to inquire into and report on the effect produced by such Trades Unions on the Workmen and Employers respectively, and on the Relations between Workmen and Employers, and on the Trade and Industry of the country<sup>71</sup>.

<sup>66</sup> Recent work has stressed possible positive links between Handwerker and liberal views of Mittelstand interests for both before and after 1848. See *Helmut Sedatis, Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland. Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen des Liberalismus und die Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert* (Stuttgart, 1979); and *Offermann, Arbeiterbewegung*, as well as more specifically in his article: *Mittelständisch-kleingewerbliche Leitbilder in der liberalen Handwerker- und handwerklichen Arbeiterbewegung der 50er und 60er Jahre des 19. Jahrhunderts*, in: *Engelhardt, Handwerker*, 528–551. But actual practical responses from liberals in parliaments in 1848 seem to me to have been very weak and liberal hostility has less to do with economic theory (e.g. laissez-faire ideas) and more to do with political concerns (e.g. to prevent a weakening of the territorial state by conferring powers upon local and occupational groups). For a good analysis from this perspective see *Mack Walker, German Home Towns*.

<sup>67</sup> *Noyes, Organisation*.

<sup>68</sup> *Offermann, Arbeiterbewegung*, especially chapter 2.

<sup>69</sup> *Fraser, Trade Unions*.

<sup>70</sup> *Harrison, Before the Socialists*.

<sup>71</sup> *Fraser, Trade Unions*, 90.

The further success was to get Frederick Harrison, the positivist, on the Commission. Harrison regarded trade unions as a major civilising influence within the working class as well as pointing to the superiority of collectivism over individualism. Harrison ensured that hostile witnesses such as spokesmen for particular employer groups were carefully cross-examined and, so far as possible, their testimony devalued. He also helped the trade union leaders who testified to the Commission to put the best image forward. Men such as Applegarth, the leader of the carpenters' union, and Allan, the leader of the engineers' union, presented an image of unions as made up of the better men within a trade, helping to overcome the worst features of economic anarchism to the mutual benefit of the good employer as well as the good workman, and they emphasised the benefit function of unions rather than their wage-struggle function. The image was plausible and accepted by many contemporaries (as well as by some historians). Harrison succeeded in getting the majority report of the Commission modified in ways favourable to labour, for example with its proposal that the legality of workers' combinations be recognised even when these were acting in restraint of trade. But he also wrote the minority report which went even further and advocated a more positive right of trade unionism including certain corporate privileges<sup>72</sup>.

These developments have to be taken in conjunction with the events leading up to the Second Reform Act. Those self-same labour leaders and middle-class radicals had been involved in the pressure leading to franchise reform, although with little organised union participation<sup>73</sup>. The Reform League cooperated with the Liberal Party in the General Election of 1868<sup>74</sup>. Its relative lack of independence can in part be explained by the continued separation of trade union politics from broader political concerns. But it helped establish a receptive response within the new Liberal government to the proposals of the Commission.

In a way, the trade unions were hoist by their own petard in the laws which were passed in 1871. The government accepted the image of trade unions as benefit societies which incidentally negotiated with employers. There was, in any case, continued employer resistance to conceding too much to the unions. So the unions received the privileges of Friendly Societies but found the laws governing strike action were, if anything, tightened up. But this was done by means of a typical liberal distinction between public and private. As a private association unions could discuss issues and handle the savings of their members. But they would be in breach of the criminal law if they interfered with the freedom of others to buy and sell as they wished. And furthermore, the continued inequality of employers and workers before the Masters and Ser-

<sup>72</sup> Apart from *Fraser*, Trade Unions, see *C. G. Hanson*, Craft Unions, Welfare Benefits, and the Case for Trade Union Reform, 1867–1875, in: *Economic History Review*, 2nd series, 28 (1975) 243–259, and comments on this article by *Thane* and *Musson* as well as a reply from *Hanson* in the next volume of the journal, Bd. 29 (1976) 617–635. See also *A. W. Humphrey*, Robert Applegarth: Trade Unionist, Educationist, Reformer (London, 1913) and *Harrison*, Before the Socialists.

<sup>73</sup> *Harrison*, Before the Socialists; *Leventhal*, George Howell.

<sup>74</sup> *Royden Harrison*, The British Working Class and the General Election of 1868, in: *International Review of Social History* V (1960) 424–455, and VI (1961) 74–109.

vant Acts, and the continued power to prosecute under the common law of conspiracy for actions in restraint of trade, rather undermined a pure version of the formal distinction between public and private spheres<sup>75</sup>.

Dissatisfaction with the Criminal Law Amendment Act of 1871 led to increased trade union pressure for its repeal. This culminated in the putting up of independent trade union candidates in the 1874 General Election<sup>76</sup>. The Conservative government came into power on the basis of a tacit understanding with the trade union movement. After a brief delaying tactic of an inquiry, the government soon moved to repeal the Act and to replace it with one that removed the final 'inconsistencies' in the distinction between the freedom of workers to organise themselves and bargain about the terms on which they sold their labour and the freedom of any individual to buy and sell property (including labour). But even then trade unions were also granted corporate privileges in the form of protection of their funds (or so it was believed until beyond the turn of the century with the Taff Vale judgement)<sup>77</sup>.

It is interesting that it was a Conservative government which did the most for the trade union movement. Again this demonstrates the separation of progressive political alliances between politically active workingmen and middle class elements of the Liberal Party from sectional trade union pressure for specific legal improvements. This separation probably helped the labour movement make advances on both fronts because it meant that economic and political reform were not presented as a single set of demands to government and public opinion.

### (ii) Germany

The situation is very different in Germany. As already mentioned, the liberal interest in, even patronage of a labour movement in the late 1850s and early 1860s had little to say about trade unionism. One reason may have been because this was not yet a particularly important form of craft worker organisation. The mid-1860s did see an increase in the number of strikes and some liberals did seek to respond to this in a positive way<sup>78</sup>. But generally one can say that the great expansion in trade union organisation and strike activity followed, rather than preceded legal reform. So far as I know there was no organised labour pressure involved in the debates and decisions of the Reichstag of the North German Confederation which resulted in clauses 152 and 153 of the GO of 1869<sup>79</sup>. The view of Schweitzer, the ADAV leader who was a deputy,

<sup>75</sup> Fraser, *Trade Unions*. Still of interest is *Beatrice and Sidney Webb*, *The History of Trade Unionism 1666–1920* (London, 2<sup>nd</sup> 1920) chapter IV.

<sup>76</sup> H. McCready, *The British Election of 1874: Frederick Harrison and the Liberal-Labour Dilemma*, in: *Canadian Journal of Economic and Political Science* 28 (1954) 166–175.

<sup>77</sup> Fraser, *Trade Unions*.

<sup>78</sup> The major work on this is now *Ulrich Engelhardt*, 'Nur vereint sind wir stark': Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 bis 1869/70 (Stuttgart, 1977); im folgenden zitiert: *Engelhardt*, *Anfänge*.

<sup>79</sup> There were some demands made in the 1860s for which see *Ulrich Engelhardt*, *Gewerkschaftliche Interessenvertretung als 'Menschenrecht'. Anstöße und Entwicklung der Koalitionsrechtsförderung in der preußisch-deutschen Arbeiterbewegung 1862/63 – 1865 (1869)*, in: *Soziale*

had little to do with the specific advantages of the right of workers to combine, and more to do with the political consequences which he expected to flow from the granting of that right. The view of someone like Schultze-Delitzsch again had less to do with sectional labour advantage, and more to do with a consistent liberal position, a determination to retain worker support for the liberal movement. His view was rather reminiscent of Francis Place, namely that until they had this right to combine workers would entertain grandiose illusions as to the significance of such a right and this could lead them into political extremism. Even conservatives like Wagener, who welcomed the granting of the right, did so because they thought it might help workers organise in ways which would lead to demands for greater state intervention against the false claims of liberalism<sup>80</sup>. All these responses, whatever their differences, have a number of things in common. They placed the right to form a trade union within a broad political ideology. The right in turn was enacted in a general legal code, not a specific law. No one really considered the practical economic effects of the legal change. Again, therefore, it is the contrast between the empirical and participatory English mode and the abstract and non-participatory German mode which is striking, even when one recognises that in practice what those workers who could organise wanted to do with this legal right was very similar.

In part because the legal changes in Britain were a response to pressure from existing trade unions, they did not lead to any sharp change in the pattern of industrial relations. But the legal revolution from above in Germany, coupled with the boom of the late 1860s and early 1870s, led to a strike wave and trade union expansion<sup>81</sup>. This required some sort of response. Some (but not many) liberals sought to ride the wave, while socialists also sought to build trade unionism into their strategy. It has been convincingly demonstrated recently that the trade union schemes of this period were a political response to autonomous labour action and not primarily political organisation and politicisation of unions from above<sup>82</sup>. But the major middle class response was panic, especially in the light of the situation after the Paris Commune and in the new and uncertain conditions of the Second Empire<sup>83</sup>.

Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Werner Conze zum 31. Dezember 1975, edited by *Ulrich Engelhardt* et al. (Stuttgart, 1978) 538 ff.

<sup>80</sup> See extracts from the Reichstag speeches of Schweitzer, Schultze-Delitzsch, and Wagener, in *Blanke, Arbeitsrecht*, document 20.

<sup>81</sup> Apart from the work of *Engelhardt* cited in footnotes 77 and 78, see the following writings of *Lothar Machtan*: *Zur Streikbewegung der deutschen Arbeiter in den Gründerjahren (1871–1873)*, in: *IWK XIV (1978) 419–442*; “Im Vertrauen auf unsere gerechte Sache...”. *Streikbewegungen der Industriearbeiter in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts*, in: *Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung*, edited by *Klaus Tenfelde* and *Heinrich Volkmann* (Munich, 1981) 52–73; and *Streiks im frühen deutschen Kaiserreich (Frankfurt/M. 1983)*; im folgenden zitiert: *Machtan*, *Streiks*. The latter work has a misleading title as it is mainly concerned with only two strikes.

<sup>82</sup> *Engelhardt*, *Anfänge*.

<sup>83</sup> Illustrated in *Machtan*, *Streiks*, as well as in his article “Gibt es kein Preservativ, um diese wirtschaftliche Cholera uns vom Halse zu halten?” – Unternehmer, bürgerliche Öffentlichkeit und preußische Regierung gegenüber der ersten großen Streikwelle in Deutschland (1869–1874), in: *Jahrbuch Arbeiterbewegung (Frankfurt/M. 1981)*.

It was difficult to amend the GO of 1869 which had been passed so recently and which was, after all, a general and systematic enactment. But as the strike wave and worker organisation was feared mainly as a political phenomenon, this would not have been appropriate in any case. It suited both an authoritarian state and a fearful middle class to use police action and political laws to deal with the movement. It was after 1869 (and especially after 1874) that the Prussian law of 1850 on political associations began to be turned increasingly against trade unions. The police, if supported by the courts, also had extensive powers under clause 153 of the GO. What is more, the very lack of trade union power made it impossible to discipline workers, to mount the type of organised strike which did not depend upon some violence or threat of violence. The strike wave both seemed to confirm middle class fears and, especially with the economic downturn from 1874, ensured a great deal of success for the repressive strategy<sup>84</sup>.

(iii) *General points*

Once again one must not exaggerate differences. The types of workers who organised, especially in craft trades such as skilled building work, were similar in both countries and so were their values and objectives. But the actual power they possessed and their level of organisation was very different. So at one level one could try to account for major differences in terms of market power. This could in turn lead to different middle class responses. In the British case there was a pragmatic response to a distinct but limited pressure which could use some arguments about extending political and economic rights to 'respectable' workers that were widely accepted in mid-Victorian Britain<sup>85</sup>. In the German case there was a fairly abstract and general response to the principle of combination which was not raised as a result of pressure, followed by a more general and political response to the unexpectedly effective use of that right once it had been granted. One could also explain the different levels of market power and effective worker organisation in economic terms<sup>86</sup>. One could then argue that the different legal and political consequences flow from these economic differences.

There is a lot to be said for this approach. But it does not explain everything. There are also different political cultures in which law functions in very different ways and these differences cannot just be treated as a function of economic or political power. In British politics the state was not regarded as an abstract entity above the law and specific interests. If it was looked at in a hostile way this tended to be because it was seen as being in the hands of 'placemen' and 'jobbers', the 'aristocracy' and the 'para-

<sup>84</sup> See the work by *Machtan* cited in footnote 80 above for detailed examples of repression and for more general literature see works cited in footnote 20 above. On the success of the repression by the mid 1870s and its consequences for the politics of the labour movement see *Renzsch, Handwerker und Lohnarbeiter*.

<sup>85</sup> See *Breuilly, Arbeiteraristokratie*, for the debate about 'respectability'.

<sup>86</sup> This connects to points raised in *Breuilly, Liberalismus/Sozialdemokratie*. One can go on to make connections with long-term developments in working class formation. For this type of consideration of strikes see *Jürgen Kocka, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875* (Bonn, 1983), especially 154–162.

sites'. For opponents of this situation elements of the state structure in turn offered opportunities for organising and seeking change. Through Parliament, but also through the developing institutions of urban government, the state could come to appear as a practical and specific set of legal and political instruments. The idea of the specific Act, often brought about by a single member introducing a private bill, meant that law tended to be seen in a very empirical way, both in terms of how it was enacted and what it covered. The participation which generally existed for some elements of labour at least also had the effect, not just of tying them to the existing political system, but helping ensure that even where there was hostility between groups (as between trade unionists and middle class liberals on the issue of the 1871 Criminal Law Amendment Act), these could be compromised because the broader objective of securing some measure of power and influence in order to introduce reforms in such fields as education and the churches made practical unity imperative.

The situation was very different in Germany. The state was not a participatory institution. Even if one envisaged the state as a legally bound and defined structure, rather than as the source of law, this was achieved through the abstract (and often logically contradictory) notions of the *Rechtsstaat*. The state might then guarantee freedom of association, or even underwrite corporate privilege, but this was something one demanded of the state rather than pursuing directly *through* state institutions. In turn, if the state did respond positively to these demands, this tended to be expressed in terms of general and systematic regulation rather than specific and piecemeal rules.

This perception of the state as an abstract entity above specific social interests was related to distinctive forms of political action. There was the 'paternalist' form of action where workers petitioned the state for reform. This might involve strict, indeed near-servile, attention to legal forms, but ultimately law was seen as an instrument of state power which one asked be used benevolently. It is not far from that position to the idea that the state and its legal instruments should be ignored, or smashed, or taken over in order that law can then be used to benefit labour. These ways of perceiving the state, coupled with the way in which law was used against workers in the 1870s and 1880s, could easily prepare the ground for an acceptance of a crude marxist notion that the state was power, law was an instrument of that power and the instrument was wielded by or on behalf of the enemies of workers<sup>87</sup>. Unlike the notion of the state as the instrument of placemen or 'Old Corruption', this is a rather abstract and systematic perception, even if in practice the particular interests the state serves might be seen as rather alike in both countries. These ways of looking at and talking about politics and the state also made cooperation between middle class groups and the labour movement more difficult in Germany. Ideas of specific and permissive trade union law were aired in the 1880s but, given the weakness of labour, this was seen by powerful

<sup>87</sup> We can know little of rank-and-file responses to marxism but for the situation within the SPD during the anti-socialist law period see *Vernon Lidtke, The Outlawed Party: Social Democracy in Germany, 1878-1890* (Princeton, 1966); and for a careful study of the reception of marxism see *Hans-Josef Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Parteien vor dem I. Weltkrieg* (Berlin/Bonn - Bad Godesberg, 1976).

groups of employers as well as the state as a needless concession<sup>88</sup>. Instead the issue continued to be tackled in broad and political forms, as shown for example, by the way in which the SPD participated in the debates leading up to the passing of a civil code in 1896<sup>89</sup>. Finally, the breakdown of a practical political movement led by liberals in 1866–67 removed the pressure to compromise and increased the temptation to express maximalist goals as doing so did not involve sacrificing the chance of obtaining more limited objectives<sup>90</sup>.

## 5. Conclusion

How does one explain the differences that have been brought out in this essay?

I have already pointed to some economic factors which could help us understand why labour developed as a specific pressure group in Britain acting, especially from the 1860s, as a power factor in the urban base of party politics, in particular the politics of the Liberal Party. In Germany, by contrast, one could look at economic factors such as weaker market power on the part of skilled workers to help explain why the labour movement was more peripheral in national political movements (themselves more external to state institutions). One could then relate these basic economic differences (which, incidentally, have little to do with the basic processes of working class formation at a socio-economic level) and their implications for the political strength of organised labour to the different relationships between the labour movement and middle class political movements. One could then go on to relate this to different political and legal developments in such fields as the franchise, the right to form trade unions, and the right to strike.

Another important set of factors would be the different forms taken by the state in Germany and Britain (though I have focused on England and Prussia) which cannot be seen as a direct expression of contemporary social and economic structures. These dif-

<sup>88</sup> See *Wolfgang Schröder*, *Das Berliner Polizeipräsidium und die Gewerkschaftsbewegung 1878 bis 1886. Zur Gewerkschaftspolitik des Bismarckstaates während des Sozialistengesetzes*, in: *Evolution und Revolution in der Weltgeschichte*, Bd. 2, edited by *Horst Bartel* et al. (Berlin (E), 1976) 565–594. The anti-socialist law was itself a reflection, from the position of the state, of an abstract and non-participatory view of the labour movement and the working class.

<sup>89</sup> *Michael John*, *The final unification of Germany: Politics and the codification of German civil law in the Bürgerliches Gesetzbuch of 1896* (unpublished D. Phil., Oxford, 1983); *Peter Kögler*, *Arbeiterbewegung und Vereinsrecht. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des BGB* (Berlin, 1974); and *Martin Martiny*, *Integration oder Konfrontation? Studien zur Geschichte der sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik* (Bonn/Bad-Godesberg, 1976).

<sup>90</sup> This is a major argument of *Breuilly*, *Liberalismus/Sozialdemokratie*, which goes against the 'weakness of liberalism' approach and also the approach which stresses basic class conflict for the breakdown of middle/working class political cooperation. The classic statement of this view is *Gustav Mayer*, *Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863–1870*, in the collection of essays by Mayer published under the title, *Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie*, edited by *Hans-Ulrich Wehler* (Frankfurt/M., 1969) 108–178. The essay was originally published in 1912.

ferent state forms shaped the political opposition that developed by encouraging particular sorts of organisation and rhetoric. The basic point I would make here is a very old, unoriginal, even platitudinous one, though no less valid for that. The British state, especially in England (and especially *not* in Ireland) was very stable territorially and institutionally. It was also highly integrated in the sense that there were very close and positive political links between different levels of political action. For example, the connections between 'local' politics (e.g. within the counties and the boroughs) and 'national' politics at Westminster and Whitehall were so close that, from at least the 17th century onwards, it has been difficult actually to understand these levels of political action in terms of separate spheres<sup>91</sup>. The counties never achieved the importance or variety of form one notes in French departments or Prussian provinces. Precisely for this reason there has never been a strong emphasis in England on centralisation as an administrative process: politics itself was so centrally focussed it did not require this deliberate initiative from the central administration against local political spheres in order to achieve political coordination at the centre. This integration, this 'central focus', in English politics<sup>92</sup>, was above all achieved through Parliament. Even before 1832 the system of representation had been flexible in responding to the development of new interests and the electorate had increased<sup>93</sup>. This integration was further developed after 1832. It was not the new, arguably 'alien' forms of administrative centralisation (the new Poor Law above all) that were important. Indeed the opposition to the New Poor Law threatened to destabilise the political system. Rather it was the tighter integration of local political institutions through providing uniform procedures for increasing the power and expanding the social base of those institutions that was of major importance. In particular, the reforms of urban government which began with the Municipal Corporation Act of 1835 created a tight relationship between urban and national government and provided an important point of entry into the political system for certain working class groups. This integration was brought about in a very specific and participatory form. Important legal measures for local government were brought about through parliament by local interests (including labour groups) and the laws applied only to specific issues and to a particular town. Integration at a national level came about through the need to get a bill through parliament and because of the

<sup>91</sup> For a recent consideration of this subject, with references to the older literature, see *Anne Hughes*, *The king, the parliament and the localities during the English Civil War*, in: *Journal of British Studies* (forthcoming, Spring, 1985).

<sup>92</sup> For the idea of 'central focus' I am indebted to work on colonial nationalism, especially in India, developed by historians centred on Cambridge. See the opening essay by *Anil Seal* in the book *Locality, Province and Nation: essays on Indian politics 1870-1940*. Edited by *John Gallagher* et al. (London, 1973); and the introduction by *Donald Low* to the book he edited, *Congress and the Raj: facets of the Indian struggle, 1917-1947* (Columbia, 1977). For a treatment of European state development in the 19th century from the perspective of national integration see the national case studies gathered together in *Raymond Grew* (ed), *Crises of Political Development in Europe and the United States* (Princeton, 1978).

<sup>93</sup> See, for example, *Derek Hirst*, *The Representative of the People? Voters and voting in England under the early Stuarts* (London, 1975); *J. H. Plumb*, *The growth of the electorate in England, 1600-1715*, in: *Past and Present* 45 (1969) 90-116.

increasingly uniform character of local initiative. (For example, there was the development of 'models' on which various towns based their urban improvement bills.)

The Prussian state had far less institutional or territorial stability. It was a highly differentiated political system with different legal systems and institutions in different provinces, even in different parts of provinces. The central state, as a consequence, was not a territorial-wide set of institutions. Instead it was the monarchy and the bureaucracy at its disposal. The state, therefore, came to be seen as something above the legal systems and political institutions with which most people were closely concerned. Even if the state was perceived as something other than arbitrary or personal power, this perception took the abstract form of a rational entity imposing systematic rules upon society in the general interest. Institutions and laws were seen, therefore, not so much as the form taken by the state, but rather as the forms sanctioned by the state in the general interest. From this perspective constitutions and representative institutions were among the instruments employed by the state to try to develop a more integrated political system rather than the source of power and the major institutional expression of state power<sup>94</sup>. Political opposition, therefore, came to see these institutions as devices for putting demands or applying pressure to the state. Insofar as these institutions were valued in their own right it was either as areas beyond state interference or as the institutional basis of a future state. Whatever the particular concern, there was an enduring separation between the institutions in which one acted politically and the state<sup>95</sup>.

These different forms can clearly be related to very different historical experiences such as the different significance war had for the forms and functions of the state in Britain and Germany. Clearly there is not time to explore these matters here, though I mention the role of war in order to make it clear that such an historical explanation of these differences cannot see them exclusively, or even primarily, in terms of domestic socio-economic factors. Again, one could consider the factors which enabled certain state forms and types of political activity to continue to function through the 19th century. The fact that the British state had evolved in a certain way by the 19th century does not alone explain further evolution in that direction. The special nature of industrialisation in Britain, the ability to shift some of the economic difficulties involved upon other countries: clearly these things help account for the capacity of the

<sup>94</sup> See *Reinhard Koselleck*, *Preußen zwischen Reform und Revolution: Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848* (Industrielle Welt 7, Stuttgart 1967).

<sup>95</sup> This idea, in one form, is the central theme in *Leonard Krieger*, *The German Idea of Freedom: History of a Political Tradition* (Boston, 1967). For specific applications to the idea in Germany in 1848, especially the notion of a dualism between parliament and the state see *Werner Boldt*, *Parlamentarismustheorie. Bemerkungen zu ihrer Geschichte in Deutschland*, in: *Der Staat* 19 (1980) 385 ff; and, for a broad survey of the literature, *Langewiesche*, *Forschungsberichte*, especially 464–469.

political system to make concessions to working class groups<sup>96</sup>. But nevertheless, that political tradition had an importance of its own and was related to the development of a specific kind of political culture.

I have tried to bring out some of the differences between English and German (especially Prussian) political culture. I have suggested that one way of doing this is by using two pairs of contrasting concepts: empirical/abstract and participatory/non-participatory<sup>97</sup>. (I would stress that, although I am here comparing an empirical and participatory political culture with an abstract and non-participatory one, it is possible to envisage different combinations of the concepts. So far as the French labour movement of the 19th century is concerned, for example, one might find it useful to see its political culture as being abstract and participatory.) An empirical and participatory political culture encourages compromise over specific objectives which are pursued through state institutions. An abstract and non-participatory political culture encourages the positing of systematic, reflective ('ideological?') political objectives which are addressed to or against the state and which are difficult to compromise. Clearly 'concrete' political objectives are pursued in Germany, and these are often similar to those pursued in Britain, as we have seen on such matters as the franchise or the right to strike. Clearly again there are forms of political thought and rhetoric in Britain which go beyond the pursuit of specific objectives. But it is a different sort of political rhetoric which seems to reflect and build upon those specific objectives rather than separating the two. Thus franchise reform in Britain, though demanded often for very general reasons to do with political rights and the radical change it was envisaged would follow such reform, was also linked to parliamentary history and traditions, and was expressed through actions directly related to parliament (private bills, candidacy of Chartists at elections, etc.). In Germany franchise reform was discussed in much more abstract terms: by conservatives who stressed almost mystical notions of corporate divisions and privileges; by liberals who tried to qualify notions of human rights with contrived property qualifications; by radicals in terms of abstract human rights; and by socialists who talked of the rise of the fourth estate or of the direction of change envisaged by scientific socialism or of what was needed in a 'truly human' society.

Can one say that one political culture was more 'modern' than the other? I do not think that one can. If one takes a 'rationalist' view of modernity one might find something more modern about an industrial ordinance which systematically regulates the

<sup>96</sup> For an interesting attempt to analyse the relationship between state form, the labour movement and economic development with a number of concepts which permit international comparisons see *Carlos H. Waismann*, *Modernisation and the Working Class: The Politics of Legitimacy* (Austin, 1982). The cases taken for comparison are England and Germany in the age of Disraeli and Bismarck, and 20th century Argentina.

<sup>97</sup> For an interesting sketch of the views of English intellectuals around 1848 who saw the contrast between their own political culture and that of the continent (especially France) in terms of this empirical/abstract (or 'rationalist') contrast see *J. H. Grainger*, *The view from Britain II*, in: *Intellectuals and Revolution: Socialism and the Experience of 1848*, edited by *Eugene Kamenka* and *F. B. Smith* (London, 1979) 121-130.

rights of labour according to a liberal economic philosophy in the manner of the Gewerbe-Ordnung of 1869. But equally one might argue that the cluster of specific laws concerning the rights and obligations of labour organisations that was in existence in Britain by 1875 was more flexible, more 'functional' for the development of the economy. Writers such as Anderson and Nairn when making comparisons between Britain and 'Other Countries' (to use the phrase employed by E.P. Thompson in his critique of them) have found the more rational and ideological mode of politics as more advanced<sup>98</sup>. The supporters of a German Sonderweg have tended, by contrast, to see German politics as backward<sup>99</sup>. But at one level one simply confronts two sorts of political culture with roots in the pre-industrial era. It seems arbitrary to define 'modernity' in terms taken from one of these cultures itself.

On the other hand, I would be loath to move towards an historicist position which simply saw each country as unique, either by virtue of different histories as a whole or because the different forms of industrial capitalism each produce different state forms and political cultures<sup>100</sup>. It is clear that the growth of industrial capitalism did lead, in both cases, to the development of structures of civil law which regulated most economic dealings, that abolished most formal inequalities embodied in legal privilege, but which always found the regulation of labour as property required rather different provisions from those applying to other forms of property. Equally it is clear that a structure of public opinion along with a system of political parties did develop and that these served, in one way or another, especially for bourgeois groups, to crystallise and transmit political views to state institutions. Some broad and rather abstract notion of this development, which we may as well call modernisation, is needed if we are to identify this development and have a common conceptual framework which alone

<sup>98</sup> Perry Anderson, 'Origins of the present crisis', in: *New Left Review* (NLR) XXIII (1964) 26–53; and *idem*, 'Socialism and pseudo-empiricism', in: NLR XXV (1965) 2–42; Tom Nairn, 'The English working class', in: NLR XXIV (1964) 43–57 and *idem*, 'The nature of the Labour Party', in: NLR XXVII (1964) 38–65, and XXVIII (1964) 33–62. Edward P. Thompson, 'The Peculiarities of the English', first published in: *The Socialist Register*, no. 2, edited by Ralph Milliband and John Saville (London, 1965); and reprinted in a slightly modified form in *Edward P. Thompson, The Poverty of Theory and other essays* (London, 1980) 35–91.

<sup>99</sup> There is a large polemical literature developing on the subject. As an introduction see David Blackburn and Geoff Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848* (Frankfurt/M., 1980); im folgenden zitiert: *Blackburn/Eley, Mythen; Hans-Ulrich Wehler, "Deutscher Sonderweg" oder allgemeine Probleme des westlichen Kapitalismus*, in: *Merkur* (1981) 478–487; and Jürgen Kocka, 'Der "deutsche Sonderweg" in der Diskussion', in: *German Studies Review* 5 (1982) 365–379.

<sup>100</sup> This new historicism has been expressed most fully and brilliantly in *Nipperdey, Deutsche Geschichte*, but see my critical review of this book in *Bulletin of the German Historical Institute London* 16 (Summer 1984) 23–34. For a view of Germany as a capitalist state from an 'instrumentalist' position see *Lothar Machtan and Dietrich Milles, Die Klassensymbiose von Junkertum und Bourgeoisie. Zum Verhältnis von gesellschaftlicher und politischer Herrschaft in Preußen-Deutschland 1850–1878/79* (Frankfurt/M., 1980) and from an 'autonomy of politics' position (which is in certain ways similar to the historicist position) see *Blackburn/Eley, Mythen*. But see also the modified English version of their book published under the title: *Peculiarities of German History* (Oxford, 1984).

would make comparisons between different cases possible. In making these comparisons (which are as much about differences as similarities) we should go beyond differences in economic structures and the power relations between different classes. We must also recognise that the problems of modernisation are grasped and tackled in different ways according to the type of political culture which exists. One important component of this political culture is the way in which law is produced and enforced. Law is simultaneously an effect and a defining feature of the state. Ultimately the importance of the different legal forms lies in the way they define the state and in turn shape the perceptions and actions of those the state controls.

## Kommentar

*Gerhard A. Ritter*

### Probleme des deutsch-englischen Vergleichs

Beide Referate haben das zentrale Thema der Tagung, die Einwirkung des Bürgertums auf die Arbeiterschaft, aufgegriffen und sich dabei der Methode des Vergleichs – hier zwischen Deutschland und England – bedient. Bei John Breuilly steht das Verhältnis von Arbeiterbewegung und „Mittelklasse“ bei der Erringung grundlegender politischer und sozialer Rechte, bei Jürgen Reulecke – neben der vergleichenden Erörterung des unterschiedlichen Charakters der Sozialreform – die gegenseitige Beeinflussung wichtiger sozialer Institutionen im Vordergrund.

Zunächst zum Beitrag von *Breuilly*, mit dessen Ergebnissen und Thesen ich weitgehend übereinstimme. Insbesondere möchte ich die Auffassung unterstreichen, daß das Rechts- und Verfassungssystem von Ländern nicht nur Ausdruck bestimmter sozialer und ökonomischer Interessen und Strukturen sowie der politischen Machtverhältnisse sei, sondern selbst einen wesentlichen Einfluß auf die Herausbildung von Interessen und ihre Vertretung ausübe und insofern auch politische und ökonomische Gruppen und ihre Beziehungen zueinander sowie zu Staat und Gesellschaft präge. Damit wird ein Problem eingeführt, das m. E. bisher in der Sonderwegsdiskussion gar nicht oder nicht genügend in Rechnung gestellt wurde. Ich teile gleichfalls die Ansicht, daß der Wettbewerbskapitalismus nicht gleichsam „natürlich“ mit formaler Gleichheit der Eigentumsbesitzer oder gar bestimmten Formen des Repräsentativsystems verbunden sei. Auch das Ergebnis von Breuilly, daß sich das unterschiedliche Verhalten von Bürgertum und Arbeiterbewegung – deren weitgehende Zusammenarbeit in England und das Fehlen bzw. die geringe Bedeutung solcher Allianzen in Deutschland – aus den sehr viel besseren Chancen der englischen Arbeiter und ihrer Organisationen erklärt, im Kampf um politische und soziale Rechte vor allem im kommunalen Bereich Einfluß zu nehmen, halte ich im Kern für richtig.

Breuilly entwickelt am Beispiel des politischen Verhaltens deutscher und britischer Arbeiterorganisationen die Konzepte einer empirisch-pragmatischen und partizipatorischen Kultur, die die britische Politik des 19. Jahrhunderts bestimmt habe und die Arbeiterschaft veranlaßte, ihre begrenzten Ziele vor allem im Rahmen einer breiten Volkspartei zu verwirklichen und einer abstrakten, nicht partizipatorischen politischen Kultur in Deutschland, die die zudem vom Staat sehr viel schärfer unterdrückte Arbeiterbewegung zum Aufbau selbständiger politischer Organisationen und einer am Ziel revolutionärer Veränderungen ausgerichteten Klassenpolitik gebracht habe. Ob diese Konzepte als Raster für die Analyse verschiedener Wege der „Modernisierung“ dienen können, wird erst weitere Forschung auch über andere Länder erweisen. Der Beitrag von Breuilly, der das in der bisherigen Forschung oft nur sehr vage gebrauchte Konzept der politischen Kultur konkretisiert und differenziert, scheint mir den Weg

zu solchen Forschungen und Vergleichen zu weisen, die vor allem auch die örtliche Ebene einbeziehen und die regionale Vielfalt der behandelten Länder berücksichtigen sollten.

Trotz der generellen Zustimmung zur Fragestellung, dem methodischen Vorgehen und auch den meisten Ergebnissen des Beitrages möchte ich doch im folgenden einige Aussagen über Deutschland nuancieren und einige grundsätzliche Probleme ergänzend zur Diskussion stellen.

M. E. wird die Bedeutung der städtischen Selbstverwaltung in Deutschland unterschätzt<sup>1</sup>, dagegen aber, für die Mitte des 19. Jahrhunderts, das bürokratische Element der Kommunalverwaltung, das in den meisten Städten erst in den letzten Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende die Honoratiorenverwaltung zunehmend ablöste, überschätzt.

Auch die Wirkung des allgemeinen gleichen Wahlrechts der Männer schätze ich zwar nicht für die Liberalen, aber doch für die Demokraten in der Paulskirche und für Lassalle und die deutsche Arbeiterbewegung höher als Breuille ein. Gewiß ist Lassalle nicht von einem Bild repräsentativer Demokratie britischer Prägung, sondern von dem von der Französischen Revolution inspirierten Konzept einer direkten plebisitären Demokratie ausgegangen, in der das Wahlrecht vor allem als Mittel zur revolutionären Veränderung von Staat und Gesellschaft gedacht war. Die spätere Sozialdemokratie sah im Reichstagswahlrecht und im Koalitionsrecht die zentralen Instrumente für die Mobilisierung und Organisation der Massen und damit die Voraussetzungen für den Erfolg einer sozialistischen Revolution. Daneben erkannte man zwar nicht sofort, aber doch zunehmend seit den 1880er Jahren, die Bedeutung dieser Rechte für die Interessenvertretung der Arbeiter im Reichstag, der trotz seiner eingeschränkten Kompetenzen die entscheidende Institution zum Ausgleich sozialer und ökonomischer Interessen war, und gegenüber den Arbeitgebern.

Auch in Großbritannien ist die Ausdehnung des Wahlrechts durch das Reformgesetz von 1867 nicht in erster Linie durch den direkten Druck der Arbeiter und ihrer Organisationen auf die Liberale Partei zu erklären. Vielmehr spielten bei der Durchsetzung dieses von vielen Liberalen abgelehnten Gesetzes durch eine konservative Regierung politisch-taktische Gründe, die den Absichten Bismarcks bei der Gewährung des allgemeinen gleichen Männerwahlrechts 1867 nicht unähnlich waren, eine wesentliche Rolle. Bei der Herbeiführung des Koalitionsrechts in Deutschland hat nach den Forschungen von Ulrich Engelhardt<sup>2</sup>, eine Koalitionsrechtsbewegung der Arbeiter wie auch die Ankurbelung der parteipolitischen und parlamentarischen Diskussion über das Koalitionsrecht durch Streiks und immer neue Massenpetitionen der ge-

<sup>1</sup> Vgl. auch den Beitrag von *Jürgen Reulecke* in diesem Band.

<sup>2</sup> *Ulrich Engelhardt*, Gewerkschaftliche Interessenvertretung als „Menschenrecht“. Anstöße und Entwicklung der Koalitionsrechtsforderung in der preußisch-deutschen Arbeiterbewegung 1862/63–1865 (1869), in: *Ulrich Engelhardt* (u. a. Hrsg.), *Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt* (Stuttgart 1976) 538–598.

werkschaftlich organisierten Industriearbeiter sowie vor allem die parlamentarische Aktivität der Fortschrittspartei eine erhebliche Bedeutung gehabt.

Diese Hinweise sollten vor einer Überbetonung der Unterschiede im Verhalten der Arbeiterbewegungen Großbritanniens und Deutschlands beim Kampf um das Wahl- und Koalitionsrecht warnen. Noch wichtiger scheint mir allerdings die Behandlung der im Beitrag von Breuilly nicht angeschnittenen Frage, ob nicht das unterschiedliche Wahl- und Verfassungssystem der beiden Länder selbst entscheidend zu dem voneinander abweichenden Verhältnis von Arbeiterbewegung und Liberalismus beigetragen hat. In Großbritannien hat nicht zuletzt die Einschränkung des Wahlrechts auch der Männer – selbst noch nach den Reformen von 1867 und 1884 – den Aufbau einer selbständigen Arbeiterpartei verzögert. Nach deren Gründung 1900/1906 war diese noch bis zum Ersten Weltkrieg für den Gewinn von Mandaten weitgehend von der Unterstützung der fest etablierten Liberalen Partei in den Wahlkreisen abhängig. Ohne diese Allianz mit den Liberalen, die ihrerseits im Kampf um Arbeiterstimmen in Konkurrenz mit den Konservativen standen und daher konzessionsbereit waren, hätte sich eine politische Arbeiterpartei zunächst gar nicht behaupten können. In Deutschland dagegen machte die im europäischen Vergleich frühzeitige Gewährung eines relativ demokratischen Wahlrechts für den Reichstag den Aufbau einer selbständigen politischen Massenbewegung der Arbeiter, die der Allianz mit den Liberalen nicht bedurfte, zu einem Zeitpunkt möglich, als die Verbindung von Liberalen und Arbeiterbewegung noch äußerst locker und prekär war, während sich zudem die erst wenige Jahre zuvor gegründete Deutsche Fortschrittspartei 1866/67 nach ihrer politischen Niederlage im Kampf gegen Bismarck spaltete.

Später hat auch der zunehmende Konkurrenzkampf um die Arbeiterwähler zwischen den Sozialdemokraten und den Linksliberalen vor allem in den Großstädten, wie auch die seit der Jahrhundertwende zunehmende Abhängigkeit der Liberalen von der Stichwahlhilfe rechter Parteien<sup>3</sup>, eine engere Zusammenarbeit von Liberalen und Arbeiterparteien in politischen Fragen erschwert. Auch in den Vertretungskörperschaften der Städte, in denen die Liberalen ihre starke Position gegenüber der Sozialdemokratie meist nur wegen eines plutokratischen Wahlrechts behaupten konnten, fehlte die für eine Allianz notwendige gemeinsame Interessenlage. Weiterhin entfiel im deutschen System der konstitutionellen Monarchie mit seiner Unabhängigkeit der Exekutive vom Vertrauen des Parlaments der starke Anreiz zu einem Zusammengehen verwandter Kräfte, der im parlamentarischen System von der Chance zur gemein-

<sup>3</sup> Nach dem absoluten Mehrheitswahlrecht des Kaiserreiches war zur Gewinnung eines Mandats die absolute Mehrheit aller abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Wurde diese im ersten Wahlgang nicht erreicht, fand eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl statt. Bei den Reichstagswahlen von 1912 gewannen die beiden liberalen Parteien 83 ihrer 87 Mandate erst in der Stichwahl, davon 47 gegen die Sozialdemokratie mit Hilfe von Wählern der Rechtsparteien. Vgl. *Gerhard A. Ritter* unter Mitarbeit von *Merith Niebuss*, *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918* (München 1980) 127.

samen Bildung einer Regierung und der damit verbundenen Verfügung über politische Patronage ausgeht.

Neben diesen ergänzenden Bemerkungen zur Bedeutung des Wahl- und Verfassungssystems für das Verhalten der politischen Kräfte möchte ich einige grundsätzliche Überlegungen zum Ansatz des Referats zur Diskussion stellen. Diese ergeben sich zum Teil daraus, daß sich mein Interesse weniger auf die Mitte als auf das Ende des 19. Jahrhunderts konzentriert.

1. Zunächst ist zu fragen, ob es aufgrund des unterschiedlichen Grades der ökonomischen Entwicklung beider Länder überhaupt sinnvoll ist, England und Deutschland in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu vergleichen. Müßte man nicht wegen der Ungleichzeitigkeit des Gleichartigen für Deutschland eine um etwa 3 bis 4 Jahrzehnte spätere Zeit wählen?

2. Es erscheint mir weiter interessant, daß auch bei einem nicht zeitverschobenen Vergleich der Arbeiterbewegung beider Länder in der folgenden Periode von 1875 bis 1914 die Akzente sehr viel anders gesetzt werden müßten. Man hätte dann zu erklären, warum die deutsche politische Arbeiterbewegung soviel mehr an Stärke als die englische gewann und warum die deutsche Gewerkschaftsbewegung bis etwa 1907/1910 den zunächst so großen Vorsprung der britischen Gewerkschaftsbewegung aufgeholt hatte, um danach allerdings wieder hinter der englischen Entwicklung zurückzubleiben. Schließlich müßte man fragen, wie die stärkere Orientierung der deutschen Gewerkschaften auf den Staat zu erklären ist – im Gegensatz zu der Betonung der Unabhängigkeit vom Staat, die für die britische Gewerkschaftsbewegung typisch ist und im Trade Disputes Act von 1906 ihren Niederschlag fand. Schließlich müßte mit dem Aufkommen des Reformismus auch das Bild der nicht-partizipatorischen, abstrakt-ideologischen Vorgehensweise der deutschen Arbeiterorganisationen erheblich modifiziert und vor allem regional differenziert werden. Dafür sprechen die konkrete Mitwirkung der Sozialdemokraten an der Reform des Wahlrechts in Bayern, Baden und Württemberg nach der Jahrhundertwende, die pragmatische Politik von Sozialdemokraten in Gemeindevertretungen (vor allem außerhalb Preußens), in Gewerbeberegungen, in den Selbstverwaltungseinrichtungen der Sozialversicherung, aber auch die Tätigkeit der Arbeitersekretariate, die von den Arbeiterorganisationen seit Ende des 19. Jahrhunderts geschaffen wurden, um den Arbeitern im Rahmen des bestehenden Systems bei der Vertretung ihrer Rechte und ihrer Interessen zu helfen.

Grundsätzlich richtig scheint mir die Warnung Breuillys zu sein, aufgrund der fehlenden Parlamentarisierung des deutschen politischen Systems dieses generell als weniger „modern“ anzusehen. Um die Jahrhundertwende war die Beteiligung der Massen an der Politik in Deutschland wahrscheinlich größer als in England. An den Parteien und den Wahlkämpfen nahm die deutsche Bevölkerung einen mindestens ebenso starken Anteil wie die englische, und auch die sicher weniger mächtige öffentliche Meinung war stark aufgefächert. Bei der Herausbildung der modernen Form fester organisierter permanenter Interessenverbände war, schaut man auf die Formation nichtgewerkschaftlicher Interessen, Deutschland wohl vor allem wegen der Zollschutzpolitik seit 1879 England klar vorangegangen. Das gleiche galt für die Entwicklung des Sozialstaates und den frühen Ausbau der Staatsbürokratie – Erscheinungen,

die man kaum als Zeichen ungenügender Modernität ansehen kann. Es bleibt, daß Kompromiß- und Konsenspolitik in Großbritannien vor 1914 stärker ausgeprägt waren und daß die englischen politischen Eliten – nicht zuletzt wegen der älteren parlamentarischen Tradition des Landes und ihrer Erfahrung in Regierungsgeschäften – den deutschen Eliten in Parlament und Parteien überlegen waren.

Im Beitrag von Jürgen *Reulecke*, in dem bewußt der Bereich der kirchlichen Sozialideen und der betrieblichen Sozialpolitik ausgespart wird, geht es erstens um den Nachweis der gegenseitigen Beeinflussung von Deutschland und England im Bereich sozialer Ideen und sozialer Institutionen, zweitens um die damit eng zusammenhängende zeitgenössische Selbst- und Fremdeinschätzung auf diesem Gebiet und drittens um die unterschiedliche Auffassung von den Aufgaben der Sozialreform von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis etwa zum Ersten Weltkrieg.

Reulecke entwickelt die These, daß trotz der ähnlichen ideologischen Ausgangsposition – dem Wunsch, die Armen durch Sozialdisziplinierung seitens der oberen Klassen zur ökonomischen Selbständigkeit zu führen und moralisch-sittlich zu heben – und des gemeinsamen Ziels einer Verminderung der finanziellen Lasten der Armenfürsorge das in England intensiv diskutierte Elberfelder System der Armenpflege vor allem deshalb nicht von der öffentlichen Armenfürsorge übernommen wurde, weil es an einer genügenden Zahl engagierter Bürger zur individuellen Betreuung der Armenfamilien fehlte. Er widerspricht damit gängigen Annahmen von dem im Vergleich zu England geringen Engagement des deutschen Bürgertums für Fragen der gemeindlichen Selbstverwaltung und modifiziert damit – zumindest im hier behandelten speziellen Bereich – die Auffassung von der angeblichen Stärke der deutschen obrigkeitsstaatlichen Tendenz, alle Fragen auf die staatliche Bürokratie abzuwälzen.

Sehr deutlich arbeitet der Beitrag die Intensität des Interesses am jeweils anderen Land wie auch die durch die eigene Situation bedingte spezifische Art der Rezeption der Vorbilder heraus. Die Bereitschaft, auf bestimmten Gebieten vom anderen Land zu lernen, muß dabei auf beiden Seiten nicht notwendig als Ausdruck einer besonderen Vorliebe für den „Lehrmeister“ angesehen werden. Sie beruhte häufig auch auf dem Wunsch, den Vorsprung des anderen Landes etwa in der Mobilisierung der Machtressourcen oder in der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im nationalen Interesse aufzuholen.

Sehr interessant scheint mir auch der Hinweis auf das grundsätzlich unterschiedliche Verständnis von Sozialreform und die damit verbundenen unterschiedlichen Zielgruppen und Motive der Sozialreform in Deutschland und England zu sein. Die Analyse Reuleckes über die Unterschiede in der generellen Auffassung von Sozialreform in beiden Ländern wird durch das verschiedene Verständnis über die Funktionen der Sozialversicherung bestätigt. Die deutsche Arbeiterversicherung der 1880er Jahre, die allerdings auch einen Beitrag zur Entlastung der Armenfürsorge und zur Linderung sozialer Not leisten sollte, war für Bismarck in erster Linie ein Mittel, das Vordringen der Sozialdemokratie zu stoppen. Sie war zudem mit dem Versuch einer Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme durch die beabsichtigte, aber wegen des Widerstandes des Reichstages nur teilweise verwirklichte enge Bindung der Arbeiter an den Staat und durch die Förderung einer korporativen Organisation der Gesellschaft verbun-

den<sup>4</sup>. In England sollte die nach den 1880er Jahren verstärkt geforderte Reform des Systems der sozialen Sicherheit vor allem das Problem der Massenarmut lösen. Es entsprach dieser Auffassung, daß im Gegensatz zu Deutschland nicht die gewerblichen Arbeiter, die am stärksten politisch und gewerkschaftlich organisiert waren, sondern bis zum Versicherungsgesetz von 1911 vor allem die besonders Bedürftigen – die Alten und die Kinder – die Hauptadressaten der Reformen waren.

Mit der besonders in Kreisen des Bildungsbürgertums in Deutschland weit verbreiteten Auffassung von Sozialreform als Mittel zur Förderung sozialer Harmonie hängt natürlich auch das besondere Interesse an Institutionen zur Förderung des sozialen Friedens zusammen. Auch als Reaktion darauf betonte die Arbeiterbewegung, daß der Aufbau unabhängiger klassenspezifischer Organisationen erforderlich und der Klassenkampf unvermeidlich sei. Damit wurden spätestens seit den 1860er Jahren politische Allianzen mit den Mittelklassen erschwert. Andererseits sind die starken Elemente der Idee der Sozialpartnerschaft, die auch unter dem Einfluß der katholischen Soziallehre in die deutsche Ausprägung des Sozialstaates eingegangen sind, m. E. indirekt oder direkt durch diese Bestrebungen nach sozialer Harmonie gefördert worden. Noch in der Geschichte der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik sind beide Tendenzen – die der Abschließung in betont klassenkämpferischen Sonderorganisationen des Proletariats, wie auch die Suche nach Bündnispartnern zur Sicherung der Demokratie und des Sozialstaates – nebeneinander vorhanden, wobei die konkrete Stärke dieser widersprüchlichen Tendenzen natürlich wesentlich von der jeweiligen Situation und dem Verhalten der bürgerlichen Kräfte abhing.

Beide Referate haben m. E. gezeigt, daß die Frage nach dem Verhältnis und den Allianzmöglichkeiten von Arbeiterschaft und bürgerlichen Gruppen ein zentrales Problem sowohl in Großbritannien wie in Deutschland darstellt, das durch den Vergleich neue Aspekte gewinnt.

<sup>4</sup> Vgl. *Gerhard A. Ritter, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich* (München 1983) bes. 28 f., 38 f., 44.

Jürgen Kocka

## Bürger und Arbeiter. Brennpunkte und Ergebnisse der Diskussion

### 1. Klassenbildung, Arbeiterschaft und Bürgertum

In der Vielzahl der Aspekte und Themen, die in der Diskussion angesprochen wurden, bewies der Zentralbegriff „Klassenbildung“ seine integrierende Kraft, jedenfalls in bezug auf die Arbeiterschaft und die in ihr vor sich gehenden Veränderungen. Immer wieder erlaubte es der Begriff, wie er zu Beginn des Kolloquiums und oben S. XIII f. in recht formaler und gerade deshalb brauchbarer Weise definiert wurde, sehr verschiedenartige Themen und Aspekte (Arbeitssituation, städtische Viertelbildung, Arbeitereinstellungen gegenüber bürgerlichen Angeboten oder Zumutungen, Verhältnis von Arbeiterbewegung und Liberalismus etc. etc.) miteinander zu verknüpfen, aufeinander zu beziehen – und sei es manchmal nur, indem man die Phänomene (wie etwa die Entwicklung von Firmenbewußtsein einer Belegschaft) als Belege für die *Grenzen* des Klassenbildungsprozesses einordnete. Die Frage nach dem Ob und den Grenzen, nach der Bedeutung und den Ursachen der tendenziellen, nie perfekten *Homogenisierung* der Arbeiterschaft und nach der Bedeutung ihrer *Außen-Abgrenzung* gegenüber den bürgerlichen Schichten rückte immer wieder in den Vordergrund, wobei die Grenzlinie zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum, die „Klassenlinie“, sowohl als Ort von Spannungen und Konflikten, Ab- und Ausgrenzung wie auch vor allem als Ort der Beeinflussung und Übernahme diskutiert wurde. Niemand bezweifelte, daß insgesamt gesehen der Prozeß der Arbeiterklassenbildung (wie oben S. XIII f. umschrieben) im Laufe des 19. Jahrhunderts und vor allem in der Epoche des sich durchsetzenden Industriekapitalismus seit den 1840er Jahren kräftig vorankam und daß Anfang des 20. Jahrhunderts so etwas wie „Arbeiterklasse“ in stärkerem Maße existierte als zu Anfang des 19. Jahrhunderts<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Der Untersuchungszeitraum endete 1914. Wäre er in die Zwischenkriegszeit und ins spätere 20. Jahrhundert hinein ausgedehnt worden, dann hätten sicherlich Prozesse der Klassen-Entbildung, der allmählichen Abschwächung der Klassenstruktur behandelt werden müssen. Siehe z. B. *Josef Mooser*, Abschied von der „Proletarität“. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: *Werner Conze* u. *M. Rainer Lepsius* (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem (Stuttgart 1983) 143–186.

Der Begriff der Klassenbildung erfüllte diese Klammerfunktion, obwohl weder über seine theoretischen Grundlagen und geschichtsphilosophischen Implikationen noch über seine Ausformulierung im einzelnen Einigkeit bestand. Die einen orientierten sich stärker an Max Webers Vorschlägen zur Fassung des Klassenbegriffs, die anderen stärker an Marx. Eine Divergenz flammte auf, ob man vom „letztinstanzlichen“ Übergewicht ökonomischer Faktoren sprechen könne (so J. Kuczynski im Anschluß F. Engels). Unterschiedlich gewichteten verschiedene Diskutanten die *Grenzen* des Klassenbildungsprozesses, also das, was einer vollkommeneren Durchsetzung des proletarischen Klassenbildungsprozesses auch im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert an innerer Differenzierung der Arbeiterschaft und an klassenübergreifenden Gemeinsamkeiten zwischen proletarischen und bürgerlichen Gruppen im Wege stand. Ob man wirklich, wie V. Lidtke vorschlug, von der Entstehung mehrerer regionaler oder gar lokaler Arbeiterklassen sprechen sollte, wurde mit Verweis auf die überlokalen, überregionalen Verflechtungen und auf die überlokal wirkenden Ursachen von Klassenbildungsprozessen in Frage gestellt. J. Kořalka bezweifelte, daß es sinnvoll sei, die Entstehung und Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung (der Arbeiterparteien, ihrer Politik und Ideologien) als eine Dimension (und damit als ein Definitionskriterium) von Klassenbildung zu verstehen, und wollte diese allein in ökonomischen, sozialen und sozialpsychologischen Kategorien definieren: allzu unterschiedlich sei nämlich die Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung von Land zu Land. Dies ist ein sehr ernst zu nehmendes Argument. Wenn man trotzdem an einem umfassenden, die politische Dimension einschließenden Klassenbildungsbegriff festhält, dann wird man sicherlich keine *bestimmte* politische Ausrichtung (etwa eine Variante des Marxismus) als Programm der zeitgenössischen Arbeiterparteien zum Maßstab der Klassenbildung machen dürfen. Vielmehr kann sich Klassenbildung unter verschiedenen politisch-ideologischen Vorzeichen vollziehen<sup>2</sup>. Noch wird man übersehen dürfen, daß oft keine wirkliche Parallelentwicklung auf der sozialen und der politischen Ebene bestand. Homogenisierung im politischen Bereich (vor allem die Herausbildung einer starken geschlossenen Arbeiterpartei) mag manchmal mit fortdauernder Unterschiedlichkeit, ja Heterogenisierung im sozialen Bereich (etwa zunehmenden Unterschieden des Einkommens oder der Arbeitserfahrung Ende des 19. Jahrhunderts) Hand in Hand gegangen sein. Und H. Soikkanen machte darauf aufmerksam, daß in Finnland vor 1914 eine, relativ zur Bevölkerungszahl, starke sozialdemokratische Arbeiterpartei bestand, obwohl die kapitalistische Industrialisierung noch kaum begonnen hatte. Feststellungen dieser Art warfen immense theoretische Probleme für den Klassenbildungsprozeß auf, aber verhinderten nicht, daß er als ein Brennpunkt der Diskussion diente, auf den hin die einen bestätigend argumentierten und von dem sich die anderen modifizierend abtiefen.

<sup>2</sup> Dies ist ein Unterschied zum marxistisch-leninistischen Ansatz, wie er sich auch in dem sehr wichtigen Werk von *Hartmut Zwahr* findet: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution (Berlin 1978).

Dem Ziel des Kolloquiums entsprechend, ging es nicht um die Diskussion des proletarischen Klassenbildungsprozesses als ganzen. Vieles blieb vorausgesetzt, unausgesprochen, unbeleuchtet: so etwa gewisse Grundlagen der proletarischen Klassenbildung, die in der Herausbildung von Lohnarbeit und den damit verbundenen Herrschafts- und Verteilungskonflikten zu finden sind. Die demographischen Dimensionen des Klassenbildungsprozesses wurden nicht berührt, und seine ökonomischen blieben am Rande<sup>3</sup>. Vielmehr ging es um den Einfluß des Bürgertums auf die proletarische Klassenbildung. Und auch dabei wurde selektiv verfahren: Gewisse klassische Themen wie Streiks und soziale Proteste<sup>4</sup> blieben beiseite. Manche bürgerlichen Ausschlußmechanismen (z. B. selektives Geselligkeits- und Heiratsverhalten)<sup>5</sup> wurden nur andeutungsweise berührt. Vollständigkeit war weder möglich noch angestrebt. Dafür richtete sich die Aufmerksamkeit stärker auf wenig erforschte Aspekte des Klassenbildungsprozesses, z. B. auf seine sozialräumliche Komponente (Viertelbildung, klassen- bzw. schichtenspezifische Raumerfahrungen und stadträumliche Konzeptionen: Reif, Reulecke) und auf die international so verschiedenen Rollen der Kirchen für die Abgrenzung der Klassen voneinander bzw. für die (begrenzte) Überbrückung des Klassenunterschieds (Mooser, McLeod), auf den Niederschlag unternehmerischer Politik in den Erfahrungen der Arbeiter (Lüdtke) und auf „Kontaktgruppen“ wie die kleinen Beamten, die Polizisten und teilweise den Klerus (Haupt, Tenfelde, Żarnowska zum katholischen Klerus), die – ähnlich wie die hier nicht diskutierten Dienstmädchen, Kleinhändler, Vermieter und kleinen Handwerker nebst Werkmeistern<sup>6</sup> – besonders wichtig erscheinen als soziale Gruppen, über die Einflüsse vom Bürgertum auf die Arbeiterschaft (und umgekehrt) kanalisiert wurden. Das Bildungsbürgertum erhielt mehr Aufmerksamkeit als die Bourgeoisie.

Vielleicht hing es mit dieser Auswahl zusammen, jedenfalls betonte man in den Referaten und Diskussionen dieses Kolloquiums die einbeziehenden, integrierenden, Brücken bauenden Einflüsse aus dem Bürgertum auf die Arbeiterschaft stärker als die

<sup>3</sup> Vgl. für weitere, hier nicht berücksichtigte Fragestellungen: *Charles Tilly, As Sociology Meets History* (New York 1981) 179–210.

<sup>4</sup> Zuletzt vgl. *Manfred Gailus* (Hrsg.), *Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830–1980)* (Berlin 1984); *Heinrich Volkmann u. Jürgen Bergmann* (Hrsg.), *Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung* (Opladen 1984).

<sup>5</sup> Vgl. *Jürgen Kocka u. a.*, *Familie und soziale Platzierung. Studien zum Verhältnis von Familie, sozialer Mobilität und Heiratsverhalten an westfälischen Beispielen im späten 18. und 19. Jahrhundert* (Opladen 1980).

<sup>6</sup> Zu den Dienstmädchen vgl. *Rolf Engelsing, Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten* (Göttingen 1978) 180–282; *ders.*, *Der Arbeitsmarkt der Dienstboten im 17., 18. und 19. Jahrhundert*, in: *Hermann Kellenbenz* (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt* (Wien 1974) 159–237. Sehr gut unter der gemeinten Fragestellung: *Therese M. McBride, The Domestic Revolution. The Modernization of Household Service in England and France 1820–1920* (London 1976). – Zum „alten“ und „neuen“ Mittelstand: *Goffrey Crossick u. Heinz-Gerhard Haupt* (Hrsg.), *Shopkeepers and Master Artisans in Nineteenth-Century Europe* (London 1984); *Jürgen Kocka* (Hrsg.), *Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert* (Göttingen 1981).

ausgrenzenden, Spannung und Konflikte treibenden Impulse. Insgesamt erwiesen sich damit gewisse *Grenzen* des Klassenbildungsprozesses als die interessanteren Diskussions- und Forschungsthemen, deren Bearbeitung neue Einsichten verspricht. Nicht das Bild einer unversöhnlichen Zwei-Klassen-Dichotomie und nicht das Bild einer völlig eigenständigen, ausgegrenzten und sich abkapselnden Arbeiterkultur schälten sich heraus, vielmehr dominierte der Eindruck einer großen Vielfalt von Kontakten, Einflußnahmen und Gemeinsamkeiten über die Klassenlinie hinweg, von bürgerlichen Einflüssen auf das Wohnen und die Familienideale der Arbeiter über die Einbeziehungserfolge der katholischen Kirche bis hin zur Verbreitung nationaler Werte und bürgerlicher Bildungsinhalte in der Arbeiterschaft (siehe die Überblicke bei Lidtke und Nipperdey S. 21–46 und S. 49 ff.). Drei Einschränkungen allerdings sind sofort hinzuzufügen:

1. Die tiefen Spannungen zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum wurden nicht bestritten, sondern eher als bekannt vorausgesetzt, um vor diesem nicht im einzelnen ausgeleuchteten Hintergrund einmal den gegenläufigen, nämlich ausgleichenden Impulsen genauer nachzugehen. Dabei wurden eher bürgerliche *Versuche* zur Beeinflussung und Einwirkung auf die Arbeiter diskutiert – z. B. Ansätze bürgerlicher Sozialreform im Elberfelder System (S. 263 ff.) – als *Effekte* solcher Versuche. Die Frage, warum diese Versuche nicht erfolgreicher waren und warum trotz ihrer eine so relativ geschlossene, bürgertumskritische Arbeiterbewegung entstand, war präsent, wenn sie auch nicht ausdiskutiert wurde.

2. Eine Antwort darauf ist sicher in der tiefen *Ambivalenz* gewisser bürgerlicher Einflußnahmen zu finden. Am Beispiel der Bildung (Vierhaus) wurde das besonders klar: Gegenüber Unterschichten und Arbeiterschaft entwickelte dieses bürgerliche Angebot durchweg emanzipatorische Kraft (manchmal über die begrenzteren Intentionen der bürgerlichen Erzieher hinaustreibend); ganz zentral war die in Aufklärung und Neuhumanismus wurzelnde Bildungstradition für die Anspruchserhöhung, die Dynamik und die Fortschrittlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung. Aber andererseits verschaffte die Bildung auch Exklusivität, begründete sie Gemeinsamkeiten der Gebildeten, durch die diese sich von den Ungebildeten abgrenzten, richtete sie „gläserne Mauern“ auf (W. Rathenau), die allerdings nicht mit der Klassenlinie deckungsgleich waren (denn es gab ja auch ungebildete Bürger)<sup>7</sup>. Bildung sorgte so für zusätzliche soziale Ungleichheit und begründete Distanzen zwischen einem Teil des Bürgertums und dem allergrößten Teil der Arbeiterschaft, sie baute nicht nur Brücken, sondern versperrte sie auch. U. a. zeigte sich das in den (im übrigen auch anders bedingten) Schwierigkeiten der protestantischen Kirchen, Resonanz bei der Arbeiterschaft zu finden. Ihre – im Vergleich zum Katholizismus – stärkere Prägung durch Aufklärung und bürgerliche Bildung bekräftigte ihre Distanz zu den unteren Schichten einschließlich der Arbeiterschaft<sup>8</sup>.

<sup>7</sup> Vgl. Rudolf Vierhaus, Umriss einer Sozialgeschichte der Gebildeten in Deutschland, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 60 (1980) 395–419.

<sup>8</sup> Dagegen dürfte die nicht zu bezweifelnde Resonanz der katholischen Kirche bei ländlichen und städtischen Unterschichten teilweise aus ihrer großen Skepsis gegenüber Aufklärung (und

3. Die meisten Referate und Diskussionsbeiträge bestätigten die ältere These von der „Verbürgerlichung des Proletariats“<sup>9</sup> nicht. Die einfache Übernahme bürgerlicher Werte und Lebensformen, Institutionen und Kulturen in die entstehende Arbeiterklasse – sei es durch Imitation, sei es durch Oktroi – wurde nicht konstatiert. Vielmehr arbeitete man in der Diskussion immer wieder die Selektivität und den transformatorischen Charakter dieser bürgerlich-proletarischen Transferbeziehungen heraus: Teilweise wählten die Rezipienten bewußt aus, z.B. die Arbeiterbewegung aus den bürgerlichen Bildungsinhalten in der eigenen Bildungsarbeit. Oftmals verhinderten Situationsfaktoren die volle Übernahme, wie z.B. die Armut nebst der verbreiteten Frauen- und Kinder-Erwerbsarbeit jede umfassende Übernahme des bürgerlichen Familien-, Einrichtungs- und Wohnideals unmöglich machte. Außerdem gab es auch bürgerlich-staatliche Vorenthaltungen, zu zeigen etwa an der ungleichen Verteilung städtischer Versorgungsleistungen oder an der Begrenztheit des Volksschulunterrichts. Häufig kam es zur aktiven Aneignung, Verarbeitung und selektiven Anverwandlung bürgerlicher Angebote durch Arbeiter, Arbeiterfamilien und Arbeiterbewegung. Wie sich bürgerliche Inhalte und Formen im Transfer veränderten, bliebe näher zu untersuchen. Und schließlich wurde auf die Grenzen der „Eindringtiefe“ bürgerlicher Einflüsse aufmerksam gemacht (Lüdtke). Z.B. habe die disziplinierende Personalpolitik der Unternehmensleitungen selbst noch im frühen 20. Jahrhundert viele Spielräume und Eigenständigkeiten der Belegschaften nicht wirklich ausgelöscht, deren „Eigensinn“ nicht wirklich gebrochen.

Die Frage nach den bürgerlichen Einflüssen auf die proletarische Klassenbildung komplizierte sich durch die Vielgestaltigkeit des Phänomens „Bürgertum“. Es erwies sich als notwendig, scharf zwischen einzelnen bürgerlichen Gruppen wie zwischen verschiedenen, zu verschiedenen Zeiten dominanten Schichten des Bürgerbegriffs zu differenzieren<sup>10</sup>. Der Vorschlag, zwischen dem älteren (aber bis weit ins 19. Jahrhundert als Gruppierung erfassbaren) Stadtbürgertum, dem akademisch qualifizierten, teils freiberuflichen, teils angestellten und teils beamteten Bildungsbürgertum sowie dem Wirtschaftsbürgertum der großen Unternehmer, Kapitalisten und Manager (= Bourgeoisie) zu unterscheiden und diese Bürgerbegriffe noch einmal vom ganz anders gelagerten umfassenden Staatsbürgerbegriff zu trennen (Wehler), gab wohl das Minimum der nötigen Differenzierung an und wurde mehrfach aufgegriffen (so etwa von Reulecke in seiner Differenzierung verschiedener bürgerlicher Reaktionen auf die „soziale Frage“ im 19. Jahrhundert: S. 261 ff.). Wahrscheinlich benötigt man, je nach Fragestellung, weitergehende Differenzierungen. Z.B. stellte das ökonomisch ungemein hete-

Liberalismus) stammen, eine Neigung, die viele in den Unterschichten teilten. Vgl. *Werner K. Blessing*, Staat und Kirche in der Gesellschaft. Institutionelle Autorität und mentaler Wandel in Bayern während des 19. Jahrhunderts (Göttingen 1982).

<sup>9</sup> Vgl. *Hermann Bausinger*, Verbürgerlichung – Folgen eines Interpretaments, in: *Günter Wiegelmann* (Hrsg.), Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert (Göttingen 1973) 24–49. Siehe auch *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), Arbeiterkultur (Königstein/Ts. 1979).

<sup>10</sup> Zur Begriffsgeschichte *Manfred Riedel*, Bürger, Staatsbürger, Bürgertum, in: *Otto Brunner* u. a. (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe 1 (Stuttgart 1972) 672–725.

rogene „Stadtbürgertum“ je später desto weniger eine mit sich identische Gruppierung dar, über die in bezug auf ihr Verhalten zur Arbeiterschaft sinnvoll als ganze gesprochen werden könnte, während dies noch für den Vormärz im Zusammenhang der städtischen Armen-, Niederlassungs- und Steuerpolitik durchaus möglich ist.

Was diese sozialökonomisch verschieden zu verortenden, nach Einkommensart und Einkommenshöhe, Funktion und Beruf, Bildung und Macht so verschiedenen bürgerlichen Gruppen dennoch zusammenhielt und die semantische Gewohnheit, vom Bürgertum zu sprechen, rechtfertigen mag, wurde wiederum – wie so oft in Bürgertumsdiskussionen – vor allem im Bereich der Kultur und der Lebensführung gesucht: in bestimmten Haltungen zu den Prinzipien der Arbeit und Leistung, in bestimmten Idealen und Formen des Familienlebens, in bestimmten kulturellen Inhalten und ideologischen Orientierungen (so Nipperdey S. 49 ff.).

Wahrscheinlich gibt es keine andere Lösung, es sei denn den Verzicht, überhaupt vom Bürgertum im allgemeinen zu sprechen. Eine Klasse – im Sinne von Weber und Marx (gekennzeichnet durch gemeinsame Marktposition und daraus folgende gemeinsame Interessenlagen bzw. durch Besitz oder Nicht-Besitz bestimmter Produktionsmittel) stellt das heterogene Bürgertum jedenfalls nicht dar. Und dessen Identität über die Annahme von Macht- und Abhängigkeitsbeziehungen (zwischen einer dominanten Bourgeoisie-Klasse und von ihr bestimmten Bildungs- und kleinbürgerlichen Anhängseln) zu sichern, wäre eine realitätsferne Behauptung, für die in der Diskussion denn auch niemand plädierte: als zu eigenständig und stark erwies sich das Bildungsbürgertum vor allem in Mitteleuropa. Macht man das Bürgerliche des Bürgertums in kultur-, mentalitäts- und geistesgeschichtlichen Kategorien dingfest (wie es geschah), dann gehört natürlich die höhere und mittlere Beamtschaft voll und ganz dazu. Dies war eine im Kolloquium allgemein geteilte Definitionsentscheidung, die viel für sich hat, aber auch zu einschneidenden Konsequenzen für die Debatte über die Frage des „Sonderwegs“ führt<sup>11</sup>.

Es ist jedoch hinzuzufügen, daß die Existenz von so etwas wie Bürgertum – also die Berechtigung, von Bürgertum insgesamt trotz seiner immensen inneren Heterogenität zu sprechen – in diesem Kolloquium mehr vorausgesetzt als begründet wurde. Wäre es um die Tendenzen und Grenzen der Konstituierung der Kollektivität „Bürgertum“ (statt um den proletarischen Klassenbildungsprozeß) gegangen, hätte man die Frage-richtung umkehren müssen und nach den Auswirkungen des Arbeiter-Bürger-Verhältnisses, der damit gegebenen Kontakte und Konflikte, auf die verschiedenen bürgerlichen Gruppen fragen müssen. Auch das Verhältnis zwischen Adel und Bürgertum hätte dann stärker zur Sprache kommen müssen, doch das wäre ein anderes Kolloquium gewesen.

<sup>11</sup> Dazu oben S. 202 ff.

## 2. Probleme und Ergebnisse des Vergleichs

Besonders in den Teilen des Kolloquiums, die sich mit der Stadt und dem Unternehmen als Feldern des Bürger-Arbeiter-Kontaktes beschäftigten, erwies sich der internationale Vergleich, der zum Programm des Kolloquiums gehörte, als schwierig. Mikrohistorische Ansätze – die Begrenzung des Untersuchungsraums auf kleine und kleinste Bereiche (ein Dorf, eine Stadt, ein Stadtviertel, ein Unternehmen) – haben immer ihren Platz in der Sozialgeschichte gehabt, und in den letzten Jahren nahm das Interesse an ihnen zu. Sie allein scheinen die oftmals gewünschte „Innenansicht“ vergangener Verhältnisse und Erfahrungen zu ermöglichen. Hier scheint „Geschichte von unten“ am ehesten möglich zu sein. Nur in kleinen, überschaubaren Räumen wird die Wirklichkeit in ihrer bunten Sperrigkeit, die sich der Systematisierung oftmals entzieht, rekonstruierbar. Ob man das „alltagsgeschichtlich“ nennt oder nicht, solche Interessen haben zugenommen, dies ist ein mächtiger Trend, der sich in der neuen Sozialgeschichte und auch in diesem Kolloquium bemerkbar machte. Er bedeutet Bereicherung, Sensibilisierung, Freilegung oftmals vernachlässigter Dimensionen der Wirklichkeit und langfristig sicher auch Akzentverschiebungen in unserem Bild von der Vergangenheit. Aber er hat auch „Kosten“. Zu diesen gehört der anscheinend eingebaute Verzicht auf den großflächigen, besonders auf den internationalen Vergleich. Dies ist nur ein Teil eines größeren Problems: der Schwierigkeit, Mikro- und Makrogeschichte zu verknüpfen<sup>12</sup>.

Auf dem Kolloquium kam diese grundsätzliche Problematik immer wieder zum Vorschein, einerseits als Mißtrauen gegenüber der Leistungskraft makrohistorischer Klassenmodelle zur Erschließung von Erfahrungen: Die Ökonomie sei kein Zauberkraft, um historische Erfahrungen zu verstehen, meinte D. Groh und empfahl Bourdieu und Thompson statt Marx und Weber, nicht ohne Widerspruch zu finden. Andererseits als Hinweis auf die Gefahr der liebevoll-selbstgenügsamen Überdifferenzierung bei der Rekonstruktion von Erfahrungen im kleinsten Raum, ohne Bereitschaft zur Frage nach dem Typischen, zum Vergleich, zur Synthese (Kocka). Eine generelle, allgemein akzeptierte Lösung zeichnete sich nicht ab. Aber die Verteidiger übergreifender Klassenbildungsbegriffe Marxscher oder Weberscher Provenienz beanspruchten – zu Recht, wie ich meine –, daß sie die Dimension der Erfahrungen im Raster ihrer Begriffe wohl einfangen können. Und umgekehrt ergab die Diskussion vom erfahrungsgeschichtlichen Grundansatz her Begriffe, die Erfahrungen mit Strukturen wie auch den Einzelfall mit allgemeineren Zusammenhängen vermitteln können sollten:

<sup>12</sup> Aus der kontroversen Literatur zu diesem Thema vgl. *Jürgen Kocka*, Historisch-anthropologische Fragestellungen – ein Defizit der historischen Sozialwissenschaft? in: *Hans Süßmuth* (Hrsg.), *Historische Anthropologie* (Göttingen 1984) 73–83 (ebd., 57–72: *Detlef Peukert*, *Neuere Alltagsgeschichte und Historische Anthropologie*); *Klaus Tenfelde*, Schwierigkeiten mit dem Alltag, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984) 376–394; *Hans Medick*, „Missionare im Ruderboot“? Ethnologische Erkenntnisweisen als Herausforderung an die Sozialgeschichte, in: ebd., 295–319; *Peter Borscheid*, Plädoyer für eine Geschichte des Alltäglichen, in: *ders.* u. *Hans J. Teuteberg* (Hrsg.), *Ehe, Liebe, Tod. Zum Wandel der Familie, der Geschlechts- und Generationsbeziehungen in der Neuzeit* (Münster 1983) 1–14.

So fragte H. Reif danach, unter welchen Bedingungen welche Erfahrungen sozialer Ungleichheit in der Stadt politisierbar, d. h. auch verallgemeinerbar und als Faktoren der Prozeß- und Strukturgeschichte wirksam wurden. Und die Kategorie der „Eindringtiefe“ (Lüdtke) zielte ebenfalls auf das Verhältnis von Erfahrungen und Strukturen<sup>13</sup>.

Als etwas leichter erwies sich der internationale Vergleich, wenn überlokale, überregionale Institutionen zum Untersuchungsgegenstand gehörten wie Kirchen (s. die Vergleiche Moosers und McLeods), politische Institutionen und Rechtsverhältnisse (s. die Vergleiche Breuilys und Ritters) oder die Rolle der Polizei für die Klassenbildung (Haupt, Tenfelde). Auch großflächige, gesellschaftsgeschichtliche Klassen- und Schichtenanalysen erwiesen sich als vergleichsfreundlich.

Als eine zentrale „Variable“ – als ein grundsätzlicher Faktor, der Unterschiede in der Ausprägung des Bürgertums und seiner Auswirkungen auf die proletarische Klassenbildung erklärt – wurde die international verschiedenartige Rolle der adligen Tradition identifiziert. In den sehr stark adlig geprägten Gesellschaften Polens, Ungarns und Rumäniens, so führte G. Ránki aus, übernahmen Teile des Adels in der Modernisierung des 19. Jahrhunderts Funktionen, die weiter im Westen bildungsbürgerlich ausgefüllt wurden; das schwache, einheimische Bildungsbürgertum, „Bildungs-Kleinbürgertum“, wie Kořalka sagte, mag eben deshalb eher zur Kooperation mit der entstehenden Arbeiterklasse bereit und in der Lage gewesen sein als in Mitteleuropa. Beispiele für enge Kontakte zwischen Proletariat und polnischem Kleinbürgertum enthält der Beitrag von Zarnowska. Die *Art*, in der Adel und Bourgeoisie in ihre wohl überall in Europa im späteren 19. Jahrhundert enge Verbindung getreten sind, variierte auch zwischen England, Frankreich und Deutschland. Weichen dafür stellte schon das 18. Jahrhundert, in dem bürgerliche Honoratioren und reiche Unternehmer zwar in Frankreich und England marktmäßigen Zugang zum Grundbesitz und damit zur Grundrente hatten, nicht aber (i. d. R.) östlich des Rheines, wo feudalgesellschaftliche, rechtlich untermauerte Schranken dieser frühen Verbindung alter und neuer Führungsgruppen unter kapitalistisch-kommerziellem Vorzeichen im Wege standen<sup>14</sup>. Erst mit den Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts änderte sich das hier. Was diese länger dauernde Exklusion bürgerlicher Vermögen von landwirtschaftlich verwertbarem Grundbesitz bedeutete, bleibt zu erforschen: adlig-großbürgerliche Distanzen dürften in Deutschland länger überlebt haben, die ökonomische Schwäche der Bourgeoisie in den deutschen Ländern mag dadurch verstärkt worden sein, und als es dann vor allem seit den 1870er Jahren zu symbiotischen Prozessen zwischen Adel und Bourgeoisie kam, geschah dies unter unbürgerlicheren Konditionen als im Westen<sup>15</sup>. Damit hingen sicherlich verschiedenartige Ausprägungen bürgerlicher Kultur,

<sup>13</sup> Vgl. oben S. 325 ff.

<sup>14</sup> Diesen Hinweis verdanke ich Wolfgang Mager, Bielefeld.

<sup>15</sup> Eine systematische Untersuchung dieses Problems fehlt weiterhin, sooft von der „Feudalisierung des Großbürgertums“ im Wilhelminischen Reich gesprochen wurde. Vgl. für die frühere Zeit Robert M. Berdahl, Junker and Burgher. Conflicts Over the Purchase of „Rittergüter“ in the Early 19th Century, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburts-

Lebensformen und Einflußchancen in Deutschland, Frankreich und England zusammen, die es weiter zu erforschen gilt. Daß die Existenz einer starken Adelstradition Voraussetzung der Entstehung eines einigermaßen abgrenzbaren Bürgertums war, ergibt der Vergleich mit Nord- und Latein-Amerika, wo ohne starke Adelstradition ein einigermaßen profiliertes Bürgertum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts letztlich fehlte, bevor in späteren Jahrzehnten mit fortschreitender Durchsetzung des Kapitalismus und der Industrialisierung eine Bourgeoisie (Wirtschaftsbürgertum) entstand<sup>16</sup>.

Eine zweite „Variable“ im genannten Sinn scheint die Bildung dargestellt zu haben, mit vermutlich besonders starkem Gewicht in Deutschland. Die in den meisten deutschen Staaten relativ früh und weit verbreitete Volksschule war zweifellos ein Medium, durch das bürgerliche Orientierungen auf Arbeit, Ordnung, Fleiß und Leistung den Unterschichten und der entstehenden Arbeiterklasse nahegebracht wurden, in staatlicher Überformung, mit „standesgemäßen“ Abstrichen und mit schwer abschätzbarem Erfolg, aber immerhin<sup>17</sup>. Besonders im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts stellten bürgerlich initiierte Bildungsvereine Plattformen dar, auf denen die Kommunikation, Reflexion, Artikulation und Politisierung von Arbeiterinteressen und -erfahrungen stattfanden, oft weit über die intendierten Zielsetzungen der bürgerlichen Bildung hinaus (D. Langewiesche). Schließlich wurden diese Bildungsvereine zu einer Wurzel der deutschen Arbeiterbewegung, wie sich an den Karrieren Borns, Lassalles und Bebels studieren läßt<sup>18</sup>. Die Rolle der Theorie, der Intellektuellen, der Bildungsarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts war bemerkenswert ausgeprägt, ausgeprägter, wie es scheint, als in den westeuropäischen oder nordamerikanischen Arbeiterbewegungen. Sicher hing das damit zusammen, daß in Deutschland – im Vergleich zu Frankreich, England und USA – das Gewicht des Bildungsbürgertums relativ zur Bourgeoisie besonders ausgeprägt war und die Bildungsbewegung jedenfalls in Preußen im Zentrum des Modernisierungsschubs am Anfang des 19. Jahrhunderts stand<sup>19</sup>.

tag (Göttingen 1982) 173–190; jetzt eine Monographie vom selben Verfasser zum Thema der Nobilitierung. Hartmut Kaelble, Berlin, arbeitet an einem Projekt über Aspekte des Verhältnisses zwischen Bourgeoisie und Adel im Wilhelminischen Reich. Für England vgl. *F. M. L. Thompsons* Beitrag in: *Pat Thane* u. a. (Hrsg.), *The Power of the Past. Essays for Eric Hobsbawm* (Cambridge 1984).

<sup>16</sup> Vgl. *Louis Hartz*, *The Liberal Tradition in America. An Interpretation of American Political Thought since the Revolution* (New York 1955); *Hans-Jürgen Puhle*, *Probleme einer Sozialgeschichte der Bourgeoisie in Lateinamerika*. Manuskript (Bielefeld 1985).

<sup>17</sup> Vgl. zuletzt *H.-G. Thien*, *Schule, Staat und Lehrerschaft* (Frankfurt 1984).

<sup>18</sup> Vgl. *Karl Birker*, *Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840–1870* (Berlin 1973); *Toni Offermann*, *Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863* (Bonn 1979) bes. 268–338.

<sup>19</sup> Vgl. den Beitrag von Vierhaus in diesem Band; sowie *Thomas Nipperdey*, *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat* (München 1983) 56–64, 403–594. Im Unterschied zu Nipperdey betont Vierhaus nicht die Andersartigkeit zwischen Aufklärung und neuhumanistischer Bildungsbewegung, sondern – überzeugend – die Kontinuität zwischen beiden. – Aus der älteren Literatur *Hans Weil*, *Die Entwicklung des deutschen Bildungsprinzips* (Bonn 1930).

Drittens resultierten internationale Unterschiede im Verhältnis Bürgertum-Arbeiterschaft aus Unterschieden im politischen System. Daß der Zeitpunkt und die Art der Herausbildung einer *politischen* Arbeiterbewegung vom Wahlrecht und Regierungssystem, vom Muster der Nationalstaatsbildung und der Ausprägung des Liberalismus im jeweiligen Lande abhing, ist im Grundsatz bekannt, wenn auch im einzelnen noch klärungsbedürftig. Die, international gesehen, ungemein frühe Entwicklung einer selbständigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Deutschland resultierte z.T. aus der Schwäche des Liberalismus und des bürgerlichen Radikalismus, aus der späten Nationalstaatsbildung „von oben“, der frühen Demokratisierung des Reichstags-Wahlrechts und dem fehlenden Parlamentarismus – immer im Vergleich zu England<sup>20</sup>. Im deutsch-englischen Vergleich wurde dieser Zusammenhang auf dem Kolloquium weiter geklärt (Breuilly, Ritter). Aber Nationalstaatsbildung und Staatsstruktur beeinflussten die Beziehungen zwischen Bürgertum und entstehender Arbeiterklasse auch „unterhalb“ der Ebene der politischen Arbeiterbewegung. Zwei Beispiele: 1. Wie Zarnowska für Polen und Kořalka für die tschechischen Gebiete der Habsburger Monarchie ausführten, kam es dort im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert zu engsten Verbindungen und Kooperationen zwischen aktiver Arbeiterschaft und nationalbewußtem Kleinbürgertum, in gemeinsamer Absetzung von den fremd-nationalen Herren, die nicht nur die Regierungen, sondern auch die meisten größeren Wirtschaftsunternehmen leiteten. Fließende Übergänge zwischen national-demokratischem Kleinbürgertum (Lehrern, Journalisten, „Intelligenz“, in Polen auch unterem Klerus) und Arbeiterschaft kennzeichneten die Situation, wo die nationale Bewegung gegen Fremdherrschaft um den eigenen Nationalstaat kämpfte – anders wohl als in Mittel- und Westeuropa, wo diese gemeinsame Frontstellung gegen fremd-nationale Herrschaft fehlte. Allerdings scheint die Distanz zwischen Kleinbürgertum (Handwerker, Einzelhändler, kleine Beamte und Angestellte) und Arbeiterschaft in Deutschland besonders stark ausgeprägt gewesen zu sein, stärker jedenfalls als in Frankreich (was mit der kräftigeren Tradition des bürgerlichen Radikalismus westlich des Rheines wechselseitig zusammenhing)<sup>21</sup>. – 2. beeinflussten der Zeitpunkt des Ausbaus der staatlichen Bürokratien und die Stärke der bürokratischen Traditionen im jeweiligen Land das Verhältnis von Bürgern und Arbeitern.

Im deutsch-französischen Vergleich (Haupt am Beispiel der Polizei) zeigten sich in diesem Punkt nur wenige Unterschiede: Auf beiden Seiten gab es starke, in den Absolutismus zurückreichende bürokratische Traditionen. Für den deutsch-englischen und den deutsch-amerikanischen Vergleich aber dürften die Stärke bzw. die Schwäche, die Frühzeitigkeit bzw. die Verspätung staatlich-bürokratischer Traditionen eine entscheidende Variable darstellen. Dies zeigte sich schon am Beispiel der Polizei: Es hing mit der ins 18. Jahrhundert zurückreichenden Policey-Tradition zusammen, daß die Polizei auf dem Kontinent besonders in den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts

<sup>20</sup> Vgl. Jürgen Kocka (Hrsg.), Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich (Göttingen 1983) 5–20.

<sup>21</sup> Vgl. Heinz-Gerhard Haupt, Frankreich: langsame Industrialisierung und republikanische Tradition, in: ebd., 39–76.

einen weiteren und vielseitigeren Funktionsbereich hatte als etwa die englische, der Armenkontrolle und -fürsorge ebensowenig oblagen wie baupolizeiliche Aufgaben (Breuille). Und von der teils engen Beziehung zwischen englischen Freikirchen und Arbeiterschaft unterschieden sich jedenfalls die protestantischen Kirchen Deutschlands und die katholische Kirche Frankreichs sehr: ihre großen Schwierigkeiten, Zugang zur Arbeiterschaft zu finden, hingen u. a. mit ihrer obrigkeitsstaatlichen Einbindung zusammen (McLeod)<sup>22</sup>.

Viele andere Ursachen für beobachtbare internationale Unterschiede im Verhältnis von Bürgertum und Arbeiterschaft wurden diskutiert, so die relative Rückständigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung (z. B. Ostmitteleuropas im Vergleich zu Zentral- und Westeuropa) und die verschiedenartige Ausstattung mit politisch-ideologischen Traditionen, so der des Republikanismus und der Gewalt (!) in Frankreich im Vergleich zu Deutschland (Haupt, Mooser). Schwierigkeiten jedes Vergleichs wurden überaus deutlich, z. B.: Welche Zeiträume hat man miteinander zu vergleichen, wenn man nach Ähnlichkeiten und Unterschieden der deutschen und der englischen Entwicklung fragt (zeitgleich, wie es Breuille tat, oder zeitverschoben, wie es Ritter forderte)? Ohne (immer bestreitbare) theoretisch-hypothetische Vorweg-Annahmen geht es dabei nicht ab. Man braucht etwa Theorien zum Zusammenhang zwischen Arbeiterbewegung und kapitalistischer Industrialisierung, so daß dann, chronologisch verschoben, die beiden Arbeiterbewegungen auf jeweils gleicher Industrialisierungsstufe (England im zweiten Drittel und Deutschland im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts) zu vergleichen wären<sup>23</sup>.

### 3. Ein deutscher Sonderweg?

Soweit auf dem Kolloquium die These vom „deutschen Sonderweg“ auf den Prüfstand des internationalen Vergleichs gestellt wurde, fand sie wenig Bestätigung. Nun ist diese These vielschichtig, an den Rändern verschwimmend und schlecht definiert. Die mit ihr verbundene Sichtweise prägt so manches Werk zur deutschen Geschichte, aber die meisten Historiker würden wohl jeweils nur Teile der These unterschreiben, und zwar jeweils andere. Und die Bezeichnung „Sonderweg“ – ein theoretisch schwer zu verteidigender Begriff – wird eher von den Kritikern der Sichtweise verwendet als von denen, die sie in der einen oder anderen Weise praktizieren. Es handelt sich um eine Sicht deutscher Geschichte, um Kritik aus liberal-demokratischer Perspektive, um einen Zugriff auf die deutsche Geschichte vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, der die deutsche Entwicklung mit der Entwicklung in Westeuropa und Nordamerika meist mehr implizit als explizit vergleicht und auf diesem Vergleichshintergrund deutsche Sonderentwicklungen kritisch feststellt. Vielleicht ist der englische Ausdruck

<sup>22</sup> Vgl. *Hugh McLeod*, *Religion and the People of Western Europe: 1789–1970* (Oxford 1981).

<sup>23</sup> Vgl. *Hans Jürgen Pöbl*, *Theorien in der Praxis des vergleichenden Historikers*, in: *Jürgen Kocka u. Thomas Nipperdey* (Hrsg.), *Theorie und Erzählung in der Geschichte* (München 1979) 119–136.

„German divergence from the West“ genauer. Das Fehlen, dann das Scheitern einer bürgerlichen Revolution; die späte („verspätete“) Nationalstaatsbildung; die Stärke des Obrigkeitsstaates und die Schwäche parlamentarisch-demokratischer Institutionen; illiberale, anti-pluralistische Aspekte der politischen Kultur und der herrschenden Ideen; die fortdauernde Macht und Ausstrahlungskraft vor-industrieller, vor-bürgerlicher Mentalitäten und Lebensformen, Strukturen und Eliten (Adel und Großagrarien, Offizierskorps und hohes Beamtentum) trotz rascher sozialökonomischer Modernisierung – dies sind die wichtigsten Elemente der mit dem Stichwort „Sonderweg“ gemeinten Sicht deutscher Geschichte. In ihrem Zentrum, so kann man sagen, steht die Annahme eines „Defizits an Bürgerlichkeit“, das die deutsche Sozial-, Kultur- und Verfassungsgeschichte im Vergleich „zum Westen“ gekennzeichnet habe und das, hier steckt der ideologisch-politische Referenzpunkt der ganzen These, zwar nicht einfach und linear auf den Nationalsozialismus hinführte, aber doch eine wichtige Bedingung darstellte dafür, daß in Deutschland, aber nicht in den westlichen Demokratien, die Krisen der Zwischenkriegszeit zum Aufstieg und Sieg einer faschistischen Bewegung führten<sup>24</sup>.

Diese Sonderweg-These hat sich nie allgemein durchgesetzt, und die Kritik an ihr nahm in den letzten Jahren zu. Den Vertretern dieser Sichtweise wurde vorgeworfen, sie idealisierten „den Westen“, unterschätzten die riesigen Unterschiede zwischen den westeuropäischen Staaten und interpretierten die deutsche Geschichte zu selektiv, zu negativ-teleologisch unter dem Gesichtspunkt des später sich durchsetzenden Nationalsozialismus. Schließlich, so hielt man ihnen entgegen, sei die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts nicht nur Vorgeschichte des Nationalsozialismus, sondern müsse einerseits als eine vergangene Gegenwart in eigenem Recht und andererseits auch als

<sup>24</sup> Wie gesagt, viele Autoren, die sich voneinander sehr unterscheiden, haben zu dieser Sichtweise beigetragen, manche nur in einer vorübergehenden Phase ihrer wissenschaftlichen Laufbahn und meist nur in Betonung eines oder weniger (nicht aller) genannten Aspekte. Vgl. z. B. *Helmuth Plessner*, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes (Stuttgart 1959); *Ernst Fraenkel*, Deutschland und die westlichen Demokratien (Stuttgart 1964); *Karl Dietrich Bracher*, Die Auflösung der Weimarer Republik (Villingen 1955); *Gerhard A. Ritter*, Deutscher und britischer Parlamentarismus. Ein verfassungsgeschichtlicher Vergleich (Tübingen 1962); *Leonard Krieger*, The German Idea of Freedom (Boston 1957); *Fritz Stern*, The Politics of Cultural Despair. A Study in the Rise of the German Ideology (Berkeley 1961); *Kurt Sontheimer*, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik (München 1962); *Hans Rosenberg*, Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience 1660–1815 (Cambridge, Mass. 1958); *ders.*, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse (1958), in: *ders.*, Machteliten und Wirtschaftskonjunktur (Göttingen 1978) 83–101; *Hans-Ulrich Wehler*, Das deutsche Kaiserreich 1871–1918 (Göttingen 1973 u. ö.); *Ralf Dahrendorf*, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland (München 1968); *Hans-Jürgen Pube*, Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert (Göttingen 1975); *Jürgen Kocka*, Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890–1940 im internationalen Vergleich (Göttingen 1977); *Gordon A. Craig*, Deutsche Geschichte 1866–1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches (München 1980); *ders.*, Über die Deutschen (München 1982); *Gerhard A. Ritter* u. *Jürgen Kocka* (Hrsg.), Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen 2: 1870–1914 (München 1974 u. ö.) 66–70 (zum „Defizit an Bürgerlichkeit“).

Vorgeschichte der Bundesrepublik und der DDR begriffen werden. Es gebe eben viele Kontinuitäten, nicht nur die auf 1933 hin und von dort weg. Man solle die Schattenseiten der deutschen Geschichte nicht übertreiben und, vor allem, nicht immer davon handeln, was *nicht* geschehen sei (etwa eine erfolgreiche bürgerliche Revolution). Jedes Land habe seinen eigenen „Sonderweg“. Die Wahl „des Westens“ als des Maßstabs für die Feststellung deutscher Defizite sei zumindest nicht selbstverständlich und bedürfe der Rechtfertigung<sup>25</sup>. Das Kolloquium berührte nur einige Aspekte dieser Debatte. Was ergab sich dabei?

1. Die These vom deutschen „Defizit an Bürgerlichkeit“ wurde nicht bestätigt. Was die bürgerliche Selbstverwaltung der Städte im Hinblick auf die Armenpolitik betraf, sah man im späten 19. Jahrhundert oftmals geradezu bewundernd von England auf Deutschland; dies arbeitete Reulecke heraus. Der Umgang der französischen Polizei mit Arbeitern und Arbeiterorganisationen unterschied sich von entsprechenden deutschen Verhältnissen keineswegs durch größere Toleranz, Liberalität oder Bürgerlichkeit. Gewalt prägte die französischen Auseinandersetzungen in viel höherem Maße als die deutschen. Wie sähe die deutsche Entwicklung in einer vergleichenden Gewalt-samkeitsbilanz aus, wenn man diese mit 1914 oder 1933 enden ließe? Wie verhalten sich Gewalt-samkeit und Bürgerlichkeit zueinander? War das Defizit an Bürgerlichkeit, das im Kaiserreich Weber, Naumann und andere Linksliberale geißelten, primär oder gar ausschließlich ein Problem von Verfassung und Politik (so in der Diskussion Wehler)? War der deutsche Sonderweg nur einer der Staatsbildung und insofern vergleichbar mit Italien (Breuilly)?

2. Je nach Wahl des Vergleichslandes treten in der Analyse andere Züge in den Vordergrund und drängen sich andere Sichtweisen auf. Im Vergleich zu Ost-Mitteleuropa erwies sich manches an der deutschen Entwicklung als sehr bürgerlich (z. B. die Stärke des Bildungsbürgertums) oder aber als außerordentlich typisch und normal (so etwa die starke Rolle des Staates). Ob man nicht eher von einem englischen Sonderweg innerhalb Europas sprechen sollte, wurde mehrfach gefragt.

3. Dabei wurde vor allem auf die Tatsache angespielt, daß die Herausbildung öffentlicher Bürokratien in England (wie übrigens auch in den USA) der Industrialisierung, der Entstehung einer Arbeiterbewegung und auch der Parlamentarisierung zeitlich nachfolgte, während auf dem Kontinent umgekehrt der Ausbau staatlicher Bürokra-

<sup>25</sup> Zentral: *David Blackbourn* u. *Geoff Eley*, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848* (Berlin 1980) (1984 in erweiterter engl. Übers.); weiterhin *David P. Calleo*, *Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr. Neue Aspekte zur Rolle Deutschlands in der Weltgeschichte von Bismarck bis heute* (Bonn 1980). – Vgl. auch bereits *Thomas Nipperdey*, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: *Historische Zeitschrift* 227 (1978) 86–111. – Mit Literaturverzeichnis: *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?* Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte (München 1982); *Dieter Grob*, Le „Sonderweg“ de l'histoire allemande: mythe ou réalité?, in: *Annales* 38, 2 (1983) 1166–1187; *Lothar Gall*, Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890 (München/Wien 1984) 54f., 135f.; *Robert G. Moeller*, Die Besonderheiten der Deutschen? Neue Beiträge zur Sonderwegsdiskussion, in: *Internationale Schulbuchforschung. Zs. des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung* 4 (1982) 71–80.

tien, aus dem Absolutismus stammend, zeitlich voranging und auf viele Bereiche der Modernisierung des 19. Jahrhunderts prägend einwirkte. Im deutsch-englischen Vergleich jedenfalls erweist sich die Differenz im relativen „timing“ von Industrialisierung und Bürokratisierung immer wieder als schlechthin zentraler, gesellschaftsgeschichtlich ausstrahlungskräftiger Unterschied<sup>26</sup>. Die daraus folgende stärkere Prägung der (preußisch-)deutschen Gesellschaftsgeschichte durch den früh entwickelten Beamtenstaat ist in der Literatur in bezug auf manche Bereiche nachgewiesen worden – übrigens nicht nur als Belastung, sondern auch als Chance –<sup>27</sup>, für die Geschichte des Bürgertums und der Bürgerlichkeit in Deutschland generell noch nicht. Es scheint lohnend, dies fortzuführen und den Vergleich zu erweitern: Vergleicht man auch mit Frankreich (statt nur mit England oder den USA), dürften diesbezüglich viel mehr Ähnlichkeiten auftauchen, obwohl die Maßgeblichkeit und Akzeptanz bürokratischer Modelle in Frankreich geringer und mindestens auf der normativ-ideologischen Ebene gebrochener gewesen zu sein scheinen.

Als Defizit an Bürgerlichkeit schien diese deutsche Prägung „von oben“, diese obrigkeitstaatliche Einfärbung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland auf dem Kolloquium *deshalb* nicht auf, weil die Zurechnung der hohen Beamtschaft zum Bürgertum unbestritten blieb: Folglich erschien bürokratische Prägung nicht als Grenze, sondern als Variante von Bürgerlichkeit. Könnte es sein, daß herkömmlicherweise bei Vertretern der Sonderweg-Sicht ein engerer Begriff von Bürgertum maßgebend war, so daß Bürgerlichkeit und bürokratische Prägung in Spannung gesehen wurden<sup>28</sup>? Definitorische Entscheidungen präjudizieren Ergebnisse. Das Problem ist nicht ausdiskutiert.

<sup>26</sup> Dazu *Jürgen Kocka*, *Capitalism and Bureaucracy in German Industrialization before 1914*, in: *The Economic History Review* 2nd Ser. 33 (1981) 453–468; zu den weiter zurückreichenden Ursachen des Phänomens: *Alexander Gerschenkron*, *Europe in the Russian Mirror. Four Lectures in Economic History* (Cambridge 1970). – Dagegen dürfte die „Feudalisierung des Großbürgertums“ im Prinzip kein spezifisch deutsches, sondern – wenn auch mit Variationen im einzelnen – ein gesamt europäisches Phänomen gewesen sein. So in der Nachfolge Schumpeters zuletzt (mit gewissen Überzeichnungen) *Arno J. Mayer*, *Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848–1914* (München 1984).

<sup>27</sup> Vgl. z. B. *Kocka*, *Angestellte* (Anm. 24); *Ritter*, *Deutscher und britischer Parlamentarismus* (Anm. 24); *Norbert Horn* u. *Jürgen Kocka* (Hrsg.), *Recht und Entwicklung der Großunternehmen im 19. und frühen 20. Jahrhundert* (Göttingen 1979) bes. 55–122; *Jürgen Kocka*, *Großunternehmen und der Aufstieg des Manager-Kapitalismus im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert: Deutschland im internationalen Vergleich*, in: *Historische Zeitschrift* 232 (1981) 39–60. *Wolfram Fischer* u. *Peter Lundgreen*, *The Recruitment and Training of Administrative and Technical Personnel*, in: *Charles Tilly* (Hrsg.), *The Formation of National States in Western Europe* (Princeton 1975) 456–561. Zum grundsätzlichen Zusammenhang zwischen bürokratischer Tradition und früher Sozialstaatsentwicklung: *Jürgen Kocka*, *Stand – Klasse – Organisation. Strukturen sozialer Ungleichheit in Deutschland vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert im Aufriß*, in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte* (Göttingen 1979) 137–165, bes. 155–157.

<sup>28</sup> So bei *Ritter/Kocka*, *Deutsche Sozialgeschichte* (Anm. 24), 66–67; ähnlich bereits *Max Weber* in seiner Kritik an der sozialen Bürokratisierung in Deutschland 1909: *Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik* (Tübingen 1924) 413 f.

4. Die Rede vom deutschen Sonderweg war, *positiv gewendet*, Teil des Selbstverständnisses der Deutschen des Kaiserreichs: Man verglich sich mit dem Westen, fand die eigene Entwicklung anders und rechtfertigte, ja rühmte die eigene Besonderheit: die Angemessenheit der nicht-parlamentarischen Verfassung unter den geographischen und historischen Bedingungen Deutschlands, die beamtenstaatliche Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft, die deutsche Kultur vor westlicher Zivilisation. Schon der Ausgang des Ersten Weltkriegs erschütterte diese Sicht, nach dem Zweiten Weltkrieg war sie nicht mehr möglich, und bisher ist sie nicht wiederauferstanden<sup>29</sup>.

Unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Barbarei, der „deutschen Katastrophe“, wie Meinecke sagte, gewann die gegenwärtig in Frage gestellte, kritische, liberaldemokratische Variante der Sonderweg-These an Boden, die allerdings lange zuvor berühmte intellektuelle Wegbereiter gehabt hatte: Max Weber und Friedrich Engels unter anderen. Denn in diesem überwältigend wichtigen Punkt gab es in der Tat so etwas wie einen deutschen Sonderweg: als einziger (vielleicht neben Italien) der großen, hochentwickelten, marktwirtschaftlich industrialisierten Rechtsstaaten mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung war Deutschland faschistisch pervertiert. Zu Recht rückten ein wachsender Teil der gebildeten Öffentlichkeit und eine zunehmende Zahl von Historikern die Frage nach den Ursachen dieses Sonderwegs in den Mittelpunkt. Zu Recht trieben sie diese Frage über die kurzfristigen Ursachen – den Ersten Weltkrieg, die nicht akzeptierte Niederlage, Versailles, die Schwächen Weimars, die Wirtschaftskrise – zurück ins 19. Jahrhundert: auf der Suche nach langfristig wirksamen Bedingungen, die den späteren Sieg des Faschismus in Deutschland (aber nicht in vergleichbaren Ländern) ermöglichten, erleichterten, wenn auch keineswegs notwendig herbeiführten<sup>30</sup>. Aus diesem damals und heute legitimen, historisch und politisch wichtigen Erkenntnisinteresse sollte man die Sonderweg-These nicht lösen; nur so hat sie Sinn, und nur so ist sie fruchtbar, so sehr manche ihr verpflichtete Interpretation im einzelnen übers Ziel hinausgeschossen sein mag und des genauen Vergleichs zur Überprüfung bedarf. Wie das Kolloquium zeigte, ist die Denkfigur des „deutschen Sonderwegs“ außerhalb dieses Erkenntnisinteresses – und sicherlich gibt es auch andere, in zunehmendem Maße – vermutlich nicht allzu brauchbar.

<sup>29</sup> Vgl. zu dieser älteren Tradition der Sonderweg-These: *Bernd Faulenbach*, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus* (München 1980); *Hermann Lübke*, *Politische Philosophie in Deutschland* (Basel 1963). Eine intelligente Version dieser älteren Sonderwegsthese vertrat bis zum Ersten Weltkrieg (aber kaum mehr danach) *Otto Hintze*. Dazu vgl. *Jürgen Kocka*, *Otto Hintze, Max Weber und das Problem der Bürokratie*, in: *Historische Zeitschrift* 233 (1981) 65–105, bes. 71–77. Mit anderen Wertungen und Akzenten findet sich jetzt wieder der Versuch, deutsche Geschichte betont aus der geographischen Mittellage Deutschlands zu erklären: *Michael Stürmer*, *Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918* (Berlin 1983); *Hagen Schulze*, *Weimar. Deutschland 1917–1933* (Berlin 1982); in gewisser Weise auch bei *Richard v. Weizsäcker*, *Die deutsche Geschichte geht weiter* (Berlin 1983). Zur Auseinandersetzung mit dieser Sichtweise: *Jürgen Kocka*, *Die Deutschen und ihre Nation. Zwei historische Neuerscheinungen*, in: *Geschichtsdidaktik* 9 (1984) 79–83.

<sup>30</sup> Vgl. dazu ausführlicher *ders.*, *Der „deutsche Sonderweg“ in der Diskussion*, in: *German Studies Review* 5 (1982) 365–379.

# Sachindex

bearbeitet von Gerd Storm

- Adel 71, 89, 98, 133, 141, 144–45, 220, 332–33
- Angestellte 86, 190, 193, 196
- Arbeiter, Arbeiterschaft (s. a. Landarbeiter, Tagelöhner) IX–X, XII–XIII, 9–11, 18–26, 29–46, 49–52, 56, 59, 64, 69, 81, 86, 91, 95–97, 103, 105, 107, 110–11, 113–35, 137–140, 145–149, 151, 153, 157–62, 172, 173, 178, 186–213, 222–23, 230–231, 233, 248–49, 259, 288–89, 293–94, 297–300, 305, 311, 325–6, 329
- Arbeiterklasse, zum Begriff (s. a. Klasse) 29–32, 48
- Bauarbeiter 19
- Bergarbeiter 26, 36–37, 168, 171, 177, 182
- Facharbeiter 10, 21, 68, 72, 147, 153–54, 168, 175, 187, 194, 216
- Heimarbeiter IX
- Textilarbeiter 129
- Trennlinie zum Handwerk IX, 37, 125
- Ungelernte IX, 37, 168, 194
- weibliche (s. Frauenarbeit)
- Arbeiterbewegung, Arbeitervereine (s. a. Sozialdemokratie) 23, 38, 43, 51, 53–54, 56, 65–67, 72, 79–110, 147, 148, 156, 158, 183, 197–98, 221, 227, 234–35, 248, 250–54, 259–60, 281–82, 291, 302, 306, 309, 313, 321, 324, 326, 328, 333–35
- Arbeiterbildung(svereine) 22–23, 53–55, 58–59, 60–63, 67–68, 82
- Arbeiterkultur(vereine) (s. a. Bürgertum, Verbürgerlichung) 23, 44–46, 60–62, 113, 115, 123, 125, 127, 131–34, 182–84, 328
- Arbeitsmarkt 117, 145–149, 169, 171, 187, 188
- Arbeitszeit 129, 193–94, 201, 202, 204
- Armut, Armenpflege 90, 98, 228–30, 240, 250, 261–69, 274, 281, 283
- Aufklärung 55, 57–58
- Aussperrung (s. Streik)
- Balkan 141, 148, 149
- Bauern, Kleinbauern 70, 75, 113, 126, 128, 141, 147, 148, 154, 187
- Bayern 83
- Beamte (s. a. Polizei, Lehrer, Bürokratie) 24, 71, 88–89, 103, 133, 241, 330
- Bergbau 174, 205
- Beruf, Professionalisierung 26, 161, 245
- Betrieb (s. a. Fabrik) 20, 99, 126, 168–72, 185–217, 329
- betriebliche Sozialpolitik 189, 209
- Bildung(ssystem) 26, 45, 53–74, 91–93, 103, 104, 328, 329, 333
- Bildungsbürgertum X, 3–5, 13–15, 24, 56, 71–72, 156–57, 195, 284–85, 324, 329–30, 332–33
- Böhmen 65–74
- bürgerliche Gesellschaft 8–9, 25
- Bürgertum (s. a. Unternehmer, Bildungsbürgertum, Kleinbürgertum) X–XIV, 2–9, 12–18, 25, 39–45, 48, 49, 54, 58, 66, 74–78, 79, 95, 97–101, 107, 110–11, 139, 140–45, 153, 156–60, 162, 175, 178, 220, 223, 224, 253, 260, 275, 281–85, 288–89, 297–301, 305, 307, 310, 323, 327–330
- Staatsbürger 6–7, 18, 66, 220
- Stadtbürger (s. a. Honoratioren) 2–3, 7, 12–13, 24, 143, 257, 265, 272–74, 283–84, 291, 293, 299, 314–15, 329–30
- Bürgerlichkeit, Verbürgerlichung 49–52, 54, 59, 64, 74, 104, 131, 272–73, 285, 336–38, 328, 329
- bürgerliche Kultur 45, 53, 55–56, 60–62, 77, 126, 183
- Bürokratie 142–43, 190–91, 219–22, 224, 245, 334, 337–38
- Deutsche Minderheit 114, 115, 132, 141, 143
- Disziplin, Disziplinierung 120, 126, 129, 190–96, 202–03, 207–08, 211, 263, 281, 323
- England 96–99, 107–11, 261–63, 267–82, 290, 292–95, 297–300, 304–09, 311–324
- Ethnische Minderheiten (s. a. dts. Minderheit, Judentum) 26, 39, 119, 127

- Evangelisch-sozialer Kongreß 92
- Fabrik (s. a. Betrieb) 122–23, 146, 191, 195
- Familie 21, 50, 64, 114, 122, 128–29, 139, 171, 209
- Feste 158, 233
- Frankreich 182–201, 204, 205, 219, 244–60
- Frauen, Frauenarbeit 32–33, 50, 82, 139, 147, 148, 187–88, 204
- Geistliche 79–80, 83–86, 89–94, 96, 99–105, 108, 137
- Genossenschaften 58, 68, 306
- Gewerkschaften 35, 37, 183, 198–201, 203, 211, 213–17, 234, 294–95, 297, 304, 307–11
- christliche 82–83, 91, 94, 95, 100–01
- ‚Gelbe‘ 94, 196, 199, 211, 215–16
- Handwerk(smeister) 9, 37, 47, 77, 86, 88–89, 115, 124, 125, 137, 145, 228, 305, 307
- Handwerksgesellen 68, 72, 228
- Heiratsverhalten, Konnubium 7–8, 10–11
- Honoratioren 25, 70, 87–94, 102, 156–57, 263–64, 281, 283, 320
- Industrie, Industrialisierung (s. a. Betrieb, Fabrik) 10, 20, 147, 148, 185–87, 205–06, 216
- Intelligenz, Intellektuelle 45, 51, 71–73, 77, 116, 133, 136, 143
- Judentum 114–15, 132, 141, 143, 144
- Justiz, Rechtswesen 22, 25, 119, 219, 225, 228, 240, 245, 247, 249, 287–321
- Kapitalismus 141, 145, 288, 319, 325
- Kassen 22, 82
- Katholizismus 25, 38, 43, 51, 79–91, 93–105, 108–09, 130, 135–37, 175, 328
- Kirche (s. a. Religion, Geistliche) 50–51, 64, 79–111, 160, 175, 264, 328
- Klasse, Klassenbegriff XII, 11–12, 26–27, 60, 151, 331
- Klassenbewußtsein 26, 36, 48, 53, 151, 234
- Klassenbildung XIII, 25–26, 29–39, 46, 48, 50, 52, 65, 135, 140–49, 151, 159, 162, 167, 177, 222, 227, 234, 325–28
- Klassenkonflikt, -kampf (s. a. Streik) 24–25, 40, 85, 127, 195–96, 198, 248–49, 259
- Klassenkontakte XIII, 33–34, 39–46, 75–78, 88, 115, 133, 158, 193, 222, 328
- Kleinbürgertum (s. a. Angestellte, Handwerk) 40, 70, 71, 86, 115, 132, 137–39, 153, 156, 260, 334
- KPD 165–67, 174, 176–78
- Konservatismus 66, 98–99, 166, 174, 175, 177, 197, 309, 310
- Kultur, pol. (s. a. Bürgertum, Arbeiterkultur, Volkskultur) 316–19, 330
- Landarbeiter 86, 92, 113, 114, 146, 147, 149, 172, 193
- Lebensstil, Lebensformen 131, 157, 158, 160, 172, 184, 202
- Lehrer (Volksschul-) 71, 86, 103, 133
- Liberalismus 57–59, 66, 68, 76, 96, 97, 143, 163–66, 174, 176, 300–03, 305–09, 313, 321
- Lohn(system) 189, 191, 201, 206
- Manufaktur 9–10, 19–20, 47
- Meister (Fabrik-) 126, 168, 175, 177, 216
- Militär, Militarismus 26, 222, 246–248
- Mittelstand (s. Kleinbürgertum)
- Mobilität/sozialer Aufstieg 26, 42, 104, 169, 196
- Modernisierung 87, 103, 316–18
- Nation/Nationalismus 44, 51, 65, 69–70, 72–74, 81, 107, 148, 183
- Neuhumanismus 8, 56
- Normen/Wertewandel 81, 82, 138, 191, 195, 220–21, 230, 265, 267, 284
- NSDAP 174, 176, 177
- Österreich 70, 74
- Osteuropa 113–34, 140–49
- Parlament/Reichstag 25, 292, 299, 301, 303, 314, 321–22
- Parteien 162, 166, 175, 176, 299–300
- Paternalismus/Patriarchalismus 24, 88–89, 122, 189, 196, 209, 215
- Pfarrer (s. Geistliche)
- Polen/polnische Arbeiter 26, 39, 113–34, 141, 144, 147–48, 169, 172, 173, 326
- Polizei 157, 222–60, 334–35
- Protest, sozialer 22, 129, 172, 197, 207, 208, 219, 231, 232, 233, 239, 307
- Protestantismus 37, 79–86, 88–89, 92–93, 95–104, 108–111, 115, 175, 264
- Qualifizierung (De-) 121, 125, 189, 194–95, 203, 216

- Rationalisierung/Produktivität 189–92, 201, 216
- Religion (s. a. Protestantismus, Katholizismus, Kirche) 23, 25, 38, 50, 75, 78, 79–111, 135–36
- Revolution 23, 72, 75–78, 126, 127, 140, 220, 246, 248, 259–60, 301
- Rheinland 85–87, 291
- Ruhrgebiet 36–37, 85–87, 151–81
- Rumänien 141, 144–45
- Schule (s. Bildung)
- Sonderweg, dts. XI, XIII, 288, 317, 319, 335–39
- Sozialdemokratie 24, 37, 43–46, 55–56, 58–63, 69, 73–74, 163–67, 174–78, 235–41, 243, 320, 322
- Sozialismus 23, 77–78, 96, 124, 133, 197, 246, 252
- Sozialpolitik/-versicherung IX, XII, 26, 262, 323
- Sozialreform, bürgerl. 24, 41, 158, 261–85, 323–24
- Staat 142, 197–98, 219–20, 241, 251, 266, 311–15, 322–23
- Stadt (Groß-) XII, 37–38, 67, 75, 83, 130–133, 145, 151–81, 188, 225
- Stand/ständisch 82, 91
- Streik/Aussperrung 72, 120, 121, 123, 124, 126, 156, 158, 163, 172, 196, 199, 201, 203, 212, 213–15, 217, 231–32, 246, 289, 305, 308–11
- Tagelöhner 10, 113, 146
- Techniker 115, 126, 127, 190, 195
- Ungarn 141, 143–44, 146–47
- Unternehmer/Manager XII, 5–6, 24, 56–57, 76, 84, 86, 89, 93–94, 98, 114–16, 122, 127, 129, 132, 136–37, 140–45, 149, 156–57, 162, 182, 189, 193, 195, 196–203, 208–09, 213–15, 217, 232, 284–85, 329, 332–33
- Verein(swesen) 8, 42–44, 71, 79–105, 136, 157, 158, 197, 234, 277–80, 284
- Verein für Sozialpolitik 41, 58, 277
- Vergleich XIII, 27, 42, 43, 51–52, 65–66, 96–99, 106–11, 136, 214, 223–24, 244–60, 272–74, 280–82, 290
- Viertelbildung/Soziale Segregation (s. a. Wohnen) 152–62, 167–77, 182, 198
- Volksbildung 41–42, 57
- Volkskultur 76–77, 127–30, 132, 136, 172, 173, 184, 232
- Volksschule 51, 183
- Wahlen/Wahlrecht 152, 161, 163–66, 173–77, 289, 291–94, 297–304, 316, 320–21
- Wohnen 20–21, 49, 127–28, 131, 153–56, 160–62, 168–73, 177, 231
- Zentrumspartei 91, 95, 163–66, 174–77